PAPERS

ASSOCIAZIONE DELLE TALPE/
ROSA LUXEMBURG INITIATIVE BREMEN (HRSG.)

MAULWURFSARBEIT II

KRITIK IN ZEITEN ZERSTÖRTER ILLUSIONEN

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

associazione delle talpe / Rosa Luxemburg Initiative Bremen (Hrsg.):

Maulwurfsarbeit II
Kritik in Zeiten zerstörter Illusionen

Impressum

2012
Herausgegeben von der Rosa Luxemburg Stiftung
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
www.rosalux.de
Diese Publikation kann kostenfrei unter
http://www.rosalux.de/publikationen.html
heruntergeladen werden.
ISSN 2194-0916

INHALTSVERZEICHNIS

Moritz Zeiler / Oliver Barth

Zur Einleitung

> [...] in der Geschichte gibt es keine durchgängige Gleichzeitigkeit, und bezüglich des Wahrheitskriteriums findet sich bei [Immanuel] Kant eine Antwort auf die Frage, was die wahre Wissenschaft sei, eine [...] durchaus subversive Antwort: nur eine Wissenschaft sei wahr, die dem gemeinen Mann zu seiner Würde verhülfe. [...] Der Begriff der subversiven Theorie läßt sich am kategorischen Imperativ von Marx erläutern. Ihr Ziel ist der aufrechte Gang des Einzelnen oder die allgemeine gesellschaftliche Emanzipation. Der Begriff [...] drückt sich nicht aus in unklaren Gefühlen oder blinden Instinkten. Denn die Subversion ist im Kern immer der Aufstand der Vernunft gewesen. Gewiß: [...] alles entwickelt sich in der Dialektik von Kontinuität und Bruch. Schon deshalb wird die Subversion wohl nie ihre Notwendigkeit einbüßen, weil die Restauration der Ordnung eine ständige Drohung darstellt, weil immer neue Götter und Götzen auftauchen. Und insofern wird die theoretische und praktische Arbeit der Subversion nie beendet sein. [...]
> Die Illusionen sind zerstört, die Weltlage ist widersprüchlich und da ist es gut, eine gewisse Vorsicht walten zu lassen. Den Vorwurf des Illusionismus kann man gegen seine Urheber wenden. Und damit komme ich zum Beschluß, der da lautet: Daß der Kommunismus passé sein soll, [...] daß die liberale Demokratie und der nackte Kapitalismus den Endsieg über die Geschichte errungen haben sollen – das ist die Illusion der bürgerlichen Jahrtausendwende. In diesem Sinne ende ich mit Goethe: Ich lasse euch hoffen. (Johannes Agnoli (1996) [1989/90], Subversive Theorie, GS 3, Freiburg, 23ff & 227)

Wie Utopie denken in Zeiten angeblicher Alternativlosigkeit zum herrschenden Zustand? Wie kritisch Theorie betreiben, die nicht ohne utopisches Denken sein kann, da diese, wie Max Horkheimer erinnert, „nicht eine Sammlung von Erklärungen, sondern etwas, das die Welt verändern soll und aus diesem Willen geboren ist“[1]?

Mit Ende der Ära der Blockkonfrontation – Eric Hobsbawm nennt diese Epoche zusammen mit der Zeit seit dem ersten Weltkrieg bezeichnenderweise das ‚Zeitalter der Extreme' – scheinen die Extreme ausgependelt. Jede Anstrengung gegen ‚die große historische Tendenz' gilt als Verstoß gegen ein zur Erfüllung gekommenes Naturgesetz. Erinnert werden kann daran, dass Herbert Marcuse Mitte der 1960er Jahre die Innenpolitik westlicher Regierungen eine Taktik ‚repressiver Toleranz' nennt und damit noch gegen sozialstaatliche Integrationsbemühen Stellung bezieht. Solche Maßnahmen sind heute weitgehend unverblümtem Standortprosa und sozialpolitischer Austerität gewichen. Die Zeit, in der eine „zivilgesellschaftliche Gegenmacht“ (Beck/Habermas) noch einen harmonischen Sozialkompromiss aushandeln konnte, scheint in Deutschland – etwas später als in den USA unter der Regierung von Reagan und in Großbritannien unter Thatcher – spätestens seit den Initiativen um Hartz IV Mitte der Nuller Jahre und aktuell durch den in der Europäischen Union betriebenen staatenübergreifenden Sozialabbau vorbei. Wiederstand dagegen formuliert sich hauptsächlich als Appell an den Staat, der Suche nach schuldigen Einzelpersonen oder gleich offen antisemitisch als Kriegserklärung gegen ‚zionist wall street'.

Schaut man in die Geschichte des Kapitalismus, zeigt sich, dass die Zeiten angeblicher, aber real empfundener Ausweglosigkeiten überwiegen. Dennoch konnten diese zumindest vage und potentiell den Impuls zum radikalen Bruch einschließen. So war auch Marcuses Wort der ‚repressiven Toleranz' – heute fast nicht nachvollziehbar – gegen den Block einer ebenso scheinbar alternativlosen ‚eindimensionalen Welt' gerichtet. Auch Ernst Bloch schreibt im Jahr 1935 mit dem Konzept des ‚ungleichzeitigen Widerspruchs' gegen die als total empfundene Verdinglichung durch das Wertgesetz und den aufziehenden Nationalsozialismus an. Dieser bezeichnet für ihn einen Widerspruch aufgrund ‚gleichzeitiger Ungleichzeitigkeit', denn trotz des vereinheitlichenden Mahlstroms der Wertvergesellschaftung, so Bloch, erhält sich und besteht Kapitalismus zur gleichen Zeit aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Zeiterfahrungen und Entwicklungsstufen und daher auch aus unabgegoltenen Utopien und Wünschen[2]. Auschwitz als Bruch jeglichen Emanzipationsgedankens und den folgenden erinnerungsabwehrenden Umgang damit fasste Theodor W. Adorno in die Formel eines Lebens, das nicht lebt. Bekannt ist sein Ausspruch, dass jedes nach Auschwitz verfasste Gedicht barbarisch sei. Weniger bekannt ist, dass Adorno – obwohl trotz wiederholter Aufforderung nicht zurücknehmend – zumindest als aufgelösten Widerspruch den Gedanken daneben stellend zuließ, dass nicht trotz sondern wegen Auschwitz Gedichte zu schreiben wären in der Hoffnung auf Zeiten ohne Leiden[3].

Johannes Agnoli, betont ebenso Widersprüche aufgrund von Ungleichzeitigkeit (wie obigem Zitat zu entnehmen ist). Er kon-

1 Max Horkheimer (1988) [1953], *Späne*, GS 14, Ffm, 224.

2 Vgl. Ernst Bloch (1985) [1935], Erbschaft unserer Zeit, GS 4, Ffm, 112f.

3 Vgl. Theodor W. Adorno (1998) [1965], Metaphysik. Begriff und Probleme, Nachgelassene Schriften, Abteilung IV: Vorlesungen, Bd. 14, Ffm, 172: „Ich würde gern zugeben, daß man so gut wie ich gesagt habe, daß man nach Auschwitz *kein* Gedicht mehr schreiben kann [...], andererseits *doch* Gedichte noch schreiben *muß*, im Sinn [...], daß es solange, wie es ein Bewußtsein vom Leiden unter den Menschen gibt, eben auch Kunst als die objektive Gestalt dieses Bewußtseins geben müsse. [...] [I]ch maße mir [...] nicht an, diese Antinomie zu schlichten [...]“. Ähnlicher schemenhafter Umkehrpunkt in der Übermacht der unbegreifbaren Barbarei läßt sich bei Jean Améry finden. Dieser schreibt von den Grenzen des Geistes und der Transzendenz in Auschwitz und dem Nicht-mehr-heimisch-in-der-Welt-werden-können, wer dort der Folter erlag – und wendet sich angesichts dessen existenzialistisch dennoch gegen abgeklärtes *raisonnement* und fordert ‚emotionale Aufklärung' ein (vgl. Jean Améry (1980 [1976], Jenseits von Schuld und Sühne. Bewältigungsversuche eines Überwältigten, Stuttgart, 26, 73 & 13f).

statiert im Jahr des Ostblock-Zusammenbruchs (und damit dem Jahr der letzten großen Zeitenwende) zerstörte emanzipatorisch-utopische Illusionen, unterscheidet diese aber vom blendenden Illusionismus, der nicht die Utopist_innen sondern diejenigen trifft, die diesen Illusionismus vorwerfen. Die Rede vom Ende der Geschichte, das sei die ‚Illusion der bürgerlichen Jahrtausendwende', der mit entschlossener Utopie begegnet werden müsse. Es geht aber nicht um Utopie um jeden Preis. Agnoli mahnt besonnene Radikalität und radikale Besonnenheit. Er empfiehlt Subversion der Vernunft, die vom ungewissen Ende mühsamer subversiver ‚Maulwurfsarbeit' ausgeht. Solches subversiv-vernünftige Bewusstsein legt sich darüber Rechenschaft ab, dass trotz der oft bis zur Selbstaufgabe abfordernden Anstrengungen gegen die übermächtigen Verhältnisse nicht in gefällig voluntaristische Umsturzhektik verfallen werden darf. Nicht nur ist so die nächste Desillusionierung vorprogrammiert, solcherart Spontaneismus ist meist blind für Widersprüche im Handeln oder will diese nicht sehen. Darüber hinaus gilt es Vorsicht walten zu lassen vor reaktionären Ideologien, die meist ebenso gegen herrschende Zustände gerichtet sind – wenn auch in Konformität mit ihnen[4]. So entwickelte Bloch das Konzept der Ungleichzeitigkeit, um zu zeigen, dass das Völkische des Nationalsozialismus nicht eine Bewegung überholter Zeit sondern eine moderne Erscheinung ist. Ebensolches ließe sich vom Patriarchat, Nationalismus, Antisemitismus, Antiamerikanismus und weiteren Unterdrückungsformen mehr sagen. Nicht jeder als Widerspruch empfundene Impuls zielt auf Befreiung. Theorie im Sinne von radikaler Gesellschaftskritik hat daher keine Gebrauchsanweisung für den Umsturz zu liefern, auch wenn sie – d.h. genauer: gerade weil sie – (siehe Zitat von Horkheimer oben) aus dem ‚Willen zur Weltveränderung' hervorgeht.

Mit der vorliegenden Aufsatzsammlung wollen wir unser Veranstaltungsprogramm dokumentieren, das wir in Kooperation mit der Rosa Luxemburg Initiative Bremen als Abendveranstaltungen, Tages- oder Wochenendseminare durchgeführt haben. Diese sehen wir als Teil praktischer Theorie gegen zerstörte Illusionen an und als unsere Form des *„where everything is bad it must be good to know the worst"*[5]. Mit dieser Aufsatzsammlung schließen wir an unsere beiden vorigen an; in der Form eher an die verschiedene Aspekte beleuchtende *„Maulwurfsarbeit"*[6] als an die im monographischen Stil zusammengestellte *„Staatsfragen"*[7]. Dass wir in den Veranstaltungen und in den Aufsatzsammlungen unterschiedliche Problembereiche behandeln, begründet sich dadurch, dass an allen gesellschaftlichen Phänomenen Abdrücke herrschaftsförmiger Vergesellschaftung zeigen und daher auch überall dort thematisiert werden müssen. Es geht also um den angestrebten Überblick in erdrückender gesellschaftlichen Totalität. Im Vorwort von *„Maulwurfsarbeit"* haben wir ausführlicher auf unser Verständnis vom Theorie-Praxis-Verhältnis beziehungsweise auf den Praxischarakter von subversiver Theorie reflektiert, worauf wir an dieser Stelle hinweisen wollen.

Zum Aufbau der Artikelsammlung

Die ersten drei Texte beschäftigen sich kritisch mit der Geschichte der Linken. Bini Adamczak setzt sich in ihrem Beitrag *Die Flucht vor der Geschichte führt immer nur im Kreis. Über verlassene Revolutionär_innen, verlorene Hoffnung und die Zukunft des Kommunismus* mit der Geschichte der Russischen Revolution und der Entwicklung der Sowjetunion bis zum Beginn des zweiten Weltkrieges auseinander. Dabei entwirft sie eine Kritik an Leninismus und Stalinismus, die sich vom Antikommunismus explizit emanzipiert und an der Utopie gesellschaftlicher Verhältnisse festhält. Hanning Voigts Buchauszug *Kritische Theorie und studentische Revolte* behandelt das Verhältnis der Kritischen Theoretiker Herbert Marcuse und Theodor W. Adorno zur außerparlamentarischen Linken der 1960er Jahre und geht vor allem auf deren unterschiedliche Einschätzung zum Verhältnis von Theorie und Praxis ein. Gewissermaßen eine Fortsetzung zur Geschichte der außerparlamentarischen Linken liefert Jens Benickes Aufsatz *Die K-Gruppen und der Nationalsozialismus.* Die problematische, weil antiimperialistisch unterfütterte Auseinandersetzung der in den 1970er Jahren entstehenden K-Gruppen mit dem Nationalsozialismus und deren faible für den Antizionismus bezeichnet er als eine schlechte Aufhebung der anti-autoritären Bewegung.

Thema der folgenden vier Aufsätze ist die Kritik von regressiven Ideologien. Olaf Kistenmacher stellt in *Sekundärer Antisemitismus. Ein Erklärungsansatz für Antisemitismus in der Linken?* den von der Kritischen Theorie entworfenen Begriff des sekundären Antisemitismus vor und diskutiert dessen Potentiale und Grenzen für eine aufgeklärte Analyse des Antizionismus. Der Aufsatz von Martin Wassermann – *Agenten, Eliten und Paranoia. Das Verschwörungsdenken in der deutschen Linken* – gibt einen Überblick über die anhaltende ‚Erfolgsgeschichte' verschwörungsdenkerischer Welterklärungen, die sich nicht nur bei der politischen Rechten, sondern ebenso bei der politischen Linken findet lassen. Anschließend arbeitet Barbara Fried in ihrer Abhandlung *Antiamerikanismus als Kulturalisierung von Differenz. Versuch einer empirischen Ideologiekritik* die Anfeindungen gegen die USA im Deutschland nach der sogenannten deutsch-deutschen Vereinigung als Teil einer umfassenden Selbstexplikation eines zeitgemäßen Ideologiebegriffs aus. Dabei geht sie auf bedenkliche Formen der (eigentlich ‚gut' gemeinten) Kritik von Antiamerikanismus ein. In *Nationale Befreiung oder Befreiung von der Nation? Über Entstehung und Funktion, Widersprüche und Fallstricke des linken Nationalismus* zeigt Thorsten Mense die unterschiedlichen Formen von Nationalismus in der europäischen Geschichte und verdeutlicht deren Parallelen im Ethnonationalismus und sozial-revolutionären Nationalismus heutiger sogenannter nationaler Befreiungsbewegungen. Er legt darin dar, dass Hoffnungen auf den Bedeutungsverlust von Nationalismus im ‚alternativlosen' Kapitalismus substanzlos sind. Auch der nachfolgende Aufsatz von Hendrik Wallat *Fetischismus und Verdinglichung. Eine Einführung in die ökonomiekritische Form- und Fetischtheorie von Karl Marx* behandelt ausblickhaft Nationalismus, indem er ihn mit formtheoretischen Überlegungen in Verbindung bringt. In diesem ist jedoch – nah am Marx'schen Text – die Entfaltung und vor allem die Differenzierung von allzu häufig vage und/oder falsch benutzten Begriffen wie Entfremdung, Verdinglichung, Fetisch und Ideologie zentral.

---

4 Vgl. hierzu Detlev Claussens Begriff des Antisemitismus als ‚konformistische Rebellion'; vgl. ders. (1987), Grenzen der Aufklärung, Ffm.

5 Francis Herbert Bradley in Theodor W. Adorno (1969)[1944-49], Minima Moralia, Ffm, 103.

6 Siehe: http://www.rosalux.de/publication/37246/maulwurfsarbeit.html

7 Siehe: http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls-papers_Staatsfragen_0911t.pdf,

Im nächsten Beitrag *Das strukturelle Patriarchat* gibt der Antifaschistische Frauenblock Leipzig (AFBL) einen Überblick über kritische Analysen der Geschlechterverhältnisse von Beginn des 20. Jahrhunderts bis zur Gegenwart. Neben der Vorstellung zentraler Begriffe wie ‚Heteronormativität' stellt der AFBL den Begriff des strukturellen Patriarchats zur Debatte. Fritz Burschel lässt in seinem Beitrag *The Good, the Bad and the Ugly – Antifaschistische Perspektiven politischer Bildung, Verfassungsschutz und Extremismusdoktrin* die Geschichte des wiedervereinigten Deutschlands aus antifaschistischer Perspektive Revue passieren. Neben einer kritischen Auseinandersetzung mit der Praxis des Verfassungsschutzes und der Theorie der Extremismusdoktrin formuliert er auch eine selbstkritische Einschätzung eines zivilgesellschaftlichen Antifaschismus, welcher (unfreiwillig) mit dem exzessiven Gebrauch des Extremismusbegriffs in Antragslyrik, Berichtswesen etc. zur aktuellen Wirkmächtigkeit der Extremismusdoktrin beigetragen hat.
Abschließend dokumentieren wir in Veranstaltungschronik unsere bisherigen Abend- und Diskussionsveranstaltungen, Tages- und Wochenendseminare.
Allen Autor_innen möchten wir für ihre Textbeiträge danken, welche allesamt gelungene und interessante, bisweilen auch kontroverse, Diskussionsveranstaltungen dokumentieren. Ebenso danken möchten wir dem *Ça-íra Verlag*, dem *Lit-Verlag*, dem *Unrast Verlag* sowie dem *Verlag Edition Assemblage* für die freundliche Genehmigung zum Nachdruck bereits veröffentlichter Texte. Ihnen allen und Marion Schütrumpf von der *Rosa Luxemburg Stiftung* für die außergewöhnlich unkomplizierte und gelungene Zusammenarbeit ein herzliches Dankeschön.

Anmerkungen

Moritz Zeiler und Oliver Barth sind Mitglieder der Gruppe *associazione delle talpe.* Moritz Zeiler ist Mitarbeiter der *Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen.*

Bini Adamczak

Die Flucht vor der Geschichte führt immer nur im Kreis - Über verlassene Revolutionärinnen, verlorene Hoffnung und die Zukunft des Kommunismus.

Die letzten wärmenden Strahlen der roten Sonne erlöschen. Von den laublosen Bäumen erhebt sich kein einziger Vogel, kein Flügelschlag ist zu vernehmen. Als hätten sie den Sinn des Fliegens vergessen, den Glauben daran verloren, dass Luft tragen kann, hocken die Tiere auf den schmalen Ästen. Langsam versiegen die langen Schatten der Telegraphenmasten, die einen kommenden Kontinent hätten verbinden sollen, in den abgeernteten Feldern. Vereinzelt vergessene Gräser harren bewegungslos in der Windstille eines verfrühten Abends, in der Ferne vermischen sich versprengte Wälder mit von der Geschichte verlassenen Grenzdörfern. Es wird dunkel.

Möglicherweise wird es aber auch gerade erst hell. Eine flüchtige Nacht gibt den Blick frei auf von unveränderter Feldarbeit belebte Landschaften. Streckenweise verfängt sich Tau in den Wellen des Getreides. Erste Autos befahren die Straßen, die für wenige Kilometer neben den Schienen verlaufen. Etwas Wärme kriecht durch die wenigen Ritzen des Wagens. Verschiedentlich versperrt noch Nebel die Sicht, die aber auch ohne ihn nicht frei wäre. Nach tagelanger Fahrt von Moskau oder weiter bis an die russische Grenze könnten die Augen ermüdet sein von vorbeirauschenden, in ihrer Größe dennoch unbeweglich erscheinenden Feldern. Aber die Blicke der deutschen Antifaschistinnen, kommunistischen Emigrantinnen sind leer, in ihren zum Gang hin vergitterten Abteilen befinden sich keine Fenster. Draußen berühren, vielleicht, erste Lichtflecken den Boden, als die Berge am Horizont ihre steinernen Köpfe in den beginnenden Tag strecken.

Vielleicht ist es aber auch bereits Tag. Möglicherweise, es ist sogar wahrscheinlich, denn das Wetter beugt sich selten den Metaphorisierungswünschen der Geschichtsschreibenden, ist er sogar hell. Ein strahlender Tag, weiß vom Schnee der Bergkuppen in der Ferne, vom Glitzern der breiten Flüsse, der zahlreichen polnischen Seen. Die beinahe mittägliche Sonne steht unbehindert am sonst gänzlich leeren Himmel, erwärmt die Dächer des Stolypinski Waggons, des Gefangenenwagens, in dessen Abteilen sie zu je siebt sitzen. Das Rattern des Zuges verunmöglicht Gespräche von Abteil zu Abteil. Einige Zeit noch sind Lieder zu vernehmen und aufmunternde Zurufe, die dann aber, plötzlich, verstummen. Die Aufseherinnen bringen Wasser und reichliches Essen, nach dem den Gefangenen jetzt jedoch der Appetit vergangen ist. *„Aber warum? Esst nur! Ihr werdet noch viel hungern müssen!"*, redet ihnen einer der Soldaten freundlich zu (Buber-Neumann, 182f). Es sind Soldatinnen des NKWD, des Volkskommissariats für innere Angelegenheiten, die eine verschlossene Fracht über die Grenze zu bringen haben, eine menschliche, schweigende Fracht.

Als der Zug seine Geschwindigkeit verlangsamt, erreicht die Sonne vielleicht ihren höchsten Stand, die Natur zeigt sich blind gegenüber der Geschichte. Im Bahnhof steigen die antifaschistischen Gefangenen aus, gehen das letzte bewaldete Stück zu Fuß. An der Eisenbahnbrücke von Brest-Litowsk, der neugeschaffenen Grenze, endet der Weg. Von der anderen Seite der Brücke kommen andere Soldaten, heben zum Gruß der NKWD-Offiziere die Hand an die Mütze (Buber-Neumann, 185f). Dann werden Namen verlesen, die Übergabe beginnt. Die, die sich wehren, in panischer Angst, werden gestoßen, die Juden unter ihnen mit antisemitischen Hasstiraden von den Soldaten der anderen Seite in Empfang genommen, von Soldaten der SS.

Ein Zug von vielen Zügen, von vergessenen Zügen. Sonderzüge, in denen das NKWD deutsche oder österreichische Kommunistinnen an die Grenze Deutschlands transportiert, der Gestapo ausliefert. Auf verschiedenen Strecken zunächst, abhängig vom Ort ihrer Inhaftierung, über die polnischen Grenzstationen Schepetowka und Negoreloje/Stolpce, über die lettischen Biogossowo und Ostrow oder auch über Finnland (Schafranek, 40). Dann, als Deutschland und Russland plötzlich eine gemeinsame Grenze teilen, nur noch über Brest-Litowsk, jenes Brest-Litowsk, in dem sich Trotzki zwei Jahrzehnte zuvor mit Diplomaten des deutschen Kaiserreiches getroffen hatte, um Frieden zu schließen, die Revolution zu retten. Um die 1000 Abgeschobenen sind es, die in den Akten der Botschaften und Geheimdienste dokumentiert sind, von ihnen nachweislich über 300 Kommunistinnen, Jüdinnen, Antifaschistinnen.[1] Eine Vielzahl von Transporten, die ersten bereits 1935 (Müller R., 9), die letzten im Mai 1941, einen Monat vor Kriegsbeginn (Schafranek, 56). Und nur zwei sind erinnert, in den Beschreibungen Margarete Buber-Neumanns und Alexander Weißberg-Cybulskis, Frühjahr 1940.

Die meisten der in Zügen von Russland nach Deutschland Fahrenden sind Ingenieurinnen, Spezialistinnen, Facharbeiterinnen, deren Verträge auslaufen und denen die Heimreise freigestellt wird. Einige der Gefangenen sind nationalsozialistische Sympathisantinnen, manche Spione im Auftrag der deutschen Regierung. Andere aber, und nur um sie geht es zunächst, sind Kommunistinnen, größtenteils Mitglieder der KPD oder des österreichischen Schutzbunds. Als Anhängerinnen der Revolution sind sie in die Sowjetunion gekommen, die meisten erst nach 1933 oder 1934 geflohen. Manche von ihnen sogar später, nach jahrelangem Kampf im Untergrund, Aufbau und immer wieder Wiederaufbau der kommunistischen Partei, bis ihre Tarnung aufflog, sie verschwinden mussten. Viele von ihnen saßen in

1 Dazu noch eine unbekannte Zahl „formloser" Abschiebungen. Wie in Polen 1939, im neuen Grenzgebiet, wo im Rahmen von Umsiedlungen zehntausende jüdische Flüchtlinge nicht nur von den Deutschen in russisches Gebiet, sondern auch von den russischen Truppen in deutsches Gebiet zurück abgeschoben werden. Auf die Frage der SS, warum der russische Hauptbevollmächtigte Jegnarow nicht die Juden aufnehmen wolle, da es in der SU doch keinen Antisemitismus gäbe, antwortet dieser, die Nazis „würden schon andere Wege finden, die Juden zu beseitigen" (Schafranek, 61ff, dessen Buch 305 Kurzbiographien von abgeschobenen Antifaschistinnen enthält).

deutschen Gefängnissen, haben der Folter standgehalten, manche bereits in den ersten Konzentrationslagern. Antifaschistinnen sind sie, staatlich geprüfte zumal, denn die Auflagen der sowjetischen Behörden sind strikt. Nur jenen, die sich aktiv als Widerstandskämpferinnen im Sinne der KPD bewährt haben, wird die Einreise gewährt, antisemitische Verfolgung gilt nicht als Grund zur Gewährung von Asyl.[2]

Von den Nazis verfolgt, dem Gefängnis, dem drohenden Lager entkommen, flüchten deutsche und österreichische Kommunistinnen ins russische Exil, in die Räterepublik, das Vaterland der Werktätigen, Heimat der Arbeitenden, in die röteste aller Städte des Planeten, Moskau. Nicht in erster Linie Schutz erhoffen sie, sondern die Möglichkeit, sich am Aufbau des Sozialismus anders weiter beteiligen zu können, aus der Emigration heraus den Widerstand gegen Deutschland zu organisieren. Bleiben wollen vermutlich die wenigsten von ihnen, zurückkehren wollen sie, mit einem neuen Ausweis, einem veränderten Auftrag. Und zurück kehren sie, aber unbewaffnet, nicht als Revolutionäre und statt als Soldatinnen der Sowjetmacht als deren Gefangene.

Aus Zwangsarbeitslagern kommen sie, aus Karaganda Kasachstan etwa, aus den Zuchthäusern der Solowki-Inseln am Weißen Meer oder direkt aus der Untersuchungshaft in Charkow, Gorki oder Engels, in der sie jahrelang sitzen, wartend auf einen immer gleich programmierten Prozess. Aus den entlegensten Orten der sowjetischen Republiken werden sie geholt, über tausende Kilometer hinweg, einzeln oder in kleinen Gruppen. Dann finden sie sich wieder, alte Bekannte zum Teil, in Sammelzellen der Butirka, des Moskauer Zentralgefängnisses, in dem sie nicht selten schon einmal saßen, einige Jahre zuvor, nach ihrer Verhaftung. Aber statt wie zuvor zu hundertzehnt in einer Zelle für fünfundzwanzig, sind sie nun nur fünfundzwanzig und statt auf Brettern schlafen sie auf Betten, mit Matratzen und Decken statt auf dem Boden und in eigenen Mänteln. Statt zu dämmern – aber nicht zu schlafen! – sitzen sie auf Stühlen, und statt zu flüstern reden sie laut und spielen, während ihnen damals noch das laute Laufen verboten war, von Nähen oder Singen ganz zu schweigen (Buber-Neumann, 34ff, 164ff, Weissberg-Cybulski a, 333). Wohlgenährt und medizinisch versorgt sind sie, seit kurzem, nicht mehr mit Wassersuppe gespeist, sondern mit dreimal täglich reichhaltigem Essen. Kurz vor der Auslieferung wird ihnen der Hunger gestillt, der sie Jahre lang in den Untersuchungsgefängnissen quälte, in den Lagern zur Zwangsarbeit trieb. Als sollten die unfreiwillig Verschickten beim Empfänger einen guten Eindruck machen, ein höfliches Licht auf das Gastland werfen. Weniger, vermutlich, um die Nazis von der Humanität des sowjetischen Strafvollzugs zu überzeugen als eher vom Reichtum des roten Reiches, das noch seine Häftlinge mit reichlicher Nahrung beschenkt. Denen, freilich, drängt sich ein anderer Eindruck auf: Gemästet werden sie, die man zum deutschen Schlachtmeister führt (Buber-Neumann, 169f).

Der Eindruck drängt sich auf, aber nur wenige sprechen ihn aus, trauen sich auszusprechen, was als wahrscheinlich erscheint, aber als unmöglich gilt. Fast niemand, welche Entbehrungen, Erniedrigungen, Entstellungen er auch hat erleiden müssen durch den NKWD, hält die Auslieferung an Deutschland für möglich, will sie für möglich halten. Noch in den Zügen glauben sie nicht daran, machen sich gegenseitig Hoffnung, versprechen sich, noch nach der Abfahrt Richtung Polen, gegen alle logistische Rationalität eine Umkehr in Minsk, Abschiebung nach Litauen (ebd., 181). Sie wollen, sie können es nicht glauben. Wie fest muss dieser Glaube an die proletarische Revolution gewesen sein, dass er noch in der Auslieferungszelle, nach Jahren Untersuchungshaft und Zwangsarbeit, gegenüber jedem nächsten Verbrechen Unglauben auszulösen vermag?

Von den ausgelieferten Antifaschistinnen wird nur ein Teil nach den Verhören wieder freigelassen, zu deutschen Arbeiterinnen oder Soldaten gemacht. In den Anordnungen der Gestapo ist davon ausgeschlossen, wer sich

> *„vor der Ausreise marxistisch aktiv betätigt hat, in der Sowjetunion kommunistische Politik weiter betrieben, gegen Deutschland gehetzt hat und auch jetzt noch an seiner kommunistischen Überzeugung festhält“* – oder *„jüdischer Abstammung“* ist (z.n. Schafranek, 180).

Für die so Ausgesonderten endet die „Rückkehr“ in Zuchthäusern und Ghettos, in Konzentrations- und Vernichtungslagern. Nur wenige überleben, für die anderen endet sie tödlich. In Lublin, Neuengamme und Mauthausen, in Auschwitz und Majdanek.

Wie Speichen eines Rades ab einer bestimmten Geschwindigkeit stehen zu bleiben scheinen, dann sich rückwärts drehen, so fahren diese Züge zurück vom sozialistischen Russland ins nationalsozialistische Deutschland. In entgegengesetzter Richtung jenes plombierten Zuges, in dem Lenin wenige Jahrzehnte vorher nach Petrograd gebracht worden war, die Revolution zu machen. Der unaufhaltsame Fortschritt, der die Geschichte in den Kommunismus hätte führen sollen, springend von der ersten Revolution 1917 zur zweiten, notwendig zur Weltrevolution, endet hier. Nicht, wie schön wäre schon das, auf halber Strecke, nicht am Anfang, noch davor. In den Lagern, fast schon natürlich denen der Feinde, aber auch, unbegreiflich, denen der Freunde. Doppelter Verrat. Verrat des Antifaschismus, Verrat des Kommunismus, von denen der erstere selten ohne den zweiten, der zweite nie ohne den ersten zu haben ist. Verrat vor allem aber der Kommunistinnen, der Genossen selbst durch die Genossen. Verraten an jene, deren Bekämpfung sie den Großteil ihres Lebens gewidmet haben, von 1918 an, auf die sie den Hauptteil ihre politischen Hasses lenkten, verraten von jenen, denen sie ihre Lebenszeit opferten, für die sie ihr Leben zu opfern bereit gewesen wären. Namenlos, kampflos zumeist, sterben sie, nicht auf den Barrikaden, hinter ihnen, in den Gefängnissen Moskaus, tief in den sibirischen Steppen, dann wieder in den deutschen Lagern. Sie haben mit ihrem Tod gerechnet, mit einem frühzeitigen, gewaltsamen Tod. Aber nicht für die Revolution sterben sie, nicht, wenn es das gibt, für den Kommunismus. Für sie wird es nie einen Kommunismus mehr geben. Es gibt keinen Kommunismus für sie. Es gibt keinen Kommunismus ohne sie. Ohne sie wird es nie einen Kommunismus mehr geben.

Aber wie sie erinnern? Wie die erinnern, von denen so wenig zu erinnern bleibt? Und vor allem mit wem? Wen anrufen im Namen einer zu spät kommenden, nachträglichen Gerechtigkeit, nachtragenden Parteinahme für die von der Partei verlassenen? Verlassen in den Zügen, versteckt in der Emigration, verraten

2 „Es gab zu Beginn des Jahres 1936 nur etwa 15 Prozent Emigranten jüdischer Herkunft, während es unter den Flüchtlingen aus NS-Deutschland insgesamt 70 Prozent waren. Das ist damit zu erklären, dass die ‚rassische' Verfolgung in der SU als zweitrangig für die Gewährung von Asyl galt. Was zählte, war die aktive Betätigung im antifaschistischen Widerstand“ (Steinberger, 27). Oft reicht nicht mal das. Nach dem Kriterium der „politisch-moralischen Qualität“ gelten viele Widerstandskämpferinnen aufgrund ihres „undisziplinierten und unproletarischen Verhaltens“ als „unwürdige Elemente“ (Schafranek, 14).

in den KZs, unterworfen in den kleinen Wohnungen Moskaus, in den Zellen der Untersuchungsgefängnisse, in den sibirischen Lagern. Sie haben keine Verbündeten mehr, keine Freunde im Ausland, keine Kämpfenden an ihrer Seite, keine heimlichen Genossinnen, niemand, der um sich Mut zu machen an sie denkt, an den sie denken könnten, um Hoffnung zu schöpfen. Mit wem ihre Einsamkeit teilen? Wenigstens das. Wenigstens ihnen Gesellschaft leisten, eine imaginäre, zu spät kommende Gesellschaft.

Von Freundinnen hätten sie umgeben sein sollen, jede Nachbarin eine Genossin, so hatten sie es sich vielleicht vorgestellt. Einmal, endlich, nicht einer Gruppe Vereinzelter angehören, endlich einmal nicht misstrauisch sein müssen gegen die Menschen auf der Straße, die Sitznachbarin an der Werkbank, die Verkäuferin im Laden nebenan. Nicht sich verstecken müssen wie die Genossinnen in Deutschland, in Jugoslawien, in Österreich, Polen, Italien, nicht mehr, wie sie selbst noch vor kurzem, Bücher nur heimlich lesen, sorgfältig getarnt mit aufgeklebten Rücken (Weiss, 35), nicht länger Bedenken zerstreuen müssen durch öffentliches Bekenntnis zu gehassten Führern. Jetzt hängt an der Wand – oder möglicherweise schon nicht mehr, denn sie rechnen bereits mit ihrer Verhaftung, verweigern es, noch einmal sich, sinnlos diesmal, zu unterwerfen – das Bild des großen Genossen. Vielleicht steht an einem frühen Mittag des Jahres 1939 eine von ihnen auf, nachdem sie lange schweigend am Küchentisch gesessen hatte, nähert sich langsam diesem einzigen gerahmten Bild in der kargen Kammer und hängt es ab. Womöglich hält sie es kurz in den Händen, als suche sie nach etwas, das sie einmal darin zu finden geglaubt hatte, dann stellt sie es umgedreht, aber sorgsam neben die Spüle. Für große Gesten der Wut fehlt ihr bereits die Kraft. Um diese Zeit fallen vorsichtig einige Lichtstrahlen durch das schmale Fenster auf den Schrank, auf den Streifen nun gänzlich leerer Wand. Deutlich ist darauf der weiße Fleck zu erkennen, der sich auf einer durch den schlechten Kohleofen, dessen immer verstopften Abzug, frühzeitig verdunkelten Tapete abzeichnet, eine rechteckige Leerstelle, ein freigewordener Platz, der nur darauf zu warten scheint, neu besetzt zu werden. Dabei sollte er doch, das wird jetzt, viel zu spät, deutlich, von niemandem besetzt werden, dabei sollte es ihn, den Platz selbst, doch gar nicht geben.

Doch auch die Treue zum höchsten Führer der Partei, auch ein übereifriger Stalinismus, kann in den seltensten Fällen sicher noch vor Verhaftung schützen. Ohne Gerichtsverhandlung werden die Verhafteten von einem Untersuchungsrichter verurteilt, ihre Geständnisse mit Folter erpresst. Faschistisches *„Diversantentum“*, kritische Einstellung zur Politik der Komintern, lautet die Anklage oder pauschal konspirative Beziehung mit NS-Dienststellen, Spionage also (Artikel 58, 6-9-10-11 des Strafgesetzbuches der RSFSR), Sympathie für das nationalsozialistische Deutschland, das sie, als der Krieg beginnt, beinahe alle, sich freiwillig meldend, bekämpfen wollen, an der Seite der oder besser noch als Rote Armee.

Von hier aus wird jeder Versuch eine umfassende Rationalität in den Verhaftungen und Verhören, in den Verurteilungen und Verbannungen zu finden, und sei es auch nur die irrationale Rationalität der Herrschaftserhaltung, mit dem Makel der Makellosigkeit behaftet sein, der, indem er mit zu spät kommenden Begriffen alles fasst, das Entscheidende verpasst – die Fassungslosigkeit, die lähmende Starre, in die die Kommunistinnen verfallen, wehrlos ausharrend.

> „*Nachts warteten sie auf ihre eigene Verhaftung. Durch Wochen und Monate schon stand der Koffer bereit, der sie nach Sibirien begleiten sollte.*“ (Buber-Neumann, 15)

Vielleicht beginnen sie, wie eine der Romanfiguren Manès Sperbers, Vasso Millitsch, in Erwartung seiner Verhaftung (Sperber, 426), Selbstgespräche zu führen, die aber eigentlich Gespräche mit Freunden im Ausland sind, mit vor langem gestorbenen Genossinnen, die als einzige noch die Entfernung bemessen können, die den Herbst 1939 vom Oktober 1917 trennt. Ihnen und nur ihnen, mit denen sie die Erfahrung der Revolution teilen, die Erinnerung an jene historisch einzigartige, weltweite Hoffnung, können sie die Enttäuschung begreiflich machen, von der sie unheilbar befallen sind. Für einen kurzen Moment war ihnen ein anderes Leben, das Ende ihrer Geschichte und der Geschichte ihrer Vorfahren gegeben oder zumindest in Aussicht gestellt worden – und dann wieder genommen. Dieser Verlust wird sich vielleicht durch nichts mehr ersetzen lassen, sicher jedoch wird er in ihrem kurzen Leben und allen bis heute folgenden durch nichts mehr ersetzt werden. Aber es ist der Verlust selbst, der verloren gegangen sein wird. Den Nachfolgenden wird der Verlust bereits zur Vorraussetzung ihrer Existenz geworden sein, zur Grundlage ihrer Erfahrung. Die revolutionäre Enttäuschung werden sie bei größter Anstrengung nicht mehr verstehen können, obwohl sie, obwohl wir – bis heute – streng historisch, wissenschaftlich genommen, Kinder genau dieser Enttäuschung sind. Nicht wir haben die Erfahrung der Enttäuschung gemacht, sondern andersrum sie uns.

Nicht in absoluten Zahlen, natürlich, aber in relativen waren die Opfer des stalinistischen Terrors häufiger in dessen eigenen Reihen, umso gefährdeter, je näher am Zentrum sie waren. Die Wahrscheinlichkeit der Verhaftung stieg mit Eintritt in die Partei. Es waren Kommunistinnen. Wer sollte sie – als Kommunistinnen – betrauern? Wenn nicht, wer immer das auch sei, die Kommunistinnen? Die Kommunistinnen aber schweigen – in ihrer Mehrzahl. Die Archive sind offen. Und dennoch hat keine breite und tiefe Forschung begonnen, zumindest, vor allem nicht von jenen, denen sich die Fragen (Wann? Wo?) am dringlichsten stellen müssten, die sich die Fragen (Wie? Warum?) am rücksichtslosesten zu stellen hätten. Keine Arbeit der Erinnerung jener, deren Erinnerung die zu Erinnernden am dringendsten bedürften.[3]

Es darf hier kein Schweigen geben und ebenso wenig oder noch weniger jetzt ein Verschweigen. Kein schamhaftes, schuldbewusstes Verscharren der Toten durch jene, die – noch immer in der Logik des Kalten Krieges verhaftet – aberglauben, es handle sich beim Erinnern der Opfer um eine antikommunistische Strategie, das Nennen ihrer Namen entfessle einen prokapitalistischen Fluch. In ihren Ängsten fühlen sie sich verfolgt von einer Armee der Leichen, die unter dem Banner der Konterrevolution marschiert, noch die letzten lebenden Kommunistinnen mit sich in ihre Gruft zu ziehen trachtet. In ihrer blinden Verteidigung eines angeblich realen Sozialismus, der selbst meist über den Anstand verfügte, seiner Gegenwart gegenüber auf das

3 „Als kompakten Anfang zu einer Bestandsaufnahme hätten wir Communist/inne/n die Materialsammlung und Streitschrift [des Schwarzbuch des Kommunismus] allererst zu begrüßen statt apologetisch abzuwehren. Und als Schwarzbuch würde es dann überhaupt erst von uns als wissenschaftlichen Communist/inn/en fortzuschreiben sein“ (Schritkopcher, 1).

K-Wort zu verzichten und dessen Realität nur ein Performativ im schlechten, im lediglich rhetorischen Sinne war, bestätigen sie mit der ihnen als Kommunistinnen zukommenden Autorität die Behauptung ihrer Gegner, *das* sei schon der Kommunismus gewesen, und wenn nicht die einzige, so doch immerhin eine Alternative zum Kapitalismus, zu dem es folglich keine Alternative gibt (vgl. Leonhard, S., 6). Indem die *Kommunistinnen der Vergangenheit* die Vergangenheit in Schutz nehmen gegen Angriffe einer siegreichen Gegenwart, verteidigen sie eine zeitweise siegreiche Vergangenheit, wie sie sich aus der Sicht einer Gegenwart darstellt, für die der Kopf Stalins auf immer an die Wange von Marx geschweißt bleiben wird.

Es darf hier kein Verschweigen geben, aber genauso wenig oder beinahe genauso wenig jetzt ein Schweigen. Ein unbedarft fröhliches Fortschreiben der Gegenwart, geschichtsloses Fortfahren in der Geschichte durch jene, die von einem Traum der Zukunft träumen, der sich selbst neu zu träumen in der Lage wäre, der unbelastet von den Albträumen der Vergangenheit bei Null beginnen könnte. Freie Wahl einer neuen Terminologie! Oder auch nur eines neuen Namens, eines unbeschmutzten Namens für das Projekt einer (in aller Regel weniger als) alles umfassenden Emanzipation. Als könnte hier ein *Neuer Name* mehr leisten als die guten, geläuterten, besten Absichten zu bekräftigen. Als könnte er auch an den Gefahren etwas ändern, die unter verändertem Namen unbehindert von wissender Vorsicht fortleben. In ihrer Rhetorik des Bruchs mit einer Vergangenheit, mit der sie nicht brechen können, weil sie sie beschweigen, sie nicht einmal kennen, bestätigen diese *Kommunistinnen der Gegenwart* die Behauptung ihrer Gegner, das Ende der Geschichte sei bereits erreicht, weil für sie *diese* Geschichte beendet ist. Als gäbe es keine Vorfahren, als habe es keine Vorkämpferinnen gegeben. Aber die vergangenen Kämpfe um die Zukunft zu begraben bedeutet unter den fortwirkenden Bedingungen der Niederlage nichts anderes als die Zukunft selbst, eine andere Zukunft zu begraben. Indem sie ihre Utopie rein halten wollen von den gewesenen Gemetzeln, von den Waffen der Revolutionäre, die sich gegen die Revolutionäre richteten, halten sie ihren Traum rein von der Geschichte der Macht und den Kämpfen um sie, halten sie die Utopie rein von der Wirklichkeit, zu der sie drängen sollte. Indem sie das Interesse für die Revolution verlieren, wo diese siegreich war, und nur solche Revolutionäre zu Ikonen erheben, die starben, bevor sie soweit hätten kommen können, bestätigen sie, dass sie nur träumen wollen, aber nicht siegen.

Beide, Kommunistinnen der Vergangenheit wie der Gegenwart, arbeiten am Phantasma einer unschuldigen Position, die sich der Illusion hingibt, von vorne, bei Null anfangen oder einfach, ungebrochen fortfahren zu können, ohne die schmerzliche Arbeit über die und an der Geschichte. Aber in diesem Fall (wie vielleicht in allen solchen Fällen) führt die Flucht vor der Geschichte immer nur im Kreis.

1937, in diesem langen Jahr, das *„mit dem ersten Moskauer Schauprozess im August 1936 beginnt und bis zum“* vorerst *„letzten Schauprozess im März 1938 reicht“* (Schlögel, 50), feiert die Oktoberrevolution ihren zwanzigsten, feiert sie ihren letzten Geburtstag; 1937 im Tosen des Großen Terrors, geht die russische Revolution unter, ersäuft im planmäßigen Rausch, erstickt – an sich selbst. Unabhängig davon, von wo sie gekommen ist, unabhängig davon, wann genau sie begonnen hat, erringt die Konterrevolution jetzt ihren finalen Triumph. Denn es ist, ohne allen Zweifel, eine Konterrevolution, die in diesem langen Jahr zu ihrem Abschluss kommt. Sie ist es, weil sie die Revolution beendet, ihre letzten Überbleibsel begräbt, zunächst, vor allem, die Revolutionäre. Von den 1966 Delegierten des 17. Parteitages, des Parteitages der Sieger 1934, sind keine fünf Jahre später 1108 verhaftet, verschleppt, erschossen, verscharrt (Montefiore, 148), von den 136 Parteisekretären, die das Adressbuch für Moskau und Umgebung 1936 auflistet, noch 7 im Amt (Schlögel, 50). Die Rote Armee verliert 1937 mehr höhere Offiziere als je eine Armee in Friedenszeiten, die exilkommunistische Partei Japans wird, ebenso wie diejenige Deutschlands, dezimiert, die polnische restlos liquidiert. In Leningrad, Hauptstadt der Revolution, werden, ähnlich wie auf dem gesamten Gebiet der RSFR, 90% aller Parteikader verhaftet, die *„trotzko-faschistischen Wanzennester ausgeräuchert und zerstört“* (Werth, 215). Die Konterrevolution ist gründlich. Aus Woronesch telegraphiert der Parteiarbeiter Andrei Andrejew nach Moskau: *„Hier existiert kein Büro mehr. Alle Kader sind als Feinde verhaftet. Jetzt weiter nach Rostow“* (Montefiore, 290).

Es ist ohne allen Zweifel die stalinistische Konterrevolution, die die Revolution im gemeinsamen Lieblingsvokabular beider *„liquidiert“*, und sie ist es gleichzeitig, mit Sicherheit, nicht. Zu keinem Zeitpunkt deklariert sich diese Konterrevolution als Konterrevolution, zu keinem Zeitpunkt erklärt sie offen den Errungenschaften der Revolution den Krieg, sondern erklärt den Krieg vielmehr der Konterrevolution selbst. Nicht von außen bricht sie über die *„sozialistische Heimat“* herein, sondern von innen, vom Hauptsitz der Regierung, vom Zentrum der Partei. Keinen militärischen Putsch organisiert sie, ruft keine befreundeten ausländischen Truppen zur Hilfe herbei, sondern *„entlarvt“* selbst beständig, unermüdlich die omnipräsenten Verschwörerinnen, Spione, Agentinnen feindlicher Mächte. Nicht unter weißem Banner marschiert sie, sondern unter rotem. Und nicht im Namen der Ordnung, der Freiheit, des Marktes kämpft sie, sondern im Namen der Revolution, des Sozialismus, des Plans.

Denn geplant ist sie, die große Terrorwelle, zentralistisch, bürokratisch. Eine staatssozialistische Terrorplanung, ebenso genau und ebenso ungenau wie die staatssozialistische Wirtschaftsplanung. Am 30. Juli 1937 wird die Verordnung 447 erlassen. Sie verlangt die Verhaftung von 330.000 Menschen, von denen, nach Einteilung in zwei Kategorien, 260.000 zu inhaftieren sind, im Lager für acht bis zehn Jahre und 70.000 zu exekutieren. Wie die Produktion so erfolgt auch die Repression nach Plan-Soll. Und das Plan-Soll wird, wie immer im Reich der tapferen Stachanow-Arbeiterin, übererfüllt. In diesem sozialistischen Wettbewerb überbieten sich die Kader, können sie ihren Fleiß beweisen. Wie etwa ein gewisser, noch als Antistalinist bekannt werdender Chruchtschow, der die Hinrichtung von 56.000 Verdächtigen anordnet, bei einer Quote von 50.000. Schon bald, nach nur einem Monat, verlangen die regionalen Kader eine Erhöhung der ihnen zugeteilten Quoten, schon bald folgen auf die Verordnung 447 weitere Verordnungen, die nach der *„Liquidierung der ehemaligen Kulaken, der Verbrecher und anderer antisowjetischen Elemente“* nun die *„Liquidierung der kriminellen Elemente“* oder die *„Liquidierung der Angehörigen der Volksfeinde“* fordern. Als die Terrorwelle plötzlich ausläuft, sind 1.300.000 Menschen verurteilt, davon 680.000 zu Tode. Das sind 85% aller Todesurteile der gesamten Stalinzeit, die während den Feiern zum 20. Jahrestag der Revolution verhängt und vollstreckt werden. Begleitet von Jubelparaden, gerahmt von leuchtenden Bannern mit folgendem Stalinzitat: *„Es lebt sich besser, es lebt sich fröhlicher“* (Buber-Neumann, 10).

Von innen betrachtet, lässt sich nicht erkennen, kann sich nicht erkennen lassen, welchen Sinn diese Verfolgungen haben. Ohne den möglichen Überblick einer späteren Perspektive zu nutzen, ohne nachträglich, zu spät kommend wenigstens noch eine Er-

klärung anbieten zu können, scheint das Beharren auf einer inneren Logik der politischen Rationalität immer nur die alte Antwort- und Auswegslosigkeit *wiederholen* zu können, die aus den Fragen der Verhafteten spricht: *Warum? Wofür? Warum ich?* Als ließe sich die destruktive Dynamisierung der sowjetischen Gesellschaft verstehen unter Absehung der Agrarrevolution gewaltsamer Kollektivierung, dieser nachgeholten ursprüglichen Akkumulation, der Vertreibung von Abermillionen Bäuerinnen, Grundlage für Urbanisierung und Industrialisierung. Als ließe sich die gewaltsame Logik der bolschewistischen Partei entziffern ohne Berücksichtung ihrer dreifachen Schule von Zarismus, Krieg und Bürgerkrieg. Als könnte eine Analyse des zur geschichtlichen Macht gewordenen historischen Materialismus gelingen ohne Berücksichtigung seiner materiellen Grundlagen, ohne Analyse der Ökonomie. (Jener Ökonomie, die eigentlich im Inneren des vom Sozialismus eröffneten politischen Feldes angeordnet werden müsste, und doch vom bürokratischen Zentralismus beständig als die Basis reproduziert wurde, die sich dem politischen Überbau als fremdes Objekt scheiternder Beherrschungsversuche entzieht.) Als ließe sich die Willkürlichkeit der Verhaftungen verstehen ohne Verständis der hochbeschleunigten Staatskapitalisierung, deren „innere Kolonien" (Schmid, 29) des Gulagsystems eine unstillbare Nachfrage nach Arbeitssklavinnen entwickeln. Jenes Zwangsarbeitssystem, das sich mangels äußerer Kolonisierung und ihr zugehöriger rassistischer Ideologie eine notwendig andere politische Form der Arbeitskraftbeschaffung gibt. Als könne die politische Irrationalität des Stalinismus entschlüsselt werden ohne den Schlüssel der ökonomischen Rationalität des disziplinierten Produktivismus, des kapitalistischen Imperativs, der unverändert als systemisches Unbewusstes aus der staatssozialistischen Politik spricht.

Aber der Ausweg eines Außens birgt – Gefahr und Verlockung – die Tendenz einer Überschreibung der Verantwortung für das Scheitern des Kommunismus in sich, die Tendenz, die Möglichkeit einer Wiederholung dieses Scheiterns im Außen der unwiederholbaren Spezifik der historischen Bedingungen oder der anhaltenden Macht des Immer-Schon-Gegners zu bannen. Die Betonung des unveränderten Anhaltens der so bekannten wie bekämpften Herrschaft neigt dazu, den Bruch mit ihr zum Verschwinden zu bringen, trotz dem und in dem sie fortexistiert und versperrt den Blick auf die anhaltende Möglichkeit der Kollaboration, auf die spezifischen Verbindungen, die der Sozialismus anders und doch vergleichbar der Sozialdemokratie mit dem Kapitalismus eingeht. Sie tendiert dazu, alle Verbrechen auf die Seite eines stilisierten Anderen zu schlagen und steht somit im Dienste einer Schuldabwehr, die ein linkes Subjekt erschafft, das mit den Fehlern und Verbrechen der historischen Vorgänger in keiner inneren Beziehung steht. Wir sind (und waren immer schon) die Guten. Aber die Wahrheit ist paradox. Nein, das war nicht der Kommunismus. Aber es war gleichzeitig nicht nicht der Kommunismus.

Auf die (antikommunistische) Kritik des Kommunismus reagieren Kommunistinnen mit Verteidigung - es sei nicht alles am Kommunismus schlimm –, mit Abwehr – das sei überhaupt kein Kommunismus gewesen – oder mit Angriff – die Kritik der kommunistischen Verbrechen diene nur der Legitimation der Verbrechen seiner Feinde. Jedes Mal haben sie Recht. Aber was über den Kommunismus ist gesagt damit, dass der Nationalsozialismus schlimmer, der Kapitalismus ebenso schlimm gewesen ist? Welches Urteil gesprochen über einen Kommunismus, in dem nicht alles, nur fast alles schlimm war? Und vor allem, welcher Anspruch erhoben auf einen Kommunismus, der trotz jahrhundertelanger Versuche ihn zu realisieren real doch nur in der Phantasie derer existierte, die, immer wenn sie befragt werden, leider ohne alle Macht sind. Handelt es sich bei der Skepsis der Massen gegenüber allen kommunistischen Versprechungen – nach den Revolutionen des 20. Jahrhunderts! – wirklich lediglich um falsches Bewusstsein und nicht vielmehr um richtiges?

Aber auf die Frage nach einer Versicherung gegenüber dem revolutionären Risiko ist das wohlfeile Versprechen, das nächste Mal werde es schon demokratischer zugehen, ebenso schnell gegeben wie die nur scheinbar radikalere Antwort, über das Aussehen des Kommunismus könne, ja dürfe keine Aussage getroffen werden. Das Bilderverbot, gegen die Möglichkeit der Wiederholung der Gegenwart im Traum gerichtet, wird zur Lüge, die die Möglichkeit der Wiederholung der Vergangenheit im Trauma verdeckt. Das Diktum, das schöne Bild des wahren Kommunismus lasse sich nicht zeigen, wird zur Legitimation, vor den hässlichen Bildern des falschen Kommunismus die Augen zu verschließen. Als wäre es an einer gewissen, einer ungewissen Zukunft und nicht an den Kommunistinnen, eine Antwort auf die Frage zu geben, warum der Kommunismus der Zukunft dem Kommunismus der Vergangenheit nicht gleichen, nicht einmal ähneln wird. Eine Antwort auf die Frage, warum eine andere Welt nicht nur möglich ist, sondern vor allem anders. Eine Antwort auf diese für Kommunistinnen schwierigste und dringlichste Frage, auf die Kommunistinnen (wie die hier vorlesende) noch keine Antwort haben geben können.

Die vom Kommunismus versprochene Zukunft ist nie Gegenwart geworden, aber sie ist auch nicht Zukunft geblieben. Das Ende der Geschichte bedeutet nicht weniger, als dass heute – nach 1989 – der weitaus größere Teil der Zukunft bereits hinter uns liegt. Es bedeutet, dass die (Poppersche) Losung – die zu verteidigende Welt sei zwar nicht die beste aller möglichen, wohl aber die beste aller existierenden – zum Stimmungsbild der ganzen Welt geworden ist. Im Vergleich zu den besinnungslosen Glückslügen der stalinistischen Lobreden wirkt diese Losung sympathisch gelassen. Aber von Beginn an ist diese Parole, die sich in der Rhetorik des Kompromisses als affektlose Kühle des Kopfes inszeniert, mit einer furchtbaren Traurigkeit geschlagen. Nicht weil es so schön ist, bleiben sie stehen, sondern weil ihnen der Mut fehlt weiterzugehen. Bewegung ist zwecklos. Das macht das Jubelgeschrei der Sieger des Kalten Krieges so wenig überzeugend; es ist ohne alle Freude. Statt von Erleichterung über das Abwenden einer drohenden Gefahr oder von Mitfreude mit dem neuen Glück der ehemaligen Unterdrückten (Russlands neuen Millionärinnen?) nährt es sich von verbitterter Missgunst. Es ist die Schadenfreude der neidvoll Daheimgebliebenen gegenüber der auf hoher See ersoffenen Schwester. So ist der Sieg selbst von einer vorhergehenden Niederlage gezeichnet. Nicht gewonnen haben die Antikommunistinnen, sondern sich ergeben: In die Unabänderlichkeit des Schicksals. Antikommunistinnen gewinnen nicht, sie geben auf: Nämlich ihre Träume. Von nichts anderem handelt der Merkspruch, wer in der Jugend keine Sozialistin sei, habe kein Herz, wer es im Alter bleibe, keinen Verstand: Vom Erwachsen werden. Das ist nur ein anderes Wort für den Verlust von Hoffnung. Die Apologetik des Bestehenden gründet nicht auf Freude über das Wirkliche, sondern auf verdrängter Trauer um das Mögliche, nicht auf Angst um das Erreichte, sondern auf Furcht vor dem Erreichbaren. Beides aber ist – historisch – begründet. Deswegen dieses Buch.

Wer vom Stalinismus nicht reden will, sollte vom Kommunismus schweigen. Aber was kann vom Stalinismus sagen, wer vom Kommunismus nichts hören will? Wer von der Geschichte dieser Vergangenheit schreiben will, ohne von der Geschichte der Zu-

kunft zu schreiben, die sie in sich begräbt? Ebenso wie der relativen Preistheorie der Wert wird der komparativen Herrschaftsanalyse immer genau das entgehen, um was sie doch beständig oszilliert: die Herrschaft selbst. Sie ließe sich verstehen nur vor der Möglichkeit ihrer Abschaffung, und diese Möglichkeit existiert wie alle Möglichkeiten in der diesen eigentümlichen Existenzform, in der sie noch vor ihrer Verwirklichung als Möglichkeit Wirklichkeit werden muss; die Möglichkeit der Herrschaftsfreiheit existiert, aber nicht apriorisch, sondern historisch.

Das ist das Ereignis des Kommunismus. Nicht wie die Sklavinnen, die nur so frei sein wollten wie ihre Herrinnen, nicht wie die Bäuerinnen, die nur den Zehnten zahlen wollten und nicht den Fünften, nicht wie die Bürgerinnen, die nur die politische Freiheit wollten, nicht die ökonomische – die *klassenlose Gesellschaft* haben die Arbeiterinnen verlangt. Die Abschaffung aller Herrschaft haben die Kommunistinnen versprochen. Und so lange sie erinnert werden, werden sie nie mehr aufhören, sie versprochen zu haben. Es ist für die Herrschaft nicht ungewöhnlich, sich als Freiheit zu (ver)kleiden, spätestens mit der bürgerlichen Revolution tritt sie selten in anderem Gewand auf, aber etwas ist anders, seitdem die Herrschaft derer in die Welt getreten ist, die gegen alle Herrschaft der Welt kämpften. Und dieses etwas verfehlt, wer bloß aufzählt, welche Straßen noch alle mit guten Absichten gepflastert wurden, oder resigniert verkündet, die Macht habe noch gegen alle Ideen obsiegt. *„Der Mensch ist schlecht geboren“* ist die vielgesichtige Formel, in der sich diese verschließende Trauerarbeit beschließt; eine historische Melancholie auf gesellschaftlichem Niveau, die sich als Realismus kleidet. Ihr stellen sich mehrere Variationen des gleichen Satzes entgegen, deren naivste *„der Mensch ist gut geboren“*, deren (biopolitisch) radikalste *„der Mensch ist ungeboren“* lautet. Aber die Entgegnung auf der Ebene der Anthropologie verfehlt die Struktur von Traum und Trauer, durch die der *resignative Realismus* eine verweigerte Beziehung zur Geschichte unterhält. Der Mensch sei des Menschen Feind, er habe seinesgleichen immer schon abgeschlachtet und werde sie also auch in Zukunft abzuschlachten fortfahren. Krieg gestern, Krieg heute, Krieg morgen. Das klingt schlimm – aber es ist viel schlimmer. Denn die Behauptung der Wiederholung des Immergleichen ist in Wirklichkeit eine Beruhigungsformel, die sich über das wahre Grauen legt. Wenn es immer schon schlimm war, dann ist eigentlich auch nichts Schlimmes passiert, dann kann eigentlich auch nichts Schlimmes mehr kommen. Aus der Vergangenheit alles gelernt zu haben und also aus der Zukunft nichts mehr lernen zu können ist, auch wenn es nur die Furcht zu lernen gab, ein perfider Trost. Ein Trost, der aber nicht mehr trösten kann, seitdem eine Zukunft versprochen worden ist, in der die Lehren der Vergangenheit nicht mehr gültig sind, es keinen Anlass zur Furcht mehr gibt. Der Stalinismus, dieses *„Verbrechen an der Zukunft der Menschheit“* (Knaudt, 3), ist so nicht irgendeine, nicht bloß eine weitere Herrschaft, sondern Paradigma und erstes Glied in einer unabgebrochenen Reihe von Enttäuschungen, die so niederschmetternd nur hatten werden können, weil sie auf einer Hoffnung basieren, die früheren Generationen unbekannt war.

Deswegen ist dem Antikommunismus zu allererst vorzuwerfen, dass er die Verbrechen des Stalinismus verharmlost. Nicht weil in den Gulags neben den Menschen auch noch eine Idee gemordet worden wäre – was für ein zynischer Einfall –, sondern weil erst der Kommunismus das historisch einklagbare Anrecht in die Welt gezwungen hat, keine Entmündigung hinnehmen, nicht eine einzige Erniedrigung mehr ertragen zu müssen. Seit dem ist noch das kleinste Unrecht größer und das größte schmerzt um ein Vielfaches mehr.

Literatur / Erinnerungen

BUBER-NEUMANN, MARGARETE: Als Gefangene bei Hitler und Stalin. Eine Welt im Dunkel, München 2002

LEONHARD, SUSANNE: Gestohlenes Leben, Frankfurt 1956

LEONHARD, WOLFGANG: Der Schock des Hitler-Stalin-Paktes. Erinnerungen aus der Sowjetunion, Westeuropa und USA, Freiburg-Basel-Wien 1986

MONTEFIORE, SIMON SEBAG: Stalin. Am Hof des roten Zaren, Frankfurt 2006

MÜLLER, REINHARD (HG): Die Säuberung. Moskau 1936: Stenogramm einer geschlossenen Parteiversammlung, Reinbek bei Hamburg, 1991

SCHAFRANEK, HANS: Zwischen NKWD und Gestapo. Die Auslieferung deutscher und österreichischer Antifaschisten aus der Sowjetunion an Nazideutschland, Frankfurt 1990

SCHLÖGEL, KARL: Die Stalinmaschine. Moskau 1937 – Eine Stadt in den Zeiten des großen Terrors, in: Lettre International 76, Frühjahr 2007, S.48-56

SCHMID, BERNHARD: Französische Reaktionen, in: Mecklenburg, Jens, Wippermann, Wolfgang: Roter Holocaust? Kritik des Schwarzbuchs des Kommunismus, Hamburg 1998, S. 25-40

SCHRITKOPCHER, ZWI: Wider den erschlichenen ‚Kommunismus', in: Kommunistische Streitpunkte - Zirkularblätter - Nr. 2 - 21.01.1999 – Onlineversion

SPERBER, MANÈS: Wie eine Träne im Ozean, München 2003

STEINBERGER, NATHAN UND BROGGINI, BARBARA: Berlin, Moskau, Kloyma und zurück. Ein biographisches Gespräch über Stalinismus und Antisemitismus, Berlin 1996

WEHNER MARKUS: Blutbad nach Quoten, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 01.07.2007, Nr. 26 / Seite 11

WERTH, NICOLAS: Ein Staat gegen sein Volk. Gewalt, Unterdrückung und Terror in der Sowjetunion, in: Courtois, Werth, Panné, Paczkowski, Bartosek, Margolin: Das Schwarzbuch des Kommunismus, Unterdrückung, Verbrechen und Terror, Hamburg 1998

WEISS, PETER: Die Ästhetik des Widerstands, Frankfurt 1977

WEISSBERG-CYBULSKI, ALEXANDER: Hexensabbat. Die Gedankenpolizei – die große Tschistka. Gekürzte Auflage, Frankfurt o.J.

WEISSBERG-CYBULSKI, ALEXANDER: Hexensabbat. Russland im Schmelztiegel der Säuberungen, Frankfurt 1951

Bini Adamczak hat am 20. Februar 2009 ihr Buch *Gestern Morgen. Über die Einsamkeit kommunistischer Gespenster und die Rekonstruktion der Zukunft* in Bremen vorgestellt. Wir danken der Autorin und dem *Unrast Verlag* sowie dem *Verlag Edition Assemblage* für die freundliche Genehmigung zum Nachdruck des Buchauszugs.
Siehe:
http://associazione.wordpress.com/2009/01/15/fr-20-02-09-gestern-morgen-uber-die-einsamkeit-kommunistischer-gespenster-%E2%80%A6-und-die-rekonstruktion-der-zukunft/

Hanning Voigts

Kritische Theorie und die studentische Revolte

Reaktionen auf die studentische Revolte[1]

Im folgenden Abschnitt sollen aus öffentlichen Äußerungen und privaten Briefen die jeweiligen Einschätzungen der Student_innenbewegung durch Theodor W. Adorno und Herbert Marcuse vergleichend herausgearbeitet werden. Zwischen der öffentlichen und der privaten Ebene wird unterschieden, weil sich im Material auf den beiden Ebenen Unterschiede finden, etwa bei der Deutlichkeit, in der zustimmende oder kritische Anmerkungen zur Politik der aktiven Studierenden formuliert werden. Im Rahmen der Bearbeitung werden sich bereits die Topoi erkennen lassen, die für Adornos und Marcuses Verständnis der gesellschaftlichen und politischen Situation zur Zeit der Student_innenbewegung zentral waren, also für ihre jeweilige „politisch-theoretische Gegenwartsanalyse". Die öffentlichen Reaktionen Adornos und Marcuses auf die Student_innenbewegung sind hauptsächlich Aufsätzen, Reden, Vorträgen und Interviews entnommen, die zum Großteil aus der Hochphase der deutschen Student_innenbewegung zwischen Juni 1967 und Sommer 1969 stammen. Alex Demirović hat zurecht darauf hingewiesen, dass Adornos Argumente zur studentischen Protestbewegung „seit 1966 im wesentlichen die gleichen" (Demirović 1999: 948) blieben. Dieses gilt, wie sich zeigen wird, ebenso für Marcuse.

Öffentliche Stellungnahmen
Kritische Solidarität: Adornos Reaktion

Adorno nahm gegenüber der politischen Bewegung der deutschen Studierenden eine ambivalente Haltung ein, wie bereits verschiedentlich herausgearbeitet worden ist (vgl. Claussen 2000; Kailitz 2007: 86-90; Demirović 1999: 915-922, 948-951; Wiggershaus 2001: 695-697; Türcke / Bolte 1994: 81-85). Grundsätzlich brachte er seinen Studierenden schon direkt nach seiner Rückkehr nach Frankfurt große Sympathien entgegen (vgl. Adorno 1950), stellte jedoch schon 1959 kritisch fest, dass diese mittlerweile zwar weniger autoritätshörig, aber dennoch angepasst seien (vgl. Adorno 1959b: 334f). Insgesamt war für Adorno nicht absehbar, ob die mehrheitlich unpolitischen Studierenden einmal überzeugte Demokrat_innen und kritische Denker_innen werden würden (vgl. ebd.: 337). Die Begeisterung für seine Student_innen, die Adorno durchaus im vollen Wortsinn als seine Schüler_innen verstand, war also stets mit einem gewissem Misstrauen verquickt.[2] Der studentischen Protestbewegung kurz nach den Ereignissen des 2. Juni 1967 allerdings begegnete Adorno mit Verständnis und eindeutiger Solidarität. Vor einer Ästhetik-Vorlesung am 2. Juni sagte er seinen Studierenden, die unübersichtliche Nachrichtenlage in Berlin könne ihn

> „nicht hindern, meine Sympathie für den Studenten auszusprechen, dessen Schicksal, gleichgültig was man berichtet, in gar keinem Verhältnis zu seiner Teilnahme an einer politischen Demonstration steht" (z.n. Kraushaar 1998b: 241).

Im Anschluss bat Adorno die Studierenden, sich zu einer Schweigeminute im Gedenken an Benno Ohnesorg von ihren Plätzen zu erheben (vgl. ebd.). Schon in dieser ersten Reaktion machte er sich die studentische Forderung nach einer umfassenden Aufklärung der Todesumstände Ohnesorgs zu eigen und äußerte die Befürchtung, an dessen Schicksal könne sich die Brüchigkeit der Demokratie in der BRD zeigen (vgl. ebd.). Ebenfalls vor Studierenden betonte er am 5. Juni, dass die gesellschaftliche Stimmung gegen die protestierenden Student_innen, die sich auch in der Medienberichterstattung zeigte, ihm große Sorgen bereite, denn „die Studenten haben (...) ein wenig die Rolle der Juden übernommen" (z.n. Kraushaar 1998a: 254). Diese Formulierung, die Adorno auch in mehreren Interviews öffentlich wiederholte, wurde häufig missverstanden. Adorno lag es fern, den Antisemitismus oder das Schicksal der europäischen Jüdinnen und Juden im Dritten Reich durch die Bezeichnung der Studierenden als „neue Juden" zu relativieren.[3] Er nahm in der Ablehnung der Student_innen durch die Mehrheitsgesellschaft vielmehr ein antisemitisches Stereotyp wahr, das sich jetzt gegen Intellektuelle richtete: das Stereotyp des parasitären, nicht arbeitenden Juden – projiziertes Zerrbild einer glücklichen Existenz (vgl. Demirović 1999: 917f, Kraushaar 1998b: 264).[4] Wie gegen derartige reak-

1 Dieser Artikel ist eine Kapitel-Zusammenstellung aus dem Buch von Hanning Voigts (2009): Entkorkte Flaschenpost. Herbert Marcuse, Theodor W. Adorno und der Streit um die Neue Linke, Bd. 11, Münster/Hamburg/London, 200 S., 24.90 EUR, Reihe: Politische Theorie. Der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung des LIT Verlages.

2 Generelles Misstrauen gegen rebellische Intellektuelle hatte Adorno schon in den „Minima Moralia" geäußert. Diese orientierten sich mittlerweile an der Mode, am Mitmachen, „Legitimation dessen, der weiß, wofür und wogegen ein Intellektueller heutzutage zu sein hat" (Adorno 1951a: 233). Das Denken verkomme, denn „jedes Urteil ist von den Freunden approbiert, alle Argumente wissen sie immer schon vorher" (ebd.: 234). Zur Opposition seien diese standardisierten Intellektuellen nicht mehr fähig: „Stalin braucht sich nur zu räuspern, und sie werfen Kafka und van Gogh auf den Müllhaufen" (ebd.: 235).

3 Adorno schrieb an Hans Zehmberg: „Wie sollte ich, der sich selbst zu dem Personenkreis der von den Nazis rassisch Verfolgten gehöre und in die Emigration mußte, auf die absurde Idee kommen, das reale Schicksal der protestierenden Studenten mit dem der Juden zu vergleichen. Was ich gemeint habe, war lediglich, daß in einer gewissen Art von Massenpsychologie die Studenten eine ähnliche Rolle spielen wie im Dritten Reich, und kurz vorher, die Juden" (Adorno-Zehmberg; 17.1.1969; z.n. Tiedemann 2000: 91, Hervorhebung im Original).

4 Adorno und Horkheimer hatten bereits in der „Dialektik der Aufklärung" formuliert, die Intentionslosigkeit des Antisemitismus mache seine Objekte beinahe beliebig gegeneinander austauschbar. Als potentielle Opfer hatten sie bereits Intellektuelle hervorgehoben: „Dazu gesellt sich das Bild des Intellektuellen; er scheint zu denken, was die

tionäre Stimmungen, so nahm Adorno die Student_innen auch in der Folge häufig öffentlich in Schutz (vgl. Kraushaar 1998b: 375-377; 472-474).
Direkte politische Nähe zu seinen Studierenden bewies Adorno, als er im Mai 1968 im Fernsehen einen Redebeitrag gegen die Notstandsgesetzgebung hielt. Hier rief er dazu auf, in der Opposition gegen das Gesetzesprojekt nicht nachzulassen (vgl. Adorno 1968e: 397). Zuvor hatte er bereits einen Aufruf unterzeichnet, in dem politische Streiks während der zweiten Lesung der Notstandsgesetze im Bundestag, wie sie auch der SDS forderte, gerechtfertigt wurden (vgl. Kraushaar 1998a: 326). In seinem Vortrag auf dem 16. Deutschen Soziologentag im April 1968 bezog sich Adorno ebenfalls vorsichtig, aber dennoch eindeutig positiv auf die Student_innenbewegung und zeigte Verständnis für ihre Motive:

> „Erst in jüngster Zeit werden Spuren einer Gegentendenz gerade in verschiedenen Gruppen der Jugend sichtbar: Widerstand gegen blinde Anpassung, Freiheit zu rational gewählten Zielen, Ekel vor der Welt als Schwindel und Vorstellung, Eingedenken der Möglichkeit der Veränderung. Ob demgegenüber der gesellschaftlich sich steigernde Destruktionstrieb doch triumphiert, wird sich weisen" (Adorno 1968b: 368).

Eine ähnliche Bemerkung zur Student_innenbewegung machte er auch im Mai 1968 in einer Vorlesung. Hier äußerte er den Gedanken, dass die Bewegung der revoltierenden Studierenden beweise, dass es in der spätkapitalistischen Gesellschaft, wie integriert sie auch sein möge, immer noch Möglichkeiten des kritischen Denkens und des Widerspruchs gäbe.

> „Ich möchte sagen, das Beglückende für einen älteren Menschen wie mich an der Bewegung der Studenten ist, daß die Annahme, wie sie zum Beispiel in den negativen Utopien von Huxley oder von Orwell gemacht worden ist, daß diese Integration so glatt einfach aufgehe, daß die Einrichtung der Gesellschaft es fertigbringe, daß man in der Hölle lebt und die Hölle gleichzeitig für den Himmel hält, daß das also doch nicht klappt; das funktioniert nicht, und darin liegt etwas unbeschreiblich Hoffnungsvolles" (Adorno 2003: 100f).

Eine besonders eindrucksvolle Bekundung politischer Sympathie für die Student_innenbewegung wurde zu Lebzeiten Adornos zwar nie veröffentlicht, war aber zur Veröffentlichung gedacht, so dass sie an dieser Stelle ebenfalls genannt werden soll. Adorno sprach in einem eigenen Entwurf für das Vorwort zur Neuausgabe der „Dialektik der Aufklärung" der Student_innenbewegung nicht nur eine politische Rolle für die Gegenwart zu, er bekannte sich auch offen dazu, dass die Flaschenpost der „Dialektik der Aufklärung" sich momentan nicht zuletzt an die jungen Protestierenden in aller Welt richten sollte.

> „Eine Erfahrung ist in dem Buch nicht anti[zi]piert, obzwar sie in anderen unserer Texte angedeutet wird: gegen den Übergang zur verwalteten Welt, der nicht bruchlos, sondern über Diktaturen und Kriege sich vollzieht, setzt zumindest die Jugend sich zur Wehr. Die Protestbewegung in allen Ländern der Erde, in beiden Blöcken sowohl wie der Dritten Welt bezeugt, daß nicht so glatt zu integrieren ist. Verhülfe das Buch den Impulsen des Widerstands zu einem Bewußtsein, das sie aufhellt und daran hindert, blinder Praxis aus Verzweiflung sich zu unterstellen und kollektivem Narzißmus zu verfallen, so könnte ihm das eine reale Funktion verschaffen" (z.n. Tiedemann 2003: 8).

An diesem Entwurf ist vor allem bemerkenswert, dass Adorno die Student_innenbewegung ernsthaft als „Widerstand" gegen die Tendenz zur totalen Verwaltung bezeichnete und es offenbar auch für möglich hielt, dass eine wirklich an der Kritischen Theorie geschulte Protestbewegung eine gesellschaftlich bedeutende Rolle würde spielen können. Warum die Gedanken zur Student_innenbewegung aus diesem Entwurf nicht in das letztlich von Horkheimer und Adorno gemeinsam verfasste Vorwort zur Neuausgabe der „Dialektik der Aufklärung" eingegangen sind, darüber lässt sich nur spekulieren. Allerdings stand Horkheimer der Student_innenbewegung ablehnender gegenüber, so dass er vermutlich entweder Adornos Entwurf nie zu Gesicht bekam oder es nicht als Vorwort akzeptiert hat.[5] Adornos Bemerkungen zur Student_innenbewegung jedenfalls basierten auf einer grundlegenden Sympathie für seine Studierenden und auch für ihre gesellschaftskritischen Impulse. Zu einigen SDS-Aktivist_innen in Frankfurt hielt Adorno auch während der Konflikte an der Universität engen Kontakt (vgl. Claussen 2000, Lippe 1998). Trotz aller Kritik an den politischen Vorstellungen der Student_innenbewegung, die ab 1969 an Schärfe gewann, ist also der Einschätzung Wolfgang Kraushaars zu widersprechen, dass sich Adornos „Haltung gegenüber den revoltierenden Studenten grundsätzlich geändert" (Kraushaar 2007: 332), seine Einstellung sich „beinahe um 180 Grad gedreht" (ebd.: 331) hätte. Auch während der Streit mit der Student_innenbewegung bis hin zu den Vorlesungssprengungen eskalierte, distanzierte Adorno sich nie grundsätzlich von der Student_innenbewegung.
Die herausgearbeiteten Sympathiebekundungen mit seinen politisch aktiven Studierenden hinderten Adorno jedoch nie daran, deren politischen Kurs zu kritisieren. Erste Bemerkungen in diese Richtung machte er bereits im Juni 1967 während einer Diskussion mit dem Frankfurter SDS (vgl. Kraushaar 1998a: 260f). Während die Studierenden klären wollten, wie die Betroffenheit über den Tod Ohnesorgs in gesellschaftskritische Einsichten und daraufhin in politische Praxis zu transformieren sei (vgl. Steffen 1967: 261), wies Adorno darauf hin, dass eine wie auch immer geartete politische Praxis der Studierenden nichts mit einem „emphatischen Praxisbegriff" (z.n. ebd.: 264) zu tun haben könne, denn studentische Aktionen könnten die Gesellschaft eindeutig nicht grundlegend verändern. Die Protestaktionen gegen die Erschießung Ohnesorgs glichen in seinen Augen eher den „Bewegungen eingesperrter Tiere, die nach Auswegen suchen" (z.n. ebd.: 264). Der von Adorno genannte emphatische Begriff der Praxis

anderen sich nicht gönnen, und vergießt nicht den Schweiß von Mühsal und Körperkraft" (ebd.: 197).

5 Auch Horkheimer stand der Student_innenbewegung zwar nicht ausschließlich, aber doch eindeutig ablehnend gegenüber. Statt vieler Belege sei hier eine von Friedrich Pollock eingefangene Äußerung Horkheimers genannt: „Es zeigt sich immer deutlicher, daß die Rebellion der Studenten eine konsequente Form des Positivismus darstellt. (...) Jedes Motiv, das nicht ‚wissenschaftlich' begründet werden kann, ist für sie Romantik, Muff usw. (...) Die Affinität zur Geisteshaltung der nach der Macht strebenden Nazis ist unverkennbar. Sollte es, wie es wahrscheinlich ist, in den westlichen Industrieländern zu einer Rechtsdiktatur kommen, dann wird man nicht wenige der heutigen linken Radikalen in den Reihen der neuen Machthaber finden können" (z.n. Kraushaar 1998b: 531).

muss hier im Sinne des kategorischen Imperativs von Karl Marx verstanden werden, der bekanntermaßen als politische Praxis kritischer Gesellschaftstheorie forderte,

> „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist" (Marx 1844: 385, Hervorhebungen im Original).[6]

Und der Weg zu genau dieser eingreifenden Praxis, so Adorno, sei den Studierenden versperrt. Diese Einschätzung wiederholte er während einer Diskussion mit dem Berliner Philologen Peter Szondi (Kraushaar 1998b: 304-310). Vorher machte er klar, dass er sich weder onkelhaft über seine Studierenden stellen, noch sich ihnen anbiedern wolle. Vielmehr wolle er versuchen, „zwischen diesen Klippen hindurchzusteuern" (z.n. ebd.: 304). Er stellte fest, dass für ihn eine echte Demokratisierung der Universität etwa in parlamentarischer Form unerreichbar sei, weil die Professor_innen eine nicht abzuschaffende Sachautorität besäßen (ebd.: 310). Außerdem seien soziologische Kategorien wie die der Herrschaft nicht ohne Weiteres auf die Universität anwendbar, selbst wenn die Universität noch so sehr mit dem gesellschaftlichen Ganzen zusammenhänge (ebd.: 308). Vor allem aber sagte er:

> „Ich glaube, daß keine Möglichkeit besteht, die Gesellschaft von der Universität her zu verändern, sondern im Gegenteil, daß innerhalb der Universität isolierte Intentionen auf radikale Änderung, denen die Möglichkeit der gesamtgesellschaftlichen Verwirklichung abgeschnitten ist, nur die herrschende Rankküne gegen die Sphäre des Intellektuellen verschärfen wird, und damit der Reaktion den Weg bahnen (...). Auf der anderen Seite (...) wird in diesen Bestrebungen die gesellschaftliche Macht völlig falsch eingeschätzt, man glaubt, daß durch die geistige Diskussion und die Berufung auf geistige Prinzipien an den Machtverhältnissen sich etwas ändert (...)" (z.n. ebd.: 309).

Auch hier wies Adorno auf das „reale Versperrtsein der entscheidenden Möglichkeiten des Eingriffs" (z.n. ebd.) hin. Und er fügte hinzu, er müsse „alles, was ich von der Gesellschaft weiß, mir selber verleugnen (...), wenn ich das für möglich hielte" (z.n. ebd.).
Die solidarische Haltung mit einigen Anliegen der Student_innenbewegung, die aber immer eine kritische Distanz bewahrte, blieb bestimmend bei Adorno. Immer wieder wehrte er sich gegen Versuche, ihn für die Student_innenbewegung zu vereinnahmen.[7] So verweigerte er die Abfassung eines entlastenden Gutachtens für den Kommunarden Fritz Teufel (vgl. Kraushaar 1998a: 264) und registrierte nach eigener Aussage mit dem Gefühl „maßlosen Staunens" (Adorno 1969e: 400), dass die Studierenden darauf mit Wut reagierten. Beispielhaft lassen sich die an Adorno herangetragenen Forderungen durch Aussagen studentischer Vertreter_innen auf der Podiumsdiskussion „Autoritäten und Revolution" im September 1968 aufzeigen (vgl. Kraushaar 1998b: 458-470). Diese fand am Ende der Frankfurter Buchmesse statt, nachdem der SDS versucht hatte, die Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels an den senegalesischen Präsidenten Luipold Senghor zu verhindern. Hans-Jürgen Krahl, dessen Gedanken stets darum kreisten, wie die Oppositionsbewegung zu vergrößern sei, forderte von Adorno klare Solidarität mit den Studierenden und ihren Aktionen. Für eine Befreiung von der autoritären Gesellschaft, so Krahl, brauchten die auf Autorität fixierten Menschen „kritische Autoritäten" (z.n. ebd.: 462). Adorno warf er vor, sich aus Schwäche ins „Gehäuse der Philosophie" (z.n. ebd.: 462) zurückgezogen zu haben. Karl-Dietrich Wolff spitzte diesen Gedanken zu:

> „Glauben Sie nicht, Herr Professor Adorno, daß es tatsächlich Bedeutung hätte, wenn beispielsweise jemand wie Sie, mit der Stimme, dem Ruf und der Bedeutung gerade auch für die studentische Bewegung, beispielsweise beim Sternmarsch auf Bonn mit uns zusammen, sagen wir, die Bannmeile durchbrochen hätte?" (z.n. ebd.: 464).

Auf diese Forderungen reagierte Adorno abwehrend. Er wies darauf hin, dass „ältere Herren mit einem Embonpoint" (z.n. ebd.: 465) nicht die Richtigen für derartige Aktionen seien. Es falle in seine persönlichen Rechte, an einer Demonstration nicht teilzunehmen. In demselben Sinne weigerte sich Adorno immer wieder, seine Vorlesungen für strategische Diskussionen zur Verfügung zu stellen. Schon im Mai 1968 hatte er damit gedroht, seinen Lehrstuhl niederzulegen, falls er bei seinen Lehrveranstaltungen gestört und in seiner Lehrfreiheit beschnitten werden sollte (vgl. Kraushaar 1998a: 324). So wie Adorno nicht bereit war, sein Denken in den Dienst einer politischen Bewegung zu stellen, so wichtig war es ihm auch, dass strategische Überlegungen nicht das Denken dominieren dürften. Schon im Juni 1967 wies er SDS-Vertreter_innen darauf hin:

> „Die Linke neigt dazu, den Gedanken einer Zensur zu unterwerfen im Hinblick auf den Zweck. Zur Erkenntnis gehört, das Versperrtsein auszusprechen. (...) Die Theorie muß ganz konsequent sein, sonst wird die Praxis falsch" (z.n. Steffen 1967: 265).

Die späteren Stellungnahmen Adornos zur Student_innenbewegung gehen von diesen Gedanken aus. Es handelt sich um seinen Radiovortrag „Resignation" und um zwei Interviews, die 1969 in der *Süddeutschen Zeitung* und im *Spiegel* erschienen.[8] Alle diese Stellungnahmen übernahmen die bisher entwickelten Gedanken, gingen aber auch die wachsenden Vorwürfe der Studierenden gegen Adorno und auf die Sprengung seiner Vorlesungen ein. Adorno wandte sich öffentlich nun stärker der Kritik des studentischen Aktionismus zu.
In seinem Text „Resignation" setzte sich Adorno 1969 sehr ernsthaft mit dem studentischen Vorwurf auseinander, seine Theorie sei resignativ, da sie die Möglichkeit des politisch-praktischen Eingriffs in die bestehenden Verhältnisse leugne (vgl. Krahl 1971: 285-288). Dies sei allerdings nicht die Schuld des Denkers, so Adorno, sondern lediglich Ausdruck einer reflektierten Analyse der Verhältnisse:

---

6 In einer Diskussion mit Adorno sagte Horkheimer 1956: „Wir meinen mit Praxis wirklich, daß man mit dem Gedanken, daß die Welt sich von Grund auf ändern müsse, ernst macht. Das muß sich sowohl im Denken wie im Tun zeigen" (Horkheimer / Adorno 1956: 61).

7 Max Horkheimer hat diese Haltung Adornos so ausgedrückt: „Wie intensiv auch immer er um Reformen sich bemühte, er hat abgelehnt, den Kollektiven, die auf seine Theorie sich beriefen, anstatt sie reflektierend auf die eigenen Aktionen anzuwenden, unbedingt sich anzuschließen" (Horkheimer 1969b: 290).

8 Adornos zentraler Text „Marginalien zu Theorie und Praxis" (Adorno 1969b) wurde erst postum veröffentlicht, so dass er an dieser Stelle nicht als öffentliche Reaktion gewertet werden kann. Der Text wird im Abschnitt zum Verhältnis von Theorie und Praxis diskutiert (vgl. unten 4.5).

> „Das Moment subjektiver Schwäche, das der Einengung auf Theorie anhaftet, möchte ich nicht verleugnen. Für wichtiger halte ich die objektive Seite“ (Adorno 1969d: 794).

Hinter den Vorwürfen gegen ihn vermutete Adorno bei den „Oppositionellen, die ihrerseits als Intellektuelle beschimpft werden“ (ebd.: 795) ein antiintellektuelles Ressentiment gegen den, der das politische Mitmachen verweigere (vgl. ebd.). Das Primat der Praxis werde schnell zu einem Denkverbot, das an die Unterbindung von Kritik im Sowjetkommunismus erinnere: „Praxis hieß hier nur noch: gesteigerte Produktion von Produktionsmitteln (...)“ (ebd.: 795). Resignativ sei die Haltung, an der Aktion um der Aktion willen festzuhalten, obwohl einleuchtend sei, „daß der Gedanke recht hat“ (ebd.: 796; vgl. ebd.: 797). Die Praxis, die ihre eigene grundsätzliche Versperrtheit nicht reflektiere, nannte Adorno eine „Ersatzbefriedigung“, „Pseudo-Aktivität“ (ebd.). Das Vertrauen auf politische Spontaneität sei naiv, weil die verwaltete Welt[9] alle Spontaneität unmöglich mache (ebd.: 797). Die Pseudo-Praxis, mit der Adorno ohne Frage auch die Praxis weiter Teile der Student_innenbewegung meinte, sei dabei nicht nur naiv, sondern sogar regressiv:

> „Die Ungeduld gegenüber der Theorie, die in ihr sich manifestiert, treibt den Gedanken nicht über sich hinaus. Indem sie ihn vergißt, fällt sie hinter ihn zurück“ (ebd.).

Letztlich war Adornos Urteil über die „Pseudo-Aktivität“ hart: Sie tendiere zur Unterordnung des kritischen Gedankens, zur „Kapitulation vorm Kollektiv“ (ebd.). Autonomes Verhalten sei dagegen einzig das Nicht-Mitmachen: „Einen Ausweg könnte einzig Denken finden, und zwar eines, dem nicht vorgeschrieben wird, was herauskommen soll (...)“ (ebd.: 796). Dieses autonome Denken verlange, so Adorno, sehr viel von den Denkenden: „Wer denkt, ist in aller Kritik nicht wütend: Denken hat die Wut sublimiert“ (ebd.: 798).

Die Interviews in der *Süddeutschen Zeitung* und im *Spiegel* gingen vor allem auf das Verhältnis Adornos zu seinen Studierenden ein. Adorno verneinte jeden direkten Einfluss seines Denkens auf die Student_innenbewegung (vgl. Adorno 1969e: 398), der Zusammenhang sei auch für ihn „schwer zu übersehen“ (Adorno 1969f: 404). Die Kritische Theorie, die er vertrete, habe sich niemals dem Diktat der Anwendbarkeit unterworfen (vgl. Adorno 1969e: 398). Im Laufe der Interviews wiederholte Adorno seinen Vorwurf der „Pseudo-Aktivität“ (vgl. ebd.: 399). Erneut wies er alle Bemühungen von sich, ihn für die Proteste zu vereinnahmen (vgl. Adorno 1969f: 403). „Eben das nicht zu tun, liegt in dem Begriff von Aufklärung, an dem ich festhalte“ (Adorno 1969e: 400). Trotzdem erklärte Adorno, sein Verhältnis zu seinen Student_innen sei nicht sonderlich beeinträchtigt, deren Niveau sei nach wie vor sehr hoch (vgl. ebd.: 400). In diese Einschätzung bezog Adorno explizit auch all jene Student_innen ein, „mit denen ich, was politische Praxis anlangt, gänzlich divergiere“ (ebd.). Sehr klar distanzierte er sich in beiden Interviews von jeder Form der Gewaltanwendung. Verändernde Praxis sei für ihn „nur als gewaltlos und durchaus im Rahmen des Grundgesetzes“ (ebd.: 399) vorstellbar. Die Anwendung von Gewalt sei höchstens in der Notwehr gegen eine faschistische Regierung legitim:

> „In Griechenland würde ich selbstverständlich jede Art von Aktion billigen. Dort herrscht eine total andere Situation“ (Adorno 1069f: 409).[10]

Im Spiegel-Interview ging Adorno auch auf das „Busen-Attentat“ ein. Er bezeichnete die Aktion als „widerlich“ (ebd.: 407) und äußerte die Vermutung, sie sei nur durchgeführt worden, weil der aktionistische Flügel der Studierenden Angst bekommen habe, in der Öffentlichkeit und an der Universität in Vergessenheit zu geraten (ebd.). Von deren Aktionen distanzierte Adorno sich mit den Worten:

> „Ich habe in meinen Schriften niemals ein Modell für irgendwelche Handlungen und zu irgendwelchen Aktionen gegeben. Ich bin ein theoretischer Mensch, der das theoretische Denken als außerordentlich nah an seinen künstlerischen Intentionen empfindet. Ich habe mich nicht erst neuerdings von der Praxis abgewandt, mein Denken stand seit jeher in einem sehr indirekten Verhältnis zur Praxis“ (ebd.: 403).

Zum Verhältnis von Theorie und Praxis gab Adorno an, Gesellschaftstheorie sei für ihn eine „genuine Gestalt der Praxis“ (ebd.: 408). Die sinnvollste Form praktischen Handelns sei es momentan, die Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse voranzutreiben (vgl. ebd.: 409). Obwohl er einige Aktionen der Studierenden nach wie vor für sinnvoll halte (vgl. ebd.: 404), könne er keine Anleitung zum Handeln geben: „Auf die Frage ‚Was soll man tun' kann ich wirklich meist nur antworten ‚Ich weiß es nicht'“ (ebd.: 404). Der Vorwurf, eine negative und pessimistische Theoriebildung zu betreiben, pralle daher völlig an ihm ab:

> „Ich kann darin keinen Vorwurf sehen, daß man in der Welt, in der wir leben, verzweifelt, pessimistisch, negativ sei. Eher sind doch jene Menschen beschränkt, die krampfhaft die objektive Verzweiflung durch den Hurra-Optimismus der unmittelbaren Aktion überschreien, um es sich psychologisch leichter zu machen“ (ebd.: 405).

Das Bedürfnis nach Befreiung: Marcuses Reaktion

Herbert Marcuse bezog sich im Laufe der sechziger Jahre stärker als Adorno auf die Student_innenbewegung als politische Bewegung und ordnete sich als oppositioneller Intellektueller der „Neuen Linken“ zu, als deren Teil er die Student_innenbewegung verstand. Bedenken gegen eine Zurechnung zu dieser politischen Bewegung hatte er nicht. Kritik an der Politik der Studierenden äußerte er seltener als Adorno, auf Kongressen und Tagungen suchte er dagegen stärker als dieser den Kontakt zu den politisch aktiven Student_innen. Wolfgang Kraushaar hat das einmal treffend so ausgedrückt, dass Marcuse im Gegensatz zu Adorno „sich auf die Bewegungen einließ, sich mit ihnen solidarisierte und in ihnen dachte“ (Kraushaar 1989: 195, Hervorhebungen im Original).

Mit der US-amerikanischen Student_innenbewegung, die sich durch die Proteste für Bürgerrechte und gegen den Vietnamkrieg herausgebildet hatte (vgl. Breines 1968: 143), war Marcuse schon

9 Zum Schlagwort der „verwalteten Welt“ vgl. unten 4.1.

10 In Griechenland herrschte seit dem so genannten Obristenputsch von 1967 noch bis 1974 eine faschistische Militärdiktatur unter Georgios Papadopoulos.

seit Anfang der sechziger Jahre politisch verbunden.[11] Jürgen Habermas hat dieses frühe politische Engagement Marcuses in den USA so auf den Punkt gebracht:

> „In den frühen sechziger Jahren hat ihn die amerikanische Bürgerrechtsbewegung erneut politisiert, bevor er sich an der Opposition gegen den Vietnamkrieg beteiligte und schließlich auf die Protestbewegung der Studenten diesseits und jenseits des Atlantiks Einfluß nahm“ (Habermas 1998: 234).

Für die junge amerikanische Linke, die sich von den vorherrschenden orthodox-marxistischen Gruppen nicht angesprochen fühlte, war Marcuse als revolutionärer Denker und europäisch geprägter Philosoph zweifellos attraktiv (vgl. Behrmann 1999: 312), auch wenn in den USA nur Wenige die philosophische Tradition aus Hegel, Marx und Freud kannten, in der Marcuse stand (vgl. ebd.: 314). In der Bundesrepublik diskutierte Marcuse zuerst 1964 mit politisch aktiven Studierenden (vgl. Demirović 1999: 895). Seine ersten öffentlichen Anmerkungen zur deutschen Student_innenbewegung machte er während seines Referats auf dem SDS-Kongress „Vietnam - Analyse eines Exempels“. Zu Beginn seines Referats betonte er die „spontane Weigerung der oppositionellen Jugend mitzumachen“, den „Ekel vor dem Lebensstil der ‚Gesellschaft im Überfluß’“ (Marcuse 1966: 206). Intellektuelle und Jugendliche bezeichnete er als

> „die hörbarste, sichtbarste und wirksamste Opposition. (...) Auch die radikale Opposition unter den Studenten und der Jugend ist keine sozialistische und keine kommunistische Opposition. Das Mißtrauen gegen alle Ideologie (und Kommunismus, Sozialismus, Marxismus gelten diesen Jungen und Mädchen als Ideologie) ist ein entscheidender Faktor in dieser Bewegung. Das Schlagwort ‚Wir trauen keinem, der über dreißig Jahre alt ist’ charakterisiert die Situation. (...) Auffallend ist die spontane Einheit von politischer, intellektueller und instinktiver sexueller Rebellion (...). (...) man spürt da etwas, das über die politische Opposition hinausgeht und eine neue Einheit darstellt: eine Einheit von Politik und Eros. (...) Ich mag hier vollkommen romantisch sein, ich will das zugeben, aber ich sehe in dieser Einheit eine Verschärfung und Vertiefung der politischen Opposition“ (ebd.: 207).

Ebenso zur radikalen Opposition zählte Marcuse „‚unterprivilegierte’ Gruppen der Bevölkerung“ (ebd.). Die Arbeiterklasse hingegen sei in die Gesellschaft integriert, der Klassenkampf sei zu einem politisch eingehegten, rein ökonomischen Interessenkonflikt geworden (ebd.: 208). Da es auf absehbare Zeit keine revolutionäre Massenbewegung geben werde, könne auch die Rebellion der Jugend momentan nicht revolutionär sein. Aber die politische Opposition gegen den Vietnamkrieg, so Marcuse, sei dennoch notwendig,

> „selbst wenn wir glauben, daß es hoffnungslos ist, einfach um als Menschen überleben zu können und vielleicht für andere doch noch ein menschenwürdiges Dasein möglich zu machen“ (ebd.: 209).

Marcuse verspürte gegenüber der jungen Protestbewegung, so hat Rolf Wiggershaus es einmal sehr treffend formuliert, „Respekt vor einem existenziellen Bedürfnis nach menschenwürdigem Verhalten“ (Wiggershaus 2001: 682).
Zentrale Aussagen Marcuses zur Student_innenbewegung finden sich in den Vorträgen, die er im Juli 1967 an der Freien Universität Berlin hielt.[12] Marcuse betonte in seinem Vortrag „Das Ende der Utopie“, dass ehemals für unmöglich gehaltene Formen menschlicher Befreiung durch die Entwicklung der Produktivkräfte mittlerweile möglich geworden seien. Daher sei das „Ende der Utopie“ erreicht, weil alle utopischen Gesellschaftsentwürfe real umsetzbar seien:

> „Alle materiellen und intellektuellen Kräfte, die für die Realisierung einer freien Gesellschaft eingesetzt werden können, sind da. Daß sie nicht für sie eingesetzt werden, ist ausschließlich der totalen Mobilisierung der bestehenden Gesellschaft gegen ihre eigene Möglichkeit der Befreiung zuzuschreiben“ (Marcuse 1967a: 14).

Da momentan keine revolutionäre Klasse auffindbar sei, müsse es einer materialistischen Kritik vor allem darum gehen, „die Entstehung und Entwicklung von vitalen Bedürfnissen nach Freiheit“ (ebd.: 15) aufzuzeigen und zu fördern. Die zunehmende Technologisierung des Produktionsprozesses mache die Entwicklung dieser Bedürfnisse möglich, und sie seien momentan zentral für einen fortschrittlichen Begriff des Sozialismus.[13] Deshalb müsse gegen Marx auch wieder die Aufhebung der Arbeit im zwanglosen Spiel als eine reale Möglichkeit gedacht werden (vgl. ebd.: 20).[14] Diese geschichtlichen Möglichkeiten müssten heute

11 Schon 1961 hatte Marcuse auf einer studentischen Veranstaltung gegen die US-Invasion in Kuba an der *Brandeis University* teilgenommen (vgl. Kraushaar 1998a: 179). Auf einem der ersten großen Teachins gegen den Vietnamkrieg in Los Angeles trat er als Redner auf (vgl. ebd.: 229). Eine zeitgenössische Einschätzung der Wechselwirkung zwischen „New Left“ und Marcuse bietet Paul Breines (Breines 1968). Er weist darauf hin, dass „One-dimensional Man“ und „Repressive Tolerance“ zu den am meisten diskutierten Texten innerhalb der „New Left“ gehörten (vgl. ebd.: 137; Roth 1985: 170f).

12 Einige seiner Gedanken hatte Marcuse bereits in einem Text für das *Kursbuch* geäußert. „In diesem Sinne ist sie [die Opposition der Jugend, H.V.] total, gegen das System als Ganzes gerichtet (...). Diese Jungen und Mädchen teilen nicht mehr die repressiven Bedürfnisse nach den Wohltaten und nach der Sicherheit der Herrschaft – in ihnen erscheint vielleicht ein neues Bewußtsein (...). Kurz: hier ist die ‚bestimmte Negation’ des Bestehenden – aber ohne wirksame Organisation (...)“ (Marcuse 1967c: 6).

13 Marcuse betonte übrigens einen normativen Zug seines Denkens: „Ich glaube, daß auch für Marx Sozialismus etwas ist, das sein *sollte*. Dieser normative Zug gehört zum Wesen des wissenschaftlichen Sozialismus. Der Sozialismus *soll* sein; er ist, wie wir vielleicht sagen können, eine biologische, soziologische und politische Notwendigkeit“ (Marcuse 1967b: 185, Hervorhebungen im Original).

14 Karl Marx hat in einer viel zitierten Stelle im „Kapital“ bemerkt: „Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion. (...) Die Freiheit in diesem Gebiet kann nur darin bestehn, daß der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln (...). Aber es bleibt dies immer ein Reich der Notwendigkeit. Jenseits desselben beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, das wahre Reich der Freiheit, das aber nur auf jenem Reich der Notwendigkeit als seiner Basis aufblühn kann“ (Marx 1894: 828; vgl. Marcuse 1968: 229-235).

„in Formen gedacht werden (...), die in der Tat den Bruch eher als die Kontinuität mit der bisherigen Geschichte, die Negation eher als das Positive, die Differenz eher als den Fortschritt anzeigen (...).“ (ebd.: 15).

In der Diskussion erläuterte Marcuse, dass er die Student_innenbewegung zwar nicht für eine revolutionäre Bewegung halte, in ihr aber eine der oppositionellen Gruppen erblickte, in der sich die für eine Umwälzung zentralen Bedürfnisse nach Emanzipation bereits zeigten (vgl. ebd.: 23; 30). Da seine Ausführungen schon in den sechziger Jahren immer wieder dahingehend verstanden wurden, er hielte die studentische Protestbewegung oder andere Randgruppen anstatt des Proletariats für eine neue revolutionäre Klasse, wies Marcuse immer wieder mit zum Teil recht harschen Worten darauf hin, dass dies ein Missverständnis sei (vgl. ebd.: 21, 27; Marcuse 1968: 227f). In zahlreichen Interviews trat er diesem Missverständnis ebenfalls entgegen (vgl. Kraushaar 1998b: 645f; 476; 295). Allerdings zeigten sich, wie bereits erwähnt, für Marcuse in der Student_innenbewegung zentrale Bedürfnisse nach Befreiung, die er für sehr wichtig hielt:

„Ich halte die Neubestimmung des subjektiven Faktors in der Tat für eines der entscheidensten Erfordernisse der heutigen Situation. (...) Ich halte die Entwicklung des Bewußtseins, (...) wenn Sie wollen: diese idealistische Abweichung, heute in der Tat für eine der Hauptaufgaben des Materialismus (...). (...) Eine der Aufgaben ist es, den Menschentypus freizulegen und zu befreien, der die Revolution will, der die Revolution haben muß, weil er sonst zusammenbricht: das ist der subjektive Faktor, der heute mehr als subjektiver Faktor ist“ (Marcuse 1967a: 29).

Das Auftauchen dieser neuen Bedürfnisse etwa in der Student_innenbewegung sei der Beweis für die Möglichkeit politischen Handelns, für die Kontingenz der sozialen Zustände: „Die Zwischenräume innerhalb der bestehenden Gesellschaft sind ja noch offen, und sie auszunützen ist eine der wichtigsten Aufgaben“ (ebd.: 34). Auf die Schwierigkeit angesprochen, wie denn in einer Gesellschaft, die Marcuse selbst zufolge ununterbrochen repressive Bedürfnisse produziere, emanzipative Bedürfnisse entwickelt werden sollten, räumte Marcuse ein:

„Ihr Einwand ist, daß, um die neuen revolutionären Bedürfnisse zu entwickeln, erst einmal die Mechanismen abgeschafft werden müssen, die die alten Bedürfnisse reproduzieren. Um die Mechanismen abzuschaffen, die die alten Bedürfnisse reproduzieren, muß erst einmal das Bedürfnis da sein, die alten Mechanismen abzuschaffen. Genau das ist der Zirkel, der vorliegt, und ich weiß nicht, wie man aus ihm herauskommt“ (ebd.: 41).

Die politische Bedeutung der Student_innenbewegung hob Marcuse auch in seinem zweiten Berliner Vortrag über „Das Problem der Gewalt in der Opposition“ hervor.

„Sie wissen, daß ich die Studentenopposition heute für einen der entscheidendsten Faktoren in der Welt halte, (...) als einen der stärksten Faktoren, der vielleicht einmal zu einer revolutionären Kraft werden kann“ (ebd.: 47).

Die derzeitigen oppositionellen Kräfte könnten aber nur der Vorbereitung einer revolutionären Bewegung dienen, eine wirksame Schwächung des weltweiten kapitalistischen Systems sei eher durch die Dekolonisierungsbewegungen in der „Dritten Welt“[15] möglich (vgl. ebd.: 52f). Eine ähnliche Argumentation entwickelte Marcuse in einem Vortrag, den er eine Woche später in London hielt (vgl. Kraushaar 1998a: 267). Hier formulierte er genauer, was seiner Ansicht nach die neuartige historische Situation und das Neue an der heutigen Opposition sei:

„Ich denke, wir stehen einer geschichtlich neuartigen Situation gegenüber, weil es für uns heute darum geht, uns von einer relativ gut funktionierenden, reichen, mächtigen Gesellschaft zu befreien. Das Problem, vor dem wir stehen, ist die Notwendigkeit der Befreiung nicht von einer armen Gesellschaft (...), sondern von einer Gesellschaft, die in großem Maße die materiellen und sogar die kulturellen Bedürfnisse der Menschen entwickelt (...). Und damit ist bereits gesagt, daß wir auf eine Befreiung aus sind, für die in der Gesellschaft augenscheinlich keine Massenbasis besteht“ (Marcuse 1967b: 186).

Einen Beginn neuer, emanzipativer Bedürfnisse gäbe es bereits,

„besonders bei den noch nicht integrierten Gesellschaftsgruppen und bei jenen, die kraft ihrer privilegierten Position den ideologischen und materiellen Schleier der Massenmedien und der Indoktrination durchstoßen können: der Intelligenz“ (ebd.: 196).

Intellektuelle – also auch Studierende – könnten nie allein eine revolutionäre Kraft sein, „aber sie könnten zum Katalysator werden, heute vielleicht mehr denn je“ (ebd.), sie könnten „die Rolle von Wegbereitern (...) spielen“ (ebd.: 198). In diesem Sinne lobte Marcuse die Student_innenbewegung auch in einem Vortrag, den er 1968 auf der Sommerschule der jugoslawischen Praxis-Gruppe hielt. Er stellte seinen Vortrag unter ein Motto protestierender Student_innen der Pariser Sorbonne: „Soyons réalistes – demandons l'impossible“ (Marcuse 1968: 227, Hervorhebungen im Original). Diese phantastische Parole verdeutliche, dass die Student_innenbewegung die Vorstellung einer anderen Gesellschaft wieder auf Befreiung und Solidarität bezog und die vom zeitgenössischen Marxismus verhöhnten utopischen Ideale wieder eingefordert habe, die heute in den Bereich des Möglichen gerückt seien (vgl. ebd.: 227f). Die Student_innenbewegung habe ins Gedächtnis gerufen, „daß der Sozialismus vor allem eine neue Form des menschlichen Daseins ist“ (ebd.: 233).

„Ich glaube, daß diese Aufschrift einen Wendepunkt in der Entwicklung (...) der etablierten Gesellschaften überhaupt markiert, und daß angesichts dieser Tatsache heute keine Überprüfung der Marxschen Begriffe möglich ist, die nicht die Protestbewegung der Studenten einbezieht“ (ebd.: 227).

Die Student_innenbewegung sei zwar nur eine radikale Minderheit, aber sie artikuliere avantgardistisch, „was bei der großen Mehrheit der Bevölkerung noch unartikuliert und unterdrückt

15 Der Begriff „Dritte Welt“ ist mit guten Gründen in die Kritik geraten. Er bezeichnete ursprünglich die „blockfreien Staaten“, dann alle „unterentwickelten“ Länder. Seit 1989/1990 ist mit der UdSSR aber nicht nur die „Zweite Welt“ weggefallen, sondern die unausgesprochene Hierarchisierung und das damit einhergehende eurozentrische Weltbild wurden zunehmend kritisiert. In dieser Arbeit wird der Begriff dennoch verwendet, weil seine Bedeutung in der Alltagssprache ihn nach wie vor unumgänglich macht.

ist“ (ebd.: 228; vgl. Kraushaar 1998b: 295). Somit bekam die Student_innenbewegung bei Marcuse in der Tat eine Avantgarde-Funktion zugesprochen, weil sie emanzipatorische Bedürfnisse äußere, die aber unausgesprochen von breiten Teilen der Bevölkerung geteilt würden.
In seinem Essay „Versuch über die Befreiung“, einem Versuch, „die zeitgenössische Opposition gegen die vom korporativen Kapitalismus organisierte Gesellschaft zu untersuchen“ (Marcuse 1969: 307) ging Marcuse am ausführlichsten auf die politischen Möglichkeiten der studentischen Opposition ein. Der Essay wurde zu großen Teilen bereits 1967 geschrieben, aber erst 1969 veröffentlicht (vgl. Roth 1985: 202; Marcuse 1969: 242). Im Vorwort heißt es:

> „Die wachsende Opposition gegen die weltweite Herrschaft des korporativen Kapitalismus sieht sich der ungebrochenen Macht dieser Herrschaft gegenüber (...). Neuerdings hat sich diese bedrohliche Homogenität gelockert; eine Alternative bricht jetzt in das repressive Kontinuum ein. (...) Die Große Weigerung nimmt verschiedene Formen an“ (ebd.: 241).

Marcuse zählt daraufhin auf, an welchen Bewegungen er diese Alternative zu westlichem Kapitalismus und stalinistischem Realsozialismus festmacht: an den Dekolonisierungsbewegungen in der „Dritten Welt“, an den Revolten unter den Ghettobewohner_innen und den Schwarzen in den USA, vor allem aber an der internationalen Student_innenbewegung. Diese Kräfte, von denen keine alleine schon die Revolution bedeute, verkörperten trotzdem eine Hoffnung, da sie die Grenzen der herrschenden gesellschaftlichen Macht zur Eindämmung emanzipativer Tendenzen ebenso aufzeigten wie den wieder vorhandenen Wunsch nach Befreiung (vgl. ebd.: 242). Daher müssten sie von einer Kritischen Theorie der Gesellschaft sehr genau beobachtet und auf ihre Möglichkeiten hin untersucht werden (vgl. ebd.: 242).
Eine wirklich revolutionäre Bewegung, so Marcuse in Übereinstimmung mit Marx, sei ohne revolutionäre Massenbasis nicht denkbar, sie sei letztlich immer noch auf die Mehrheit der Arbeitenden angewiesen: „Objektiv, ‚an sich', sind die Arbeiter noch die potentielle revolutionäre Klasse; subjektiv, ‚für sich', sind sie es nicht“ (ebd.: 255). Die Hoffnung, die die Protestbewegungen laut Marcuse verkörperten, basierte auf ihren neuen Bedürfnissen nach Befreiung, denn „ihr Bewußtsein und ihre Ziele machen sie zu Vertretern des wahrhaften Gesamtinteresses der Unterdrückten“ (ebd.: 284). Dieses wahrhafte Interesse der Mehrheit der Bevölkerung bestimmte Marcuse auf Basis einer vorsichtig angedeuteten Anthropologie: Alle Menschen besäßen emanzipative Bedürfnisse nach Befreiung, diese könnten als „‚biologische' Grundlage des Sozialismus“[16] (ebd.: 248) dienen. Die „biologische Grundlage“ sah Marcuse darin, dass basale psychische und physische Bedürfnisse des Menschen gegenwärtig nicht befriedigt würden und diese sich – wie in der Revolte der Jugend – durch ein entsprechendes gesellschaftskritisches Bewusstsein gegen das falsche Bestehende richten könnten: „Die triebmäßige Revolte verwandelt sich in eine politische Rebellion“ (ebd.: 250). Die Triebenergie des Eros, die zu immer größeren libidinösen Bindungen dränge, könne als eine biologische Grundlage für eine Revolution verstanden werden:

> „Wir hätten dann, diesseits aller ‚Werte', ein triebpsychologisches Fundament für Solidarität unter den Menschen – eine Solidarität, die (...) als Vorbedingung von Befreiung erscheint“ (ebd.: 250).

Folgerichtig benennt Marcuse die Praxis etwa der Studierenden als Revolte, nicht als Revolution (vgl. ebd.: 241). Aber:

> „Sie haben die Idee der Revolution dem Kontinuum der Unterdrückung entzogen und sie mit ihrer wahren Dimension verknüpft – der von Befreiung“ (ebd.: 243).

Auch wenn die gesellschaftliche Situation nicht revolutionär sei, so könne sie es langfristig durchaus werden (vgl. ebd.: 288), wenn die Protestbewegungen es verstünden, ihre Rolle als „Katalysatoren“ wahrzunehmen (vgl. ebd.: 286). Dies traut Marcuse ihnen vor allem aufgrund der Radikalität ihrer Weigerung gegenüber der Gesellschaft zu, die er an einer neuen Sexualmoral und neuen ästhetischen Ansprüchen (vgl. ebd.: 263f), an einem subkulturellen Gebrauch von Sprache (vgl. ebd.: 270f) und an neuen Formen von Musik (vgl. ebd.: 280) festmacht. Die Student_innenbewegung sei nicht nur eine Bewegung von Studierenden, sondern wirke bereits auf andere Teile der Gesellschaft und sei außerdem Teil der „neuen Arbeiterklasse“ (ebd.: 291), die durch die zunehmende Bedeutung geistiger und intellektueller Arbeit immer mehr Bedeutung für den Produktionsprozess erlange (vgl. ebd.: 291). Diese Bewegung sei momentan das „Ferment der Hoffnung“ (ebd.: 291), und sie habe im Pariser Mai und in der Opposition gegen den Vietnamkrieg vor allem in den USA ihre politische Wirkung bewiesen (vgl. ebd.: 299). Damit sich die Hoffnungen in die Protestbewegungen erfüllen könnten, müsse die politische Arbeit intensiviert werden (vgl. ebd.: 288), außerdem seien neue Formen des zivilen Ungehorsams zu entwickeln, die die bestehenden Gesellschaften schwächen und soziale Widersprüche verschärfen könnten (vgl. ebd.: 310).

> „Dann und nur dann würde dasjenige politische Klima herrschen, das eine Massenbasis für die neuen Organisationsformen böte, die zur Führung des Kampfes erforderlich sind“ (ebd.: 311).

Mit seinen Vorträgen und Schriften hatte Marcuse sich selbst zu einem Teil der „Neuen Linken“ gemacht.

> „Die Koinzidenz einiger in meinem Essay vorgeschlagenen Gedanken mit den von den jungen Rebellen formulierten war für mich sehr eindrucksvoll“ (ebd.: 242),

schrieb er im Vorwort zum „Versuch über die Befreiung“. In der Folge wurde Marcuse häufig von verschiedenen Medien als „Philosoph der Neuen Linken“ angesprochen und interviewt. Immer wieder äußerte Marcuse sich in diesen Interviews zu Fragen der Student_innenbewegung und der „Neuen Linken“. Die Fülle an Interviews macht die Lage unübersichtlich, einige zentrale Interviews sind jedoch durch die Dokumentensammlung von Wolfgang Kraushaar zugänglich. Die ihm häufig angetragene Rolle eines Vordenkers der Neuen Linken, eines Mentors, eines Wortführers oder Sprechers der Protestbewegungen lehnte Marcuse energisch als „Unsinn“ (z.n. Kraushaar 1998b: 655) ab (vgl. ebd.:

16 Dass Marcuse das Wort „biologisch“ in Anführungszeichen setzt, zeigt an, dass es ihm nicht um eine unveränderliche menschliche Biologie geht. Schon in „Triebstruktur und Gesellschaft“ hatte Marcuse gegen Freud festgehalten, dass die „Natur des Menschen“ für ihn eine historische und damit auch veränderbare Tatsache darstelle.

494; 643; 655). Im Gegenteil bemerkte er, dass wahrscheinlich nur sehr wenige der Student_innen seine Bücher wirklich gelesen und verstanden hätten (vgl. ebd.: 643). Er habe die Student_innenbewegung auch nicht vorausgesehen (vgl. ebd.: 489). Ebenso bestritt Marcuse immer wieder, er habe behauptet, die Studierenden seien heute anstatt des Proletariats die „neue revolutionäre Klasse“ (vgl. ebd.: 295; 381; 476; 645). Aber er bescheinigte der Neuen Linken und den Student_innen, ein neues Bewusstsein dafür entwickelt zu haben, dass eine befreite Gesellschaft einen qualitativen Unterschied zu den bestehenden Gesellschaften bedeuten und radikales Denken sich daher eher am Sprung aus der Geschichte als am Fortschritt in der Geschichte orientieren müsse (vgl. ebd.: 295). Daher komme auch das starke anarchistische Element in der Student_innenbewegung, das Marcuse für progressiv hielt (vgl. ebd.: 644). Entscheidend sei aber, dass die Studierenden ihre utopischen Vorstellungen einer ganz anderen Gesellschaft nicht aus einer Situation des Elends, sondern aus der „Überflussgesellschaft“ (z.n. ebd.: 380) heraus entwickelt hätten. Über diese Entwicklungen und die Bewegung einiger Studierender zeigte Marcuse sich begeistert:

> „Es war eine der beglückendsten Erfahrungen meines Lebens zu beobachten, daß die Studentenbewegung eine internationale Bewegung ist, die sich ohne feste Organisationsformen entwickelt hat (...). Ich konnte mich überzeugen, daß in der internationalen Studentenbewegung ein starker Trend zum Sozialismus besteht, aber mit einer neuen Vorstellung vom Sozialismus (...). Es ist eine Vorstellung vom Sozialismus, die die unbedingte Notwendigkeit einer qualitativen Änderung des gesamten Lebensinhaltes ausdrückt“ (z.n ebd.: 476).

Die Erziehung der Bevölkerung zu einem progressiven Bewusstsein sei derzeit vor allem die Aufgabe von Studierenden und Intellektuellen (vgl. ebd.: 490; 646). Die Chance der Neuen Linken läge daher darin, vorbereitende Arbeit für eine revolutionäre Praxis zu betreiben (vgl. ebd.: 656). In den Studierenden sah Marcuse erste Anzeichen eines „neuen Typus des Menschen“ (z.n. ebd.: 660), der nicht mehr die repressiven Bedürfnisse der antagonistischen Klassengesellschaft teile (vgl. ebd.: 660).

Die öffentlichen Reaktionen Adornos und Marcuses zeigen, dass die eingangs geäußerte Einschätzung zutrifft: Beide Philosophen reagierten trotz einiger Gemeinsamkeiten sehr unterschiedlich auf die Student_innenbewegung, trotz der Entwicklung in ihrer Argumentation blieben beide ihrer anfänglichen Einschätzung treu. Ihre öffentlich geäußerten Bewertungen der Protestbewegung stehen sich an entscheidenden Stellen diametral gegenüber. Als nächster Schritt wird nun auf den Briefwechsel zwischen beiden Denkern eingegangen, mit dem sich das Bild der Argumente und Gedankenstränge komplettiert, mit denen sie das Phänomen der Student_innenbewegung beschrieben und eingeschätzt haben.

„Ernste politische Differenzen“ – Der Streit im Briefwechsel

> „Daß ich die Beschäftigung damit [mit Negativer Dialektik, H.V.] für wichtiger halte als manches unmittelbar der Realität Nähere, mag an meinem Narzißmus liegen. Aber doch nicht durchaus: ich bin überzeugt, daß bei der Einheit von Theorie und Praxis heute der Akzent auf der fortgeschrittensten und reflektiertesten Theorie liegt. Viele der jungen Studenten tendieren dazu, ihre Art Praxis mit einer nicht vorhandenen Theorie zu synthesieren, und dabei schaut ein Dezisionismus heraus, der ans Grauen erinnert. Über all das zu reden, wäre zwischen uns überaus fällig“ (Adorno-Marcuse; 1.6.1967; z.n. Tiedemann 2000: 44f).

Mit diesem Brief Adornos an Marcuse wurde die briefliche Debatte über die Student_innenbewegung begonnen, die beide Denker bis zum August 1969 unterhielten.[17] In den Briefen prallten ihre unterschiedlichen Auffassungen aufeinander, sie wurden durch die private Form meist sehr offen formuliert, auch wenn in den Briefen selten ganz neue Argumente vorgebracht werden. Bei Adorno finden sich aber sehr offene Sympathiebekundungen mit der Student_innenbewegung, die er öffentlich so nie geäußert hat. Sie stützen die oben vertretene These, Adorno habe sich trotz aller Konflikte nie ganz von der Studierendenbewegung losgesagt (s. oben 3.1.1). Die briefliche Form der Debatte wurde von beiden Denkern als ungenügend empfunden, viele Briefe von 1967, 1968 und 1969 enthalten den Wunsch, sich in den jeweiligen Sommermonaten zu treffen, um in Ruhe diskutieren zu können. Zu diesem Treffen kam es allerdings vor Adornos Tod nicht mehr. Sowohl Adorno als auch Marcuse war die politische Brisanz ihrer brieflichen Debatte offenbar von Anfang an bewusst, denn schon 1967 hatte Marcuse an Adorno geschrieben:

> „Teddy, ich würde über solche Dinge hinweggehen, wenn ich nicht fürchtete, daß sich in ihnen ernste politische Differenzen ausdrückten“ (Marcuse-Adorno; 16.6.1967; z.n. Kraushaar 1998b: 261).

Adorno schrieb daraufhin an Horkheimer:

> „Nach einem Brief wie dem von Herbert fängt es an, einen zu frösteln, wenn es nicht schon längst damit angefangen hat“ (Adorno-Horkheimer; 16.6.1967; z.n. ebd.: 263).

Als sich der „Frankfurter Lokalkonflikt“ (Claussen 1985: 65) mit der Besetzung des Instituts für Sozialforschung weiter zuspitzte, gewannen auch die Briefe zunehmend an Schärfe. Im Mai 1969 schickte Adorno die bereits in der Einleitung zitierten Zeilen an Horkheimer, nach denen er nicht mehr wisse, wie ein offener Bruch mit Marcuse noch vermieden werden könne (vgl. Kraushaar 1998b: 639). Wer die Briefe aufmerksam liest, spürt zwischen den Zeilen, wie schmerzhaft der politische Dissens und der zunehmende Streit für beide gewesen sein muss. Es war keine Bekanntschaft, sondern eine lange enge und intellektuelle Freundschaft, die hier aufgrund von politischen Differenzen zu scheitern drohte.

Im Einzelnen sind in dem Briefwechsel zur Student_innenbewegung – es handelt sich um etwa zwanzig Briefe zwischen Juni 1967 und August 1969, wobei jene ausgespart bleiben, die lediglich organisatorische Fragen behandeln – drei inhaltliche Ebenen zu unterscheiden. Adorno und Marcuse stritten in diesen Briefen a) um die Einschätzung der Student_innenbewegung und um den studentischen Aktionismus; b) um das zum momentanen Zeitpunkt angemessene Verhältnis von Theorie und Praxis und c) auf einer persönlichen Ebene über die Konflikte in Frankfurt. Der zunehmende Streit in diesem letzten Punkt führte dazu, dass

17 Die zugänglichen Briefe zwischen Adorno und Marcuse finden sich bei Wolfgang Kraushaar (Kraushaar 1998b) und Rolf Tiedemann (Tiedemann 2000).

Marcuse einen schon lange für den Juni 1969 geplanten Besuch in Frankfurt absagte.[18]

Im Dezember 1968 berichteten Adorno und Horkheimer Marcuse von der erneuten studentischen Streikwelle an der Universität Frankfurt:

> „Hier geht es im Augenblick drunter und drüber, nicht wenige Gebäude der Universität sind besetzt. Viele Seminare können nicht mehr stattfinden, darunter gerade auch die besonders fortschrittlichen. Höchst berechtigte studentische Forderungen und fragwürdige Aktionen gehen so durcheinander, daß von produktiver Arbeit oder auch nur einem vernünftigen Denken kaum mehr die Rede sein kann" (Horkheimer/Adorno-Marcuse; 17.12.1968; z.n. Kraushaar 1998b: 519f).

Marcuse antwortete darauf an Adorno:

> „Was du über die Entwicklung der Studentenbewegung sagst, stimmt ganz mit meinen Erfahrungen überein. Rationale und irrationale, ja gegenrevolutionäre Forderungen sind unentwirrbar vereint. Wo stehen wir?" (Marcuse-Adorno; 12.1.1969; z.n. ebd.: 541).

Kurz darauf wies Adorno in einem Brief darauf hin, dass der zunehmende „irrationale Aktionismus" (Adorno-Marcuse; 24.1.1969; z.n. Tiedemann 2000: 91) der Studierenden zu einer Bürokratisierung der Universität führen werde.[19] Im Februar 1969 schrieb er:

> „Hier ging es wieder gräßlich zu. Eine SDS-Gruppe unter Krahl hatte einen Raum des Instituts besetzt (...). Wir mußten die Polizei rufen (...). In der Propaganda werden die Dinge völlig auf den Kopf gestellt, so als ob wir repressive Maßnahmen ergriffen hätten, und nicht die Studenten, die uns zuriefen, wir sollten die Klappe halten (...)" (Adorno-Marcuse; 14.2.1969; z.n. Kraushaar 1998b: 574f).

Marcuse beschränkte sich in seinen nächsten zwei Briefen auf die Aussage „Die Situation dort ist ja geradezu scheußlich" (Marcuse-Adorno; 18.3.1969; z.n. ebd.: 578). Adorno hatte ihm zuvor berichtet, Habermas und er seien von Studierenden mit Eiern beworfen worden (Adorno-Marcuse; 28.2.1969; vgl. ebd.). Und er hatte Marcuse geschrieben:

> „Ich kann mir selbst gar nicht erklären, mit welcher Ruhe (...) ich diese Dinge registriere. Ob es das Alter ist oder intensive Verdrängung, damit ich meine Arbeit zu Ende kriege, vermag ich selbst nicht zu sagen" (Adorno-Marcuse; 28.2.1969; z.n. ebd.).[20]

In seinem nächsten Brief äußerte Adorno die Einschätzung, die Student_innenbewegung stehe zumindest in ihrem aktionistischen Flügel vor dem endgültigen Zusammenbruch, so dass ihre Sprecher_innen gezwungen seien, auf „extreme Manifestationen" (Adorno-Marcuse; 25.3.1969; z.n. ebd.: 579) zu drängen, damit die Bewegung überhaupt weitergehe. Er äußerte schwere Bedenken über das kommende Wintersemester 1969/1970, „zumal manche Leute mit Bomben und Schießen rechnen" (Adorno-Marcuse; 25.3.1969; z.n. ebd.).[21]

Im April 1969 schickte Marcuse einen langen Brief an Adorno, in dem er seine politische Ablehnung der Reaktion auf die studentische Besetzung des Instituts zum Ausdruck brachte und klare inhaltliche Differenzen benannte. Die Situation habe sich für ihn „entscheidend verändert" (Marcuse-Adorno; 5.4.1969; z.n. ebd.: 601), seit er persönliche Berichte von Frankfurter Studierenden über die Vorfälle gehört habe (vgl. ebd.).

> „Brutal: wenn die Alternative ist: Polizei oder Studenten der Linken, bin ich mit den Studenten – mit einer entscheidenden Ausnahme, nämlich, wenn mein Leben bedroht ist oder wenn mit Gewalt gegen mich und gegen meine Freunde gedroht wird und die Drohung ernst ist. Besetzung von Räumen (außerhalb meiner Wohnung) ohne solche Gewaltandrohung ist für mich noch kein Grund, die Polizei zu rufen" (Marcuse-Adorno; 5.4.1969; z.n. ebd.: 601).

Im Anschluss stellte Marcuse noch einmal paradigmatisch fest:

> „Ich glaube immer noch, daß unsere Sache (die ja nicht nur unsere ist) eher bei den rebellierenden Studenten aufgehoben ist als bei der Polizei (...). Du kennst mich gut genug, um zu wissen, daß ich eine unmittelbare Umsetzung der Theorie in Praxis genau so emphatisch verwerfe wie Du es tust. Aber ich glaube, daß es Situationen, Momente gibt, in denen die Theorie von der Praxis weitergetrieben wird – Situationen und Momente, in denen die sich von der Praxis fernhaltende Theorie sich selbst untreu wird" (Marcuse-Adorno; 5.4.1969; z.n. ebd.: 601f.).

Nach dieser Einschätzung wies Marcuse darauf hin, „daß diese Studenten von uns (und sicher nicht am wenigsten von Dir) beeinflußt sind" (Marcuse-Adorno; 5.4.1969; z.n. ebd.: 602). Dann bemerkte er, dass er ihre Aktionen verstehe, auch wenn er sie nicht als revolutionär verkenne:

> „Wir wissen (und sie wissen), daß die Situation keine revolutionäre ist, nicht einmal eine vor-revolutionäre. Aber dieselbe Situation ist so grauenhaft, so erstickend und erniedrigend, daß die Rebellion gegen sie zu einer biologischen, physiologischen Reaktion zwingt: man kann es nicht mehr ertragen, man erstickt und

---

18 Endgültig sagte Marcuse seinen Besuch in einem Brief vom 23. Mai 1969 ab (vgl. Kraushaar 1998b: 634). Der Grund war offenbar, dass Marcuse im Konflikt zwischen dem *Institut* und den Studierenden keine eindeutige Stellung beziehen wollte (vgl. ebd.: 601f).

19 Technokratische Tendenzen zeigten sich für Adorno besonders an den studentischen Organisationsformen, im „bürokratischen Kleben an Geschäftsordnungen, ‚Verbindlichkeit', ungezählten Gremien und ähnlichem (...)" (Adorno-Marcuse; 19.6.1969; z.n. Kraushaar 1998b: 652). Die Bewegung zeige „drastisch die Züge eben jener Technokratisierung, der man sich doch angeblich widersetzen will (...)" (Adorno-Marcuse; 19.6.1969; z.n. ebd.).

20 Adorno arbeitete seit Dezember 1966 an seiner „Ästhetischen Theorie" (vgl. Kraushaar 1998b: 218; Adorno 1969f: 409).

21 Adorno fühlte sich offenbar auch persönlich von Teilen der Student_innenbewegung bedroht. Er und seine Frau Margarete fürchteten beispielsweise eine Verwüstung ihrer Wohnung durch aktionistische Studierende. Rudolf zur Lippe zitiert Adorno mit den Worten: „Wenn sie kommen und diese Wohnung besetzen, dann sollen sie das meinetwegen tun. Aber ich möchte mir zwei Dinge ausbedingen. Die Bücher dürfen nicht zerstört werden, und ich will mitbestimmen, was an die Wände geschrieben werden darf" (Lippe 1989: 117). Rudolf zur Lippe äußert allerdings die Einschätzung, dass ein derartiger studentischer Angriff auf Adorno wohl nie ernsthaft in Erwägung gezogen wurde.

> muß sich Luft schaffen. Und diese frische Luft ist nicht die eines ‚linken Faschismus' (contradictio in adjecto!), es ist die Luft, wie wir (wenigstens ich) auch einmal atmen möchten (...). Ich diskutiere mit den Studenten, ich beschimpfe sie, wenn sie nach meiner Ansicht stupide sind (...), aber ich würde wahrscheinlich nicht die schlechteren, scheußlicheren Waffen gegen ihre schlechten zu Hilfe rufen" (Marcuse-Adorno; 5.4.1969; z.n. ebd.: 602).

Marcuse benutzte hier in sehr komprimierter Form eines seiner zentralen Argumente zur Student_innenbewegung: Das beinahe körperliche Bedürfnis nach einem anderen Leben, das manchmal auch zu unreflektierten Aktionen dränge, begriff er als grundsätzlich progressiv. Und da er die Student_innenbewegung politisch auch ansonsten unterstützte, war für ihn der Ruf nach der Polizei ebenso unverständlich wie Habermas' Vorwurf eines „linken Faschismus".[22] In seiner Antwort gab Adorno zu, Marcuses Brief habe ihn „geschmerzt" (Adorno-Marcuse; 5.5.1969; z.n. ebd.: 624). Er verteidigte den Ruf nach der Polizei, da er als Direktor des Instituts für Sozialforschung für alle Schäden durch die Besetzung verantwortlich gewesen wäre. Die an ihn von Studierenden herangetragene Forderung nach Selbstkritik halte er „für puren Stalinismus" (Adorno-Marcuse; 5.5.1969; z.n. ebd.). Er gab Marcuse recht, dass politische Praxis in bestimmten Momenten die Theorie vorantreiben könne.

> „Weder jedoch herrscht heute objektiv eine derartige Situation, noch hat der öde und brutale Praktizismus, dem jedenfalls wir hier konfrontiert sind, mit Theorie das mindeste zu schaffen" (Adorno-Marcuse; 5.5.1969; z.n. ebd.).

Das Argument, man müsse sich „Luft verschaffen", halte er für Marcuses stärkstes Argument, aber auch dieses überzeuge letztlich nicht:

> „Schroff gesagt: daß Du wegen der Dinge in Vietnam oder Biafra einfach nicht mehr leben könntest, ohne bei den studentischen Aktionen mitzumachen, betrachte ich als eine Selbsttäuschung" (Adorno-Marcuse; 5.5.1969; z.n. ebd.: 624f).

Diese studentischen Aktionen, die nicht mit einer Theorie der Gesellschaft in Verbindung stünden, sich nicht selbst im Spiegel der gesellschaftlichen Verhältnisse reflektierten, erinnerten Adorno außerdem eher an eine technokratische und tendenziell faschistische Bewegung:

> „Ebenso fraglos scheint mir, daß Verhaltensweisen wie die, welche ich beobachten mußte, und deren Beschreibung ich Dir und mir erspare, wirklich etwas von jener begriffslosen Gewalttätigkeit haben, die nun einmal zum Faschismus dazugehört" (Adorno-Marcuse; 5.5.1969; z.n. ebd.: 625).

Mit dieser Formulierung verteidigte Adorno nicht nur den von Marcuse kritisierten Ausdruck eines „linken Faschismus" von Habermas, er brachte auch vor, wie sehr ihn der Aktionismus der Studierenden verunsicherte. Wer nicht einsehen wolle, dass die eigenen Aktionen zu nichts führten, wer sich blind mache gegen diese Erkenntnis, so Adornos Gedankengang, der drohe auch gegen die eigene Intention zu einer begriffslosen, blind gewalttätigen und damit tendenziell faschistischen Form von Politik zu greifen. Diesen Punkt machte er auch in seinem nächsten Brief an Marcuse stark. Nachdem er betont hatte, dass eine physische Bedrohung durch die Institutsbesetzung „unmittelbar gegeben" (Adorno-Marcuse; 19.6.1969; z.n. ebd.: 651) gewesen sei, führte er aus, dass das Wort Ordinarius heute von den Studierenden gebraucht werde „um Menschen abzutun oder, wie sie es so schön nennen, ‚fertig zu machen', wie seinerzeit von den Nazis das Wort Jude" (Adorno-Marcuse; 19.6.1969; z.n. ebd.: 652; Hervorhebungen im Original). Der Aktionismus der Student_innenbewegung sei nicht harmlos, sondern in verschiedener Hinsicht mehr als fragwürdig:

> „Einmal in der, daß sie das in Deutschland ungeminderte faschistische Potential anheizt, ohne sich auch nur darum zu scheren; dann aber insofern, als sie in sich selbst Tendenzen ausbrütet, die – und auch darin dürften wir differieren – mit dem Faschismus unmittelbar konvergieren" (Adorno-Marcuse; 19.6.1969; z.n. ebd.).

Als Beleg nannte Adorno die Sprengung eines Vortrags des israelischen Botschafters Asher Ben-Nathan in Frankfurt einige Tage zuvor (vgl. ebd.). Bei diesem Vorfall habe sich gezeigt, wie sehr der „Antizionismus" des SDS nach dem Sechstagekrieg bereits in offenen Antisemitismus umgeschlagen sei (vgl. Kraushaar 1998a: 435f). Adorno schrieb dazu:

> „Du müßtest nur einmal in die manisch erstarrten Augen derer sehen, die, womöglich unter Berufung auf uns selbst, ihre Wut gegen uns kehren" (Adorno-Marcuse; 19.6.1969; z.n. Kraushaar 1998b: 652).

Und er beendete den Gedanken mit dem Satz: „Die Gefahr des Umschlags der Studentenbewegung in Faschismus nehme ich viel schwerer als Du" (Adorno-Marcuse; 19.6.1969; z.n. ebd.). Marcuse hatte zuvor in seinem letzten Brief energisch die Notwendigkeit einer öffentlichen politischen Solidarisierung mit der Student_innenbewegung betont. Dies hatte er mit Bezug auf sein Verständnis von einer Kritischen Theorie der Gesellschaft begründet:

> „Aber unsere (alte) Theorie hat einen inneren politischen Gehalt, eine innere politische Dynamik, die heute mehr als zuvor zu einer konkreten politischen Position drängt. (...) Auch die unversehrte Theorie ist der Realität gegenüber nicht immun" (Marcuse-Adorno; 4.6. 1969; z.n. ebd.: 649).

Den Vorwurf eines „Faschismus von links" wehrte Marcuse ab:

> „Die (authentische) Linke kann nicht ‚kraft ihrer eigenen Antinomik' in die Rechte umschlagen, ohne ihre gesellschaftliche Basis und Zielsetzung entscheidend zu verändern. Nichts in der Studen tenbewegung indiziert eine solche Veränderung" (Marcuse-Adorno; 4.6.1969; z.n. ebd.: 650).

Danach ging er auf das Verhältnis von Theorie und Praxis ein:

> „Du schreibst, (...) daß wir seinerzeit ja auch die Ermordung der Juden ertragen hätten, ohne zur Praxis überzugehen, ‚einfach

22 Klaus Briegleb hat über Marcuses Wahrnehmung der deutschen Studierenden 1967 an der FU Berlin geschrieben: „Diese Rebellen sind für den Gast eins gewiß: Antifaschisten" (Briegleb 1993: 116).

> deshalb, weil sie uns versperrt war'. Ja, und genau heute ist sie uns nicht versperrt. Der Unterschied in der Situation ist der zwischen Faschismus und bürgerlicher Demokratie" (Marcuse-Adorno; 4.6.1969; z.n. ebd.).

Als Möglichkeit von Praxis nannte Marcuse in der Folge „‚civil disobedience', direkte Aktion" (Marcuse-Adorno; 4.6.1969; z.n. ebd.) und benutzte damit für seine Argumentation das politische Vokabular der Student_innenbewegung. In seinem letzten Brief an Adorno griff er dann auf seine Idee zurück, dass rebellierende Gruppen etwa von jungen Intellektuellen als „Catalysator" (Marcuse-Adorno; 21.7.1969; z.n. ebd.: 653) zu einer revolutionären Massenbewegung führen könnten. „Als solcher Catalysator hat die Studentenbewegung in den Vereinigten Staaten in der Tat schon eingreifend gewirkt" (Marcuse-Adorno; 21.7.1969; z.n. ebd.). Zum derzeitigen Moment, in dem eine revolutionäre Situation nicht vorliege, nähme die radikale Opposition eben unorthodoxe und unvorhersehbare Formen an (vgl. ebd.: 654).

> „Ich glaube, daß gerade in dieser Situation es unsere Aufgabe ist, der Bewegung zu helfen, sowohl theoretisch als auch in der Verteidigung gegen Repression und Denunziation" (Marcuse-Adorno; 21.7.1969; z.n. ebd.).

Gegen Ende des Briefes, nachdem er nochmal eine klare Positionierung gegen den Vietnamkrieg gefordert hatte (vgl. ebd.) fügte Marcuse dazu:

> „Die Studenten wissen sehr gut von den objektiven Schranken ihres Protests – sie brauchen uns nicht, um sie ihnen klar zu machen, aber vielleicht brauchen sie uns, um ihnen über diese Schranken hinwegzuhelfen" (Marcuse-Adorno; 21.7.1969; z.n. ebd.).

Adornos letzter Brief[23] begann mit der Sorge, dass „wegen dieser Geschichte im Ernst etwas zwischen Dich einerseits und Max und mich auf der anderen Seite träte" (Adorno-Marcuse; 6.8.1969; z.n. ebd.: 671, Hervorhebungen im Original). In sehr offener Weise formulierte Adorno dann so etwas wie eine finale Bemerkung zur Student_innenbewegung:

> „Die Meriten der Studentenbewegung bin ich der letzte zu unterschätzen: sie hat den glatten Übergang zur total verwalteten Welt unterbrochen. Aber es ist ihr ein Quentchen Wahn beigemischt, dem das Totalitäre teleologisch innewohnt, gar nicht erst – obwohl dies auch – als Reperkussion. Und ich bin kein Masochist, bis in die Theorie hinein nicht. Zudem ist die deutsche Situation wirklich anders. – Daß ich neulich wieder, bei einer Klausur, Tränengas abbekam, nur nebenbei, bei meiner schweren Bindehautentzündung sehr lästig. (...) Von dem Maß an Haß, das sich auf Friedeburg, Habermas und mich konzentriert, machst du Dir offenbar keine Vorstellung" (Adorno-Marcuse; 6.8.1969; z.n. ebd.).

Obwohl Adorno ansonsten auf die Schranken des studentischen Protestes hingewiesen hatte, räumte er in dieser privaten Äußerung durchaus ein, dass die Student_innenbewegung politisch wirksam sei. Ebenso hatte er gegenüber Marcuse schon in einem früheren Brief angemerkt, dass es sich trotz aller Differenzen seinen Studierenden nach wie vor verbunden fühlte und sie immer noch eher schätzte als deren politische Gegner:

> „(...) man braucht nur, wie ich gestern, an einer Fakultätssitzung teilzunehmen, um sich wieder mit denen solidarisch zu fühlen, die es mit uns gar nicht sind" (Adorno-Marcuse; 24.1.1969; z.n. Tiedemann 2000: 91).

Ebenso hatte Adorno in einem privaten Brief an den Schriftsteller Günther Grass nach der Podiumsdiskussion auf der Frankfurter Buchmesse 1968 betont, er wolle sich trotz der Angriffe von studentischer Seite

> „nun auch wiederum nicht mit den Rüeggs[24] e tutti quanti gegen die Studenten (...) verbinden (...), mit denen unsereiner dann immer noch mehr gemein hat, wenn sie einen totschlagen, als mit jenen, wenn sie uns als einen der Ihren an die liebevolle Brust drücken" (Adorno-Grass, 4.11.1968; z.n. Kraushaar 1998b: 473).[25]

Hier zeigt sich im Brief an Grass wie in den Briefen an Marcuse, dass sich Adorno in seinen privaten Stellungnahme doch wesentlich positiver auf die Student_innenbewegung bezog als in seinen öffentlichen Reaktionen. An Grass schrieb Adorno auch explizit, er lehne es ab, sich öffentlich von der Student_innenbewegung zu distanzieren:

> „Ich möchte mich lieber distanzieren durch das, was ich denke und schreibe als durch Bekenntnisse. (...) So genau ich weiß, daß die Studenten eine Scheinrevolte betreiben und das eigene Bewußtsein der Unwirklichkeit ihres Treibens durch ihre Aktionen übertäuben, so genau weiß ich auch, daß sie, und die Intellektuellen überhaupt, auf der Plattform der deutschen Reaktion die Rolle der Juden übernommen haben" (Adorno-Grass, 4.11.1968; z.n. ebd.).

Mit Adornos Tod wurde die briefliche Debatte mit Marcuse jäh abgebrochen, ohne dass sich eine inhaltliche Annäherung abgezeichnet hätte. In der Gesamtschau beweisen die Briefe, wie ernst Marcuse und Adorno die Auseinandersetzung über die Student_innenbewegung nahmen und wie wichtig es ihnen war, den jeweils Anderen vom eigenen Standpunkt zu überzeugen. Die Vermutung liegt nahe, dass es ihnen nicht einfach um die angemessene Einschätzung einer politischen Protestbewegung aus Sicht der Kritischen Theorie, sondern in der Tat um das Ganze ihrer Gegenwartsdeutung ging. Am Streit um die „Neue Linke" zeigte sich sehr deutlich, wie weit Adorno und Marcuse in politischen Fragen mittlerweile auseinander lagen – für beide

---

23 Adornos letzter Brief an Marcuse ist laut Wolfgang Kraushaar vom 6. August 1969 (vgl. Kraushaar 1998b: 671), laut den Frankfurter Adorno Blättern vom 26. Juli 1969 (vgl. Tiedemann 2000: 115). Die unterschiedlichen Daten resultieren wohl aus der Tatsache, dass Adornos Brief von seiner Sekretärin nach einem handschriftlichen Entwurf abgetippt und so erst am Tag von Adornos Tod an Marcuse verschickt wurde (vgl. Kraushaar 1998b: 671).

24 Walther Rüegg war von 1965-1973 Rektor der Universität Frankfurt.

25 Günther Grass hatte sich in einem Brief an Adorno von Hans-Jürgen Krahls öffentlichen politischen Attacken gegen seinen Professor und Adornos defensiver Haltung gegenüber Krahl entsetzt gezeigt und gefragt: „Warum fürchten Sie sich vor Ihren Schülern?" (Grass-Adorno; 17.10.1968; z.n. Kraushaar 1998b: 471).

scheint diese Erkenntnis schmerzhaft gewesen zu sein. Nachdem damit die Einschätzungen der Student_innenbewegung durch Adorno und Marcuse herausgearbeitet wurden, sollen sie nun im Rekurs auf ihre jeweilige politisch-theoretische Gegenwartsanalyse verständlich gemacht werden.

Zum Verhältnis von Theorie und Praxis

> „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kömmt drauf an, sie zu verändern" (Marx 1845: 7, Hervorhebungen im Original).

Karl Marx schrieb diese Absage an die nur denkende und nicht handelnde Philosophie im Vormärz, in Zeiten der Erwartung einer revolutionären Erhebung des industriellen Proletariats im Weltmaßstab. Die Philosophie als von dem praktisch-sozialen Handeln der Menschen getrennte Sphäre, so hoffte er, könnte durch ihre Verwirklichung und Aufhebung in einer sozialistischen Revolution überflüssig werden. Seit Marx' „Thesen über Feuerbach" ist die revolutionäre Umwälzung des Bestehenden als „emphatische Praxis" das politische Ziel einer materialistischen Kritik der Verhältnisse. Diese soll die Trennung von Philosophie und politischem Handeln, von Theorie und Praxis, überwinden.[26] Sowohl Adornos als auch Marcuses Stellung zum Verhältnis von Theorie und Praxis in den sechziger Jahren sollen im Folgenden nachvollzogen und diskutiert werden, die Betrachtung beginnt dabei mit Adorno. Ähnlich wie im vorhergehenden Abschnitt werden auch hier grundlegende philosophische Unterschiede sichtbar werden, die ebenfalls nur diskutiert werden, insofern sie bedeutend für die politisch-theoretische Gegenwartsanalyse beider Philosophen im fraglichen Zeitraum sind.

Nach der Erfahrung von Faschismus, Stalinismus und Holocaust können die Prämissen, die Marx zur Aufforderung zur revolutionären Praxis veranlassten, laut Adorno nicht mehr gelten.[27] Der revolutionäre Augenblick sei nicht mehr vorhanden, so dass die Kritik der Theorie im Namen der Praxis ihre Berechtigung verliere. Die Theorie müsse umgekehrt die Praxis erneut kritisch durchdenken und dürfe sich dabei nicht von dieser zensieren lassen:

> „Was in Hegel und Marx theoretisch unzulänglich blieb, teilte der geschichtlichen Praxis sich mit; darum ist es theoretisch erneut zu reflektieren, anstatt daß der Gedanke dem Primat von Praxis irrational sich beugte (...)" (Adorno 1966a: 147).

Weil die vernünftige Einrichtung der Welt offensichtlich misslang, sieht Adorno sich zurückgeworfen auf die Theorie und die Philosophie. Er nimmt sich vor, „gleichsam die Aktualität der Philosophie daraus abzuleiten, daß ihre Abschaffung mißlungen ist" (Adorno 2007: 69). Doch Adornos Denken über das Verhältnis von Theorie und Praxis ist nicht nur eine Kritik an Marx, weil dieser jetzt nicht mehr zeitgemäß sei, zu seiner Zeit aber durchaus Recht gehabt habe. Vielmehr zeige sich erst jetzt, wie fragwürdig die Forderung nach einer Einheit von Theorie und Praxis immer schon gewesen sei.[28] Und so beginnt die „Negative Dialektik" in Anlehnung an Marx' Thesen mit einer trauernden, aber dennoch entschiedenen Absage an emphatische Praxis:

> „Philosophie, die einmal überholt schien, erhält sich am Leben, weil der Augenblick ihrer Verwirklichung versäumt ward. Das summarische Urteil, sie habe die Welt bloß interpretiert, sei durch Resignation vor der Realität verkrüppelt auch in sich, wird zum Defaitismus der Vernunft, nachdem die Veränderung der Welt mißlang. Sie gewährt keinen Ort, von dem aus Theorie als solche des Anachronistischen, dessen sie nach wie vor verdächtig ist, konkret zu überführen wäre. Vielleicht lange die Interpretation nicht zu, die den praktischen Übergang verhieß. Der Augenblick, an dem die Kritik der Theorie hing, läßt nicht theoretisch sich prolongieren. Praxis, auf unabsehbare Zeit vertagt, ist nicht mehr die Einspruchsinstanz gegen selbstzufriedene Spekulation, sondern meist der Vorwand, unter dem Exekutiven den kritischen Gedanken als eitel abzuwürgen, dessen verändernde Praxis bedürfte. Nachdem Philosophie das Versprechen, sie sei eins mit der Wirklichkeit oder stünde unmittelbar vor deren Herstellung, brach, ist sie genötigt, sich selber rücksichtslos zu kritisieren" (Adorno 1966a: 15).

Adornos Position zum Verhältnis von Theorie und Praxis stammt also aus der Zeit vor der Student_innenbewegung.[29] Durch die politischen Konflikte mit seinen mobilisierten Studierenden sah er sich lediglich gezwungen, „hinausgehend über das in der ‚Negativen Dialektik' Gesagte" (Adorno 1969e: 401) zum Verhältnis von Theorie und Praxis Stellung zu nehmen, da nun neuerdings eine politische Bewegung für sich reklamierte, die Praxis zur Kritischen Theorie gefunden zu haben oder zumindest ernsthaft nach ihr zu suchen.[30] Adornos Kritik an der „Pseudo-

26 „Im übrigen, glaube ich, hat Marx sich doch wirklich vorgestellt – und wir müssen dabei vor allem an die Zeit denken, in der die hier in Rede stehenden Schriften verfaßt worden sind, nämlich um das Jahr 1848 –, daß die Philosophen nichts besseres tun könnten als einpacken und Revolutionäre werden, also auf die Barrikaden steigen, – die ja bekanntlich heute weit und breit nicht mehr zu sehen sind und die wahrscheinlich schon durch Herbeizitierung der Polizei oder des Feldschutzes beseitigt werden könnten, wenn sie heute in irgendeiner Weise in einem fortgeschrittenen Land aufgerichtet würden. Aber er hat wohl etwas derartiges gemeint" (Adorno 2007: 80).

27 Die grundlegenden Einwände, die Adorno gegen Marx' Ideen zur revolutionären Praxis machte, lassen sich nicht auf seine historische Erfahrung reduzieren, so wie auch die „Negative Dialektik" nicht nur „Denken nach Auschwitz" ist. Erste Ideen finden sich bereits in Adornos Antrittsvorlesung, wo er behauptet, die richtige Theorie „zwingt (...) die Praxis herbei" (Adorno 1931: 339). Adorno hat also Recht, wenn er im Interview mit dem *Spiegel* behauptet: „Ich habe mich nicht erst neuerdings von der Praxis abgewandt, mein Denken stand seit jeher in einem sehr indirekten Verhältnis zur Praxis" (Adorno 1969f: 403).

28 Bei seiner Kritik an Marx verweist Adorno mehrmals auf Jürgen von Kempski (vgl. Adorno 1969b: 771; Adorno 2007: 72), vermutlich auf dessen Text „Das kommunistische Palimpsest". Hier unterzieht von Kempski das „Manifest der kommunistischen Partei" einer Kritik und stellt fest, dass im 20. Jahrhundert nur noch wenige Gedanken Marxens zur Weiterführung taugten. Auch bei von Kempski gibt es wie bei Adorno den Gedanken, der einmalige revolutionäre Augenblick in Europa um 1914 sei von den Revolutionär_innen verpasst worden (vgl. Kempski 1948: 108f).

29 Adorno sagte im *Spiegel*, auf die Konflikte mit seinen Studierenden angesprochen: „Ich habe – vor allem in der ‚Negativen Dialektik' – diese Dinge längst angefaßt, ehe es zu diesem Konflikt kam" (Adorno 1969f: 408).

30 Mit einigem Recht kann gesagt werden, dass die „Marginalien zu Theorie und Praxis" eine Anwendung der Gedanken zu Theorie und Praxis aus der „Negativen Dialektik" auf die Student_innenbewegung

Aktivität“ der Studierenden wird daher nur verständlich, wenn die Aktionen der Studierenden auch als direkte Herausforderung für seine eigene Position zum Verhältnis von Theorie und Praxis begriffen werden.[31] Und nicht nur das: Er hatte, wie sich zeigen wird, schon 1965 in Vorlesungen versucht, seine Studierenden vor jener begriffslosen Praxis zu warnen, die diese in seinen Augen dann ab 1967 umsetzten.

Die emphatische Praxis als revolutionäre Umwälzung hin zu einer freien Gesellschaft ist auch noch in der „Negativen Dialektik“ das politische Ziel der Kritischen Theorie Adornos, allerdings ist dieser Anspruch nach Auschwitz gebrochen, das Ziel in schier unerreichbare Ferne gerückt (vgl. Türcke / Bolte 1994: 71). Adornos Theorie ist keine Spekulation als Selbstzweck, sie denkt immer noch im Hinblick auf eine verändernde Praxis, nur dass diese „ad calendas graecas weiter vertagt werden muß“ (Adorno 2007: 72). Da es niemals griechische Kalenden geben wird, kann dem Wortspiel zufolge die nie eintretende Praxis die Theorie nicht mehr beeinflussen. So wie der ändernde Eingriff in die gesellschaftliche Totalität versperrt sei, so auch der Weg zur Praxis. Adorno lässt keinen Zweifel daran, dass der momentane Zustand der Gesellschaft in keiner Weise revolutionär, emphatische Praxis nicht an der Zeit sei. Das Denken sei zurückgeworfen auf die Philosophie und diese auf rücksichtslose Selbstkritik (vgl. Adorno 1966a: 15; Adorno 2007: 69). Gerade materialistische Theorie, die sich auf Marx berufe und die Einrichtung einer anderen Gesellschaft fordere, müsse die Möglichkeiten einer Veränderung der Welt kritisch prüfen und sich dann den eigenen Ergebnissen ohne Schonung oder Selbsttäuschung stellen.[32] Wer die unmittelbare Einheit von Theorie und Praxis fordere, bediene sich sogar des herrschaftlichen Identitätsdenkens und gerade damit wieder in die Dialektik der Aufklärung hinein, aus der Praxis ihrem Begriff nach hinausführen wolle (vgl. Adorno 1966a: 242).

Und so bekommt bei Adorno in Zeiten unmöglicher Praxis die Theorie die größte Bedeutung zugesprochen (vgl. Adorno 1969b: 763; Adorno 1969f: 408; Adorno 2007: 84; 88). Es ist die „Zeit der Theorie“ (Adorno 1998: 198). Adorno begreift den historischen Moment als „Atempause“ (Adorno 2007: 88), und es steht für ihn zu befürchten, dass diese Pause schon bald wieder beendet werden könnte. Jedenfalls sprach Adorno 1965 in einer Vorlesung an seine Studierenden gerichtet davon, dass der derzeitige Zustand in der BRD wenigstens einigermaßen friedlich und materiell abgesichert, Nachdenken somit wieder möglich sei (vgl. ebd.). Adorno befand, „daß man diesen Zustand nicht versäumen darf“ (ebd.). Er nannte es sogar eine „moralische Verpflichtung“ (ebd.), sich vom Denken nicht durch die Forderung nach Anwendbarkeit – eine typische Forderung in der „verwalteten Welt“ – abbringen zu lassen.

Eine autonome Theorie, die sich nicht von den Anforderungen einer wie auch immer gearteten Praxis zensieren lasse, ist bei Adorno dezidiertes Ziel, denn „daß Theorie ihre Selbstständigkeit zurückgewinnt, ist das Interesse von Praxis selbst“ (Adorno 1966a: 147).[33] Adorno begreift dabei die Theoriebildung selbst als eine Praxis, das Nachdenken und Begreifen als einen eigenen praktischen Umgang mit der Welt (vgl. Adorno 1969b: 761; Adorno 1969f: 408). Die Vorstellung, Theorie sei eitle Spekulation, weist er zurück (Adorno 1969b: 761). Auch der materialistische Begriff der Praxis, so stellt Adorno klar, sei schon immer ein „eminent theoretischer Begriff“ (Adorno 1966a: 147) gewesen und allein schon deshalb nicht als wichtigste oder entscheidende Instanz zu affirmieren. Ein undialektischer Begriff von Praxis sei ein Bestandteil des abzuschaffenden Bestehenden: Praxis als Betriebsamkeit, als Selbsterhaltung, als Mitmachen, als Weitermachen, als Arbeit (vgl. Adorno 1969b: 762f).[34] In seinen „Anmerkungen zum philosophischen Denken“ bemerkt Adorno dazu:

> „Ohne kontemplatives Moment artet die Praxis in begriffslosen Betrieb aus; Meditation als gehegte Sondersphäre jedoch, von möglicher Praxis abgeschnitten, führe schwerlich besser“ (Adorno 1964b: 603).

Und als eben solche Praxis ohne ausreichende Selbstreflexion, als Betrieb, der Praxis „verzweifelt überbewertet“ (Adorno 1969b: 760), kommt in Adorno Überlegungen die „Pseudo-Aktivität“ der Student_innenbewegung in den Blick. Die Studierenden machten sich die Versperrtheit der Praxis nicht klar, obwohl sie im Grunde als Intellektuelle verzweifelt gut wüssten, wie wenig ihr Aktionismus wirklich mit emphatischer Praxis zu tun habe (vgl. Adorno 1969b: 766f; Adorno 1969d: 796). Wie im Sowjetkommunismus, so sei in der Student_innenbewegung vom schon bei Marx fragwürdigen Primat der Praxis nichts übrig geblieben als ein rigides Denkverbot (vgl. Adorno 1969b: 779; Adorno 1969d: 795). Der Aktionismus sei allein aufgrund der realen Machtsituation in der Gesellschaft irrational:

> „Gegen die, welche die Bombe verwalten, sind Barrikaden lächerlich; darum spielt man Barrikaden, und die Gebieter lassen temporär die Spielenden gewähren“ (Adorno 1969b: 771f).

Wie bereits herausgearbeitet wurde, hat die studentische Praxis für Adorno nicht nur mit emphatischer Praxis nichts zu tun[35], sie sei in der momentanen Situation sogar regressiv, da sie theoriefeindlich sei (vgl. Adorno 1969b: 766f) und den Denkenden in letzter Konsequenz zielsicher zum „Verräter am Sozia-

darstellen und daher inhaltlich – entgegen Adornos eigener Aussage – nicht sehr weit über diese hinausgehen.

31 „Davon, dass seine Theorie unmittelbar in die Praxis umgesetzt wurde, hielt Adorno gar nichts“ (Behrens 2003: 185).

32 „Sind die Türen verrammelt, so darf der Gedanke erst recht nicht abbrechen. Er hätte die Gründe zu analysieren und daraus die Konsequenzen zu ziehen“ (Adorno 1969d: 796).

33 „Und ich würde sagen, daß die Möglichkeit einer richtigen Praxis zunächst einmal das volle und das ganz ungeminderte Bewußtsein der *Verstelltheit* von Praxis ihrerseits voraussetzt“ (Adorno 2007: 84, Hervorhebungen im Original). „Diejenige Theorie dürfte noch die meiste Hoffnung auf Verwirklichung haben, welche nicht als Anweisung auf ihre Verwirklichung gedacht ist (...)“ (Adorno 1969b: 780).

34 „Der Bann besteht heute nicht zum geringsten darin, daß er die Menschen unablässig zu einem *Tun* verhält, von dem sie *glauben*, daß es aus dem Bann herausführt; und daß es sie verhindert an der *Reflexion* ihrer selbst und der Verhältnisse, die sie vielleicht *wirklich* herausführen könnte“ (Adorno 1998: 198, Hervorhebungen im Original). Im Übrigen forderte Adorno nicht nur von jeder Praxis, sondern auch vom philosophischen Denken eine permanente Selbstreflexion: „Zulängliches philosophisches Denken ist kritisch nicht allein gegenüber dem Bestehenden und seinem dinghaften Abguß im Bewußtsein, sondern gleichermaßen gegen sich“ (Adorno 1964b: 606).

35 „Falsche Praxis ist keine“ (Adorno 1969b: 766).

lismus“ (ebd.: 764f) stempele.[36] Die Frage, die Alex Demirović aufwirft, „ob Adorno die Praxis der Studentenbewegung gerade als eine solche weitreichende emanzipatorische Praxis betrachtete“ (Demirović 1999: 668), muss klar verneint werden. Den Aktionismus begreift Adorno als leicht ableitbares Phänomen, als „Reflex auf die verwaltete Welt“ (Adorno 1969b: 772), ihrer Betriebsamkeit sehr gut angepasst und darum so verzweifelt wirkungslos.

Letztlich lehnt Adorno, gerade in den „Marginalien zu Theorie und Praxis“, den studentischen Aktionismus konsequent ab: Die aggressive Theoriefeindschaft (vgl. ebd.: 763f), der Vorrang der politischen Strategie und Taktik vor dem Inhalt (vgl. ebd.: 770f), die Irrationalität der scheinbaren Spontaneität in der verwalteten Welt (vgl. ebd.: 771-773), die regressive Einordnung des Individuums in ein sich anti-autoritär nennendes autoritäres Kollektiv (vgl. ebd.: 767) und vor allem die latente Neigung des Aktionismus zur Gewalt, die zum falschen Bestehenden gehöre (vgl. ebd.: 770), machten dieses Urteil für ihn unausweichlich. Adornos Position gegen die Studierenden könnte derart gefasst werden, dass in der historischen Situation der sechziger Jahre an erster Stelle eine Kritik der Philosophie und eine Analyse der Gesellschaft stehen müsse, und dass erst in einer veränderten gesellschaftlichen Lage wieder an emphatische Praxis zu denken wäre. In der Zwischenzeit gelte es, jeden blinden Aktionismus scharf zu kritisieren, weil dieser ohne eine reale Möglichkeit des Handelns notwendig ein Teil des Problems, nicht ein Teil der Lösung sei. Solange die Analyse der Verhältnisse keine objektive Möglichkeit von emphatischer Praxis anbiete, habe die Kritische Theorie es bei der Kritik zu belassen. Verzweifelte Aktionen könnten allenfalls schaden.[37] Jürgen Habermas hat in einem Nachruf auf Adorno gegen Hans-Jürgen Krahl und den Großteil der Student_innenbewegung formuliert, dieser habe sich „das Fabulieren über ein ‚neues Subjekt' nie angemaßt“ (z.n. Kraushaar 1998b: 683). Adornos genannte Argumente – es wurde eingangs erwähnt – hatte er bereits in seiner „Vorlesung über Negative Dialektik“ von 1965 entwickelt, noch bevor von einer Student_innenbewegung in der BRD die Rede sein konnte. Sogar das Problem der aktionistischen Theoriefeindschaft (vgl. Adorno 2007: 77f) und der Begriff der „Pseudo-Aktivität“ (ebd.: 83) kommen hier bereits vor. Es scheint, als ob Adorno politische Protestbewegungen als Möglichkeit vorausgesehen hatte und seine Studierenden vor einer aktionistischen Regression bewahren wollte, wie sie dann ab 1967 – an Adornos Maßstäben gemessen – auch tatsächlich eintrat.[38]

Bei aller Reflexion über die Fragwürdigkeit der studentischen Praxis darf nicht vergessen werden, dass Adornos Kritische Theorie sowie Adorno als Person durchaus ihre „Praxis“ und ihre Wirkung hatten. Adorno wies im Interview mit dem Spiegel darauf hin, dass er sich dem Handeln durchaus nicht verweigere, solange die Handlung und ihr Sinn „mir selber durchsichtig sind“ (Adorno 1969f: 406). Wie schon erwähnt, beteiligte sich Adorno mit einer Rede an den Protesten gegen die Notstandsgesetzgebung (Adorno 1968e) und machte sehr direkte Vorschläge etwa zur Bekämpfung des Antisemitismus oder zur Erziehung (vgl. Adorno 1962b; Adorno 1966b). Dass diese Position als reformistisch kritisiert werden könnte, nahm Adorno selbst vorweg:

> „Glauben Sie nicht, daß ich (...) nun über partikulare Verbesserungen, wie sie etwa die positivistischen Soziologen, solange sie pragmatistisch orientiert sind, ja vorschlagen, gering dächte. Es wäre eine schlechte und eine idealistische Abstraktheit, wenn man um der Struktur des Ganzen willen die Möglichkeit von Verbesserungen im Rahmen der bestehenden Verhältnisse bagatellisieren oder (...) negativ akzentuieren würde“ (Adorno 2003: 52).

Wenn er auch immer wieder radikal über den historischen Reformismus etwa der SPD urteilte (vgl. Adorno 1942: 381; Adorno 1969b: 770), so erscheint hier dennoch eine laut Adorno bestehende Möglichkeit von im weitesten Sinne reformistischer Praxis, die allerdings mit einer emphatischen Praxis nichts zu tun habe, nicht einmal als Vorbereitung. Adornos Lehrtätigkeit und seine Wirkung als Intellektueller wurden vor allem von Alex Demirović als die Praxis seiner Kritischen Theorie gedeutet (vgl. Demirović 1999: 508-516).[39] Adorno selbst wies in den „Marginalien zu Theorie und Praxis“ darauf hin, dass seine Werke gerade dadurch, dass sie reine Theorie geblieben seien, praktische Wirkungen erzielt hätten.[40] Seine Kritik an der Student_innenbewegung verstand Adorno außerdem offenbar als praktisch-solidarische Kritik. Die Studierenden seien dabei, sich immer tiefer in Theoriefeindschaft zu verstricken, „das auszusprechen ist praktisch an der Zeit“ (Adorno 1969b: 767). Dieselbe Idee zeigt sich auch im bereits oben zitierten Entwurf Adornos zu einem Vorwort für die Neuauflage der „Dialektik der Aufklärung“, wo es über die mögliche politisch-praktische Bedeutung des Buches für die aktuellen Protestbewegungen heißt:

36 Adorno bezieht sich in den „Marginalien zu Theorie und Praxis“ auf einen realen Vorfall vom März 1969 in Frankfurt. „Als man einem Studenten das Zimmer zerschlug, weil er lieber arbeitete als an Aktionen sich zu beteiligen, schmierte man ihm an die Wand: wer sich mit Theorie beschäftige, ohne praktisch zu handeln, sei ein Verräter am Sozialismus“ (Adorno 1969b: 763). In der Tat wurde das Zimmer des Studenten Bernd Leineweber von Mitgliedern der aktionistischen „Lederjackenfraktion“ verwüstet und ein Spruch an die Wand gesprüht, der Adorno in seinen schlimmsten Befürchtungen bestätigt hätte: „Ins KZ mit dem Pack der Intellektuellen!“ (z.n. Kraushaar 1998a: 409). Diese Parole war Adorno wohl nur sinngemäß bekannt (vgl. ebd.: 29).

37 „Kein Zweifel und unbestritten, daß die vernünftige Analyse der Situation die Voraussetzung zumindest von politischer Praxis ist (...)“ (Adorno 1969b: 765).

38 Als Adorno im Mai 1962 seinen Vortrag „Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit“ vor dem Berliner SDS wiederholte, bemerkte er: „Einige Anregungen zur Praxis mögen daraus immerhin folgen, auch wenn man den Weg von der Einsicht zum Handeln sich nicht so kurz vorstellt, wie er gerade vielen Wohlmeinenden heute erscheint“ (Adorno 1962c: 817).

39 Adorno schrieb einmal an Horkheimer: „Angesichts dessen jedoch, daß wir kaum mehr darauf hoffen können, selber die Subjekte jener Praxis zu sein, die das Unheil wenden könnte, kommt alles darauf an, daß wir in einer Kontinuität stehen, die uns die Hoffnung gibt, daß nicht alles, was in uns sich angesammelt hat, verloren geht“ (Adorno-Horkheimer; 12.3.1953; z.n. HGS 18: 247f).

40 „Wo ich im engeren Sinn unmittelbar, mit sichtbarer praktischer Wirkung eingegriffen habe, geschah es durch Theorie allein: in der Polemik gegen die musikalische Jugendbewegung und ihren Anhang, in der Kritik am neudeutschen Jargon der Eigentlichkeit, die einer sehr virulenten Ideologie das Vergnügen versalzte, indem sie abgeleitet und auf ihren eigenen Begriff gebracht wurde. Sind tatsächlich jene Ideologien falsches Bewußtsein, so inauguriert ihre Auflösung, die im Medium des Gedankens weit sich verbreitete, eine gewisse Bewegung hin zur Mündigkeit; sie allerdings ist praktisch“ (Adorno 1969b: 781).

„Verhülfe das Buch den Impulsen des Widerstands zur einem Bewußtsein, das sie aufhellt und daran hindert, blinder Praxis aus Verzweiflung sich zu unterstellen und kollektivem Narzissmus zu verfallen, so könnte ihm das eine reale Funktion verschaffen" (z.n. Tiedemann 2003: 8).

Gegen die politische Praxis der Student_innenbewegung und viele ihrer Protagonist_innen ist es in der Tat Adornos Auffassung, dass Theoriebildung momentan der einzige Platzhalter einer weiterhin fehlenden Praxis sein könne (vgl. Adorno 1969f: 409; Adorno 1969b: 763).

„Die Philosophie kann von sich aus keine unmittelbaren Maßnahmen oder Änderungen empfehlen. Sie ändert gerade, indem sie Theorie bleibt" (Adorno 1969f: 408).

Diese Idee hatte Adorno schon 1956 in einer privaten Diskussion mit Horkheimer geäußert: „Ich habe das Gefühl, daß das, was wir tun, schon irgendwie wirkt" (Horkheimer / Adorno 1956: 48). Adorno wusste auch in den sechziger Jahren nicht zu sagen, was praktisch-politisch zu tun sei. Dies ist deshalb verständlich, weil die Möglichkeit emphatischer Praxis in Adornos Verständnis vor allem von Veränderungen in der gesellschaftlichen Totalität abhing, die nie von den ohnmächtigen Individuen zu erreichen seien (vgl. oben 4.1). In einem Brief an Horkheimer vom Januar 1962 schrieb er:

„So konkretinistisch die Menschheit geworden ist, so sehr wartet sie doch auf das lösende Wort. (...) Es ist nur eine andere Seite desselben Sachverhalts, daß bei dem gegenwärtigen Weltlauf morgen, heute Situationen sich herstellen mögen, die, während sie höchstwahrscheinlich katastrophischen Charakter haben, zugleich auch jene Möglichkeit von Praxis wiederherstellen, die heute abgeschnitten ist. Solange die Welt antagonistisch ist und die Widersprüche selbst perpetuiert, erbt sich auch die Möglichkeit ihrer Veränderung fort" (z.n. HGS 18: 521).

Die Kritik des Bestehenden und der Philosophie voranzutreiben, als „lösendes Wort" die Wahrheit über die Gesellschaft auszusprechen, reale politische Bewegungen zu unterstützen, aber auch zu kritisieren, das eigene Denken keiner Pseudo-Praxis zu unterwerfen und trotz der Übermacht der Gesellschaft nicht vor ihr zu resignieren, sondern an der theoretischen Möglichkeit von Praxis festzuhalten (vgl. Adorno 1969d), konnte Adorno neben partiellen Verbesserungen realer Lebensumstände als die einzig sinnvolle Praxis einer Kritischen Theorie gelten lassen.[41] In wieweit Marcuse die oben herausgearbeiteten Positionen Adornos teilte und wo er von ihnen abwich, wird nun im Weiteren erörtert und diskutiert. Es wurde bereits als erster Unterschied erkennbar, dass Marcuse die Student_innenbewegung nicht als eine Herausforderung seines Verständnisses von einer dem historischen Zeitpunkt angemessenen Praxis begriff, die Proteste ab 1967 im Gegenteil sogar als eine politische und theoretische Inspiration betrachtete. Im Mai 1969 schrieb Adorno an Marcuse:

„Ich weiß, daß wir in bezug auf das Verhältnis von Theorie und Praxis nicht weit voneinander sind, obwohl wir eben dies Verhältnis einmal wirklich durchdiskutieren müßten (...). (Adorno-Marcuse; 5.5.1969; z.n. Kraushaar 1998b: 624).

Marcuse selber hatte Adorno vorher geschrieben, er lehne eine direkte Umsetzung von Theorie in Praxis genauso vehement ab wie dieser (vgl. ebd.: 601f). Diese Aussage soll im Folgenden an Marcuses Werk „Der eindimensionale Mensch" belegt werden. Dennoch lässt sich zeigen, dass Marcuse dem praktischen Handeln, vor allem dem politischen Handeln, in den sechziger Jahren eine stärkere Eigenständigkeit, Bedeutung und Relevanz beimaß als Adorno:

„(...) ich glaube, daß es Situationen, Momente gibt, in denen die Theorie von der Praxis weitergetrieben wird – Situationen und Momente, in denen die sich von der Praxis fernhaltende Theorie sich selbst untreu wird" (Marcuse-Adorno; 5.5.1969; z.n. ebd.: 602).

An dieser Stelle – wie an vielen anderen, an denen Marcuse von der Praxis der Student_innenbewegung spricht – ist es wichtig, den Begriff der Praxis differenziert zu betrachten. Im zitierten Brief an Adorno spricht Marcuse von Praxis als von politischem Handeln, nicht von emphatischer Praxis. Ziel seiner Kritischen Theorie ist aber wie bei Adorno eine solche emphatische Praxis im Sinne Marxens.[42] Diese Unterscheidung ist bedeutsam, da sich zeigen wird, dass Marcuse die Möglichkeiten für eine emphatische Praxis ebenso pessimistisch einschätzte wie Adorno und auch er daher der Theorie große Bedeutung beimaß, er auf der anderen Seite aber auf der rebellischen, spontanen Kraft von Ausbruch, Verweigerung und Revolte bestand. In der momentanen historischen Situation, die laut Marcuse durch das „Ende der Utopie" gekennzeichnet war, also durch völlig neuartige Möglichkeiten von menschlicher Befreiung, komme politischem Handeln, so kleinschrittig es auch erscheinen möge, als Vorbereitung für eine emphatische Praxis, als Testfeld für neue menschliche Beziehungen, als Prozess der Selbstveränderung der Individuen, große Bedeutung zu. Seine Differenz zu Adorno an diesem Punkt hat Marcuse selbst in einem Interview mit Michaela Seiffe kurz nach Adornos Tod festgestellt. Adorno habe aus der Integration des Proletariats in die Gesellschaft und aus der Verhärtung der gesellschaftlichen Zustände die konsequent materialistische Folgerung gezogen, dass eine Massenbasis und damit die Grundlage einer Umsetzung der Theorie in emphatische Praxis derzeit nicht denkbar sei: „An dieser Stelle war er orthodoxer Marxist" (z.n. Kraushaar 1998b: 680). Marcuse selbst allerdings verneinte Seiffes Frage, ob die Wirklichkeit denn nun keine Praxis mehr zulasse (vgl. ebd.).
Schon in seinen frühen Aufsätzen für die *Zeitschrift für Sozialforschung* hatte Marcuse herausgestellt, dass die Kritische Theorie die Änderungen der materiellen Verhältnisse, also letztlich revolutionäre Praxis anstrebe (vgl. Marcuse 1937: 227f). Die Theorie

41 Marcuse deutete Adornos politisches Ziel anders, als es hier herausgearbeitet wurde. Adorno Ziel sei es gewesen, so Marcuse, „(...) weiter zu denken und Andere denken zu machen, *um die kommende Praxis vorzubereiten*" (z.n. Kraushaar 1998b: 679, Hervorhebungen H.V.). Adornos Antwort auf die historische Situation sei „ein Rückzug, ein temporärer Rückzug auf das – sagen wir ruhig – reine Denken" (z.n. ebd.: 680) gewesen.

42 „Ich verstehe unter ‚Theorie' die Marxsche Theorie und unter ‚Praxis' die (im Sinne der elften *Feuerbach*-These) weltverändernde Praxis" (Marcuse 1975: 143, Hervorhebungen im Original).

müsse die Analyse für diese Praxis bieten, diese müsse aber als „das freie Werk der befreiten Individuen geschehen" (ebd.: 228). Wenn also auch bei Marcuse die Theoriebildung zentral war, so maß er doch schon in den dreißiger Jahren der Praxis eine eigene Bedeutung zu, die in Theorie nicht aufging: Für den revolutionären Sprung zwischen dem Bestehenden und einer besseren Gesellschaft brauche es vor allem Phantasie und Mut zur Utopie, nicht kritisches Denken allein (vgl. ebd.: 244f). Dieser Gedanke findet sich ebenfalls in Marcuses Werken aus den späten zwanziger Jahren, wo er in Auseinandersetzung mit Heidegger unter anderem festhält, dass das Wesen des Menschen nur verwirklicht werden könne, „wenn er seine Existenz voll ergreift und gestaltet" (Marcuse 1929: 378). Dies sei nur im Handeln möglich, denn die Praxis sei „die entscheidende Sphäre menschlicher Existenz" (ebd.: 369). In Marcuses frühen Schriften wird also der Theorie eine Rolle zugesprochen, die ihre Bedeutung vor allem in Hinblick auf die Vorbereitung von revolutionärer Praxis begründet. In seinem Werk „Vernunft und Revolution", das als eine Art Ehrenrettung Hegels verstanden werden kann (vgl. Cavalcanti 2004), stellte Marcuse in großer Nähe zu Marx fest, die Trennung von Theorie und Praxis, die historisch auf die Arbeitsteilung in der modernen Gesellschaft zurückginge (vgl. Marcuse 1941b: 280), müsse letztlich nicht im Denken, sondern durch die Praxis, die der Theorie folge, überwunden werden.

> „Die Theorie begleitet die Praxis in jedem Augenblick, indem sie die sich verändernde Situation analysiert und dementsprechend ihre Begriffe formuliert. Die konkreten Bedingungen für die Verwirklichung der Wahrheit mögen variieren, aber die Wahrheit bleibt dieselbe, und die Theorie bleibt in letzter Instanz ihr Hüter. Die Theorie wird an der Wahrheit festhalten, selbst wenn die revolutionäre Praxis von ihrem rechten Pfade abweicht. Die Praxis folgt der Wahrheit, nicht umgekehrt" (ebd.: 282).

Die Kritische Theorie hatte für Marcuse also die Aufgabe, die Gesellschaft zu analysieren und Möglichkeiten zu ihrer Veränderung vorzuschlagen, letztlich auch die emphatische Praxis anzuleiten, so dass die Theoriebildung zeitlich und inhaltlich der Praxis stets vorausgehe. Kritisches Denken sei immer dann zur Beschränkung auf Theoriearbeit gezwungen, wenn die Analyse keine praktischen Handlungsmöglichkeiten aufzeige und somit die Vermittlung zur Praxis misslinge. Je weniger eine solche erkennbar sei, „desto abstrakter ist die Theorie" (Marcuse 1975: 143). Auch Marcuse sah also eine Praxis, der keine theoretische Analyse der Realität und der Möglichkeiten des Eingreifens zugrunde lag, nicht als Praxis an. Konsequenterweise verurteilte er immer wieder theoriefernen Aktionismus gegenüber studentischen Aktivist_innen.[43] Niemals stand bei Marcuse außer Frage, dass die Umwälzung der Gesellschaft eine aufgeklärte Massenbewegung brauchen werde, und dass eine solche Bewegung höchst unwahrscheinlich sei. Aber das Ziel der Kritischen Theorie Marcuses war stets – meist sehr offen formuliert – die Überführung der Theorie in die revolutionäre Praxis, letztlich „die Einheit von Theorie und Praxis" (Marcuse 1929: 397).

Anfang der sechziger Jahre stellte Marcuse in einem kurzen Aufsatz fest, dass außer „erbarmungsvoll hilflosen, kleinen Friedensgruppen" (Marcuse 1963: 45) offenbar niemand dem Bestehenden etwas entgegensetzen wolle, obwohl die Chance auf eine befreite Gesellschaft real vorhanden sei (vgl. ebd.: 47). Von einer Aufhebung der Philosophie im Sinne Marxens könne keine Rede sein, vielmehr hebe die Macht des Bestehenden die Philosophie als kritische Instanz auf, diese verkomme zunehmend zur reinen Schuldisziplin (vgl. ebd.).[44] Kritische Theorie und emphatische Praxis seien aufs Äußerste auseinander gerissen, da die Theorie kein Subjekt der Veränderung benennen könne und empirisch keine emanzipatorische Praxis zu erkennen sei (vgl. ebd.: 48f): „Die Verbindung von Theorie und Praxis, die nie unmittelbar war, ist heute bis zur Unkenntlichkeit verdeckt (...)" (ebd.: 49). Sich trotz der momentanen Hoffnungslosigkeit nicht vom kritischen Denken abbringen zu lassen, den Willen zur Befreiung bei realen Menschen aufzuzeigen und Risse im Bestehenden auszusprechen, „das sind die (nicht mehr nur theoretischen!) Aufgaben für die Vorbereitung einer noch möglichen Zukunft" (ebd.: 49). Auch an dieser Stelle sei noch einmal an das „existentialistische Moment" (Habermas 1968: 12) in Marcuses Denken erinnert. Dem Handeln auch des Einzelnen kommt bei Marcuse große Bedeutung zu, zumal – wie er dies Ende der zwanziger Jahre ausgedrückt hatte – in manchen historischen Situationen, wenn eine emphatische Praxis sehr weit entfernt scheine, „die Revolutionierung der einzelnen die Revolution der Gesellschaft bedeuten kann" (Marcuse 1929: 405).

Noch im „Eindimensionalen Menschen" überwiegt jedoch die pessimistische Grundhaltung zu einer möglichen Praxis. Ein handelndes Subjekt als Adressat der Theorie kann Marcuse 1964 nicht finden, höchstens ansatzweise in sozialen Randgruppen, die noch nicht voll in die Manipulationen der eindimensionalen Gesellschaft integriert seien (vgl. Marcuse 1964a: 264; 265-267).[45] Doch auch mit diesen Gruppen verbindet die Kritische Theorie Marcuses keine allzu große Hoffnung, „indem sie nichts verspricht und keinen Erfolg zeigt, bleibt sie negativ" (ebd.: 268). Marcuse betreibt gezwungenermaßen nichts anderes als Theorie, selbst wenn er zu dieser Zeit bereits mit den ersten Vorläufern der US-Student_innenbewegung konfrontiert war und diese aufmerksam beobachtete. In diesem Sinne war auch der „Eindimensionale Mensch" noch eine Flaschenpost: „Die Kritik wird ins Blaue hinein formuliert; der Empfänger ist unbekannt (...)" (Roth 1985: 22).

Erst mit dem Aufkommen einer weltweiten Student_innenbewegung fand Marcuses Theorie wieder eine Art Adressat_in, und dies veränderte für ihn – das ist ohne Frage der zentrale Gegensatz zu Adorno – das Verhältnis von Theorie und Praxis (vgl. ebd.; Jesse 2008: 96f). Nicht nur die Existenz einer weltweiten Student_innenbewegung, sondern auch andere politische Faktoren und Bewegungen zeigten Marcuse, dass sich Ende der

43 „Was ich als Pest der Neuen Linken bezeichnen möchte, ist der verbreitete Anti-Intellektualismus. (...) Die berühmte These von Marx wird heute so interpretiert, als sei es nicht mehr nötig, die Welt zu begreifen und zu interpretieren; als könnten wir einfach losgehen und sie verändern. Das ist eine blödsinnige Interpretation, denn nie war Theorie, nie war die Anstrengung des Denkens, des Erkennens, was vor sich geht und was dagegen getan werden kann, so nötig wie heute. Heute mehr als jemals zuvor kann es keine revolutionäre Praxis geben ohne die Theorie, die diese Praxis anleitet" (Marcuse 2004: 127f).

44 Die Argumentation von 1963 erinnert schon sehr an den „Eindimensionalen Menschen" (vgl. Marcuse 1964a: 139-158).

45 Nicht nur aus der orthodoxen Linken wurde am „Eindimensionalen Menschen" scharf kritisiert, er zeichne ein zu pessimistisches Bild der Gesellschaft (vgl. Roth 1985: 173f). Einen Tiefpunkt der Angriffe auf Marcuse bildeten die Vorwürfe, er sei nach 1945 Agent des CIA gewesen (vgl. Roth 1985: 175f; Kraushaar 1998a: 438f).

sechziger Jahre etwas geändert habe: Die Revolten der Schwarzen in den USA, die Dekolonisierungsbewegungen in der „Dritten Welt“, die Verschärfung gesellschaftlicher Widersprüche, die in allen westlichen Industriestaaten zu gesellschaftlichen Unruhen, auch unter der nicht-studentischen Jugend führten, all diese Faktoren bewiesen weiterhin bestehende Widersprüche und Gegentendenzen zur eindimensionalen Gesellschaft. Insofern Marcuse in den frühen sechziger Jahren Risse im Kontinuum der Gesellschaft erhoffte (vgl. Marcuse 1963) und schon Mitte der fünfziger Jahre auf die „Große Weigerung“ gesetzt hatte, also einer Protestbewegung „vorweggedacht“ (Kraushaar 1989: 196) hatte, ist Roland Roth in der Einschätzung zuzustimmen, Marcuses politisches Ziel sei schon in den fünfziger Jahren gewesen, „oppositionelle Praxis hervorzulocken“ (Roth 1985: 14).[46] Was in den späten sechziger Jahren und besonders im „Pariser Mai“ 1968 passierte, bestätigte in Marcuses Augen seine These, dass die „eindimensionale Gesellschaft“ nicht ewig in der Lage sein würde, oppositionelle Tendenzen einzuhegen. Es brach wieder Protest aus, und er zeigte sich bei Randgruppen und Studierenden, nicht bei den Arbeiter_innen, so wie Marcuse es erwartet hatte (vgl. Roth 1985: 169).
In diesem Sinne reagierte er – wie sich oben bereits gezeigt hat – auf die sich bildende Student_innenbewegung: Diese zeige weltweit, auch in der Sowjetunion (vgl. Marcuse 1969: 263), den lange nicht mehr geäußerten Wunsch nach einem qualitativ anderen Leben und einer anderen Gesellschaft, sie rebelliere gegen überkommene Werte und eine repressive Sexualmoral, sie opponiere gegen den Krieg in Vietnam, sie reaktiviere einen emanzipatorischen Begriff des Sozialismus. Vor allem aber zeige sie in ihrer politischen Praxis qualitativ neue Bedürfnisse und eine „Neue Sensibilität“, sie bedeute – wie schwach auch immer – den für eine Revolution nötigen subjektiven Faktor, der durch die Integration des Proletariats nur außerhalb der integrierten gesellschaftlichen Gruppen entstehen könne. In einer nicht-revolutionären Situation ohne Massenbewegung komme dieser Tatsache eine historische Bedeutung zu, die Student_innenbewegung verkörpere den subjektiven Faktor, „der heute mehr als subjektiver Faktor ist“ (Marcuse 1967a: 29). Gerade die Propagierung utopischer Vorstellungen mache die Student_innenbewegung zu einer der Katalysator-Gruppen, die eine emphatische Praxis wieder denkbar machten, weil sie diese vorbereiten könnten. Dieser Aspekt der „Vorbereitung von Praxis“ ist für Marcuses Einschätzung der Student_innenbewegung zentral. Er schätzte das politische Handeln der radikalen Studierenden nicht als Revolution oder als emphatische Praxis ein (vgl. oben 3.1.2), sondern begriff sie als Vorbereitung einer Massenbasis, einer emphatischen Praxis (vgl. Kraushaar 1998b: 656). Ende 1968 formulierte Marcuse in eben diesem Sinne das Ziel der Neuen Linken so: „Wir müssen versuchen, (...) zu dieser Massenbasis zu kommen“ (z.n. ebd.: 496). Und er sah seine eigene Rolle darin, die Gesellschaft über sich selbst aufzuklären, und dies auch im Bündnis mit der Neuen Linken.[47] Zwar fühlte er sich nicht als „Vater der Rebell_innen“[48], aber er war ihnen politisch verbunden und machte sich ihren Protest zu eigen: „Ich möchte, solange ich kann, weiter mit ihnen zusammenarbeiten“ (z.n. ebd.: 499).
Entscheidend für Marcuses Ideen zu einer vorbereitenden Praxis ist auch der Gedanke, dass das Bedürfnis nach Verweigerung und Rebellion gegen das Bestehende eine progressive Funktion habe. Es wurde bereits gezeigt, dass Marcuse die Proteste der Student_innenbewegung auch ohne konkrete Erfolge für sinnvoll hielt, weil progressiv denkende Menschen einfach gegen die Verhältnisse protestieren müssten, „selbst wenn wir glauben, daß es hoffnungslos ist, einfach um als Menschen überleben zu können (...)“ (Marcuse 1966: 209). In seinen Briefen an Adorno tauchte dieses Argument wieder unter dem Schlagwort auf, dass die Verhältnisse unerträglich seien, „man kann es nicht mehr ertragen, man erstickt und muß sich Luft schaffen“ (Marcuse-Adorno; 5.4.1969; z.n. Kraushaar 1998b: 602). Einen Vortrag im Dezember 1968, der ansonsten sehr abwägend und vorsichtig argumentiert, begann Marcuse mit den Worten:

> „Wir können nicht warten und wir werden nicht warten. Ganz sicher kann ich nicht warten. Nicht nur wegen meines Alters. Ich glaube nicht, daß wir warten müssen. Selbst ich habe keine andere Wahl. Ich würde es nicht länger aushalten, daß sich nichts ändert. Sogar ich fange an zu ersticken“ (z.n. ebd.: 496).

Die revolutionäre Ungeduld dieser Stelle darf nicht überbewertet werden. Es hat sich bereits gezeigt, dass Marcuse vorschnellen Aktionismus Ablehnte.[49] Nichtsdestotrotz könnte das von Marcuse angebrachte Argument, dass die instinktive Rebellion bereits emanzipative Bedürfnisse in der Student_innenbewegung zeige (vgl. oben 3.1.2), durchaus als Gegenthese zu einer Aussage Adornos aus dem Text „Resignation“ verstanden werden. Adorno hatte konstatiert: „Wer denkt, ist nicht wütend“ (Adorno 1969d: 798). Aus Marcuses Sicht könnte versuchsweise ein gegenläufiger Gedanke formuliert werden: Wer bei der Obszönität dieser Gesellschaft (vgl. Marcuse 1969: 248f), bei ihrer Menschenverachtung und ihren ungenutzten Möglichkeiten immer noch nicht wütend ist oder wenigstens das Bedürfnis verspürt, gegen sie zu opponieren, der scheint die für eine Veränderung notwendigen neuartigen, progressiven Bedürfnisse noch nicht entwickelt zu haben. Und vielleicht denkt er auch zu wenig.[50]
An dieser Stelle ist der wichtigste Unterschied zwischen Marcuse

---

46 „Marcuse hat bis 1968 warten müssen, bis er – als Siebzigjähriger – in der weltweiten Rebellion der Studenten und Jugendlichen, besonders aber im Pariser Mai eine praktische Bestätigung seiner utopischen Antizipationen erleben konnte“ (Roth 1985: 292).

47 „Ich habe schon seit langem keine aktive militante Politik mehr gemacht. Ich schreibe, ich lehre, nehme an Konferenzen teil, spreche vor Studenten: das ist die normale Tätigkeit eines Intellektuellen in den USA, wo die Situation nicht im geringsten revolutionär ist, nicht einmal ‚vorrevolutionär'. Die Aufgabe des Intellektuellen bleibt radikale Aufklärung“ (z.n. Kraushaar 1998b: 380).

48 „Der kritische Intellektuelle ist, dies wäre von Marcuse zu lernen, in der Aufbruchsphase der neuen Protestbewegungen wesentlich Mitdiskutant, der den Eigensinn seiner Analysen und Antizipationen gerade dann zu bewahren hat, wenn es ihm um die Förderung der Befreiungskräfte zu tun ist“ (Roth 1985: 17).

49 Schon 1966, auf seinem Vortrag auf dem SDS-Kongress „Vietnam – Analyse eines Exempels“ hatte Marcuse formuliert: „Die Einheit von Theorie und Praxis, nach der wir alle schreien, läßt sich nicht organisieren, und sie läßt sich nicht kalkulieren“ (Marcuse 1966: 209).

50 „Oder wenn ein Nachrichtensprecher über die Folterung und Ermordung von Menschen, die für die Bürgerrechte eintraten, in dem gleichen geschäftlichen Tonfall berichtet, dessen er sich bedient, wenn er den Aktienmarkt oder das Wetter beschreibt (...), dann ist solche Objektivität unecht, mehr noch, sie verstößt gegen Humanität und Wahrheit, weil sie dort ruhig ist, wo man wütend sein sollte (...)“ (Marcuse 1965: 148).

und Adorno getroffen, was das Verhältnis von Theorie und Praxis betrifft: Während Adorno die studentische Protestbewegung als naiven und ungeduldigen Reflex sich kritisch verstehender Intellektueller auf die verwaltete Welt betrachtete, sah Marcuse einen historischen Einbruch in die bestehenden eindimensionalen Gesellschaften, selbst wenn die Student_innenbewegung nicht das soziale Ganze ändere. Er fand in den Studierenden eine Bewegung vor, die politisch handelte, ihr Handeln selbst als Teil einer revolutionären Praxis verstand und gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Unruhen die Grenzen der Eindämmung oppositioneller Tendenzen aufzeigte (vgl. Marcuse 1969: 242). Das „Gespenst einer Revolution" (ebd.: 243) sei mit den protestierenden Student_innen wieder real vorhanden (vgl. Roth 1985: 150), sie formulierten eine existenzialistische „Große Weigerung", sie begehrten in Namen des Lustprinzips und der Phantasie auf (vgl. Marcuse 1966: 207f). Die utopischen Forderungen der Student_innenbewegung stimmten mit denen Marcuses überein oder übertrafen sie sogar, „und doch wurden diese Forderungen im Verlauf der Aktion selbst entwickelt und formuliert; sie sind Ausdruck konkreter politischer Praxis" (Marcuse 1969: 242). So erklärt sich Marcuses enthusiastischer Ton im „Versuch über die Befreiung", in der er sogar ein Vorauseilen der politischen Praxis der Protestbewegungen vor der Kritischen Theorie diagnostizierte: „(...) noch geht die kritische Theorie, der es obläge, die politische Praxis zu leiten, dieser hinterher" (ebd.: 246). Die Theorie müsse diese neuen Kräfte ob ihrer politischen Möglichkeiten untersuchen (vgl. ebd.: 242; Habermas et al. 1978: 56f). Und aus dieser Untersuchung folgerte Marcuse, wie sich bereits gezeigt hat, dass die Student_innenbewegung und andere Protestbewegungen durchaus in der Lage sein könnten, emphatische Praxis hier und jetzt vorzubereiten. Gerade ihre utopische Radikalität zeige, wie sehr diese jungen Menschen mit der bestehenden Gesellschaft, ihrer Arbeitsmoral und ihrer Sprache gebrochen hätten. Die organische, triebstrukturelle Basis dieser Bedürfnisse – dass Marcuse von einer solchen ausgeht, hat sich bereits gezeigt – mache es möglich, diese systemsprengenden Bedürfnisse potentiell auf alle Menschen auszuweiten.

Nicht nur im „Versuch über die Befreiung", auch in seinem Aufsatz „Repressive Toleranz" und schon in „Triebstruktur und Gesellschaft" hatte Marcuse Überlegungen angestellt, wie neue, emanzipative Bedürfnisse auf alle Menschen übertragen werden könnten. Es stellte sich ihm dabei das Problem, dass diese Änderung der Bedürfnisse auf demokratischem Wege schlecht möglich sei, da die Menschen die repressiven, „falschen" Bedürfnissen der bestehenden Gesellschaft teilten und die Verhältnisse gerade dadurch stützten und absicherten. Schon 1955 hatte er dabei mit dem Gedanken einer erzieherischen Diktatur gespielt, wie sie in der Geschichte des politischen Denkens etwa bei Rousseau und in der marxistischen Tradition bei Lenin eine große Rolle gespielt hatte (vgl. Marcuse 1955a: 192f; Marcuse 1965: 153f; Marcuse 1969: 299f).[51] An dieser Stelle kommt Marcuses Denken in bedenkliche Nähe zu Lenins Idee einer Avantgarde von Berufsrevolutionären, die das revolutionäre Bewusstsein von außen in das Proletariat hineintragen sollte (vgl. Lenin 1966: 436; 455f), da dieses stets nur ein gewerkschaftliches Bewusstsein entwickeln könnte (vgl. ebd.: 385f). Mit der Idee der „Katalysator-Gruppen" ist allerdings etwas qualitativ Anderes gemeint, nämlich vor allem das Aufzeigen und Entwickeln neuer, systemsprengender Bedürfnisse. Dass Marcuse sich diese Fragen im Gegensatz zu Adorno vorlegte, beweist aber, dass er auch Fragen der realen revolutionären Praxis, also im engeren Sinne strategische Fragen für eine sozialistische Bewegung, für wichtig hielt. Das hatte sich bereits bei der Frage der Legitimierbarkeit von Gewalt gezeigt. Dies erklärt sich aus der bereits oben abgeleiteten eigenständigen Bedeutung, die Marcuse der Praxis selbst beimaß. Dennoch kann kaum behauptet werden, Marcuse habe in seiner Auseinandersetzung etwa mit der Student_innenbewegung konkrete Vorschläge für deren politisches Handeln gemacht.[52] An den wenigen Stellen, an denen Marcuse der Linken tatsächlich Vorschläge für ihre Politik machte, ging es ihm vorrangig um die Schwächung der Eindimensionalität der Gesellschaft, zum Beispiel um die Schwächung der Arbeitsmoral. Diesen Punkt führte er im „Versuch über die Befreiung" aus:

> „Die Auflösung der gesellschaftlichen Moral kann sich in einem Zusammenbruch der Arbeitsdisziplin bekunden, im Bummeln, in zunehmendem Ungehorsam gegenüber Regeln und Vorschriften, in wilden Streiks, Boykotts und Akten willkürlicher Unbotmäßigkeit" (Marcuse 1969: 310).

Da auch die repressive Gesellschaft immer auf das Mitmachen der Bevölkerung angewiesen sei, könnten „Untüchtigkeit, Arbeitswiderstand, Verweigerung der Pflichterfüllung, Fahrlässigkeit und Gleichgültigkeit" (ebd.: 311) sich als „dysfunktionale Faktoren" (ebd.) herausstellen. Marcuse zeigte also aus erkennbaren Tendenzen Möglichkeiten auf, fügt diese aber an keiner Stelle zu einer „objektiven Tendenz" oder einer politischen Gewissheit zusammen. Schon bei den Bemerkungen zur Student_innenbewegung hatte sich oben gezeigt, dass er auch dieser Bewegung keinen sicheren Erfolg voraussagte (vgl. Roth 1985: 212f). Aber er sah in ihr eine Hoffnung, dass oppositionelles Verhalten wieder ausbrechen würde. Daher empfahl er der „Neuen Linken" auch, an ihren utopischen Forderungen festzuhalten, eine „Intensivierung und Ausdehnung der politischen Arbeit" (Marcuse 1969: 288) anzustreben und „radikale Aufklärung" (ebd.) umzusetzen, anstatt konkrete Organisationsvorschläge zu machen. Seine Andeutungen zur Vermittlung zwischen subjektiver Spontaneität und politischer Organisation oder über die Bedeutung von anarchistischen Elementen einer politischen Praxis beschieden sich stets in sehr vagen Andeutungen (vgl. ebd.: 315; Kraushaar 1998b: 658f; ebd.: 644; ebd.: 498; Habermas et al. 1978: 61f). Allgemein kann festgehalten werden, dass Marcuse sich wie auch Adorno nicht zutraute, konkrete Vorschläge für politisches Handeln zu machen. Am Handeln der Protestbewegungen interessierte ihn vor allem die „Große Weigerung" und das aktive Engagement, das zur Änderung der Bedürfnisse beitragen könnte. Diese im konkreten Handeln zu erproben und zu erweitern, konnte laut Marcuse eine Sache der Praxis sein.

51 Eine Diskussion der Problematik der „Erziehungsdiktatur" im Zusammenhang mit Marcuses Denken findet sich bei Habermas (Habermas et al. 1978: 22-39).

52 Auf Adornos in einem Interview gemachten Vorwurf, er habe „bis zu einem gewissen Grad" (Adorno 1969f: 407) „praktische Ratschläge" (ebd.) gegeben, reagierte Marcuse in einem Brief. Nachdem er festgestellt hatte, dass die Kritische Theorie sich unbedingt zu den studentischen Protesten verhalten müsste, schrieb er: „Das heißt nicht: ‚praktische Ratschläge' geben, wie Du es mir in Deinem *Spiegel* Interview zuschiebst. Ich habe das nie getan" (Marcuse-Adorno; 4.6.1969; z.n. Kraushaar 1998b: 649; Hervorhebungen im Original).

> „Unsere Aufgabe ist Aufklärung, aber Aufklärung in einem neuen Sinn. Als Verbindung von Theorie und Praxis, und zwar politischer Praxis, ist Erziehung heute mehr als Diskussion (...). (...) Erziehung muss heute Geist und Körper, Vernunft und Phantasie, die Bedürfnisse des Intellekts und der Triebe einbegreifen (...)" (Marcuse 1967b: 197; Hervorhebungen im Original).

Die neuen Bedürfnisse, wie sie bisher nur Minderheiten äußerten, seien „ansteckend" (Marcuse 1969: 260), weil sie ebenso an die Natur der Menschen, an ihre Triebstruktur anknüpfen könnten (vgl. Marcuse 1967b: 194f) wie an deren unerträglichen Alltagserfahrungen von sinnloser Arbeit und Repression. Die immer stärkere Steigerung der Kluft zwischen den Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung und der tatsächlich erzwungenen Arbeit werde immer größer, dies schüre die Aggression gegen das Bestehende und motiviere auch die spontane Rebellion vieler Jugendlicher (vgl. Marcuse 1969: 283). Es zeige sich dadurch, dass die Gesellschaft Bedürfnisse nach Befriedigung und Freiheit produziere, die sie selbst nicht befriedigen könne.[53] Und somit ist es für Marcuse zusätzlich zur theoretischen Begründung des „Endes der Utopie" (vgl. Marcuse 1967b: 193) eine praktische Aufgabe, sich selbst zu verändern, „in sich selbst und in anderen das Triebbedürfnis nach einem Leben ohne Angst, ohne Brutalität und ohne Stumpfsinn" (ebd.: 198) zu wecken (vgl. Marcuse 1969: 245).

Die Untersuchung der Überlegungen Adornos und Marcuses zum Verhältnis von Theorie und Praxis hat gezeigt, dass diese in besonders enger Weise mit den Einschätzungen der Student_innenbewegung beider Denker zusammenhängt. Dies kann schon deshalb nicht verwundern, weil die studentische Protestbewegung vor allem ein politisch-praktisches Phänomen war, dass Marcuse und Adorno einschätzen und bewerten mussten. Während Adorno die Protestbewegung als einen Reflex von nicht genügend reflektierten jungen Intellektuellen auf den Zustand der Gesellschaft begriff, der diesen Zustand in keiner Weise würde ändern können, änderte gerade die Student_innenbewegung in Marcuses Denken das Verhältnis von Theorie und Praxis. Er erhoffte sich eine praktische Bewegung, die auch die Theoriebildung würde inspirieren und vorantreiben können. So erklärt sich nicht nur seine Begeisterung für die Protestbewegung, sondern auch seine Reflexionen über die eigenständige Bedeutung der Praxis etwa im „Versuch über die Befreiung", die im „Eindimensionalen Menschen" noch undenkbar gewesen waren. Adorno hatte zwar in einem Brief eingeräumt, die Student_innenbewegung habe wider alle Wahrscheinlichkeit „den glatten Übergang zur total verwalteten Welt unterbrochen" (z.n. Kraushaar 1998b: 671), aber dies schien ihm in keiner Weise eine erneute Möglichkeit, ein neues Fenster für emphatische oder vorbereitende Praxis zu öffnen. Für Marcuse aber war genau das der Fall, und für ihn war somit politisches Handeln als vorbereitende Arbeit ein Gebot der Stunde, auch für die verstreuten kritischen Theoretiker_innen. Dass Adorno sich dem politischen Handeln wesentlich stärker verweigerte, registrierte Marcuse mit Unverständnis. Und so sei am Ende noch zitiert, was er im März 1970 zum Verhältnis von Theorie und Praxis in Abgrenzung zu Adorno sagte:

> „Ich werde nie leugnen und nie vergessen, daß die Zeit meiner Zusammenarbeit mit Horkheimer, Pollock, Adorno, Neumann und Löwenthal in den dreißiger Jahren für mich eine unentbehrliche theoretische Schulung darstellte. Ich muß aber ebenso ehrlich zugeben, daß ich mich mit der Haltung Horkheimers und Adornos nach ihrer Rückkehr nach Deutschland nicht identifiziere. Ich erinnere mich, daß ich noch in einem meiner letzten Briefe an Adorno geschrieben habe, daß ich genau wie er weiß, daß eine unmittelbare Umsetzung der Theorie in Praxis unmöglich ist. Daß ich aber auch glaube, daß die allzu starke Insistenz auf ‚Vermittlungen' auch zur Ausrede werden kann" (z.n. ebd.: 720).

Mit den Reflexionen Adornos und Marcuses zu Theorie und Praxis endet der vergleichende Teil dieser Untersuchung.

53 Diesen Gedanken formulierte Marcuse 1975 so: „Der Kapitalismus erzeugt stetig Bedürfnisse, die er nicht erfüllen kann, vor allem das Bedürfnis nach Abschaffung der ausgebeuteten Arbeit als Lebensform. (...) Das ist die spätkapitalistische Form des Grundwiderspruchs zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen" (Marcuse 1975: 149).

Literatur

Benutzte Siglen

AGS Theodor W. Adorno Gesammelte Schriften, 20 Bände, hg. von Rolf Tiedemann, 1973 ff, Frankfurt a.M.
HGS Max Horkheimer Gesammelte Schriften, 19 Bände, hg. von Alfred Schmidt und Gunzelin Schmid Noerr, 1988 ff, Frankfurt a.M.
HMS Herbert Marcuse Schriften, 9 Bände, Nachdruck der Ausgabe aus dem Suhrkamp Verlag, 2004, Springe.
MEW Karl Marx Friedrich Engels Werke, 42 Bände, hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, 1961 ff, Berlin.

ADORNO, THEODOR W. 1931: Die Aktualität der Philosophie, in: AGS 1, S. 325-344.
ADORNO, THEODOR W. 1932: Rezension zu Herbert Marcuse: Hegels Ontologie und die Grundlegung einer Theorie der Geschichtlichkeit, in: AGS 20.1, S. 203-204.
ADORNO, THEODOR W. 1942: Reflexionen zur Klassentheorie, in: AGS 8, S. 373-391.
ADORNO, THEODOR W. 1949: Democratic Leadership and Mass Manipulation, in: AGS 20.1, S. 267-286.
ADORNO, THEODOR W. 1950: Auferstehung der Kultur in Deutschland?, in: Frankfurter Hefte. Zeitschrift für Kultur und Politik, 5. Jg. 1950, Heft 5, S. 469-477.
ADORNO, THEODOR W. 1951a: Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben, in: AGS 4.
ADORNO, THEODOR W. 1951b: Individuum und Staat, in: AGS 20.1, S. 287-292.
ADORNO, THEODOR W. 1952: Die revidierte Psychoanalyse, in: AGS 8, S. 20-41.
ADORNO, THEODOR W. 1953: Individuum und Organisation. Einleitungsvortrag zum Darmstädter Gespräch, in: AGS 8, S. 440-456.
ADORNO, THEODOR W. 1955: Zum Verhältnis von Soziologie und Psychologie, in: AGS 8, S. 42-85.
ADORNO, THEODOR W. 1957: The Stars Down to Earth: The Los Angeles Times Astrology Column. A Study in Secondary Superstition, in: AGS 9.2, S. 7-120.
ADORNO, THEODOR W. 1958: Philosophie der neuen Musik, in: AGS 12.
ADORNO, THEODOR W. 1959a: Was bedeutet: Aufarbei-

tung der Vergangenheit?, in: AGS 10.2, S. 555-572.
ADORNO, THEODOR W. 1959b: Zur Demokratisierung der deutschen Universitäten, in: AGS 20.1, S. 332-338.
ADORNO, THEODOR W. 1962a: Auf die Frage: Warum sind Sie zurückgekehrt, in: AGS 20.1, S. 394-395.
ADORNO, THEODOR W. 1962b: Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute, in: AGS 20.1, S. 360-383.
ADORNO, THEODOR W. 1962c: Einleitung zum Vortrag „Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit", in: AGS 10.2, S. 816-817.
ADORNO, THEODOR W. 1963: Résumé über Kulturindustrie, in: AGS 10.1, S. 337-345.
ADORNO, THEODOR W. 1964a: Meinungsforschung und Öffentlichkeit, in: AGS 8, S. 532-537.
ADORNO, THEODOR W. 1964b: Anmerkungen zum philosophischen Denken, in: AGS 10.2, S. 599-607.
ADORNO, THEODOR W. 1965: Gesellschaft, in: AGS 8, S. 9-19.
ADORNO, THEODOR W. 1966a: Negative Dialektik, in: AGS 6, S. 7-412.
ADORNO, THEODOR W. 1966b: Erziehung nach Auschwitz, in: AGS 10.2, S. 674-690.
ADORNO, THEODOR W. 1966c: Einleitung zum Vortrag „Gesellschaft", in: AGS 8, S. 569-573.
ADORNO, THEODOR W. 1966d: Postscriptum, in: AGS 8, S. 86-92.
ADORNO, THEODOR W. 1968a: Anmerkungen zum sozialen Konflikt heute, in: AGS 8, S. 177-195.
ADORNO, THEODOR W. 1968b: Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft, in: AGS 8, S. 354-370.
ADORNO, THEODOR W. 1968c: Diskussionsbeitrag zu „Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft", in: AGS 8, S. 578-587.
ADORNO, THEODOR W. 1968d: Über Herbert Marcuse, in: AGS 20.2, S. 768.
ADORNO, THEODOR W. 1968e: Gegen die Notstandsgesetze, in: AGS 20.1, S. 396-397.
ADORNO, THEODOR W. 1969a: Zu Subjekt und Objekt, in: AGS 10.2, S. 741-758.
ADORNO, THEODOR W. 1969b: Marginalien zu Theorie und Praxis, in: AGS 10.2, S. 759-782.
ADORNO, THEODOR W. 1969c: Kritik, in: AGS 10.2, S. 785-793.
ADORNO, THEODOR W. 1969d: Resignation, in: AGS 10.2, 794-799.
ADORNO, THEODOR W. 1969e: Kritische Theorie und Protestbewegung, in: AGS 20.1, S. 398-401.
ADORNO, THEODOR W. 1969f: „Keine Angst vor dem Elfenbeinturm", in: AGS 20.1, S. 402-409.
ADORNO, THEODOR W. 1971: Erziehung zur Mündigkeit. Vorträge und Gespräche mit Hellmut Becker 1959-1969, hg. von Gerd Kadelbach, Frankfurt a.M.
ADORNO, THEODOR W. 1998: Metaphysik. Begriffe und Probleme, Frankfurt a.M.
ADORNO, THEODOR W. 2003: Einleitung in die Soziologie, Frankfurt a.M.
ADORNO, THEODOR W. 2007: Vorlesungen über Negative Dialektik. Fragmente zur Vorlesung 1965/66, Frankfurt a.M.
ALBRECHT, CLEMENS ET AL. (Hg.) 1999: Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule, Frankfurt a.M. / New York.
ANDERSON, PERRY 1978: Über den westlichen Marxismus, Frankfurt a.M.
ASBACH, OLAF 1997: Kritische Gesellschaftstheorie und historische Praxis. Entwicklungen der Kritischen Theorie bei Max Horkheimer 1930-1942/43, Frankfurt a.M. / Berlin / Bern / New York / Paris / Wien.
BAUERMANN, ROLF / HANS-JOCHEN RÖTSCHER 1972: Dialektik der Anpassung. Die Aussöhnung der „Kritischen Theorie" mit den imperialistischen Herrschaftsverhältnissen, Frankfurt a.M.
BEHRENS, ROGER 2000: Übersetzungen. Studien zu Herbert Marcuse. Konkrete Philosophie, Praxis und kritische Theorie, Mainz.
BEHRENS, ROGER 2003: Adorno-ABC, Leipzig.
BEHRENS, ROGER 2009: Falscher Zustand. Zur kritischen Theorie der Ontologie bei Herbert Marcuse, in: http://txt.rogerbehrens.net/falscherzustand.pdf (letzter Zugriff: 29. Oktober 2009).
BEHRMANN, GÜNTHER C. 1999: Kulturrevolution: Zwei Monate im Sommer 1967, in: Clemens Albrecht et al. (Hg.) 1999: Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule, Frankfurt a.M. / New York, S. 312-386.
BREINES, PAUL 1968: Marcuse and the New Left in America, in: Jürgen Habermas (Hg.) 1968: Antworten auf Herbert Marcuse, Frankfurt a.M., S. 134-151.
BRIEGLEB, KLAUS 1993: 1968. Literatur in der antiautoritären Bewegung, Frankfurt a.M.
BRUNKHORST, HAUKE / GERTRUD KOCH 1990: Herbert Marcuse zur Einführung, Hamburg.
CAVALCANTI, SVEN OLIVEIRA 2004: Herbert Marcuse – Zum 25. Todestag, in: http://www.sopos.org/aufsaetze/410a9d4c2c4db/1.phtml (letzter Zugriff: 29. Oktober 2009).
CLAUSSEN, DETLEV 1981: Spuren der Befreiung – Herbert Marcuse. Ein Materialienbuch zur Einführung in sein politisches Denken, Darmstadt / Neuwied.
CLAUSSEN, DETLEV 1985: Hans-Jürgen Krahl – Ein philosophisch-politisches Profil, in: Wolfgang Kraushaar (Hg.) 1998: Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail 1946-1995, Band 3: Aufsätze und Kommentare, Register, Hamburg, S. 65-70.
CLAUSSEN, DETLEV 2000: Konflikt mit Teddie, in: Rolf Tiedemann / Theodor W. Adorno Archiv (Hg.) 2000: Frankfurter Adorno Blätter, Band VI, München, S. 139-141.
CLAUSSEN, DETLEV 2007: Kopf der Leidenschaft. Herbert Marcuses Deutschlandanalysen, in: Herbert Marcuse 2007: Nachgelassene Schriften Band 5: Feindanalysen. Über die Deutschen, Springe, S. 11-21.
DAHRENDORF, RALF 1961: Gesellschaft und Freiheit. Zur soziologischen Analyse der Gegenwart, München.
DEMIROVIĆ, ALEX 1998: Bodenlose Politik – Dialoge über Theorie und Praxis, in: Wolfgang Kraushaar (Hg.) 1998: Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail 1946-1995, Band 3: Aufsätze und Kommentare, Register, Hamburg, S. 71-98.
DEMIROVIĆ, ALEX 1999: Der nonkonformistische Intellektuelle. Die Entwicklung der Kritischen Theorie zur Frankfurter Schule, Frankfurt a.M.
DUBIEL, HELMUT 1978: Wissenschaftsorganisation und politische Erfahrung. Studien zur frühen Kritischen Theorie,

Frankfurt a.M.
FANON, FRANTZ 1968: Die Verdammten dieser Erde. Vorwort von Jean-Paul Sartre, Frankfurt a.M.
FETSCHER, IRING 1986: Zur kritischen Theorie der Sozialwissenschaften in Adornos „Minima Moralia", in: Axel Honneth / Albrecht Wellmer (Hg.) 1986: Die Frankfurter Schule und die Folgen. Referate eines Symposiums der Alexander von Humboldt-Stiftung vom 10. - 15. Dezember 1984 in Ludwigsburg, Berlin / New York.
GREVEN, MICHAEL TH. 1994: Kritische Theorie und historische Politik, Theoriegeschichtliche Beiträge zur gegenwärtigen Gesellschaft, Opladen.
HABERMAS, JÜRGEN (HG.) 1968: Antworten auf Herbert Marcuse, Frankfurt a.M.
HABERMAS, JÜRGEN 1971a: Philosophisch-politische Profile, Frankfurt a.M.
HABERMAS, JÜRGEN 1971b: Einige Schwierigkeiten beim Versuch, Theorie und Praxis zu vermitteln, in: ders. 1971: Theorie und Praxis. Sozialphilosophische Studien, Frankfurt a.M., S. 9-47.
HABERMAS, JÜRGEN ET AL. (Hg.) 1978: Gespräche mit Herbert Marcuse, Frankfurt a.M.
HABERMAS, JÜRGEN 1998: Die verschiedenen Rhythmen von Philosophie und Politik. Herbert Marcuse zum 100.Geburtstag, in: ders. 1998: Die postnationale Konstellation. Politische Essays, Frankfurt a.M., S. 232-239.
HAWEL, MARCUS 2006: Negative Kritik und bestimmte Negation. Zur praktischen Seite der kritischen Theorie, in: UTOPIE kreativ, Heft 184, Februar 2006, S. 101-110.
HEISELER, JOHANNES HEINRICH VON / ROBERT STEIGERWALD / JOSEF SCHLEIFSTEIN (HG.) 1970: Die „Frankfurter Schule" im Lichte des Marxismus. Zur Kritik der Philosophie und Soziologie von Horkheimer, Adorno, Marcuse, Habermas, Frankfurt a.M.
HONNETH, AXEL 1986: Kritik der Macht. Reflexionsstufen einer kritischen Gesellschaftstheorie, Frankfurt a.M.
HONNETH, AXEL 2003: Herbert Marcuse und die Frankfurter Schule, in: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft, 31. Jg, Heft 4, Dez. 2003, S. 496-504.
HONNETH, AXEL (HG.) 2006: Schlüsseltexte der Kritischen Theorie, Wiesbaden.
HORKHEIMER, MAX / THEODOR W. ADORNO 1950: Die UdSSR und der Frieden, in: AGS 20.1, S. 390-393.
HORKHEIMER, MAX / THEODOR W. ADORNO 1956: Diskussion über Theorie und Praxis, in: HGS 19, S. 32-72.
HORKHEIMER, MAX / THEODOR W. ADORNO 1969: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, in: AGS 3.
HORKHEIMER, MAX 1933: Materialismus und Metaphysik, in: HGS 3, S. 70-105.
HORKHEIMER, MAX 1937: Der neuste Angriff auf die Metaphysik, in: HGS 4, S. 108-161.
HORKHEIMER, MAX 1939: Die Juden und Europa, in: HGS 4, S. 308-331.
HORKHEIMER, MAX 1940: Autoritärer Staat, in: HGS 5, S. 293-319.
HORKHEIMER, MAX 1963: Zeugnisse. Theodor W. Adorno zum sechzigsten Geburtstag, Frankfurt a.M.
HORKHEIMER, MAX 1967: Zur Kritik der instrumentellen Vernunft, in: HGS 6, S. 19-186.
HORKHEIMER, MAX 1968: Vorwort zur Neupublikation, in: HGS 3, S. 14-19.
HORKHEIMER, MAX 1969a: Kritische Theorie gestern und heute, in: HGS 8, S. 336-353.
HORKHEIMER, MAX 1969b: Theodor W. Adorno zum Gedächtnis, in: HGS 7, S. 289-290.
HORKHEIMER, MAX 1970: „Was wir ‚Sinn' nennen, wird verschwinden. Gespräch mit Georg Wolff und Helmut Gumnior für den „Spiegel", in: HGS 7, S. 345-357.
HORKHEIMER, MAX 1988: Späne. Notizen über Gespräche mit Max Horkheimer, in unverbindlicher Formulierung aufgeschrieben von Friedrich Pollock (1950-1970), in: HGS 14, S. 172-547.
IPPERCIEL, DONALD 1996: Freud als Aufklärer. Zur Rezeption der Freudschen Psychoanalyse in der Frankfurter Schule, Frankfurt a.M. / Berlin / Bern / New York / Paris / Wien.
JÄGER, LORENZ 2003: Adorno. Eine politische Biographie, München.
JANSEN, PETER-ERWIN (HG.) 1990: Befreiung denken - Ein politischer Imperativ. Ein Materialienband zu einer politischen Arbeitstagung über Herbert Marcuse am 13. und 14. Oktober 1989 in Frankfurt, Offenbach / Main.
JANSEN, TAMMO 2005: Praxis und Theorie. Nachträglich ausgearbeitetes Manuskript eines Referates auf der Tagung „Kritische Gesellschaftstheorie(n) und emanzipatorische Praxis heute" an der Carl von Ossietzky Universität in Oldenburg, in: http://www.exit-online.org/textanz1.php?tabelle=autoren&index=20&posnr=247 (letzter Zugriff: 29. Oktober 2009).
JAY, MARTIN 1981: Dialektische Phantasie. Die Geschichte der Frankfurter Schule und des Instituts für Sozialforschung 1923-1950, Frankfurt a.M.
JESSE, ECKHARD 2008: Die Totalitarismuskonzeption von Herbert Marcuse, in: ders. 2008: Diktaturen in Deutschland. Diagnosen und Analysen, Baden-Baden, S. 86-105.
JOHANNES, ROLF 1995: Das ausgesparte Zentrum. Adornos Verhältnis zur Ökonomie, in: Gerhard Schweppenhäuser (Hg.) 1995: Soziologie im Spätkapitalismus. Zur Gesellschaftstheorie Theodor W. Adornos, Darmstadt, S. 41-67.
KAILITZ, SUSANNE 2007: Von den Worten zu den Waffen? Frankfurter Schule, Studentenbewegung, RAF und die Gewaltfrage, Wiesbaden.
KEMPSKI, JÜRGEN VON 1948: Das kommunistische Palimpsest, in: ders. 1964: Brechungen. Kritische Versuche zur Philosophie der Gegenwart, Reinbek bei Hamburg, S. 103-117.
KOENEN, GERD 2001: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977, Köln.
KOENEN, GERD 2008: Der transzendental Obdachlose - Hans-Jürgen Krahl, in: Zeitschrift für Ideengeschichte Heft II/3, Herbst 2008, München.
KRAHL, HANS-JÜRGEN 1971: Konstitution und Klassenkampf. Zur historischen Dialektik von bürgerlicher Emanzipation und proletarischer Revolution. Schriften, Reden und Entwürfe aus den Jahren 1966-1970, Frankfurt a.M.
KRAUSHAAR, WOLFGANG 1989: Herbert Marcuse und das lebensweltliche Apriori der Revolte, in: ders. (Hg.) 1998: Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail 1946-1995, Band 3: Aufsätze und Kommentare, Register, Hamburg, S. 195-203.
KRAUSHAAR, WOLFGANG (HG.) 1998a: Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail 1946-1995, Band 1: Chronik, Hamburg.
KRAUSHAAR, WOLFGANG (HG.) 1998b: Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Mo-

lotowcocktail 1946-1995, Band 2: Dokumente, Hamburg.
KRAUSHAAR, WOLFGANG (HG.) 1998c: Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail 1946-1995, Band 3: Aufsätze und Kommentare, Register, Hamburg.
KRAUSHAAR, WOLFGANG 2004: „Die Revolte der Lebenstriebe". Marcuse als Mentor gegenkultureller Bewegungen, in: Herbert Marcuse 2004: Nachgelassene Schriften Band 4: Die Studentenbewegung und ihre Folgen, hg. von Peter-Erwin Jansen, Springe, S. 15-25.
KRAUSHAAR, WOLFGANG 2007: Abspaltung und Potenzierung. Zum Verhältnis von Antizionismus und Antisemitismus in der militanten Linken der Bundesrepublik, in: Matthias Brosch u.a. 2007 (Hg.): Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland vom Idealismus zur Antiglobalisierungsbewegung, S. 325-346.
LEINEWEBER, BERND 1997: Entsetzen und Besetzen. Zur Dialektik der Aufklärung in der Studentenbewegung, in: Wolfgang Kraushaar (Hg.) 1998: Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail 1946-1995, Band 3: Aufsätze und Kommentare, Register, Hamburg, S. 99-111.
LENIN, WLADIMIR ILJITSCH 1966: Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung, in: ders.: Werke, Band 5, Berlin, S. 355-541.
LESLIE, ESTHER 1999: Introduction to Adorno / Marcuse Correspondance on the German Student Movement, in: New Left Review 233, Januar / Februar 1999, S. 118-123.
LIPPE, RUDOLF ZUR 1989: Die Frankfurter Studentenbewegung und das Ende Adornos. Ein Zeitzeugnis, in: Wolfgang Kraushaar (Hg.) 1998: Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail 1946-1995, Band 3: Aufsätze und Kommentare, Register, Hamburg, S. 112-125.
LÖNNENDONKER, SIEGWARD / BERND RABEHL / JOCHEN STAADT (HG.) 2002: Die antiautoritäre Revolte, Der Sozialistische Deutsche Studentenbund nach der Trennung von der SPD, Band 1: 1960-1967, Wiesbaden.
LÖWENTHAL, LEO 1980: Mitmachen wollte ich nie. Ein autobiographisches Gespräch mit Helmut Dubiel, Frankfurt a.M.
LÖWENTHAL, LEO 1990: Judaica. Vorträge, Briefe. Schriften Bd. 4, Frankfurt a.M.
LUKÁCS, GEORG 1968: Geschichte und Klassenbewußtsein. Studien über marxistische Dialektik, Darmstadt.
LUXEMBURG, ROSA 1916: Die Krise der Sozialdemokratie, in: dies. 1966: Politische Schriften II, hg. von Ossip K. Flechtheim, Frankfurt a.M., S. 19-152.
MARCUSE, HERBERT 1928: Beiträge zu einer Phänomenologie des Historischen Materialismus, in: HMS 1, S. 347-384.
MARCUSE, HERBERT 1929: Über konkrete Philosophie, in: HMS 1, S. 385-406.
MARCUSE, HERBERT 1932: Neue Quellen zur Grundlegung des Historischen Materialismus, in: HMS 1, S. 509-555.
MARCUSE, HERBERT 1934: Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung, in: HMS 3, S. 7-44.
MARCUSE, HERBERT 1937: Philosophie und kritische Theorie, in: HMS 3, S. 227-249.
MARCUSE, HERBERT 1941a: Einige gesellschaftliche Folgen moderner Technologie, in: HMS 3, S. 286-319.
MARCUSE, HERBERT 1941b: Vernunft und Revolution. Hegel und die Entstehung der Gesellschaftstheorie, in: HMS 4.
MARCUSE, HERBERT 1955a: Triebstruktur und Gesellschaft. Ein philosophischer Beitrag zu Sigmund Freud, in: HMS 5.
MARCUSE, HERBERT 1955b: Eros and Civilization. A Philosophical Inquiry into Freud, Boston.
MARCUSE, HERBERT 1957: Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus, in: HMS 6.
MARCUSE, HERBERT 1963: Zur Stellung des Denkens heute, in: Max Horkheimer 1963: Zeugnisse. Theodor W. Adorno zum sechzigsten Geburtstag, Frankfurt a.M., S. 45-49.
MARCUSE, HERBERT 1964a: Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, in: HMS 7.
MARCUSE, HERBERT 1964b: Ethik und Revolution, in: HMS 8, S. 100-114.
MARCUSE, HERBERT 1965: Repressive Toleranz, in: HMS 8, S. 136-166.
MARCUSE, HERBERT 1966: Die Analyse des Exempels. Hauptreferat des Kongresses „Vietnam – Analyse eines Exempels", in: Wolfgang Kraushaar (Hg.) 1998: Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail 1946-1995, Band 2: Dokumente, Hamburg, S. 205-209.
MARCUSE, HERBERT 1967a: Das Ende der Utopie. Herbert Marcuse diskutiert mit Studenten und Professoren Westberlins an der Freien Universität Berlin über die Möglichkeiten und Chancen einer politischen Opposition in den Metropolen in Zusammenhang mit den Befreiungsbewegungen in den Ländern der Dritten Welt, hg. von Horst Kurnitzky und Hansmartin Kuhn, Berlin.
MARCUSE, HERBERT 1967b: Befreiung von der Überflußgesellschaft, in: Kursbuch 16, März 1969, hg. von Hans Magnus Enzensberger, Frankfurt a.M., S. 185-198.
MARCUSE, HERBERT 1967c: Ist die Idee der Revolution eine Mystifikation? Herbert Marcuse antwortet auf vier Fragen, in: Kursbuch 9, Juni 1967, hg. von Hans Magnus Enzensberger, Frankfurt a.M., S. 1-6.
MARCUSE, HERBERT 1968: Freiheit und Notwendigkeit. Bemerkungen zu einer Neubestimmung, in: HMS 8, S. 227-235.
MARCUSE, HERBERT 1969: Versuch über die Befreiung, in: HMS 8, S. 237-317.
MARCUSE, HERBERT 1970: USA: Organisationsfrage und revolutionäres Subjekt. Fragen an Herbert Marcuse, in: Kursbuch 22, Dezember 1970, hg. von Hans Magnus Enzensberger, Frankfurt a.M., S. 45-60.
MARCUSE, HERBERT 1975: Zeit-Messungen. Drei Vorträge und ein Interview, in: HMS 9, S. 129-189.
MARCUSE, HERBERT 1977: Die Permanenz der Kunst. Wider eine bestimmte marxistische Ästhetik, in: HMS 9: 191-241.
MARCUSE, HERBERT 1999: Nachgelassene Schriften Band 1: Das Schicksal der bürgerlichen Demokratie, Lüneburg.
MARCUSE, HERBERT 2004: Nachgelassene Schriften Band 4: Die Studentenbewegung und ihre Folgen, Springe.
MARCUSE, HERBERT 2005: Heideggerian Marxism, hg. von Richard Wolin und John Abromeit, Lincoln / London.
MARCUSE, HERBERT 2007: Nachgelassene Schriften Band 5: Feindanalysen. Über die Deutschen, Springe.
MARX, KARL / FRIEDRICH ENGELS 1846: Die deutsche Ideologie. Kritik der neuesten deutschen Philosophie in ihren Repräsentanten Feuerbach, B. Bauer und Stirner, und des deutschen Sozialismus in seinen verschiedenen Propheten, in: MEW 3: 9-530.

MARX, KARL / FRIEDRICH ENGELS 1848: Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW 4, S. 459-493.
MARX, KARL 1842: Die Verhandlungen des 6. rheinischen Landtags. Von einem Rheinländer. Erster Artikel: Debatten über Preßfreiheit und Publikation der Landständischen Verhandlungen, in: MEW 1, S. 28-77.
MARX, KARL 1844: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, in: MEW 1, S. 378-391.
MARX, KARL 1845: Thesen über Feuerbach, in: MEW 3, S. 5-7.
MARX, KARL 1893: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Zweiter Band: Der Zirkulationsprozeß des Kapitals, hg. von Friedrich Engels, in: MEW 24.
MARX, KARL 1894: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band: Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion, hg. von Friedrich Engels, in: MEW 25.
MÜLLER-DOOHM, STEFAN 2007: Theodor W. Adorno (1903-1969), in: Dirk Kaesler (Hg.) 2007: Klassiker der Soziologie , Band II: Von Talcott Parsons bis Anthony Giddens, München, S. 51-71.
NEGT, OSKAR 1995: Der Soziologie Adorno, in: Gerhard Schweppenhäuser (Hg.) 1995: Soziologie im Spätkapitalismus. Zur Gesellschaftstheorie Theodor W. Adornos, Darmstadt, S. 3-26.
NEGT, OSKAR 1999: Marcuses dialektisches Verständnis von Demokratie, in: Herbert Marcuse 1999: Nachgelassene Schriften Band 1: Das Schicksal der bürgerlichen Demokratie, Lüneburg, S. 12-25.
OFFE, CLAUS 1968: Technik und Eindimensionalität. Eine Version der Technokratiethese?, in: Jürgen Habermas (Hg.) 1968: Antworten auf Herbert Marcuse, Frankfurt a.M., S. 73-88.
OTT, HUGO 1990: Biographische Gründe für Heideggers „Mentalität der Zerrissenheit", in: Peter Kemper (Hg.) 1990: Martin Heidegger - Faszination und Erschrecken. Die politische Dimension einer Philosophie, Frankfurt a.M., S. 13-29.
RABEHL, BERND 1998: Zur archaischen Inszenierung linksradikaler Politik. Ursachen und Auswirkungen des politischen Existenzialismus in der Studentenrevolte 1967/68, in: Wolfgang Kraushaar (Hg.) 1998: Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail 1946-1995, Band 3: Aufsätze und Kommentare, Register, Hamburg, S. 34-64.
ROTH, ROLAND 1985: Rebellische Subjektivität. Herbert Marcuse und die neuen Protestbewegungen, Frankfurt a.M. / New York.
SARTRE, JEAN-PAUL 1968: Vorwort, in: Frantz Fanon 1968: Die Verdammten dieser Erde, Frankfurt a.M.
SCHILLER, HANS-ERNST 1995: Übertreibung. Philosophie und Gesellschaft bei Adorno, in: Gerhard Schweppenhäuser (Hg.) 1995: Soziologie im Spätkapitalismus. Zur Gesellschaftstheorie Theodor W. Adornos, Darmstadt, S. 203-223.
SCHMID NOERR, GUNZELIN 1987: Die Stellung der „Dialektik der Aufklärung" in der Entwicklung der Kritischen Theorie. Bemerkungen zu Autorschaft, Entstehung, einigen theoretischen Implikationen und späterer Einschätzung durch die Autoren, in: HGS 5: 423-452.
SCHMIDT, ALFRED 1968: Existential-Ontologie und historischer Materialismus bei Herbert Marcuse, in: Jürgen Habermas (Hg.) 1968: Antworten auf Herbert Marcuse, Frankfurt a.M.
SCHMIDT, ALFRED 1990: Heidegger und die Frankfurter Schule. Herbert Marcuses Heidegger-Marxismus, in: Peter Kemper (Hg.) 1990: Martin Heidegger - Faszination und Erschrecken. Die politische Dimension einer Philosophie, Frankfurt a.M., S. 153-177.
SCHWANDT, MICHAEL 2009: Kritische Theorie. Eine Einführung, Stuttgart.
SCHWEPPENHÄUSER, GERHARD (HG.) 1995: Soziologie im Spätkapitalismus. Zur Gesellschaftstheorie Theodor W. Adornos, Darmstadt.
SÖLLNER, ALFONS 1979: Geschichte und Herrschaft. Studien zur materialistischen Sozialwissenschaft 1929-1942, Frankfurt a.M.
STEFFEN, MONIKA 1967: Tiere an Ketten – SDS und Horkheimer, in: Wolfgang Kraushaar 1998: Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail 1946-1995, Band 2: Dokumente, Hamburg, S. 263-265.
STEIGERWALD, ROBERT 1969: Herbert Marcuses „dritter Weg", Köln.
STELZER, TANJA 2003: Die Zumutung des Fleisches, in: http://www.tagesspiegel.de/zeitung/Die-Dritte-Seite;art705,1898988 (letzter Zugriff: 29. Oktober 2009).
TIEDEMANN, ROLF / KLAUS SCHULTZ 1984: Editorisches Nachwort, in: AGS 19, S. 633-654.
TIEDEMANN, ROLF / THEODOR W. ADORNO ARCHIV (Hg.) 2000: Frankfurter Adorno Blätter, Band VI, München.
TIEDEMANN, ROLF / THEODOR W. ADORNO ARCHIV (HG.) 2003: Frankfurter Adorno Blätter, Band VIII, München.
TÜRCKE, CHRISTOPH / GERHARD BOLTE 1994: Einführung in die Kritische Theorie, Darmstadt.
VOIGTS, HANNING 2008: Vom revolutionären Willen, „ohne den die Kritische Theorie nichts mehr ist". Zum politischen Denken des Adorno-Schülers und SDS-Mitglieds Hans-Jürgen Krahl, in: vorgänge 181, Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Heft 1, März 2008, S. 70-78.
WELLMER, ALBRECHT 1993: Endspiele: Die unversöhnliche Moderne. Essays und Vorträge, Frankfurt a.M.
WIGGERSHAUS, ROLF 2001: Die Frankfurter Schule. Geschichte – Theoretische Entwicklung – Politische Bedeutung, München.
WOLIN, RICHARD 2005: Introduction: What is Heideggerian Marxism, in: Herbert Marcuse 2005: Heideggerian Marxism, Lincoln / London, S. xi-xxx.

Hanning Voigts stellte am 15. Juli 2011 sein Buch „*Entkorkte Flaschenpost. Herbert Marcuse, Theodor W. Adorno und der Streit um die Neue Linke*" in Bremen vor. Wir danken dem Autor und dem *Lit Verlag* für die freundliche Genehmigung zum Nachdruck des Buchauszugs. Siehe:
http://associazione.wordpress.com/2011/06/03/fr-15-07-11-intro-entkorkte-flaschenpost-herbert-marcuse-theodor-w-adorno-und-der-streit-um-die-neue-linke/

Jens Benicke

Die K-Gruppen und der Nationalsozialismus

Die K-Gruppen

Anfang der siebziger Jahre gründen sich die sogenannten K(ommunistischen)-Gruppen. Diese entstehen aus der zerfallenden Protestbewegung der sechziger Jahre. Doch trotz ihrer Herkunft aus dieser größtenteils antiautoritär geprägten Bewegung entwickeln sich die K-Gruppen in fast allen Bereichen in das glatte Gegenteil der Antiautoritären.
Sie sind hierarchisch organisierte Kaderorganisationen, die sich am Marxismus-Leninismus, also der Herrschaftsideologie des Stalinismus, orientieren. Anfangs sind alle K-Gruppen Anhänger des Maoismus, also der chinesischen Interpretation des Marxismus-Leninismus. Sie wenden sich explizit gegen die Rekonstruktion der Theorien der dissidenten Strömungen der Arbeiterbewegung, etwa in Form des Westlichen Marxismus, des Rätekommunismus oder des Anarchismus, wie sie vom antiautoritären Flügel der Studierendenbewegung betrieben wurde.[1] Stattdessen betreiben die K-Gruppen eine Retraditionalisierung in Theorie und Praxis hin zu einem orthodoxen Marxismus.
Bis 1973 entstehen in der Bundesrepublik sechs relevante K-Gruppen:

- Die Kommunistische Partei Deutschlands/Aufbauorganisation (KPD/AO)
- die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML)
- der Kommunistische Bund Westdeutschlands (KBW)
- der Kommunistische Bund (KB)
- der Kommunistische Arbeiterbund Deutschlands (KABD)
- der Arbeiterbund zum Wiederaufbau der KPD (AB)

Trotz der allen K-Gruppen gemeinsamen Orientierung an der Politik der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) und der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) bis 1956 gibt es doch einige Unterschiede hinsichtlich der anzuwendenden Strategie und Taktik. Michael Steffen unterscheidet deshalb drei Gruppen von K-Gruppen:[2]
Erstens die sog. „ultralinken“ Parteien KPD/AO und KPD/ML, die verbalradikal alle Bemühungen um Reformen als „reformistisch“ bzw. „ökonomistisch“ zurückweisen und die im Rahmen der chinesischen „Drei-Welten-Theorie“ einen nationalistischen Kurs verfolgen.
Zweitens die sog. „zentristischen“ Bünde KBW und KB, die realpolitisch pragmatischer orientiert sind.
Und drittens die „rechten“ Bünde KABD und AB, die anfangs ihren Schwerpunkt auf reiner Betriebspolitik gelegt hatten. Insgesamt gesehen entwickeln sich die K-Gruppen zu einer bedeutendsten Strömung der Nach-68er-Linken in der BRD. Schätzungen zufolge haben sich in den siebziger Jahren etwa 100.000 bis 150.000 Menschen in diesen organisiert.[3]

Die Faschismusanalyse der K-Gruppen

Wie auf allen anderen Gebieten auch, so vollziehen die K-Gruppen auch in der Frage des Faschismus und des Umgangs mit der nationalsozialistischen deutschen Vergangenheit einen Traditionalisierungsprozess und übernehmen die orthodox-marxistische Faschismusanalyse, wie sie 1935 auf dem VII. Weltkongress der „Kommunistischen Internationalen“ erarbeitet wurde. Paradigmatisch lässt sich dies daran ablesen, dass fast alle K-Gruppen den dafür grundlegenden Aufsatz von Georgi Dimitroff über „Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus“ nachdrucken.[4]
Dimitroff bezeichnet darin den Faschismus als „die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.“[5] Der Faschismus sei dabei die Macht des Finanzkapitals selbst, das in der Phase der zugespitzten kapitalistischen Krise und der Revolutionierung der werktätigen Massen seine Rettung im Faschismus sucht. Mittels sozialer und chauvinistischer Demagogie gelingt es dem Finanzkapital, Teile der von den bürgerlichen Parteien enttäuschten Massen einzufangen. Die Etablierung der faschistischen Diktatur geschehe indes aber nicht in einem einzigen Schritt, sondern bereite sich durch verschiedene reaktionäre Maßnahmen der bürgerlichen Regierungen vor. Trotzdem ist der Faschismus nach Dimitroff nicht einfach nur die bruchlose Fortsetzung der bürgerlichen Herrschaftsform, sondern die Ersetzung der einen Form bürgerlicher Klassenherrschaft durch eine andere. Ausgehend von dieser Bestimmung des Faschismus gibt es innerhalb der K-Gruppen allerdings trotzdem Differenzen in der Einschätzung der aktuellen faschistischen Gefahr. Dabei setzen sich die Auseinandersetzungen fort, die die Vorgängerzirkel der

1 Vgl. hierzu ausführlich: Jens Benicke, Von Adorno zu Mao. Über die schlechte Aufhebung der antiautoritären Bewegung, Freiburg, 2010.

2 Vgl. Michael Steffen, Geschichten vom Trüffelschwein. Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971-1991, Berlin/Hamburg/Göttingen 2002, S. 33f.

3 Vgl. Andreas Kühn, Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre, Frankfurt am Main 2005, S. 287f.

4 Vgl. Verlag Rote Fahne (KPD/AO): Georgi Dimitroff, Ausgewählte Schriften 1933-1945, Köln 1976, Sendler Verlag (KBW): Georgi Dimitroff, (1935), Arbeiterklasse gegen Faschismus. Bericht erstattet am 2. August 1935 zum 2. Punkt der Tagesordnung des Kongresses „Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus“, Frankfurt am Main 1975 und Verlag Olga Benario und Herbert Baum (Gegen die Strömung), Georgi Dimitroff, Gegen den Nazifaschismus, Offenbach 2002.

5 Dimitroff (1935), S. 97.

K-Gruppen bereits ausgetragen haben. Vor allem der KB und der KBW bestimmen ihre Faschismusanalyse in jeweils scharfer Abtrennung zur konkurrierenden Organisation. Der KB entwickelt dabei die von seinen Vorgängerzirkeln bereits entworfene Faschisierungstheorie weiter und macht sie zu seinem Markenzeichen:

> „Die Faschisierungsthese des KB entwickelte sich zum wichtigsten ‚ideologischen Kristallisationspunkt' nach innen und diente nach außen als Markenzeichen und bedeutendes Unterscheidungsmerkmal zu anderen Gruppen der radikalen Linken. Sie stand im Zentrum der konzeptionellen Grundausrichtung des KB und fungierte quasi als dessen informelles Programm, so dass anfangs weder ihre immanente Logik noch ihr Wahrheitsgehalt zur Debatte standen.“[6]

Diese vom KB vertretene Faschisierungsthese war bereits von den Vorgängerzirkeln des KBW scharf kritisiert worden und ist auch jetzt wieder die Hauptdifferenz zwischen den beiden marxistisch-leninistischen Bünden.

Während der KB davon ausgeht, dass der Faschismus von der Bourgeoisie planmäßig im Zuge einer „präventiven Konterrevolution“ errichtet wird, sieht der KBW ihn dagegen als letztes Rettungsmittel und unmittelbare Reaktion auf eine das System bedrohende Krise an. Die Bourgeoisie ist somit geradezu gezwungen, den Faschismus zu installieren.[7] Während die herrschende Klasse also in der Theorie des KB die Rolle des aktiven und planmäßigen Errichters des Faschismus einnimmt, sieht der KBW sie in der Rolle des passiven, von den Ereignissen getriebenen Akteurs. Dieser Widerspruch spiegelt sich auch in der Analyse der Frage, welche Rolle die Massen bei der Etablierung des Faschismus spielen.

Während der KB einen Faschismus auch ohne Massenbewegung für möglich hält und eine fortschreitende Diskrepanz zwischen der Faschisierung des Staatsapparates und der Gesellschaft feststellt, ist für den KBW das Vorhandensein einer kleinbürgerlichen Massenbewegung konstitutiv für den Faschismus. Allerdings sieht auch der KBW in den Massen selbst nur die verhetzten Opfer der Demagogie der Bourgeoisie und keine selbsttätigen Akteure.[8] Doch immerhin wird in der Faschismus-Analyse des KBW, im Gegensatz zu den meisten anderen K-Gruppen, die Rolle der Massen überhaupt thematisiert. Denn in deren Vorstellung war der Faschismus das Werk einiger weniger Kapitalisten, die die Massen terroristisch unterdrückten. So schreibt zum Beispiel die „Rote Garde“, die Jugendorganisation der KPD/ML:

> „Sicher, Hitler war ein Verbrecher, aber seine Auftraggeber und Hintermänner, die Krupp, Thyssen und Co. noch viel mehr. Ihr Gott ist der Profit. Für ihn gehen sie über Berge von Leichen. Was interessieren diese Herren denn der Tod von 60 Millionen Arbeitern und einfachen Soldaten, Frauen und Kindern? Sie sitzen in sicheren Bunkern im Hinterland.“[9]

Hitler war in dieser Sicht der „Roten Garde“ also nur eine Marionette seiner skrupellosen kapitalistischen Hintermänner und Auftraggeber, einer, der nur Befehle ausführt und nicht aus eigenem Antrieb heraus handelt. Die Schuld an den nationalsozialistischen Verbrechen wird den Monopolkapitalisten angelastet. Die deutsche Bevölkerung kommt in diesem Text nur als Opfer dieser Hintermänner vor, indem sie unterschiedslos unter die Gesamtzahl der Opfer der deutschen Vernichtungspolitik und des Zweiten Weltkrieges subsumiert wird. Auch die planmäßige Vernichtung der europäischen Juden wird mit keinem Wort erwähnt. Besonders die Arbeiterklasse wird von jeglicher Beteiligung am Nationalsozialismus freigesprochen und ihr ein quasi natürlicher Drang zum Sozialismus unterstellt:

> „Tatsache aber ist, dass die werktätigen Massen den Faschismus hassen und zum Sozialismus drängen. Zum Faschismus drängt wieder einmal das Kapital. Die Kapitalisten treiben die Faschisierung ihres Staatsapparates voran, planen erneut die Errichtung einer offen terroristischen, faschistischen Diktatur über die Arbeiterklasse und das gesamte werktätige Volk, um ihre Herrschaft vor der proletarischen Revolution zu retten.“[10]

Folgerichtig wenden sich die K-Gruppen auch gegen eine angeblich von den Alliierten vertretene Kollektivschuldtheorie und setzen damit die Strategie der Schuldabwehr ihrer Vorgängerzirkel fort. Und wie schon bei den Vorläufergruppen richtet sich diese Reaktion gegen die Sieger über den Nationalsozialismus mit Ausnahme natürlich der Sowjetunion, auf deren militärischen Kampf gegen den Nationalsozialismus sich die K-Gruppen positiv beziehen.[11] So schreibt zum Beispiel die KPD/AO in einem Aufsatz über das Potsdamer Abkommen:

> „Die ‚Kollektivschuld-Theorie' sollte die Absicht des anglo-amerikanischen Monopolkapitals verschleiern, die deutsche Industrie auszuschalten. So wie der faschistische Imperialismus seinen Versuch, kapitalistisch voll entwickelte, auf einer hohen Kulturstufe stehende europäische Staaten in seine Kolonien zu verwandeln und sie im Rahmen seines ‚Neuen Europa' zu Agrar- und Rohstoffanhängseln Deutschlands zu machen, mit Hitlers ‚Herrenrasse-Theorie' rechtfertigte, begründete der anglo-amerikanische Imperialismus mit deren Kehrseite, der ‚Kollektivschuld-Theorie' seine Absicht, Deutschland in ein Agrarland zu verwandeln und durch Zerstückelung in Kleinstaaten in dauernder Abhängigkeit zu halten.“[12]

Der von Deutschland entfesselte Vernichtungskrieg wird zu einem reinem imperialistischen Beutezug verkürzt, zu dem die „Herrenmenschenideologie Hitlers“ lediglich den ideologischen

6 Steffen 2002, S. 96.

7 Vgl. Ebenda, S. 97.

8 Vgl. Zentralkomitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands (KBW) (Hrsg.), Kampf um das Programm der Revolution in Deutschland. Der Weg der KPD, Frankfurt am Main 1977, S. 233.

9 Rote Garde, Wer sind die Hitler von heute?, in: Die Rote Garde. Jugendorganisation der KPD/ML, Nr. 2 vom Mai 1975, S. 1.

10 Redaktion Roter Morgen, Fernsehserie: „Ein Herz und eine Seele“: Wie die Kapitalisten den „kleinen Mann“ gerne hätte, in: Roter Morgen. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten KPD/ML, Nr. 13 vom 30. März 1974, S. 8.

11 Diese Argumentation befindet sich in völliger Übereinstimmung mit den Positionen der SED in den fünfziger Jahren. Vgl. Thomas Haury, Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg 2002, S. 361ff.

12 KPD-Aufbauorganisation, Die „Westberlin-Frage“ und das Potsdamer Abkommen im Lichte des antiimperialistischen Kampfes heute, in: Rote Presse Korrespondenz der Studenten-, Schüler- und Arbeiterbewegung, Nr. 96/97 vom 08.01.1971, S. 5f.

Vorwand lieferte. Die systematische Ermordung und Versklavung der europäischen Juden, Sinti, Roma und der Bevölkerung Osteuropas fehlt in dieser Weltsicht völlig. Damit werden aber die historische Spezifik und die Singularität der nationalsozialistischen Verbrechen ignoriert. Stattdessen werden, wie in dem Zitat anhand der Kollektivschuldtheorie und der Herrenmenschenideologie, die deutschen Verbrechen mit dem Vorgehen der westlichen Siegermächte verglichen und damit relativiert.

In einem späteren Aufsatz des KPD/AO-Theoretikers Alexander von Plato wird allerdings der Kollektivschuldthese einer gewissen Berechtigung zugeschrieben, aber nur, um damit zu dem gleichen Ergebnis wie der Text der KPD/AO von 1971 zu kommen. Die Rechtfertigung der Kollektivschuldthese ergibt sich in diesem Zusammenhang nur aus der notwendigen Übereinstimmung mit der Politik der SED in den vierziger Jahren. Nach einigen Ausführungen darüber, dass diese Theorie es erschwerte zwischen den fortschrittlichen, indifferenten und reaktionären Strömungen des Volkes zu unterscheiden, wobei die Arbeiterklasse natürlich in Gänze als fortschrittlich und antifaschistisch angesehen wird, führt von Plato zur Verteidigung der SED-Politik aus:

> „Die Kollektivschuld-These, die noch 1946 auf dem SED-Vereinigungsparteitag eng mit der Behandlung der Potsdamer Beschlüsse als ‚Charta' des Wiederaufbaus verknüpft wurde, hat gleichzeitig Berechtigung: allerdings nur insofern, als dem deutschen Volk die besondere Verantwortung des Monopolkapitals für den Faschismus klar gemacht werden musste, und insofern, als andere Klassen und Schichten mitschuldig waren, weil dem Faschismus und seinen Verbrechen so wenig direkter und indirekter Widerstand entgegenschlug."[13]

In diesem Abschnitt gelingt es von Plato, aus der Kollektivschuldtheorie, die sich normalerweise dadurch auszeichnet, dass sie die gesamte Bevölkerung umfasst, eine besondere Verantwortung des Monopolkapitals zu konstruieren, die durch einen gewissen Anteil an Verschuldung anderer Klassen und Schichten als der Arbeiterklasse ergänzt wird. Aus dem Text ergibt sich also, dass die gesamte deutsche Arbeiterklasse im Widerstand gegen den Faschismus gestanden hat, während andere Klassen und Schichten der deutschen Bevölkerung gegen das Naziregime nur wenig Widerstand geleistet haben. Von einer Mitschuld am Nationalsozialismus von Seiten dieser Klassen und Schichten ist nur im Zusammenhang mit dem unzureichenden Widerstand die Rede, folglich trägt das Monopolkapital nahezu die alleinige Verantwortung für die Verbrechen des Nationalsozialismus. Die deutsche Bevölkerung wird also entgegen aller historischen Erkenntnisse von jeglicher Schuld freigesprochen. Gleiches gilt für einen Text der RAF-Gefangenen[14] Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof und Jan-Carl Raspe, in dem sie ausführen:

> „Indem die Besatzungsmacht die Ursachen des Faschismus nicht nur in die Person seiner Führer, sondern mit der rassistischen Behauptung der ‚Kollektivschuld' in den Charakter des Volkes verlagerte, verhinderte sie, dass die Niederlage der Arbeiterbewegung von 1933 als Konsequenz einer falschen Politik diskutiert wurde, und sie tabuisierte damit die tatsächliche Ursache des Faschismus: die herrschende Klasse des Monopolkapitalismus, das kapitalistische Produktionsverhältnis – und damit seine Kontinuität"[15]

Einerseits stehen die RAF-Mitglieder mit ihrer Kritik an der Verkürzung der Schuldfrage auf die Spitze des nationalsozialistischen Staates und der Betonung der Kontinuität der gesellschaftlichen Basis des Faschismus in der Tradition der Faschismusanalyse der Studentenbewegung, doch der Bezug auf eine angeblich von den Besatzungsmächten erfundene Kollektivschuld-Theorie zeigt, dass sich ihre Vorstellung des Nationalsozialismus auf die Herrschaft einiger Monopolkapitalisten über die deutsche Bevölkerung reduziert. Ihre Analyse deckt sich also mit der der anderen K-Gruppen. Deutlich wird dies auch in einem weiteren Zitat, in dem es heißt: „Der Nationalsozialismus war nur die politische und militärische Vorwegnahme des imperialistischen Systems der multinationalen Konzerne."[16] Die Beteiligung der deutschen Bevölkerung an den Verbrechen des Nationalsozialismus soll in dieser Vorstellung zum verschwinden gebracht werden. Dagegen wird eine Gesellschaftsanalyse sichtbar, die sich historische Ereignisse mit dem Handeln kleiner, einflussreicher Zirkel erklärt und die in Bezug auf die deutsche Vergangenheit in eine Schuldabwehrreaktion verfällt.

Abwehr der deutschen Geschichte und Nationalismus der K-Gruppen

Wie im vorhergehenden Kapitel schon herausgearbeitet, enthält das Faschismus-Verständnis der K-Gruppen eine verinnerlichte Abwehr gegenüber jeglichem Eingeständnis von Schuld an Verbrechen der deutschen Vergangenheit. Die Schuld wird allein der kleinen Gruppe der Monopolkapitalisten angelastet und damit die deutsche Bevölkerung aus ihrer Verantwortung entlassen. Dies geschieht einmal mittels der empörten Zurückweisung einer angeblich von den Alliierten vertretenen Kollektivschuld-Theorie, die zum Teil sogar mit der nationalsozialistischen Ideologie gleichgesetzt wird, andererseits wird die deutsche Schuld durch einen geradezu inflationären Gebrauch von Vergleichen mit den Verbrechen des Nationalsozialismus relativiert. So wird in unzähligen Staaten ein neuer „Faschismus" entdeckt, der aufgrund der eigenen Unfähigkeit, die Besonderheiten des deutschen Nationalsozialismus zu erklären, mit dem NS-Faschismus gleichgesetzt wird. Besonders exzessiv wird dies vor dem Hintergrund des Nahost-Konflikts betrieben. Doch auch in der Berichterstattung über Ereignisse in anderen Weltregionen wird mit NS-Analogien gearbeitet. Etwa wenn von einer „türkischen Gestapo" die Rede ist und davon, dass in der Türkei „5 000 Patrioten in

13 Alexander von Plato, Über das Verhältnis von antifaschistisch-demokratischer Republik und Kampf um den Sozialismus in der Strategie der KPD und SED. Zur Entwicklung der Strategie der KPD und SED, in: Ders. (Hrsg.), Auferstanden aus Ruinen…Von der SBZ zur DDR (1945-1949) – ein Weg zu Einheit und Sozialismus?, Oktober – Taschenbuch 5, Köln 1979, S. 113.

14 Die erste Generation der RAF wird in diesem Text als „bewaffnete K-Gruppe" behandelt und somit ebenfalls unter der Fragestellung analysiert. Vgl. Jens Benicke, Leninisten mit Knarren. War die RAF nur eine bewaffnete K-Gruppe?, http://www.ca-ira.net/isf/beitraege/pdf/benicke-leninisten.pdf.

15 Die Gefangenen aus der RAF Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof und Jan-Carl Raspe am 13. Januar 1976, Auszüge aus der „Erklärung zur Sache", in: ID Archiv (Hrsg.), Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, Berlin 1997, S. 211.

16 Rote Armee Fraktion, Die Aktion des „Schwarzen September" in München. Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes, November 1972, in: ID Archiv 1997, S. 167.

KZs deportiert"[17] werden. Diese Beispiele zeigen einmal mehr, dass der Marxismus-Leninismus der K-Gruppen nicht in der Lage ist, die Spezifik des Nationalsozialismus zu erkennen, und diesen folglich unter einem verallgemeinernden Begriff des Faschismus subsumieren muss, der wenig mehr bedeutet als eine etwas gewaltförmigere Form bürgerlicher Herrschaft. So gelingt es den K-Gruppen dann auch, von den deutschen Besonderheiten des Nationalsozialismus zu schweigen und einen positiven Bezug zur deutschen Nation herzustellen. Diese Abwehr der deutschen Schuld ist die Voraussetzung, um überhaupt nach 1945 einen positiven Bezug zur deutschen Nation herstellen zu können. Den K-Gruppen gelingt dies, indem sie geschichtslos den marxistisch-leninistischen Nationenbegriff[18] übernehmen, der maßgeblich von Stalin geprägt wurde. Damit greifen sie zwar das Erbe einer gewissen Linie der sozialistischen Arbeiterbewegung auf, doch die internationalistischen und antinationalen Ursprünge gehen in dieser Tradition verloren. Dies soll im Folgenden dargestellt werden:

Während die Forderung von Karl Marx und Friedrich Engels aus dem „Manifest der Kommunistischen Partei": „Proletarier aller Länder vereinigt euch!"[19] noch explizit übernational argumentiert und im selben Text festgestellt wird: „Die Arbeiter haben kein Vaterland"[20], enthält das 1903 von Lenin aus strategischen Gründen entwickelte Konzept des „Selbstbestimmungsrecht der Nationen"[21] bereits eine positive Bezugnahme auf die Nation. Doch Lenin schränkt dies wieder ein, indem er schreibt:

> „Aber kein Marxist kann, ohne mit den Grundsätzen des Marxismus und des Sozialismus überhaupt zu brechen, bestreiten, dass die Interessen des Sozialismus höher stehen als die Interessen des Selbstbestimmungsrecht der Nationen."[22]

Erst mit Stalins Unterscheidung zwischen „papierenen" und „wirklichen Nationen"[23] findet eine überhistorische Naturalisierung und Ethnisierung des Nationenbegriffs statt.[24] Dies gilt trotz Stalins ausdrücklicher Betonung der Historizität der Nation. Deutlich wird dies, wenn Stalin ausgerechnet den Juden den Nationenstatut mit der Begründung streitig macht, sie seien:

> „keine mit der Scholle verbundene breite stabile Schicht […], die auf natürliche Weise die Nation nicht nur als ihre Gerippe, sondern als ‚nationalen' Markt zusammenhält."[25]

Indem er die Nation an die Scholle bindet und von der „natürlichen Weise" spricht, konterkariert er seine vorherige Feststellung von der geschichtlichen Entstehung der Nationen und seine Ablehnung des Nationalismus. Dass ausgerechnet die Juden als Negativbeispiel einer zur Nationenbildung nicht fähigen Gruppe herangezogen werden, hat zwar einerseits mit spezifischen Diskussionen innerhalb der internationalen sozialistischen Bewegung zu tun,[26] verweist aber auch schon auf den Antisemitismus der Stalin-Ära.

Mit der Oktoberrevolution und dem Entstehen der ersten „sozialistischen Nation", sowie verstärkt nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges mit der Herausbildung des sozialistischen Lagers, bekommt die nationale Politik für die sozialistischen Machthaber eine immer größere Bedeutung. Dies betrifft sowohl die internationalen Beziehungen als auch die Innenpolitik der Ostblockstaaten.

Aber auch für die kommunistischen Parteien außerhalb des sozialistischen Einflussbereichs nimmt das Denken in nationalen Kategorien immer mehr Raum ein. Während die einen als „außenpolitische Anhängsel der Sowjetunion"[27] agieren, kämpfen die anderen um ihre nationale Befreiung von Kolonialismus und Imperialismus. So auch die „Kommunistische Partei Chinas", die für die Herausbildung der Theorie der K-Gruppen grundlegend sein wird. Deren Theorie stellt eine Amalgamierung der Ideen des Nationalismus mit denen des Marxismus-Leninismus dar. Mao formuliert deshalb sogar: „Der nationale Kampf ist letzten Endes ein Klassenkampf."[28]

Aufgrund dieser politischen Traditionsbildung haben auch die westdeutschen K-Gruppen einen positiven Begriff der Nation. Damit ignorieren sie aber das Dilemma, das sich in Deutschland nach den nationalsozialistischen Verbrechen für jede Form des Nationalismus stellt.

> „Durch Auschwitz ging dem deutschen Nationalismus verloren, worauf jede ‚nationale Identität' basiert: die Gewissheit, einer guten Nation anzugehören. […] Das heißt, jeder Anlauf, ‚nationale

---

17 Redaktion Roter Pfeil, Faschismus in der Türkei – BRD-Imperialisten stehen dahinter, in: Roter Pfeil. Zentralorgan der Kommunistischen Studentengruppen (Marxisten-Leninisten), Nr. 5 vom Juli 1972, S. 30.

18 Zum Nationenbegriff bei Lenin und Stalin: Vgl. Haury 2002, S. 217ff.

19 Karl Marx und Friedrich Engels (1848), Das Manifest der Kommunistischen Partei, in: Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung Berlin (Hrsg.), Karl Marx Friedrich Engels Werke Band 8, Berlin 1960, S. 493.

20 Ebenda, S. 479.

21 Vgl. Wladimir Iljitsch Lenin, (1916), Die Sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen (Thesen), in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU (Hrsg.), W. I. Lenin Werke Band 22, Dezember 1915-Juli 1916, Berlin 1960, S. 144-159.

22 Wladimir Iljitsch Lenin, (1917), Zur Geschichte der Frage eines unglückseligen Friedens, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU (Hrsg.), W. I. Lenin Werke Band 26, September 1917-Februar 1918, Berlin 1961, S. 449f.

23 Vgl. Jossif Wissarionowitsch Stalin, (1913), Marxismus und nationale Frage, in: Marx-Engels-Lenin-Institut beim ZK der KPdSU (B) (Hrsg.), J. W. Stalin Werke Band 2, 1907-1913, 3. Auflage Berlin 1950, S. 266-333.

24 Lenin warnt in seinen letzten Aufzeichnungen vor dem großrussischen Chauvinismus Stalins und nennt ihn einen „brutalen großrussischen Halt-die-Schnauze". Vgl. Gerhard Simon, Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion. Von der totalitären Diktatur zur nachstalinistischen Gesellschaft. Osteuropa und der internationale Kommunismus Band 16, Herausgeber: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien Köln, Baden-Baden 1986, S. 85.

25 Jossif Wissarionowitsch Stalin (1913), Marxismus und nationale Frage, in: Marx-Engels-Lenin-Institut beim ZK der KPdSU (Hrsg.), J.W. Stalin Werke, Band 13, Juli 1930-Januar 1934, Hamburg 1971, S. 303.

26 Vgl. hierzu das Kapitel: Lenins Kontroverse mit dem Bund, in: Haury 2002, S. 218ff.

27 Götz Eisenberg und Wolfgang Thiel, Fluchtversuche. Über Genesis, Verlauf und schlechte Aufhebung der antiautoritären Bewegung, Gießen 1973, S. 89.

28 Mao Tse-tung, Pekinger Nachrichten Nr. 3, 1966, zit. nach: Philippe Devillers, Was Mao wirklich sagte, Wien 1967, S. 167.

> Identität' zu rekonstruieren, muss versuchen, Auschwitz aus dem Weg zu räumen oder zumindest zu neutralisieren."[29]

Diese Neutralisierung von Auschwitz leisten die K-Gruppen, indem sie die Singularität des deutschen Verbrechens durch ständige Vergleiche relativieren. Das Ergebnis ist ein scheinbar ungebrochenes und unbefangenes Verhältnis zur deutschen Nation, das jedoch immer wieder die Vergangenheit abwehren muss. Beispiele für dieses spezifische Nationalbewusstsein der K-Gruppen lassen sich zahlreich finden:
So werden schon in den Texten der ersten maoistisch ausgerichteten Partei der Bundesrepublik, der „Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands" (MLPD),[30] explizit nationale Positionen formuliert. So fordert die Partei unter anderem, dass die „deutschen Ostgebiete […] nicht preisgegeben werden dürfen." Zur Begründung heißt es:

> „Es ist unmarxistisch und revisionistisch, die deutschen Ostgebiete nicht zurückgeben zu wollen! Die deutschen Ostgebiete sind mit dem Blut deutscher Kommunisten getränkt. Thälmann hat die Raubgrenzen von 1918 (bekannt als die Grenzen von 1937) niemals anerkannt und deren Anerkennung entschieden abgelehnt. Mit wie viel mehr Entrüstung hätte er die vom USA-Imperialismus angerichtete Zerstückelung von 1945 angegriffen und bis zur Beseitigung bekämpft? Wer die Ideen Mao Tse-tungs anwendet, weiß, dass unsere Rückgabeforderung marxistisch-leninistisch ist."[31]

Solche nationalistischen Forderungen finden sich allerdings nicht nur in den Texten einer obskuren, nur anonym auftretenden Minipartei. Auch die offen agierenden und einige tausend Mitglieder umfassenden K-Gruppen der siebziger Jahre vertreten nationalistisches Gedankengut. So findet sich etwa in der in den Farben Schwarz, Rot und Gold gehaltene „Programmerklärung zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands" des „Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD" mit dem Titel „Damit Deutschland den Deutschen gehört!"[32] die folgende Passage:

> „Es ist an der Zeit, dass sich die friedliebenden und wirklich national gesinnten Menschen über die Schranken von Weltanschauung, Religion und Herkunft hinweg zusammenfinden."[33]

In diesem Zusammenhang sind die Klassenzugehörigkeit und das Bekenntnis zu den Ideen der Arbeiterbewegung nicht mehr grundlegend für eine sozialistische Position, wenn man nur friedliebend und wahrhaft national gesinnt ist. Dieser Satz steht im eklatanten Widerspruch zu den bisherigen Erklärungen des AB. Denn sonst erklärt sich der Bund die herrschenden Verhältnisse aus der Teilung der Gesellschaft in Klassen, die sich über den Besitz, bzw. die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel definieren. Diese Klassenanalyse wird hier zugunsten des Nationalismus verworfen. Dass dieses Bekenntnis zu Deutschland auch hier wieder mit der Abwehr und Umschreibung der Geschichte einhergeht, zeigt das folgende Zitat aus der Programmerklärung:

> „Der deutsche Imperialismus […] verkaufte Deutschland meistbietend an das amerikanische, französische und englische Finanzkapital. Weil er erst das eigene Volk niederwerfen musste, um es aufs neue zur Niederwerfung anderer Völker missbrauchen zu können, heuerte er die weder nationalen noch sozialen Hitlerfaschisten an, die über Deutschland die finsterste Zeit seiner Geschichte brachten."[34]

In diesem Satz zeigt sich erneut das reduktionistische Verständnis der K-Gruppen vom Nationalsozialismus. Hitler als Marionette des Finanzkapitals unterwirft die deutsche Bevölkerung und macht sie damit zu seinen Opfern; anschließend treibt er sie dann in den Weltkrieg. Damit wird nicht nur die deutsche Bevölkerung von den Verbrechen des Nationalsozialismus frei gesprochen, sie wird sogar zum ersten Opfer des Finanzkapitals und ihrer ausführenden Organe stilisiert. Und nach dem verlorenen Krieg werden die Deutschen schon wieder zu Opfern erklärt, indem der deutsche Imperialismus ihr Vaterland an das ausländische Finanzkapital verkauft. Die antinationalen Herrschenden werden damit dem national fühlenden Volk gegenübergestellt. Solch eine Gesellschaftsanalyse erinnert mehr an die politische Rechte als an eine Organisation, die sich selbst als kommunistisch bezeichnet.
Selbst innerhalb der marxistisch-leninistischen Bewegung gibt es Kritik an den Positionen des Arbeiterbundes. Das theoretische Organ des KBW „Kommunismus und Klassenkampf" setzt sich ausführlich damit auseinander:
Nachdem der Autor erst die bedeutende Rolle der Frage der Nation für die Arbeiterklasse bestätigt und somit klarmacht, dass es sich bei der formulierten Kritik um keine grundsätzliche Differenz zum Arbeiterbund handelt, betont er, dass die nationale Frage sich heute der sozialen unterzuordnen haben und dass folglich der Arbeiterbund über das Ziel hinausgeschossen sei.

> „Der Arbeiterbund kommt auf die Idee, von nationaler Unterdrückung zu sprechen und zum nationalen Befreiungskampf zu blasen, weil die deutsche Nation gespalten ist. Statt aber diese Frage klassenmäßig zu untersuchen und sich zu fragen, für welche Klassen diese Spaltung denn Unterdrückung bedeutet, geht er an die Frage wie ein beliebiger bürgerlicher Nationalist heran."[35]

Der KBW formuliert hier keine grundsätzliche Kritik am Nationalismus des Arbeiterbundes, sondern beklagt nur die Überbewertung der nationalen Frage gegenüber der sozialen. Eine Kritik an der Relativierung der deutschen Vergangenheit wird dagegen

29 Haury 2002 , S. 145.

30 Diese am Jahrestag des Todes J. W. Stalins, am 5. März 1965, gegründete MLPD steht in keinerlei Zusammenhang zur später aus dem KABD hervorgehenden Partei gleichen Namens.

31 Sozialistisches Deutschland Nr. 27, 1968, S. 5, zit. nach: Friedrich Wilhelm Schlomann und Paulette Friedlingstein, Die Maoisten. Pekings Filialen in Westeuropa, Frankfurt am Main 1970, S. 246.

32 Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, Damit Deutschland den Deutschen gehört! Programmerklärung zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands, verabschiedet von der außerordentlichen Delegiertenkonferenz des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD im Februar 1974, Regensburg 1974.

33 Ebenda, S. 15.

34 Ebenda, S. 7.

35 W. Maier, Schwarz-Rot-Goldene Kommunisten? Programm und Politik des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD, in: Kommunismus und Klassenkampf. Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands, Nr. 1/73, S. 57.

nicht geübt. Es handelt sich lediglich um eine graduelle Abstufung der nationalen Positionen innerhalb der marxistisch-leninistischen Parteien und Bünde.
Andere Gruppen, wie etwa die KPD/ML, vertreten die gleiche Linie wie der Arbeiterbund. In einer Grundsatzerklärung der Partei heißt es:

> „Der Ruhm Deutschlands wurde nicht von jämmerlichen Herzögen und Königen begründet, von der Raffgier, dem Profitstreben einiger Bank- und Industriebosse, er wurde begründet durch die deutschen Werktätigen, ihren Fleiß und Ordnungssinn, ihre wissenschaftlichen und künstlerischen Leistungen […]"[36]

An dieser Aussage lässt sich ablesen, wie deutlich die K-Gruppen mit ihrer antiautoritären Herkunft gebrochen haben. Während den antiautoritären Studierenden die deutschen Sekundärtugenden noch als eine psychologische Ursache des Nationalsozialismus galten, werden sie hier als beispielhaft propagiert. Außerdem wird in diesem Zitat erneut eine manichäische Entgegenstellung formuliert: auf der einen Seite eine kleine Anzahl von als unmoralisch kritisierten Herrschenden und auf der anderen Seite die überwältigende Masse der Bevölkerung, die eben jene Sekundärtugenden vertritt. Der Nationalismus ersetzt hier jede gesellschaftliche Analyse.
Eine Radikalisierung dieses positiven Bezugs auf die deutsche Nation durch die K-Gruppen wird durch die so genannten „Drei-Welten-Theorie" der KP Chinas eingeleitet. Diese Theorie, die 1974 von Deng Hsiao-Ping formuliert wird, geht davon aus, dass die Supermächte UdSSR und die USA die erste Welt bilden, wobei die Sowjetunion als die aggressivere politische Macht eingeschätzt wird; die europäischen Staaten, Japan und Australien bilden die zweite Welt und die dritte Welt stellen die Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerika unter Führung Chinas. Um gegen die hegemonialen Bestrebungen der ersten Welt vorzugehen, empfiehlt die KPCh ein Bündnis zwischen zweiter und dritter Welt. Aufgrund der außenpolitischen Interessen der Volksrepublik Chinas richtet sich die „Drei-Welten-Theorie" sehr viel schärfer gegen die Sowjetunion als gegen die USA.[37] In der marxistisch-leninistischen Bewegung Westdeutschlands löst diese theoretische Vorgabe aus dem idealisierten China heftige Auseinandersetzungen aus, die in den folgenden Jahren mit der weitgehenden Abkehr vom chinesischen Vorbild enden. Als erste deutsche K-Gruppe kritisiert der KB offen die strategische Umorientierung in der Außenpolitik Chinas. Als 1974 im Rahmen der Festlegung der UdSSR als Hauptfeind und der damit verbundenen Annäherung an die USA und den Staaten Westeuropas der von den K-Gruppen besonders verhasste und als Faschist bezeichnete CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß von der chinesischen Führung empfangen wird, titelt der „Arbeiterkampf" des KB: „Strauß in China: Zum Kotzen!"[38] Doch die anderen K-Gruppen folgen zuerst den Positionen der KPCh. Besonders die KPD/ML und die KPD/AO propagieren die chinesischen Vorgaben vorbehaltlos. Eingeleitet wird diese Phase im Frühjahr 1975 durch die so genannte „Kieler Rede" des KPD/ML-Vorsitzenden Ernst Aust. In dieser formuliert er, wie die theoretischen Vorgaben der „Drei-Welten-Theorie" aus China auf die deutschen Verhältnisse übertragen werden sollen. Erst gibt er die Grundlagen der chinesischen Einschätzung wieder, nach der die beiden Großmächte USA und UdSSR die Hauptfeinde der Völker seien und die Sowjetunion als aufstrebende imperialistische Macht die aggressivere darstelle. Aust geht dabei sogar soweit, dass er die UdSSR mit dem nationalsozialistischen Deutschland vergleicht:

> „Die Sowjetunion von heute ist eine Diktatur nach der Art Hitlers, die ihren staatsmonopolistischen Herrschaftsapparat auf die völlige Militarisierung und Kriegsvorbereitung abgestellt hat."[39]

Diese sowjetische Militärstrategie führt nach Ernst Aust dazu, das Westeuropa zum nächsten Schlachtfeld der russischen Expansion werde und die Bundesrepublik deren erstes Opfer. Nach einer kurzen Übersicht über die leninistische Konzeption von gerechten und ungerechten Kriegen, konstatiert er, dass der Widerstand gegen eine sowjetische Invasion Westdeutschlands ein gerechter Verteidigungskrieg sei.

> „[…] jeder Krieg zwischen den zwei Supermächten, sollte er ausbrechen und die Bundesrepublik in ihn hineingezogen, wäre für uns deutsche Werktätige von Anfang an ein antifaschistischer, antiimperialistischer Befreiungskampf, in dem wir uns mit jedem verbünden, der bereit ist, mit uns gemeinsam jeden Angreifer, jeden Besatzer vom Boden unserer Heimat zu verjagen […]"[40]

Auf die möglichen Einwände, dass die KPD/ML sich in diesem Kampf auch mit nationalistischen Gruppen verbünden müsse, die beide Großmächte ebenfalls ablehnen, antwortet Ernst Aust in seinem Referat mit einem eingeschränkten Ja. Es gelte, in Europa eine breite Einheitsfront unter der Führung der Kommunistischen Partei zu schmieden, die

> „alle Klassen, Schichten, Parteien, Organisationen und Individuen zusammenschließt, die im Widerspruch zu den beiden Supermächten stehen, im Widerspruch zur Monopolbourgeoisie und anderen reaktionären Kräften, die die Interessen der Nation verraten."[41]

Den Hauptwiderspruch in der aktuellen weltpolitischen Situation sieht der Vorsitzende der KPD/ML also nicht mehr im Klassenantagonismus, sondern im Gegensatz zwischen den Großmächten auf der einen Seite und den Völkern der restlichen Welt auf der anderen Seite. So ist nun folglich nicht mehr die Arbeiterklasse in der Bundesrepublik der Adressat der Partei, sondern das deutsche Volk. Ernst Aust bestätigt in dieser Rede den Vorwurf, den linke Kritiker dem Maoismus wiederholt gemacht haben, nämlich nicht mehr von der Kategorie des Proletariats als revolutionärem

36 KPD/ML, Es lebe der Kommunismus. Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland. Grundsatzerklärung der KPD/ML, o. O. A. , o. J. A.

37 Vgl. Steffen 2002, S. 62ff.

38 Redaktion Arbeiterkampf, Strauß in China: Zum Kotzen!, in Arbeiterkampf. Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes, Nr. 55 vom 28. Januar 1975, S. 1.

39 Ernst Aust, Kampf der wachsenden Kriegsgefahr durch die zwei Supermächte! Für die Einheit und Solidarität der europäischen Völker, in: Roter Morgen. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten KPD/ML, Nr. 14 vom 5. April 1975, S. 3.

40 Ebenda, S. 4.

41 Ebenda, S. 6.

Subjekt auszugehen, sondern vom Volk.[42] Belege für diesen Vorwurf sind für die Kritiker die nationalen Positionen einiger K-Gruppen, unter anderem auch die gängige Entgegensetzung der mittelständischen Wirtschaft, die verteidigt werden soll, gegen die multinationalen Monopole, die bekämpft werden, sowie der positive Bezug auf die deutsche Kultur. Ernst Aust bestätigt diese Vorwürfe, wenn er in seinem Referat zur weltpolitischen Lage vom Kampf der Völker und dabei explizit auch vom Kampf des deutschen Volkes gegen den sog. „Hegemonismus" der Weltmächte ausgeht.

Die Führung im weltweiten Kampf gegen die Großmächte liegt nach Meinung der KPD/ML in der Regierung der Volksrepublik China, deren politisches Vorgehen deshalb nicht kritisiert werden darf. Artikel wie der über den Strauß-Besuch in China im „Arbeiterkampf" werden deshalb als „Revisionismus" zurückgewiesen. Stattdessen wird die chinesische Außenpolitik bedingungslos verteidigt.

> „Jawohl, es war richtig und wir begrüßen es, dass der Genosse Mao Tsetung den CSU-Vorsitzenden Strauß empfangen hat! Denn im Gegensatz zu den anderen Herren, die Peking besuchten, im Gegensatz zu den Exponenten der SPD/FDP, hat Strauß in China klipp und klar sich gegen das Vormachtstreben der zwei Supermächte, besonders gegen den sowjetischen Sozialimperialismus gewandt, ist er gegen die Entspannungsdemagogie und für eine Stärkung der Verteidigungsbereitschaft der westeuropäischen Staaten gegen den Sowjetimperialismus eingetreten."[43]

Dank der chinesischen „Drei-Welten-Theorie" findet sich die KPD/ML nun unversehens an der Seite des rechten Flügels der CDU/CSU wieder und propagiert eine Politik der Stärke gegenüber dem Ostblock. Dies wird auch von der KPD/AO unterstützt, die neben der KPD/ML die zweite K-Gruppe ist, die die Vorgaben aus China vorbehaltlos umsetzt. Es lässt sich also in Analogie zur Position der DKP zur SED bzw. KPdSU sagen, dass diese beiden Parteien als außenpolitisches Anhängsel der KPCh zu bezeichnen sind. Die restlichen K-Gruppen beziehen in Sachen „Drei-Welten-Theorie" entweder nicht eindeutig Stellung oder benötigen einen längeren Zeitraum, um die Politik der auch von ihnen als Vorbild angesehenen KP Chinas zu kritisieren.

Dass die Propagierung der „Drei-Welten-Theorie" und die damit verbundene potenziell positive Rolle Deutschlands in der Welt eine Relativierung der deutschen Schuld voraussetzt, zeigen die entsprechenden Erklärungen der KPD/AO und KPD/ML. So treten beide Parteien im Falle eines imperialistischen Angriffs auf die Bundesrepublik (dieser Fall wird zumindest von Seiten der Sowjetunion von ihnen als sehr wahrscheinlich angesehen), für eine Politik der Vaterlandsverteidigung ein. Gerechtfertigt wird dies mit einer Identifizierung der beiden Großmächte mit dem Nationalsozialismus: „Es liegt auf der Hand, dass die beiden imperialistischen Supermächte heute die Stelle des Nazifaschismus einnehmen."[44] Vor allem die Sowjetunion wird dabei immer wieder mit dem Nationalsozialismus verglichen. Für KPD/AO und KPD/ML ergibt sich aus der „Drei-Welten-Theorie" ein grundlegender Positionswechsel in ihrem Verhältnis zur Bundeswehr. Während beide Parteien bisher eine antimilitaristische Zersetzungspolitik in der Armee betrieben haben, fordern sie nun zur Stärkung der Bundeswehr auf.

> „Nicht Wehrlosmachung, sondern Wehrertüchtigung für die gerechte Sache der Unabhängigkeit gegen die beiden Supermächte ist also unsere Aufgabe. Wenn Wehrkundeunterricht in den Schulen gegeben wird, wenn Schüler Kasernen besuchen usw., dann ist das eben nicht an sich schlecht und zu bekämpfen, wie es früher richtig schien."[45]

Beide Parteien kritisieren sogar, dass die sozialliberale Regierung die Bundeswehr gegenüber dem Ostblock schwächen würde und damit die Bundesrepublik wehrlos dem „Sozialimperialismus" ausliefern würde. Die gleiche Kritik trifft natürlich auch andere linken Gruppen, die an einer antimilitaristischen Position festhalten, besonders die moskauorientierten Organisationen:

> „Es kommt nicht von ungefähr, dass es gerade die Revisionisten in der BRD und Westberlin sind, die diesen Pazifismus mit aller Kraft schüren. Nie zuvor hat die westdeutsche Kriegsdienstverweigererorganisation so viel pazifistisches Gift unter die Massen gestreut, wie jetzt, wo es den Revisionisten gelungen ist, den Vorstand der vereinigten Organisation DFG/VK an sich zu reißen."[46]

Mit der Wortwahl vom „pazifistischen Gift" bedienen sich die K-Gruppen hier einmal mehr aus dem sprachlichen Repertoire der faschistischen Rechten.

Die „Drei-Welten-Theorie" führt zu einer kurzzeitigen Annäherung zwischen der KPD/AO und der KPD/ML, die sogar soweit geht, dass erste Vorbereitungen für einen Zusammenschluss erwogen werden. Doch spätestens 1977 enden derlei Überlegungen wieder, da die KPD/ML nun einen erneuten Kurswechsel einleitet, sich von der „Drei-Welten-Theorie" distanziert und sich von China ab- und Albanien zuwendet. Die Entwicklungen in China werden nun ähnlich negativ beurteilt, wie in der Sowjetunion nach dem Tode Stalins. Für die KPD/ML ist von nun an nur noch in Albanien der Sozialismus verwirklicht. In den folgenden Jahren beginnt allerdings innerhalb der bisher besonders kompromisslos agierenden Partei ein gewisser Entdogmatisierungsprozess, der 1986 zur Vereinigung mit der trotzkistischen „Gruppe Internationaler Marxisten" (GIM) führt.

Insgesamt lässt sich nach dem Tod Maos 1976 und der anhaltenden Erfolglosigkeit der K-Gruppen der Niedergang dieser Strömung der deutschen Linken feststellen. Die Auseinandersetzungen um die „Drei-Welten-Theorie" innerhalb der marxistisch-leninistischen Bewegung tragen das ihre dazu bei. Sie führen dazu, dass sich die ML-Organisationen in zwei rivalisierende Lager spalten, ohne dass die Konkurrenz innerhalb der beiden Lager aufgehoben wird.

---

42 Vgl. Martin Popp und Rüdiger Gantzer, Die Maoisten. Die modernen Volkstümler, herausgegeben von der Sozialistischen Arbeiter-Gruppe, Frankfurt am Main 1974.

43 Aust 1975, S. 6.

44 Ständiger Ausschuss des Politbüros des ZK der KPD, Mai 1975 – 30 Jahre nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus heißt die Lehre des antifaschistischen Krieges: Internationale Einheitsfront gegen die imperialistischen Supermächte, in: Rote Fahne. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), Nr.15 vom 16.04.1975, S. 3.

45 Redaktion Rote Fahne, Zu einigen Fragen des antimilitaristischen Kampfes: Gegen die Supermächte kämpfen, dem Pazifismus eine Absage erteilen!, in: Rote Fahne. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), Nr. 28 vom 16.07.1975, S. 7.

46 Ebenda, S. 7. Die DFG/VK ist die „Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsgegner", die älteste Organisation der Friedensbewegung in Deutschland.

Wie bereits erwähnt, kommt die erste und auch schärfste Kritik an der „Drei-Welten-Theorie" vom „Kommunistischen Bund". Dieser hatte bereits zuvor die Positionen von KPD/ML, KPD/AO und AB zur nationalen Frage und zur Wiedervereinigung als nationalistisch kritisiert und stattdessen erklärt, Aufgabe der Kommunisten in Deutschland sei es, die deutsche Arbeiterklasse gemeinsam mit den ausländischen Arbeitern zur Revolution zu führen.[47] Nachdem ab 1975 die KPD/ML und die KPD/AO die chinesischen Vorgaben der „Drei-Welten-Theorie" übernehmen und auf die deutschen Verhältnisse anwenden, folgen in fast jeder Ausgabe des „Arbeiterkampfes" inhaltliche und polemische Abrechnungen mit dieser Theorie. Der KB geht dabei soweit, dass die deutschen Vertreter der „Drei-Welten-Theorie" als Unterstützer der in der Bundesrepublik betriebenen Faschisierung bezeichnet werden:

> „Hier entfaltet sich zwischen ‚ML'ern und ‚Nationalrevolutionären' ein ‚sozial'demagogischer, ‚sozial'chauvinistischer Sumpf, der Vorfeld und Zutreiber der vom BRD-Imperialismus betriebenen Faschisierung ist."[48]

Hintergrund dieser Kritik ist unter anderem die kurzzeitige Zusammenarbeit der Gruppe „Marxisten-Leninisten Deutschlands" (MLD) – eine selbst gegenüber der KPD/ML und der KPD/AO noch radikaler nationalistisch auftretende Gruppierung – mit rechtsextremen Organisationen.[49] Verbindendes Element dieser sonst antagonistischen Gruppen ist die Feindschaft gegen den Ostblock. Für den KB folgt daraus in ihrer Feindschaft gegen die „Vaterlandsverteidiger", dass es sich bei diesen selbst um Rechtsextremisten handeln muss:

> „Die konsequente Vaterlandsverteidigung ist nichts anderes als eine ‚links' aufgemachte Spielart des Faschismus. […] In der BRD und Westberlin sind die Reste der ‚KPD' und ihrer Ableger die übelsten Vertreter dieser rechtsradikalen Politik"[50]

In dieser harschen Kritik an den K-Gruppen, die die „Theorie der Drei-Welten" vertreten (zu ihnen zählt der KB allerdings anfangs auch den KBW, den KABD und den AB, da diese sich nicht konsequent genug von den chinesischen Positionen distanzieren), deutet sich schon die Abkehr des KB vom marxistisch-leninistischen Politikverständnis an. An dieser konsequenten Kritik des KB scheitert dann auch ein vom AB initiiertes Bündnis von K-Gruppen gegen die „Vaterlandsverteidiger".[51] Dieses sollte außer dem AB den KBW und den KABD auch den KB umfassen, doch dieser kritisiert die zögerliche Auseinandersetzung der anderen Organisationen mit den chinesischen Vorgaben. In der Tat fällt es dem AB, dem KBW und dem KABD zunächst sehr schwer, sich von ihrem internationalen Vorbild zu distanzieren. Der Prozess der Ablösung ist langwierig und verstärkt bei den meisten K-Gruppen die schon länger schwelenden internen Krisen. Beispielhaft für die mühsame und zögerliche Distanzierung von der Politik der KPCh steht der KABD, der von 1977 bis 1981 eine siebenteilige Broschürenreihe mit dem Titel „China-Aktuell" veröffentlicht, in der sich die Kritik an der Politik der Volksrepublik China von Folge zu Folge steigert, bis von der Restauration des Kapitalismus in China und vom Sozialimperialimus die Rede ist.[52]

Nach dem erneuten Kurswechsel der KPD/ML 1977 und der Auflösung der KPD/AO 1980 endet die Phase der „Drei-Welten-Theorie" in der westdeutschen ML-Bewegung. Der Fokus richtet sich nun im Rahmen der Proteste gegen die Nachrüstung Anfang der 1980er Jahre wieder verstärkt gegen die US-amerikanische Politik. Und auch die aktuelle Politik der Bundesrepublik wird von den noch existierenden K-Gruppen wieder einheitlich verurteilt. So attestieren Teile der K-Gruppen, nach dem Zusammenbruch der DDR und der Vereinigung der beiden deutschen Staaten, der Bundesrepublik eine besonders aggressive imperialistische Politik. Dies wird aus dem deutschen Sonderweg abgeleitet und mit zahlreichen historischen Beispielen belegt.[53] Nun setzen sich auch Teile der marxistisch-leninistischen Gruppierungen zum ersten Mal eingehender mit der deutschen Vergangenheit auseinander. Dies hat weitreichende Folgen. Aus Teilen des 1991 aufgelösten KB, der schon immer vor einer Faschisierung der Bundesrepublik gewarnt hat, entsteht im Laufe der 1990er Jahre eine sich explizit „antideutsch" verstehende Strömung, die nicht nur die Positionen der K-Gruppen einer radikalen Kritik unterzieht.[54]

Auseinandersetzungen über die Sozialfaschismusthese

Charakteristisch für die Politik der K-Gruppen ist ihr ungebrochener Bezug auf die Geschichte und die Theorie der kommunistischen Parteien. In erster Linie werden dabei die KPD der

47 Vgl. Redaktion Arbeiterkampf, Kommunisten und „deutsche Wiedervereinigung", in: Arbeiterkampf, Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes Nr. 43 vom 01.05.1974 S. 20-21.

48 Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg, Das war vorauszusehen: „KPD/ML" schwenkt offen ins Lager der Vaterlandsverteidiger, in: Arbeiterkampf. Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes Nr. 60 vom 29.04.1975, S. 29.

49 Eine der Vorgängerorganisationen der MLD, die „Frankfurter Marxisten-Leninisten" formulieren dann auch konsequenterweise: „Die nationalen Widersprüche stehen im Vordergrund, die Klassenwidersprüche sind untergeordnet." Frankfurter Marxisten-Leninisten, Über die Lage und die Aufgaben im Kampf gegen den Hegemonismus, in: Der Maoist. Zeitschrift für die Anwendung des Marxismus-Leninismus und der Mao Tse tung-Ideen auf Deutschland, Nr. 1 vom August 1975, S. 62. Zur MLD vgl. Friedrich Wilhelm Schlomann, Trotzkisten – Europäische Arbeiter-Partei – „Maoisten", in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B27/80 vom 5. Juli 1980, S. 12-28.

50 Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg, Gemischte vaterländisch-trotzkistische Provokation, in: Arbeiterkampf. Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes Nr. 69 vom 11.11.1975, S. 4.

51 Vgl. Redaktion Kommunistische Arbeiterzeitung, „Zirkeldiplomatie" oder Ringen um Klarheit. Wer mit wem gegen die „Vaterlandsverteidiger"? (2), in: Kommunistische Arbeiterzeitung. Zentralorgan des Arbeiterbundes zum Wiederaufbau der KPD Nr. 82 vom 18.04.1976, S. 6-7.

52 Vgl. Zentrale Leitung des KABD (Hrsg.), Von der Restauration des Kapitalismus zum Sozialimperialismus in China. Teil 1: Die revisionistische Innenpolitik, China Aktuell 6, Stuttgart 1981 und Zentrale Leitung des KABD (Hrsg.), Von der Restauration des Kapitalismus zum Sozialimperialismus in China. Teil 2: Sozialimperialistische Außenpolitik, China Aktuell 7, Stuttgart 1981.

53 Für diese Strömung stehen vor allem der „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" und die KPD/ML-Abspaltung „Gegen die Strömung".

54 Vgl. Sebastian Dittrich, Zeitschriftenporträt: Bahamas, in: Uwe Backes und Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus und Demokratie (E&D), 16. Jahrgang 2004, Baden-Baden 2004, S. 220-235.

Weimarer Republik und die KPdSU bis 1956 als historische Vorbilder herangezogen. Auf diesem Hintergrund entwickeln die K-Gruppen ihre aktuelle Politik. Dies geschieht so dogmatisch und unreflektiert, dass Kritiker den ML-Parteien vorwerfen, sie würden die Ereignisse der zwanziger und dreißiger Jahre noch einmal durchspielen. So geraten auch die verschiedenen taktischen Wendungen der kommunistischen Faschismusanalyse in den Blick der K-Gruppen. Eine dieser zeitweilig vertretenen Positionen ist die sog. „Sozialfaschismusthese".

Die Sozialfaschismusthese wird innerhalb der „Kommunistischen Internationale" Mitte bis Ende der zwanziger Jahre entwickelt.[55] Ausgehend von den Erfahrungen mit den sozialdemokratischen Parteien während des Ersten Weltkrieges und der darauf folgenden revolutionären Phase in Europa, werden die Sozialdemokraten als die Hauptstütze der Bourgeoisie betrachtet. Diese hatten während des Weltkrieges die antimilitaristischen Positionen der „Zweiten Internationalen" aufgegeben und eine Politik des Burgfriedens mit ihrer jeweiligen Bourgeoisie betrieben. Nach dem Ende des Krieges stellten sich die Sozialdemokraten gegen die revolutionären Erhebungen in Deutschland, Österreich, Ungarn und Italien und verhinderten so weitere kommunistische Revolutionen. Dabei kam es zu sehr blutigen Niederschlagungen von Arbeiterrevolten durch sozialdemokratische Regierungen. Dieses Verhalten führte auf Seiten der Kommunisten verständlicherweise zu einem tief sitzenden Hass auf die Sozialdemokratie. Spätestens mit dem Sieg des Faschismus in Italien 1922 muss sich die kommunistische Bewegung auch mit diesem neuen politischen Phänomen auseinandersetzen. Der Faschismus wird dabei meist nur auf eine extremere Variante der bürgerlichen Herrschaft verkürzt. Da zu dieser Zeit die Sozialdemokraten in vielen Ländern Europas mit an der Regierung sind, während andere Staaten von faschistischen Diktaturen beherrscht werden, spricht Stalin 1924 davon, dass die Sozialdemokratie „objektiv den gemäßigten Flügel des Faschismus" darstellt und bezeichnet sie als „Zwillingsbruder"[56] des Faschismus. Im Programm der Komintern wird 1928 ausgeführt:

> „Entsprechend der jeweiligen politischen Konjunktur bedient sich die Bourgeoisie sowohl der faschistischen Methoden als auch der Methoden der Koalition mit der Sozialdemokratie, wobei die Sozialdemokratie selbst, besonders in für den Kapitalismus kritischen Zeiten, eine faschistische Rolle spielt. Die Sozialdemokratie zeigt im Laufe der Entwicklung faschistische Tendenzen, was sie jedoch nicht hindert, im Falle einer Änderung der politischen Konjunktur gegen die bürgerliche Regierung als oppositionelle Partei aufzutreten."[57]

Diese Phase der Gleichsetzung der Sozialdemokratie mit dem Faschismus und der vorrangigen Bekämpfung der sozialdemokratischen Parteien geht in Deutschland praktisch bis zu der „Antifaschistischen Aktion" im Frühjahr 1932 und theoretisch bis zu den Vorbereitungen des 7. Weltkongresses der Komintern 1934. Auf diesem Weltkongress wird die Sozialfaschismusthese durch die KI verworfen und als „linkssektiererische Abweichung" gebrandmarkt.

Zu Beginn der siebziger Jahre, während der Regierungszeit der sozialliberalen Koalition wird die Sozialfaschismusthese zeitweilig von den „ultralinken" ML-Parteien, der KPD/ML und der KPD/AO, wieder aufgegriffen. Maßnahmen der sozialdemokratisch geführten Regierung werden folglich unter diesem Gesichtspunkt bewertet. Alexander von Plato, ein führender Kader der KPD/AO, setzt sich in dem 1973 erschienenen Buch „Zur Einschätzung der Klassenkämpfe in der Weimarer Republik: KPD, Komintern, Sozialdemokratie und Trotzkismus" ausführlich mit der Sozialfaschismusthese auseinander. Obwohl er dabei durchaus die 1930 von Teilen der KPD vertretene Linie der Bekämpfung der einfachen SPD-Mitglieder als „linkssektiererischen" Fehler einstuft, kommt er resümierend doch zu dem Ergebnis:

> „Die Geschichte der SPD beweist weiterhin, dass der Vorwurf der KPD und der Komintern, die SPD-Führung sei sozialfaschistisch, Gültigkeit besaß: Sowohl in ihrer Politik der Verelendung der Arbeiterklasse als auch in ihrem Terror, sowie in ihrem Arrangement mit den Nationalsozialisten und schließlich in ihrer Ideologie wies die deutsche Sozialdemokratie dem Faschismus den Weg und erleichterte der NSDAP ihren Aufstieg. Die SPD war […] einer der Wegbereiter des Faschismus."[58]

Inhaltlich stützt er dieses Resümee vor allem auf den sowohl von der SPD als auch der NSDAP vertretenen Glauben, man könne die kapitalistische Produktionsweise durch Eingriffe des Staates krisenfrei gestalten. Mittel dieser korporatistischen Strategie der SPD der Weimarer Republik war die Theorie der „Wirtschaftsdemokratie" mit ihrer Praxis der Zwangsschlichtungen. Diese wurde von den so genannten Arbeitsgemeinschaften der Tarifparteien und des Staates durchgesetzt. Ziel dieses Staatssozialismus war es, sich mittels einer Planwirtschaft die Ökonomie Untertan zu machen.[59] Nach ihrer Machtübernahme setzte die NSDAP diese Politik in Organisationen wie der „Deutschen Arbeitsfront" (DAF) fort.

Obwohl die meisten konkurrierenden K-Gruppen diese historische Analyse der KPD/AO durchaus ebenfalls vertreten, lehnen sie diese Einschätzung für die aktuelle Politik der Sozialdemokratie ab. Für sie ist die SPD vielmehr eine „bürgerliche Arbeiterpartei",[60] deren einfache Mitglieder man für eine Einheitsfrontpolitik zu gewinnen versucht. Anders die „ultralinken" ML-Parteien. Für sie gilt, dass sie in der Sozialdemokratie den Hauptfeind sehen. In dieser Frage exponiert sich besonders die KPD/ML (Zentralbüro). Diese Organisation betreibt eine regelrechte Anti-SPD-Kampagne. In ihrem internen Organ „Der Parteiarbeiter" werden die Mitglieder auf die Bekämpfung der SPD eingeschworen:

55 Vgl. Hier und im Folgenden: Josef Schleifstein, Die „Sozialfaschismus"-These. Zu ihrem geschichtlichen Hintergrund, Marxistische Taschenbücher, Reihe Marxismus aktuell, Frankfurt am Main 1980.

56 Jossif Wissarionowitsch Stalin, zitiert nach Ebenda, S. 22.

57 Das Programm der Kommunistischen Internationale (1928), zitiert nach Hermann Weber, Die Kommunistische Internationale. Eine Dokumentation, Hannover 1966, S. 185.

58 Alexander von Plato, Zur Einschätzung der Klassenkämpfe in der Weimarer Republik: KPD und Komintern, Sozialdemokratie und Trotzkismus, Materialistische Wissenschaft Band 8, Berlin 1973, S. 328f.

59 Zum „Staatssozialismus" der SPD vgl. Willy Huhn, Der Etatismus der Sozialdemokratie. Zur Vorgeschichte des Nazifaschismus, Freiburg im Breisgau 2003.

60 Willi Dickhut, Proletarischer Widerstand gegen Faschismus und Krieg, Band 2, Düsseldorf 1987, S. 657.

„Besteht nun die Gefahr des Faschismus? Diese Gefahr wird von den sozialdemokratischen Führern systematisch verstärkt. Sie sind Wegbereiter der faschistischen Diktatur der Monopolbourgeoisie. Sie sind Steigbügelhalter der faschistischen Banden um Strauß und Thadden. Das ist ihre historische Mission und deshalb verwalten sie die Arbeiterklasse immer mehr mit faschistischen Mitteln, spalten die Arbeiterklasse und verraten sie. Müssen wir diese Banditen nicht schonungslos bekämpfen? Sind nicht die sozialdemokratischen Führer die Hauptfeinde der Arbeiterklasse?“[61]

In diesem Zitat zeigt sich einmal mehr die simplifizierende Faschismusanalyse der K-Gruppen. Der Nationalsozialismus wird auf die offene Diktatur der Monopolbourgeoisie reduziert und somit die qualitativen Unterschiede zwischen der parlamentarischen bürgerlichen Gesellschaft und dem totalitären System der faschistischen Regime nivelliert. Für die KPD/ML-ZB stellt folglich jede Gesetzesverschärfung etwa im Rahmen der Inneren Sicherheit einen weiteren Schritt zum offenen Faschismus dar. Folgerichtig finden sich in ihrem Zentralorgan „Rote Fahne“ auch unzählige Artikel, die sich gegen die vermeintliche Faschisierung des Staates durch die sozialliberale Regierung richten.
Dieser Kurs stößt bei den meisten anderen K-Gruppen auf Kritik. Obwohl ihre Faschismusanalyse mit der der „ultralinken“ ML-Parteien übereinstimmt, richtet sich in dieser Frage ihre praktische Politik in erster Linie gegen offen faschistische Organisationen und die konservativen Parteien. So unterhält etwa der KB so genannte „Antifa-Kommissionen“, die unter dem Symbol der historischen „Antifaschistischen Aktion“ der KPD Informationen über Rechtsextremisten recherchieren und Aktionen organisieren. Dabei wird versucht, Bündnisse mit anderen linken und liberalen Organisationen zu bilden. Auch der KABD lehnt die Sozialfaschismusthese für ihre Praxis ab und erklärt, dass diese Theorie nur von den tatsächlichen Faschisten ablenken würde:

„Jegliches Gerede von Sozialfaschismus im Zusammenhang mit der gegenwärtigen reaktionären Regierung ist falsch, sektiererisch, äußerst schädlich. Ebenso falsch ist es, die SPD/FDP Regierung als Wegbereiter des Faschismus zu bezeichnen, weil diese These von den tatsächlichen faschistischen Mächten ablenkt.“[62]

Ein langer Artikel des Ersten Sekretärs des ZK des KBW, Joscha Schmierer, im Theorieorgan des KBW zeigt, welche Bedeutung die Frage der Sozialfaschismusthese für die marxistisch-leninistische Bewegung hat. Die Analyse arbeitet sich einerseits an der historischen Politik der KPD von 1928-1933 ab und kritisiert andererseits die unvermittelte Übernahme der Sozialfaschismusthese durch die KPD/AO. Schmierer bezeichnet die Sozialfaschismusthese als Abweichung vom Marxismus-Leninismus und führt zur Unterscheidung zwischen Faschismus und Sozialdemokratie aus:

„Insofern der Faschismus gerade darin besteht, offen mit der bürgerlichen Demokratie und den sozialen Reformen aufzuräumen, kann sich die Sozialdemokratie nicht mit dem Faschismus als bestimmte Form der Herrschaft der Bourgeoisie aussöhnen, kann auch selber nicht, solange sie bürgerliche Arbeiterpartei bleibt, zu einer faschistischen Partei werden.“[63]

Doch die von den meisten K-Gruppen an den „ultralinken“ Parteien geäußerte grundsätzliche Kritik an der Sozialfaschismusthese hindert sie nicht daran, bei manchen Ereignissen entsprechende Vorwürfe an die SPD zu richten. Selbst der KB, der bei antifaschistischen Protestaktionen auch versucht Aktionsbündnisse mit der SPD zu schmieden, ist davor nicht gefeit. So schreibt zum Beispiel die Frankfurter Ortsgruppe nach einem harten Polizeieinsatz bei einer Demonstration nach dem Tod Ulrike Meinhofs über den SPD-Polizei-Präsidenten:

„Um so brutaler die Bulleneinsätze in Frankfurt geworden sind, um so deutlicher Müller seine ‚sozial'faschistische Fratze gezeigt hat, um so flauer wurde der Protest der SPD-‚Linken', von der angeblich ‚linken' SPD-Hochburg Hessen ist da nichts zu spüren. […] Das ist keine Frage von Personen, der ‚Sozial'faschismus hat in der SPD-Politik insgesamt seinen festen Platz.“[64]

Der Sozialfaschismusvorwurf wird hier zwar rein polemisch in der Tagespolitik verwendet, doch relativiert er allein schon durch den Gebrauch die Grundsatzpositionen des KB.
Ein weiteres Feld, auf dem die Sozialfaschismusthese von Teilen der K-Gruppen angewendet wird, ist die Auseinandersetzung mit dem „real existierenden Sozialismus“. Wie bereits aufgezeigt wurde, kommt es im Rahmen der chinesischen „Drei-Welten-Theorie“ zur Auffassung, dass es sich bei der Sowjetunion um den Hauptfeind der Menschheit handelt. Genau wie die Sozialfaschismusthese wird auch die „Drei-Welten-Theorie“ von den „ultralinken“ K-Gruppen vertreten. Und genau wie bei der Sozialfaschismusthese wird auch hier eine nichtfaschistische politische Richtung mit dem Faschismus gleichgesetzt.
In den Publikationen von KPD/ML und KPD/AO[65] finden sich unzählige Vergleiche, in denen die Sowjetunion, die DDR oder auch die DKP mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt werden. So führt etwa die KPD/AO in einem Artikel mit der Überschrift „Die sowjetischen Führer sind in die Fußstapfen Hitlers getreten“ in ihrem Zentralorgan aus:

„Daher ist es völlig richtig, die Diktatur der Bourgeoisie in der Sowjetunion als sozialfaschistische Diktatur zu kennzeichnen, die sich – je nach den besonderen Bedürfnissen der Täuschung

61 Der Parteiarbeiter Nr. 2 zitiert nach: Dietmar Kesten, Zur Geschichte der KPD/ML – Zentralbüro, http://userpage.fu-berlin.de/~archapo/ONLINE/MAO/BRD/ZB-GESCHICHT.html (Stand: 25.10.2008). Adolf von Thadden war von 1967 bis 1971 Vorsitzender der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD).

62 Redaktion Rote Fahne, Nie wieder Faschismus! Das Ringen des Kommunistischen Arbeiterbundes um die antifaschistische Aktionseinheit, in: Rote Fahne. Zentralorgan des Kommunistischen Arbeiterbundes, Nr. 2/1971, S. 5.

63 Joscha Schmierer, Sozialfaschismusthese und politische Programmatik der KPD 1928-33, in: Kommunismus und Klassenkampf. Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands Nr. 1 vom März 1975, S. 13. Hervorhebung im Original.

64 KB/Gruppe Frankfurt, Frankfurt: Der Polizei-Staat in Aktion, in: Arbeiterkampf. Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes Nr. 81 vom 31. Mai 1976, S. 6.

65 Ironischerweise wird die KPD/AO selbst von der KPD/ML (Neue Einheit) als sozialfaschistisch denunziert. Vgl. Kommunistische Hochschulgruppe (Neue Einheit), Die „KPD“ greift zu Terrormethoden faschistischer SA-Banden, in: Die Revolutionäre Stimme. Zeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten, Nr. 7/8 vom 12.04.1972, S. 12-13.

oder Niederhaltung hinter den Aushängeschildern ‚Staat des ganzen Volkes' oder ‚Diktatur des Proletariats' versteckt. Auch Hitler erklärte seinen faschistischen Terrorstaat zum Ausdruck einer ‚Volksgemeinschaft', in dem es angeblich keine Klassen mehr gäbe, auch er bediente sich sozialistischer Phrasen, um über den Klassencharakter der faschistischen Herrschaft zu täuschen. Der Unterschied zwischen Hitler und den neuen Zaren besteht allein darin, dass diese die faschistische Unterdrückungsmaschine und die sozialistischen Phrasen noch umfassender und perfekter ausgebaut haben."[66]

In diesem Zitat wird die Sowjetunion nicht nur mit dem nationalsozialistischen Deutschland gleichgesetzt, es wird sogar behautet, die UdSSR hätte ihren Repressionsapparat, der als faschistisch bezeichnet wird, noch umfangreicher ausgestaltet als die Nationalsozialisten. Im Ergebnis bedeutet diese Aussage, dass die Sowjetunion noch faschistischer sei als der NS-Staat selbst.
Die KPD/AO wiederholt in diesem Artikel exakt die Argumentationsweise von Teilen der extremen Rechten, die den Nationalsozialismus mit der Sowjetunion vergleichen und zu dem Ergebnis kommen, dass die UdSSR der schlimmere der beiden Totalitarismen sei. Mit diesem Ergebnis werden dann die deutschen Verbrechen relativiert.
Dies ist auch die Konsequenz aus der inflationären Benutzung der Begriffe „faschistisch" oder „sozialfaschistisch" als Kennzeichnung bekämpfter politischer Strömungen durch die K-Gruppen. Denn durch diesen unreflektierten Gebrauch wird der Nationalsozialismus seiner historischen Spezifik beraubt und zu einem rein taktisch verwendeten Schimpfwort der politischen Auseinandersetzung. Alles was abgelehnt wird, wird als faschistisch denunziert und damit geht dem Begriff sein Inhalt verloren.
Der Gebrauch der Sozialfaschismusthese durch Teile der K-Gruppen verdeutlicht, welche sektiererischen Ausformungen der Marxismus-Leninismus hier angenommen hat. Das Ergebnis ist eine immer weitere Isolierung der marxistisch-leninistischen Organisationen selbst innerhalb der radikalen Linken und eine immer weiter voranschreitende Krise der K-Gruppen seit Mitte der siebziger Jahre. Ende des Jahrzehnts rücken dann auch die „ultralinken" ML-Parteien von der Sozialfaschismusthese ab. Die KPD/ML schwenkt mit der Gründung ihrer Vorfeldorganisation „Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden" auf eine Einheitsfrontpolitik um, und die KPD/AO formuliert in ihrem Theorieorgan „Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus" kurz vor ihrer Auflösung eine Kritik an den bisher vertretenen Anschauungen.[67]

Der Antizionismus der K-Gruppen

Der Antizionismus der K-Gruppen schließt nahtlos an die Positionen der radikalen Linken nach 1967 an. Er wird von ihnen sogar noch inhaltlich zugespitzt, sodass sich feststellen lässt, dass die K-Gruppen den radikalsten Flügel des linken Antizionismus darstellen.[68] Der Zusammenhang zwischen dem Antizionismus und der Abwehr der deutschen Vergangenheit durch die K-Gruppen lässt sich dabei durch immer wieder variierende Vergleiche der israelischen Politik mit dem Nationalsozialismus belegen. Der Nahostkonflikt wird dazu genutzt, die deutsche Vergangenheit zu verdrängen.
Den hohen Stellenwert, den der Nahostkonflikt für die ML-Parteien einnimmt, lässt sich anhand spezieller Zeitungen diverser Vorfeldorganisationen ablesen:
So veröffentlicht etwa das vom KBW kontrollierte „Sozialistische Palästinakomitee" (SPK) die Publikation „Die Front. Zeitschrift zur Unterstützung des Befreiungskampfes der Völker des Nahen Ostens". Und ein der KPD/AO nahe stehendes „Komitee zur Unterstützung der kämpfenden Völker im Nahen und Mittleren Osten" verbreitet die „Al Tahrir. Befreiung". Für die KPD/ML übernimmt die Zeitschrift „Der Funke. Zeitung für den Kampf der unterdrückten Völker" die kontinuierliche Bearbeitung des Nahostkonflikts aus der Perspektive der Partei. Neben diesen Spezialzeitschriften berichten natürlich auch noch die Zentralorgane und die Publikationen weiterer Vorfeldorganisationen über die Ereignisse im Nahen Osten. Besonders während spektakulärer Ereignisse nimmt die Kommentierung breiten Raum ein.
Ein solches Ereignis ist der Überfall palästinensischer Terroristen des „Kommandos Schwarzer September" auf die israelischen Teilnehmer der Sommerolympiade 1972 in München und die darauf folgenden Reaktionen des westdeutschen und des israelischen Staates. Ausnahmslos alle K-Gruppen stellen in ihrer Berichterstattung über die Geiselnahme in München Analogien zwischen Israel und dem Nationalsozialismus her.[69] Dabei werden nicht nur in diesem konkreten Fall die Täter und Opfer vertauscht. Für die ML-Parteien sind die Mitglieder des palästinensischen Kommandos und nicht die als Geiseln genommenen israelischen Sportler die Opfer. Es werden durch die Vergleiche zwischen Israel und dem Nationalsozialismus aus den Opfern der nationalsozialistischen Verbrechen in der Vergangenheit Täter der Gegenwart gemacht. Die Politik des israelischen Staates wird mit NS-Deutschland gleichgesetzt. Doch diese Analogie wird sogar noch gesteigert, indem das israelische Vorgehen gegen die palästinensischen Guerillaorganisationen mit der Ermordung der europäischen Juden gleichgestellt wird. Dadurch wird die deutsche Schuld relativiert. Die K-Gruppen belegen, nicht nur an diesem Beispiel, exemplarisch die These Adornos vom „Schuldabwehrantisemitismus",[70]

66 Redaktion Rote Fahne, Die sowjetischen Führer sind in die Fußstapfen Hitlers getreten, in: Rote Fahne. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), Nr. 12 vom 24.03.1976, S. 12.

67 Alexander von Plato, Thesen zur Einheitsfrontpolitik der Weimarer KPD, in: Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus. Theoretisches Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), Nr. 1/79, S. 129-147.

68 Vgl. Martin W. Kloke, Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses, Schriftenreihe des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten e.V., 2. erweiterte und aktualisierte Auflage, Frankfurt am Main 1994, S. 145f.

69 Interessant in diesem Zusammenhang ist die Reaktion der maoistischen und maospontaneistischen Gruppen in Frankreich. Diese distanzieren sich vorbehaltlos von den Morden und der Geiselnahme durch das palästinensische Kommando. Das Entsetzen über das Massaker von München beeinflusst sogar die Auflösung der bedeutendsten Gruppe, der Gauche Prolétarienne. Vgl. Michel Wieviorka, 1968 und der Terrorismus, in: Ingrid Gilcher-Holtey (Hrsg.), 1968 – Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, Geschichte und Gesellschaft Sonderheft 17, Göttingen 1998., S. 273-282.

70 Vgl. Theodor W. Adorno, (1955), Schuld und Abwehr, in: Rolf Tiedemann (Hrsg.), unter Mitwirkung von Gretel Adorno, Susan Buck-Morss und Klaus Schultz, Theodor W. Adorno Gesammelte Schriften, Band 9.2, Soziologische Schriften II, Band 2 Frankfurt am Main 2003, S. 121-324.

der vermittels eines ganzen Arsenals an Abwehrmechanismen wie Leugnung, Verschiebung, Verkehrung, Projektion und Rationalisierung die als störend empfundenen Elemente der deutschen Geschichte bearbeitet, um weiterhin eine positive Kollektividentität aufrechterhalten zu können.

Die Zeitschriften der K-Gruppen sprechen in ihrer Berichterstattung eine eindeutige Sprache: So schreibt die „Rote Fahne" der KPD/AO unter der Überschrift „Zionisten: Die Nazis unserer Tage", dass die zionistischen Machthaber mit faschistischen Mitteln Palästina „araberfrei" machen.[71] Die „Rote Fahne" des KABD spricht von München als Alibi, um den „Ausrottungsfeldzug bis zum zionistischen Endsieg zu führen."[72] Der „Rote Morgen" der KPD/ML sieht Israel als „ein einziges KZ für Araber"[73] und der „Arbeiterkampf" des KB sieht die Vergeltungsangriffe Israels auf palästinensische Guerillalager nach der Geiselnahme von München nach dem Vorbild der Nazis ausgeführt.[74]

Doch trotz dieser doppelten Täter-Opfer Verkehrung lehnen die meisten K-Gruppen die Geiselnahme durch das palästinensische Kommando als individuellen Terror ab. Dieser schade nur der Sache der palästinensischen Revolution, weil er nicht von den Massen getragen werde und scharfe israelische Reaktionen hervorrufe. Nur die KPD/ML-ZB und die RAF begrüßen die Aktion des „Schwarzen September". So schreibt das „Zentralbüro der KPD/ML" in einem nach dem blutigen Ende der Geiselnahme verteilten Flugblatt:

> „Die KPD/ML ist der Meinung, dass der individuelle Terror, wie ihn die palästinensischen Kämpfer anwenden, dann ein richtiges Mittel ist, wenn er den Kampf der Massen um die Befreiung Palästinas vom zionistischen Joch vorantreibt."[75]

Für die KPD/ML-ZB ist diese Bedingung erfüllt und somit die Geiselnahme durch das palästinensische Kommando legitim. Für die RAF dagegen stellt sich die Frage nach der Legitimität individuellen Terrors erst gar nicht. Sie wendet ihn bereits in ihrem eigenen bewaffneten Kampf praktisch an. Die RAF ist dem Kampf der bewaffneten palästinensischen Gruppen besonders verbunden, schließlich verkehren ihre Kommandomitglieder häufig in Ausbildungslagern im Nahen Osten; so ist eine enge Zusammenarbeit entstanden. Das ausführliche Strategiepapier „Die Aktion des ‚Schwarzen September' in München. Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes" ist die letzte Schrift, die die Mitglieder der ersten Generation der RAF vor ihrer Festnahme veröffentlichen. In ihr entwirft die RAF ihre Analyse des modernen Imperialismus. Dieser sei durch die Aktion des „Schwarzen Septembers" exemplarisch durchschaubar gemacht worden. In der Reaktion auf die Geiselnahme von München hätte der Imperialismus sein faschistisches Wesen offenbart und damit hätte das palästinensische Kommando die Grundtendenz des Imperialismus offen gelegt:

> „Dieser Imperialismus zeigt sein faschistisches Wesen nur, wenn er auf Widerstand stößt – eine spätkapitalistische Machtergreifung hat er nicht nötig. Seiner historischen Tendenz nach ist er faschistisch: auf Ausbeutung aus und Unterwerfung, Vernichtung, Vergeudung, Entlaubung, Zerstörung von Menschen und Bodenschätzen."[76]

Dadurch, dass der Imperialismus durch die palästinensischen Guerillas gezwungen wurde, sein faschistisches Wesen zu zeigen, sei die Aktion antifaschistisch gewesen.

> „Die Aktion des Schwarzen September war antifaschistisch. Sie hat den Zusammenhang zwischen dem alten NS-Faschismus und dem entfalteten Imperialismus als dem erst durch und durch faschistischen System hergestellt."[77]

Für die RAF ist also erst der Imperialismus der wirkliche Faschismus. Der Nationalsozialismus war dagegen nur eine „politische und militärische Vorwegnahme des imperialistischen Systems der multinationalen Konzerne."[78] Um ihren Kampf als antifaschistisch zu legitimieren, wird der Nationalsozialismus verharmlost. Er wird als eine noch unvollkommene Vorwegnahme des heutigen imperialistischen Weltsystems bagatellisiert. Die Vernichtung der europäischen Juden, die die Spezifik und Singularität des Nationalsozialismus darstellt, kommt in der Analyse der RAF nur als makabrer Vergleich vor, der die Verkommenheit der israelischen Regierung belegen soll. Die RAF wirft dieser vor, sie habe ihre „Sportler verheizt wie die Nazis die Juden – Brennmaterial für die imperialistische Ausrottungspolitik."[79] Durchgängig wird Israel in diesem Papier mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt. Es wird von „Israels Nazi-Faschismus"[80] gesprochen, der israelische Außenminister Moshe Dayan als „Himmler Israels" bezeichnet und der jüdische Staat als „Moshe-Dayan-Faschismus"[81] denunziert.

Der Text der RAF stellt eine Entlastung der deutschen Geschichte von den Verbrechen des Nationalsozialismus dar. Der NS wird im Vergleich zum heutigen Imperialismus verharmlost, um dadurch die eigene Praxis als antifaschistisch legitimieren zu können. Der israelische Staat, der zum Zufluchtsort der Opfer der NS-Vernichtungspolitik wurde, wird als Teil des imperialistischen Systems selbst als faschistisch angesehen und somit der Kampf gegen den jüdischen Staat als antifaschistisch gerechtfertigt. Der RAF gelingt es so, die Wahrheit des Nationalsozialismus vermittels des Faschismus zu verdrängen.

---

71 Vgl. Redaktion Rote Fahne, Zionisten: Die Nazis unserer Tage, in: Rote Fahne. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), Nr. 9 vom 28.2.1973, S. 1.

72 Redaktion Rote Fahne, Zivilisierte und Unzivilisierte, in: Rote Fahne. Zentralorgan des Kommunistischen Arbeiterbundes Deutschlands, Nr. 10/1972, S. 2.

73 Redaktion Roter Morgen, Terror und Eroberung: Der israelische Imperialismus, in: Roter Morgen. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten KPD/ML, Nr. 21 vom 23. Oktober 1972, S. 5.

74 Vgl. Redaktion Arbeiterkampf, Olympischer Frieden…und palästinensischer Krieg?, in: Arbeiterkampf. Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes, Nr. 22 vom Oktober 1972, S. 1-3.

75 KPD/ML und KJVD, Erklärung des Zentralbüros der KPD/ML vom 7.9.1972: Nieder mit der Kumpanei zwischen dem Westdeutschen Revanchismus und dem israelischen Imperialismus, Flugblatt, S. 2.

76 Rote Armee Fraktion, Die Aktion des „Schwarzen September" in München. Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes, in: ID Archiv 1997, S. 158.

77 Ebenda, S. 167.

78 Ebenda, S. 168.

79 Ebenda, S. 173.

80 Ebenda, S. 159.

81 Ebenda, S. 173.

> „Wie überaus deutsch die RAF von Anfang an war, erhellt daraus, wie energisch sie mit den Mitteln der marxistisch-leninistischen Theorie des Faschismus und in der Tradition der stalinisierten Kommunistischen Internationale von der Wahrheit des Nazismus, der Massenvernichtung, ablenkte. Nirgends wurde lauter vom wieder drohenden Faschismus gesprochen, als unter denen, die über Antisemitismus und die Shoah nicht mehr zu sagen wussten, als dass es gelte jetzt und hier, als Konsequenz deutscher Geschichte, ‚Israels Nazi-Faschismus' im Verein mit palästinensischen Befreiungsnationalisten zu bekämpfen. So paradox es klingt, es hat doch seine Logik: vermittels des Faschismus verdrängte die RAF den Nazismus."[82]

Nach der Geiselnahme von München verbietet das Bundesinnenministerium zwei palästinensische Organisationen in Deutschland: die „Generalunion palästinensischer Studenten" (GUPS) und die „Generalunion palästinensischer Arbeiter" (GUPA). Diese Verbote werden von den K-Gruppen als weitere Beschleunigung des Faschisierungsprozesses wahrgenommen und führen zu einer großen Solidaritätskampagne, in deren Verlauf sich in vielen westdeutschen Städten Aktionskomitees bilden. In diesen arbeiten die konkurrierenden ML-Parteien in zum Teil dominierender Weise mit. Den Höhepunkt der Kampagne bildet eine zentrale Demonstration in Dortmund am 8. Oktober 1972, an der an die 15.000 Personen teilnehmen. Anschließend flaut die Kampagne allerdings spürbar ab.

Einen weiteren Höhepunkt erlebt die Berichterstattung über den Nahostkonflikt in den Publikationen der K-Gruppen nach der Entführung einer Passagiermaschine der Air France durch ein deutsch-palästinensisches Kommando im Sommer 1976. Im ugandischen Entebbe wird der Flughafen vom israelischen Militär gestürmt und die Geiseln werden befreit. Bei dieser gegen den Willen der pro-palästinensischen ugandischen Regierung durchgeführten Aktion sterben 45 ugandische Soldaten, der Leiter der israelischen Militäraktion und drei Geiseln. Während der Geiselnahme wurden die nichtjüdischen von den jüdischen Passagieren räumlich getrennt. Vorgenommen wird diese Selektion von einem deutschen Mitglied der „Revolutionären Zellen" (RZ). Dieser von einem deutschen Linksradikalen durchgeführte und an Nazipraktiken erinnernde Vorgang führt innerhalb der Linken in Westdeutschland zu einer heftigen Diskussion über Antisemitismus.[83]

Die K-Gruppen aber ignorieren diese Debatten und reagieren so, wie sie auch schon anlässlich der Geiselnahme von München reagiert haben. Sie vertauschen Täter und Opfer, indem sie die israelische Befreiungsaktion verurteilen, aber die Flugzeugentführung höchstens als strategisch unklug kritisieren. Die Befreiung der Geiseln durch das israelische Militär wird dabei wieder mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt.

Die KPD/AO geht in ihrer Berichterstattung über die Geiselbefreiung in Entebbe so weit, dass sie dem ugandischen Diktator Idi Amin ihre „uneingeschränkte Solidarität" und ihr „tief empfundenes Beileid anlässlich der Ermordung von Angehörigen der ugandischen Armee"[84] ausspricht. Die unschuldigen Opfer der Flugzeugentführung werden dagegen von der KPD/AO, wie von den anderen K-Gruppen auch, ignoriert. Ebenso wird die Tatsache vernachlässigt, dass es ausgerechnet ein deutscher Linksradikaler ist, der einunddreißig Jahre nach der Niederlage des Nationalsozialismus während einer politischen Aktion Juden von Nichtjuden selektiert. An der seither in Teilen der westdeutschen Linken stattfindenden Debatte über linken Antisemitismus beteiligen sich die ML-Parteien nicht. Sie verwehren sich geschlossen gegen jeden Antisemitismusvorwurf.

So schreibt das Theorieorgan des KBW, „Kommunismus und Klassenkampf", dass der Vorwurf des Antisemitismus ein „alter zionistischer Trick" sei, um zu verhindern, dass die Menschen „den wirklichen Charakter des Zionismus und des israelischen Staates erkennen."[85] Und in einem als Flugblatt verbreiteten Text der Bundesleitung des KBW wird ausgeführt:

> „Dass Neofaschisten aus der israelischen Aggression Kapital für eine Verharmlosung des Hitler-Faschismus schlagen können und dass ein Teil der Deutschen mit der Gleichsetzung der israelischen Aggression mit dem Holocaust einen Teil der deutschen Geschichte verdrängen wollen, liegt doch wohl nicht an der Kritik an Israel, sondern an seiner Politik, die diese Kritik hervorruft. Kritik an Israel ist kein Antisemitismus und für den Aufschwung antisemitischer Ausfälle trägt vor allem die israelische Aggression die Schuld."[86]

Schuld am Antisemitismus sind also in erster Linie der israelische Staat und damit die Juden selber. Damit wird der Antisemitismus, der in der Faschismustheorie der K-Gruppen sowieso keine Rolle spielt, als scheinbar verständliche Reaktion auf das Verhalten der Juden entschuldigt.

Auffällig in der Erklärung des KBW ist das Zugeständnis, dass ein Teil der Deutschen durch die Gleichsetzung israelischer Militäraktionen mit dem Holocaust die deutschen Verbrechen verdrängen wolle. Diese zutreffende Analyse lässt sich, wie bereits ausführlich dargestellt, auch auf die K-Gruppen übertragen. Lässt man die weiteren Ausführungen des Textes außer Acht, erkennt man in dieser Aussage zumindest in Ansätzen eine Selbstkritik an der bisherigen Politik des KBW. Dass dies wahrscheinlich ungewollt geschehen ist, zeigt allerdings der Tenor des restlichen Textes, der eine typisch marxistisch-leninistische und damit antizionistische Position zum Nahostkonflikt wiedergibt.

Dieser Antizionismus bestimmt die Ansichten der K-Gruppen derart stark, dass auch Filmproduktionen zum Nationalsozialismus unter diesem Aspekt bewertet werden. So wird die 1979 in Westdeutschland erstmals ausgestrahlte US-Serie „Holocaust", [87]

82 Joachim Bruhn, Der Untergang der Rote Armee Fraktion. Eine Erinnerung für die Revolution, in: Emile Marenssin (1974), Stadtguerilla und soziale Revolution. Über den bewaffneten Kampf und die Rote Armee Fraktion, mit einem Vorwort von Joachim Bruhn, Freiburg im Breisgau 1998, S. 13.

83 Vgl. Kloke 1994, S. 169ff.

84 Vgl. Ständiger Ausschuss des Politbüros des ZK der KPD, Scharfe Verurteilung des zionistischen Überfalls. Presseerklärung, in: Rote Fahne. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), Nr. 27 vom 7.7.1976, S. 1.

85 J.S., Der Kolonialcharakter des israelischen Staates, in: Kommunismus und Klassenkampf. Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands, Nr. 1 vom Februar 1974, S. 55.

86 Bundesleitung des KBW, Der Kampf des palästinensischen Volkes ist die Bedingung für einen Frieden im Nahen Osten, Flugblatt.

87 Zu den Reaktion in Westdeutschland auf die Serie vgl. Historical Social Research, Historische Sozialforschung. An International Journal of the Application of Formal Methods to History, No. 114, HSR Vol. 30 (2005)4, Focus: Die amerikanische TV-Serie "Holocaust" – Rück-

die zahllose betroffene Publikumsreaktionen auslöst und die für viele Historiker „eine Zäsur in der Geschichte der kulturellen Erinnerung an die NS-Gewaltverbrechen […]“[88] darstellt, von den K-Gruppen einhellig abgelehnt.[89] Grund ist, dass die Spielfilmserie das Schicksal einer jüdischen Familie und nicht der deutschen Arbeiterklasse erzählt. Außerdem gehen in der Serie die wenigen Familienmitglieder, die die deutschen Vernichtungslager überleben, nach ihrer Befreiung nach Israel. Dies sei, so schreibt der „Arbeiterkampf“, der ansonsten die Serie noch am positivsten rezensiert, „zionistische Propaganda“.[90] Der „Rote Morgen“ kritisiert, der Film mache Werbung für die „zionistischen Ziele Israels“.[91] Die „Rote Fahne“ des KABD schreibt, es werde „zionistisches Gedankengut verbreitet“ und die „Vertreibung der Palästinenser von ihrem Land verherrlicht und gerechtfertigt.“[92] Und die „Kommunistische Volkszeitung“ (KVZ) führt aus:

> „Eine scharfe Anklage gegen den Faschismus hat die Bourgeoisiepresse diesem Film bescheinigt. Mit der Gleichsetzung von Faschismus und Judenverfolgung, Judenvernichtung – und nichts mehr – ist er das Gegenteil. In der Hülle der Kritik am Nationalsozialismus greift er dessen Rassenideologie nur auf, um sie anzuwenden – zur Propagierung des Zionismus, des Rechts der jüdischen Rasse auf ‚Heimat', ‚Raum' – im ‚gelobten Land' ‚Palästina'. […] Aufrechterhaltung des Staates Israel als Bollwerk der Imperialisten, vor allem der US-Imperialisten gegen die arabischen Staaten, ideologische Vorbereitung weiterer israelischer Aggression mit Unterstützung des US-Imperialismus – das ist der aktuelle Zweck von ‚Holocaust'.“[93]

Neben der bereits von den anderen K-Gruppen kritisierten Darstellung Israels als Zufluchtsort der Juden nach der systematischen Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten und damit an der Verantwortung, die Deutschland an der Entstehungsgeschichte des jüdischen Staates trägt, verwehrt sich die KVZ gegen die in der Presse vorgenommene Gleichsetzung von Judenvernichtung und Faschismus. Diese Gleichsetzung sei keine scharfe Anklage gegen den Faschismus, sondern das Gegenteil, nämlich selbst Unterstützung für den als rassistisch diffamierten Zionismus. Für die K-Gruppen, die vom Antisemitismus und der Judenvernichtung nichts wissen wollen und darin nur Propaganda für den Zionismus erkennen können, stellt eine Fernsehserie, die das Schicksal einer jüdischen Familie in den deutschen Vernichtungslagern zeigt, eine Provokation dar. An diesem Beispiel zeigt sich, dass bei den K-Gruppen von der in den sechziger Jahren durch den SDS betriebenen Kritik des Antisemitismus und der Verdrängung der deutschen Geschichte nichts mehr geblieben ist. Im Gegenteil vertreten die ML-Parteien inzwischen selbst antisemitische Positionen und beteiligen sich aktiv an der Verdrängung der deutschen Vergangenheit.

Erst in der Spätphase der K-Gruppen in den 1980er Jahren kommt es dann zu einigen halbherzigen Selbstkritiken bei einigen Protagonisten des linken Antizionismus. So wird etwa 1982 in einem Artikel eben jener KVZ unter der Überschrift: „Nationalsozialistische Vergangenheit: Westdeutsche Magenschmerzen mit dem Nahost-Konflikt“ ausgeführt:

> „Das eigentliche Problem, das durch die Wahl der Begrifflichkeit und der Kritik daran deutlich wird, ist das große Defizit an historischen Kenntnissen über den deutschen Faschismus, seine Ideologie, seine Vernichtungsaktionen und über den Zionismus, den israelischen Staat und seine Politik in der Region. Über den historischen Vergleich würde deutlich werden, dass die heutige Politik Israels mit Begriffen wie Holocaust schlecht beschrieben ist und auch nicht kritisiert werden kann.“[94]

Festgestellt wird in diesem Text also, dass die Politik Israels nicht mit der Vernichtungspolitik des Nationalsozialismus verglichen werden kann, da es historische Unterschiede zwischen beiden Systemen gibt. Welche Funktion solche Vergleiche im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit in Deutschland haben, wird allerdings verschwiegen, genau wie die Rolle die der linke Antizionismus dabei spielt. Doch immerhin stellt dieser Text eine erste Selbstkritik aus den Reihen der K-Gruppen dar. Das sich allerdings in derselben Ausgabe der KVZ eine Anzeige mit einem Demonstrationsaufruf unter der Überschrift: „Schluss mit dem Vernichtungskrieg gegen Palästinenser und Libanesen“ findet, relativiert den selbstkritischen Artikel Theo Mehlens wieder.

Auch der KB formuliert in den 80er Jahren eine vorsichtige Kritik an den antisemitischen Konnotationen der linken Palästina-Solidarität. So weigert sich der Bund, an einer Demonstration in Hamburg anlässlich der Intifada in den palästinensischen Gebieten teilzunehmen. Grund dafür ist der Aufruf, in dem das Selbstbestimmungsrecht der Juden in Israel negiert und zu einem Boykott israelischer Produkte aufgerufen wird.

> „Wir wollen auch nicht eine Demonstration unterstützen, bei der die Forderung nach einem allseitigen antiisraelischen Boykott zu den Hauptparolen gehören wird. Wir halten diese Parole erstens in dem bekannten historischen Kontext (‚Kauft nicht bei Juden') in der BRD für unangemessen und wir sehen zweitens, dass sie wegen der auf der Hand liegenden Missdeutungsmöglichkeiten der Solidarität mit dem palästinensischen Kampf mehr schaden als nutzen wird.“ [95]

---

blick auf eine “betroffene Nation”. Beiträge und Materialien.

88 Peter Reichel, Erfundene Erinnerung. Weltkrieg und Judenmord in Film und Theater, Frankfurt am Main 2007, S. 250.

89 Vgl. Jens Benicke, „Soße aus Gewalt und Geld“, in: Jungle World. Wochenzeitung. Beilage Dschungel vom 06.08.2009, S. 10-13.

90 Antifa-Kommission Hamburg, „Holocaust“ – 30.000 Fragen müssen beantwortet werden, in: Arbeiterkampf. Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes, Nr. 147 vom 5. Februar 1979, S. 4.

91 Redaktion Roter Morgen, An „Holocaust“ arbeiteten Nazi-Mörder mit, in: Roter Morgen. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten KPD/ML, Nr. 30 vom 28. Juli 1978, S. 8.

92 Redaktion Rote Fahne, „Holocaust“ und viele Fragen, in: Rote Fahne. Zentralorgan des Kommunistischen Arbeiterbundes Deutschlands, Nr. 3 vom 10. Februar 1979, S. 12.

93 Z. Alb., „Holocaust“. Propagierung der Schutzbedürftigkeit anderer Nationen, in: Kommunistische Volkszeitung. Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW), Ausgabe Mitte, Nr. 5 vom 29. Januar 1979, S. 20.

94 Theo Mehlen, Nationalsozialistische Vergangenheit: Westdeutsche Magenschmerzen mit dem Nahost-Konflikt, in: Kommunistische Volkszeitung. Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW), Nr. 33 vom 20. August 1982, S. 8.

95 KB-Gruppe Hamburg, Für eine andere Palästina Solidarität, in: Arbeiterkampf. Zeitung des Kommunistischen Bundes, Nr. 291 vom 8. Februar 1988, S. 36.

Die Solidarität mit dem Kampf der Palästinenser wird also nicht aufgegeben, aber eine allzu offensichtliche antiisraelische Ausrichtung, die die Grenzen zum Antisemitismus überschreitet, soll vermieden werden. Dieser Diskussionsbeitrag führt auf den Seiten des KB-Zentralorgans in den folgenden Ausgaben zu wütenden Reaktionen. Aber damit ist eine Diskussion über die antisemitischen Implikationen der bisherigen Palästina-Solidarität innerhalb des Bundes eingeleitet. Teile des KB sind nach dem Auseinanderbrechen der Organisation 1991 dann auch maßgeblich an der Herausbildung einer sich explizit als antideutsch verstehenden Strömung der radikalen Linken beteiligt. Diese kritisiert massiv den linken Antisemitismus und propagiert demgegenüber eine uneingeschränkte Solidarität mit dem israelischen Staat.[96]
Auch die meisten anderen K-Gruppen lösen sich Anfang bis Mitte der achtziger Jahre auf, doch der linke Antisemitismus ist damit noch lange nicht überwunden. Dies zeigt unter anderem ein Anschlag einer palästinensischen Organisation namens „Bewegung zur Befreiung Jerusalems" 1991 in Budapest. Dieser Anschlag richtet sich gegen jüdische Auswanderer aus Russland, die über Ungarn nach Israel reisen. Da die Bombe zu früh zündet, werden „nur" sechs Menschen verletzt. Logistisch unterstützt wird der antisemitische Mordanschlag von zwei deutschen RAF-Sympathisanten und steht somit in einer Reihe mit der Flugzeugentführung von Entebbe und anderen antisemitischen Terroraktionen.
Ein weiterer spektakulärer Fall linken Antisemitismus ereignet sich am 25. Oktober 2009 als in Hamburg linke Gruppen gewaltsam und unter antisemitischen Beschimpfungen die Aufführung des Dokumentarfilms „Warum Israel?" des jüdischen Filmemachers Claude Lanzmann verhindern.[97]
Diese und weitere Vorfälle zeigen, dass auch nach der Auflösung der meisten maostalinistischen K-Gruppen in Teilen der deutschen Linken antisemitische, nationalistische und die NS-Verbrechen verharmlosende bzw. relativierende Positionen vertreten werden. Die Intentionen der antiautoritären Bewegung der sechziger Jahre aus denen die K-Gruppen entstanden sind werden damit ad absurdum geführt.

Jens Benicke stellte am 9. Juli 2011 sein Buch „*Von Adorno zu Mao. Über die schlechte Aufhebung der antiautoritären Bewegung*" in Bremen vor. Wir danken dem Autor und dem ca ira Verlag für die freundliche Genehmigung zum Nachdruck des Buchauszugs.
Siehe: http://associazione.wordpress.com/2011/04/20/sa-09-07-11-intros-von-adorno-zu-mao-uber-die-schlechte-aufhebung-der-antiautoritaren-bewegung/

96 Vgl. hierzu Herman L. Gremliza (Hrsg.), Hat Israel noch eine Chance? Palästina in der neuen Weltordnung, Hamburg 2001 und Karl Selent, Ein Gläschen Yarden-Wein auf den israelischen Golan. Polemik, Häresie und Historisches zum endlosen Krieg gegen Israel, Freiburg im Breisgau 2003.

97 Vgl. Christiane Peitz, Israel Film blockiert. Antifas als Antisemiten, in: Der Tagesspiegel vom 22.11.2009.

Olaf Kistenmacher

Schuldabwehr als Motiv für Israelfeindschaft in der politischen Linken?

Der Begriff „sekundärer Antisemitismus" bezeichnet in der Antisemitismusforschung heutzutage mehrere miteinander verwandte Phänomene, denen eines gemeinsam ist: Es handelt sich bei ihnen um spezifische Formen der Judenfeindschaft, die erst nach 1945 entstanden sind.[1] Der Begriff „sekundärer" bzw. „Sekundärantisemitismus" stammt von Peter Schönbach, in den 1950er und 1960er Jahren Mitarbeiter des Frankfurter Instituts für Sozialforschung. Schönbach entwickelte das Konzept in einer Studie, die sich mit einer neonazistischen und antisemitischen Schmierwelle im Winter 1959/60 beschäftigte; in der Nacht vor Weihnachten 1959 war die noch relativ neue Synagoge in Köln mit Hakenkreuzen und Aufschriften wie „Deutsche fordern Juden raus" beschmiert worden. Die bald festgenommenen Täter waren junge Männer, Mitte der 1930er Jahre geboren, bei Ende des Zweiten Weltkriegs demnach noch Kinder. Sie sympathisierten mit der Deutschen Reichspartei, die sich 1965 auflöste, als die NPD bei den Wahlen erfolgreicher war.[2] Der Kölner Vorfall war Auftakt zu einer „Welle antisemitischer und nazistischer Handlungen, die in der Bundesrepublik zwei Wochen später ihren Höhepunkt erreichte", wie Schönbach schreibt, weswegen das Institut für Sozialforschung in Frankfurt am Main sich „zu einer raschen Umfrage-Untersuchung von Reaktionen in der Frankfurter Bevölkerung auf diese Vorfälle" entschlossen habe.[3] Um zu erklären, weshalb die Kinder der Nazi-Generation für antisemitische Parolen empfänglich waren, ging Schönbach nicht von einer genuin nationalsozialistischen Einstellung aus, sondern von einer „Trotzreaktion". In Reaktionen auf die antisemitische Welle im Winter 1959/1960 schrieb er:

> Der Familienvater, der sich nicht eingestehen will, daß er zu den Verführten gehört, und der in der Öffentlichkeit „zum Schweigen verurteilt ist", unternimmt es aus jenem Unbehagen heraus wahrscheinlich immer wieder, sich und seine Vorstellungen im privaten Kreis, vor allem vor seiner Familie, zu rechtfertigen. Der Sohn, dem der Gedanke unerträglich ist, daß sein Vater ein Verblendeter oder Schlimmeres gewesen sein soll, kann sich das Bild seines Vaters gleichsam rein erhalten, indem er dessen Vorurteile übernimmt. Stellvertretend und als Bestätigung seines Vaters offenbart er dann aus der größeren Unbefangenheit seiner Jugend heraus die antisemitische Gesinnung, die jener in der Öffentlichkeit verheimlicht. Es ist denkbar, daß wir es heute in vielen Fällen mit einer Art Sekundärantisemitismus zu tun haben, einer Trotzreaktion, die die traditionellen antisemitischen Vorstellungen, seien es die eigenen oder die der Eltern, um ihrer Rechtfertigung willen am Leben erhält.[4]

1961 bezog sich Theodor W. Adorno in dem Radiovortrag „Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute" auf Schönbach, legte das Hauptaugenmerk jedoch auf einen etwas anderen Aspekt. Während Schönbach den Konflikt zwischen dem gesellschaftlichen Tabu und der Familientradition lokalisierte,[5] konzentrierte sich Adorno in seiner Definition des sekundären Antisemitismus auf den innerpsychischen Konflikt der Täter-Generation:

> So hat es sich beispielsweise vor einiger Zeit bei einer Erhebung herausgestellt, daß Kinder aus kleinbürgerlichen und zum Teil auch aus proletarischen Kreisen eine gewisse Neigung zu antisemitischen Vorurteilen haben. Wir bringen das damit zusammen, daß die Eltern dieser Kinder seinerzeit zu der aktiven Gefolgschaft des Dritten Reiches gehörten. Sie sehen heute nun sich gezwungen, ihren Kindern gegenüber ihre damalige Haltung zu verteidigen, und werden dadurch fast automatisch veranlaßt, ihren Antisemitismus aus den dreißiger Jahren aufzuwärmen. Unser Mitarbeiter, Peter Schönbach, hat dafür den recht glücklichen Ausdruck eines „sekundären Antisemitismus" geprägt.[6]

Unmittelbar zuvor erwähnte Adorno noch ein anderes Phänomen, den Krypto-Antisemitismus, der auch auch als „Kommunikationslatenz" bezeichnet und heutzutage häufig mit dem sekundären Antisemitismus identifiziert wird.[7] Man müsse sich, so Adorno in dem Radiovortrag,

> nur die rechtsradikale Presse in Deutschland ansehen, von der es eine erkleckliche Anzahl von Repräsentanten gibt, und Sie werden vielen Äußerungen begegnen, die man als krypto-antisemitisch deklarieren vermag, die durch ihre Implikationen, auch

1 Wolfram Stender: Konstellationen des Antisemitismus. Zur Einleitung, in: Ders./Guido Follert/Mihri Özdogan (Hg.): Konstellationen des Antisemitismus. Antisemitismusforschung und sozialpädagogische Praxis, Wiesbaden: VS 2010, S. 7-38. Lars Rensmann: Kritische Theorie über den Antisemitismus. Studien zu Struktur, Erklärungspotential und Aktualität, Hamburg: Argument 1998, S. 231-335.

2 Synagogenschändung: Die Nacht von Köln, in: *Der Spiegel* 1/2 (1960), S. 19-23.

3 Peter Schönbach: Reaktionen auf die antisemitische Welle im Winter 1959/1960, Frankfurt am Main: EVA 1961, S. 7.

4 Schönbach: Reaktionen auf die antisemitische Welle, S. 80.

5 Siehe auch Harald Welzer/ Sabine Moller/Karoline Tschuggnall: „Opa war kein Nazi". Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis, Frankfurt am Main: Fischer 2002, dritte Auflage.

6 Theodor W. Adorno: Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute [1962], in: *Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft* 29 (1964), S. 89-90.

7 Detlef Claussen schreibt z.B.: „Der sekundäre Antisemitismus prangert nicht die Juden als Störenfriede an, sondern die Entfremdung ist zur Verdinglichung fortgeschritten – nur noch die ehemaligen als jüdisch charakterisierten Qualitäten, Spekulation in Geld und Geist, gelten ohne spezifisch kenntlich gemachte Träger als Repräsentanten der Bedrohung." Detlev Claussen: Grenzen der Aufklärung. Die gesellschaftliche Genese des modernen Antisemitismus [1987], Frankfurt am Main: Fischer 1994, überarbeitete Neuausgabe, S. 74.

> durch einen gewissen Gestus des Augenzwinkerns, den Antisemitismus nähren.[8]

Vermutlich kommen krypto-antisemitische Aussagen seit 1945 häufiger vor als zuvor. Doch das Phänomen, dass Antisemiten ihre Gesinnung nicht offen aussprachen, sondern hinter Codes wie „internationales Finanzkapital" versteckten oder nur durch Anspielungen deutlich machten, gab es bereits im Deutschen Kaiserreich, im 19. Jahrhundert.[9] Adorno selbst verwies 1946 rückblickend auf „versteckte Anspielungen" in Reden US-amerikanischer Faschisten zur Zeit des Zweiten Weltkriegs.[10]

Unterdrückte Rede oder unterdrückte Ressentiments?

Die feine Differenz zwischen den Beschreibungen von Schönbach und von Adorno lässt sich genauer mit den Begriffen „kommunikationslatent" und „bewußtseinslatent" erfassen. Schönbach beschreibt den „latenten Antisemitismus" im postfaschistischen Deutschland als eine Haltung, die dem jeweiligen Subjekt bewusst ist, die es aber nicht offen ausspricht, Adorno als ein Phänomen, das sich das Subjekt selbst nicht ganz bewusst macht. Kommunikationslatenz lasse sich, so Werner Bergmann und Rainer Erb, empirisch leichter nachweisen, denn „in der Anonymität" würden sich die befragten Personen, wie die jungen Rechtsradikalen 1959, „relativ offen antisemitisch" äußern.[11] Für die Auseinandersetzung mit Judenfeindschaft und Israel-Feindschaft in der Linken ist allerdings die „Bewußtseinslatenz", bei der es um verdrängte, unbewusste Phänomene geht, die deutlich schwieriger zu ermitteln sind, bedeutsamer. Ein aktuelles Beispiel für Bewusstseinslatenz ist Günter Grass' Gedicht „Was gesagt werden muss", das er im Frühjahr 2012 in mehreren internationalen Zeitungen veröffentlichte. Wenn Kritiker wie Henryk M. Broder Grass als Antisemiten bezeichnen, unterstellen sie nicht, dass Grass, im Zweiten Weltkrieg Mitglied der Waffen-SS, nach wie vor ein alter Nazis wäre, sondern vielmehr dass er sich heutzutage seiner SS-Mitgliedschaft schämt, vielleicht auch schämt, so lange darüber geschwiegen zu haben – und dass seine Aussagen, „Israel" würde mit einem „Erstschlag" „das iranische Volk auslöschen", ein un- oder halbbewusster Versuch sind, diese eigene Schuld zu relativieren.[12]

Heutzutage wird in der Antisemitismusforschung statt vom sekundären auch vom „Schuldabwehr-Antisemitismus" gesprochen.[13] Der Begriff bezieht sich auf Adornos 1954 veröffentlichte Studie „Schuld und Abwehr", die sich mit einem „unbewusste[n] Schuldgefühl" in der deutschen Nachkriegsgesellschaft beschäftigt.[14] Die bei einer Erhebung Befragten beschrieb Adorno nicht als verstockte Nationalsozialisten, sie schienen vielmehr erschrocken über die Shoah und waren nach eigenem Selbstverständnis keine Antisemitinnen und Antisemiten mehr, bzw. einige verstanden sich noch nie so, denn „Schuld und Abwehr" behandelte bewusste und unbewusste Gefühle in der Nazi-Generation wie auch unter ihren Kindern.[15] Die Schuldgefühle würden abgewehrt, und Adorno führte grundsätzlich aus:

> Wenn man Schuldgefühle und Verantwortung gegenüber dem von den Nazis Begangenen abwehrt, so bedeutet das nicht nur, daß man sich reinwaschen will, sondern ebenso auch, daß man, was begangen ward, eben doch unrecht fand und darum ablehnt. Wäre das nicht der Fall, so bedürfte es nicht des Eifers der Distanzierung.[16]

Der Schuldabwehr-Antisemitismus ergab sich demnach aus dem Dilemma, dass die befragten Deutschen einerseits über die Shoah erschrocken waren, andererseits aber versuchten, ihr eigenes Verhalten im Nationalsozialismus oder das ihrer Eltern zu rechtfertigen. Für diese Reaktion brauchte es nicht einmal eine direkte familiäre Bindung zu einem Nazi-Täter. Zu solchen unbewussten Schuldgefühlen konnte auch die nationale Identifikation mit den Täterinnen und Tätern führen; Adorno sprach in „Schuld und Abwehr" mehrmals von der „blinde[n] Identifikation mit der Nation" und der „Gewalt solcher Identifikationsmechanismen".[17] Um sich nach 1945 auf positive Weise mit der eigenen, deutschen Nation identifizieren zu können, musste die Erinnerung an die Shoah abgewehrt oder relativiert werden. Die Überlebenden der Shoah oder allgemeiner „die Juden" erschienen gegenüber diesem Wunsch nach Versöhnung mit dem eigenen Kollektiv und seiner Geschichte als „Repräsentanten oder Verkörperungen einer unerwünschten oder verdrängten Erinnerung".[18]

---

8 Adorno: Zur Bekämpfung des Antisemitismus, S. 89.

9 Martin Ulmer: Antisemitismus in Stuttgart 1871–1933. Studien zum öffentlichen Diskurs und Alltag, Berlin: Metropol 2011.

10 Theodor W. Adorno: Antisemitismus und faschistische Propaganda [1946], in: Ernst Simmel (Hg.): Antisemitismus, übersetzt von Heidemarie Fehlhaber, Frankfurt am Main: Fischer 2002, S. 148-161.

11 Werner Bergmann/Rainer Erb: Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 38, 1986, S. 226.

12 Günter Grass: „Was gesagt werden muss", in: *Süddeutsche Zeitung*, 4. April 2012; auch unter: http://www.sueddeutsche.de/kultur/gedicht-zum-konflikt-zwischen-israel-und-iran-was-gesagt-werden-muss-1.1325809 (10. April 2012). Henryk M. Broder: Günter Grass – Nicht ganz dicht, aber ein Dichter, in: *Die Welt*, 4. April 2012, unter: http://www.welt.de/kultur/literarischewelt/article106152894/Guenter-Grass-Nicht-ganz-dicht-aber-ein-Dichter.html (30. Mai 2012). Siehe auch Klaus Briegleb: Mißachtung und Tabu. Eine Streitschrift zur Frage: „Wie antisemitisch war die Gruppe 47?", Berlin/Wien: Philo 2003.

13 Werner Bergmann: ‚Störenfriede der Erinnerung'. Zum Schuldabwehr-Antisemitismus in Deutschland, in: Klaus-Michael Bogdal/Klaus Holz/Matthias N. Lorenz (Hg.): Literarischer Antisemitismus nach Auschwitz, Stuttgart/Weimar: J. B. Metzler 2007, S. 13-35. Samuel Salzborn: Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich, Frankfurt am Main/New York: Campus 2010.

14 Theodor W. Adorno: Schuld und Abwehr [1954], in: Ders.: Soziologische Schriften II.2, Frankfurt am Main: Suhrkamp 2003, S. 174.

15 Vgl. hingegen Philipp Gessler: Sekundärer Antisemitismus. Antisemitismus im rechtsextremistischen Milieu, unter: http://www.bpb.de/themen/6SQ26W,0,Sekund%E4rer_Antisemitismus.html (Oktober 2011). Clemens Heni: „Sekundärer" Antisemitismus. Ein kaum erforschter Teil des Post-Holocaust-Antisemitismus, in: *Tribüne* 187 (2008), S. 132-142.

16 Adorno: Schuld und Abwehr, S. 149-150.

17 Adorno: Schuld und Abwehr, S. 136, S. 151.

18 Lars Rensmann: Demokratie und Judenbild. Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden: VS 2005, S. 91.

Linke Israel-Feindschaft seit dem Sechs-Tage-Krieg als Schuldabwehr-Antisemitismus?

Den Hass auf Israel vornehmlich auf „erinnerungspolitische" Motive und die verweigerte oder misslungene Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus zurückzuführen, ist nicht neu. Bereits 1982 schrieb Wolfgang Pohrt in der tageszeitung, deutsche Linke wollten, indem sie die Politik Israels mit der des Nationalsozialismus gleichsetzten, „Deutschland entlasten":

> Wenn also, nach Auschwitz, die Juden alle und niemand sind, gegen wen richtet sich dann der Antisemitismus in Deutschland? Er […] richtet sich gegen Israel, und die Rehabilitierung Deutschlands ist sein Zweck.[19]

Bekannter wurde diese Deutung, bei der das Konzept des „sekundären Antisemitismus" auf die radikale Linke angewandt wurde, Mitte der 1980er Jahre durch Henryk M. Broders Buch „Der ewige Antisemit. Über Sinn und Funktion eines beständigen Gefühls". In Broders Buch finden sich die beiden Formulierungen, die bis heute zur Erläuterung des „sekundären Antisemitismus" verwendet werden. Broder schrieb, es handle sich um eine Judenfeindschaft „nicht trotz, sondern wegen Auschwitz". An anderer Stelle zitiert er einen israelischen Psychoanalytiker mit den Worten: „Und Auschwitz, sagte mal ein kluger Israeli, ‚Auschwitz werden uns die Deutschen nie verzeihen'."[20]

Für Broders Erklärung sprachen zentrale Quellen, die den Antisemitismus innerhalb der 68er-Generation belegen. In ihrem Bekennerschreiben für die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus, die am 9. November 1969 bei einer Gedenkveranstaltung an die Reichspogromnacht explodieren sollte, verwahrten sich die Tupamaros Westberlin zunächst dagegen, Anschläge wie ihren „als rechtsradikale Auswüchse zu diffamieren". Vielmehr benutzten sie die Erinnerung an die Shoah und ein antifaschistisches Vermächtnis, um ihre Tat zu legitimieren:

> Jede Feierstunde in Westberlin und in der BRD unterschlägt, daß die Kristallnacht von 1938 heute täglich von den Zionisten in den besetzten Gebieten, in den Flüchtlingslagern und in den israelischen Gefängnissen wiederholt wird. Aus den vom Faschismus vertriebenen Juden sind selbst Faschisten geworden, die in Kollaboration mit dem amerikanischen Kapital das palästinensische Volk ausradieren wollen.[21]

Wenn man diese Erklärung der Tupamaros Westberlin ernst nahm, waren sie über die Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten entsetzt; sie erinnerten selbst mit den Stichworten „Kristallnacht", „vom Faschismus vertriebenen Juden" und „Volk ausradieren wollen" an diese Verbrechen. Doch die perfide Wendung bestand darin, diese Erinnerung als Argument gegen die Politik Israels zu nutzen und von den „vom Faschismus vertriebenen Juden" zu behaupten, diese wären nun „selbst Faschisten geworden".

Ingrid Strobl, die als vermeintliches Mitglied der Revolutionären Zellen ein Jahr im Gefängnis saß,[22] hielt in den 1990er Jahren Vorträge, in denen sie die unzureichende Beschäftigung der radikalen Linken mit der deutschen Vergangenheit und den linken Antisemitismus kritisierte:

> Wie unbewußt auch immer, durch die israelische Politik gegen die Palästinenser fühlten sich viele deutsche Linke befreit von jeder Verantwortung, der sie sich als Nachkommen womöglich stellen müßten. Da jedoch die Ungeheuerlichkeit der Shoah selbst für diejenigen, die sich nie näher mit ihr konfrontiert haben, so ohne weiteres nicht zu ignorieren ist, mußte sie auf Teufel komm raus relativiert werden. Zwanghaft wurde alles, was Israelis Palästinensern antaten, mit dem verglichen, was Deutsche den Juden angetan haben. Als die israelische Armee im Libanon einmarschierte, sprachen deutsche Linke von der „Endlösung der Palästinenserfrage" (Tageszeitung), die Beispiele für derlei Gleichsetzungen sind zahlreich.[23]

Diesem Erklärungsansatz folgen auch jüngere Veröffentlichungen zum Thema. In einem Aufsatz mit dem bezeichnenden Titel „Wie der Antisemitismus in die Linke kam" schreibt Timo Stein: „Erst der Antizionismus nach Auschwitz führte zu einem genuin linken Antisemitismus."[24] In seinem Buch „Zwischen Antisemitismus und Israelkritik" verweist Stein auf „sekundär antisemitische Argumentationen" in Texten der Neuen Linken:

> Die Israelkritik der Neuen Linken verdichtete sich sukzessive zu einer sich radikal zuspitzenden antizionistischen Weltanschauung, die auch eine Gleichsetzung von Zionismus mit dem Nationalsozialismus beinhaltete.[25]

Holger Schmidt verweist in „Antizionismus, Israelkritik und „Judenknax". Antisemitismus in der deutschen Linken nach 1945" darauf, dass bei der Entstehung des Antizionismus nach 1967 außer dem Sechs-Tage-Krieg die „Wahrnehmung der nationalsozialistischen Vergangenheit" eine „Schlüsselstellung" eingenommen habe. Der von dem Tupamaros-Westberlin-Mitglied Dieter Kunzelmann übernommene Begriff „Judenknax" soll darauf verweisen, dass die Shoah und ihre Bedeutung für den Staat Israel auch von denjenigen anerkannt wurde, die „den Staat Israel

19 Wolfgang Pohrt: Entlastung für Auschwitz, in: *die tageszeitung*, 26. August 1982, zitiert nach: Ders.: Kreisverkehr, Wendepunkt. Über die Wechseljahre der Nation und die Linke im Widerstreit der Gefühle, Berlin: Tiamat 1984, S. 10.

20 Henryk M. Broder: Der ewige Antisemit. Über Sinn und Funktion eines beständigen Gefühls [1986], Berlin: Berliner Taschenbuch Verlag 2006, zweite Auflage, S. 158-159. Hervorhebung im Original.

21 Henryk M. Broder: Der ewige Antisemit. Über Sinn und Funktion eines beständigen Gefühls [1986], Berlin: Berliner Taschenbuch Verlag 2006, zweite Auflage, S. 158-159. Hervorhebung im Original.

22 Erst mal wegschließen, in: *Der Spiegel* 21 (1990), S. 68-73.

23 Ingrid Strobl: Das unbegriffene Erbe. Bemerkungen zum Antisemitismus in der Linken, in: Dies.: Das Feld des Vergessens. Jüdischer Widerstand und deutsche „Vergangenheitsbewältigung", Berlin/Amsterdam: ID-Archiv 1994, S. 110. Der gleiche Ansatz findet sich bereits bei Martin Kloke: Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses, Frankfurt am Main: Haag + Herchen 1990.

24 Timo Stein: Wie der Antisemitismus in die Linke kam, in: Cicero, 5. Juli 2011, http://www.cicero.de/berliner-republik/wie-der-antisemitismus-die-linke-kam/42297 (Oktober 2011). Ders: Timo Stein: Zwischen Antisemitismus und Israelkritik. Antizionismus in der deutschen Linken, Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften 2011, S. 82.

25 Stein: Zwischen Antisemitismus und Israelkritik, S. 47.

bekämpfen wollten".[26] Nicht zuletzt schreiben Samuel Salzborn und Sebastian Voigt in ihrem Aufsatz „Antisemiten als Koalitionspartner? Die Linkspartei zwischen antizionistischem Antisemitismus und dem Streben nach Regierungsfähigkeit", der 2011 zu einer erneuten Debatte über Antisemitismus in der Linkspartei geführt hat: Der „antisemitische Antizionismus" entstamme einer Ideologie, die „in enger Verbindung" zur nationalsozialistischen Vergangenheit stand. „Nur so", behaupten Salzborn/Voigt, sei „die Vehemenz des Antizionismus und die Gleichsetzung von Israel mit Nazi-Deutschland zu verstehen".[27]

Schuldabwehr als entscheidendes Motiv für den Antizionismus von links? Antisemitismus und Antizionismus von links seit 1945

Gegen diese Ausweitung des Konzepts des sekundären Antisemitismus oder Schuldabwehr-Antisemitismus auf die Position der radikalen Linken zum Staat Israel sind zwei Einwände naheliegend. Erstens bezog sich das Frankfurter Institut für Sozialforschung in den 1950er und 1960er Jahren auf die deutsche Nachkriegsgesellschaft, die noch mehrheitlich von den Nazi-Täterinnen und -Tätern geprägt war. Der Antizionismus ist in der Linken seit dem Sechs-Tage-Krieg 1967 hingegen ein globales Phänomen und besteht nicht nur in Deutschland und den europäischen Gesellschaften, die im Zweiten Weltkrieg mit den Nazis kollaboriert haben. Zweitens – und dies ist für die folgenden Ausführungen zentral – geht der Ansatz von einem bewussten oder unbewussten Schuldgefühl aus. Doch selbst wenn man die Annahme einer „blinden Identifikation" der radikalen Linken mit der deutschen Nation für plausibel hält und deswegen unbewusste Schuldgefühle unterstellt, bleibt die Frage, ob die Schuldabwehr das alleinige oder das treibende Motiv für den Hass auf Israel gewesen ist. Der Antizionismus könnte, wie der Antisemitismus in der Linken, der bereits vor 1945 bestand,[28] ganz andere Ursachen haben. Eines ist jedenfalls sicher: Als die Neue Linke sich im Laufe der 1970er Jahre den Texten des Marxismus-Leninismus zuwandte,[29] fand sie in den klassischen Texten seit den 1920er Jahren einen Antizionismus, der zu ihrer eigenen Haltung in keinem Widerspruch stand.[30]

Der Erklärungsansatz, die linke Aversion gegen Israel als ein Phänomen des Schuldabwehr-Antisemitismus zu deuten, geht mit der Annahme einher, ein gegen Israel oder den Zionismus gerichteter Antisemitismus habe sich erst nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt. Die „Juden", so Schmidt, hießen seitdem „Israelis" oder „Zionisten".[31] Seit dem Sechs-Tage-Krieg nehme die radikale Linke Israel ausschließlich oder vornehmlich als „westlich-imperialistisches Land" wahr", „Israel" gelte „als ‚Brückenkopf des Imperialismus'".[32] Zwar ist bekannt, dass es bereits im 19. und frühen 20. Jahrhundert Judenfeindschaft in der Linken gab. Doch diese Judenfeindschaft soll vor 1945 keinen Einfluss auf die antizionistische Position, die die sozialistische und kommunistische Internationale vertrat, gehabt haben. Klaus Holz schreibt in „Die Gegenwart des Antisemitismus. Islamistische, demokratische und antizionistische Judenfeindschaft":

> Tatsächlich wurde der antizionistische Antisemitismus in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg in der Sowjetunion entwickelt und zeitgleich in der arabischen Welt verbreitet. Er ist überdies tief in die Geschichte des nationalen Antisemitismus im 19. Jahrhundert verwurzelt.[33]

Für traditionelle Linke ist die Vorstellung schwer auszuhalten, dass mit ihrer vermeintlich gerechten Empörung über das Leid vieler Palästinenserinnen und Palästinenser grundsätzlich etwas nicht stimmen könnte.[34] Bis heute wird diskutiert, woran sich eine antisemitische Position gegenüber dem Staat Israel und dem Nahost-Konflikt erkennen lässt. Als Kriterien für eine antisemitische Wahrnehmung des Nahost-Konflikts hat sich in der Antisemitismusforschung die sogenannte 3-D-Regel etabliert; demnach ist eine Haltung zu Israel antisemitisch, die Israel erstens delegitimiert, ihm das Existenzrecht abspricht, die es zweitens dämonisiert, indem die Entscheidungen und Handlungen des israelischen Militärs oder seiner jeweiligen Regierung als grundlos böse dargestellt werden, und die drittens Israels Politik an anderen Maßstäben misst als andere die anderer Staaten, also „double

26 Holger Schmidt: Antizionismus, Israelkritik und „Judenknax". Antisemitismus in der deutschen Linken nach 1945, Bonn: Bouvier 2010, S. 8. Auch in seiner Untersuchung zur Antisemitismusdebatte in und um Attac Deutschland führt Holger Knothe einen linken Antisemitismus außer auf „strukturelle Affinitäten" zwischen Globalisierungskritik und Verschwörungstheorien auf „Elemente eines für Deutschland spezifischen, sekundären Antisemitismus" zurück. Holger Knothe: Eine andere Welt ist möglich - ohne Antisemitismus? Antisemitismus und Globalisierungskritik bei Attac, Transcript Verlag, Bielefeld: Transcript 2009, S. 127. Peter Ullrich: Antisemitismus, Shoah und „deutsche Verantwortung". (Nach)Wirkungen des Nationalsozialismus im medialen Nahostdiskurs, in: Standpunkte 18 (2010).

27 Samuel Salzborn/Sebastian Voigt: Antisemiten als Koalitionspartner? Die Linkspartei zwischen Antizionismus und dem Streben nach Regierungsfähigkeit, in: Zeitschrift für Politik 3 (2011), S. 290-309. Salzborn/Voigt: Antisemiten als Koalitionspartner?, S. 297-298. Eine frühere Version war als PDF auf der Web-Seite der Frankfurter Rundschau erschienen, unter: http://www.fr-online.de/blob/view/-/8467798/data/5567673/-/Studie+Antisemitismus+in+der+Linkspartei.pdf (September 2011).

28 Matthias Brosch/u.a. (Hg.): Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland. Vom Idealismus zur Antiglobalisier-ungsbewegung, Berlin: Metropol 2007.

29 Jens Benicke: Von Adorno zu Mao. Über die schlechte Aufhebung der antiautoritären Bewegung, Freiburg im Breisgau: ça ira 2010.

30 Holger Schmidt kritisiert das geläufige Bild, erst in Folge des Sechs-Tage-Kriegs sei die Neue Linke auf einen radikalen Antizionismus umgeschwenkt: Vor diesem „Bruch" gab es „zumindest in Teilen bereits eine innere Distanzierung" von Israel. Schmidt: Antizionismus, Israelkritik und „Judenknax", 38. Siehe auch Thomas Käpernick: Die Studentenrevolte von 1968:Vom Philosemitismus zum Antizionismus? Anmerkungen zur Geschichte der Deutsch-Israelischen Studiengruppen, in: Irene A. Diekmann/Elke-Vera Kotowski (Hg.): Geliebter Feind, gehasster Freund. Antisemitismus und Philosemitismus in Geschichte und Gegenwart, Berlin: VBB 2009, S. 439-466.

31 Schmidt: Antizionismus, Israelkritik und „Judenknax", S. 15.

32 Schmidt: Antizionismus, Israelkritik und „Judenknax", S. 42, S. 45.

33 Klaus Holz: Die Gegenwart des Antisemitismus. Islamistische, demokratische und antizionistische Judenfeindschaft, Hamburg: Hamburger Edition 2005, S. 82-83.

34 Peter Ullrich: Die Linke, Israel und Palästina. Nahostdiskurse in Großbritannien und Deutschland, Berlin: Karl Dietz 2008.

standards“ anlegt.[35] Holz nennt noch etwas andere Kriterien für einen „antizionistischen Antisemitismus“: erstens „die Behauptung, ein jüdischer Staat sei eigentlich nur eine internationalistische Machtbasis“, verknüpft mit einem Antiamerikanismus, zweitens die fehlende Unterscheidung zwischen Zionismus und Judentum und drittens die Gleichsetzung von Zionismus und Nationalsozialismus.[36]
Wenn solche Positionen innerhalb der radikalen Linken maßgeblich durch Schuldabwehr motiviert sein sollen, impliziert der Erklärungsansatz, dass es sie erst seit 1945 geben würde und die sozialistischen und kommunistischen Parteien vor 1945 zwischen Zionismus einerseits und Jüdinnen und Juden andererseits unterschieden hätten und dass sie den Zionismus nicht mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt hätten. 1932 erschien allerdings die erste und einzige Erklärung des Zentralkomitees der KPD zur „Judenfrage“; in diesem Text hieß es über den „Zionismus“: Die „Kommunisten bekämpfen den Zionismus genau so wie den deutschen Faschismus“.[37] Auf solche Traditionslinien zu verweisen, widerlegt den Ansatz des Schuldabwehr-Antisemitismus nicht, relativiert aber seine Bedeutung für den antizionistischen Antisemitismus in der radikalen Linken.

„Zionismus“ als Feindbild des Marxismus-Leninismus vor und nach 1945

In seiner Untersuchung zum Antisemitismus von links hat Thomas Haury einen Erklärungsansatz entwickelt, der gänzlich ohne die Motive des sekundären Antisemitismus auskommt – auch wenn diese verstärkend hinzukommen können. Haury beschreibt die Verfolgungen von „Zionisten“ in der Sowjetunion, der ČSR und der DDR Ende der 1940er und Anfang der 1950er Jahre. Mit der realen Situation im Nahen Osten oder der Staatsgründung hatte die Zuschreibung „Zionist“ nichts zu tun. Der Ausdruck war vielmehr eine Tarnbezeichnung und sollte anzeigen, dass die Verhafteten – unter ihnen prominente Kommunistinnen und Kommunisten – Jüdinnen und Juden waren, das heißt aus jüdischen Familien stammten.[38] Artur London, im tschechisch-slowakischen Schauprozess gegen Rudolf Slánský einer der Hauptangeklagten, der nicht zum Tode verurteilt wurde, erinnerte sich später:

> Sobald ein neuer Name auftaucht, wollen die Referenten unbedingt erfahren, ob es sich da nicht um einen Juden handelt. Die Geschickteren unter ihnen fragten: „Wie hieß er vorher? Hat er nicht im Jahr 1945 seinen Namen geändert?“ […] Der Referent setzt aber dann jedesmal an Stelle der Bezeichnung Jude das Wort „Zionist“ ein. „Wir gehören dem Sicherheitsapparat einer Volksdemokratie an. Das Wort Jude ist eine Beschimpfung. Deshalb schreiben wir ‚Zionist'.“ Ich mache ihn darauf aufmerksam, daß „Zionist“ eine politische Bezeichnung ist. Er erwidert, das sei nicht wahr, und übrigens seien dies die Weisungen, die er erhalten habe.[39]

Haury erklärt das stalinistische Feindbild „Zionismus“ mit der Übernahme des bürgerlichen Nationalismus durch den Marxismus-Leninismus. Bereits Wladimir I. Lenin, einem erklärten Gegner des Antisemitismus und Nationalismus, unterschied in seiner Kritik des Imperialismus und anderen Schriften, anders als z.B. Rosa Luxemburg, nicht zwischen dem Proletariat und dem Volk oder der Nation und setzte beide in Opposition zu einem weltweit operierenden „Finanzkapital“. Unter Josef W. Stalin wurde dieser Nationalismus dann offiziell. Zu einem solchen Nationalismus von links bildete das traditionelle Bild von den „Juden“ den absoluten Gegensatz: „Juden“ galten im modernen Antisemitismus nicht als Feinde unter vielen, sondern als „Anti-Volk“,[40] als das Gegenprinzip zu jedem Nationalismus, als Gruppe, die jegliches Kollektiv „unterwandern“ und „zersetzen“ würde. So sagte der Staatsanwalt Josef Urvalek über den „Zionismus“:

> Der Prozeß führt allen kommunistischen und Arbeiterparteien die Gefahr vor Augen, mit der der Zionismus in seiner Eigenschaft als Büro des amerikanischen Imperialismus sie bedroht. Seit jeher sind die zionistischen Organisationen durch die tausend Fäden der Klasseninteressen mit dem Weltkapitalismus verbunden. [41]

Entsprechend verbliebe, so der Staatsanwalt, „der Hauptsitz der zionistischen Organisationen“ auch nach der Gründung des Staates Israel „weiter in Amerika, wo die Zionisten zahlreiche Anhänger unter den amerikanischen Monopolisten haben, die die ganze Aggressionspolitik der Vereinigten Staaten bestimmen“.
In den Schauprozessen nach 1945 wurde selten ausdrücklich von der ‚jüdischen' Identität der Angeklagten gesprochen. Es handelte sich demnach um eine Variante des Krypto-Antisemitismus. Krypto-antisemitische Aussagen werden nicht erst seit 1945 gemacht, seitdem der Judenhass „durch die Shoah in weiten Bevölkerungskreisen desavouiert“ ist.[42] Adorno wies 1946 darauf hin, dass versteckte Anspielungen nicht nur eine Reaktion auf gesellschaftliche Tabus oder entsprechende Gesetze war, sondern dass der Gebrauch von Codes noch eine weitere Funktion haben konnte:

> Ein Agitator sagt zum Beispiel: „Jene dunklen Mächte, Sie wissen schon, wen ich meine“, und die Zuhörer verstehen sofort, daß seine Bemerkungen gegen die Juden gerichtet sind. So werden die

35 Mit Verweis auf Martin W. Kloke nennt Lars Rensmann noch ein viertes Kriterium, nämlich die Übertragung traditioneller antisemitischer Topoi zur Beschreibung des Staates Israel. Lars Rensmann: Zwischen Kosmopolitismus und Ressentiment. Zum Problem des sekundären Antisemitismus, in: Brosch/u.a.: Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland, S, S. 171-172.

36 Holz: Die Gegenwart des Antisemitismus, S. 86-91.

37 ZK der KPD: Kommunismus und Judenfrage, in: Der Jud' ist Schuld...? Diskussionsbuch über die Judenfrage, Basel/u. a.: Zinnen 1932, S. 284-285.

38 Thomas Haury: Antisemitismus von links. Nationalismus, kommunistische Ideologie und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg: Hamburger Edition 2002, S. 428-455. Klaus Holz: Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung, Hamburg: Hamburger Edition 2001, S. 440-445.

39 Arthur London: Ich gestehe. Der Prozeß um Rudolf Slansky, übersetzt von Willy Thaler, Hamburg: Hoffmann und Campe 1970, S. 219-220.

40 Haury: Antisemitismus von links, S. 461.

41 Erster Staatsanwalt Josef Urvalek, zitiert nach: London: Ich gestehe. Der Prozeß um Rudolf Slansky, S. 311-312.

42 Knothe: Eine andere Welt ist möglich - ohne Antisemitismus?, S. 91.

> Zuhörer als eine In-Group behandelt, die schon alles weiß, was der Redner ihr sagen will, und die noch vor jeder Erklärung mit ihm übereinstimmt.[43]

Die Schauprozesse standen zudem in der Tradition der Moskauer Schauprozesse zwischen 1936 und 1938, in denen fast die ganze Generation der alten Bolschewiki zum Tode verurteilt wurde. Die Grausamkeit dieser Schauprozesse ist bekannt.[44] Doch obwohl kein Geringerer als Leo Trotzki auf die antisemitischen Konnotationen in der Hetze gegen ihn, Lew Kamenew und Grigorij Sinowjew hinwies, wird dieser Aspekt bislang kaum berücksichtigt:

> In der sowjetischen Zeit hat mich nie jemand beim Namen meines Vaters (Bronstein) genannt, genauso wie nie jemand Stalin Dschugaschwili genannt hat. […] Als mein Sohn, Sergei Sedow, jedoch unter die äußerst unglaubliche Anklage gestellt wurde, Arbeiter vergiften zu wollen, kündigte die GPU in der sowjetischen und ausländischen Presse an, dass der „echte" Name meines Sohnes nicht Sedow, sondern Bronstein sei.[45]

Mit dieser scheinbaren harmlosen Richtigstellung wollte, so Trotzki, die stalinistische Fraktion „meine jüdische Herkunft und die halbjüdische Herkunft meines Sohnes herausstellen". Wenn Leo Trotzki recht hatte, war dies ein Beispiel für Krypto-Antisemitismus, und die stalinistische Exekutive benutzte solche Anspielungen bereits in den 1930er Jahren.

Antizionismus in der Kommunistischen Internationale und der KPD vor 1933

Dass es aus den Reihen der kommunistischen Linken in den 1920er Jahren antisemitische Aussagen gegeben hat, ist bekannt. Am häufigsten wird Ruth Fischers Argumentation von 1923 zitiert, die vor völkischen Studierenden 1923 sagte:

> Sie rufen auf gegen das Judenkapital, meine Herren? Wer gegen das Judenkapital aufruft, meine Herren, ist schon Klassenkämpfer, auch wenn er es nicht weiß. Sie sind gegen das Judenkapital und wollen die Börsenjobber niederkämpfen. Recht so. Tretet die Judenkapitalisten nieder, hängt sie an die Laterne, zertrampelt sie. Aber meine Herren, wie stehen Sie zu den Großkapitalisten, den Stinnes, Klöckner...?[46]

In ähnlichen Zusammenhängen benutzte das Zentralorgan der KPD, die Tageszeitung Die Rote Fahne, bis 1933 unbefangen den Begriff „jüdisches Kapital". Zwar berichtete die Rote Fahne selten von Jüdinnen und Juden. Aber die wenigen Artikel stellten „Juden" auf die Seite des Kapitals und der Herrschaft. Ende der 1920er Jahre benutzte die KPD-Tageszeitung ihn vor allem für den Nachweis, die NSDAP-Führung und die „reichen Juden" würden zusammenarbeiten. Die entsprechenden Überschriften lauteten: „Jüdischer Warenhausbesitzer finanziert Nazipropaganda", „Hitler proklamiert Rettung der reichen Juden" oder „Nazis für jüdisches Kapital".[47]
Auf einer Diskussionsveranstaltung behauptete Hermann Remmele 1930, die NSDAP würde von „dem Juden Jakob Goldschmidt" Parteispenden erhalten und deswegen auf ihren antisemitischen Schlachtruf verzichten.

> So hat u. a. der Gauleiter von Berlin, Dr. Goebbels, einen Parteibefehl erlassen, daß der Ruf ‚Juda verrecke!' in Zukunft nicht mehr angewendet werden dürfe. Bald danach berichtete die bürgerliche Presse, daß die nationalsozialistische Gauleitung von dem Juden Jakob Goldschmidt, einem vielfachen Millionär und Generaldirektor der Danatbank, große Geldmittel zur Verfügung gestellt bekam.[48]

Die Darstellungen von der Allianz der Nazis mit dem „jüdischen Kapital" nahmen in den letzten Jahren der Weimarer Republik zu. Doch sie waren keine Erfindung der stalinisierten KPD. Bereits in einer Sonderausgabe der Roten Fahne, die mit dem Titel „Deutschlands Weg" am 29. Juli 1923 erschien, fand sich eine Karikatur mit dem Titel „Geld stinkt nicht oder: so sieht ihr Antisemitismus aus! Hakenkreuzparade vor Hakennasen in Wien, eine wahre Begebenheit".[49]
In diesem Kontext erschienen seit Mitte der 1920er Jahre Artikel über den „Zionismus". Der erste Beitrag war betitelt: „Zionismus – Kettenhund des englischen Imperialismus".[50] 1929 erschien die Rote Fahne mit der Titelseite „Faschisten morden in Berlin". Neben dem zweiten großen Artikel „Der Araberaufstand wächst!" sah man eine fotografische Abbildung eines Uniformierten mit der Bildunterschrift: „Stahlhelmlümmel? Nein, ein Mitglied der jüdisch-faschistischen Legion in Jerusalem".[51] Es wurde nicht er-

43 Adorno: Antisemitismus und faschistische Propaganda, S. 159.

44 Bini Adamczak: Gestern morgen. Über die Einsamkeit kommunistischer Gespenster und die Rekonstruktion der Zukunft, Münster: Unrast 2007, S. 47-81.

45 Leo Trotzki: Thermidor und Antisemitismus [1937], in: Iring Fetscher (Hg.): Marxisten gegen Antisemitismus, Hamburg: Hoffmann und Campe 1974, S. 183-184.

46 Franz Pfemfert: Die schwarzweiszrote Pest im ehemaligen Spartakusbund, in: *Die Aktion* 14, 1923. Hervorhebungen im Original. Siehe auch Karl Retzlaw: German Communists I. Die Kommunistische Partei 1919-1933 [1945], in: Curt Geyer/u.a.: Fight for Freedom. Die Legende vom „anderen Deutschland", Freiburg im Breisgau: ça ira 2009, S. 132.

47 Jüdischer Warenhausbesitzer finanziert Nazipropaganda, in: Die Rote Fahne 174, 29. Juli 1930. Hitler proklamiert Rettung der reichen Juden, in: Die Rote Fahne 208, 15. November 1931. Nazis für jüdisches Kapital, in: Die Rote Fahne 7. September 1932. Selbst in einem Beitrag, der dem antisemitischen Stereotyp von den „reichen Juden" die Darstellung der bitteren Realität im Berliner Scheunenviertel entgegensetzte, wurden die Nationalsozialisten als vom „jüdischen Großkapital" finanziert bezeichnet: „Die Pogrome, die diese von dem jüdischen Großkapital gut bezahlten Horden durchführen, sind Mörderfeldzüge gegen arme Proletarier, die nicht nur in dem tiefsten Elend dieser kapitalistischen Gesellschaft ihr Dasein fristen, sondern Sklaven einer mittelalterlichen Zurückgebliebenheit sind." Die Blutsauger des deutschen Volkes im Scheunenviertel, in: Die Rote Fahne 183, 19. September 1929.

48 Hermann Remmele: Sowjetstern oder Hakenkreuz. Die Rettung Deutschlands aus der Youngsklaverei und Kapitalsknechtschaft, Berlin 1930, S. 13-14.

49 Geld stinkt nicht oder: so sieht ihr Antisemitismus aus! Hakenkreuzparade vor Hakennasen in Wien, eine wahre Begebenheit, in: Deutschlands Weg, Sonderausgabe der Roten Fahne, 29. Juli 1923.

50 Zionismus – Kettenhund des englischen Imperialismus. Zum Wiener Zionistenkonkreß, in: Rote Fahne 168, 25. Juli 1925.

51 Der Araberaufstand wächst!, in: Die Rote Fahne 164, 28. August 1929.

klärt, wer genau auf dem Foto abgebildet war; wer über eine gewisse Kenntnis der verschiedenen zionistischen Gruppierungen in Palästina verfügte, konnte wissen, dass es ein Vertreter der Jüdischen Legion um Wladimir Jabotinsky war, welcher in anderen Beiträgen namentlich erwähnt wurde.[52] Es ging jedoch nicht um die Kritik einer bestimmten zionistischen Strömung. Vielmehr wurde der Jabotinsky-Flügel dargestellt, als offenbarte sich in ihm das Wesen des Zionismus insgesamt. Die Aussage: Zwischen dem völkisch-antisemitischen Stahlhelm-Freikorps und dem Zionismus bestand kein nennenswerter Unterschied. In dem Beitrag wurden die Angriffe „auf die jüdische Bevölkerung" begrüßt:

> Besonders charakteristisch für die Entwicklung dieser Bewegung ist, daß die Angriffe der Araber nicht auf die jüdische Bevölkerung beschränkt bleiben, sondern sich gegen ihren Hauptfeind, den englischen Imperialismus, zu richten beginnen. […] Die Entwicklung der arabischen Aufstandsbewegung, die noch zum großen Teil unter dem Einfluß der Effendis (Großgrundbesitzer) steht, hat, wie die letzten Meldungen zeigen, an Umfang zugenommen und richtet sich, wie die Ueberfälle auf Regierungsgebäude und Polizeistationen sowie englische Truppen beweisen, folgerichtig gegen die Hintermänner des Zionismus in Palästina, die englischen Imperialisten. Sie birgt in sich die Möglichkeit der Entfachung der gesamtarabischen Aufstandsbewegung gegen die englischen imperialistischen Unterdrücker. Die Schläge, die die arabischen Eingeborenen gegen die zionistische Bourgeoisie und den zionistischen Faschismus in Palästina führen, sind gleichzeitig Schläge gegen England.[53]

Im Spätsommer 1929 kam es im ganzen Mandatsgebiet Palästina zu pogromartigen Ausschreitungen. Ausgelöst durch ein Gerücht, Juden hätten Araber umgebracht, griffen Tausende bewaffnete Muslime und Christen die jüdischen Viertel Jerusalems an. Die Gewalt breitete sich schnell über das ganze Mandatsgebiet aus und hielt über zwei Wochen an. Mindestens 133 Jüdinnen und Juden wurden ermordet.[54] Die Gewalt richtete sich nicht vornehmlich gegen Zionistinnen und Zionisten. In Hebron und Safed waren ältere jüdische Gemeinden Ziel der Angriffe.[55] Die Tatsachen waren der aufmerksamen deutschen Öffentlichkeit bekannt.[56] Für das Organ der Kommunisten Internationale (Komintern), die Internationale Presse-Korrespondenz (Inprekorr), berichtete Joseph Berger, Vorsitzender der KP Palästina, über die Ereignisse. Die „unter finster-klerikaler, feudaler und bürgerlicher Führung stehenden fanatischen Massen mohammedanischer Bauern", schrieb er,

> überfielen sengend und mordend vor allem die unbewehrten armen jüdischen Siedlungen, jüdische Synagogen und Schulen, wo furchtbare Blutbäder angerichtet wurden. In der Talmudschule von Hebron wurden 60 jüdische Schüler – auch Kinder – getötet und verstümmelt. In der Kolonie Moza wurde eine jüdische Familie samt Frau und Kind abgeschlachtet.[57]

Dass diese Tatsachen auch in der KPD bekannt waren, zeigt sich an dem Buch „Der Untergang des Judentums. Die Judenfrage/Ihre Kritik/Ihre Lösung durch den Sozialismus" von Otto Heller. Heller, Redakteur der Roten Fahne, schrieb 1931 über das Jahr 1929 in Palästina:

> Im August dieses Jahres kam es zum blutigen Araberaufstand, zu großen Judenpogroms, der ersten Frucht der britischen imperialistischen Politik, die sich des Zionismus bedient, um mit seiner Hilfe jene blutigen Konflikte in Palästina, dem nördlichen Brückenkopf des Suezkanals Englands, zu schaffen, die für eine militärische Okkupation dieses Gebiets die notwendigen Vorwände zu bieten.[58]

Der Parteileitung war schon die Bezeichnung „Judenpogrom" zu viel. Die Rote Fahne kritisierte in ihrer Besprechung des Buches Hellers Wortwahl,[59] in der zweiten Auflage 1933 fehlten die Worte „großen Judenpogroms".
Auf einer ZK-Sitzung vom 24./25. Oktober 1929 formulierte Hermann Remmele die Position der Parteiführung. An seiner Darstellung war, wie der Historiker Mario Keßler, Mitglied der Linkspartei, schreibt, „nahezu jedes Wort falsch".[60] Allerdings handelte es sich nicht um einen persönlichen Irrtum Remmeles, sondern seine Schilderung entsprach der Darstellung in der Roten Fahne.

> Unsere Partei hat in Palästina 160 Mitglieder, davon 30 Araber, die anderen 130 Zionisten. Es ist ganz klar, daß diese Partei nicht eine solche Einstellung haben kann, wie sie dem Gesetz der Revolution entspricht. Gerade das unterdrückte Volk, jene Schicht des Volkes, die das revolutionäre Element, den Verhältnissen entsprechend, überhaupt ausmachen kann, sind nur die Araber.[61]

Remmele bezeichnete die jüdischen Mitglieder der KP Palästina als „Zionisten", was sie nicht waren, um „nur die Araber" zu dem einzigen „revolutionäre[n] Element" in Palästina zu erklären. So waren nach Remmeles Darstellung auch die Jüdinnen und Juden in der KP Palästina zu den Gegnern im internationalen Klassenkampf zu zählen. Der vermeintlich antiimperialistische Befreiungskampf hatte den Klassenkampf überdeckt. In Remmeles Darstellung gab es keine unterdrückten Schichten oder Klassen

52 Arbeiterfeinde sind Führer des Zionismus!, in: Die Rote Fahne 165, 29. August 1929.

53 Der Araberaufstand wächst!, in: Die Rote Fahne 164, 28. August 1929.

54 Albert M. Hyamson: Palestine under the Mandate, 1920-1948, Westport/Connecticut 1976, S. 121.

55 Michael Kiefer: Antisemitismus in den islamischen Gesellschaften. Der Palästina-Konflikt und der Trans fer des Feindbildes, Düsseldorf 2002, S. 70-71. Gudrun Krämer: Geschichte Palästinas. Von der osmanischen Eroberung bis zur Gründung des Staates Israels, München 2003, S. 271.

56 Siehe Theodor Lessing: Der jüdische Selbsthass [1930], München 1984, S. 10.

57 Joseph Berger: Das Blutbad im „Heiligen Lande", in: Inprekorr 86 (1929).

58 Otto Heller: Der Untergang des Judentums. Die Judenfrage/Ihre Kritik/Ihre Lösung durch den Sozialismus, Berlin/Wien: Verlag für Literatur und Politik 1931, S. 163.

59 „Der Untergang des Judentums". Otto Hellers Buch (Verlag für Literatur und Politik), in: Die Rote Fahne 30, 6. Februar 1932.

60 Keßler: Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus, S. 60.

61 Hermann Remmele: Referat auf der ZK-Sitzung vom 24./25. Oktober 1929, in: 2. Verhandlungstag – 25. Oktober 1929, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen, RY I/2/1/74, S. 367.

mehr, sondern nur noch ein „unterdrücktes Volk", die arabische Bevölkerung Palästinas.[62]
Entsprechend der ethnisierten Wahrnehmung des Konflikts, in der nur die Araber als revolutionäre Kraft in Frage kämen, ordnete die Komintern an, die Anzahl der jüdischen Mitglieder in der KP Palästinas zu verringern. Leopold Trepper, Mitglied der KP Palästina, erinnert sich später, dass die Parole der „Arabisierung" unter den jüdischen Mitgliedern zunächst auf Widerstand stieß:

> – als wenn es genügt hätte, in den verantwortlichen Organen einfach die Juden durch Araber zu ersetzen, um automatisch stärkeren Zulauf von Moslems zu haben! […] Bei der Versuch, die Weisungen von oben buchstabengetreu zu befolgen, wurde einer unserer Kameraden in der Nähe von Haifa gelyncht.[63]

Anfang der 1930er Jahre bestellte die Komintern die führenden jüdischen Mitglieder der KP Palästina nach Moskau. Die meisten von ihnen wurden während der „Großen Säuberung" 1936 bis 1938 verhaftet und ermordet. Joseph Berger und Leopold Trepper überlebten als zwei von wenigen.[64]
Doch nicht nur die Mitglieder der KP Palästina wurden verhaftet. Mitte der 1920er Jahre hatte die Sowjetunion im fernöstlichen Birobidshan eine jüdische nationale Verwaltungseinheit geschaffen. Mitte der 1930er Jahre wurde der Vorsitzende des Birobidshaner Gebiets-Exekutivkomitees, Josif Liberberg, verhaftet. Die Anklage gegen ihn bildete, wie der Historiker Mario Keßler, Mitglied der Linkspartei, schreibt, den Auftakt zu einem staatlich verordneten Massenmord im jüdischen autonomen Gebiet und mit der Auflösung nahezu aller autonomen Körperschaften der sowjetischen Jüdinnen und Juden. Keßler kommentiert die Ereignisse folgendermaßen:

> Der Stalinsche Terror richtete sich gegen jüdische Kommunisten zwar nicht unmittelbar als Juden. Indem jedoch der Antisemitismus als Mittel diente, um sie zu diskreditieren, verschlechterte sich die Lage der jüdischen Bevölkerung in der Sowjetunion insgesamt.[65]

Keßler vertritt eine ähnliche Position, wie sie Trotzki 1937 formuliert hatte: Die Judenfeindschaft war nicht das alleinige Motiv für die Verfolgungen von Jüdinnen und Juden während der Moskauer Schauprozesse. Aber der Antisemitismus wurde als probate Mittel zur Legitimation eingesetzt. Aus heutiger Sicht wäre zu fragen, seit wann das wahre Gesicht des Antizionismus erkennbar war: 1929, 1937, erst während der Schauprozesse in den 1950er Jahren oder nach 1969.
Dieser Antizionismus lässt sich nicht mit dem sekundären Antisemitismus erklären. Er muss ganz andere Gründe gehabt haben. Diese Ursachen gilt es auch heute noch aufzuarbeiten, denn bis heute überlagern sich im linken Antizionismus diese drei Traditionslinien, die schwer auseinanderzuhalten sind, weil sie zu ganz ähnlichen Konsequenzen führen. Erstens lässt sich eine linke Israel-Feindschaft auf Motive des sekundären Antisemitismus und eine eher unbewusste Identifikation mit Deutschland und der Nazi-Tätergeneration zurückführen. Die zweite Traditionslinie ist hingegen nicht durch einen unbewussten, sondern durch einen ganz bewussten Nationalismus gekennzeichnet, eine Art „Befreiungsnationalismus", der als Antiimperialismus eine Gruppe von Nationen (die „unterdrückten Völker") gegen andere Nationen („die Imperialisten", die USA und „den Zionismus") verteidigen will. Die Vertreterinnen und Vertreter dieses linken Nationalismus erkennen im 21. Jahrhundert in der israelsolidarischen Linken lediglich ihr Spiegelbild: Sie selbst stehen an der Seite Palästinas, die anderen an der Seite Israels. Diese zweite Traditionslinie wird zwar durch Motive des sekundären Antisemitismus wie Erinnerungs- und Schuldabwehr bestärkt. Doch sie bestand bereits vor 1945.
Die dritte Traditionslinie ist vor allem historisch zu erkennen: Die Darstellung des „Zionismus" als „Kettenhund des Imperialismus" passte mehr als 20 Jahre vor der Staatsgründung Israels zu dem Bild von „den Juden" als Vertretern von Kapital, Ausbeutung und Herrschaft. Diese Darstellungen werden in linken Debatten wiederholt als „struktureller Antisemitismus" bezeichnet; doch dieser Ausdruck trifft das, was die antisemitischen Aussagen in Artikeln der Roten Fahne ausmachte, nur unzureichend. Haury benutzt in seiner Studie zum Antisemitismus von links den Begriff „strukturell antisemitisch", um zwei Aspekte hervorzuheben: Dass Wladimir I. Lenins Beschrebung des globalen Kapitalismus „strukturell eine Nähe zum Antisemitismus" aufwies,[66] war zum einen von Lenin, einem erklärten Gegner der Judenfeindschaft, nicht intendiert, zum anderen war in den von Haury analysierten Texten Lenins von Jüdinnen und Juden gar keine Rede – was sich von dem KPD-Organ Die Rote Fahne während der 1920er Jahre nicht sagen lässt. Auch heutzutage hat man es statt mit einem strukturellen eher mit Formen eines Krypto-Antisemitismus zu tun, weil ein Ausdruck wie „jüdisches Kapital" innerhalb der radikalen Linken seit 1945 weitgehend tabuisiert ist; die entsprechenden Vorstellungen kehren allerdings in Ausdrücken wie „jüdische Lobby" wieder.
Der linke Antizionismus ist demnach nicht nur eine Folge der verweigerten oder unzureichenden Auseinandersetzung mit der Shoah und der Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten. Der linke Antizionismus geht auch zurück auf einen linken Nationalismus und Antiimperialismus. Der antiimperialistische Antizionismus hätte sich aber nicht bereits vor 1933 letztlich gegen jede jüdische Gemeinschaft im Nahen Osten gerichtet, wenn es

62 Kritik an dieser Sichtweise kam von der KPD-Opposition um den ehemaligen Vorsitzenden Heinrich Brandler und den ehemaligen Chefredakteur der Roten Fahne, August Thalheimer. In ihrem Organ Gegen den Strom schrieb L.K.: „Ohne den Versuch einer marxistischen Untersuchung des Klassencharakters auch dieses Kleinkrieges spricht die „Rote Fahne" unterschiedslos von den Juden, die sie natürlich alle als zionistische Faschisten bezeichnet und die sie den Arabern, die natürlich alle „Revolutionäre" sind, entgegenstellt. Die jüdischen Genossen in der Kommunistischen Partei Palästinas werden sich wundern, von Heinz Neumann und Lenz als freche jüdische Eindringlinge dargestellt zu werden." Zu den Ereignissen in Palästina, in: Gegen den Strom 36, 7. September 1929.

63 Leopold Trepper: Die Wahrheit. Autobiographie, übersetzt von Emmi Heimann/Wilhelm Thaler/Gerhard Vorkamp/Ursula von Wiese, München 1975, S. 33-34. Siehe auch Walter Z. Laqueur: Communism and Nationalism in the Middle East, New York 1956, S. 87-95.

64 Joseph Berger: Shipwreck of a Generation. The Memoirs of Joseph Berger, London 1971. Trepper: Die Wahrheit, S. 63. Mario Keßler: Der Stalinsche Terror gegen jüdische Kommunisten 1937/1938, in: Ders.: Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus. Arbeiterbewegung und jüdische Frage im 20. Jahrhundert, Mainz: Decaton 1994, zweite Auflage, S. 123-125.

65 Keßler: Der Stalinsche Terror gegen jüdische Kommunisten 1937/1938, S. 129.

66 Haury: Antisemitismus von links, S. 252.

innerhalb der Komintern nicht die Vorstellung gegeben hätte, „Juden" seien durch ihr besonderes Verhältnis zum Kapital definiert. So galten „die Araber" nicht nur kollektiv als die revolutionäre Kraft in Palästina und „die Juden" als „Agenten des Imperialismus", sondern dieser Antiimperialismus stilisierte, wie Moishe Postone schreibt,

> den Nationalismus von Gruppe, die das Andere darstellen sollen, zu einer Revolte des authentischen und konkreten Besonderen gegen die homogenisierende Dynamik der abstrakten Herrschaft.[67]

Diese Tradition des linken Antizionismus hinter sich lassen zu können, setzt mehr voraus als die Anerkennung des Existenzrechts Israels. Es müsste zudem der Befreiungsnationalismus kritisch hinterfragt werden. Der als dritten genannten Traditionslinie wäre allerdings nur beizukommen, wenn es gelinge, den personifizierten Antikapitalismus, die Neigung zu Verschwörungstheorien und das Bild von „den Juden" innerhalb der Linken zu überwinden.

Artikel aus der Tageszeitung Die Rote Fahne
„Geld stinkt nicht oder: so sieht ihr Antisemitismus aus! Hakenkreuzparade vor Hakennasen in Wien, eine wahre Begebenheit", Deutschlands Weg, Sonderausgabe der Roten Fahne, 29. Juli 1923.
„Zionismus – Kettenhund des englischen Imperialismus. Zum Wiener Zionistenkongreß", in: Die Rote Fahne 168, 25. Juli 1925.
„Der Araberaufstand wächst!", in: Die Rote Fahne 164, 28. August 1929.
„Arbeiterfeinde sind Führer des Zionismus!", in: Die Rote Fahne 165, 29. August 1929.
„Die Blutsauger des deutschen Volkes im Scheunenviertel", in: Die Rote Fahne 183, 19. September 1929.
„Im Auftrag Jakob Goldschmidts. Goebbels verbietet: ‚Juda verrecke'", in: Die Rote Fahne 234, 17. November 1929.
„Jüdischer Warenhausbesitzer finanziert Nazipropaganda", in: Die Rote Fahne 174, 29. Juli 1930.
„Genosse Ulbrichts Abrechnung mit den Nazis. Sein Aufruf zur Einheitsfront aller werktätigen Schichten gegen Volksausplünderung und Young-Sklaverei", Rote Fahne 20, 24. Januar 1931.
„Hitler proklamiert Rettung der reichen Juden", in: Die Rote Fahne 208, 15. November 1931.
„Nazis für jüdisches Kapital", in: Die Rote Fahne 7. September 1932.
„Zu den Ereignissen in Palästina", in: Gegen den Strom 36, 7. September 1929.

Quellen
BERGER, JOSEPH: Das Blutbad im „Heiligen Lande", in: Inprekorr 86 (1929).
DERS.: Shipwreck of a Generation. The Memoirs of Joseph Berger, London 1971.

67 Moishe Postone: Die Antinomien der kapitalistischen Moderne – Reflexionen über Geschichte, den Holocaust und die Linke, in: Nicolas Berg (Hg.): Kapitalismusdebatten um 1900 – Über antisemitisierende Semantiken des Jüdischen, Leipzig: Leipziger Universitätsverlag 2011, S. 447.

HELLER, OTTO: Der Untergang des Judentums. Die Judenfrage/Ihre Kritik/Ihre Lösung durch den Sozialismus, Berlin/Wien: Verlag für Literatur und Politik 1931.
LESSING, THEODOR: Der jüdische Selbsthass [1930], München 1984.
LONDON, ARTHUR: Ich gestehe. Der Prozeß um Rudolf Slansky, übersetzt von Willy Thaler, Hamburg: Hoffmann und Campe 1970.
PFEMFERT, FRANZ: Die schwarzweissrote Pest im ehemaligen Spartakusbund, in: Die Aktion 14, 1923.
REMMELE, HERMANN: Sowjetstern oder Hakenkreuz. Die Rettung Deutschlands aus der Youngsklaverei und Kapitalsknechtschaft, Berlin 1930.
RETZLAW, KARL: German Communists I. Die Kommunistische Partei 1919-1933 [1945], in: Curt Geyer/u.a.: Fight for Freedom. Die Legende vom „anderen Deutschland", Freiburg im Breisgau: ça ira 2009, S. 119-136.
TREPPER, LEOPOLD: Die Wahrheit. Autobiographie, übersetzt von Emmi Heimann/Wilhelm Thaler/Gerhard Vorkamp/Ursula von Wiese, München 1975.
TROTZKI, LEO: Thermidor und Antisemitismus [1937], in: Iring Fetscher (Hg.): Marxisten gegen Antisemitismus, Hamburg: Hoffmann und Campe 1974, S. 179-188.
ZK DER KPD: Kommunismus und Judenfrage, in: Der Jud' ist Schuld...? Diskussionsbuch über die Judenfrage, Basel/u. a.: Zinnen 1932, S. S. 272-286.

Literatur
ADAMCZAK, BINI: Gestern morgen. Über die Einsamkeit kommunistischer Gespenster und die Rekonstruktion der Zukunft, Münster: Unrast 2007.
ADORNO, THEODOR W.: Antisemitismus und faschistische Propaganda [1946], in: Ernst Simmel (Hg.): Antisemitismus, übersetzt von Heidemarie Fehlhaber, Frankfurt am Main: Fischer 2002, S. 148-161.
DERS.: Schuld und Abwehr [1954], in: Ders.: Soziologische Schriften II.2, Frankfurt am Main: Suhrkamp 2003, S. 121-324.
DERS.: Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute [1962], in: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft 29 (1964), S. 89-90.
BENICKE, JENS: Von Adorno zu Mao. Über die schlechte Aufhebung der antiautoritären Bewegung, Freiburg im Breisgau: ça ira 2010.
BERGMANN, WERNER: ‚Störenfriede der Erinnerung'. Zum Schuldabwehr-Antisemitismus in Deutschland, in: Klaus-Michael Bogdal/Klaus Holz/Matthias N. Lorenz (Hg.): Literarischer Antisemitismus nach Auschwitz, Stuttgart/Weimar: J. B. Metzler 2007, S. 13-35.
DERS./ERB, RAINER: Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 38, 1986, S. 223-246.
BRIGLEB, KLAUS: Mißachtung und Tabu. Eine Streitschrift zur Frage: „Wie antisemitisch war die Gruppe 47?", Berlin/Wien: Philo 2003.
BRODER, HENRIK M.: Der ewige Antisemit. Über Sinn und Funktion eines beständigen Gefühls [1986], Berlin: Berliner Taschenbuch Verlag 2006, zweite Auflage.
BROSCH, MATHIAS/U.A. (HG.): Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland. Vom Idealismus zur An-

tiglobalisierungsbewegung, Berlin: Metropol 2007.
CLAUSSEN, DETLEV: Grenzen der Aufklärung. Die gesellschaftliche Genese des modernen Antisemitismus [1987], Frankfurt am Main: Fischer, überarbeitete Neuausgabe 1994.
GESSLER, PHILIPP: Sekundärer Antisemitismus. Antisemitismus im rechtsextremistischen Milieu, unter: http://www.bpb.de/themen/6SQ26W,0,Sekund%E4rer_Antisemitismus.html (Oktober 2011).
HAURY, THOMAS: Antisemitismus von links. Nationalismus, kommunistische Ideologie und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg: Hamburger Edition 2002.
HENI, CLEMENS: „Sekundärer" Antisemitismus. Ein kaum erforschter Teil des Post-Holocaust-Antisemitismus, in: Tribüne 187 (2008), S. 132-142.
HOLZ, KLAUS: Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung, Hamburg: Hamburger Edition 2001.
DERS.: Die Gegenwart des Antisemitismus. Islamistische, demokratische und antizionistische Judenfeindschaft, Hamburg: Hamburger Edition 2005.
HYAMSON, ALBERT M.: Palestine under the Mandate, 1920-1948, Westport/Connecticut 1976.
KÄPERNICK, THOMAS: Die Studentenrevolte von 1968:Vom Philosemitismus zum Antizionismus? Anmerkungen zur Geschichte der Deutsch-Israelischen Studiengruppen, in: Irene A. DIEKMANN/ELKE-VERA KOTOWSKI (HG.): Geliebter Feind, gehasster Freund. Antisemitismus und Philosemitismus in Geschichte und Gegenwart, Berlin: VBB 2009, S. 439-466.
KESSLER, MARIO: Der Stalinsche Terror gegen jüdische Kommunisten 1937/1938, in: Ders.: Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus. Arbeiterbewegung und jüdische Frage im 20. Jahrhundert, Mainz: Decaton 1994, zweite Auflage, S. 116-132.
KIEFER, MICHAEL: Antisemitismus in den islamischen Gesellschaften. Der Palästina-Konflikt und der Transfer des Feindbildes, Düsseldorf 2002.
KLOKE, MARTIN: Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses, Frankfurt am Main: Haag + Herchen 1990.
KNOTHE, HOLGER: Eine andere Welt ist möglich - ohne Antisemitismus? Antisemitismus und Globalisierungskritik bei Attac, Transcript Verlag, Bielefeld: Transcript 2009.
KRÄMER, GUDRUN: Geschichte Palästinas. Von der osmanischen Eroberung bis zur Gründung des Staates Israels, München 2003.
KRAUSHAAR, WOLFGANG: Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus, Hamburg: Hamburger Edition 2005.
LAQUEUR, WALTER Z. Communism and Nationalism in the Middle East, New York 1956.
POHRT, WOLFGANG: Kreisverkehr, Wendepunkt. Über die Wechseljahre der Nation und die Linke im Widerstreit der Gefühle, Berlin: Tiamat 1984.
POSTONE, MOISHE: Die Antinomien der kapitalistischen Moderne – Reflexionen über Geschichte, den Holocaust und die Linke, in: Nicolas Berg (Hg.): Kapitalismusdebatten um 1900 – Über antisemitisierende Semantiken des Jüdischen, Leipzig: Leipziger Universitätsverlag 2011, S. 435-453.
RENSMANN, LARS: Kritische Theorie über den Antisemitismus. Studien zu Struktur, Erklärungspotential und Aktualität, Berlin/Hamburg: Argument 1998.
DERS.: Demokratie und Judenbild. Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwissenschaften 2005.
SALZBORN, SAMUEL: Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich, Frankfurt am Main/New York: Campus 2010.
DERS./VOIGT, SEBASTIAN: Antisemiten als Koalitionspartner? Die Linkspartei zwischen Antizionismus und dem Streben nach Regierungsfähigkeit, in: Zeitschrift für Politik 3 (2011), S. 290-309.
SCHMIDT, HOLGER: Antizionismus, Israelkritik und „Judenknax". Antisemitismus in der deutschen Linken nach 1945, Bonn: Bouvier 2010.
SCHÖNBACH, PETER: Reaktionen auf die antisemitische Welle im Winter 1959/1960, Frankfurt am Main: EVA 1961.
STEIN, TIMO: Zwischen Antisemitismus und Israelkritik. Antizionismus in der deutschen Linken, Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften 2011.
DERS.: Wie der Antisemitismus in die Linke kam, in: Cicero, 5. Juli 2011, http://www.cicero.de/berliner-republik/wie-der-antisemitismus-die-linke-kam/42297 (Oktober 2011).
STENDER, WOLFRAM: Konstellationen des Antisemitismus. Zur Einleitung, in: Ders./Guido Follert/Mihri Özdogan (Hg.): Konstellationen des Antisemitismus. Antisemitismusforschung und sozialpädagogische Praxis, Wiesbaden: VS 2010, S. 7-38.
STROBL, INGRID: Das unbegriffene Erbe. Bemerkungen zum Antisemitismus in der Linken, in: Dies.: Das Feld des Vergessens. Jüdischer Widerstand und deutsche „Vergangenheitsbewältigung", Berlin/Amsterdam: ID-Archiv 1994, S. 102-118.
ULLRICH, PETER: Die Linke, Israel und Palästina. Nahostdiskurse in Großbritannien und Deutschland, Berlin: Karl Dietz 2008.
DERS.: Antisemitismus, Shoah und „deutsche Verantwortung". (Nach)Wirkungen des Nationalsozialismus im medialen Nahostdiskurs, in: Standpunkte 18 (2010).
ULMER, MARTIN: Antisemitismus in Stuttgart 1871–1933. Studien zum öffentlichen Diskurs und Alltag, Berlin: Metropol 2011.
WELZER, HARALD/ MOLLER, SABINE/TSCHUGGNALL, KAROLIN: „Opa war kein Nazi". Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis, Frankfurt am Main: Fischer 2002, dritte Auflage.

Olaf Kistenmacher ist Historiker und promovierte an der Universität Bremen zum Thema: *Arbeit und „jüdisches Kapital". Antisemitische Aussagen in der Tageszeitung der KPD, „Die Rote Fahne", während der Weimarer Republik, 1918 bis 1933.*
Verfasser von: *Vom „Judenkapital" zur „jüdisch-faschistischen Legion in Jerusalem". Zur Entwicklung des „Antizionismus" in der Kommunistischen Partei Deutschlands in der Weimarer Republik, 1925-1933*, in: Associazione delle talpe/Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen (Hg.): *Maulwurfsarbeit. Aufklärung und Debatte, Kritik und Subversion, Berlin 2010.*

Am 27. April 2012 hat Olaf Kistenmacher in Bremen eine Einführung zum Begriff des sekundären Antisemitismus gegeben.
Siehe:
http://associazione.wordpress.com/2012/02/06/intros-kritik-des-antisemitismus/
http://www.rosa-luxemburg.info/veranstaltung/2012/sekundarer-antisemitismus-%E2%80%93-ein-erklarungsansatz-fur-israel-feindschaft-in-der-linken/

Martin Wassermann

Agenten, Eliten und Paranoia. Das Verschwörungsdenken in der deutschen Linken

> „Was wissen sie über Verschwörungen Captain?
> Ich vermute zu wenig.
> Wenn es sie tatsächlich gibt, weiß man nichts über sie.
> Glaubt man, dass es sie gibt, existieren sie nur in der Phantasie.
> Die zweite Möglichkeit findet man hauptsächlich bei Paranoiden."
> Star Trek – The Next Generation[1].

I. Der 11. September und seine Umdeutung.

„Habt ihr das vielleicht selbst gemacht, den Terror selbst in die Welt gebracht", reimt der Sänger von der Bühne eines großen Festivals. Das Publikum beklatscht die verschwörungsideologischen Zeilen mehr oder weniger. Es ist das „größte Volksfest der Linken", etwa 20.000 Menschen besuchen das „UZ-Pressefest" der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP). Am 26. Juni 2011 darf die Band „Die Bandbreite"[2] auf dem Festival auftreten und begeistert mit ihren verschwörungsideologischen Texten alte und junge Linke. Zuvor war es zu einer Podiumsdiskussion gekommen, bei der sich der Bundestagsabgeordnete Dieter Dehm und andere Personen für die Inhalte der Band aussprachen. Dabei propagiert „Die Bandbreite" verschiedene Verschwörungsmythen. Die islamistischen Angriffe des 11. September 2001 werden ebenso umgedeutet, wie der japanische Angriff auf Pearl Harbour. In ihrem neuen Album reimt die Band über die „AIDS-Lüge": „Ich belege die Wege des Virus, nenn' mich von mir aus ,nen Revisionist[3]", heißt es hier.
Mit derartigen Inhalten begeistert die Band sowohl deutsche Linke als auch das Milieu der „Truther" und „Infokrieger". Es handelt sich um ein Milieu, das sich voll und ganz dem Verschwörungsdenken verschrieben hat. Die Szene knüpft an weit verbreitete Verschwörungsmythen, nicht nur zum 11. September 2001, an: Terroranschläge seien in Wirklichkeit durch Geheimdienste inszeniert und das Wetter würde durch geheimnisvolle Waffen manipuliert werden. Die Szene betreibt Internetseiten und führt mehr oder weniger öffentlichkeitswirksame Aktionen durch. Hier existiert ein komplexes organisatorisches Geflecht zwischen verschiedenen Verschwörungsideologen und Organisationen. Mit profitablen Verlagen, teuren Kongressen und den teils kostenpflichtigen Internetfernsehsendern werden ihre Verschwörungsmärchen verbreitet. Diese haben wenig mit realen Verabredungen[4], die im Geheimen getroffen werden, zu tun. Verschwörungsideologie handelt sich vor allem von Mythen und Märchen[5], mit denen Täter benannt werden können, die ins ideologische Feindbild passen. Als am 11. September 2001 zwei Flugzeuge in die Gebäude des World Trade Center flogen und etwa 3000 Menschen um ihr Leben kamen, erblickten bereits am Tag des Anschlags die ersten Verschwörungsmythen das Licht der Öffentlichkeit. Im Internet, das sich in den kommenden Jahren als Katalysator[6] erweisen sollte, wurde bereits am 12. September die amerikanische Regierung, der israelische Geheimdienst oder andere geheimnisvolle Mächte für die Ereignisse verantwortlich gemacht.
Nach den Anschlägen wurden derartige Theorien auch in der deutschen Linken salonfähig. In der nationalbolschewistischen Tageszeitung „junge Welt" wird damals vor allem die „Let it happen"-Theorie debattiert. Den Institutionen in den USA wurde vorgeworfen, dass sie die Anschläge bewusst zugelassen hätten. Allerdings wurden bereits kurz nach den Geschehnissen die „Make it happen"-Thorien bemüht.
Die Pseudo-Theorien zum 11. September, die vor allem im Milieu der „Truther" und „Infokrieger debattiert werden, lassen sich in zwei Hauptstränge differenzieren: Da wäre zum einen die „Let it Happen"-Theorie, die davon ausgeht, dass amerikanische Institutionen die Anschläge bewusst zugelassen hätten. Zum anderen existiert ein „Make it happen"-Strang, der sogar davon ausgeht, dass die Anschläge von interessierter Seite inszeniert worden wären. Beide Stränge werden auch von Teilen der deutschen Linken aufgegriffen. Dabei wird nur in seltenen Fällen Kritik formuliert, häufiger werden diese verschwörungsideologischen Deutungen in das eigene ideologische Bild von den Geschehnissen eingepasst.
Ein beispielhafter Artikel für diesen Befund findet sich bereits kurz nach den Geschehnissen in der Tageszeitung „Junge Welt". Dort werden die Terroranschläge des 11. September 2001 bereits in der Überschrift als „Reichstagsbrandstiftung in New York" bezeichnet. Boris Kagarlitzky war am 24. September 2001 ganz sicher, dass Osama Bin-Laden lediglich ein „US-Mythos" sei. In Wirklichkeit handele es sich um eine „Verschwörung von ganz anderer Dimension", für die „ehemalige Militärs", „wahr-

1 Captain Picard im Gespräch mit Verschwörern. Zu sehen in der Folge: S01E25.

2 Eine ausführliche Kritik der Band findet sich hier: Bandbreite – Eine Kritik. http://reflexion-blog.com/?p=618 (Eingesehen am 14.06.2012).

3 Zitiert nach: Marcus Meier: Wie Links ist Paranoia. Neues Deutschland vom 02.06.2012.

4 Eine Verschwörung bezeichnet lediglich eine geheime Verabredung zwischen verschiedenen Personen, die sich zusammenschließen um ein bestimmtes Ziel umzusetzen.

5 Ein Mythos bezeichnet eine märchenhafte und emotionale Erzählung, seine Wirkung ist komplexitätsreduzierend; unüberschaubare Zusammenhänge werden mit Hilfe einfacher Wahrnehmungsschemata in geordnete Strukturen gebracht. Es handelt sich um geschlossene ideologische Gebilde. Derartige Verschwörungsmythen sind wirkungsmächtige, wahnhafte und irrationale Konstrukte. Fakten spielen oftmals gar keine Rolle.

6 Zahlreiche Verschwörungsmythen werden zunächst auf den Szene-Seiten der „Truther" und „Infokrieger" veröffentlicht. Daher wird in diesem Text auch aus derartigen Veröffentlichungen zitiert.

scheinlich mit einer verdienstvollen Vita und guten Seilschaften in Geheimdiensten und Armee“ verantwortlich seien[7]. Dieses Verschwörungsdenken findet sich in ganz ähnlicher Form bei „Truthern“ und Infokriegern“. Hier kommt es nicht nur zu abstrakt-ideologischen, sondern zu konkret personellen Übereinstimmungen.

Das prototypische Beispiel ist sicherlich die Band „Die Bandbreite“, der es gelungen ist sowohl auf linken, sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Veranstaltungen aufzutreten, als auch auf den Veranstaltungen und Aufmärschen der „Truther“ und „Infokrieger“. In der Tageszeitung „Junge Welt“ wurde die Band wiederholt zum Interview gebeten. Es war nicht nur der damalige „junge Welt“-Redakteur Jürgen Elsässser, der der Band, die mit musikalischen Verschwörungsmythen auf sich aufmerksam macht, eine Möglichkeit bot, um ihre Theorien vom „Inside Job“ zu verbreiten. Der damalige „Junge Welt“-Autor Rainer Rupp lobte die Verschwörungsband ebenfalls in den höchsten Tönen. Sie hätte „den Ansatz des politischen Lieds ins Hier und Heute“ überführt, schreibt Rupp im Jahr 2010[8].

Doch es sind auch kleinere Zeitungsprojekte der deutschen Linken, in denen die Ereignisse des 11. Septembers ganz unverhohlen umgedeutet werden. Hier kann kaum noch zwischen Propaganda der „Truther“ und „Infokrieger“ und der Propaganda in bestimmten linken Magazinen unterschieden werden. Da wäre zum Beispiel die ostdeutsche Identitäts-Zeitschrift „Rotfuchs“, in der nicht nur der 11. September im Sinne der „Truther“ und „Infokrieger“ gedeutet wird. Die Zeitschrift, die nach eigenen Angaben in einer Auflage von mehr als 30.000 Exemplaren erscheint, behauptet beispielsweise, dass der Terroranschlag auf das World Trade Center doch „vermutlich vom eigenen Geheimdienst angeregt“ wurde[9]. Hier finden sich auch weitere typische Verschwörungsmythen. So sei der damalige Präsident John F. Kennedy „wohl vom eigenen Geheimdienst erschossen“ worden, weil er die Macht der Banken brechen wollte. Manchmal wird sogar ein antisemitisches Motiv geliefert, in dem die „Rothschilds und Rockefellers“ als Hintermänner ausgemacht werden[10].

Wie in den Verschwörungsmythen der selbsternannten „Wahrheitsbewegung“ machen die Autor_innen des „Rotfuchs“ nämlich spezifische Personen aus, die für die Zeit-Geschehnisse und für das gesamtgesellschaftliche System des Kapitalismus verantwortlich gemacht werden. Hinter den Politiker_innen würden „jene“ stehen, „die Amerika tatsächlich regieren. Sie verfolgen einen „diabolischen Plan zur Erorberung der Welt“[11][12], heißt es ganz verschwörungsideologisch in dieser Zeitschrift.

In anderen Zeitungen und Zeitschriften werden die Ereignisse des 11. September 2001 ebenfalls umgedeutet. Der damalige TAZ-Autor Matthias Bröckers bringt kurz nach den Ereignissen ein Buch auf den Markt: „Verschwörungen, Verschwörungstheorien und die Geheimnisse des 11.9.“ wird zu einem Bestseller der Verschwörungsliteratur. Der Autor schreibt: „Alle Quellen liegen offen. Sie zu finden, leistet mir die Internet-Suchmaschine Google unschätzbare Dienste“[13]. Auf den Internetseiten der „Truther“ und „Infokrieger“ finden sich tatsächlich die Pseudo-Fakten, die von Bröckers und anderen Autoren bemüht werden. Sie beziehen sich aufeinander und schaffen so ein oft fast unüberschaubares Geflecht, mit dem der Verschwörungsmythos produziert wird. Verschiedene Autoren bringen in der Folge Bücher auf den Markt, mit dem sich hohe Profite generieren lassen.

Mit dem Blick auf das Jahrhundert-Ereignis des 11. September 2001 wird besonders deutlich, dass Teile der deutschen Linken einem Verschwörungsglauben verfallen sind. Dieser wird zum einen durch einen ungehemmten Antiamerikanismus und zum anderen durch eine Form des sekundären Antisemitismus befeuert: Für die Anschläge werden amerikanische oder gar israelische Institutionen verantwortlich gemacht. Während „Die Bandbreite“ darüber reimt, dass die Anschläge vielleicht „selbst gemacht“ worden seien, finden sich in den Publikationen verschiedener linker Gruppen und Parteien ganz ähnliche Theorien.

Der Vorsitzende der maoistisch-stalinistische K-Gruppe „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschland“ (MLPD) propagiert diese Thesen in seinem neuesten Buch, das von der Partei als eine Art theoretische Grundlage gehandelt wird. In seinem Buch, das auf den sperrigen Titel „Morgenröte der internationalen sozialistischen Revolution“, getauft wurde, geht es auch um die Umdeutung der Ereignisse des 11 .September 2001[14]. Auf der Internetseite der Partei werden die Ereignisse ebenfalls regelmäßig umgedeutet. Im Jahr 2005 war die „Let it happen“-Theorie angesagt. „Warum hätten die US-Imperialisten diese Anschläge auch verhindern sollen? Schließlich brauchten sie doch ihr ‚neues Pearl Harbour‘“[15], hieß es im Partei-Organ „Die Rote Fahne“. Heutzutage werden sogar die radikaleren Verschwörungsmythen zum 11. September propagiert. Auf der parteigebundenen Internetseite „RF-News“ ist beispielsweise von den „Lügen über den 11. September“ die Rede[16]. Dort wird die Telefon-Theorie, die davon ausgeht, dass die Telefonate, die Insassen der Flugzeuge geführt hatten, perfiderweise gefälscht wurden, aufgewärmt. Für die MLPD haben die Telefonate nie stattgefunden, es handele sich um eine „Lüge“. Hier übernimmt diese Partei ganz bestimmte Theorien, die zunächst im Milieu der „Truther“ und „Infokrieger“ formuliert wurden und dort bis heute propagiert werden. So beschreibt ein Autor der verschwörungsideologischen Internetseite „Alles Schall und Rauch“ von den Telefongesprächen als „eine der grössten Lügen“[17].

Es wäre falsch, die ideologische Übereinstimmung zwischen bestimmten linken Gruppierungen und den „Truthern“ und „Infokriegern“ auf kleine stalinistische Sekten zu reduzieren. Verschwörungsmythen zum 11. September 2001 finden sich in

7 Boris Kagarlitzky: Reichstagsbrandstiftung in New York. In: junge Welt vom 24.09.2001

8 Kai Degenhardt und Rainer Rupp: Kein Sex mit Nazis! Der Liedersommer auf Burg Waldeck. In: junge Welt vom 15.06.2010

9 Isolda Bohler: Morsche Pfeiler des Weltwährungssystems. In: Rotfuchs Nr. 130, 11/2008

10 Ebd.

11 Rechtschreibfehler im Original.

12 Zitiert nach: Hetze, Hass und Propaganda. http://reflexion-blog.com/?p=1227 (Eingesehen am 14.06.2012).

13 Mathias Bröckers: Verschwörungen, Verschwörungstheorien und die Geheimnisse des 11.9. Frankfurt/Main 2003. S. 19.

14 Vgl.: http://www.rf-news.de/2011/kw36/flug-93-die-luegen-ueber-den-11.-september-werden-aufgewaermt (Eingesehen am: 14.06.2012).

15 Wer steckte hinter dem 11. September 2001? (3): In: Die rote Fahne Nr.6/05, vom 10.2.2005.

16 http://www.rf-news.de/2011/kw36/flug-93-die-luegen-ueber-den-11.-september-werden-aufgewaermt (Eingesehen am: 14.06.2012).

17 Freeman: Die Telefongespräche haben nie stattgefunden. http://alles-schallundrauch.blogspot.de/2008/09/die-telefongesprche-aus-den-flugzeugen.html (Eingesehen am: 15.06.2012)

Zeitschriften von Antifa-Gruppen, in den Verlautbarungen von Politiker_innen der Partei „Die Linke“ oder in verschiedenen anderen Publikationen.
In der „Roten Ruhr“, der Zeitschrift der „antisemitischen Gruppe „Rote Antifa NRW“, wurden verschiedene Terrorattacken als „Aktionen unter falscher Flagge“ bezeichnet, die „von den europäischen Geheimdiensten“ inszeniert werden würden.

> „Solche Anschläge sind für die Regierungen der verschiedenen Staaten so wichtig, um Krieg und Überwachung zu rechtfertigen, dass sie sogar selbst Terror gegen die eigene Bevölkerung organisieren“.

Interessanterweise geht es in dem Artikel vor allem um Anders Behring Brevik[18]. In dem Milieu der „Truther“ und „Infokrieger““ wurde dieser Täter ebenfalls entlastet, in dem von geheimnisvollen Geheimdienst-Aktionen die Rede war[19]. Derartige und andere Mythen gibt es auch in der deutschen Linken.
Verschwörungsmythen sind auch unter den Abgeordneten der Partei „Die Linke“ weit verbreitet. Das Bundestagsmitglied Diether Dehm bezeichnet sich selbst als „glühenden Verschwörungstheoretiker“[20]. Er ist ein finanzieller und ideeller Unterstützer der Band „Die Bandbreite“, die im Jahr 2010 auf dem „politischen Aschermittwoch“ des linken Bundestagsabgeordneten Niema Movassat auftreten durfte.
Was die Bundestagsabgeordnete Inge Höger von dieser Band hält, ist nicht überliefert, allerdings kolportierte sie ganz eigene Verschwörungsmythen: Nachdem der anti-israelische Aktivist Vittorio Arrigoni von fanatischen Salafisten ermordet wurde, brachten Höger und der Bandbreite-Fan Movassat eine Pressemitteilung heraus, mit der sie den Tod des Aktivisten umdeuten: „Die Frage, die man sich stellen muss, ist: Wer profitiert von diesen furchtbaren Verbrechen?“ Die Bundestagsabgeordnete Höger beantwortete diese Frage, in dem sie von einer „Aktion unter falscher Flagge“ sprach. Sie machte Israel verantwortlich und sprach ihrer Verschwörungstheorie „durchaus eine gewisse Berechtigung“ zu[21]. Auf den Internetseiten der „Truther“ und „Infokrieger“ wurden derartige Theorien ebenfalls propagiert.

II. Wetter-, Erdbeben-, Strahlenwaffen und der Iran.

Ein weiteres Beispiel, das diese ideologischen Übereinstimmungen zwischen den Milieus aufzeigt, findet sich in der Partei-Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), der Wochenzeitung „Unsere Zeit“. Nicht nur im Jahr 2004 wurde dort verschwörungsideologische Propaganda betrieben. Damals wurde dort der „Chemtrail“-Mythos reproduziert. Es handelt sich um einen äußerst beliebten Verschwörungsmythos, der in Deutschland ganz maßgeblich vom antisemitischen Verschwörungsideologen Werner Altnickel[22] formuliert wurde. Dieser Solarstromtechniker, der in der niedersächsischen Kleinstadt Oldenburg so manche Anlage montiert hat, geht davon aus, dass geheime israelische und amerikanische „Erdbeben“- und „Strahlenwaffen“ existieren, mit denen der zweite Weltkrieg heimlich fortgesetzt werden würde. Eine weitere Waffe sei der „Wetterkrieg“. Mittels geheimnisvoller Mittelchen würden Flugzeuge einen „Chemtrail“ hinterlassen, mit denen das Wetter manipuliert oder die Bevölkerung vergiftet werden könnte. Mit einer Mischung aus Paranoia und Pseudo-Wissenschaftlichkeit wird hier an weit verbreitete Ängste angeknüpft.
An diese Theorien knüpfte Peter Wolter in der Parteizeitschrift „Unsere Zeit“ an. Bereits die reißerische Überschrift macht klar, was für Mythen hier verbreitet werden. „Wetter als Waffe“, hieß es in der Wochenzeitung, in dem ausführlichen Artikel[23] werden die Mythen der Verschwörungsszene aufgegriffen und als „Erklärungsmuster“ verharmlost. Hier war von der „Wunderwaffe“, die sich „Chemtrail“ nennen würde, die Rede. Der Autor wusste sogar zu erzählen, dass die „Wunderwaffe“ in verschiedenen Kriegen eingesetzt worden wäre. Er schrieb von einer geheimnisvollen „dichten Wolkenschicht über Serbien“, mit denen man „die politischen Grenzen des Landes hätte nachzeichnen können. In der Folge kam es zu einer lang anhaltenden Dürreperiode[24]“. Mit dem unbewiesenen Märchen von der Dürreperiode werden in der Folge anti-amerikanische Ressentiments bedient. Schließlich werden die USA von zahlreichen Chemtrail-Ideologen als angeblicher Urheber ausgemacht. Genau diese Propaganda lässt sich allerdings auch in der Partei-Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei finden. Kein Wunder, dass die Partei den eingangs erwähnten Verschwörungsmusikanten der „Bandbreite“ auf dem „UZ-Pressefest“ einen umjubelten und zugleich umstrittenen Auftritt ermöglichte.
Es wäre falsch, derartige Theorien nur in einzelnen Organisationen zu verorten. Sie finden sich in der gesamten Linken. Eine ideelle Verschwörungsgruppe lässt sich aber sehr wohl benennen. Die Gruppe „Arbeiterfotografie“ ist vielleicht das Beispiel für eine linke Gruppierung, die dem Verschwörungsdenken vollkommen verfallen ist.
Auf den Internetseiten der Gruppe wird zum Beispiel der Mord an der iranischen Oppositionellen Neda, die von den Schergen des Regimes hingerichtet wurde, umgedeutet. Hier wird auf einen typischen Trick zurückgegriffen, der notwendig ist, um die Ideologie zu verbreiten. Es wird entweder ein oft namenloser Pseudo-Experte bemüht, der dem jeweiligen Verschwörungsmythos höhere Weihen verleihen soll. Oder es wird ein oftmals namenloser „Kronzeuge“ bemüht, der mit seiner Binnenperspektive für ungeheuer neue Einsichten über die angebliche Verschwörung sorgen soll.
Im Falle der Umdeutung des Neda-Mordes wird auf den namenlosen Experten zurückgegriffen[25]. Es handelt sich um einen anonymen „Fachpfleger“, „der seit mehr als 30 Jahren auf dem Gebiet der Intensivmedizin und Anästhesie tätig“ sei. Dieser Krankenpfleger hat die Fotos der Ermordeten analysiert und kommt zu dem Schluss, dass die Amateur-Videos „ohne manipulatives Eingreifen“ nicht zu erklären sind. Anhand des Teints

18 Rote Antifa NRW: Zu den faschistischen Morden in Norwegen. In: Rote Ruhr Nr. 08/2011.

19 Ausführlich: Der Terror und die Verschwörungstheorien: http://reflexion-blog.com/?p=1101 (Eingesehen am 14.06.2012).

20 So Diether Dehm auf einer Podiumsdiskussion. Vgl.: http://www.youtube.com/watch?v=ikf-h6ThyKU (Eingesehen am: 15.06.2012)

21 Vgl.: Im Verschwörungswahn. http://reflexion-blog.com/?p=1029 (Eingesehen am 14.06.2012)

22 http://www.esowatch.com/ge/index.php?title=Werner_Altnickel (Eingesehen am: 15.06.2012).

23 Peter Wolter: Wetter als Waffe. In: Unsere Zeit vom 28. Mai 2004.

24 Ebd.

25 Zitiert nach: Arbeiterfotografie gegen Neda. http://reflexion-blog.com/?p=509 (Eingesehen am 14.06.2012).

der Toten, der bei einer „Südländerin" einfach „nicht so krass" erscheinen könne, wurde mit dem namenlosen Pseudoexperten der Verschwörungsmythos vom Mord, der in Wirklichkeit von „interessierten Stellen"[26] inszeniert worden sei, geschaffen.
Bei soviel Verschwörungsdenken über einen Mord im Iran ist es nicht verwunderlich, dass die „Arbeiterfotografie" auch die Ereignisse des 11. September 2001 umdeutet. Sie propagiert aber auch andere Mythen, die in der Verschwörungsszene weit verbreitet sind. Teile der Szene propagieren seit Jahren die Existenz einer mysteriösen „Erdbebenwaffe". Nach jedem natürlichen Erdbeben wird daher in den Medien der „Truther" und „Infokrieger" über den angeblichen Einsatz der Waffe spekuliert. Diese Umdeutungen von Naturkatastrophen sind in der Verschwörungsszene weit verbreitet. Dort werden die USA ganz antiamerikanisch verantwortlich gemacht, die mit der angeblichen „Wetterwaffe" HAARP, das in Wirklichkeit lediglich ein „Forschungsprogramm"[27] darstellt, die übrigen Staaten bedrohen würden. Diese antiamerikanische Angst-Phantasie vor der geheimnisvollen „Erdbebenwaffe", wurde auch nach den Ereignissen von Fokushima bemüht. Die Gruppe „Arbeiterfotografie" stellte sich damals „die Frage" ob das „Erdbeben, das am 11.3.2011 in Japan die verheerenden Folgen inklusive einer atomaren Katastrophe ausgelöst hat, natürlichen Ursprungs" sei, oder ob „es künstlich hervorgerufen" worden wäre:

> „Für den Fall, das es künstlich hervorgerufen ist, ergibt sich die Frage, wer für dieses Verbrechen verantwortlich ist, wer es angeordnet und wer es ausgeführt hat. Sehr wahrscheinlich bedarf es dafür nur weniger Personen",

unkte die Gruppe[28]. Natürlich wendete sie auch jenen erwähnten Trick an, diesmal griff man auf den vermeintlichen „Kronzeugen" zurück. Die Gruppe berichtete, dass der „Ex-Finanzminister Japans, Heizo Takenaka" einem Journalisten auf die Frage, warum er „die Kontrolle über die finanziellen Reserven Japans einer Handvoll amerikanischer und europäischer Oligarchen übergeben hat", geantwortet habe, „ihm sei mit einem Erdbeben gedroht worden, wenn er nicht kooperiere"[29]. So wird der Verschwörungsmythos von den amerikanischen „Oligarchen" bedient, die die restliche Welt mit der angeblichen Wetterwaffe bedrohen.
Die Umdeutung des 11. Septembers 2001 ist ein weiteres ideologisches Standbein der Gruppe „Arbeiterfotografie". Auf der Internetseite werden die Theorien des Verschwörungsideologen Eric Hufschmid, der Holocaustleugner als „Wahrheitssuchende" bezeichnet und vom „HoloHoax" spricht, ganz selbstverständlich verteidigt. Schließlich habe dieser „viel zur Entlarvung des 9/11-Lügengebäudes beigetragen"[30].
Die verschwörungsideologische Propaganda über den 11. September, die im Verschwörungsmilieu formuliert wird, das sich allerdings erst in den letzten Jahren organisatorisch formiert hat, ist in der deutschen Linken weit verbreitet. Sie wird aufgegriffen und durch die üblichen Phrasen ergänzt. Mit dem Wissen über die Geschichte der deutschen Linken ist dies allerdings eine Entwicklung, die nicht überraschen dürfte. Das marxsche Aphorismus von der „Weltgeschichte", die sich zwei Mal ereignen würde, „das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce"[31], kann auf diese Weise eine ganz neue Bedeutung bekommen.

III. Vergangenheit, die nicht vergeht.

Zu Zeiten des jungen Marx war die entstehende deutsche Linke, die sich als „Arbeiterbewegung" begriff, selbst von Verschwörungsmythen betroffen. Kommunisten, Sozialdemokraten und Anarchisten galten als fiese Unterwanderer, die sich verschworen hätten und mit Hilfe von Attentaten, Morden und Terror für die Destabilisierung der deutschen Monarchien sorgte. Der deutsche Antikommunismus gegen das, was sich damals als „Arbeiterbewegung" begriff, war ein Konglomerat aus Paranoia und Verschwörungswahn. Seit dem beginnenden 19. Jahrhundert existiert das Bild des politischen Verschwörers von links, der international vernetzt ist und überall Werte wie „Vaterland", „Glaube" und „Familie" unterminieren würde. Dieser antikommunistische Verschwörungsglauben ist bis heute weit verbreitet, hinzu kam allerdings schnell ein weiterer Verschwörungsmythos, der zu einem zentralen Element des aufkommenden Antisemitismus werden sollte.
Das Märchen von der allumfassenden Macht der Juden, die in Personen wie der Rothschild-Familie personifiziert wurde, die angeblich die Nationalstaaten und die bürgerliche Ordnung bedrohten, ist ein gängiges Motiv des Antisemitismus. In der Bibel der Antisemiten, dem Machwerk „Die Protokolle der Weisen von Zion", findet sich dieses Motiv, auf das deutsche Antisemiten, gerne zurückgriffen[32].
Dieser Hetze konnte die deutsche Linke wenig entgegensetzen. Von einer kritischen Auseinandersetzung konnte nicht die Rede sein, wenn die Kommunistische Partei Deutschland (KPD) erklärte:

> „Der christliche Wucherer erscheint uns genauso verabscheuungswürdig wie der jüdische, Stinnes genauso wie Rothschild"[33].

Diese Entwicklung gipfelte in den antisemitischen Ausbrüchen verschiedener Partei-Kader der Kommunistischen Partei Deutschland (KPD). Von der damaligen Parteivorsitzenden und späteren Antikommunistin Ruth Fischer sind die Worte von den „Judenkapitalisten" überliefert: „Tretet die Judenkapitalisten nieder, hängt sie an die Laterne, zertrampelt sie"[34].

---

26 Ebd.

27 Siehe: http://esowatch.com/ge/index.php?title=HAARP (Eingesehen am: 14.06.2012).

28 Zitiert nach: Katastrophen-Verklärung. http://reflexion-blog.com/?p=1007 ((Eingesehen am: 14.06.2012).

29 Ebd.

30 Gruppe Arbeiterfotografie: Wer darf behaupten: Der Holocaust hat nie stattgefunden (27.11.2006). http://www.arbeiterfotografie.de/galerie/kein-krieg/hintergrund/index-taeter-0025.html (Eingesehen am: 12.06.2012).

31 Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. Berlin, 1972. S. 115-123.

32 Tobias Jeacker: Antisemitische Verschwörungstheorien nach dem 11. September. Münster, 2005. Seite 45 ff.

33 Aus einem KPD-Flugblatt zu Beginn der 20er Jahre, zitiert nach: Gruppe Magma: Die KPD und der Antisemitismus. http://www.rote-ruhr-uni.com/texte/gruppe_magma_kdp_und_antisemitismus.shtml (Eingesehen am 13.06.2012).

34 Hängt die Judenkapitalisten. Ruth Fischer als Antisemitin, in: Vorwärts (Berlin) Nr. 390, 22. August 1923.

Die antisemitische Konstruktion des „Judenkapitalisten“ wurde bis heute nicht endgültig überwunden. Sie findet sich beispielsweise in einem Artikel der Zeitschrift „Rote Fahne“, die das Zentralorgan der stalinistischen K-Gruppe „Kommunistische Partei Deutschland“ (Im Szenejargon: KPD-Ost) darstellt. In dieser Zeitung hieß es im September 2009, mit dem Blick auf den zweiten Weltkrieg: „Dem deutschen Großkapital und dessen Rüstungsindustrie stand diesmal das jüdische Kapital als Konkurrenz im Wege“[35]. Durch diese Vulgär-Ökonomie wird die Vernichtungspraxis der Nazis zum Mittel der innerkapitalistischen Auseinandersetzungen gemacht. In der Tradition der antisemitischen Deutungsversuche des 2. Weltkriegs ist vom „jüdischen Kapital“ die Rede, das dem „deutschen Großkapital“ irgendwie im „Wege“ gestanden sei.
Neben den offenen antisemitischen Vernichtungsphantasien knüpften die Partei-Kommunist_innen aber bereits in den 20er Jahren an bestimmte verschwörungsideologische Bilder an. Die heimliche „Elite“ wurde in bestimmten „Kapitalisten“ personifiziert, die in Karikaturen als raffende Einzelpersonen dargestellt wurden, die den ehrlichen „Proletarier“ um seinen wohlverdienten Lohn brachten.
Der Kapitalismus wurde als wirkungsmächtige Verschwörung von einigen einzelnen „Kapitalisten“ gedeutet. Viele Kommunist_innen beriefen sich auf die damals bestimmende theoretische Figur des entstehenden „Marxismus-Leninismus“. Lenin propagierte mit seinem Werk „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ eine „Imperialismus“-Theorie, die davon ausging, dass sich große kapitalistische Monopole gebildet hätten, die die Welt beherrschen würden. „Das Finanzkapital, das in wenigen Händen konzentriert ist“, kann „schalten und walten“ und die „Gesellschaft durchdringen“ [36]. Derartiges Denken bietet, wegen seiner Vulgarisierung des marxschen Begriffs vom Kapital, zahlreiche Anknüpfungspunkte für verschwörungsideologische Mythen.
In anderen Erklärungen und Verlautbarungen waren es allerdings nicht nur Anknüpfungspunkte. Im Gründungsaufruf der „Kommunistischen Internationale“ von 1919 hieß es kämpferisch: „Nieder mit der imperialistischen Verschwörung des Kapitals!“ [37]. Dieses wurde als personifizierter, geschlossener und monolithischer Block dargestellt, zwischen dem keine Widersprüche existieren würden.
Mit einer Kapitalismuskritik haben derartige theoretische Ausfälle nicht das Geringste zu tun. Hier wurde kein Kapital-Verhältnis bestimmt, sondern eine totale Elite konstruiert, die angeblich über die Welt – und die ausgebeuteten Proletarier – herrschen würde. Der damalige Traditionsmarxismus, der um Lenins Einfälle ergänzt wurde, war nicht in der Lage, die kapitalistische Gesellschaft in ihrer Totalität zu bestimmen und aufzuheben, sondern arbeitete mit Personalisierungen, die eine bestimmte Gruppe für die „Spekulation“ und anderes Ungemach verantwortlich machten.

35 Arthur Müller: 1. September 1939: Beginn des 2. Weltkrieges mit dem Überfall Hitlerdeutschlands auf Polen vor 70 Jahren. In: Die Rote Fahne, September 2009.

36 Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Berlin, 1962. Seite 232.

37 Richtlinien der Kommunistischen Internationale, vom Kongress der Kommunistischen Internationale in Moskau (2. bis 6. März 1919) beschlossen.

Die Machtübergabe an die Nationalsozialisten, die von einer absoluten Mehrheit der Deutschen unterstützt wurden, wurde mit einer verschwörungsideologischen Erklärung gedeutet, die bis heute nachwirkt. Mit der damaligen Faschismus-Definition, die den Nationalsozialismus umfasste, hat die deutsche Linke bis heute zu kämpfen. „Der Faschismus ist die Macht des Finanzkapitals selbst“, definierte der damalige Vorsitzende der Kommunistischen Internationale, Georgi Dimitroff, auf den sich ein Großteil der deutschen Linken beziehen sollte. Er wertete den Nationalsozialismus als Projekt des „Finanzkapitals“[38]. Diese Erklärung war ebenso einfach, wie falsch. Schließlich wurden verschiedene andere Faktoren, wie die NS-Massenbewegung und die Tatsache, dass die Weimarer Republik eine bürgerliche Demokratie ohne bürgerliche Demokrat_innen darstelle, mehr oder weniger ausgeblendet. Stattdessen wurde ein weltgeschichtliches Ereignis auf das zielgerichtete verborgene Wirken einer kleinen Minderheit zurückgeführt. Dieses Denken hat sich bis heute erhalten.
Auf die Faschismus-Definition des Georgi Dimitroff beziehen sich bis heute verschiedene linke Gruppen und Organisationen. Egal ob bei den Schulungen der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) oder im aktuellen antifaschistischen Demonstrationsaufruf autonomer Gruppen: Die verschwörungsideologische Definition des Georgi Dimitroff gilt als en vogue. „Die Herrschenden dieses Landes nutzen die Faschisten als ein Werkzeug“, heißt es beispielsweise in einem Demonstrationsaufruf eines „revolutionären Antifa Bündnis“, das sich sicher ist: „Hinter dem Faschismus steht das Kapital“[39]. Damals wie Heute wird also mit der verschwörungsideologischen Deutung des Nationalsozialismus und einer Kapital-Definition gearbeitet, die dieses als geeinigte monolithische Verschwörung erscheinen lässt. Nationalsozialistische Ideologie und die Organisierungsversuche und Propaganda von Nationalsozialisten werden als perfide Methode des „Kapitals“ gedeutet, nicht als Konsequenz aus dem Antisemitismus und Rassismus, der in Deutschland von breiten Teilen der Bevölkerung vertreten wird.
Wie sehr die deutsche Linke, die sich in den 20er Jahren vor allem auf die Sowjetunion bezog, vom verschwörungsideologischen Denken geprägt wurde, beweisen auch verschiedene Agententurtheorien. Hier wurden oppositionelle Partei-Kader als „Agenten“ einer fremden Macht bezeichnet. Mit den Schauprozessen wurde der Pseudo-Beweis gebracht, dass sich diejenigen, die sich der Stalinisierung entgegensetzten, in Wirklichkeit Agenten des „Imperialismus“ seien. Leo Trotzki galt ebenso als Agent wie zahlreiche andere Partei-Kader.
Dieser verschwörungsideologische Wahn traf aber auch andere Menschen. In den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts fand er einen vorläufigen Höhepunkt. Mit der so genannten „Ärzteverschwörung“ wurde eine angebliche Verschwörung von Medizinern konstruiert, die sich zusammengefunden hatten, um die Führung der Sowjetunion um Josef Stalin auszuschalten. Das verschwörungsideologische Denken gipfelte in der antisemitischen Tragödie. Das Zentralorgan „Prawda“ berichtete, in einer antisemitischen Diktion: „Die Mehrheit der Mitglieder dieser Terroristengruppe (…) war von amerikanischen Geheimdiens-

38 Georgi Dimitroff: Ausgewählte Schriften, Band.2, Berlin, 1958. S.523ff.

39 SOL Hamburg: „Hinter den Faschisten steht das Kapital“. http://sol-hh.de/index.php/archiv/178-hamburg-antifa-demo-9-dezember (Eingesehen am 15.06.2012).

ten gekauft. Sie wurden von einer Zweigstelle der Amerikanischen Geheimdienste, einer internationalen jüdischen bourgeois-nationalistischen Organisation namens ‚Joint' angeworben"[40].

Derartige Prozesse, mit dem verschwörungsideologischen Agentur-Vorwurf gab es auch in der DDR: Die Verurteilung des Kommunisten Paul Merker, der als „zionistischer Agent" bezeichnet wurde, weil er sich um gute Beziehungen zum gerade entstandenen israelischen Staat bemühte, wäre hier ein Beispiel. Nicht nur hier wurden wirkungsmächtige, „zionistische" Verschwörungen konstruiert.

Es handelt sich um einen Vorwurf, der bis heute fortwirkt. Zwar führen deutsche Linke keine Schauprozesse mehr, dafür geben sich einige Protagonisten allerdings die größte Mühe, um bestimmte Kritiker_innen als Agenten zu bezeichnen.

Ob in der Kommentarspalte des linken Internetportals „Indymedia", in den Texten der Tierrechtsaktivistin Susann Witt-Stahl oder auf den Veranstaltungen des Wolfgang Kröske, der als „linker Kaberettist und Entertainer" mit dem Namen „Dr. Seltsam" auf sich aufmerksam macht: Sie alle bemühen eine verschwörungsideologische Konstruktion, die an die historischen Konstruktionen gegen oppositionelle Kommunist_innen erinnert. „Wer bezahlt die Antideutschen", fragt der Kaberettist „Dr. Seltsam" ganz ernsthaft im Januar 2010. „Natürlich sagt jeder sofort: Klar, der Mossad, aber wer kann das beweisen?". Die Beweise sollte der Autor Jürgen Cain Külbel liefern, der in seinem Vortrag verständlicherweise jeden Beweis schuldig bleiben musste[41].

Heute wie damals werden innerlinke Kritiker_innen zu Agenten geheimnisvoller Mächte gemacht. Diese verschwörungsideologische Feindbildpflege, wurde niemals überwunden. Darauf verweist auch eine Pressemitteilung des Linkspartei-Politikers Diether Dehm, in der er „Antideutsche" als „militante fanatisierte Anhänger von israelischer Regierung und Geheimdienst" bezeichnete[42]. Hier trifft linke Paranoia auf antisemitische und damit auch verschwörungsideologische Ressentiments.

Wenn es nicht zum antisemitischen Mossad-Vorwurf kommt, werden die „Antideutschen", die ebenso wenig eine homogene Masse darstellen, wie die deutsche Linke, als „objektiv omnidirektional einsetzbare Hilfstruppen" bezeichnet, die „für die (deutsche) Rüstungsindustrie" im Einsatz seien. Dies tut Susann Witt-Stahl in einem ihrer Texte[43], der auf zahlreichen Internetseiten zu finden ist. Andere machen andere geheimnisvolle Institutionen verantwortlich. Auch der Sänger der musikalischen Zumutung, die auf den Namen „Die Bandbreite" hört, spricht davon, dass man „sich eigentlich nur angucken" müsste, wer einen „Nachteil davon" hat, „dass wir so 'nen Song über 11. September gestalten":

> „Dann kann man sich ungefähr vorstellen, wo diese ganzen Diffamierungen herkommen und wer dafür bezahlt. Und ich bin mittlerweile sehr überzeugt davon, dass dafür bezahlt wird[44]".

Was einmal als politische Tragödie im Schauprozess zu Tage trat, wiederholt sich als Farce, in der paranoiden Vorstellung, dass die Kritiker_innen durch Geheimdienste bezahlt werden würden.

Dabei wird auf einen vulgären Erklärungsversuch zurückgegriffen. Man müsse sich nur die Frage stellen, wem eine Sache nützt, schon hätte man einen Täter, auf den man die Sache zurückführen könnte, glaubt der ordinäre Verschwörungsfan. Ganz ähnliches glauben auch manche Linke. Das „Wem nützt es" ist die Grundlage, mit denen Verschwörungsideologen und ihre Anhänger_innen bestimmte Ereignisse deuten. „Wenn man nicht sofort erkennen kann, welche politschen oder sozialen Gruppen, Kräfte oder Größen bestimmte Vorschläge, Maßnahmen usw. vertreten, sollte man stets die Frage stellen: Wem nützt es[45]", hatte Lenin vorgeschlagen. Nicht nur Leninisten scheinen sich bis heute an diese Weisung zu halten.

Auch die Einordnung des „Zionismus" zeigt das verschwörungsideologische Denken, das in manchen linken Gruppen gepflegt wird, deutlich auf. Für die 60er Jahre des 20. Jahrhunderts konstatierte Moishe Poistone: Der

> „Zionismus wurde nicht einfach als schlechtes oder problematisches Programm kritisiert, sondern als weltweite, äußerst mächtige und zutiefst böse Verschwörung"[46].

Nachdem die außerparlamentarische Linke unter anderem in der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), in den K-Gruppen und in der Alternativbewegung aufging, blühten mit diesen Organisationen auch verschiedene Verschwörungsmythen. Vor allem wurde jenes Verschwörungsdenken kolportiert, für das die historischen kommunistischen Parteien und ihre Vordenker berüchtigt waren.

Bis heute hat die Linke dieses Denken in keiner Weise überwunden, bis heute knüpft sie damit an verschwörungsideologische Großkonstruktionen an, die ebenfalls eine heimliche Elite konstruieren, die manchmal allerdings anders bestimmt wird. Statt vom „Großkapital" ist vom „Geldadel" oder konkreter von den „Rothschilds" und „Rockefellers" die Rede.

In Deutschland wird das personifizierte „Großkapital" tatsächlich häufiger mit den jüdisch klingenden Namen von Bankiers in Verbindung gebracht. Beispielhaft dafür ist sicherlich die deutsche Occupy-Bewegung, die ein krudes Gemisch aus Verschwörungsdenken, verkürzten Kapitalismus-Kritiken und strukturellem Antisemitismus propagierte. Von Sarah Wagenknecht bis zu Heiner Geissler, von der Interventionistischen Linken bis zur Linkspartei: Die deutsche Occupy-Bewegung begeisterte die deutsche Linke.

IV. Der Aufmarsch der Wutbürger_innen.

Am 15.10.2011 organisierten verschiedene Verschwörungsaktivisten, Demokratie-Idealisten und deutsche Bewegungslinke die ersten Demonstrationen der „Occupy-Bewegung". Hier kamen selbsternannte „Empörte" auf den Straßen der Bundesrepublik

40 Prawda: Vicious Spies and Killers under the Mask of Academic Physicians. Übersetzter Artikel: http://www.cyberussr.com/rus/vrach-ubijca-e.html (Eingesehen am: 15.06.2012).

41 Zitiert nach.: Gnurpsnewoel: Wer bezahlt die Antideutschen? http://gnurpsnewoel.blogsport.de/2010/01/04/wer-bezahlt-die-antideutschen/ (Eingesehen am 15.06.2012).

42 Der Spiegel, Nr. 23/2009.

43 Susann Witt-Stahl: Antifa heißt Luftangriff. In: Der Semit, Nr. 6, Dezember/Januar 2011.

44 Zitiert nach: Die Bandbreite – Eine Kritik. http://reflexion-blog.com/?p=618 (Eingesehen am 18.06.2012).

45 Lenin Werke Band 19. Berlin, 1977. S. 34 ff.

46 Moishe Postone: Die Kritische Theorie und die Problematik der Geschichte des 20. Jahrhunderts. In: Deutschland, die Linke und der Holocaust. Freiburg, 2005. Seite 256.

zusammen, um gegen „ein Prozent[47]“ auf die Straßen zu gehen. Überraschenderweise nahmen mehr als 10.000 Menschen teil, unter anderem in Frankfurt und Berlin. Verschiedene linke Gruppen und Organisationen hatten diese Manifestation unterstützt. Die Forderungen der Demonstrant_innen wurden dabei gekonnt ignoriert. So marschierte ein antikapitalistischer Block in Berlin vorweg, ihm folgten Verschwörungsfans und Antisemiten, die im verschwörungsideologischen Jargon von der „BRD-GmbH“ warnten oder antisemitische Bilder von der „Schuldknechtschaft“ bedienten[48], während sie „Wir sind das Volk“ brüllten.

Alle waren sich einig. Während die „Bild-Zeitung“ die „nackte Wut gegen die Banken“ lobte, erfreute sich die „TAZ“ daran, dass „Hunderttausende gegen den Kapitalismus“ auf die Straßen gegangen seien[49].

Dabei waren Schilder gegen die „Bilderberger“, gegen die „Rothschilds“ und gegen die „Neue Weltordnung“ nicht zu übersehen, die mit Forderungen nach einer Neuuntersuchung des 11. September einhergingen. Auf den Demonstrationen und Kundgebungen, die teilweise vom verschwörungsideologischen „Zeitgeist-Movement“ organisiert wurden, trafen Aktivist_innen der Verschwörungsszene auf Mitglieder der Linkspartei oder autonome Linke. Die antisemitischen und völkischen Parolen der Demonstrant_innen wurden nur in den seltensten Fällen kritisiert. Zu verlockend schien die Möglichkeit, endlich einmal größere Menschenmassen zu erreichen. Außerdem gab und gibt es ideologische Überschneidungen und gemeinsame Nenner.

Einer dieser gemeinsamen Nenner ist die Zentralsteuerungstheorie, das heißt also der Irrglaube, dass da irgendwo eine geheime Elite die Geschehnisse zentral steuern würde. Mit der Phrase von den 99 Prozent der Bevölkerung, der die 1 Prozent gegenübergestellt werden, wurde an derartige Zentralsteuerungstheorien angeknüpft. Dabei wird eine Elite konstruiert, die je nach ideologischem Standpunkt dann genauer benannt wird. Für antisemitische Verschwörungsideologen wird hier der Bogen von den „Rotschilds“ zu anderen „Bankstern“ gespannt, die ebenfalls jüdisch-klingende Namen besitzen. Andere sprechen allgemeiner von „Kapitalisten“ oder ganz konkret von Josef Ackermann, dem ehemaligen Vorsitzenden der Deutschen Bank, dem ebenfalls eine unglaubliche Macht nachgesagt wird. In der Parole „Wir sind die 99 Prozent“ ist die Sehnsucht nach einer großen deutschen Gemeinschaft erkennbar, die den angeblich internationalen „Spekulanten“ und „Bankstern“ gegenübergestellt wird.

Diese vollkommen falsche Sichtweise auf den Kapitalismus führte zu den merkwürdigsten Verbindungen:

> „Plötzlich wirken sie alle wie Brüder und Schwestern im Geiste. In welcher Partei war Hessel nochmal? FDP, sagt sie. Wir sind offen für alle Parteien, sagen die anderen, sie gehöre ja schließlich auch zu den Neunundneunzig Prozent. Die übrigen 1 Prozent, das seien ja nur die ganz Kranken, sagt eine, ein paar hundert höchstens, die kontrollierten die ganze Wirtschaft“,

berichtete die „Frankfurter Rundschau“ über einen Occupy-Besuch der FDP-Politikerin Katja Hessel[50].

Nach den Demonstrationen wurde gemeinsam eine deutsche Gemeinschaft der „Wutbürger“ formiert: Dieser Wunsch nach einer großen Gemeinschaft war der zweite gemeinsamer Nenner der „Occupy-Bewegung“. Von der großen „Bewegung“ träumen schließlich sowohl linke Aktivist_innen als auch Verschwörungsfans, die sich dort zusammenfanden.

Dies wird anhand vieler Flugblätter, aber auch vieler Manifeste besonders deutlich. In einem Selbstverständnis wurde die „Bewegung“ beispielsweise – in einem antifeministischen Jargon – als der Zusammenschluss der „Wissenschaftler, Politiker, Studenten, Schüler und Hausfrauen“ beschrieben[51]: „Wir sind die 99 Prozent“, hieß es hier. Im Manifest von „Echte Demokratie Jetzt“ (EDJ), die maßgeblich an der Formierung der „Bewegung“ beteiligt war, wurden die Aktivist_innen als „normale Menschen“ beschrieben, die „aufklärerisch“ oder „konservativ“ wären. Gemeinsam sei man „besorgt und wütend angesichts der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Perspektive, die sich uns um uns herum präsentiert: die Korruption unter Politikern, Geschäftsleuten und Bankern macht uns hilf- als auch sprachlos“[52]. Es handelt sich um „Choräle der kollektiven Selbsterniedrigung durch freiwilligen Vernunftverzicht“[53].

Den zweiten Nenner könnte man also als Sehnsucht nach einer großen deutschen Gemeinschaft beschreiben, die mit einer intellektuellen Selbstaufgabe einhergeht. So hieß es auf einer Interneteite von der „Occupy-Bewegung“ aus Dresden:

> „Wir spalten nicht. Der der neben dir steht ist doof? Er steht neben dir und dafür solltest du dankbar sein. Wir sollten dankbar sein, uns anzufreunden, uns kennenzulernen, und, obwohl wir grundverschieden sind, gemeinsam für ein Ziel einzutreten“[54][55].

Der Drang nach Gemeinschaft führte auch dazu, dass Rechtspopulist_innen und Antisemiten, die sich in verschiedensten Kleinst-Parteien organisiert haben, an den Demonstrationen beteiligen konnten. An den Demonstrationen der „Occupy-Bewegung“ beteiligten sich etwa die rechtspopulistische und verschwörungsideologische „Partei der Vernunft“ (PdV) und die antisemitische „Bürgerrechtsbewegung Solidarität“ (BÜSO)[56]. Die Gemeinschaft der „Wutbürger“, die diesmal als „Empörte“ auftraten, schloss auch derartige Parteien mit ein. Den Soundtrack lieferte die Band „Die Bandbreite“, die auf verschiedenen Aktionen der selbsternannten „Bewegung“ auftreten durfte[57].

Der weitere gemeinsame Nenner war sicherlich die Personalisie-

47 Alex Feuerherdt: Der Antisemitismus der Occupy-Bewegung. Jungle World Nr. 48, 1. Dezember 2011

48 Ein ausführlicher Bericht findet sich hier: Die Märsche der Demokraten. http://reflexion-blog.com/?p=1299 (Eingesehen am 18.06.2012).

49 Zitiert nach: Ebd.

50 Jonas Nonnenmann: FDP-Politikerin wagt sich ins Rebellencamp. Frankfurter Rundschau vom 31. Oktober 2011.

51 Dieses Selbstverständnis wurde auf zahlreichen Internetseiten der „Occupy-Bewegung“ veröffentlicht.

52 Aus dem Selbstverständnis von „Echte Demokratie Jetzt“.

53 Initiative Sozialistisches Forum: Occupy Reason! http://www.ca-ira.net/isf/jourfixe/jf-2012-1_occupy.html (Eingesehen am 18.06.2012)

54 Rechtschreibfehler im Original.

55 Siehe: http://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=187494704661358&id=184781161599379 (Eingesehen am 18.06.2012).

56 Siehe: Der Marsch der 0,00005 Prozent. http://reflexion-blog.com/?p=326 (Eingesehen am 18.06.2012).

57 Unter anderem am 16. September 2012 in Berlin und am 10. Dezember 2011 in Frankfurt.

rung kapitalistischer Zustände. Das vermeintliche oder tatsächliche Unrecht der kapitalistischen Gesellschaft wurde „Bankstern", „Ackermännern" oder einer angeblichen „Finanz-Mafia" in die Schuhe geschoben. Statt Strukturen wurde auf einzelne Personen abgezielt. Mit aller Macht wurde hier nach Schuldigen gefahndet: Statt die Strukturen zu kritisieren, werden oftmals Einzelpersonen verantwortlich gemacht.

Es handelt sich um eine Form der regressiven Kapitalismuskritik. Dabei wird die kapitalistische Vergesellschaftung nicht als gesellschaftliches Verhältnis, mit abstrakten Zwängen, begriffen. Stattdessen werden konkrete Akteure als persönlich Verantwortliche für Elend, Armut und Ausbeutung ausgemacht. Es ist nicht das System, sondern einzelne Banken, die für die Übel der Welt verantwortlich sein sollen.

Grundsätzlich erfolgte eine Trennung: Einerseits in das „raffende" Finanzkapital und andererseits in das „schaffende" Produktionskapital. Diese Trennung mit der entsprechenden Verteufelung des Zinses wurde von Pierre-Joseph Proudhon (1809-65) propagiert und später von Silvio Gesell (1862-1930) und den Nationalsozialisten um Gottfried Feder (1883-1941) übernommen. Seine Wiederkehr erlebten derartige Theorien in der „Occupy-Bewegung".

Dort fand sich ebenfalls die Verehrung des Konkreten, wie zum Beispiel die des Kleinunternehmers, dem das Abstrakte, wie zum Beispiel die „Finanzmafia", gegenübergestellt wird. Einher gehen derartige Konstruktionen mit der Pseudo-Kritik an „Zins" und „Zinseszins", von denen nur wenige profitieren würden. Eine derartige Forderung findet sich in den Theorien des Nationalsozialisten Gottfried Feder[58].

Auf einer Demonstration der „Occupy-Bewegung" wurde vor dem Reichstag ein Schild in die Höhe gereckt, auf dem „Stoppt die Schuldknechtschaft" stand[59]. Die „Schuldknechtschaft" war ein zentraler Programmpunkt der NSDAP:

> „Heute bezahlen wir unsere Lebensmittel-Einfuhr in der Hauptsache mit geliehenem fremden Gelde. Dadurch wird das deutsche Volk immer tiefer in die Schuldknechtschaft der kreditgebenden internationalen Hochfinanz geführt"[60].

Von „Hochfinanz" und „Zinsknechtschaft" sprechen auch Aktivist_innen der „Occupy-Bewegung". Es ist keine Kapitalismuskritik, sondern ein antisemitisches Ressentiment, das zur Grundlage der „Bewegung" wurde und die auf diese Weise an NS-Theorien andockte. Es ist weiterhin zu befürchten, dass die angestrebte „Volksgemeinschaft" der 99 Prozent „(…) nur 1% liquidieren müßte (nämlich die parasitären Finanzkapitalisten), um endlich glücklich und in Frieden leben zu können"[61].

Die deutsche Linke stand diesem Phänomen mehrheitlich vollkommen unkritisch gegenüber. So begrüßte die Partei „Die Linke" die Occupy-Proteste und positioniert sich mit einem Thesenpapier, das vom Bundesparteitag in Erfurt bestätigt wurde. Das Papier richtet sich gegen

> die „Finanzmafia (…), die sich bereichert (…). DIE LINKE solidarisiert sich mit den weltweiten Protesten der OCCUPY-Bewegung„ (...) DIE LINKE verurteilt alle Versuche, diese Bewegung gegen Bankenmacht und Zockermentalität zu kriminalisieren, und fordert die Verantwortlichen auf, weitere Protestaktionen wie das Zelten vor Banken und Parlamenten nicht zu verhindern"[62].

Gregor Gysi begrüßt die Proteste bei Maybritt Illner. Auf die Frage ob er sauer sei, dass sich diese Bewegung abseits von linken Strukturen gebildet hätte, antwortet er: „Nein! Das ist doch phantastisch". Dort bediente er Ressentiments gegen das „Finanzkapital", das keine Werte schaffen würde[63].

Ähnlich äußerten sich die stalinistischen, maoistischen und trotzkistischen K-Gruppen oder durch die Reste der Bewegungslinken in Deutschland. Die „Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin" (ARAB) begrüßte die Proteste zum Beispiel begeistert und behauptete, dass sie in den „Kinderschuhen stecken würde". Sie beklagen:

> „Kritik an den bestehenden Verhältnissen wird noch allzu oft als Hoffnung auf einen ‚besseren' Kapitalismus ohne ‚Zocker_Innen' formuliert"[64].

V. Am Rande des linken Universums.

Kritik ist seltener zu lesen und zu hören gewesen. Wie sollte es auch anders sein? Kritik an den verschwörungsideologischen Positionen ist innerhalb der deutschen Linken sehr selten zu hören, wenn nicht gerade antisemitische Verschwörungsphantasien, zum Beispiel über die Rothschilds propagiert werden. Stattdessen scheint es eher so zu sein, dass ein relevanter Teil der deutschen Linken mit Verschwörungsmythen nicht das geringste Problem hat. Hier existiert eher Übereinstimmung und Zusammenarbeit statt Dissens. Erklärbar ist dies durch die ideologischen Gemeinsamkeiten. Die vereinfachte Weltsicht, die eine unsichtbare und doch erkennbare „Elite" konstruiert, ist ein gemeinsamer verschwörungsideologischer Nenner zwischen verschiedenen Linken, Verschwörungsfans und Occupy-Aktivist_innen.

Darauf verweist nicht nur der Erfolg der Eingangs erwähnten verschwörungsideologischen Band „Die Bandbreite", die Occupy-Demonstrationen, Veranstaltungen des Verschwörungsmilieus sowie linke Festivals beschallen durfte. Darauf verweist auch die „Occupy-Bewegung", bei der linke und rechte Verschwörungsideologen gegen die „1 Prozent" auf die Straße gingen.

Kritik an dieser Tatsache wurde nur in seltenen Fällen formuliert. Innerlinke Kritiker_innen kommen nur am Rande des linken Universums vor. Sie sollten weiterhin darauf verweisen, dass „'Antikapitalismus', der das Konkrete verklärt und das Abstrakte unmittelbar abschaffen möchte – anstatt praktische und theoretische Überlegungen darüber anzustellen, was die historische Überwindung von beidem bedeuten könnte (…) politisch

58 Vgl.: Gottfried Feder: Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes. München, 1919. Seite 6 ff.

59 Siehe: Die Märsche der Demokraten. http://reflexion-blog.com/?p=1299 (Eingesehen am 18.06.2012).

60 Gottfried Feder, Das Programm der NSDAP und seine Weltanschaulichen Grundlagen. München, 1926. Seite 10.

61 Initiative Sozialistisches Forum: Occupy Reason! http://www.ca-ira.net/isf/jourfixe/jf-2012-1_occupy.html (Eingesehen am 18.06.2012)

62 Die Linke: „Occupy!" Profiteure der Krise zur Kasse. Beschluss des Parteivorstandes vom 20. Oktober 2011, vom Erfurter Parteitag am 21. Oktober 2011 per Akklamation bestätigt.

63 Vgl.: Ein Partei-Chef stellt sich an die Spitze eines potentiellen Mobs - Gregor Gysi und das raffende Kapital. http://www.freie-radios.net/43995 (Eingesehen am 18.06.2012).

64 Erklärung der ARAB: Great Crisis Riseup – Von der Empörung zum Widerstand.

und gesellschaftlich im besten Falle unwirksam bleiben“[65] wird. „Schlimmstenfalls wird er jedoch selbst dann gefährlich, wenn die Bedürfnisse, die der ‘Antikapitalismus’ ausdrückt, als emanzipatorische interpretiert werden könnten“[66].
Es muss darauf beharrt werden, dass nicht alle Formen des „Antikapitalismus“ fortschrittlich sein müssen. Ganz im Gegenteil kann aus diesem verschwörungsideologischen „Antikapitalismus“, der mit den Occupy-Demonstrationen zu erleben war, nur das Schlechteste hervorgehen.

Martin Wassermann lebt in Berlin. In seinem Reflexion-Blog (www.reflexion-blog.com) berichtet er über das verschwörungsmilieu, esoterische Gebilde, den Zustand der deutschen Linken etc.

Martin Wassermann hat am 2.3.2012 in Bremen eine Einführung in die Kritik des Verschwörungsdenkens gegeben.
Siehe:
http://associazione.wordpress.com/2012/02/06/intros-kritik-am-verschworungsdenken/
http://www.rosa-luxemburg.info/2012/03/02/

---

65 Moishe Postone: Antisemitismus und Nationalsozialismus. In: Deutschland, die Linke und der Holocaust. Freiburg, 2005. Seite 194.

66 Ebd.

Barbara Fried

Antiamerikanismus als Kulturalisierung von Differenz – Versuch einer empirischen Ideologiekritik

Es ist ruhig geworden um das heiß diskutierte Thema Antiamerikanismus, seit die Bush-Regierung in Washington abgewählt wurde. Dass Präsident Barack Obama noch vor Ablauf seines ersten Amtsjahres aus Europa den Friedensnobelpreis verliehen bekam, mutet vor dem Hintergrund der Diskussionen der 2000er Jahre allerdings grotesk an. Schließlich war es ja keinesfalls nur George Bush, sondern es waren immer wieder ‚die USA', denen in unterschiedlicher Weise bescheinigt wurde, sie stellten „die größte Bedrohung für den Weltfrieden" (vgl. u.a. FORSA, 2007) dar.

Zwei Fragen drängen sich auf: Muss das von manchen gezeichnete Schreckbild eines neuen Antiamerikanismus – gar als kleinster gemeinsamer Nenner eines geeinten Europa (Markovits, 2004) – im Rückblick als überzogen, wenn nicht als gegenstandslos bezeichnet werden? Oder gilt es, die These von der vermeintlichen „Beständigkeit" (Nitz, 2006) dieses Ressentiments zu überdenken?

Wie fast immer bei solchen Polarisierungen ist die Frage falsch gestellt. Gerade deshalb lohnt es sich jedoch, die offensichtlich eklatanten Konjunkturen des Antiamerikanismus sowohl im Hinblick auf die mediale und wissenschaftliche Bearbeitung des Themas als auch im Hinblick auf dessen gesellschaftliche Bedingungen genauer unter die Lupe zu nehmen.

Die letzte Welle antiamerikanischer Manifestationen – die hier im Zentrum steht – fand ihren Auslöser in den Ereignissen des 11. September 2001 und den darauf folgenden Kriegen in Afghanistan und Irak. Sie muss jedoch als Aspekt einer globalen Konstellation verstanden werden, für die der Zusammenbruch des Ostblocks bedeutend war. Mit dem Ende der Sowjetunion verschwand nicht nur ein – wie auch immer ambivalentes – Symbol alternativer Gesellschaftsgestaltung; auch die Stabilität einer auf Abschreckung basierenden Nachkriegsordnung kam an ihr Ende. Aus deutscher Perspektive sind außerdem der Wandel der Nachkriegsallianz mit den USA relevant, sowie die weltweit tiefgreifenden sozio-ökonomischen Transformationen, die Integration der Europäischen Union, und die Fusion der zwei deutschen Staaten, samt der dadurch angestoßenen innen- wie außenpolitischen Neuverortungen. Meine Untersuchung nimmt Antiamerikanismus in einer Situation unter die Lupe, in der Amerika als Referenzpunkt einer vielfach ‚in Unordnung' geratenen Welt fungiert.

Der Verweis auf Geschichte erfuhr eine entscheidende legitimatorische Funktion, während Gesellschaft – die Schlüsselkategorie der Epoche der Blockkonfrontation – einen massiven Bedeutungsverlust erlitt.

> „Die scheinbare Alternativlosigkeit der Marktökonomie skelettierte jede emphatische Gesellschaftsvorstellung. Differenz musste ihre Gründe in einer Vergangenheit suchen, die sich in der Gegenwart als kultureller Unterschied bemerkbar macht" (Claussen, 2005: 14).

Diese neue Welt lässt sich nicht zuletzt deshalb so leicht in Kollektivkategorien interpretieren, weil ihr ökonomischer Grund unveränderbar scheint.

Auch am Anfang des neuen Jahrtausends sind diese Fragen noch offen. Mit der rot-grünen Regierung ist die Bundesrepublik innerhalb kurzer Zeit aus dem Schatten der USA heraus getreten und hat zugleich dem korporatistischen Sozialstaat eine gründliche Überholung verordnet. Mit der sozialpolitischen Neuordnung schwindet eine bedeutende Konstante nachkriegsdeutscher Realität. Die Gesellschaft befindet sich inmitten eines Wandels, der Verunsicherung auslöst und Ängste freisetzt. Es gibt eine Ahnung von der Unabwendbarkeit weitreichender Veränderungen jedoch keine Gewissheit, wohin die Reise geht. In solchen Situationen ist der Rückgriff auf Klarheit versprechende, einfache Lösungen, Erklärungen und historisch überholte Schemata, die sich spontaner Plausibilität erfreuen, naheliegend.

Vor diesem Hintergrund lohnt es, das erneute Aufkommen des Antiamerikanismus in einer Konstellation in den Blick zu nehmen, die durch vier Parameter wesentlich bestimmt ist: das Ende der Blockkonfrontation, die globale Durchsetzung des Neoliberalismus, die deutsche Einheit sowie den Integrationsprozess der Europäischen Union.[1]

Im Mittelpunkt der empirischen Analyse stehen zwei medial geführte politische Kontroversen des letzten Jahrzehnts. Zum einen die Debatte um Schwierigkeiten und Widersprüche der europäischen Integration. Sie wurde von deutschen Intellektuellen und politischen Eliten als Auseinandersetzung um die Beschaffenheit einer ‚europäischen Identität' geführt. Die Diskussion hatte ein zwar Europa-bezogenes, aber stark national konturiertes Thema zum Gegenstand: das Problem von Selbstverständnis- und Zugehörigkeitsfragen.

Die zweite Debatte ist in vielerlei Hinsicht anders gelagert. Sie nimmt die grundlegende Umstrukturierung des deutschen Sozialversicherungssystems durch die von der rot-grünen Bundesregierung verabschiedete Agenda 2010 in den Blick und untersucht die medial vermittelte Durchsetzung dieser Pläne im politischen Raum. Beide Diskussionen fanden in den Jahren 2002 bis 2004 statt. Sie reflektieren einerseits zentrale Konflikte der damaligen politischen Konstellation und wurden andererseits in hohem Maße unter Bezug auf die USA geführt. In dieser Kombination liefern sie geeignetes Material für eine Untersuchung, bei der die Frage im Zentrum steht, wie aktuelle gesellschaftliche Veränderungen unter Bezug auf antiamerikanische Ideologiefragmente oder in den Formen eines tradierten Antiamerikanismus interpretiert und umgearbeitet werden. Einerseits erfahren die beiden

1 Wenn im weiteren Verlauf des Textes von ‚aktuellem' oder ‚zeitgenössischem' Antiamerikanismus die Rede ist, stehen immer Artikulationen und Erscheinungsformen des Antiamerikanismus im Zentrum, für die unter anderem diese Konstellation maßgeblich ist.

Themenbereiche – Sozialreformen und ‚europäische Identität' – unter Rekurs auf die USA scheinbar angemessene, zumindest plausible Deutung. Andererseits vollziehen sich in diesen Formen Transformationsprozesse und setzen sich in einer Art und Weise durch, die die Probleme und Bedürfnisse der Menschen aufzugreifen vermögen, gleichzeitig jedoch den Hintergrund und gesellschaftlichen Kontext dieser Kontroversen systematisch entnennen.

1. Antiamerikanismus – kritische Reflexion des Forschungsstands

Sieht man sich die Forschungslandschaft zum Thema Antiamerikanismus an[2], stellt sich die Frage, inwieweit bestehende Theorien und Studien diesen angemessen zu bestimmen vermögen. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei dem Verhältnis zwischen einer scheinbaren Konstanz der Bilder sowie dem damit verbundenen Eindruck eines ‚ewigen Antiamerikanismus' einerseits, und dem historischen Wandel der Bedeutungsräume sowie der gesellschaftlichen Funktionalitäten antiamerikanischer Topoi andererseits. Meine Untersuchung zeigt, dass der Kern des Antiamerikanismus weder als Mentalitätsbestand noch als Ressentiment angemessen zu verstehen ist, sondern sich allein im Blick auf die Verarbeitung je konkreter gesellschaftlicher Konfliktkonstellationen in historisch tradierten Formen erschließt.
Ich werde im Folgenden einige verbreitete Grundannahmen der Forschung zum Antiamerikanismus benennen, die aus meiner Sicht zu kurz greifen. Diese Auseinadersetzung führt mich sodann zu einer Reformulierung der Gegenstandsbestimmung. Beides kann hier nur skizzenhaft vorgestellt werden. Zunächst zu den breit geteilten Grundannahmen.

a) Antiamerikanismus als Nationenbild

Antiamerikanismus wird oft im Kontext der Forschung zu Nationenbildern verortet,[3] was nicht zuletzt daran liegt, dass die breite geschichts- und literaturwissenschaftliche Forschung zu den historischen Amerikabildern, einen zentralen Referenzrahmen für fast alle Untersuchungen bildet.
Antiamerikanismus wird damit jedoch tendenziell als ein Bild verstanden, das sich eine Nation von einer anderen – in diesem Fall von Amerika – macht. Dies ist insofern problematisch, als damit stark auf den Aspekt einer Komplexitätsreduktion der Wahrnehmung fokussiert wird. Wulf Schmiese begründet in seiner Studie *Fremde Freunde: Deutschland und die USA zwischen Mauerfall und Golfkrieg (2000)* beispielsweise seine Verwendung des Bilder-Begriffs unter Bezug auf Theis (Theis, 1991: 19) folgendermaßen:

> „Wir machen uns unsere Umwelt dadurch verfügbar, dass wir sie kategorisieren, ordnen, dass wir die chaotische Vielfalt der auf uns einstürmenden Informationen in Rastern erfassen. Wenn wir sagen: Ich habe ein Bild von etwas, so verwenden wir eine Metapher, um auszudrücken, dass wir etwas so weit im Griff zu haben meinen, dass es uns plastisch vor Augen steht, dass wir es einschätzen und handhaben können, dass es sich quasi nicht länger unserem Zugriff entzieht". (Schmiese, 2000: 23)

Die Vielheit der unübersichtlichen Verhältnisse wird zu einem Amerikabild kondensiert – so die Vorstellung. Das ideologische Moment des Antiamerikanismus ist damit jedoch unterbestimmt. Die gesellschaftliche Produktion und Funktion dieser Reduktionen geht verloren zu Gunsten einer individuell gedachten Notwendigkeit komplexe Realität vereinfacht wahrzunehmen. Für die Forschung zum Thema liegt es folglich nahe, in erster Linie nach der Beschaffenheit der Bilder zu fragen und nicht nach den politischen, historischen, kulturellen Konstellationen, die in diesen Bildern verarbeitet werden.
Das Verfügbarmachen komplexer Sachverhalte, welches sich im Bilder-Begriff ausdrückt, ist darüber hinaus das Prinzip, nach dem der Antiamerikanismus selbst operiert: er vereindeutigt gesellschaftliche Phänomene zu vermeintlichen Eigenarten Amerikas. Die Thematisierung von Antiamerikanismus in eben diesen Begriffen schneidet entsprechend den gesellschaftlichen Gehalt dieser Bewusstseinsformen ab. Fluide Verhältnisse werden in nationale Charakteristika gebannt und diese Verdinglichung dann in der Literatur in theoretischen Begriffen verdoppelt. Eine Forschung, die diesen Mechanismus nicht durchbricht, sondern bedient, kann die Verdinglichungen nicht auflösen.

b) Konstanz der Bilder

Die zweite verbreitete Annahme der Literatur bezieht sich auf die vermeintliche Unveränderlichkeit der Bilder. Die Geschichte des Antiamerikanismus wird fast durchgängig unter Rekurs auf historische Amerikabilder erzählt. Dabei wird eine oberflächliche Konstanz der Bilder hypostasiert, die als Nachweis der Beständigkeit des Ressentiments erscheint. Seit der Gründung der USA, spätestens seit Hegels Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte, respektive der deutschen Romantik sei die Vorstellung von Amerika weitgehend fixiert, so die Annahme (vgl. v.a. Henningsen, 1974; Moltmann, 1976; Müller, Emil-Peter, 1986: 22; Schwan, 1999: 55; Schmiese, 2000; Markovits, 2004: 67; Schwark, 2008: 20). Nicht nur wird damit ein Phänomen, das seine Gestalt bestenfalls um die Jahrhundertwende zum 20. Jahrhundert – eigentlich aber erst nach dem Ersten Weltkrieg – voll entfalten sollte, in problematischer Weise in die Vergangenheit projiziert. Das je Spezifische antiamerikanischer Deutungen bleibt in dieser Art transhistorischer Überhöhung darüber hinaus notwendig unsichtbar. Wenn Timo Nitz beispielsweise zu der von ihm resümierten Geschichte des Antiamerikanismus schreibt,

> „was in dieser Abhandlung im Weiteren als Wiederholung immer Gleichen ins Auge fallen mag, zeugt daher eben von nichts anderem als von der Beständigkeit eines ‚ewigen Kampfes' gegen ein phantasiertes Phänomen namens ‚Amerika'. Es eröffnet einen

---

2 Die älteren Untersuchungen nehmen die 70er und 80er Jahre des 20. Jahrhunderts in den Blick: Hier sei verwiesen auf Iwand (1974), Moltmann (1976), Wasser (1976), Wehler (1981), Behrmann (1984), Krakau (1985), Müller (1986), Brinck (1987) und Elfe (1987). Für die Zeit um und nach 1990 vgl. u.a. Krause (1999), Schmiese (2000), Diner (2002), Ajami (2003), Ceaser (2003), Hahn (2003), Osten-Sacken et al. (2003), Schwaabe (2003), Hollander (2004), Markovits (2004), Ross/Ross (2004), Claussen (2005), Judt/Lacorne (2005), Srp (2005), Werz (2005), Birkenkämper (2006), Nitz (2006), O'Connor (2007) und Schwark (2008).

3 Beispielhaft für diese Herangehensweise stehen die Arbeiten von Krakau (1985), Müller (1986), Helbich (1997), Schmiese (2000), Schwaabe (2003), Birkenkämper (2006), Srp (2005) und Schwan (1999).
Ausnahmen bilden unter anderem die Arbeiten von Croquembouches (2002), Hahn (2003), Nolan (2004), Behrends et al. (2005), Claussen (2005) Osten-Sacken et al. (2003) und (Werz, 2005).

> Blick in die deutsche Ideologie, die durchzogen ist mit der Abwehr gegen die Moderne, gegen die westliche Demokratie und gegen die universalistischen Prinzipien. Es drängt sich daher der Eindruck auf, dass die deutsche Ideologie geradezu kumuliert in antiamerikanischen Ressentiments“ (Nitz, 2006: 42),

so mag das sicherlich eine pointierte Formulierung sein, aber keinesfalls untypisch für das Genre.

Nicht nur die Ambivalenz der Amerika-Bezüge, sondern auch die unterschiedliche Funktion und die spezifische Verarbeitungsleistung dieser Diskurse in den jeweiligen Epochen verschwindet hinter der Vorstellung von einer Art ‚ewigem Antiamerikanismus'. Als Beispiel für solch unhistorische Verkürzungen mag der Bezug der Antiamerikanismus-Literatur auf Heinrich Heine gelten. Fast durchgängig wird die These vertreten, Heine sei einer der prominentesten Vertreter des europäischen Antiamerikanismus.[4] Seine vielschichtigen, politisch unterschiedlichen und insbesondere hoch ironischen Kommentare werden in der Antiamerikanismus-Literatur mit einer für die Romantik typischen Mischung aus elitärer Kulturüberheblichkeit, antiuniversalistischer Innerlichkeit, Deutschtümelei und organizistisch-naturalistischem Weltbild in eins gesetzt, wie sie u.a. bei Lenau und Kürnberger zu finden ist (vgl. u.a. Weiß, 1977: 296f; Ott, 1991: 86)[5] Eine solche oberflächliche Gleichsetzung der Bilder durch die Jahrhunderte muss den Gehalt der jeweiligen Äußerungen, und damit den Kern des Antiamerikanismus verfehlen.

In ähnlicher Weise wird auch mit den Hegelschen Äußerungen über das noch nicht entwickelte Staatswesen in den USA verfahren: In weitgehender Absehung von sprachlichem wie politischem Kontext wird auch er zu einem der prominentesten Vertreter der „anti-American predisposition of the leading German minds in the ninetheenth century“ (Freund, 2004 108).[6] Ein kurzer Blick in den Original-Text lässt das Urteil ebenfalls fragwürdig erscheinen. In den Vorlesungen zur Philosophie der Geschichte argumentiert Hegel 1822/23, Amerika sei

> „das Land der Zukunft, in welchem sich in vor uns liegenden Zeiten, etwa im Streite von Nord- und Südamerika, die weltgeschichtliche Wichtigkeit offenbaren soll: Es ist ein Land der Sehnsucht für alle die, welche die historische Rüstkammer des alten Europa langweilt“ (Hegel, 1822: 113).

Keinesfalls ist damit eine – auch hier mit der Überheblichkeit europäischen kulturellen Empfindens in Eins gesetzte – Verachtung, Missachtung oder gar Feindlichkeit gegenüber Amerika angesprochen, sondern eine spezifische Reflexion über den Gang der Geschichte, welche von Hegel als ein Prozess des ‚Zu-Sich-Kommens' des Weltgeists interpretiert wird. In diesen Prozess gehen für ihn klimatische, generell natürliche sowie kulturelle Bedingungen ein. Dass Amerika bisher noch keinen Staat (der in der Tat für ihn Ausdruck höchster Sittlichkeit ist) ausgebildet hat, liegt seiner Bewertung nach jedoch nicht daran, dass er in essentialisierender Manier ‚die Amerikaner' zu solcher Kulturleistung nicht im Stande sieht, sondern daran, dass er die historischen Bedingungen dafür noch nicht für gegeben hält. Zentrale Faktoren für die Notwendigkeit, einen Staat auszubilden, sind bei Hegel ein sich zuspitzender Gegensatz zwischen Arm und Reich ebenso wie feindliche Auseinandersetzungen mit den Völkern in der Nachbarschaft (vgl. Hegel, 1822: 113). Beides sei in Amerika angesichts der Weite des zu besiedelnden Landes noch nicht gegeben und folglich sei der Staat hier eben nur „ein Äußerliches zum Schutze des Eigentums“ (ebd.: 112). Wenn Hegel diese Passage mit der stets auf neue zitierten These enden lässt:

> „Amerika hat von dem Boden auszuscheiden, auf welchem sich bis heute die Weltgeschichte begab. Was bis jetzt sich hier ereignet, ist nur der Widerhall der Alten Welt …“ (ebd.),

so muss diese doch ohne ihren (höchst selten zitierten) Schluss unverstanden bleiben: „… und als ein Land der Zukunft geht es uns überhaupt hier nichts an“ (ebd.). Nicht weil es ein „Land der Zukunft“ ist, fühlt sich Hegel stellvertretend für die Europäer den minderwertigen Amerikanern überlegen, sondern weil es ein „Land der Zukunft“ ist, ist es nicht Gegenstand der von ihm angestellten Reflexionen über die Philosophie der Geschichte.

Diese Äußerungen Hegels haben zweifellos das europäische Denken nicht nur des 19. Jahrhunderts, sondern bis in die Gegenwart hinein beeinflusst. Auch haben die hier aufgerufenen Vorstellungen über die Natur und den Gang der Geschichte deutlichen Eingang in die antiamerikanische Legenden-Bildung gefunden. So wird beispielsweise die Entgegensetzung von amerikanischer Rückständigkeit und europäischer Geschichtsträchtigkeit, wie sie u.a. von Vertretern der Konservativen Revolution bemüht wurde, bis auf Hegel zurückgeführt, um damit einen

4 Vgl. u.a. Henningsen (1974: 83), Moltmann (1976: 95), (Müller, Emil-Peter, 1986: 67), (Schwan, 1999: 43), Schmiese (2000: 50/51) (Freund, 2004 108) und Birkenkämper (2006: 45/46).

5 Eine Ausnahme hinsichtlich dieser Rezeptionsweise ist Dan Diner (2002), der als einziger mir bekannter Autor einer Untersuchung zu Antiamerikanismus den deutlichen politischen wie motivationalen Unterschied zwischen den Schriften der Romantiker und denen Heines thematisiert. So ist er auch der Einzige, der auf den politischen Hintergrund der Heinschen Äußerungen verweist und damit dessen Aussagen kontextualisiert: Ab den 1930er Jahren zeige sich Heine zunehmend „enttäuscht von den Verheißungen des Liberalismus angesichts des aufkommenden Klassenegoismus des französischen Bürgertums nach der Juli-Revolution“ (Diner, 2002: 52). Der republikanische Volksstaat – wofür in der politischen Symbolik der Zeit Amerika steht – gilt für Heine nun nicht mehr als unbedingt nachahmenswert. Darüber hinaus wird von vielen Autoren darauf hingewiesen, dass seinen sarkastischen Äußerungen über die USA eine Fehde mit seinem Freund Ludwig Börne zu Grunde liege. Dieser war – im Gegensatz zu Heine – den jakobinischen Gleichheitsidealen treu geblieben und sah in den USA nach wie vor die ideale Republik, das Land der perfekten Gleichheit (vgl. Weiß, 1977: 308f, 313f). Jost Hermand argumentiert darüber hinaus, Heine habe seine Angst vor den französischen Republikanern und deren teils gewaltsamen Gleichheitsvorstellungen auf Amerika projiziert (Hermand, 1975: 87). Zentral scheint mir darüber hinaus zu sein, dass “in Europa der Liberalismus im ganzen nur ein teilweiser ist, indem er sich eigentlich nur gegen die ‘monarchischen Spitzen' wendet” (Meyer, 1929: 45) und der öffentliche politische Streit um Revolution und Republik nicht nur in Deutschland auf der Basis eines umfassenden Konsenses stattfand, demzufolge die historisch gewachsene monarchisch-feudale Ordnung den grundsätzlichen Rahmen für politische und soziale Veränderungen vorgab. Dies zu kritisieren ist ohne Zweifel richtig. Heine vor diesem Hintergrund wegen der zeitgebundenen Zweifel an der Demokratie nach amerikanischem Vorbild in die Reihe des ‚romantischen Antiamerikanismus' zu stellen, scheint mir nicht nur etwas wohlfeil, sondern auch in der Sache nicht sehr ergiebig.

6 Vgl. dazu auch Müller (1986), Diner (2002: 20f) und Birkenkämper (2006: 48).

vermeintlichen Beweis für die tiefe Verankerung des hier zum Ausdruck kommenden Antiamerikanismus beizubringen.
Eine Historisierung der Hegelschen Äußerungen würde diese in der Form einer Geschichte des Antiamerikanismus auftretenden Kontinuitätslinien jedoch bald als Legende entlarven. Anstatt Immergleiches zu erkennen, gilt es vielmehr zu fragen, wie die Hegelschen Vorstellungen im Verlauf sich verändernder historischer und intellektueller Kontexte sich ihres ursprünglichen Zusammenhangs entkleiden, zu abstrakten Bildern werden und 100 Jahre später in den Auseinandersetzungen mit der Weltmacht USA die antiamerikanische Imagination beflügeln oder sogar zu einer deren zentralen Säulen werden konnten.
Die eigentlich interessante Frage, inwiefern es überhaupt möglich ist, dass die Zuschreibungen zu Amerika einerseits eine so hohe Konstanz aufweisen, andererseits aber so unterschiedliche Auseinandersetzungen reflektieren, bleibt im Dunkeln, so lange man sich lediglich auf den Inhalt konzentriert, und nur selten den höchst widersprüchlichen Rekurs auf diese Topoi sowie ihre je historische Funktion thematisiert.

c) Amerika als Projektionsfläche

Eine dritte von den meisten geteilte Hypothese lautet, dass die Amerikabilder bzw. die stereotype Wahrnehmung Amerikas mit den USA nichts zu tun haben, sondern europäische und deutsche Selbstgespräche darstellen. Amerika diene als „a screen for the projection of wishful thinking and nightmares" (Wagnleitner zitiert nach Helbich, 1997: 112). Die gängigen Bilder

> „verraten wenig, wenn nicht nichts, über Amerika, aber umso mehr über das Land, das sich so betont von ihm absetzen möchte" (Schwaabe, 2003: 9).

Sie seien

> „nur nach außen getragene Deutschlandbilder, so schief, so neurotisch, so einseitig wie diese und die USA das Ventil, um mit den mitunter beschwerlichen, aber hausgemachten Auswirkungen der Modernisierung fertig zu werden" (Priester, 2002: 537).

Diese These hat sicherlich einen wahren Kern, insofern Antiamerikanismus als verzerrte Deutung gesellschaftlicher Konflikte zu begreifen ist, und somit anhand der Auseinandersetzungen mit den Zuständen in den USA vielfältige Diskussionen über die hiesigen Veränderungen und Probleme geführt werden.
Die Vorstellung, Amerika sei in diesen Auseinandersetzungen eine reine Projektionsfläche halbiert jedoch das Problem. Gerade der Blick auf die realgeschichtliche Entwicklung beider Gesellschaften kann – entgegen der gängigen Behauptung – ein wesentlicher Schlüssel zur Analyse des Antiamerikanismus sein. Erst in dem Maße, in dem die antiamerikanischen Deutungen auch auf die in ihnen geronnene Gesellschaftsgeschichte hin durchdrungen werden, kann die Bestimmung des Phänomens über die Ebene eines Imago hinaus gehen. Und nur so lassen sich wirkliche Einblicke in Konflikte und Auseinandersetzungen auch der eigenen Gesellschaft gewinnen.

2. Reformulierung der Gegenstandsbestimmung des Antiamerikanismus

Für eine Reformulierung der Gegenstandsbestimmung sowie den Entwurf einer Forschungsperspektive bedeutet dies, dass es sich beim Antiamerikanismus also nicht um eine projektive Fehlwahrnehmung handelt, sondern um eine spezifische Verarbeitung gesellschaftsgeschichtlicher Erfahrung. Sein aktueller Kern kann entsprechend gefasst werden, als die Kulturalisierung gesellschaftlicher Veränderung und Differenz.
Die Betrachtung des transatlantischen Spannungsverhältnisses erhellt, inwiefern wechselseitige Beeinflussung und Differenzierung, ein dadurch aufgeworfenes Unverständnis sowie die Infragestellung vermeintlicher Gewissheiten eine verdinglichte Wahrnehmung der Neuen Welt begünstigt haben. Diese gerinnt über die Zeit zur kulturellen Eigenart und verdichtet sich in antiamerikanischen Stereotypen. Die oft als verstörend wahrgenommenen Unterschiede der neuen von der alten Welt, werden in der Literatur selten aus dem gesellschaftspolitischen, ökonomischen und sozialen Kontext heraus begriffen, sondern als typisch amerikanisch essenzialisiert (als geschichtslos, abstrakt, gleichförmig, etc.). In den geläufigen antiamerikanischen Stereotypen drückt sich also wesentlich mehr aus als ein jahrhundertealtes Ressentiment: Es ist die Erfahrung gesellschaftlicher Transformationen und deren Verarbeitung in Prozessen kollektiver Bewusstseinsbildung. Zweifellos sind diese Erfahrungen und das gesellschaftliche Wissen in der alltäglichen Verwendung nicht präsent. Sie können jedoch in der Analyse entschlüsselt werden. Geschieht dies nicht, verbleibt die Betrachtung des Antiamerikanismus auf der Ebene seiner verdinglichenden Dynamik.
Im Ergebnis haben wir es dann mit einer doppelten Verkennung zu tun. Was uns heute als ewiges antiamerikanisches Ressentiment gegenübertritt, verdeckt nicht nur die gesellschaftliche Entwicklung, sondern auch die Entstehungsgeschichte dieser Bewusstseinsform. Die gesellschaftliche Genese des realhistorischen Unterschieds geht dabei genauso verloren, wie die seiner verdinglichten Wahrnehmung. Letzteres ist auch einer der Gründe, warum in stetiger Wiederholung behauptet wird, es handle sich beim Antiamerikanismus um ein 250 Jahre altes Phänomen, dessen Gehalt wie Gestalt sich seit der Gründung der Vereinigten Staaten nicht oder kaum verändert habe.
Wie bereits oben argumentiert, trägt ein relevanter Teil der wissenschaftlichen Literatur zu dieser Verkennung bei, indem die Untersuchungen meist dem oberflächlichen Gleichklang der antiamerikanischen Rhetorik folgen. Interessant ist, dass hier die Texte zu Antiamerikanismus meist hinter den Erkenntnisstand der historischen Bilderforschung zurückfallen (vgl. u.a. Schmidt-Gernig (2000), Depkat, 1998). Da sich die Topoi und historischen Erfahrungen im Laufe der Zeit verselbständigen und teils zu Codes transformieren, ist es heute immer schwieriger ihren jeweils aktuellen Bezug noch zu erkennen. Übersehen wird, dass darin ebenso wie um die Jahrhundertwende aktuelle Erfahrungen verarbeitet werden, und dass sie Ausdruck und Austragungsmodus zentraler gesellschaftlicher Konfliktfelder sind. Beides tritt gegenüber dem Eindruck in den Hintergrund, es handle sich hier um unveränderte, tradierte Mentalitätsbestände.
Wird heute der Antiamerikanismus zu einer antimodernen Geisteshaltung erklärt, werden dessen Konstitutionsprinzipien in der Theorie verdoppelt, statt sie in historisch-politische Kategorien aufzulösen. Der hypostasierten amerikanischen Oberflächlichkeit, Gier und Kulturlosigkeit wird letztlich eine deutsche ‚Mentalität' entgegen stellt, die seit jeher antimodern, antiwestlich, antidemokratisch, und folglich antiamerikanisch sei. Der spezifischen Bedeutungstransformation, Erneuerung und politisch-sozialen wie je subjektiven Funktionalität heutiger Rekurse auf tradierte antiamerikanische Topoi kann so kaum Beachtung geschenkt werden.

Statt also antiamerikanische Formen vor dem Hintergrund der in ihnen aufgehobenen gesellschaftsgeschichtlichen Erfahrung und in ihrem je spezifisch politischen Kontext zu entschlüsseln, bedient die Forschung en gros ein oberflächliches Wiederfindungsschema und damit die tendenzielle Skandallogik, die dem Thema (teils zurecht) enorme Skepsis und Reserviertheit zuteil werden lässt.

3. Forschungsprogramm für ein verändertes ideologiekritisches Paradigma in der Antiamerikanismusforschung

Folgt man der Gegenstandsbestimmung des Antiamerikanismus als Kulturalisierung gesellschaftlicher Veränderung und Differenz, so muss ein empirisches Forschungsprogramms zum Ziel haben, die dargestellten Kulturalisierung auf die darin vollzogene Umarbeitung gesellschaftlicher Widersprüche hin zu durchdringen, also die erstarrten ‚Bilder' des Antiamerikanismus in fluide gesellschaftliche Veränderungen und Unterschiede aufzulösen.

In dem Aufsatz *Die amerikanische Erfahrung der Kritischen Theoretiker* schreibt Detlev Claussen über eine bedeutende Erfahrung und Erkenntnisquelle der Kritischen Theoretiker nach ihrer Emigration in die USA,

> „die gesellschaftsgeschichtliche Differenz zwischen bürgerlicher und avancierter kapitalistischer Gesellschaft erstarrte […] zum geographischen Unterschied – zwischen Europa und Amerika" (Claussen, 1999: 29).

Was für die Kritischen Theoretiker bedeutendes Erkenntnismedium in ihrer Analyse moderner Massengesellschaft in den USA wurde, lässt sich auch heute für die Analyse des Antiamerikanismus fruchtbar machen.

Da auch heute als kultureller Unterschied gedacht wird, was eine Ungleichzeitigkeit oder Differenz gesellschaftlicher Entwicklung und Erfahrung ist, muss eine Analyse des Antiamerikanismus, die kulturalistisch erstarrten Kategorien in gesellschaftsgeschichtliche Veränderungen und Unterschiede auflösen, oder sie als Indikatoren solcher Veränderungen und Unterschiede fassen, die gesellschaftstheoretischer Klärung bedürfen.

Erst so kann Licht auf die Entstehungsbedingungen von Denkweisen geworfen werden, die uns heute als immergleicher Hass auf Amerika erscheinen, die in Wirklichkeit aber der bisweilen höchst widersprüchliche, jeweils aktuell motivierte Rückgriff auf die Essentialisierung sozialer Erfahrung sind: Sei es die Verarbeitung kapitalistischer Modernisierungsschübe, gesellschaftliche Integrations- und Desintegrationsprozesse, die Verteidigung gesellschaftlicher Privilegien, oder die nach dem Ende der Systemkonfrontation neu gestellten Fragen von Zugehörigkeit und Orientierung.

Die Rede von der Kulturalisierung gesellschaftsgeschichtlicher Differenz bedeutet allerdings nicht, dass in Europa lediglich eine nachholende Entwicklung stattfindet. Im Gegenteil, die Vorstellung von den USA als ‚Zukunft Europas' ist selbst Beispiel einer solchen Verdinglichung. Aber auch hier wird Reales verkleidet: Unterschiedliche Entwicklungsbedingungen zwischen einer bürgerlichen Gesellschaft von Beginn an und einer historischen Situation in der die Notwendigkeit einer Überwindung feudaler Reste im Zentrum stand, können als Aspekte differenter Geschwindigkeiten in der Entwicklung und Durchsetzung des Kapitalismus herausgearbeitet werden. Gleichzeitig ist es so, dass gerade diese Differenz sich in bestimmten Konstellationen zur Vorstellung von Amerika als Europas Zukunft verdichtet und wiederum den Blick auf weitere Veränderung strukturiert.[7] Thomas Barfuss greift diesen Punkt auf, wenn er schreibt, der „Diskurs einer vorwärtsdrängenden ‚Modernität'" sei aus der „Konstellation Amerika/Europa" entstanden (Barfuss, 2007: 10). Durch den vergleichenden Blick, und die spezifische Ungleichzeitigkeit wurde die in Amerika situierte Moderne als dynamisch, drängend und vorwärtstreibend rezipiert.

Vor dem Hintergrund einer Rekonstruktion ihrer Genese können die antiamerikanischen Topoi einerseits als tatsächliche Charakteristika der amerikanischen Gesellschaft in ihrem besonderen Entstehungsprozess begriffen, und gleichzeitig in der Verdinglichung des europäischen Blicks und seiner widerspruchseliminierenden Funktion kritisiert werden. In der empirischen Analyse zeigt sich, dass die von mir als Bedeutungsraum bezeichneten Assoziationen, die von den jeweiligen Topoi im alltäglichen Gebrauch aufgerufen werden, durch eben jene gesellschaftsgeschichtliche Erfahrung konstituiert sind. Nur so können die Stereotype auf ein so breites Spektrum an geteilten Vorstellungen rekurrieren, und nur deshalb sind sie so fungibel.

Antiamerikanismus kann folglich als flexible ideologische Ressource gesehen werden, die aktuelle Problemlagen mit historischen Traditionsbeständen zu fungiblen Deutungsmustern der Realität verbindet. Als Bewusstseins- und Praxisform vermag er gesellschaftliche Kontroversen und Widersprüche zu verarbeiten. Antiamerikanismus ist jedoch nicht nur Deutungs-, sondern auch Vergesellschaftungsform, tätige Realisierung gesellschaftlicher (Macht-)Verhältnisse. Die in den antiamerikanischen Artikulationen geleistete Verquickung von Altem und Neuem kann allerdings nur je konkret bestimmt werden.[8]

Meine Untersuchung versteht sich daher als Empirische Ideologiekritik (Ritsert, 1972) des Antiamerikanismus. Ein derart angelegtes Vorhaben ist mit der Schwierigkeit konfrontiert, dass der Ideologiebegriff in aktuellen Diskussionen nicht nur insgesamt höchst umstritten, sondern auch kontrovers bestimmt ist. Eine Untersuchung, die Antiamerikanismus – im dargestellten Sinne – als Verarbeitung und Interpretation bestimmter Aspekte gesellschaftlicher Realität zu fassen versucht, bedarf eines theoretischen Rahmens, innerhalb dessen Bewusstsein als Gesellschaftliches zu denken ist. Aus diesem Grund scheint es angemessen, am Konzept einer Ideologiekritik festzuhalten, auch wenn damit – wie in der langen Geschichte der Ideologiekritik oftmals – weder von einem privilegierten Erkenntnisstandpunkt und der entsprechenden Geste des ‚Schleier-Lüftens' noch von einer simplen wahr/falsch-Dichotomie hinsichtlich gesellschaftlichen Bewusstseins ausgegangen wird. Ein für diese Untersuchung gegenstandsadäquater und zugleich zeitgemäßer Ideologiebegriff muss Ideologie als jeweils historisch zu bestimmende gesellschaftliche Bewusstseins- und Praxisform fassen.

---

7 Anhand der empirischen Analyse der Sozialstaatsdiskussion in Deutschland wird dieser Gedanke am Material ausführlich diskutiert werden. Dabei lässt sich zeigen, wie die thematisierten Veränderungen als Angleichung, nachholende Entwicklung und folglich als ‚Amerikanisierung' wahrgenommen werden. Anhand dieser Deutungen kann das spezifische Verhältnis aus gesellschaftsgeschichtlicher Differenz, stereotyper Wahrnehmung und einer Verdinglichung des Realen herausgearbeitet werden.

8 Detaillierter zum hier zu Grunde gelegten Verständnis von Ideologie als Bewußtseins- und Praxis- resp. Vergesellschaftungsform vgl. meine demnächst veröffentlichte Dissertation.

4. Empirische Ideologiekritik des Antiamerikanismus

An dieser Stelle soll nun ein Einblick in den empirischen Teil meiner Dissertation gegeben werden. Details hinsichtlich der methodologischen und methodischen Ausrichtung dieser Medienanalyse können im Rahmen dieses Artikels nur skizziert werden. Recht allgemein gesprochen bestimme ich das Vorhaben als empirische Ideologiekritik und das Verfahren als ideologiekritisch informiertes Hybrid aus Diskurs- und Inhaltsanalyse. Im Einzelnen wird dies in meiner demnächst veröffentlichten Dissertation genauer nachzulesen sein. Von den beiden eingangs genanten politischen Kontroversen der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit – der Selbstverständigung europäischer Eliten über die Notwendigkeit und Beschaffenheit einer ‚europäischen Identität' und der Umstrukturierung der Sozialen Sicherungssysteme anhand der Kontroverse um die Agenda 2010 – wird hier aus Platzgründen nur das zweite Thema anhand des Materials vorgestellt.
Obwohl Reformen des deutschen Sozialstaats keine außenpolitische Bedeutung haben, spielten Verweise auf die USA in der kontroversen Diskussion um die Agenda 2010 eine wichtige Rolle. Befürworter wie Gegner der geplanten Maßnahmen argumentierten, dass es ‚amerikanische Verhältnisse' sowie eine ‚Amerikanisierung' Deutschlands abzuwenden gelte. Den Protagonisten gelang es also, die Zustimmung für den größten Abbau sozialstaatlicher Leistungen seit 1945 dadurch zu gewinnen, dass sie versprachen, ‚Zustände wie in Amerika' um jeden Preis zu verhindern.

4.1. Sozialstaat im Wandel

Diskussionen über einen Um- und Abbau der sozialen Sicherungssysteme sind in der Bundesrepublik nicht neu sondern geradezu symptomatisch für deren Charakter. Das Sozialversicherungssystem stellt einen sozialen und politischen Kompromiss dar, der historisch erstritten wurde und in seiner je aktuellen Ausgestaltung bis heute ein umkämpftes Terrain darstellt. Komplementär zum selbstverpflichtenden Begriff des Sozialstaats – eingeführt wurde die Sozialgesetzgebung unter Reichskanzler Bismarck in den 1988er Jahren als ordnungspolitische Maßnahme, die den sozialen Frieden erhalten und den Sozialdemokraten und Sozialisten den Zulauf nehmen sollte – verhält sich der Begriff der Sozialpartnerschaft, welcher in Deutschland – jenseits der gesetzlich geregelten Tarifautonomie – das Verhältnis der Tarifparteien umfassend als ‚Partnerschaft' zu bestimmen versucht. Die Terminologie der ‚Sozialpartnerschaft' trägt dazu bei, die ihr zugrunde liegenden Interessenkonflikte tendenziell zu verschleiern und sie zu diskursiven Positionen auf strukturell gleicher Ebene zu verklären (vgl. Sanmann, 1977: 52). Bis in die 1960er Jahre hinein funktionierte der soziale Kompromiss angesichts ungekannten Wirtschaftswachstums und einer sich verbreiternden Wohlstandsbasis gut. Doch seit der Weltwirtschaftskrise Anfang der 1970er Jahren und dem Übergang von einer nachfrageorientiert-keynesianistischen hin zu einer angebotsorientierten Konjunkturpolitik geriet der Sozialstaat zunächst finanziell und dann auch politisch unter Beschuss. Aufgrund der politischen Kräfteverhältnisse blieben die sozialstaatlichen Arrangements bis in die 1980er Jahre hinein dennoch weitgehend unangetastet. Das Ende der Systemkonkurrenz und die damit einhergehende Implosion sozialpolitischer Alternativen erleichterte es in den 1990er Jahren, den Sozialstaat in Deutschland nicht nur finanziell, sondern nun auch gesellschaftlich in Frage zu stellen. Nicht zuletzt aufgrund seines patriarchal-paternalistischen Charakters fand die Demontage d(ies)es Sozialstaates auch Unterstützung im progressiv-libertären Milieu sowie innerhalb der sozialen Bewegungen. Seine Legitimationskrise mündete in einem Paradigmenwechsel weg von einem sozialpolitischen Ausgleich gesellschaftlicher Risiken hin zu deren Individualisierung und Finanzialisierung.
Obwohl es bereits unter der christlich-liberalen Regierung Helmut Kohls teilweise erfolgreiche Bestrebungen gegeben hatte, die bisherigen Sozialversicherungssysteme zu beschneiden, war es die erste rot-grüne Bundesregierung, die wirklich radikale Einschnitte durchsetzen konnte. Mit dem Versprechen, die Arbeitslosigkeit signifikant zu senken, und die neoliberalen Vorstöße der Union/FDP-Regierung zu revidieren, war die Regierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder 1998 angetreten. Zunächst wurden durch Gesetze zur Sozialversicherung, zu Arbeitnehmerrechten und Gesetzlicher Krankenversicherung, einige Maßnahmen der Vorgänger-Regierung zurückgenommen. Schon ein Jahr später jedoch hatte sich der Charakter der sozialpolitischen Diskussion grundlegend verändert. Die durch die Agenda 2010 eingeleiteten Maßnahmen stellen, wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 30.6.2004 titelte, die „größte Kürzung von Sozialleistungen seit 1949" (Soldt, 2004: 3) dar.

4.2. Die politische Konstellation im Wahljahr 2002

In der entscheidenden Phase des Wahlkampfes zur Bundestagswahl im September 2002 hätte die Situation für den amtierenden Bundeskanzler und SPD-Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder und seine Regierungskoalition kaum prekärer sein können. Nach einem kurzzeitigen Konjunkturhoch um die Jahreswende 1999/2000, im Zuge dessen die Arbeitslosigkeit auf 3,6 Millionen und damit erstmals seit 1994 auf unter 9% gesunken war, überschritt die Zahl der Arbeitslosen zum Jahreswechsel 2001/2002 wieder die 4-Millionen-Marke (vgl. Egle, Ostheim et al., 2003: 18). Die rot-grüne Regierung war damit weit davon entfernt, ihr zentrales Wahlkampfversprechen, die Senkung der Arbeitslosenzahlen, zu erreichen.
Eine noch größere Niederlage erfuhr die Politik der rot-grünen Regierung mit dem Scheitern des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit. Zwei Monate nach den ersten erfolglosen Gesprächen von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände beschloss die Regierung die Förderung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse im Niedriglohnbereich und gab damit die sozialdemokratische Forderung nach Existenz sichernden Löhnen auf. Ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl sah sich Schröder deutlich unter Zugzwang und versuchte sich als ‚Macher' zu profilieren. Er setzte die Kommission Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt ein und beauftragte diese unter dem Vorsitz von Peter Hartz mit der Erarbeitung eines umfassenden Katalogs von Arbeitsmarktstrukturreformen. Sechs Wochen vor der Wahl formulierte die Kommission eine Empfehlung, welche u.a. die Halbierung der Arbeitslosenzahlen bis 2005 versprach. Das Bundeskabinett stimmte den Vorschlägen zu und beschloss die sogenannten Hartz-Gesetze, die – nach der überraschend doch noch gewonnenen Wahl – zwischen 2003 und 2005 in Kraft traten. Vor allem die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe (als Hartz IV bekannt) trug dazu bei, die Grenzen der Zumutbarkeit der Arbeit nach unten zu öffnen, damit Druck auf das Lohnniveau auszuüben und den Bezugszeitraum für Arbeitslosengeld um beinahe die Hälfte zu kürzen. Seit Bestehen der Bundesrepublik hatte diese Regierung wie keine andere vermocht, ehemalige soziale Errungenschaften auszuhöhlen und abzuschaf-

fen: die Zahl der von Armut betroffene stieg binnen drei Jahren von 12,1 auf 13,5 % (BMAS, 2005), neben Hartz IV waren es außerdem Zuzahlungen im Gesundheitsbereich, die Praxisgebühr, Wegfall von Entbindungs- und Sterbegeld, die die Menschen belasteten. Die Senkung der so genannten Lohnnebenkosten geriet gleichzeitig zum Angriff auf Arbeitnehmerrechte.
Auch wenn sich im politischen Diskurs eine allgemeine ‚Einsicht' in die Notwendigkeit von sogenannten Reformen weitgehend durchgesetzt hatte, so bestand doch im Wahljahr 2002 in breiten Teilen der Bevölkerung eine erhebliche Skepsis gegenüber diesen Vorhaben, von denen zurecht befürchtet wurde, dass sie den Lebensstandard vieler Menschen senken würden. Diese Skepsis reflektiert sich nicht nur in Umfragen (vgl. u.a. Infratest Dimap, 2002) und den damaligen Sozialprotesten, sondern auch in der politischen Rhetorik wie der vom ‚Umbau des Sozialstaats', mit der die Verantwortlichen dieser Skepsis zu begegnen versuchten, wo es sich offenkundig um einen strukturellen Rückbau handelte. Ein zweites Element der Rhetorik bestand darin, die für die Bundesrepublik Deutschland geplanten sozial- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen mit der Sozialpolitik und dem Sozialstaatsniveau der USA kontrastiert. Eine Angleichung an US-Standards zu verhindern, wurde zu einem der zentralen Wahlkampfversprechen Schröders vor der zweiten Amtszeit. Diesen Strang der sozialpolitischen Diskussion, die schließlich in die Verabschiedung und Umsetzung der sogenannten Agenda 2010 mündete, nimmt die hier darzustellende Printmedienanalyse zum Ausgangspunkt.

4.3. Thematische Eingrenzung und Materialauswahl

Um den gesellschaftlichen Diskussionsprozess abzubilden, der zur Verabschiedung der Agenda 2010 geführt hatte, wählte ich als Beginn des Untersuchungszeitraum den Beginn des Wahljahres 2002. Die Analyse von Artikeln aus sechs großen deutschen Tages- und Wochenzeitungen[9] des politischen mainstream nimmt ihren Ausgangspunkt also etwas mehr als ein Jahr vor der ersten öffentlichen Bekanntgabe des Agenda 2010 Programms durch Gerhard Schröder im März 2003. Mit Hilfe elektronischer Datenbanken wählte ich anhand von Stichworten wie ‚Sozialstaat', ‚Sozialreformen' und ‚Agenda 2010' sowie ‚USA/Amerika' alle Artikel aus, in denen zunächst sehr allgemein das Thema ‚Umbau des Sozialstaats' in Deutschland unter Rekurs auf die USA verhandelt wurde. Dabei entstand ein Korpus von etwas über 600 Texten.
Nach einer ersten Analyse bestimmte ich die Texte, die sich als im engeren Sinne für meine Fragestellung thematisch relevant, erwiesen, weil in ihnen die Diskussion über den Umbau des Sozialstaats in Deutschland unter Bezug auf die USA geführt wurde. Der Materialkorpus der Untersuchung umfasste sodann 180 Artikel.
Hinsichtlich der Form und Beschaffenheit des Amerikabezugs unterscheiden sich die Texte des Materialkorpus folgendermaßen: In etwa Zweidrittel der Artikel wird ein weitgehend sachlicher, nicht von Essentialisierungen oder Kulturalisierungen geprägter Bezug auf die USA hergestellt. Dieser Teil des Korpus unterteilt sich wiederum in zwei Gruppen, von denen sich der deutlich größere Teil (ca. 55% des Materials) beim Thema Sozialstaatsreform positiv auf die USA bezieht, oder diese sogar als explizites Vorbild für projektierte Reformen in Deutschland heranzieht. Die restlichen 10 Prozentpunkte verweisen auf die USA derart, dass die innerhalb Deutschlands stattfindenden Transformationen kritisch unter die Lupe genommen und mit ähnlichen Maßnahmen in den USA verglichen werden. Die verbleibenden 35% des Korpus (63 Texte) enthalten Dichotomisierungen, explizite (teils populistische) Distanzierungen oder Negativbewertungen der USA, die oftmals auf der Basis kulturalisierender oder essentialisierender Zuschreibungen, sowie unter Rekurs auf angebliche amerikanische Spezifika oder vermeintliche kulturelle Differenz erfolgen.
Ein Beispiel für Artikel, in denen sich positiv auf die USA bezogen wird oder in denen diese als Vorbild portraitiert werden, liest sich folgendermaßen:

> „Will man Geringverdienern ein auskömmliches Einkommen sichern und zugleich die Motivation zur Beschäftigungsaufnahme stärken, sollte man wie in Amerika Steuergutschriften – als negative Einkommensteuer – einführen" (Fickinger, 2004: 9).

Als Beispiel für eine sachliche Argumentationen, in denen ein Bezug auf die USA mit kritischer Intention herstellt wird, soll dieser Text dienen:

> „Die ‚aktivierende Sozialhilfe' genannte Kürzung der Stütze etwa ist eines der Lieblingsprojekte Roland Kochs, das dieser einst von einem USA-Besuch mitbrachte. Vor solchen Radikalkuren schreckt die ostdeutsche Merkel aus gutem Grund zurück. Doch ihr Gegenkonzept hätte längst auf den Tisch gehört. Ein taktischer Fehler, der den Rechten in der Union Auftrieb gibt" (Oestreich, 2003: 14).

In dem verbleibenden Teil der Texte (ca. 35% des samples, d.h. 63 Artikel) wird der Bezug auf die USA in einer Art und Weise hergestellt, die vorläufig als Abgrenzungs-, Abwertungs- oder Kulturalisierungsrhetorik bezeichnet wurde. In dieser Kategorie wurden all die Texte erfasst, die entweder auf der inhaltlichen, sprich der Motivebene und/oder auf der diskursiv-politischen Funktionsebene für eine Analyse antiamerikanischer Ideologiefragmente in der untersuchten Debatte relevant erschienen. Dabei handelt es sich um alle Texte,
- in denen abstrakte Dichotomisierungen zwischen ‚uns' und ‚denen' (im hier vorliegenden sample meist auf der Systemebene von ‚Europa/Deutschland' vs. ‚Amerika') vorkommen, welche meist mit einer Abwertung der USA einher gehen;
- in denen kulturalisierende oder essentialisierende Amerikavorstellungen eine Rolle spielen. Dabei handelt es sich zum einen um Formulierungen, in denen den USA bestimmte Eigenschaften als ‚typisch' zugeschrieben werden (beispielsweise ‚unsozial', ‚kalt', ‚künstlich' etc.), zum anderen um Formulierungen, in denen der Rekurs auf die USA in Chiffren erfolgt, die von den Autorinnen und Autoren ohne weitere Erläuterungen verwandt werden und von als bekannt vorausgesetzten Assoziationen hinsichtlich bestimmter unterstellter Eigenheiten der USA leben. Beispielsweise ‚hire-and-fire', ‚soziale Kälte', ‚amerikanische Verhältnisse' etc.
- in denen der Bezug auf die USA im politischen Diskurs eine strategische Abgrenzung oder auch populistische Vereindeutigung zur Grundlage hat. Dies kann sprachlich durch besondere Emotionalisierung bis hin zur Erzeugung von Angst oder durch betonte Distanzierung geschehen, oder sich aus dem diskursiven Kontext der Äußerung ergeben.

Die so qualifizierten Texte bildeten das Material der Feinanalyse, in der diese Artikel auf das Vorhandensein und die Beschaffenheit antiamerikanischer Diskursfragmente in der Debatte um Sozialstaatsreformen hin untersucht wurden. Es stellte sich heraus,

9 FAZ, SZ, FR, taz, Die ZEIT, Der Spiegel

dass in einem überwiegenden Teil (ca. 80%) der Texte dieses Segments der Bezug auf die USA in den immer gleichen Schlagworten erfolgte. Ob sich der Text direkt mit der Agenda 2010, mit Hartz IV, allgemein mit einer Rücknahme sozialstaatlicher Versorgungsleistung, einem wachsenden Wohlstandsgefälle und zunehmender Unsicherheit, oder konkreter mit Arbeitsverhältnissen, sowie mit Kündigungsschutz befasst: Der Bezug auf die USA erfolgt fast immer entweder als Verweis auf ‚amerikanische Verhältnisse' oder als Hinweis auf eine bevorstehende bzw. sich vollziehende ‚Amerikanisierung' Deutschlands.

Der Vorsitzende der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Frank Bsirske, beispielsweise kommentiert die von ihm befürchteten negativen Folgen der geplanten Hartz-Gesetze folgendermaßen:

> „Ich stelle erschüttert fest, dass der Gesetzentwurf zum Arbeitsmarkt Hartz 4 darauf hinausläuft, dass jede legale Arbeit – auch die Minijobs – zumutbar sein soll, unabhängig vom Qualifikationsniveau, unabhängig vom Bezahlungsniveau. Eine Entwicklung, die absolut fatal ist aus meiner Sicht, übrigens auch für den Erhalt von Qualifikationen, und einen Niedriglohnsektor in ganz anderem Ausmaße aufstemmt, als wir ihn bisher kennen, gewissermaßen die Amerikanisierung" (Bsirske, 2003: 34).

Der damalige SPD-Generalsekretär Franz Müntefering bezeichnet das Wahlprogramm der FDP als „Spaßprogramm", als „Dokument der Ausgrenzung und sozialen Kälte". Die FDP wolle, so Müntefering, die

> „Flächentarife abschaffen, den Kündigungsschutz lockern und aus der solidarischen Krankenversicherung aussteigen", dies führe „zu einer Amerikanisierung der Gesellschaft" (FAS, 2002b: 1).

In ähnlichem Duktus äußert sich der damalige saarländische Ministerpräsident Peter Müller (CDU) zum Kündigungsschutz:

> „Ich halte überhaupt nichts davon, den Kündigungsschutz generell in Frage zu stellen. Dafür gibt es überhaupt gar keine Begründung. Wir wollen in Deutschland keine amerikanischen Verhältnisse" (Meurer, 2004: 3).

Und auf die Frage nach der Bezahlung von Managern in Deutschland antwortet im Interview Erwin Teufel (CDU), Ministerpräsident von Baden-Württemberg: „Ich halte es für überzogen, dass nun amerikanische Verhältnisse einziehen" (Teufel, 2002: 19).

Diese Artikulationen überraschen durch ihre Einförmigkeit und unterscheiden sich grundlegend vom Charakter der Debatte um eine ‚europäische Identität'. Diese war durch eine thematisch weit gefächerte ideologische Suchbewegung gekennzeichnet hinsichtlich der Frage, wie sich eine ‚europäische Identität' zu realen und/oder imaginierten Charakteristika eines Amerika ins Verhältnis setzt.

Für eine Analyse der Beschaffenheit und Funktion antiamerikanischer Diskursfragmente bieten sich also nicht wie in der Europa-Debatte vielfältige, untereinander differenzierte und zu differenzierende Deutungen, sondern es zeigt sich eine Diskursstruktur, die maßgeblich von zwei Schlagworten geprägt ist, unter welche sich offenbar das anhand des Materials umrissene und folglich verfügbare Spektrum antiamerikanischer Deutungen subsumieren lässt. Nicht nur ist die gesamte thematische wie politische Breite des USA-Bezugs innerhalb der Sozialstaatsdiskussion unter diesen Schlagworten erfassbar, sondern diese Stichworte bilden auch aus anderen Gründen charakteristische und zentrale Argumentationsfiguren der damaligen Diskussion: Bei beiden Ausdrücken handelt es sich um Formulierungen, die von den politischen Protagonisten der Diskussion, vorwiegend von dem ehemaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder sowie dem damaligen Generalsekretär der SPD Franz Müntefering zum Auftakt des Wahlkampfes Anfang 2002 in die Debatte eingebracht wurden. Dass diese Rhetorik, wie die Analyse der Artikel zeigt, auch von der Opposition eins zu eins aufgegriffen wurde, unterstreicht ihre zentrale, nicht nur sprachliche, sondern auch diskursstrategische sowie ideologische Bedeutung. Aufgrund dieser besonderen Position und vor allem weil die beiden Schlagworte offenbar vielfältigste Aspekte der Diskussion in einem sprachlichen Ausdruck verdichten, wurden diese von mir als Token bezeichnet.

Token ist der englische Ausdruck für Spielmarken, wie sie beispielsweise im Kasino verwendet werden. In der deutschen Übersetzung steht er auch für ‚Kürzel', ‚Zeichen', oder ‚Ersatz-'. Theodor W. Adorno verwendet den Begriff der ‚Spielmarke' in unterschiedlichen Zusammenhängen, um auf den verdinglichenden Charakter von Sprache hinzuweisen:

> „Sprache hat teil an der Verdinglichung, der Trennung von Sache und Gedanken. Der übliche Klang des Natürlichen betrügt darüber. Er erweckt die Illusion, es wäre, was geredet wird, unmittelbar das Gemeinte. Das Fremdwort mahnt kraß daran, daß alle wirkliche Sprache etwas von der Spielmarke hat, indem es sich selber als Spielmarke einbekennt. Es macht sich zum Sündenbock der Sprache, zum Träger der Dissonanz, die von ihr zu gestalten ist, nicht zuzuschmücken. Wogegen man sich beim Fremdwort sträubt, ist nicht zuletzt, daß es an den Tag bringt, wie es um alle Wörter steht: daß die Sprache die Sprechenden nochmals einsperrt; daß sie als deren eigenes Medium eigentlich mißlang" (Adorno, 1961: 220f).

Der Begriff scheint mir geeignet, die im Folgenden detailliert zu entfaltende Charakteristik und Verwendung der beiden hier diskutierten Schlagworte einzufangen:

> „Schlagworte machen sich verdächtig nicht bloß durch ihre Funktion, den Gedanken zur Spielmarke zu degradieren; sie sind auch Index ihrer eigenen Unwahrheit" (Adorno, 1962: 499).

Weitergehende Spezifizierung des Materialkorpus

Um die besondere Bedeutung dieser verbreiteten und offenbar so fungiblen Chiffren genauer erfassen zu können, legte ich für die weitere Analyse all jene Texte zu Grunde, in denen in der Diskussion um sozial- und/oder arbeitsmarktpolitische Themen der Bezug auf die USA explizit in den genannten Token ‚amerikanische Verhältnisse' und ‚Amerikanisierung' erfolgte, und bezog außerdem Texte aus dem Jahr 2004 ein. Auf dieser Datenbasis ließ sich ein Überblick über die in diesen Token verhandelten thematischen Facetten, Funktionalitäten und Konjunkturen der Diskussion gewinnen. Außerdem konnte die semantische wie funktionale Leistung der Token und deren Zentralität für die Debatte präzise erfasst werden. Der Korpus der Analyse umfasste somit neben den auf die Agenda 2010 hinführenden Diskussionen, außerdem die Zeit der ersten verabschiedeten und umgesetzten Maßnahmen – insgesamt 116 Artikel.

Mit Blick auf die oben dargestellten Aspekte verdinglichender, potentiell antiamerikanischer Texte und Diskurs-Fragmente wird zu zeigen sein, inwiefern in der Rede von der ‚Amerikanisierung der Gesellschaft' ebenso wie in der beschworenen Abwehr ‚amerikanischer Verhältnisse' eine Dichotomisierung zwischen ‚uns' und ‚denen' vorgenommen wird, welche mit einer Kulturalisierung des Sozialen einher geht, auf vermeintlich klare, nach innen widerspruchsfreie Verhältnisse verweist, eine eingehende Analyse zu ersparen verspricht und mit Abwertungen spielt. Außerdem steht in Frage, inwiefern in den Token nicht nur gesellschaftliche Widersprüchlichkeit reduziert, sondern auch emotionalisiert und angesichts der immer wieder auftauchenden Beschwörungsrhetorik Angst produziert wird.

Debattenverlauf

Innerhalb des Untersuchungszeitraums ist zunächst der Wahlkampf zu den Bundestagswahlen im September 2002 bedeutsam. Bereits Ende Februar 2002 spricht der amtierende Bundeskanzler Schröder auf einem Berliner Kongress der SPD mit dem Titel „Die Mitte in Deutschland" als Auftakt einer Art Kampagne davon, dass Reformen des Sozialstaats in Deutschland dringend notwendig seien, um eine „Amerikanisierung" des Landes zu verhindern (zitiert nach Herzinger, 2002: 10). Diese kulturalisierende Beschwörungs-Rhetorik beeinflusste entscheidend die Art und Weise, wie in den folgenden Monaten über das Thema Sozialstaatsreform diskutiert werden wird. Franz Müntefering beispielsweise bewirbt das Projekt Agenda 2010 mit dem Satz: „Wir wollen keine Amerikanisierung der Gesellschaft, sondern die Sicherung des Sozialstaats" (FAZ, 2003: 3). Die von Schröder geprägte Sprachregelung setzt sich nicht nur innerhalb der SPD durch, sie wird ebenso von den Oppositionsparteien übernommen. „Wir wollen keine amerikanischen Verhältnisse", verkündet Edmund Stoiber, damaliger Kanzlerkandidat der CDU, im Mai 2002 (zitiert nach Hegelüken, 2002: 6). Von seinen Parteikollegen erfährt er darin breite Unterstützung, so beispielsweise durch Christian Wulf, damaliger Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion im Niedersächsischen Landtag. Selbst der damalige liberale Spitzenkandidat Guido Westerwelle weicht von dieser Formulierung nur in Nuancen ab:

> „Ich bin weit davon entfernt, die sogenannten amerikanischen Verhältnisse nach Deutschland zu holen, gerade weil ich sie sehr genau kenne" (Westerwelle, 2002: 53).

Mit voranschreitendem Wahlkampf spielt dieses Motiv eine zunehmend größere Rolle. Zweifelsohne muss im Hinblick auf den Resonanzboden dieser Token die teils von antiamerikanischen Tönen geprägte Rhetorik der Wahlkampfzeit in Rechnung gestellt werden: Es sei nur kurz daran erinnert, dass der Sommer 2002 maßgeblich von der Kontroverse um einen bevorstehenden Einmarsch US-amerikanischer Truppen und deren Verbündeten in den Irak bestimmt war. Ähnlich wie im Fall der Debatte um eine Europäische Identität gewinnt auch der USA-Bezug in der Sozialstaatsdiskussion einen Teil seiner Dynamik aus dieser allgemeinpolitischen Konstellation. Die einschlägige Regierungserklärung des Kanzlers Gerhard Schröder steht beispielsweise unter der Überschrift „Mut zum Frieden – Mut zur Veränderung" (Schröder, 2003) und verbindet in charakteristischer Weise die Themen Krieg und Sozialreformen.

4.4. Ergebnisse der Analyse

4.4.1 Charakteristika der Debatte

Im Gegensatz zur Europa-Thematik handelt es sich bei der Diskussion um Sozialreformen nicht um eine Feuilletondebatte. Nicht nur befinden sich die Beiträge zu einem überwiegenden Teil im Politik- oder Wirtschaftsressort, zudem lässt sich keine zwischen den untersuchten Medien geführte Debatte ausmachen, wie dies bei der ‚europäischen Identität' der Fall war. Öffentliche Intellektuelle melden sich in den hier untersuchten Texten nur zu einem sehr geringen Anteil (9 von 116 Texten) zu Wort.

Die Akteure der Diskussion

In den untersuchten Printmedien wird stattdessen eine Auseinandersetzung aufgegriffen und wiedergegeben, die in erster Linie von politischen Akteuren sowie den EntscheidungsträgerInnen der sozialpolitischen Maßnahmen selbst geführt wird. Zu den häufig zitierten politischen Akteuren gehören in erster Linie gewählte RepräsentantInnen, VertreterInnen von Gewerkschaften, der Arbeitgeberverbände und sehr vereinzelt von NGOs. Die Vermutung liegt nahe, dass die hier thematische Form eines kulturalisierenden Amerika-Bezugs sich vor allem für die ProtagonistInnen dieser politischen Maßnahmen anbietet, was unter anderem auf den instrumentellen Charakter der Diskussion verweist. Gleichzeitig ist auch denkbar, dass das politische Spektrum, welches möglicherweise eine Kritik an den projektierten Maßnahmen in potentiell antiamerikanischer Form zum Ausdruck gebracht hat, in dem hier untersuchten Zeitungsspektrum kaum vertreten ist.
Direkte populistische oder die USA kulturalisierende Äußerungen, werden in den Texten des samples zumeist zitiert oder zusammenfassend referiert. Entsprechend handelt es sich bei diesen Äußerungen in ca. 4/5 der Fälle um Zitate, und nicht so sehr um Meinungsäußerungen von den AutorInnen der Artikel selbst. Sie treten – anders als bei der Europa-Debatte – insgesamt weniger als Protagonisten, denn als Chronisten der Diskussion auf, was jedoch nicht impliziert, dass die JournalistInnen nicht auch eine formierende Rolle spielen. Allein durch die Auswahl und Komposition der Zitate, die einen Anteil an der medial (re) produzierten Einförmigkeit des Debattenformats haben, setzen die AutorInnen klare Akzente. Durch die Auswahl der Aussagen aus dem angebotenen Repertoire sowie durch spezifische Akzentsetzungen befördern die AutorInnen die charakteristische Engführung der Diskussion auf die Wendungen ‚amerikanische Verhältnisse' sowie ‚Amerikanisierung' und tragen so zur Ideologie-Synthese bei.

Die negative Konnotation der Token ‚Amerikanische Verhältnisse' und ‚Amerikanisierung'

Die beiden Schlagworte ‚Amerikanisierung' und ‚amerikanische Verhältnisse' scheinen zunächst eine relative inhaltliche Offenheit zuzulassen. Mit der Qualifizierung eines Prozesses als ‚Amerikanisierung' ist rein sprachlich noch keine notwendige Bewertung getroffen oder gar eine als Antiamerikanismus zu bezeichnende ideologische Konstellation festgestellt. Beide Begriffe suggerieren zunächst, ganz allgemein gesellschaftliche Prozesse als ‚in Analogie zu' oder ‚nach US-amerikanischem Vorbild ablaufend' zu bezeichnen. Ob dies eine Bewertung impliziert, also positiv

oder negativ zu beurteilen ist, wird in dem Ausdruck selbst nicht eindeutig vorweggenommen, sondern ergibt sich erst aus dem spezifischen Kontext. Eine explizit positive Bezugnahme in diesem Sinne kommt jedoch nur in drei der 116 analysierten Texte vor. Bei diesen Texten handelt es sich jeweils um polemisch geschriebene Leserbriefe, in denen die Verfasser sich explizit gegen den hier thematischen Grundtenor in der Diskussion wenden, welcher, so der Verfasser eines Leserbriefs in der Süddeutschen Zeitung „die amerikanischen Verhältnisse als Popanz aufbaut" (SZ, 2004a: 32). Im gleichen Tenor formuliert auch der Autor einer Zuschrift an die Frankfurter Rundschau: „Ja, ich will die amerikanischen Verhältnisse, in denen Leistung, Freiheit und Risiko zählen!" (FR, 2004: 8). Er wirft die ironische Frage auf: „

> Wäre es so schlimm, wenn es bei uns leichter würde, wieder Arbeit zu finden (in den USA 13 mal so einfach wie bei uns!)?" (ebd.).

Der Leserbriefschreiber in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung schreibt, die ‚amerikanischen Verhältnisse' seien „allemal besser als der in anderem Zusammenhang erfundene ‚deutsche Weg'" (FAS, 2002c: 8). Außer diesen Leserbriefen spielt ein diskursiver Bezug, welcher die USA im Zusammenhang mit ‚amerikanischen Verhältnissen' als positive Referenz heranzieht, faktisch keine Rolle.

Mit der Thematik befasste politische Akteure nutzen den Rekurs auf die Token einzig im Sinne der skizzierten Abgrenzung. Neben den schon erwähnten Äußerungen von Müntefering, Stoiber und Wulf wird beispielsweise auch Dieter Hundt, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung folgendermaßen wiedergegeben:

> „Den absehbaren Vorwurf der Gewerkschaften, die deutschen Unternehmen strebten amerikanische Verhältnisse an, wies Hundt zurück: ‚Von einem Hire-and-fire-Konzept sind wir so weit entfernt wie der Mond von uns'" (FAZ, 2002d: 15).

Und selbst Hans-Werner Sinn, Leiter des ifo-Instituts in München und einer der Vordenker neoliberaler Umstrukturierungen in Deutschland, greift für seine Warnung, wonach die EU-Freizügigkeitsrichtlinie angesichts der massenhaften Zuwanderung von Arbeitssuchenden den hiesigen Sozialstaat gefährde, auf die bekannte Floskel zurück: „Wir bekommen amerikanische Verhältnisse" (Magenheim-Hörmann, 2004: 12). Das „Feld des Sagbaren" (Jäger, 2004) – wie die Diskursanalyse die Grenzen des in einem spezifisch politischen oder kulturellen Kontext argumentativ Möglichen umschreibt – scheint in der deutschen Diskussion um Sozialstaatsreformen selbst für ausgewiesene Vertreter liberaler Wirtschaftskonzepte lediglich die Option emphatischer Distanzierung von ‚amerikanischen Verhältnissen' bereitzuhalten.

Auch die kommentierenden JournalistInnen weichen von diesem Muster nicht ab. Taucht der Bezug auf ‚amerikanische Verhältnisse' nicht rein paraphrasierend auf, so wird er fast durchweg in abwertender Form verwandt. Die in der Debatte geradezu stereotyp wiederkehrende Wortwahl der ‚amerikanischen Verhältnisse' wird in den Zeitungskommentaren beispielsweise von Claus Tigges (vgl. 2004: 13) und Richard Herzinger (Herzinger, 2002: 10) teils ironisierend aufgegriffen oder zuweilen scharf kritisiert. Nichtsdestotrotz bleibt der Bezug auch bei ihnen eindeutig negativ. Selbst Autoren, die sich klar für eine neoliberale Umstrukturierung aussprechen oder der Bundesregierung (inklusive Opposition) zu wenig Reformbereitschaft vorwerfen, formulieren diese Haltung niemals als Plädoyer für eine verstärkte ‚Amerikanisierung', sondern in ironische distanzierender Art. Der Assoziationsrahmen der Token ist zwiespältig. Entsprechend bleibt die Ambivalenz, die das Amerika-Verhältnis in Europa traditionellerweise umgibt, erhalten. Dennoch wird der direkte Bezug auf eine ‚Amerikanisierung' (anders als beispielsweise in den 20er Jahren) heute nicht mehr zustimmend, sondern lediglich abgrenzend, bestenfalls deskriptiv als eine Art Tatsachenbehauptung verwendet.

Die Verwendungsweise der Token in Politik und Journalismus

Nicht nur die Wertigkeit des Bezuges auf die genannten Chiffren weist eine geringe Variationsbreite auf. Auch die Art der Verwendung ist auf Seiten der politischen AkteurInnen in der hier untersuchten Diskussion überraschend homogen: unabhängig von der konkreten Position, die die jeweiligen Akteurinnen und Akteure gegenüber einer Neoliberalisierung der Verhältnisse vertreten, scheint sich ihre Haltung durchweg als Abwehr ‚amerikanischer Verhältnisse' plausibel vertreten zu lassen. Dabei lassen sich vor allem zwei dominante Verwendungsweisen unterscheiden: Plädieren die Akteurinnen und Akteure für beschleunigte Reformen in Deutschland, so sind diese der Argumentation zufolge unumgänglich, um Schlimmeres – d.h. ‚amerikanische Verhältnisse' – zu verhindern. Beispielhaft hierfür steht der bereits erwähnte Ausspruch von Franz Müntefering, mit dem er für das Projekt Agenda 2010 wirbt:

> „Wir wollen keine Amerikanisierung der Gesellschaft, sondern die Sicherung des Sozialstaats" (FAZ, 2003: 4). „Deshalb seien radikale Einschnitte notwendig, auch wenn sie vielen ungerecht erschienen" (ebd.),

so die in dem Artikel paraphrasierte Fortsetzung seiner Aussage. Ähnlich argumentiert auch Wolfgang Streeck, Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung in Köln. Als Mitglied des Bündnisses für Arbeit und damit als Berater der Bundesregierung plädiert er in der Frankfurter Rundschau für tiefgreifende Reformen. Der Text trägt den Titel: „Der amerikanisierte Arbeitsmarkt. Die Verteidigung des deutschen Sozialstaats befördert genau das, was wir eigentlich nicht wollen: Zustände wie in den USA" (Streeck, 2004: 7). Und auch der damalige Kanzlerkandidat der CDU Edmund Stoiber bedient im Hinblick auf die Forderung nach Senkung der Lohnnebenkosten und des Umfangs der Sozialleistungen diese Linie. Er sprach sich gegen ‚amerikanische Verhältnisse' aus und meint damit das Beibehalten der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und des Grundsatzes der Kündigungsschutzes (FAZ, 2002c: 15).

In der Sache anders verhält es sich bei denjenigen ProtagonistInnen der politischen Debatte, die die Reformvorschläge im Grundsatz oder Detail kritisieren oder nur in gemilderter Form befürworten. In der Form ist jedoch kaum ein Unterschied festzustellen. Wenn Kritikerinnen und Kritiker sich gegen die Pläne der Bundesregierung aussprechen, dann argumentieren sie ebenfalls damit, eine ‚Amerikanisierung' oder ‚amerikanische Verhältnisse' verhindern zu wollen. Diese Variante findet sich allerdings nur bei VertreterInnen der damaligen PDS oder außerhalb

des parlamentarischen Spektrums, bei Gewerkschaften, NGOs oder Sozialverbänden.

Klaus Zwickel, Vorsitzender der IG Metall, formuliert beispielsweise:

> „SPD und Union verhalten sich faktisch wie eine Einheitspartei für soziale Nivellierung. Wir erleben eine Amerikanisierung" (FAS, 2003: 29).

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer äußert sich in einem Interview auf ähnliche Weise zu den neuen Zumutbarkeitsregeln für die Pflicht von Langzeitarbeitslosen der Annahme von Arbeit mit einer Entlohnung bis zu 30% unterhalb des Vergleichslohns:

> „Ich will das abschaffen, dafür bin ich angetreten, und das halte ich auch durch. Ich will keine amerikanischen Verhältnisse" (Sommer, 2004: 46).

Unabhängig von der politischen Positionierung der Akteure und ihrer konkreten Haltung zu den Reformen, ist ihre Rhetorik hinsichtlich einer Abwehr amerikanischer Verhältnisse in der dargestellten Weise einförmig.

Anders stellt sich dies auf der Ebene der (seltenen) Zeitungs-Kommentare dar. Hier steht die Art des Bezugs auf die genannten Token mit einer klareren Zuordnung zu bestimmten politischen Spektren im Zusammenhang, wie zum Beispiel in einem Kommentar von Heribert Prantl in der Süddeutschen Zeitung. Die in der Sache stichhaltige Argumentation wird durch den Rekurs auf ‚amerikanische Zustände' kulturalisiert:

> „Die neue Zumutbarkeitsregel schlägt ein Loch in die Tarifmauer. Sie kann zu amerikanischen Zuständen führen: Dort haben fünfzig Prozent der staatlichen Fürsorgeempfänger einen Job – der aber nicht fürs Leben reicht, so dass der Staat zuzahlen muss. Wenn es künftig in Deutschland Löhne geben wird, die unter der Sozialhilfegrenze liegen, wird es hier genauso sein. Das heißt: Der Unternehmer lädt dem Sozialstaat einen Teil der Lohnzahlung auf. Man wird also doch über einen gesetzlichen Mindestlohn nachdenken müssen" (Prantl, 2003: 1).

Gerade weil der Kommentator einen Ländervergleich zu analytischen Zwecken anstrengt, ist es argumentativ bedeutsam, dass die Kritik an Niedriglohnjobs innerhalb eines Szenarios aufkommender ‚amerikanischer Zustände' erfolgt. Eine Formulierung wie etwa „In den USA lässt sich beispielsweise beobachten, dass zunehmend Jobs entstehen, von denen die Leute nicht mehr leben können, und der Staat für einen Teil der Lohnzahlungen aufkommen muss" hätte diese Praxis nicht als ‚amerikanische', sondern als ‚exemplarische' darzustellen vermocht.

Kommentatorinnen und Kommentatoren, die die Sozialreformen befürworten, stellen einen Bezug auf ‚amerikanische Verhältnisse' wenn überhaupt lediglich in der dargestellten diskurskritischen und ironisierenden Art und Weise her (vgl. die bereits erwähnten Aussagen von Tigges und Herzinger; außerdem: FAZ, 2002b: 10). Ein positiver Bezug auf eine anzustrebende ‚Amerikanisierung' des deutschen Sozialsystems findet sich auch hier nicht. Der Rekurs der journalistischen KommentatorInnen auf die diskutierten Token hängt in stärkerem Maße von ihrer politischen Haltung hinsichtlich des Sozialabbaus ab, als dies bei den politischen AkteurInnen der Fall ist. Während letztere eine Umstrukturierung des Sozialstaats als Verhinderung einer ‚Amerikanisierung' zu legitimieren versuchen, wovon sie sich einen ‚propagandistischen' Mehrwert zu versprechen scheinen, sind die JournalistInnen darauf offenbar nicht angewiesen. Auch dies kann als Verweis auf die – gegenüber der Europa-Debatte – deutlich stärkere politische Funktionalität der Token gelesen werden.

Instrumenteller Charakter des Bezugs auf ‚amerikanische Verhältnisse' und ‚Amerikanisierung'

Schließlich kann im Vergleich zur Europa-Debatte festgestellt werden, dass in der Diskussion um Sozialreformen kulturalisierende Amerika-Bezüge einen eher instrumentellen Charakter aufweisen. Es lässt sich weniger von Ideologie-‚Produktion' sprechen, als von einem instrumentellen Bezug auf ein angenommenes, für antiamerikanische Deutungen offenes Alltagsbewusstsein. Die AkteurInnen der sozialpolitischen Maßnahmen erhoffen sich dadurch Zustimmung zur eigenen Argumentation und folglich Unterstützung für die avisierte Politik. Aber auch die JournalistInnen schreiben für ein Publikum, dessen Erwartungen sie durch den Stil ihrer Berichterstattung zu erfüllen trachten.

Es handelt sich bei dieser Diskussion eher um die Ränder eines sprachlich-assoziativen Feldes, in dem kaum neue Assoziationsräume eröffnet, sondern eher bestehende Bedeutungsverknüpfungen instrumentell genutzt werden. Anders als bei der Europa-Debatte, in der dieser Raum erst kreiert und dann ausgelotet wurde, handelt es sich hier um einen flacheren, wenngleich keinesfalls weniger wirksamen Diskurs. Die Verwendung der Token respektive der Bezug auf Amerika ist im Großen und Ganzen berechnender. In diese Richtung weist auch der Umstand, dass die auftauchenden Deutungen alle historisch tradierte Referenzen der ‚Amerika-Diskussion' aufgreifen. In der Europa-Debatte spielten auch Topoi eine Rolle, die nicht zum traditionellen Repertoire der ‚Amerikabilder' gehören, wie beispielsweise die als ‚Wir-sind-jetzt-fortschrittlich-Topos' bezeichnete Figur.[10] Im Kontext der Agenda Diskussion handelt es sich durchweg um Argumentationen, die zentrale Motive des tradierten Amerika-Diskurses aufgreifen, auch wenn sie selbstverständlich im neuen Kontext stets auch neue Bedeutungen erfahren. Vehementere antiamerikanische Äußerungen lassen sich nur vereinzelt in Leserbriefen oder Blogs finden.

4.4.2 Zum semantischen Gehalt der Token ‚amerikanische Verhältnisse' und ‚Amerikanisierung'

Der Bedeutungsraum, den die Token ‚amerikanische Verhältnisse' und ‚Amerikanisierung' aufrufen, speist sich aus unterschiedlichen Quellen. Dabei sind zunächst die in den analysierten Texten selbst hergestellten Bezüge zu nennen. Darüber hinaus spielen im gleichen Zeitraum öffentlich geführte Diskussionen eine Rolle, in denen Amerika-bezogene Deutungen im Kontext anderer thematischer Felder auftauchen. Hier sind vor allem die Europa-Debatte sowie die öffentliche Auseinandersetzung um eine Militärintervention im Irak einschlägig. Schließ-

10 Unter dieser Figur habe ich Äußerungen analysiert, die von einer Art Zeitenwende im Verhältnis zwischen den USA und Europa ausgehen. Waren es bis ins späte 20. Jahrhundert hinein die USA, die für Fortschrittlichkeit und Modernität standen, so habe sich dies heute verändert: Es sei nun Europa, das post-national, pazifistisch, demokratisch und sozialstaatlich den Weg weist. Jürgen Habermas bedient in seinem Artikel „Die Wiedergeburt Europas" (Habermas/Derrida, 2003) diese Argumentation.

lich schwingen in der Diskussion Konnotationen mit, die der Vorstellung von den ‚amerikanischen Verhältnissen' historisch zugewachsen sind. Diese drei Bedeutungsbereiche lassen sich nur analytisch trennen. In der tatsächlichen Verwendung überschneiden sie sich.

Die in den untersuchten Texten selbst aufgerufenen Bedeutungen

Hinsichtlich der in den Texten aufgerufenen Bedeutungen können vier thematische Bereiche unterschieden werden:

1. Arbeit und Arbeitsmarkt; 2. Soziale Zusammensetzung und Beschaffenheit der Gesellschaft; 3. Charakteristika des amerikanischen Kapitalismus und 4. Krieg. Mit Ausnahme der drei bereits diskutierten Leserbriefe lassen sich alle sonstigen analysierten Textstellen diesen vier thematischen Bereichen zuordnen. In der Debatte ist also nicht nur die Art der Verwendung der Token sehr homogen, sondern auch ihr Bedeutungssrahmen ist weitgehend unzweideutig. Zur Veranschaulichung seien einige Zitatbeispiele aus dem Material angeführt:

Bei dem ersten der genannten Bedeutungsräume handelt es sich um verschiedene Arbeitsmarkt-bezogene Konnotationen, die sich unter den Stichworten ‚hire-and-fire', ‚kein Arbeitnehmerschutz' und ‚working-poor' zusammenfassen lassen. Im Zusammenhang mit der Rede von ‚amerikanischen Verhältnissen' sind dabei folgende Phänomene angesprochen:

Hire-and-Fire

- „Hire-and-fire-Politik" (Mahler/Steingart, 2002: 91);
- „lockerer Kündigungsschutz" und „Hire and Fire" (Neukirch, Neumann et al., 2002: 80);
- „Flächentarife abschaffen, den Kündigungsschutz lockern und aus der solidarischen Krankenversicherung aussteigen" (FAS, 2002b: 1);

Kein Arbeitnehmerschutz – Niedriglohn

- „Niedriglohn" und „McDonald's-Jobs" (Westerwelle, 2002: 53);
- „flexibleren Arbeitsmarkt" – Negation von „Sicherheitsbedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung" (Schröder, 2002a: 19);
- Niedriglohnsektor in dem „jede legale Arbeit – auch die Minijobs – zumutbar sein soll" (Bsirske, 2003: 34);
- „Leute, die sich in vielen schlecht bezahlten Minijobs krumm legen und trotzdem nie aus der Armut herauskommen" (Lange, 2003: 34);

Der Bedeutungsraum, der durch die hier zitierten Äußerungen aufgerufen wird, lässt sich idealtypisch folgendermaßen charakterisieren: Der Mensch zählt in Amerika nichts, er ist nur Arbeitskraft, und kann eingesetzt oder entlassen werden, wie es gerade passt; die Einzelnen werden in der amerikanischen Arbeitswelt lediglich als ‚fungible Masse' wahrgenommen, alles kann ihnen zugemutet werden, nur der Profit zählt.

In Bezug auf Mechanismen der hier untersuchten Abgrenzungs-, Abwertungs- oder Kulturalisierungsrhetorik lassen sich die Textfragmente folgendermaßen interpretieren: Zentral ist die implizite Dichotomisierung, die diesen Vorstellungen zu Grunde liegt: ‚dort ist es so, hier ist es ganz anders'. Gleichzeitig wird durch die Kopplung des Token ‚amerikanische Verhältnisse' an die vielfältigen Schilderungen unmenschlicher Arbeitsbedingungen die Kulturalisierung eines Zustandes als ‚amerikanisch' vorgenommen, in dem die Arbeiter lediglich eine fungible Masse darstellen. Für diese populistische Vereindeutigung spielt die Emotionalisierung des Themas eine große Rolle. Angst wird mobilisiert. Im Ergebnis gewinnt ‚unser' gegenwärtiger Kapitalismus vor diesem Abgrenzungshintergrund ein vergleichsweise humanes Antlitz (Entlastungsfunktion).

Der zweite Bedeutungspool bezieht sich auf die soziale Zusammensetzung und Beschaffenheit der Gesellschaft. Er umfasst den Assoziationsbereich der ‚Schere zwischen Arm und Reich' und den Topos der ‚sozialen Kälte'. Unter ‚amerikanischen Verhältnissen' oder ‚Amerikanisierung' wird dabei folgendes verstanden:

Die Schere zwischen Arm und Reich – kein Sozialstaat

- „mehr Armut, mehr Reichtum und mehr Kriminalität" (FAZ, 2002a: 2);
- „vervielfachte Gehälter vieler Vorstandschefs" (Teufel, 2002: 19);
- Es „drohe ein tiefer Graben in der Gesellschaft" (Spiegel Online, 2003);
- „ eine zunehmende Polarisierung von Arbeitswelt und Gesellschaft" (Streeck, 2004: 7);
- „die Kluft zwischen Arm und Reich" (Tigges, 2004: 13);

Auch in diesem Themenfeld beruhen die Zuschreibungen auf den genannten Mechanismen einer impliziten Dichotomisierung zwischen ‚hier' und ‚dort' sowie auf einer Kulturalisierung des aufgerufenen Bedrohungs- und Angstszenarios - idealtypisch folgendermaßen umrissen: In den USA gibt es keine Solidargemeinschaft, kein soziales Netz, jeder ist auf sich gestellt und muss sich alleine durchbeißen; es gibt eklatante Ungerechtigkeit und große soziale Polarisierungen.

Soziale Kälte – Desintegration – Gefahr / Bedrohung / Angst

- „planloser Sozialabbau" (Schumacher, 2002: 4).
- „soziale Kälte" (FAZ, 2004b: 71);
- „Die soziale Balance […] ist aus den Fugen geraten" (Neukirch, Neumann et al., 2002: 80);
- „Ausgrenzung und soziale Kälte"(FAS, 2002b: 1);
- „Massenverelendung der unteren Einkommensschichten" (Sommer, 2004: 46);
- „soziale Kälte", „Polarisierung und soziale Unsicherheit", „kontinuierliche Verarmung unseres Landes" (Streeck, 2004: 7);
- „Freiheit, auch unter Brücken schlafen zu dürfen" (Westerwelle, 2002: 53);
- „Ich befürchte, dass uns Schlimmeres als eine ‚Amerikanisierung', geboren aus der Not der leeren Geldbeutel, bevorstehen könnte" (SZ, 2004b: 10);
- Verhältnisse „in denen fünf Prozent der Bevölkerung hinter Gittern sitzt" (Dierbach, 2002: 21).

Der Topos der ‚sozialen Kälte' nimmt den skizzierten Bedeutungsraum sozialer Polarisierung und Ungerechtigkeit auf, überschreitet ihn jedoch in Richtung der zu Grunde liegenden gesellschaftlichen Verfasstheit. Aufgerufen sind über bloße Armut hinausgehende Vorstellungen von sozialer Isolation und Anomie, der Auflösung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und damit einhergehender Angst sowie fundamentaler Bedrohung. Es lässt sich eine Überschneidung mit dem Assoziationsraum amerikanischer Ghettos ausmachen, dem Horrorszenario quasi abgeriegelter Stadtteile, der dort herrschenden Gewalt sowie davon ausgehender Bedrohung. Die zugrunde liegende Alltagstheorie von Gesellschaft stellt eine unmittelbare Verknüpfung her zwischen der Schere zwischen arm und reich, welche zu gesellschaftlicher Desintegration und wiederum zu Gewalt führt. Die Bedeutungen, auf die hier angespielt werden, berühren die Vorstellung von einer Art Sozialcharakter. So wird beispielsweise suggeriert, ‚bei uns' wären die Ellenbogen da, um sich unterzuhaken (vgl.

Dierbach, 2002: 21). Eine derartige Selbsterfindung kann nur durch die auch hier durchgängige Dichotomisierung der Zuschreibungen gelingen.
Eine besondere Stellung hat in diesem Kontext die Problematik der Krankenversicherung, die ich deshalb gesondert erwähnen möchte.

Krankenversicherung
- Ausstieg aus der „solidarischen Krankenversicherung" (FAS, 2002b: 1);
- Abschaffung der „Lohnfortzahlung im Krankheitsfall" (FAZ, 2002c: 15);
- Verhältnisse im Gesundheitswesen, die „mit Humanität und Solidarität […] nichts mehr zu tun" (Wagner, 2003: 18) haben;
- „Zweiklassenmedizin" (Winkelmann, 2004: V);
- „Millionen Unversicherten" keine „(Mindest-)Absicherung für den Krankheitsfall" (FAZ, 2004a: 10).

Die Agenda 2010 leitete im Hinblick auf die Krankenversorgung eine Transformation ein, die im Vergleich mit der damaligen US-amerikanischen Situation eine im Kern konträre Entwicklung bedeutete. Trotz dieser Disparität in der Sache wird in den hier untersuchten Texten im Zusammenhang mit einem Abbau sozialstaatlicher Leistungen häufig auf die schlechte Krankenversorgung in den USA als abschreckendes Beispiel verwiesen. Nicht krankenversichert zu sein, ruft ein unmittelbares Bedrohungsszenario auf. Dieses gehört zum engen Assoziationsraum der ‚amerikanischen Verhältnisse', und prägt entsprechend dessen Verwendungsweise in den untersuchten Texten.
Das dritte Feld der durch die ‚amerikanischen Verhältnisse' aufgerufenen Deutungen bezieht sich auf den Zustand des amerikanischen Kapitalismus.

„ungenierter Kapitalismus" – Geld regiert die Welt
- „ungenierter Kapitalismus" (Spiegel Online, 2004: 1);
- „Dinge aus der Gedankenwelt des kalten Kapitalismus" (SZ, 2004c: 13);
- „Shareholder-Kapitalismus und Globalismus, […] Feuern (und Heuern), […] Privatisierung, Flexibilisierung und Deregulierung. […] das Prinzip des Wettbewerbs" (FAZ, 2002e: 11);
- „Die Corporate-Governance-Theorie, die sich am Shareholder Value ausrichtet, mit all den zwangsläufig daraus entstehenden desaströsen Konsequenzen der kurzfristigen Orientierung, des rein monetären Denkens, der Abhängigkeit von Börsen [...], des Personenkults, der mentalen Korrumpiertheit bis zur Wirtschaftskriminalität" (Malik, 2002: 18).

Der Bedeutungsraum dieses thematischen Feldes lässt sich vom vorherigen weniger inhaltlich, als vielmehr durch seine differente Perspektive abgrenzen. Der „ungenierte Kapitalismus" bildet die systembezogene Seite der Vorstellung von einer in den USA herrschenden „sozialen Kälte". Diese in den Texten aufgerufene System-Perspektive lässt sich idealtypisch skizzieren: Der Kapitalismus in den USA ist nicht nur gnadenlos, Geld und Profit sind ihm alles, er ist darüber hinaus morsch, innerlich verrottet, und zwar nicht nur ökonomisch, sondern auch moralisch. Skrupellosigkeit, Korruption und kriminelle Wirtschaftspraxen sind gang und gäbe.
Obwohl auch hier jede dieser Zuschreibungen nur durch die implizierte Gegenkonstruktion ihre Wirkung entfalten kann, gewährt ein Terminus wie der „ungenierte Kapitalismus" einen Einblick in das implizite Wissen darum, dass der Kapitalismus womöglich auch ‚bei uns' von all diesen Eigenschaften geprägt ist, hier lediglich etwas ‚genierter' auftritt.
Der Subtext dieser Szenarios variiert je nach Verwendungsweise. Die implizite Botschaft derjenigen, die suggerieren, durch die Agenda 2010 eine ‚Amerikanisierung' verhindern zu können, lässt sich folgendermaßen zusammenfassen: Bei uns ist das alles (ein Glück) völlig anders und soll auch so bleiben. Bei denjenigen, die die Agenda 2010 selbst als Schritt in Richtung einer ‚Amerikanisierung' deuten, geht es darum, ähnliche Tendenzen ‚bei uns' aufzuzeigen und sie unter Verweis auf die Zustände in den USA zu kritisieren. Auch in diesem Fall ist die Vorstellung von Amerika als fortgeschrittenem Zustand und Negativfolie zentral. Zwischen beiden Deutungen variiert auch die Funktion der entsprechenden Verweise im politischen Diskurs. Die einen behaupten durch die Agenda 2010 eine ‚Amerikanisierung' verhindern zu wollen, die anderen üben durch den denselben Verweis eine Kritik an den Reformen. Letzteren geht es nicht darum, andere oder sich selbst zu beruhigen, sondern stattdessen durch eine dramatisierende Rhetorik vor bestimmten Entwicklungen zu warnen. Unter dem Eindruck, mit Argumenten für mehr soziale Gerechtigkeit im Kontext verschärfter globaler Konkurrenz nur noch auf taube Ohren zu stoßen, scheint den SprecherInnen in ihrer Verzweiflung, nichts Besseres einzufallen, als nationalistisch-kulturalistische Ressentiments anzurufen. Auch sie versprechen sich davon – wohl zu Recht – eine Mobilisierungskraft, die gesellschafts- und sozialpolitische Argumente alleine nur noch schwer aufzubringen vermögen.
Das vierte und letzte thematische Feld an Konnotationen bezieht sich auf das Thema Krieg

Krieg
- „Krieg führen in einer Tankstelle", „Kriegsabenteuer", „Kriegsmaschine" (Bornhöft, Knaup et al., 2002: 22);
- „keine Mehrheit für US-amerikanische Verhältnisse im Völkerrecht" (Platen, 2003: 3);
- Die „ökonomische Auseinandersetzung um eine neue Weltordnung" könne man „fast einen zweiten Krieg nennen" (Müller, Michael, 2003: 5).

Der Bedeutungsraum, der sich rund um das Thema ‚Krieg' öffnet, bildet eine Art Übergang zum Resonanzzirkel zur Europa- und Irakkriegsdebatte. Die darin aufgerufenen Bedeutungen speisen sich aus der dichotomen Anordnung, in der den USA als ‚Kriegstreibern' ein Deutschland und Europa der ‚Pazifisten' gegenüber gestellt wird. Damit einher geht die Konstruktion, Europa sei der moderne, vorwärtsgewandte und post-nationalen Werten verpflichtete Kontinent, während die USA in nationalen sowie heroischen Konventionen verhaftet seien, die den Anforderungen ziviler Konfliktlösung im Kontext zeitgemäßer Weltinnenpolitik in jeder Hinsicht entgegen stünden (vgl. u.a. Habermas, 2003). Eine Verknüpfung der Themen Sozialstaat, ‚Identität' und Krieg werden beispielsweise durch Gerhard Schröders Floskel von „unserem deutschen Weg" (Schröder, 2002b: 2) und ähnliche Rhetorik prominent in die Diskussion gebracht hat.
Der letzte Bereich des hier skizzierten Bedeutungsraums wird aus dem Fundus tradierter stereotyper Vorstellungen über die USA bedient. Die Bedeutungsfacetten der Token ‚amerikanische Verhältnisse' und ‚Amerikanisierung' knüpfen u.a. an Motive aus dem historischen Arsenal an: Die USA stehen als Sinnbild für Modernisierung, für vorweggenommenen gesellschaftlichen Wandel und sind Spiegel der eigenen Zukunft. Amerika gilt als ökonomische Übermacht, in der der Materialismus die sozialen

Beziehungen dominiert und entsprechend Skrupellosigkeit, Heuchelei, Egoismus und Gewaltbereitschaft herrschen.
Für den Bedeutungsraum der Agenda 2010 Debatte lässt sich resümieren, dass die Konnotationen der ‚amerikanischen Verhältnisse' fluide ineinander übergehen und Assoziationsketten bilden: die klaffende Schere zwischen arm und reich überschneidet sich mit der Vorstellung vom unsozialen Kapitalismus in den USA, mit Verhältnissen, in denen der Mensch nichts, und der Profit alles zählt. Angesichts der sich darin vermeintlich ausdrückenden Skrupellosigkeit und Rücksichtslosigkeit erscheint auch die herrschende Gewalt im Innern wie im Äußeren als logische Konsequenz.
Die Zuschreibungen sind durchweg antithetisch bestimmt und die Charakterisierung der ‚amerikanischen Verhältnisse' dient dem wertenden Vergleich, dass es ‚dort so, bei uns aber ganz anders, nämlich besser, ist' (oder ‚sein sollte'). Die binäre Logik dieser sprachlichen Figuren nimmt zuweilen beschwörenden Charakter an. Es ist jedoch nicht die skizzierte immanente Logik allein, die die Bedeutung der Token ausmacht, sondern auch die politische Debatte lebt von deren binärer Anordnung. Der Rekurs auf die ‚amerikanischen Verhältnisse' erfährt darin seine maßgebliche politische Funktion
Der Effekt besteht einerseits in der Illusion, dass ‚unser' Kapitalismus humaner ist, andererseits in einer Vereinfachung komplexer Probleme durch die Exterritorialisierung ihrer Entstehungsgründe und der psychischen Entlastung vom immensen Gewicht ihrer Lösungsnotwendigkeit. Die Widersprüche des Kapitalismus selbst bleiben außen vor. Wie anhand der dargestellten Zitate deutlich wird, werden mit den Token ‚amerikanische Verhältnisse' und ‚Amerikanisierung' in jedem Punkt gesellschaftliche Probleme benannt, die es in Deutschland selbst gibt. Was als fremde respektive ‚amerikanische' Gefahr bestimmt wird, ist längst nationale Realität.

4.4.3. Zur legitimatorischen Funktion der Token

Vor dem Hintergrund des dargestellten Materials konnte als wichtiges Charakteristikum der deutschen Diskussion um die Umstrukturierungen des Sozialstaats herausgearbeitet werden, dass deren BefürworterInnen (sowohl aus den Reihen der Regierungsparteien, wie der Opposition) die Notwendigkeit eines solchen Umbaus in der Öffentlichkeit mit einer strikten Abwehr ‚amerikanischer Verhältnisse' zu begründen suchen.
In der erwähnten Regierungserklärung mit dem Titel „Mut zum Frieden, Mut zur Veränderung" (Schröder, 2003) gab der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder im März 2003 die Eckpunkte und Zielrichtung der Agenda 2010 bekannt:

> „Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern müssen" (ebd.: 48),

heißt es dort. Das eigentliche Motto der Rede ist jedoch ein anderes: „Der Umbau des Sozialstaates ist unabweisbar geworden", um „die Substanz des Sozialstaates zu erhalten" (ebd.: 46). Es ist diese Logik, wonach sich angeblich „alles ändern muß, damit es bleiben kann, wie es ist" (zitiert nach Inacker/Schuller, 2002: 21), wie es Schröder formuliert, die den Grundton der Debatte um Sozialreformen kennzeichnet und das Thema für die hier analysierten Legitimationen öffnet.
War die prägende Parole der Clintonschen Sozialstaatsreform der 90er Jahre "to end welfare as we know it" (zitiert nach Vobejda, 1996: A1), so trägt die Diskussion in Deutschland andere Züge: ‚Umbauen, um zu bewahren' und um ‚amerikanische Verhältnisse' zu verhindern, ist die spezifisch deutsche Variante der Durchsetzung eines weltweit auf der Tagesordnung stehenden Deregulierungsprojekts und dem damit einher gehenden Abbau der sozialen Sicherungssysteme. Während in den USA der welfare state im Zuge der Clintonschen Kampagne als solcher denunziert und mit Unmündigkeit, Abhängigkeit und nicht zuletzt mit ‚asozialem' Schmarotzertum identifiziert wurde,[11] hat der Sozialstaat in Deutschland trotz der inzwischen durchgesetzten radikalen Veränderungen sein grundsätzlich gutes Ansehen nicht verloren. Selbst die CDU weicht davon argumentativ nicht ab. Die Vorstellung, wir müssten harte Einschnitte hinnehmen, gerade um die Substanz des Sozialstaats erhalten zu können, verfügt über ein hohes Mobilisierungspotential und wird – wie oben dargestellt – selbst von marktradikalen Arbeitgebervertretern nur moderat in Frage gestellt.
Der Abbau sozialstaatlicher Leistungen lässt sich in Deutschland nicht oder nur schlecht mit seiner bloßen ökonomischen Notwendigkeit rechtfertigen. Die im Rahmen der neoliberalen Rhetorik bereit gehaltenen Anrufungen (Stärkung von Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft, Flexibilität und ‚neue Gerechtigkeit', etc.) scheinen keine hinreichende Legitimation zu liefern. Um substantielle Eingriffe ins soziale Netz politisch rechtfertigen zu können, bedarf es offenbar einer Argumentation, die am Anspruch der bisherigen Strukturen festhält und den projektierten Wandel auf eigentümliche Art als eine Fortschreibung oder gar Verteidigung des Status Quo gegen diffuse Kräfte der Veränderung erscheinen lässt. Die Akteure der sozialpolitischen Umstrukturierung stilisieren sich in dieser Rhetorik zu einer Art Fundamentalopposition gegenüber den von ihnen selbst betriebenen Maßnahmen, deren drohende Einschnitte von großen Teilen der Bevölkerung begründeterweise als verunsichernd empfunden werden.[12]
Deren Umsetzung als eine Verteidigung des Sozialstaats gegen ‚amerikanische Verhältnisse' auszuweisen, bietet sich auch insofern an, als die neoliberale Trendwende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die den Hintergrund der Reformbestrebungen bildet, in der Alltagswahrnehmung als ‚Amerikanisierung' gedeutet wird. Wie das hier analysierte Material zeigt, sind Ängste vor sozialem Abstieg, Altersarmut und fehlender Gesundheitsversorgung in Deutschland assoziativ mit den USA verknüpft. Um für einen neoliberalen Umbau öffentliche Zustimmung zu erringen, scheint es vor diesem Hintergrund durchaus nahegelegt, diesen in Abgrenzung zu den USA zu entwerfen, bzw. ihn in legitimato-

---

11 In den USA, wo social welfare aus Steuermitteln finanziert wird und damit nicht wie in der Bundesrepublik den Charakter eines Versicherungssystems hat, war es nicht zuletzt das Ressentiment der steuerzahlenden weißen Mittelschicht gegenüber den als ‚welfare-queens' denunzierten schwarzen, oftmals alleinerziehenden Müttern, das es Bill Clinton in den 90er-Jahren erleichterte, die Sozialhilfe weitgehend abzuschaffen (vgl. Scharenberg, 2007 188).

12 Hinweise auf eine angeblich 'reformfeindliche' Stimmung in der Bundesrepublik, deretwegen im Hinblick auf die politische Durchsetzbarkeit der sozialpolitischen Maßnahmen behutsam mit der Bevölkerung umgegangen werden müsse, bzw. nur mäßige Reformen zugemutet werden können, finden sich auch in den Texten, des hier analysierten Materialkorpus (vgl. FAS, 2002a: 8; Hegelüken, 2002: 6; Neukirch, Neumann et al., 2002: 80; Westerwelle, 2002: 53).

rischer Diktion dazu als Gegenmodell zu positionieren.[13]
Unterschiedliche politische wie sozialpolitische Traditionen zwischen Kontinentaleuropa und den Vereinigten Staaten spielen für eine derartige ideologische Umbildung ebenfalls eine Rolle. Hannah Arendt hatte beispielsweise in ihrem Buch Über die Revolution darauf hingewiesen, dass das zentrale Moment der französischen Revolution, die das politische Selbstverständnis in Kontinentaleuropa bis heute prägt, in der amerikanischen Revolution praktisch keine Rolle spielt: die Forderung nach sozialer Gleichheit (vgl. Arendt, 1963). Vor dem Hintergrund der Geschichte religiöser Unterdrückung in Europa und angesichts des antikolonialen Befreiungskampfes ist es in den USA vor allem die Freiheit im Sinne individueller Selbstbestimmung und basisdemokratischer Selbstorganisation, die den emphatischen Kern des politischen Selbstverständnisses ausmacht. Soziale Gleichheit als Anspruch an staatliches Handeln findet in den USA bis heute wenig Resonanz, während dieser Anspruch in Deutschland einen Grundpfeiler des Selbstbilds der Sozialen Marktwirtschaft darstellt. So wird deutlich, warum das neoliberale Projekt in Deutschland umfassender und vor allem anders ideologisch abgesichert werden muss, als dies etwa in den USA der Fall war.

4.4.4 Entnennung und Enthistorisierung

Da die Agenda 2010 von Gerhard Schröder und seiner Partei unter die implizite Überschrift ‚Modifizieren, um zu Bewahren' gestellt wurde, ergibt sich die paradoxe Konstellation, dass das, was gemeinhin als ‚Amerikanisierung' der sozialen Sicherungssysteme verstanden wird, im politischen Diskurs als Kampf gegen ‚Amerikanisierung' legitimiert wird.
Durch die abstrakte Entgegensetzung zwischen ‚hier' und ‚dort' wird ein bedrohlicher Zustand zur amerikanischen Spezifik kulturalisiert. Die binäre Logik lässt außerdem die Beschaffenheit eines hiesigen Zustands aufscheinen, ohne ihn direkt zu benennen. Die Token eröffnen die Möglichkeit, innergesellschaftliche Interessengegensätze und Widersprüche im politischen Diskurs unsichtbar zu machen. Nicht nur die Ursachen der anstehenden Veränderungen werden exteritorialisiert, sondern auch die potentielle Lösung entsprechender Probleme. Erscheint Armut als amerikanische Spezifik, gerät sie als Problem in Deutschland aus dem Blick. Der implizierte ‚deutsche Zustand' gewinnt dadurch etwas beruhigend harmloses. Privatisierte Versorgungsstrukturen, gelockerter Kündigungsschutz sowie organisiertes Lohndumping werden zur ‚Amerikanisierung' enteigentlicht, der sozialpolitische Umverteilungscharakter dieser Maßnahmen entnannt, und innergesellschaftliche Interessengegensätze unsichtbar. Die von derartigen Veränderungen (potentiell) Betroffenen können sich eins wähnen mit der Bundesregierung im Kampf gegen eine ‚Amerikanisierung' Deutschlands.
Der politische Charakter eines ökonomischen Umverteilungsprojekts verschwindet entsprechend hinter einer Wahrnehmung des Prozesses als quasi überhistorischer, in jedem Fall kulturspezifischer, vielleicht sogar kulturimperialistischer Entwicklungsdynamik. Auf diesem Weg gerät nicht nur der politische Akteur aus dem Blick, unsichtbar wird damit außerdem der Umstand, dass diese vermeintlichen ‚amerikanischen Verhältnisse' auch in den USA – bei aller historischen Differenz – nicht schon immer gegeben waren, sondern in dieser Form ebenfalls seit den 1980er Jahren im Zuge politischer Kampagnen durchgesetzt werden mussten. Hier wird die enthistorisierende Kraft des Antiamerikanismus deutlich.
In dieser Form der Kulturalisierung des Sozialen liegt darüber hinaus ein erhebliches Maß an gesellschaftlichem Erfahrungsverlust. Der – in der westlichen Welt bestehende – relativ ausgeglichene Wohlstand und soziale Frieden des golden age wird zu einer Art deutscher Besonderheit stilisiert. Der danach einsetzende globale Trend einer steigenden sozialen Differenzierung und zunehmenden Gewalt wird hingegen zu ‚amerikanischen Verhältnissen' vereindeutigt. Gesellschaftliche Triebkräfte globalen Wandels geraten aus dem Blick.
Der Begriff der „Auftreffstrukturen" (Haug, 1999) zielt auf den Umstand, dass ideologische Formationen auf gesellschaftlich produzierte Denkformen und Fetischisierungen zurückgreifen – er kann die Funktionsweise einer solchen Enthistorisierung erhellen. Einerseits gilt die naturalisierte und damit ihrer historischen Gewordenheit gleichsam enthobene Interpretation gesellschaftsgeschichtlicher Phänomene als ein allgemeines Charakteristikum moderner Ideologie – als Aspekt ihrer Form im Sinne der Auftreffstruktur. Andererseits erfährt die Figur, Geschichtlichkeit in ihrer Deutung als immer-schon-gewesene zu negieren, im Antiamerikanismus eine spezifische Wendung insofern Amerika als Chiffre für Veränderung und Wandel schlechthin gelten kann. Die These, dass Veränderung gleichsam von Amerika über die Welt kommt, stellt einen Bestandteil der Amerika-bezogenen Deutungen seit dem 19. Jahrhundert dar. In diesem Bild verschmilzt die Vorstellung von Veränderung mit Amerika in einer Weise, dass sie kaum mehr als disparater gesellschaftlicher Entwicklungsprozess, sondern lediglich als ‚Amerikanisierung' rezipiert werden kann – als ein Prozess, der die Welt Amerika gleich macht. Von einer metaphorischen Annäherung an dieses Bild unterscheidet sich das Ideologem dadurch, dass in der Deutung von Veränderung als ‚Amerikanisierung' nicht nur hiesiger Wandel in seiner historischen Spezifik und selbst gestalteten (somit auch selbst verantworteten) Dynamik nicht mehr erkennbar wird, sondern auch, dass gesellschaftlicher Wandel in Amerika vollständig aus dem Blick gerät. Amerika steht für Veränderung, scheint aber selbst als ‚Prinzip' gleichsam unverändert seit Jahrhunderten.

4.4.5 Antiamerikanismus als Kritik

Trotz der Verdinglichung gesellschaftlicher Realität und Entnennung deren widersprüchlicher Verfasstheit schwingt in den Skandalisierungen der Agenda-Diskussion jedoch auch die Sehnsucht mit, dass es hier besser sein sollte als es ist. Der Antiamerikanismus impliziert auch die Anklage gegen eine Gesellschaft, die hinter den menschlichen Möglichkeiten zurück bleibt. Ihm ist ein durchaus kritisches, wenn nicht utopisches Moment inhärent: der Anspruch, dass es besser sein sollte, als es ist, ist darin wie auch immer verdinglicht aufgehoben.
Eine Analyse der Bedeutungs-Verknüpfungen und ihrer Funktion im Diskurs sieht sich entsprechend auch mit der Schwierigkeit konfrontiert, weder die tatsächlich bestehenden Differenzen

13 Zweifelsohne bilden die hier analysierten antiamerikanischen Legitimationen nur einen Strang der breiten Diskussion um Sozialreformen, während der mainstream durch die Eigenverantwortungsrhetorik geprägt war. Bedenkenswert ist allerdings, inwiefern die offensive Abgrenzung zu den USA nicht nur die Sozialreformen politisch abzusichern half, sondern auch eben jene Individualisierungsrhetorik, die Angst, dass bald das Prinzip jeder-gegen-jeden überhand nehmen würde, zu mäßigen im Stande war.

zwischen dem deutschen/europäischen und dem US-amerikanischen Sozialmodell, noch die in den Deutungen aufgehobene Kritik-Dimension zu negieren, und dennoch die darin enthaltene Exteritorialisierung, ebenso wie die Rückversicherung als psychische und politische Strategie sichtbar werden zu lassen.[14]
Der oft bemühte Ausdruck des ‚hire-and-fire' beispielsweise verweist durchaus auf reale Differenzen im Kündigungsrecht sowie Unterschiede der jeweiligen Beschäftigungspraxis in der Bundesrepublik und den USA. Trotzt der Floskelhaftigkeit, in der auf eine vermeintliche Hire-and-Fire-Praxis verwiesen wird, die selten wirkliche Erläuterung erfährt, und deren zu Erklärendes sich niemals auf der Ebene komparativer Analysen arbeitspolitischer Fragen bewegt, ist diesen Formulierungen ein Moment von Empörung gegenüber einer darin zum Ausdruck kommenden gesellschaftlichen (nicht ‚amerikanischen') Zweckrationalität inhärent.
Analytisch lässt sich ‚hire-and-fire' am ehesten als eine bestimmte kapitalistische Praxis reformulieren, durch welche die Akkumulationsrisiken weitgehend auf die Arbeitnehmer abgewälzt werden. Diese Praxis ist in den USA ohne Zweifel verbreiteter als in der Bundesrepublik. In deren Deutung als ‚amerikanische Verhältnisse' – und darauf verweist der Ausdruck ‚hire-and-fire' – verliert die Kritik jedoch den konkreten gesellschaftlichen Bezug. Sowohl die Praxis unabgesicherter Beschäftigungsverhältnisse als auch deren Kritik werden den jeweiligen Machtverhältnissen enthoben und verbleiben auf der Ebene amerikanischer Kulturspezifik. Die gesellschaftlich hergestellte und damit potentiell veränderbare Realität gerät aus dem Blick. Meine Analyse des Antiamerikanismus in der veröffentlichten Meinung folgt dem Anspruch, nach Möglichkeit beide Dimensionen offenzulegen: die antiamerikanische Vereindeutigung gesellschaftlicher Probleme sowie die darin verdinglicht aufgehobene Kritik.
Dass die Anklage gegen Amerika formuliert wird, ist weder ein historischer, noch ein systematischer Zufall. Die USA sind geschichtlich die Gesellschaft, die in ihrem emphatischen Selbstverständnis ein selbstbestimmtes Leben, frei von Unterdrückung, die Akzeptanz der Andersartigkeit und nicht zuletzt ein pursuit of happiness verspricht. Insofern schwingt in dem Phänomen, das wir gemeinhin als Antiamerikanismus bezeichnen so viel mehr mit, als ein jahrhundertealter Hass auf Modernität, den Westen oder die Demokratie. Der Antiamerikanismus ist ohne die Faszination und die Hoffnung aber eben auch ohne die massive Enttäuschung, die entsprechend immer wieder von den USA ausgehen, nicht zu denken. Gerade weil all das integraler Bestandteil des Antiamerikanismus ist, wird der Begriff durch die semantisch unterstellte binäre Struktur eines Anti-Amerikanismus dem Phänomen letztlich kaum gerecht. Möglicherweise trägt er sogar zu einigen der oben diskutierten Verkürzungen bei.
Abschließend lässt sich das gesellschaftskritische Potential einer so konzipierten empirischen Ideologiekritik bestimmen: Wird die Analyse antiamerikanischer Semantiken im dargestellten Sinne auf die in ihnen umgearbeiteten gesellschaftlichen Konfliktlinien ebenso wie auf die darin verdinglichte gesellschaftsgeschichtliche Erfahrung hin durchdrungen, kann sie zum Ausgangspunkt einer Gesellschaftskritik werden, die nicht beim Aufdecken von Verdinglichung stehen bleibt, sondern diese gesellschaftlicher Aushandlung und Bearbeitung zugänglich macht.

14 Vgl. hierzu den Anspruch an eine ‚empirische Ideologiekritik', wie Ritsert (1972) ihn formuliert (Kapitel 4.1).

Quellen

BORNHÖFT, PETRA, KNAUP, HORAND, NELLES, ROLAND, et al. (2002): *Jetzt wird geholzt.* In: Der Spiegel vom 12.08.2002, S. 22.
BSIRSKE, FRANK (2003): *Situation auf dem Ausbildungsmarkt. Burkhard Birke im Gespräch mit Frank Bsirske, Vorsitzender der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di.* In: Die Zeit 31/2003 vom 23.07.2003, S. 34.
DIERBACH, HEIKE (2002): *Ellenbogen zum Unterhaken. 10.000 Menschen auf Großdemonstration gegen den Sozialabbau von Schwarz-Schill in der Hamburger Innenstadt.* In: die tageszeitung vom 17.4.2002, S. 21.
FAS (2002a): *Kein bequemer Ort.* In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 24.02.2002, S. 8.
FAS (2002b): *Westerwelle will Kanzler werden.* In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 12.05.02, S. 1.
FAS (2002c): *Etikettenschwindel.* In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 01.12.2002, S. 8.
FAS (2003): *„Wir erleben die Amerikanisierung der Politik". IG Metall-Chef Klaus Zwickel verteidigt den Protest und hofft auf die Zusammenarbeit mit der Union – Interview.* In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 25.05.03, S. 29.
FAZ (2002a): *In vielen Fällen kontraproduktiv.* In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 06.02.2002, S. 2.
FAZ (2002b): *Der Manager und der Sozialreformer.* In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.08.02, S. 10.
FAZ (2002c): *Stoiber sagt der Bürokratie den Kampf an.* In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 06.06.2002, S. 15.
FAZ (2002d): *Arbeit soll sich immer lohnen.* In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.05.2002, S. 15.
FAZ (2002e): *Angst vor liberaler Politik.* In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.09.2002, S. 11.
FAZ (2003): *Jusos bejubeln Kritik an Amerika.* In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.05.2003, S. 3.
FAZ (2004a): *Gesundheitsprämie oder Bürgerversicherung. Die Debatte um die Reform des Gesundheitswesens geht auf die Zielgerade.* In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14.07.2004, S. 10.
FAZ (2004b): *„Sozialstaat kein Sündenbock." Vortrag von Christoph Butterwegge in Wiesbaden über die Zukunft des Sozialstaats.* In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 03.04.2004, S. 71.
FICKINGER, NICO (2004): *Ein Zubrot für Geringverdiener.* In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.08.2004, S. 9.
FR (2004): *Ja, ich will.* In: Frankfurter Rundschau vom 29.07.2004, S. 8.
HABERMAS, JÜRGEN und DERRIDA, JACQUES (2003): *Unsere Erneuerung. Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas.* In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31.05.2003, S. 33.
HEGELÜKEN, ALEXANDER (2002)*: Schröder und Stoiber als Hüter des Sozialstaats. Wahlkampf prägt die Reden von Kanzler und Herausforderer. Wirtschaft fordert Korrekturen im Unions-Programm. Jahrestagung des Verbands VdK.* In: Süddeutsche Zeitung vom 16.05.2002, S. 6.
HERZINGER, RICHARD (2002): *Die Mystik der Mitte.* In: Die Zeit 09/2002 vom 21.02.2002, S. 10.
LANGE, PETER (2003): *Zum Treffen der Gewerkschaftsspitzen mit Bundeskanzler Schröder.* In: Die Zeit 41/2003 vom 08.09.2003, S. 34.
MAGENHEIM-HÖRMANN, THOMAS (2004): *„EU-Staaten unterschätzen die Probleme der Freizügigkeit". Forscher prophezeien Wanderungsbewegungen von Erwerbslosen aus armen in*

reiche Länder und sehen Sozialstaat in Gefahr. In: Frankfurter Rundschau vom 16.06.2004, S. 12.
MAHLER, ARMIN und STEINGART, GABOR (2002): *Das ist doch Rosstäuscherei Gespräch mir J. Riester und W. Schäuble.* In: Der Spiegel vom 04.02.02, S. 91.
MALIK, FREDMUND (2002): *Deutschland – gesünder als man meint.* In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.08.2002, S. 18.
MEURER (2004): *Müller gegen Abschaffung des Kündigungsschutzes – Interview mit Peter Müller.* In: Die Zeit 31/2004 vom 26.07.2004, http://www.zeit.de/politik/dlf/interview_040726?page=all.
MÜLLER, MICHAEL (2003): *„Ich rate zur Abrüstung in der Sprache". Interview mit SPD-Fraktionsvize und Linken-Sprecher Michael Müller.* In: Frankfurter Rundschau vom 04.10.2003, S. 5.
NEUKIRCH, RALF, NEUMANN, CONNY, SCHÄFER, ULRICH (2002): *Stück für Stück nach links.* In: Der Spiegel vom 15.04.2002, S. 80.
OESTREICH, HEIDE (2003): *Stoiber-Koch, die Achse der Bösen. Sozialkürzungen: die Union schwankt zwischen rechts und links.* In: tageszeitung vom 24.03.2003, S. 14.
PLATEN, HEIDE (2003): *„Der Kanzler ist doch nicht Gott!" - Gerhard Schröder kämpft um seine Agenda 2010.* In: die tageszeitung vom 02.05.2003, S. 3.
PRANTL, HERIBERT (2003): *Ein deutscher Prolog.* In: Süddeutsche Zeitung vom 20.12.2003, http://www.sueddeutsche.de/politik/642/396429/text/.
SCHRÖDER, GERHARD (2002a): *„Wir schicken Soldaten, um sie einzusetzen". Interview geführt von Gunter Hofmann, Martin Klingst und Matthias Naß.* In: Die Zeit 10/2002 vom 01.03.2002, S. 19.
SCHUMACHER, OLIVER (2002): *Heuchler und Drückeberger. Jobkrise und Arbeitsamt-Affäre offenbaren ein Versagen der politischen Klasse.* In: Süddeutsche Zeitung vom 07.02.2002, S. 4.
SOMMER, MICHAEL (2004): *„Ich habe Prügel bekommen". Interview geführt von Norbert Michalke.* In: Der Spiegel 13/2004, vom 22.03.2004, S. 46.
SPIEGEL ONLINE (2003): *Wehklagen um die Mitte.* In: Spiegel Online vom 17.11.2003, http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,274374,00.html.
SPIEGEL ONLINE (2004): *Müntefering nennt Merz-Vorstoß zynisch.* In: Spiegel Online vom 26.07.04, http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,310473,00.html.
STREECK, WOLFGANG (2004): *Der amerikanisierte Arbeitsmarkt. Die Verteidigung des deutschen Sozialstaats befördert genau das, was wir eigentlich nicht wollen: Zustände wie in den USA.* In: Frankfurter Rundschau vom 12.06.2004, S. 7.
SZ (2004a): *Das Schicksal selbst in die Hand nehmen.* In: Süddeutsche Zeitung vom 14.01.2004, S. 32.
SZ (2004b): *Paradiesische Verhältnisse.* In: Süddeutsche Zeitung vom 08.06.2004, S. 10.
SZ (2004c): *Kündigungsschutz abschaffen?* In: Süddeutsche Zeitung vom 26.07.2004, S. 13.
TEUFEL, ERWIN (2002): *„Das ist alles nicht gerecht". Interview geführt von Michael Naumann und Uwe Jean Heuser.* In: Die Zeit 11/2002, S. 19.
TIGGES, CLAUS (2004): *Ein Netz, keine Hängematte.* In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13.08.2004, S. 13.
WAGNER, BEATE (2003): *Kredit- statt Chipkarte, bitte!* . In: die tageszeitung vom 05.08.2003, S. 18.
WESTERWELLE, GUIDO (2002): *„Unfrei ist, wer arm ist". Interview geführt von Sascha Lehnartz und Alexander Marguir.* In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 28.04.2002, S. 53.
WINKELMANN, ULRIKE (2004): *Volksentscheid. Kränkung und Hoffnung.* In: die tageszeitung vom 28.04.2004, S. V.

Literatur

ADORNO, THEODOR W. (1961): *Wörter aus der Fremde.* Noten zur Literatur II, Gesammelte Schriften, Band 11, Darmstadt [1998], S. 220–221.
ADORNO, THEODOR W. (1962): *Jene 20er Jahre.* Eingriffe, Gesammelte Schriften, Band 10.2, Darmstadt [1998], S. 499–506.
AJAMI, FOUAD (2003): *The Falseness of Anti-Americanism.* In: Foreign Policy, 138/9, S. 52–61.
ARENDT, HANNAH (1963): *Über die Revolution*, München / Zürich [2000].
BARFUSS, THOMAS (Hrsg.) (2007): *Antonio Gramsci. Amerika und Europa*, Hamburg.
BEHRENDS, JAN, KLIMÓ, ÁRPÁD VON und POUTRUS, PATRICE G. (Hrsg.) (2005): *Antiamerikanismus im 20. Jahrhundert. Studien zu Ost- und Westeuropa*, Bonn.
BEHRMANN, GÜNTER C. (1984): *Geschichte und aktuelle Struktur des Antiamerikanismus.* In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29/30, S. 3–14.
BIRKENKÄMPER, AXEL (2006): *Gegen Bush oder Amerika? Die transatlantischen Beziehungen und das deutsche Amerikabild. Zur Anfälligkeit der Deutschen für Antiamerikanismus,* Bonn.
BMAS (2005): *Lebenslagen in Deutschland – Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*, Berlin.
BRINCK, CHRISTINE (1987): *Antiamerikanismus in der Bundesrepublik.* In: Liberal. Vierteljahresschrift für Politik und Kultur, 29, S. 9–19.
CEASER, JAMES W. (2003): *A Genealogy of Anti-Americanism.* In: The Public Interest, 152/Summer, S. 3–18.
CLAUSSEN, DETLEV (1999): *Die amerikanische Erfahrung der Kritischen Theoretiker.* In: ders., Oskar Negt und Michael Werz (Hrsg.): Keine Kritische Theorie ohne Amerika, Hannoversche Schriften 1, Frankfurt am Main, S. 27–45.
CLAUSSEN, DETLEV (2005): *Globale Gleichzeitigkeit – Gesellschaftliche Differenz.* In: ders., Oskar Negt und Michael Werz (Hrsg.): Veränderte Weltbilder, Hannoversche Schriften 6, Frankfurt am Main, S. 9–29.
CLAUSSEN, DETLEV (2005): *Is There a New Anti-Americanism? Reflections on Germany in Times of Global Simultaneity.* In: Tony Judt und Denis Lacorne (Hrsg.): With Us or Against Us. Studies in Global Anti-Americanism, New York / Basingstoke, S. 75–92.
CROQUEMBOUCHES, LES (2002): *The New Roman Empire. Antiamerikanismus – Zur Konjunktur eines Ressentiments,* Frankfurt am Main.
DINER, DAN (2002): *Feinbild Amerika. Über die Beständigkeit eines Ressentiments,* München.
EGLE, CHRISTOPH, OSTHEIM, TOBIAS und ZOHLNHÖFER, REIMUT (Hrsg.) (2003): *Das rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998 – 2002*, Wiesbaden.
ELFE, CONSTANTIN (1987): *Die deutsch-amerikanischen Beziehungen. Die Entstehung des Antiamerikanismus durch Aufhebung der eigenen Probleme*, Berlin.
FORSA (2007): *Deutsche halten USA für bedrohlicher als den*

Iran. Umfrage im Auftrag des Stern, http://www.stern.de/politik/deutschland/stern-umfrage-deutsche-halten-usa-fuer-bedrohlicher-als-den-iran-585728.html.
FREUND, MICHAEL (2004): *Affinity and Resentment: A Historical Sketch of German Attitudes.* In: Paul Hollander (Hrsg.): Understanding Anti-Americanism. Its Origins and Impact at Home and Abroad, Chicago, S. 105–123.
HAHN, MICHAEL (Hrsg.) (2003): *Nichts gegen Amerika. Linker Antiamerikanismus und seine lange Geschichte*, Hamburg.
HAUG, WOLFGANG FRITZ (1999): *Falsches Bewusstsein.* In: Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Band 4. Herausgegeben von ders., Hamburg, S. 78–92.
HEGEL, G. W. F. (1822): *Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte,* Frankfurt am Main [1970].
HELBICH, WOLFGANG (1997): *Different, But Not Out of This World: German Images of the United States Between Two Wars, 1871-1914.* In: David E. Barklay und Elisabeth Glaser-Schmidt (Hrsg.): Transatlantic images and perceptions: Germany and America since 1776, Cambridge, S. 109–130.
HENNINGSEN, MANFRED (1974): *Der Fall Amerika – Zur Sozial- und Bewußtseinsgeschichte einer Verdrängung,* München.
HERMAND, JOST (1975): *Auf andere Art so große Hoffnung. Heine und die USA.* In: Sigrid Bauschinger, Horst Denkler und Wilfried Malsch (Hrsg.): Amerika in der deutschen Literatur, Stuttgart, S. 81-92.
HOLLANDER, PAUL (Hrsg.) (2004): *Understanding Anti-Americanism. Its Origins and Impact at Home and Abroad,* Chicago.
INACKER, MICHAEL und SCHULLER, KONRAD (2002): *Ein Wunder muß her. Bundeskanzler Schröder igelt sich ein und bereitet sich auf die „Tage der Entscheidungen" vor. Das Gespenst der Niederlage geht um.* In: FAS vom 01.12.2002, S. 21.
INFRATEST DIMAP (2002): *ARD-Deutschlandtrend Februar 2002,* http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2002/februar/.
IWAND, W. M. (1974): *Politische Aspekte des Amerikabildes in der überregionalen westdeutschen Presse. Deutsch-amerikanische Beziehungen zu Beginn der siebziger Jahre,* Frankfurt am Main.
JÄGER, SIEGFRIED (2004): *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung*, Duisburg.
JUDT, TONY und LACORNE, DENIS (Hrsg.) (2005): *With US or Against US. Studies in Global Anti-Americanism,* New York / Basingstoke.
KRAKAU, KNUD und ADAMS, WILLI PAUL (Hrsg.) (1985): *Deutschland und Amerika. Perzeption und historische Realität,* Berlin.
KRAUSE, PETER (1999): *Amerikakritik und Antiamerikanismus in der deutschen Presse am Beispiel der Berichterstattung zur Grenada-Invasion und zum Golfkrieg.* In: Gesine Schwan (Hrsg.): Antikommunismus und Antiamerikanismus in Deutschland. Kontinuität und Wandel nach 1945, Baden-Baden S. 248–273.
MARKOVITS, ANDREI S. (2004): *Amerika, Dich haßt sich's besser,* Berlin.
MEYER, HILDEGARD (1929): *Nord-Amerika im Urteil des Deutschen Schrifttums bis zur Mitte des 19. Jahrhunderst. Eine Untersuchung über Kürnbergers ‚Amerika-Müden',* Hamburg.
MOLTMANN, GÜNTER (1976): *Deutscher Anti-Amerikanismus heute und früher.* In: Otmar Franz (Hrsg.): Vom Sinn der Geschichte, Stuttgart, S. 85–105.
MÜLLER, EMIL-PETER (1986): *Antiamerikanismus in Deutschland: zwischen Care-Paket und Cruise Missile,* Köln.
NITZ, TIMO (2006): *Deutscher Antiamerikanismus. Grundlagen, Entwicklungen und Beständigkeit einer Ideologie*, Saarbrücken.
NOLAN, MARY (2004): *Anti-Americanization in Germany.* In: Andrew Ross und Kristin Ross (Hrsg.): Anti-Americanism, New York / London S. 125–143.
O'CONNOR, BRENDON (Hrsg.) (2007): *Anti-Americanism. History, Causes, and Themes,* Oxford / Westport.
OSTEN-SACKEN, THOMAS VON DER, UWER, THOMAS und WOELDIKE, ANDREA (Hrsg.) (2003): *Amerika. Der ‚War on Terror' und der Aufstand der alten Welt,* Freiburg.
OTT, URLICH (1991): *Amerika ist anders. Studien zum Amerika-Bild in deutschen Reiseberichten des 20. Jahrhunderts,* Frankfurt am Main / New York.
PRIESTER, KARIN (2002): *Antiamerikanismus ohne Amerikaner.* In: Die Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte 9, S. 534–537.
RITSERT, JÜRGEN (1972): *Inhaltsanalyse und Ideologiekritik. Ein Versuch über kritische Sozialforschung,* Frankfurt am Main.
ROSS, ANDREW und ROSS, KRISTIN (Hrsg.) (2004): *Anti-Americanism,* New York / London.
SANMANN, HORST (1977): *Sozialpartner. Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft,* Band 7, Stuttgart, S. 52-59.
SCHARENBERG, ALBERT (2007): *Kampfschauplatz Armut. Der Unterschichtendiskurs in den USA.* In: Blätter für deutsche und internationale Politik 2, S. 183–192.
SCHMIDT-GERNIG, ALEXANDER (2000): *Zukunftsmodell Amerika: Das europäische Bürgertum und die amerikanische Herausforderung um 1900.* In: Ute Frevert (Hrsg.): Das Neue Jahrhundert. Europäische Zeitdiagnosen und Zukunftsentwürfe um 1900, Göttingen, S. 79–112.
SCHMIESE, WULF (2000): *Fremde Freunde: Deutschland und die USA zwischen Mauerfall und Golfkrieg,* Paderborn / München.
SCHRÖDER, GERHARD (2002b). *Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder zum Wahlkampfauftakt am Montag, den 5. August 2002 in Hannover.* Berlin, Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung.
SCHRÖDER, GERHARD (2003): *Mut zum Frieden – Mut zur Veränderung. Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor dem Deutschen Bundestag vom 14. März 2003.* In: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Agenda 2010. Deutschland 2010: Unser Weg zu neuer Stärke, Berichte und Dokumentationen, Berlin [2004], S. 43–71.
SCHWAABE, CHRISTIAN (2003): *Antiamerikanismus. Wandlungen eines Feindbilds.*, München.
SCHWAN, GESINE (1999): *Antikommunismus und Antiamerikanismus in Deutschland: Kontinuität und Wandel nach 1945*, Baden-Baden.
SCHWARK, SEBASTIAN (2008): *Zur Genealogie des modernen Antiamerikanismus in Deutschland,* Baden-Baden.
SOLDT, RÜDIGER (2004): *Die größte Kürzung von Sozialleistungen seit 1949.* In: Frankfurter Allgemeine Zeitung 149, vom 30.06.2004, S. 3.
SRP, UWE (2005): *Antiamerikanismus in Deutschland. Theoretische und empirische Analyse basierend auf dem Irakkrieg 2003*, Hamburg.
THEIS, ROLF D. (1991): *Das Amerikabild in deutschen Schulbüchern. Die Unterrichtsmaterialien für den Englischunterricht, 1947–1985,* Frankfurt am Main.
VOBEJDA, BARBARA (1996): *Clinton Signs Welfare Bill Amid Division.* In: Washington Post vom 23.08.1996, S. A01.

WASSER, HARTMUT (1976): *Die Deutschen und Amerika. Umrisse einer Beziehung.* In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B26, S. 3–15.
WEHLER, HANS-ULRICH (1981): *Zum dritten Mal: Deutscher Antiamerikanismus* In: Der Monat 4, S. 30–35.
WEIß, GERHARD (1977): *Heines Amerikabild*. In: Alexander Ritter (Hrsg.): Deutschlands literarisches Amerikabild. Neuere Forschungen zur Amerikarezeption der deutschen Literatur, Band 4, Hildesheim / New York, S. 295-318.
WERZ, MICHAEL (2005): *Anti-Americanism and Ambivalence: Remarks on an Ideology in Historical Transformation.* In: Telos, 129/Fall-Winter 2004, S. 75–95.

Anmerkung:

Wir danken der Autorin für diesen überarbeiteten Auszug ihrer Dissertation, die demnächst erscheint. Mit Barbara Fried waren in Bremen am 28. Oktober 2011 und am 13. April 2012 Einführungsveranstaltungen zur Kritik Antiamerikanismus geplant, die wegen Krankheit leider entfallen mussten.
Siehe;
http://associazione.wordpress.com/2011/08/02/intro-einfuhrung-in-die-kritik-des-antiamerikanismus/
http://associazione.wordpress.com/2012/02/06/intros-kritik-des-antiamerikanismus/
http://www.rosa-luxemburg.info/veranstaltung/2011/einfuhrung-in-die-kritik-des-antiamerikanismus/

Thorsten Mense

Nationale Befreiung oder Befreiung von der Nation? Über Entstehung und Funktion, Widersprüche und Fallstricke des linken Nationalismus

Die Zeit der Nationalen Befreiungsbewegungen scheint an ihr historisches Ende zu gelangen. Die baskische ETA[1], die letzte Guerilla des europäischen Kontinents, hat 2011 das Ende ihres bewaffneten Kampfes verkündet. Auf der anderen Seite des Globus gerät die dienstälteste Guerilla Lateinamerikas, die kolumbianische FARC[2], immer mehr in Bedrängnis und setzt sich für Friedensverhandlungen ein. Der größte Teil der deutschen (radikalen) Linken interessiert sich weder für den einen noch den anderen Befreiungskampf, so der Eindruck. Schon zu Beginn der 1990er war die – oft blinde – Internationale Solidarität mit Befreiungsbewegungen in Verruf geraten. Der klassische Internationalismus wurde wenige Jahre darauf von der sogenannten Anti-Globalisierungsbewegung abgelöst: Anstelle von Arbeitsbrigaden gab es nun Gipfeltreffen, Sozialforen und No-Border-Camps, statt Klassenkampf stand nun die Subalterne der Hegemonie gegenüber, postmoderne Identitätskonstruktionen lösten die antikolonialen Einheits- und Volksfronten ab. Abgesehen von kleineren Solidaritätszirkeln und der links-konservativen Parteinahme für die nationalistischen Bewegungen im Baskenland und Kurdistan ist innerhalb der Linken das Thema „Nationale Befreiung" hierzulande kein großes mehr. Das einzige Gegenbeispiel dieser Entwicklung stellen vielleicht noch die Zapatistas in Chiapas, im Südosten Mexikos dar, die als letzte Projektionsfläche linker Revolutions- und Guerillaphantasien dienen. Bisweilen hört man zwar auch hier von Links immer wieder die fragwürdige Forderung nach ‘nationaler Selbstbestimmung’, wenn es um den Nahost-Konflikt oder jüngst um die Revolten in den arabischen Ländern geht. Als positiver Bezugspunkt linker Theorie und Praxis hat Nationalismus hierzulande jedoch längst ausgedient, scheint es. Auch auf der Seite der Kritiker_innen werden schon seit geraumer Zeit vorrangig theoretische Detailfragen innerhalb eines antinationalen oder zumindest antinationalistischen common sense diskutiert[3]. Das spezifische Verhältnis der Linken zur Nation – dies zeigt sich auch an der kaum existenten tiefer gehenden Auseinandersetzung in den letzten zehn Jahren[4] – ist kein großes Thema mehr.

Eine antinationalistische oder gar antinationale Grundhaltung ist global betrachtet allerdings auch unter Linken die große Ausnahme. Nationalismus und die Identifikation mit der Nation stellen bei der Mehrheit der linken Bewegungen ideologische Pfeiler ihrer Weltanschauung dar: im staatsbürgerlichen Sinne bei den Zapatistas, die anerkannte Bürger_innen Mexikos werden wollen; in einem primär sozial-revolutionären Sinne bei der kolumbianischen Guerilla FARC, die die gesamte Nation (= die Armen) von der Herrschaft der kapitalistischen Oligarchie befreien will; im klassischen ‘patria o muerte’[5]-Sozialismus Kubas und Venezuelas; in der ethnisch-kulturalistischen und bisweilen völkischen Legitimation der ‘Befreiungskämpfe’ in Kurdistan[6] und im Baskenland. Letztere stehen für den Teil der Linken, die nicht nur die hegemoniale nationale Denkform verinnerlicht haben, sondern im verfälschten Sinne des Antikolonialismus im Nationalismus weiterhin das Instrument zur Befreiung sehen. Und auch diese können sich in der Regel auf die kritiklose Unterstützung der internationalistischen Linken verlassen. In engem Zusammenhang mit dieser nationalen Denkform steht zudem das orthodoxe antiimperialistische Weltbild, in dem komplexe globale Zusammenhänge auf einen Konflikt zwischen (guten) unterdrückten Völkern und (bösen) imperialistischen

1 Euskadi Ta Atasuna (Baskenland und Freiheit)

2 Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens)

3 So auch in einem Aufsatz der Herausgeber_innen-Gruppe associatione delle talpe: „Antideutsch, antinational, hegemonial..." Online einsehbar unter: http://associazione.files.wordpress.com/2008/06/antideutsch-antinational-hegemonial.pdf

4 Der größte Teil der deutschsprachigen Publikationen, die sich explizit mit der Problematik Linke und Nation auseinandergesetzt haben, stammen aus Anfang bis Mitte der 1990er Jahre, als die Gesellschaften des Ostblocks seinen Zusammenbruch mit nationalistischem Eifer und völkischer Gewalt zu kompensieren versuchten. (Eine Literaturübersicht findet sich bei Bleiber, Helmut: Neun Anmerkungen zum Problem des Nationalen. Einsehbar unter: http://www2.hu-berlin.de/leibniz-sozietaet/archiv%20sb/011/04_bleiber.pdf). In den vergangenen 15 Jahren hat die Publikationsdichte zu dem Thema stark abgenommen, die Auseinandersetzung findet – wenn überhaupt – in vereinzelten Beiträgen statt. Im Internationalismus-Buch aus der Theorie.org-Reihe (2002), das die Geschichte der Internationalistischen Linken und globaler Solidaritätsbewegungen nacherzählt, werden die inhaltlichen Auseinandersetzungen um den nationalen Befreiungskampfes komplett ausgespart. Zuletzt erschien 2009 das Buch „Linke und Nation", eine Zusammenstellung klassischer Texte linker Theoretiker_innen zur sogenannten ‘nationalen Frage’ (Stefan Bollinger (Hrsg.): Linke und Nation. Klassische Texte zu einer brisanten Frage, Wien 2009). Bis zum heutigen Tag steht das 1998 erschienene Buch „Postfordistische Guerilla" von der Gruppe Demontage in seiner spezifischen Auseinandersetzung mit dem Thema ‘Nationale Befreiung’ alleine dar.

5 Vaterland oder Tod

6 Hier sollte erwähnt werden, dass der inhaftierte Führer der kurdischen Befreiungsbewegung Abdullah Öcalan mittlerweile ein republikanisches Nationenkonzept vertritt und sich für die Gleichberechtigung der kurdischen Bevölkerung innerhalb der Türkei („Demokratischer Konföderalismus") einsetzt (Vgl. sein Buch „Jenseits von Staat, Macht und Gewalt" aus dem Jahr 2004). Ob und in wie weit sich dies auf die PKK und ihre Soli-Bewegung auswirkt, bleibt abzuwarten.

Staaten reduziert und verkürzt werden. Diese 'Analyse' globaler Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse hat sich – im Gegensatz zu diesen Verhältnissen – in den letzten Jahrzehnten kaum verändert und ist in den meisten linken Bewegungen weiterhin dominant. Mancherorts ist dieser Antiimperialismus durch linke Regierungen in den letzten Jahren zur Staatsräson geworden (z.B. in Venezuela und Bolivien). Auch im postkolonialen Zeitalter wird Befreiung weiterhin national gedacht.
Der Einsatz für die Nation und 'nationale Rechte' von links mag auf den ersten Blick verwundern. Schließlich steht das Eintreten für die Nation per definitionem jedem Kosmopolitismus entgegen. Eine Nation kann nur in Abgrenzung zu Anderen existieren, sie ist eine Kategorie sozialer Grenzziehung. Der Anblick der alltäglichen Gewalt und der historischen Massengräber des Nationalismus macht eine emanzipative Berufung auf ihn unmöglich, sollte man meinen. Die Verwunderung ist aber nur Ausdruck eines fehlenden Verständnisses über seinen Ursprung und seine Funktion. Nationalismus wurde in seiner jungen Geschichte klassen- und strömungsübergreifend in den verschiedensten Situationen und aus unterschiedlichsten Motiven heraus zugleich als Mobilisierungsinstrument und Welterklärungsansatz benutzt. Nationalismus führte sowohl zur Befreiung als auch zu Massenmord, zur kollektiven Einforderung gleicher Rechte als auch zur Verweigerung derselben gegenüber anderen Kollektiven. Ihn als genuin rechtes oder linkes Phänomen anzusehen steht daher einem kritischen Verständnis des Gegenstandes entgegen. Unabhängig davon, wie man zu diesem Phänomen steht, ist es nunmal (leider) eine Tatsache, dass „alle Modernisierung, Emanzipation und Demokratisierung während der letzten zwei Jahrhunderte sich in den Bahnen des Nationalismus vollzogen hat"[7]. Nationalismus hat in der modernen Welt seit jeher mehr Menschen auf die Straße gebracht als emanzipatorische Ideen. Es ist nirgendwo gelungen, „die Mehrheit der Ausgebeuteten und Beleidigten für eine reine Idee wie die »klassenlose Gesellschaft« zu gewinnen" (Claussen). Diese Erkenntnis der realen Gegebenheiten, mit derzeit durchaus schlechten Aussichten auf globale Emanzipation, sollte nicht Grund zur Resignation sein, sondern die Frage aufbringen, warum das so ist.

Vom revolutionären Prinzip zum völkischen Alltagsverständnis

Nationalismus hatte tatsächlich in Form der frühen nationalen Bewegungen ursprünglich auch ein emanzipatorisches Moment. Die Idee der Nation steht in enger Verbindung mit der französischen und amerikanischen Revolution[8]. Der Nationalismus ist ebenso wie die moderne Nation ein relativ junges Phänomen, ihre Anfänge liegen im 18. und 19. Jahrhundert. Die Mehrheit der aktuell existierenden Nationalstaaten[9] wurde sogar erst nach Ende des 2. WK eingerichtet. Der allergrößte Teil dessen, was in Geschichtsbüchern als 'nationale Geschichte' präsentiert wird, spielte sich also lange vor der Existenz der Nationen ab.[10] Der historische Nationalismus war vorrangig eine soziale Bewegung mit einer rein politischen und für damalige Verhältnisse äußerst fortschrittlichen Idee: sie wollte die Menschen unabhängig kultureller und ethnischer Herkunft zu einer Gemeinschaft gleicher und freier Bürger[11] machen, die sich bewusst und in freier Entscheidung selbst eine rationale Ordnung des Zusammenlebens geben sollten. Das Ziel dieser ersten revolutionären nationalen Bewegungen war es, durch die Schaffung einer politischen 'Nationalen Identität' über sprachliche und ethnisch definierte Grenzen hinweg eine Einheit im Kampf gegen die Herrschenden zu erreichen.
Auch wenn die Idee der Nation der französischen Revolution eine rein politische war, ging bereits damals die Identifikation mit der Nation mit kulturellen Identifikationsmustern einher, die französische Sprache wurde zu einem wichtigen Identifikations- und zugleich Exklusionsmerkmal. Die „aufgeklärte Vision von Kollektivität in der 'Encyclopédie' überlebte die ersten Jahre der Französischen Revolution nicht."[12] Das revolutionäre Element des Nationalismus für die demokratische Transformation der Gesellschaft in einen Nationalstaat wurde sehr bald von kulturalisierenden und rassistischen Grenzziehungen im Namen der Nation verdrängt. Aufbauend auf den antinapoleonischen Befreiungskriegen entstand der moderne Nationalismus als Produkt der „Gegenaufklärung" (Sternhell), als rückwärtsgewandter Aufstand gegen das französische 18. Jahrhundert und seine liberalen Ideen. Die deutsch-nationale Bewegung tat sich dabei besonders hervor.

> „Deutschtümler von Blut und Freisinnige von Reflexion, suchen unsere Geschichte der Freiheit jenseits unserer Geschichte in den teutonischen Urwäldern",

beschrieb Marx diese Bewegung.[13] Im deutschen 'Befreiungsnati-

7 Kröll, Friedhelm: Der Zauber des Nationalen. Notiz zur politischen Mythologie der Moderne. In: Fischer, Gero/ Wölfingseder, Maria (Hrsg.): Biologismus, Rassismus, Nationalismus. Wien 1995, S. 162 – 174. Hier: S. ???

8 Die Darstellung der (kritischen) Nationalismustheorie orientiert sich hier hauptsächlich an den ‚Klassikern': Hobsbawm, Eric: Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780, Bonn 1991 [2005] sowie an Anderson, Benedict: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzeptes, Frankfurt/Main 1996 [2005]. Eine gute Zusammenfassung bietet Öner, Özgur: Nation, Nationalismus und Globalisierung. Eine Bilanz theoretischer Erklärungsansätze, Köln 2002.

9 Nation ist nicht gleich Nationalstaat, auch wenn die Begriffe Staat und Nation heutzutage oft gleichbedeutend verwendet werden. Die Nation kann und wird oft entlang kultureller und ethnischer Grenzziehungen verstanden, unabhängig der bzw. in Kritik an den bestehenden Grenzen des Nationalstaates. Jedoch beanspruchen fast alle Nationalstaaten, von denen die meisten gerade erst in Rentenalter eintreten, eine hundert- oder gar tausendjährige Geschichte ‚ihrer' Nation. Zum Verhältnis Staat und Nation siehe den Aufsatz von Oliver Barth in diesem Band.

10 Dies weist auch auf die Bedeutung von Historiker_innen bei der Konstruktion der Nation hin. Es ist kein Zufall, dass sich die Geschichtswissenschaft in Europa im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts als Disziplin etablierte, also zu der Zeit, als überall eifrig die nationalen Mythen geschaffen wurden.

11 Hier wird bewusst nur die maskuline Form verwendet, da Frauen im frühen Liberalismus weiterhin von der demokratischen Partizipation ausgeschlossen waren.

12 Sternhell, Zeev: Von der Gegenaufklärung zu Faschismus und Nazismus. Gedanken zur europäischen Katastrophe des 20. Jahrhunderts. In: Globisch, Claudia/ Pufelska, Agnieszka/ Weiß, Volker (Hrsg.): Die Dynamik der europäischen Rechten. Geschichte, Kontinuitäten und Wandel, Wiesbaden 2011, S. 19 – 40.Hier: S. 25

13 Zitiert nach Stender, Wolfram: Vom völkischen Nationalismus zum Ethnonationalismus. Ideologieproduktion in Deutschland. In: Zuckermann, Moshe (Hrsg.): Ethnizität, Moderne und

onalismus' verband sich das Bürgertum mit Teilen des Feudaladels gegen die französische Expansion und entwarf die völkische Antwort auf das vermeintlich jüdische[14] Konzept moderner kollektiver Subjektivität. Das deutsche Konzept der Nation war die „historische Pervertierung des aufgeklärten Nationenbegriffs"[15]. In den Sozialwissenschaften hat sich darauf aufbauend eine idealtypische Unterscheidung durchgesetzt[16]: Auf der einen Seite der politisch-progressive französisch-republikanische Nationalismus, in dem die Nation ein „tägliches Plebiszit" (Renan), eine für jeden zugänglichen Willensgemeinschaft darstellt. Auf der anderen Seite der völkische deutsche Nationalismus, in dem die Nation als ethnisch-historische Schicksalsgemeinschaft unabhängig vom Willen ihrer Angehörigen existiert. Oder kurz gesagt: Abstimmungsgemeinschaft gegen Abstammungsgemeinschaft.

Im 19. Jahrhundert hat sich in Europa das ethnische Konzept durchgesetzt, demos naturalisierte sich zu ethnos. Sprache, Kultur, und Abstammung wurden zu den bestimmenden Merkmalen von Nation. In zeitlicher und inhaltlicher Nähe hierzu wurde unter der Federführung von Gobineau eine explizite Rassen-Theorie entworfen, die zur weiteren „Radikalisierung und Enthumanisierung" des Nationalismus beitrug.[17] Nationalismus wurde zur ideologischen Grundlage für die Legitimation des Ausschlusses, für die Verweigerung der Partizipation der „Anderen". In bestehenden Nationalstaaten wurde er zur chauvinistischen Integrationsideologie. Diese Entwicklung steht auch in Verbindung mit dem Aufkommen des „offiziellen Nationalismus".[18] Das Bürgertum verband sich vielerorts mit Teilen des Feudaladels und machte sich den ursprünglich liberal-revolutionären „Volksnationalismus" zu eigen, von dem sie sich – als Gegenpart zum Volk im Sinne der französischen Revolution – vom Ausschluss aus der Nation bedroht sahen. Die Naturalisierung, der Glaube an die eigene Nation als naturgegebene und untrennbare Schicksalsgemeinschaft, wurde 'von oben' vorangetrieben und erfolgreich mit der Beibehaltung der Macht verbunden. So diente der Nationalstaat, ursprünglich ein Produkt der Revolution, schon bald als Schutzschild der mittleren sozialen Klassen gegen weitere drohende soziale Revolutionen. Sie gaben ihr partikulares als allgemeines Interesse zum Wohle der Nation aus und begründeten damit die neue Legitimation von Herrschaft.

Die Wilsonsche Friedensordnung nach 1918 erhob mit dem Prinzip der 'nationalen Selbstbestimmung' und der darauf aufbauenden Gründung der League of Nations im Jahre 1920 das sprachlich und ethnisch definierte Nationalstaatskonzept zur gültigen internationalen Norm – mit massenhaften Vertreibungen, Umsiedlungen und Unterdrückung von Minderheiten als Folge. Bis heute beruht die politische Weltordnung auf dem System souveräner Nationalstaaten und dem „Recht der Völker und Nationen auf Selbstbestimmung" (UN-Resolution von 1990). Das Nationale ist im 20. Jahrhundert hegemonial geworden, als politisches Prinzip wie auch als Denkform. Fortschreitend ist ein Prozess der Ethnisierung gesellschaftlicher Verhältnisse festzustellen, in dem soziale und politische Konflikte zu ethnischen Kategorien (v)erklärt werden[19]. Der Zusammenbruch des Sowjetblocks entlang ethnisch-nationaler Grenzziehungen ist Ausdruck dieser Entwicklung. Die nationalistische Auflösung wurde allgemeinhin als Rückkehr zur Norm gewertet, als Ende des sowjetischen „Völkergefängnisses"[20]. Ein weiteres Beispiel ist die internationale Anerkennung der neuen politischen Einheiten auf dem Balkan, die entlang ethnischer Zugehörigkeiten festgelegt und brutal durchgesetzt wurden. Ebenso exemplarisch ist die gesellschaftliche Verarbeitung der Balkankonflikte, in der sie als 'ethnische' interpretiert und ihnen ein quasi natürlicher Ursprung zugesprochen wird. Das weit verbreitete Gerede von 'ethnischen Konflikten' und 'Rassenunruhen' ist ein modernisiertes völkisches Weltbild, in dem eine als natürlich und unabänderlich postulierte Unvereinbarkeit ethnisch-kultureller Zugehörigkeiten als Ursache sozialer Konflikte angesehen wird – und nicht als deren Folge. Es herrscht ein „völkisches Alltagsverständnis" (Elwert) vor.

Die Kategorien der Zugehörigkeit und Muster der Grenzziehung haben sich ohne Zweifel im Laufe der letzten zwei Jahrhunderte verändert, mal schlagen sie in die eine, mal in die andere Richtung aus. Ob die Nation vorrangig ethnisch oder staatsbürgerlich definiert wird, ist ein nicht zu unterschätzender Unterschied, der „von den vor den Nationalsozialisten Geflohenen als lebenswichtige Differenzierung erfahren worden war".[21] Was jedoch gleich bleibt, auch in den offensten Nationalitätskonzepten (wie in den USA), ist die Konstruktion eines Wir in Abgrenzung zum Anderen, die zudem nie ohne den Faktor Abstammung auskommt[22]. Vielerorts wird nun von 'Ethnien' oder moderner von 'Kulturkreisen' gesprochen, aber nicht mehr von 'Rasse'; anstelle von 'reinem Blut' werden Leitkultur und Sprachquote im Radio gefordert. Und wer sich nicht mehr traut, Menschen nur aufgrund ihrer Erscheinung als 'Ausländer' zu bezeichnen, sagt nun 'Migrationshintergrund' – und vergisst, dass wir den alle haben. Nationalitätskonzepte und damit auch die Grenzen der Staatsbürgerschaft sind zwar durchlässiger geworden, was die Li-

Enttraditionalisierung, Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte, Bd. 30, Gerlingen 2002, S. 48 – 62. Hier: S. 52.

14 Mit der französischen Idee der Nation war auch die rechtliche Gleichstellung der Juden verbunden gewesen.

15 Stender: Vom völkischen Nationalismus zum Ethnonationalismus, S. 53.

16 Am geläufigsten ist die Unterscheidung von subjektivem und objektivem Nationenbegriff bzw. die Gegenüberstellung Staatsnation – Kulturnation.

17 Joseph Arthur Graf Gobineau gilt als der Begründer der modernen Rasse-Theorien. Unter dem Titel „Versuch über die Ungleichheit der Menschenrassen" veröffentlichte er von 1853 bis 1855 vier Bände, in denen er Konflikte zwischen „Rassen" als die treibende Kraft der menschlichen Entwicklung beschreibt. Vgl. hierzu Geulen, Christian: Wahlverwandte. Rassendiskurs und Nationalismus im späten 19. Jahrhundert. Hamburg 2004, S. 59-71.

18 Vgl. Anderson: Die Erfindung der Nation, Kapitel 5 und Hobsbawm: Nationen und Nationalismus, Kapitel 3.

19 Vgl. u.a. Claussen, Detlev et al. (Hrsg.): Kritik des Ethnonationalismus, Frankfurt/Main 2000; Salzborn, Samuel: Ethnisierung der Politik. Theorie und Geschichte des Volksgruppenrechts in Europa. Frankfurt/Main 2005.

20 Vgl. Claussen, Detlev: Das Verschwinden des Sozialismus. Zur ethnonationalistischen Auflösung des Sowjetsystems. In: Claussen et al.: Kritik des Ethnonationalismus, S. 16 – 41.

21 Ebd., S. 22.

22 Entgegen einer weit verbreiteten Meinung war (und ist) die ethnische Zugehörigkeit auch in den USA von großer Bedeutung für die nationale Zugehörigkeit. Als die amerikanische Nation von den Kindern der Einwanderer gegründet wurde, war die ‚indianische' ebenso wie die schwarze Bevölkerung von ihr ausgeschlossen. Bis in die 1960er wurde durch das „national origin quota system" die Zuwanderung anhand der ethnischen Herkunft der Migranten geregelt und begrenzt.

nie der Exklusion aber nur verschoben hat – und diejenigen, die weiterhin außen vor bleiben, umso härter trifft.

Nationalismus als Ausdruck der widersprüchlichen Moderne

Offenbar haben weder die brutale Erfahrung des Nationalsozialismus noch die durch die kritische Nationalismusforschung betriebene Dekonstruktion des Mythos Nation etwas an der nationalistischen Hegemonie geändert. Er scheint aufklärungsresistent zu sein. Obwohl – oder gerade weil – die Nation so unbestimmt ist, schafft es dieses Prinzip, diese gesellschaftliche Konstruktion, seit über zwei Jahrhunderten, dass unzählige Menschen bereit sind, dafür zu töten und zu sterben oder sich sonstwie einzuschränken und aufzuopfern. Die Attraktivität dieses Prinzips ist zudem klassenübergreifend, die Arbeiter_innen haben auf den Schlachtfeldern und in Pogromen leider oft genug bewiesen, dass sie eben doch ein Vaterland haben. Auch die sogenannte Globalisierung konnte der nationalen Weltordnung nichts anhaben: Obwohl die Möglichkeiten grenzüberschreitender Kommunikation und transnationaler sozialer Beziehungen noch nie so groß waren wie heute, ging diese Zunahme „Globaler Gleichzeitigkeit“ keineswegs mit einem Abbau national geprägter/begrenzter Wahrnehmung einher. Ganz im Gegenteil ist vielerorts eine Hinwendung zu kulturellen, ethnischen und nationalen Identifikationsmustern feststellen. Die von linken Theoretiker_innen – von Marx über Hobsbawm zu Hardt und Negri – immer wieder aufgestellte These (bzw. Hoffnung) vom Bedeutungsverlust des Nationalstaates wird aktuell wieder einmal auf eindrucksvolle Weise widerlegt. Die durchweg national bestimmte Krisenpolitik[23] als Antwort auf ein durchweg internationales Problem hat all jene Erwartungen zunichte gemacht, Europa könnte als supranationales Gebilde den Nationalstaat ersetzen. Der Blick in die Nachrichten verbannt täglich aufs Neue die Idee des Kosmopolitischen als übergeordnetes Identifikationsmuster ins Reich der Utopie. Bei dieser Entwicklung handelt es sich jedoch nicht um einen bloßen ‘Rückgriff’ auf nationale und ethnische Denkmuster, sondern um einen gesellschaftlichen Prozess, der aus den gesellschaftlichen Verhältnissen der Moderne selber hervorgeht[24]. Nationalismus dient als Antwort auf die schwer durchschaubaren und abstrakten Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse des globalisierten Kapitalismus und ist zugleich Teil von ihnen. Dass sich der Nationalismus vom „jugendlichen, revolutionären und zeitweise emanzipatorischen Heroen zum bloßen Zulieferer der Totengräber“[25] gewandelt hat liegt ebenso wie die globale Vorherrschaft der nationalen Denkform in der materiellen Wirklichkeit begründet. Denn die Nation erfüllt verschiedene Funktionen in der modernen Gesellschaft.

Das zeitliche Zusammenfallen von Industrialisierung, der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise und der Revolutionen im Namen der Nation ist kein Zufall, sondern steht in einem engem Zusammenhang. Die Herausbildung von Nationen verlief nicht parallel zur kapitalistische Modernisierung, sondern war ein Teil von ihr. Im diesem Kontext entstand mit dem Bürgertum eine neue soziale Gruppe mit spezifischen eigenen (kapitalistischen) Interessen. Zu deren erfolgreichen Durchsetzung wiederum bedurfte es grundlegender Veränderungen in der Organisation der Gesellschaft. Die Nation stellt die „spezifisch bürgerliche Organisationsform“ (Adorno) dar. Zur Einrichtung eines funktionierenden nationalen Wirtschaftsraumes bedurfte es der Standardisierung und Homogenisierung der Bevölkerung:

> „Erst die Idee der Nation machte eine rationale Organisation nach dem Tauschprinzip von größeren Bevölkerungskomplexen möglich.“[26]

Zudem benötigte der Kapitalismus einen politischen Überbau, der den Rahmen für den Wettbewerb freier und gleicher Rechtssubjekte stellen und ein Verlassen dieses Rahmens sanktionieren konnte. Bürgerliche Freiheit, formelle Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit – so fortschrittlich ihre Einrichtung historisch gesehen auch war – sind also auch notwendige Bedingung für den reibungslosen Ablauf des kapitalistischen Betriebes. Die Menschen erhielten durch ihren Aufstieg zum Bürger den Status als anerkanntes Rechtssubjekt; auf internationaler Ebene wurden den Nationalstaaten diese Funktion zuteil. Damit wurden Nationalstaaten zu den „wichtigsten Bausteinen des Weltkapitalismus“[27]. Zugleich sind Nationalstaaten für ihre erfolgreiche Teilhabe im globalen Wettbewerb um Einfluss und Reichtum – ob nun in offenen Kriegen oder in der Weltmarktkonkurrenz – auf eine betriebsame und opferbereite Bevölkerung angewiesen. Deren Unterstützung sichern sie sich durch Identifikation und Loyalität mit der Nation. Im Kontext der europäischen Expansion in Afrika und Asien im 19. Jahrhundert wurde die Vertretung nationaler Interessen zur Legitimation imperialistischer Politik.
Die gesellschaftliche Modernisierung betraf alle Bereiche des Lebens und führte zu einem tiefgreifenden sozialen Wandel. Die gewohnten Familien- und Gesellschaftsstrukturen wurden aufgelöst, aus Gemeinschaft wurde Gesellschaft. Die Entfremdung von der eigenen Arbeit wurde durch die Industrialisierung vorangetrieben und universalisiert.[28] Im Zuge der Aufklärung und Durchsetzung des rationalen Weltbildes wurde im Prozess der Säkularisierung die Religion ihrer Ordnung stiftenden Funktion beraubt und als beliefs in den privaten Sektor verbannt. Es fand eine „Entzauberung der Welt“ statt, eine Erosion der bekannten gesellschaftlichen Ordnungsmuster[29].

---

23 Diese ging bekanntlich sogar so weit, dass das Schengen-Abkommen – bis vor kurzem noch als Grundpfeiler der Europäischen Einigung hochgehalten – partiell aufgelöst wurde, um mit innereuropäischen Grenzkontrollen Migrant_innen vom eigenen nationalen Territorium fernhalten zu können.

24 Vgl. Demirović, Alex: Kritische Theorie und Nationalismus. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 1996/2, S. 223 – 234.

25 Lodovico, Ludi: Wem das Posthorn bläst – zur Konstruktion und Konjunktur des Nationalen. In: Prokla: Nationalismus am Ende des 20. Jahrhunderts. Heft 87, 22.Jg./1992, S. 189 – 206. Hier S. 190.

26 Adorno, Theodor W.: Zur Lehre von der Geschichte und von der Freiheit (Vorlesungen 1964/65). Nachgelassene Schriften Bd. 13, Frankfurt [2001], S. 156.

27 Hobsbawm: Bemerkungen zu Tom Nairns „Modern Janus“. In: Nairn, Tom/ Hobsbawm, Eric/ Debray, Régis/ Löwy, Michael: Nationalismus und Marxismus. Anstoß zu einer notwendigen Debatte. Berlin 1978, S. 45 – 77. Hier S. 47.

28 John Steinbeck beschreibt in seinem Roman „Früchte des Zorns“ anhand amerikanischer Kleinbauern auf beeindruckende Weise den Zerfall bisheriger Sozialstrukturen und den Prozess der Entfremdung.

29 Vgl. Werz, Michael: Ethnizität als moderne Ideologie – Ein gesellschaftlicher Begriff in geographischem Kontext. In: Zuckermann:

Mit der Einrichtung der bürgerlichen Gesellschaft ging zudem das Ende der alten feudalen Herrschaftsstrukturen einher, und damit das Ende durchsichtiger personalisierter Abhängigkeitsverhältnisse, an deren Stelle das bürgerliche Recht trat. Zugleich ließ die neue Ordnung ihre großen Versprechen von Freiheit und Gleichheit, Glück und Gerechtigkeit aber uneingelöst. Bekanntermaßen sind diese Forderungen, mit denen revolutionäre Nationalisten gegen die Aristokratie auf die Barrikaden gegangen waren, nie erfüllt worden. Die bürgerliche Emanzipation ist missglückt und wurde nie vollendet. Gleichheit und Freiheit wurden nur als formelle Prinzipien eingerichtet, jedoch nicht real umgesetzt. In der bürgerlichen Gesellschaft wurde durch die Festschreibung aller Bürger als „freie und gleiche" Menschen die real existierende Ungleichheit, die das Produkt eines Jahrhunderte langen Prozess der gewaltsamen Aneignung (Raub, Vertreibung, Kriege, Feldzüge, Sklaverei, Ausbeutung usw.) war, zur fortwährenden Grundlage der Gesellschaftsordnung gemacht. An die Stelle persönlicher Abhängigkeiten trat der „stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse" (Marx). Zur Auflösung dieses der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft immanenten Widerspruchs, nämlich die Gleichheit in der Theorie mit der Ungleichheit in der Praxis zu vereinen, entstehen Ideologien. Sie sind Bestandteil abstrakter Herrschaftsverhältnisse, denn erst die Existenz bürgerlicher Freiheit und Gleichheit verlangt nach Erklärung und Rechtfertigung für die fortwährende Unfreiheit und Ungleichheit.

Damit sie diese Funktionen (Herrschaft, Identifikation, Sinnstiftung, Ordnungsmuster) erfüllen konnte, musste sich die Idee der Nation ethnisch und mythisch aufladen. So wurde sie zur „politische Religion der Moderne". Als politische Idee einer rationalen Ordnung, die nur auf dem gemeinsamen Willen ihrer Mitglieder beruht, war Nationalismus nicht in der Lage, die mystisch-emotional besetzte Lücke schließen, die die Religion hinterlassen hatte. Die entzauberte Welt war kühl und bot keinen Halt. Nationalismus war die „politische Reaktion auf die Entzauberung der Welt" und zugleich Teil des „romantischen Aufstands gegen die kalte Vernunft" (Kröll). Die unangenehme Erkenntnis der realen Bedeutungslosigkeit des eigenen Daseins wird durch die Einbettung des Einzelnen per Geburt in den melting pot Jahrhunderte alter nationaler Mythen, Traditionen, Geschichte und Kultur aufgefangen – man wird Teil eines überzeitlichen Kollektivs, diese Zugehörigkeit beginnt weit vor der Geburt und endet noch nicht einmal mit dem Tod.[30] Und dies alles, ohne dass man irgendetwas dafür tun muss. Diese Funktion kann die Nation aber nur unter Hinzunahme des ethnischen Moments erfüllen. Nationale Identifikation, die sich auf vormoderne Traditionen sowie die Vorstellung einer gemeinsamen ‘tausendjährigen’ Vergangenheit bezieht, ist nur durch den Glauben an eine gemeinsame ethnische Abstammung möglich. Der „historische Stammbaum", der der Nation fehlt, wird durch Ethnizität nachgeliefert.[31] Nur die Nation als ethnisches Identifikationsmuster bietet Gemeinschaftsgefühl und Kollektivität (wo es keine Gemeinschaft mehr gibt) und ermöglicht die Verortung des Selbst in einer Welt, in der Grenzen und Unterschiede immer schwerer auszumachen sind (weil sie tatsächlich stetig abnehmen). Auf die Abnahme dieser zwischengesellschaftlichen Differenzen wird mit der Betonung und Erfindung von Differenzen (invention of tradition) aus weit zurückliegender Vergangenheit geantwortet.

Auch wenn diese invention of tradition ein wichtiger Bestandteil nationaler Identitätsbildung ist, ist die Nation selber nicht einfach nur eine „Erfindung"[32]. Trotz ihres fiktiven Charakters hat die Nation einen wahren Kern; sie ist eine soziale Tatsache. Es gibt Nationalfeiertage, die „Vereinten Nationen", Nationalmannschaften, Nationalsprachen usw. ‘Du bist Deutschland’ und ‘Wir sind Papst’ (Bild). Es scheint kein Entrinnen zu geben. Jeder Mensch ist Teil einer bzw. „seiner" Nation, ob er dies will oder nicht. Bei Flugzeugunglücken wird man zuerst über die Toten der „eigenen Nation" informiert, als ob man Mitglieder der eigenen Familie verloren hätte. Die reale Existenz von Nationen bekommt jede und jeder nicht zuletzt durch die festgeschriebene nationale Zugehörigkeit und all ihren Begleiterscheinungen (Pässe, Grenzen, Einreisebeschränkungen) ganz direkt zu spüren.[33] Der Glaube an die Nation manifestiert sich also ganz real in den Institutionen moderner Staatlichkeit. Die Nation ist daher eine „reale Fiktion" (Claussen). Das Ideologische liegt darin, dass der Ursprung der Nation als gesellschaftliche Konstruktion vergessen und verleugnet wird. Sie ist zur unhinterfragten „zweiten Natur" geworden.

Die Linke und die Nation

Die Linke als Teil der modernen Gesellschaft ist dagegen verständlicherweise nicht immun. Nationalismus manifestiert sich innerhalb linker Bewegungen nicht nur als institutionalisierte Denkform, sondern wurde historisch zugleich als Bestandteil revolutionärer Praxis angesehen. Dabei hat der rein politische Nationalismus streng genommen mit der Einrichtung der Nationalstaaten seine revolutionäre Funktion verloren.[34] Die französische Idee der Nation war in einer Zeit entstanden, als die Menschen noch nicht in Nationalstaaten organisiert waren. Es ging – auch – darum, Feudalherrschaft abzuschaffen und eine neue Art der sozialen und politischen Organisation einzurichten, die die Untertanen zu Bürgern machen und ihnen dadurch Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit bringen sollte. Heute ist diese Art der Organisation aber internationale Norm. Alle Gesellschaften – unabhängig davon, ob sie dies akzeptieren oder ablehnen – sind in Nationalstaaten organisiert. Trotzdem hat sich „seit dem Zweiten Weltkrieg jede erfolgreiche Revolution in nationalen Be-

Ethnizität, Moderne und Enttraditionalisierung, S. 13 – 24 sowie Kröll: Der Zauber des Nationalen.

30 Diese quasi-religiöse Funktion zeigt sich bei manchen ethnonationalistischen Bewegungen exemplarisch an Todesanzeigen: Bei verstorbenen ‚Angehörigen‘ wird das christliche Kreuz durch die jeweilige nationale Symbolik ersetzt (z.B. durch die Lauburu im Baskenland oder durch germanische Runen bei völkischen Bewegungen in Deutschland).

31 Vgl. Hobsbawm, Eric: Nationalismus und Ethnizität. In: Neue Gesellschaft, Frankfurter Hefte. 39. Jg./1992, Heft 7, S. 612 – 619.

32 Wie die misslungene deutsche Übersetzung „Erfindung der Nation" von Andersons Buch fälschlicherweise nahelegt.

33 In der Frage der Staatsangehörigkeit kommt erneut das Doppelmoment, die Verschränkung von Emanzipation und Unterdrückung in der Nation zum Tragen. Denn Staatenlosigkeit bedeutet zugleich Rechtslosigkeit für die Betroffenen, erst die offizielle Zugehörigkeit zum Zwangskollektiv macht die Menschen zu Rechtssubjekten. Die nationale Gemeinschaft hat bisher stets besseren Schutz für die Menschen geboten, als die bloße Eigenschaft, Mensch zu sein, wie Hannah Arendt mit Verweis auf Israel betonte. Vgl. Sternhell: Von der Gegenaufklärung zu Faschismus, S. 33.

34 Vgl. Öner: Nation, Nationalismus und Globalisierung, S. 32.

griffen definiert“ (Anderson). Dies liegt natürlich nicht zuletzt in der vorherrschenden nationalen Form begründet, die konkrete gesellschaftliche Veränderungen und soziale Revolutionen vorerst auf den national(staatlich)en Rahmen beschränkt. Aber auch der linke Nationalismus war nie ausschließlich taktischer Natur. Marxistische Bewegungen und Staaten neigten in der Regel dazu, sich „nicht nur der Form nach national zu organisieren, sondern auch dem Inhalt nach, also nationalistisch zu werden“.[35]
Es waren die antikolonialen Nationalen Befreiungsbewegungen, die vor allem ab Ende des 19. Jahrhunderts den linken Nationalismus ‘wiederentdeckten’ und ihn erneut in den Dienst der Revolution stellten. Die Selbstbezeichnung als revolutionäre ‘Nationale Befreiungsbewegung’ machte im Kontext des Kolonialismus durchaus Sinn. Denn von dem Ideal des demokratischen Nationalstaates mit einer souveränen Bevölkerung und einem Mindestmaß an formeller Gleichheit und Freiheit waren die kolonial beherrschten Länder weit entfernt. Die Forderung der Befreiungsbewegungen war somit nichts anderes als die Einforderung der in den Ländern der Kolonialmächte zuvor formulierten, vermeintlich universal gültigen demokratischen Prinzipien und Freiheitsrechte. Bis heute ziert die Jakobinermütze der französischen Revolution die Flagge Nicaraguas. Der nicaraguanische Befreiungskämpfer Augusto César Sandino trat noch Anfang des 20. Jahrhunderts für die Gründung einer „lateinamerikanischen Nationalität“ ein, um als vereinter Kontinent gegen die Abhängigkeit von Nordamerika zu kämpfen. Der Nationalismus der Befreiungsbewegungen war damit – ganz im Sinne der ersten revolutionären nationalen Bewegungen – das politische Gegenkonzept zu kleinen lokalen ethnisch-kulturellen Gruppen. Die Nation, auf die sich die antikolonialen Bewegungen bezogen, wurde in erster Linie territorial definiert[36]. Nationale Befreiung bedeutete in erster Linie soziale Befreiung. Das ‘Volk’ als Subjekt der Befreiung waren alle Bewohner_innen, ausgenommen die herrschende Elite. Da diese in kolonialen Zeiten zugleich eine ‘ausländische’ Elite war, kam letztendlich auch im Befreiungsnationalismus eine ethnische Komponente zum Tragen. Diese lag jedoch darin begründet, dass zu Kolonialzeiten in den abhängigen Ländern die sozialen Bruchlinien mit den ethnischen zusammenfielen.
Wie schon die revolutionären nationalen Bewegungen des 18. Jahrhunderts entsprachen aber auch die antikolonialen Befreiungskämpfe einer objektiven Notwendigkeit, die aus den gesellschaftlichen Verhältnissen resultierte. Bei der Herausführung aus der kolonialen Abhängigkeit und diktatorischer Unterdrückung ging es auch darum, für die „Eigenen“ eine Form zu finden, am globalen Wettbewerb teilnehmen zu können. Die unterdrückten ‘Völker’ wollten nicht weiter nur vom Spielfeldrand zusehen, wie sich andere Nationalstaaten (oder auch einzelne autokratische Machthaber) um die globalen – und vor allem auch um ihre lokalen – Ressourcen prügelten. Sie wollten oder besser gesagt mussten einen Weg finden, mitspielen zu dürfen. Die Nation ist die Eintrittskarte für das Spielfeld. Der Nationalismus schuf die Voraussetzungen hierfür, denn er war „ideeller Motor des Ausbruchs aus Rückständigkeit und Abhängigkeit“[37]. Der Nationale Befreiungskampf unterdrückter Mehrheiten in den Kolonialstaaten ebenso wie der (vermeintlich) unterdrückten Minderheiten in der Peripherie heutiger Nationalstaaten soll sie zu global playern machen. Da die Weltmarktkonkurrenz schwerer wiegt als die Internationale Solidarität, bekämpften sich zwangsläufig auch sozialistische Staaten untereinander[38].
Mit dem Aufkommen der faschistischen Bewegungen in Europa und einer internationalen Vernetzung dieser reaktionären Kräfte nach dem 1. Weltkrieg wurde dieser ‘linke’ Nationalismus durch eine weitere Komponente verstärkt: den Antifaschismus. Antifaschist_innen, die im Namen ihrer Nation gegen faschistische Staaten kämpften, kämpften zugleich für soziale Veränderung. Die Aufteilung der Welt in zwei Blöcke als Folge des Zweiten Weltkrieges, in der sich nun sozialistische und kapitalistische Staaten gegenüber standen, gab den Befreiungsbewegungen zusätzlichen Aufschwung:

> „Weltweit setzte sich das Modell der nationalen Befreiung durch, das vom antifaschistischen Kampf auf die Dekolonisierungsbewegungen übergriff.“[39]

Die Zeit ab 1945 gilt als ‘Blütezeit der antikolonialen Bewegungen’: In den 1950er Jahren Algerien und Indochina; im folgenden Jahrzehnt wurde der Großteil der afrikanischen Länder unabhängig; zur gleichen Zeit entstand auf dem lateinamerikanischen Kontinent die nächste Welle Nationaler Befreiungskämpfe, aus der auch die kubanische Revolution hervorging. Der Befreiungskampf stand nun im Kontext einer globalen linken antiimperialistischen Bewegung und berief sich auf sozialistische und kommunistische Theorien.
Die Transformation bzw. Neuentdeckung des emanzipativen Nationalismus lag darin, dass „der Radikalismus der Russischen Revolution als Hauptideologie an die Stelle des Radikalismus der Französischen Revolution trat“[40]. Der Marxismus hatte sich bereits während der Entstehungsphase der antikolonialen Bewegungen der ‘nationalen Frage’ zugewendet.[41] Marx und Engels hatten keine ausgearbeitete Theorie des Nationalismus entworfen, vielmehr sahen sie ihn als Begleiterscheinung des bürgerlich-liberalen Fortschritts an. Der bürgerliche Nationalstaat als Teil davon galt als notwendiges Zwischenstadium, in dem die materiellen Voraussetzungen für die klassenlose Gesellschaft geschaffen

35 Anderson: Die Erfindung der Nation, S. 12.

36 Dies lag auch an der von außen vorgenommen willkürlichen Grenzziehung durch die Kolonialmächte, oft quer zu existierenden sprachlich-kulturell differenzierten Gruppen verlief. Vor diesem Hintergrund wäre eine nationale Identitätsbildung auf ethnisch-kulturalistischer oder gar völkischer Grundlage deutlich schwieriger gewesen. ‚Nation‘ als ethnisch oder kulturell definierter Bezugspunkt spielte in den Kolonialgebieten kaum eine Rolle, da sich die Menschen dort traditionsgemäß in anderen Einheiten organisiert hatten. Zudem bot die repressive und diskriminierende Politik der Kolonialmächte gegenüber der ansässigen Bevölkerung für diese wenig Anlass, sich positiv mit der neu geschaffenen politischen Einheit zu identifizieren.

37 Nairn: Der moderne Janus. In: Nairn et al.: Nationalismus und Marxismus, S. 7 – 44. Hier S. 23.

38 So z.B. im Falle von Vietnam, Kambodscha und China.

39 Claussen, Detlev: Tradition der Traditionslosigkeit. In: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte: Ethnizität, Moderne und Enttraditionalisierung,, S. 32.

40 Hobsbawm: Nationen und Nationalismus, S. 161.

41 Ausführlicher zum Zusammenhang von Marxismus und Nationalismus siehe Löwy, Michael: Internationalismus und Nationalismus. Kritische Essays zu Marxismus und „nationaler Frage“, Köln 1999; Nairn et al.: Nationalismus und Marxismus sowie Bollinger: Linke und Nation.

werden. Unter der Herrschaft des Proletariats sollte er die Vorstufe zur universalen kommunistischen Weltgesellschaft sein. Mit dem Ende des Kapitalismus verschwinden nach der klassischen marxistischen Theorie die Gegensätze der Klassen, und damit auch die der Nationen. 'Nationale Identität' hatte für sie keinen Wert an sich, sondern war Teil des bourgeoisen Klassenbewusstseins – „die Arbeiter haben kein Vaterland". Ziel der kommunistischen Revolution war somit auch, „die einzelnen Individuen [...] von den verschiedenen nationalen und lokalen Schranken" zu befreien, wie Marx und Engels in der „Deutschen Ideologie" schrieben. Der frühe Marxismus sympathisierte durchaus mit den antikolonialen Befreiungsbewegungen, da die Beendigung der Fremdherrschaft als Voraussetzung dafür gesehen wurde, dass sich das Proletariat dem revolutionären Kampf gegen die 'eigene' Kapitalistenklasse widmen kann. Lenin setzte sich expliziter für das „Selbstbestimmungsrechts der Völker" ein, jedoch vorrangig aus pragmatischen Gründen, da für ihn die „Befreiung unterdrückter Kolonialvölker ein wichtiger Aktivposten für die Weltrevolution"[42] darstellte. Die Solidarität entstand also vorrangig nicht aus einer nationalistischen, sondern aus einer antiimperialistischen Motivation heraus. Der Antiimperialismus war nicht nur stets ein wichtiges Element des Marxismus gewesen, er bildete ebenso – zwangsläufiger Weise – die theoretische Grundlage des praktischen Kampfes gegen imperialistische Staaten in der sogenannten 'Dritten Welt'. Bei näherer Betrachtung gab es aber oft nicht viel mehr Gemeinsamkeiten, als die Überzeugung, gemeinsame Feinde zu haben.[43] Die inhaltliche Verbundenheit zwischen Nationalen Befreiungsbewegungen und Marxismus wurde in vielen Fällen eher beidseitig ungesehen postuliert, als dass sie tatsächlich vorhanden war:

> „Auf der einen Seite hat ein reiner Nationalismus Rechtfertigungen marxistischer Art ausgebeutet, und Apologeten aus marxistischen Kreisen rekrutiert. [...] Andererseits ist die internationale linke Bewegung über rein nationalistische Regimes hergefallen."[44]

Nationale Befreiung als postkoloniales Zerfallsprodukt

Mittlerweile ist die Kolonialzeit vorbei. Mit der Dekolonisation Afrikas war sie in den 1970ern an ihr historisches Ende gelangt. Seitdem haben sich globale Macht-, Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse grundlegend verändert: Herrscher und Beherrschte stehen sich nun auch in den ehemaligen Kolonien nicht mehr als Vertreter verschiedener Nationen gegenüber, sondern innerhalb ein und der selben Nation. Zwang und Ausbeutung wird nun (auch dort) durch die abstrakte Herrschaft des Marktes, und nicht mehr durch Besatzerarmeen und Kolonialherren ausgeübt. So bekommt durch das Ende der real existierenden kolonialen „Fremdherrschaft" die Forderung nach Nationaler Befreiung eine ganz neue Bedeutung. Denn es stellt sich die Frage, wer hier eigentlich von wem befreit werden soll.[45] Die Dekolonisation hat keineswegs in allen ehemaligen Kolonien eine Verbesserung der Lebensbedingungen für die Bevölkerung zur Folge gehabt. Soziale Ungleichheit und Machtkonzentrationen, wirtschaftlicher und politischer Art, die nicht zuletzt durch die kolonialen Herrschaftsverhältnisse entstanden waren, wurden durch die Einführung formell demokratischer Systeme oft nicht berührt. Hieraus legitimierte sich der postkoloniale Befreiungskampf. Die nach Ende der Kolonialherrschaft in den ehemals abhängigen Gebieten entstandenen Bewegungen und Organisationen, waren somit in erster Linie sozial-revolutionär ausgerichtet, auch wenn sie weiterhin das Adjektiv „national" im Namen trugen. Beispielhaft für diese Entwicklung ist der lateinamerikanische Kontinent, auf dem sich auch über hundert Jahre nach dem offiziellen Ende der Kolonialzeit zahlreiche Nationale Befreiungsbewegungen gründeten.[46] Aus dieser Zeit, als mit nationaler Befreiung noch soziale Befreiung gemeint war, sind nur noch wenige Bewegungen übrig geblieben. Separatistische Bewegungen, die ethnische Zugehörigkeit und sprachlich-kulturelle Unterschiede zur Legitimation ihrer Forderung nach Unabhängigkeit anführen, sind hingegen die „für das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts charakteristischen nationalistischen Bewegungen"[47]. Die meisten von ihnen bedienen sich nicht einmal mehr „sozialrevolutionärer und marxistisch-leninistischer Phraseologie"[48], wie Hobsbawm noch für die Zeit vor zwanzig Jahren feststellte. Aber auch unter den vermeintlich revolutionären Nationalen Bewegungen ist die 'kulturelle Identität' zur politischen Botschaft geworden. Diese ethnonationalistischen Bewegungen sehen sich zwar in der Tradition antikolonialer und antiimperialistischer Nationaler Befreiungsbewegungen, unterscheiden sich in der Forderung nach 'Unabhängigkeit' jedoch grundlegend von ihren historischen Vorbildern: Während jene unter Unabhängigkeit die Erlangung der (demokratischen) Kontrolle über die Institutionen und Ressourcen des bestehenden Nationalstaates verstanden, sind ethnonationalistische Bewegungen separatistisch und wollen ihre 'nationale Souveränität' durch Abtrennung von einem bestehenden Staat erreichen. Weder die landesweite oder gar globale Arbeiterklasse, noch alle Unterdrückten unabhängig ihrer Herkunft sind

---

42 Hobsbawm: Nationen und Nationalismus, S. 175.

43 Wenn die eigenen machtpolitischen Interessen quer zur Achse der politischen Systeme verliefen, wurden auch Bündnisse mit imperialistischen Staaten eingegangen. So stellten sich im 2. Weltkrieg manche Führer antiimperialistischer Befreiungsbewegungen auf die Seite Deutschlands und Japans, da diese Staaten – z.B. im Falle Afrikas – gegen die Kolonialmächte kämpften. Vgl. Hobsbawm: Nationen und Nationalismus, S. 175f.

44 Rodinson, Maxime: Marxisme et monde musulman. Paris 1972, S. 564f. Zitiert nach: Hobsbawm: Bemerkungen zu Tom Nairns „Modern Janus", S. 76.

45 Antworten auf diese Frage können (mit sehr wenigen Ausnahmen) im Kern nur auf ethnisierenden und antisemitischen Erklärungsmustern aufbauen, die entweder die Herrschenden als nicht zum eigenen nationalen Kollektiv zugehörig ansehen oder eine (versteckte) Herrschaft ‚fremder' Mächte behaupten.

46 U.a. 1961 in Nicaragua die FSLN (Sandinistische Front der nationalen Befreiung), 1964 in Kolumbien die ELN (Armee der nationalen Befreiung), 1980 in El Salvador die FMLN (Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí) und 1984 in Mexiko die EZLN (Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung).

47 Hobsbawm: Nationen und Nationalismus, S. 194.

48 Eine Darstellung aller Gruppen, die für ‚ihr' Selbstbestimmungsrecht als Nation eintreten, würde weit über den Rahmen dieses Artikels hinausgehen. Erwähnt werden soll hier nur beispielhaft, dass es auch mittlerweile einige islamistische Gruppen gibt, die für die Nationale Befreiung eintreten. Ebenso gibt es in Europa über 40 Parteien, die für sich beanspruchen, die „staatenlosen Völker" Europas zu repräsentieren. Sie bilden eine eigene Fraktion im Europäischen Parlament, die European Free Alliance (die wiederum mit den europäischen Grünen koaliert. Vgl. 'Völkisches Alltagsverständnis').

das Subjekt der Befreiung, sondern nur die (ethnisch) definierte Wir-Gruppe. Auf anschauliche Weise wird dieser Unterschied in einem Briefwechsel zwischen der ETA und der EZLN aus dem Jahre 2003 deutlich[49]:

ETA an EZLN:

> An die Mädchen und Jungen des EZLN
> Unsere Sprache (…) ist das Euskara, das Baskische, die »Lingua Navarrum«. (…) Wir, die wir mit allen Waffen, die wir zur Hand haben, für die Freiheit unseres Volkes kämpfen, ziehen es vor zu sagen, dass »Euskal Herria« das Volk Euskaras, unsere Sprache ist. Unsere Sprache ist unsere Heimat. Frei.
>
> Und unsere Kinder sehen uns kämpfen, manchmal ohne uns zu sehen (…). Aber sie verstehen das alles ohne Worte. Sicher so wie ihr, die Kinder des EZLN.
>
> An die Alten des EZLN
> (…) Die Wurzeln unseres Volkes sind sehr tief in der Geschichte verankert. So tief, dass wir fast sicher sind, dass unsere Wurzeln im Erdinnern die Wurzeln des chiapatekischen Volkes streicheln. (…)
>
> Der öffentliche Weg ohne vorherige Absprachen, auf dem Sie diesen Vorschlag gemacht haben, zeugt von einem tiefen Mangel an Respekt gegenüber dem baskischen Volk und all denen, die in ihren Organisationen auf die eine oder andere Weise für die Freiheit kämpfen.
>
> Es lebe das freie Chiapas! Es lebe das freie Baskenland!

EZLN an ETA:

> Ich muss Sie darüber aufklären, dass die Mädchen und Jungen des EZLN nicht alles ohne Worte verstehen, wie Sie irrtümlich in Ihrem Brief annehmen. Deshalb behandeln wir sie auch wie Kinder. (…) Wir reden mit ihnen. Wir bringen ihnen nicht bei zu kämpfen. Oder doch, aber mit dem Wort zu kämpfen. Sie lernen. Sie wissen, dass wir das hier nur machen, damit sie nicht dasselbe tun müssen. (…)
> Die Eta behauptet, das baskische Volk zu repräsentieren, und wenn wir sie mit dem Vorschlag beleidigen, dem Wort eine Chance zu geben, dann beleidigen wir das ganze baskische Volk. Anders als (…) Sie behaupten wir nicht, irgendjemanden zu repräsentieren außer uns selbst. Wir repräsentieren nicht die gesamte mexikanische Bevölkerung. Wir repräsentieren nicht die mexikanische Linke. Wir repräsentieren nicht den bewaffneten mexikanischen Kampf. Ebensowenig repräsentieren wir alle indigenen Völker Mexikos. Wir beziehen uns auf uns selbst und verstecken uns nicht hinter vermeintlichen Repräsentationen, die in den meisten Fällen ohne Wissen der »Repräsentierten« übernommen werden.
>
> Bevor ich es vergesse, hinsichtlich Ihres Schlusses »Es lebe das freie Chiapas!«: Wir bitten Sie nicht um Respekt, nur um geografische Kenntnisse. Chiapas ist ein Staat des mexikanischen Südostens. Keine Organisation oder Person hat vor, für die Befreiung von Chiapas zu kämpfen (…), und schon gar nicht die Zapatisten. Wir wollen uns nicht von Mexiko unabhängig machen. Wir wollen Teil davon sein, aber ohne aufzuhören, das zu sein, was wir sind: Indios. Da wir also eigentlich für Mexiko kämpfen, für die indigenen Völker von Mexiko und für alle mexikanischen Männer und Frauen, ganz gleich, ob sie Indios sind oder nicht, sollte der Schluss lauten: Es lebe Mexiko mit seinen Indigenas!

Die Betonung einer spezifischen ethnischen Zugehörigkeit, die hier in beiden Fällen eine Rolle spielt, muss dabei im Kontext historischer sowie aktueller Macht- und Herrschaftsverhältnisse gesehen werden. In Fällen staatlicher oder gesellschaftlicher Diskriminierung aufgrund einer zugesprochenen ethnisch-kulturellen Zugehörigkeit stellt die selbstbewusste und positive konnotierte Betonung dieser Zugehörigkeit seitens der von Repression Betroffenen oft Teil des Emanzipationsprozesses dar. 'Black Power' ist eben etwas von Grund auf Anderes als 'White Power'. Ebenso ist es durchaus verständlich, dass sich Leute, deren Familien noch vor kurzem aufgrund ihrer vermeintlichen ethnisch-kulturellen Zugehörigkeit verfolgt und drangsaliert wurden, nun nicht mit dem ehemaligen Verfolger-Staat identifizieren wollen (so. z.B. im Falle Nordirlands, des Baskenlandes oder in Kurdistan). Durch die kollektive Erfahrung der Unterdrückung bekam die ethnische Zugehörigkeit einen realen Inhalt. Während jedoch die EZLN ihre Forderung nach staatsbürgerlich-demokratischer Integration der 'Indios' mit dem Kampf um eine gesamtgesellschaftliche Demokratisierung verbindet, leitet die ETA ihre Forderung nach Selbstbestimmung aus der bloßen Existenz einer baskischen Ethnie ab[50].

> „Wir sind unmerklich an dem Punkt gelandet, wo die Schaffung eines weiteren Nationalstaates zum Selbstzweck geworden ist, wo das Argument eines Linken nicht mehr zu unterscheiden ist von dem der Ruritanier[51] aller Zeiten, deren Wortführer uns stets versichert und zweifellos auch daran geglaubt haben, was für Ruritanien gut sei, müsse auch gut sein für die Welt – und wenn nicht, sei es auch egal",

schrieb Hobsbawm bereits vor über 30 Jahren[52]. Diese Transformation sozial-revolutionärer Befreiungsbewegungen in identitäre Abwehrkämpfe, in denen Linke in den 1970ern zu „Propagandisten ethnisierender Identifikationen" (Claussen) wurden,

49 Auslöser des Briefwechsels war eine in der linksliberalen mexikanischen Tageszeitung „La Jornada" veröffentlichte Stellungnahme vom Subcomandante Marcos, in dem er sich zum baskisch-spanischen Konflikt äußerte und von beiden Seiten Gesprächsbereitschaft einforderte. Eine (gekürzte) deutsche Version des Briefwechsel ist einzusehen unter: http://jungle-world.com/artikel/2003/08/10107.html

50 Die Unterscheidung sozial-revolutionär/ethnonationalistisch ist eine idealtypische, um die unterschiedliche Legitimation des Befreiungskampfes und das im zugrunde liegende Verständnis von Nation zu verdeutlichen. Die Gruppe Demontage unterschiedet in ihrem Buch „Postfordistische Guerilla" drei Tendenzen (völkisch, republikanisch, sozialistisch) in aktuellen Befreiungsbewegungen, betont aber ebenfalls die Unmöglichkeit der strikten Trennung. Vgl. Gruppe Demontage: Postfordistische Guerilla. Vom Mythos nationaler Befreiung, Münster 1998 [1999]. Hier Kapitel 4.

51 Ruritanien ist ein fiktives Land in Osteuropa, dass von Ernest Gellner zur Erklärung der Herausbildung des ethnisch-kulturalistischen Nationalismus verwendet wurde.

52 Vgl. Hobsbawm: Bemerkungen zu Tom Nairns „Modern Janus", S. 67.

ist Ausdruck einer gesamtgesellschaftlichen Entwicklung. An ihm zeigt sich die „soziale Desorientierung“, die nicht nur den Zerfall der feudalen Strukturen im 18. und 19. Jahrhundert kennzeichnet, sondern ebenso den Legitimationsverlust der bürgerlichen Gesellschaft und den Zusammenbruch des ‘real existierenden Sozialismus’ im 20. Jahrhundert[53]. Soziale Bindungen und traditionelle Gemeinschaftsformen sind in modernen Konkurrenzgesellschaften beständiger Zerstörung ausgesetzt, während zugleich der Kapitalismus alternativlos erscheint und emanzipative Utopien gesellschaftlicher Veränderung als sinnstiftende Identifikationsmuster ausgedient haben. In Verbindung mit zunehmender Unsicherheit und Vereinzelung bringt diese Entwicklung die Menschen dazu, sich an vermeintlich alten und bewährten Strukturen (Heimat, Kultur, Sprache, Nation) festzuhalten. Je größer die Ohnmacht, je bedrohter und isolierter sich der Einzelne im globalen Kapitalismus fühlt – und auch real ist, wie derzeit in den aktuellen Krisen deutlich wird –, desto mehr sehnen sich die Menschen nach einer ‘naturgegebenen’ Zugehörigkeit, nach einer Identifikation mit dem sozialen Umfeld, das vorrangig in kulturellen und nationalen Mustern wahrgenommen wird. Hier führt sich fort, was Horkheimer schon in „Späne“ beschrieb: „Je weniger das Individuum im bürgerlichen Sinne noch eine Funktion hat“, desto größer wird das Bedürfnis nach Gemeinschaft. Und dieses Bedürfnis kann Horkheimer zufolge „nur durch das Bekenntnis zur Nation befriedigt werden. Für den Durchschnittsmenschen gibt es keine Alternative“.[54] Solange es keine Selbstbestimmung des Individuums gibt, bietet die nationale ‘Selbstbestimmung’ die Hoffnung, aus der realen Bedeutungslosigkeit herauszukommen. Da Nationalstaaten die legitimierten Akteure im globalen Wettbewerb um Macht und Reichtum sind, ist für Individuen die Einrichtung eines „eigenen“ Staates (oder die Identifikation mit einem bestehenden) die einzige Möglichkeit, um sich über die „eigene“ kulturell oder national definierte Gruppe zum global player zu erheben bzw. als solchen zu imaginieren. Auf Demonstrationen der baskischen und katalanischen Unabhängigkeitsbewegung taucht immer wieder der Spruch „The next star in Europe“ auf. Eine linke Perspektive sucht man hierin vergebens.

In der ethnonationalistischen Nationalen Befreiung sind Unabhängigkeit und ‘Nationale Souveränität’ zum Selbstzweck geworden, und nicht mehr Teil einer Vorstellung gesamtgesellschaftlicher Veränderung. Ethnonationalistische Bewegungen reagieren auf die Transformation der globalen Herrschafts- und Abhängigkeitsverhätnisse mit einem Rückgriff auf ethnische Konzepte: „Die Verbindung erscheint vielmehr als eine fortgesetzte Regression: Die universalen, fortschrittlichen Bestandsteile aus den Anfangszeiten der nationaler Befreiungsbewegungen waren nicht von langer Dauer; heute werden nationalistisch verkleidete ethnische Kategorien in Erklärungsmuster für soziale und politische Konflikte sowie historische Traditionslinien umgefälscht.“[55] Das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“, ursprünglich das juristische Instrument der Dekolonialisierung, wird dabei nun als „nationalistische Option für Staatsgründungen auf ethnischer Grundlage mißinterpretiert“[56]. Ethnische Einheiten werden den politischen Einheiten des ‘entwurzelten’ Kapitalismus entgegen gestellt. Der Ethnonationalismus ist im Kern eine völkische Ideologie. Dies zeigt sich bereits an der Forderung nach einer Welt „freier Völker“. „Frei“ heißt hier: Jedem „Volk“ seinen Staat. So politisch inhaltslos, so gefährlich ist sie. Ein Anekdote vom Sozialforum in Paris im Jahre 2003 veranschaulicht dies eindrucksvoll: Die mittlerweile illegalisierte kommunistische baskische Partei Batasuna hatte dort an ihrem Stand ein „Europa der Völker“ gefordert. Auf der dazugehörigen Karte des zukünftigen „demokratischen“ Europas waren unter anderem Österreich, Gebiete der Schweiz sowie das französische Elsass Teil eines großdeutschen Reiches, das selbst die NPD zu Tränen gerührt hätte. Die Linksnationalisten zogen nach Kritik das Plakat zurück, zu einer tiefer gehenden Auseinandersetzung hat dieser ‘Ausrutscher’ leider nicht geführt. Dieses Beispiel deutet bereits an, wohin die ethnonationalistische Reise führt: Nach ‘erfolgreicher’ Nationaler Befreiung wird die vormals unterdrückte Kultur im verwirklichten souveränen Nationalstaat zur unterdrückenden Kultur. Dies ist die logische Konsequenz aus der Forderung nach Einsprachigkeit und Bewahrung der ‘kulturellen Identität’. Dieser Chauvinismus kommt gleichermaßen in der politischen Kultur zum Tragen: Wenn im Linksnationalismus die Verteidigung von Kultur und ‘nationaler Identität’ – und damit auch der Existenz dieser Phänomene – als Bedingungen für eine ‘freie Gesellschaft’ aufgefasst werden, wird jede Person, die diesen vorausgesetzten kollektiven nationalistischen Willen nicht teilt oder teilen möchte, zum potenziellen Störer der friedlichen Ordnung.

Nationale Befreiung oder....

Die besonders von linken Freund_innen der Nation immer wieder hochgehaltene Unterscheidung zwischen Befreiungsnationalismus und Unterdrückungsnationalismus hält der Realität nicht stand. Aufgrund seines ideologischen Charakters verschwindet der Nationalismus durch die ‘Nationale Befreiung’ nicht, sondern wird zur ausgrenzenden Praxis und chauvinistischen Integrationsideologie. Auf diese Weise reproduziert er die Verhältnisse, die er zu bekämpfen vorgibt. Die politische und soziale Befreiung des Individuums wird letztendlich verhindert, da das Individuum nur noch als abstrakter Teil des Zwangskollektivs Nation existiert. Die Nichteinlösung des Emanzipationsversprechens, dass mit der Erkämpfung nationaler Souveränität verbunden war, führt – wie schon zu Zeiten der bürgerlichen Revolution – auch hier zu einer Transformation von demokratischer zu nationalistischer Legitimation: „Weil die soziale Revolution ganz oder auf halbem Wege stecken blieb, bedurfte sie eines nationalen Kostüms, um wenigstens Reste von Massenloyalität und Legitimität zu behalten.“[57] Die gesamte politische Landkarte Afrikas ist ebenso wie große Teile Südasiens das Produkt erfolg-

53 Vgl. Hobsbawm: Nationalismus und Ethnizität, S. 618ff. und Claussen: Das Verschwinden des Sozialismus, S. 39.

54 Horkheimer, Max: Späne. Notizen über Gespräche mit Max Horkheimer. In: Gesammelte Schriften, Bd.14. Fankfurt/Main 1988, S. 428.

55 Werz, Michael: Verkehrte Welt des short century. Zur Einleitung. In: In: Claussen et al.: Kritik des Ethnonationalismus, S. 6

56 Ebd., S. 14. Das proklamierte „Selbstbestimmungsrecht“ hat auch selber zu dieser Entwicklung beigetragen: Durch den unbestimmt verwendeten Volksbegriff werden ethnisierende Auslegungen dieses kollektiven Rechts begünstigt. Zur Kritik am Selbstbestimmungsrecht siehe ausführlicher Lodovico: Zur Konstruktion und Konjunktur des Nationalen.

57 Lodovico: Zur Konstruktion und Konjunktur des Nationalen, S. 203.

reicher Nationaler Befreiungskämpfe – als Bezugspunkt für eine fortschrittliche emanzipatorische Gesellschaftsordnung können diese Staaten wohl kaum gelten. Wolfgang Pohrt wies bereits 1982 auf die unauflösbare Verstrickung von Befreiung und Unterdrückung bei Nationalen Befreiungskämpfen hin:

> „Das Recht auf nationale Autonomie und staatliche Souveränität ist nur ein anderer Name für das Unrecht, Leute zu schikanieren, auszuweisen, abzuschieben, mit der Begründung, dass sie den falschen Pass oder die falsche Geburtsurkunde besäßen, und dieses Unrecht ist keine Verfälschung der Nationalstaatsidee, sondern ihr (…) Wesen.“[58]

Dies liegt in der kapitalistisch verfassten Gesellschaft begründet, in der Nationalstaaten eine tragende Funktion erfüllen. Die Schaffung eines Weiteren kann weder eine emanzipatorische noch eine antikapitalistische Maßnahme darstellen, wie der Linksnationalismus glauben machen will. Die Forderung nach ‘Unabhängigkeit’ besteht schlussendlich nur darin, sich ohne ‘fremde’ Einflüsse am globalen Konkurrenzkampf beteiligen zu dürfen.[59] Der Antikapitalismus nationalistischer Bewegungen erschöpft sich so am Festkrallen an alten vermeintlichen Gewissheiten wie Sprache, Kultur, Geschichte und Territorium. Ihre Antwort auf den modernisierten globalen Kapitalismus ist nicht eine den veränderten Verhältnissen angepasste Kritik der Gesellschaft, sondern der Rückzug in den behüteten Schoss der Nation.

Die (links)nationalistische Weltsicht steht so einer emanzipatorischen Kritik an den Verhältnissen entgegen. Nicht Herrschaft an sich, sondern Fremdherrschaft steht im Fokus der Kritik. Da die Ursachen für die fortwährende Unfreiheit und Ungleichheit und das alltägliche Leiden nicht in den systemimmanenten Widersprüchen und der eigenen Gesellschaftsstruktur gesehen werden, muss jemand anders dafür verantwortlich sein. Hieran schließt die Kritik des traditionellen Antiimperialismus an. Das antiimperialistische Weltbild ist bekanntermaßen streng dichotomisch aufgebaut ist – schwarz/weiß, gut/böse – und muss nach Meinung seiner Vertreter_innen per definitionem gegen die USA als vermeintliche Weltmacht gerichtet sein. Die ‘imperialistischen’ Staaten[60], werden nicht als ausführende Kräfte des globalen Kapitalismus angesehen, sondern mit ihm gleichgesetzt und für die negativen Auswirkungen verantwortlich gemacht. Dem entgegen wird sich mit den vermeintlich von ihnen unterdrückten ‘Völkern’ solidarisiert. Die diesem Antiimperialismus immanente nationalistische Weltsicht führt dazu, dass die Verantwortlichen für die Misere nur außerhalb der eigenen bzw. unterdrückten Nation stehen können. Um den Widerspruch sozialer Ungleichheit innerhalb der Nation aufzuheben, findet in allen linken Nationalismen eine Ethnisierung der sozialen Klassen statt: die „eigene“ Bourgeoisie wird meist früh aus der nationalen Gemeinschaft ausgeschlossen. Ob als Schuldige dann Spanier, US-Amerikaner oder Juden benannt werden, hängt nur noch vom Kontext ab. Die Anknüpfungspunkte für antisemitische Erklärungsmuster in diesem Weltbild liegen auf der Hand. Denn der Schritt dazu, in den schwer durchschaubaren Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnissen ‘die Juden’ stellvertretend für die globale Kapitalistenklasse zu denken, ist nur ein kleiner.[61]

Die diesem Weltbild immanente Gewalt richtet sich auch nach Innen. Denn Menschen werden darin vor allem als Angehörige ihrer Nation behandelt, als ungefragter Teil der „unterdrückten Völker“. Soziale Ungleichheiten, heterogene Verhaltens- und Denkweisen werden ebenso wie interne soziale Konflikte ignoriert und schlimmer: den Einzelnen, die vor Ort um ihre Befreiung gegen hegemoniale repressive kulturelle und politische Strukturen kämpfen, wird die Solidarität versagt. Beispiele hierfür gibt es leider zu genüge: Sei es die baskische linksnationalistische Tageszeitung Gara, die jegliche Kritik an der „demokratisch gewählten“ Hamas als „imperialistisch“ abtat; die Unterstützung des irakischen ‘Widerstandes oder die brüderliche Freundschaft von Hugo Chávez und Ahmadinedschad. Das Kampf um nationale Selbstbestimmung sowie das vermeintliche Imperium USA-Israel als gemeinsamer Feind begründen die antiimperialistische Solidarität mit allen widerständischen Bewegungen, wie regressiv sie auch sein mögen. Deutlich wurde dieses linksnationalistische bzw. antiimperialistische Weltbild, das nur Völkern und Nationen, aber nicht den Individuen Differenz zugesteht, auch jüngst in der Haltung zu den Konflikten in Libyen und Syrien. So erklärte sich Venezuela solidarisch mit dem „angegriffenen und bombardierten libyschen Volk“ und bot ebenso wie die Linksregierungen in Nicaragua und Ecuador dem Ex-Diktator Gaddafi Asyl an. Die ETA wiederum bezieht sich positiv auf den Kosovo, als vermeintlich Hoffnung gebendes Beispiel dafür, dass auch heute noch die Nationale Befreiung möglich sei. Die internationale Anerkennung dieses Staates hat auch andernorts Zuspruch unter Linken gefunden, die weiterhin das völkische Selbstbestimmungsrecht als kollektives Menschenrecht ansehen – und noch nicht einmal den blutigen Prozess des nation building auf dem Balkan als Gegenbeweis gelten lassen. Zuletzt bewies hierzulande im Januar 2012 der Aufruf „Solidarität mit den Völkern Irans und Syriens!“, der auch von Bundestagsmitglieder_innen der Linkspartei unterzeichnet wurde und in dem auf das „Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten“ gepocht wurde[62], dass bei der Berufung auf das ‘Nationale Selbstbestimmung’ die Selbstbestimmung des Individuums meist auf der Strecke bleibt.

...Befreiung von der Nation?

Die blinde Unterstützung der Forderung nach ‘nationaler Selbstbestimmung’ – die im übrigen im Regelfall nicht von den Massen, sondern ihren Eliten bzw. Unterdrücker_innen aufgestellt wird – ist kein neues Phänomen, ebenso wenig die Kritik an

58 Pohrt, Wolfgang: Linksradikalismus und nationaler Befreiungs -kampf. (TAZ vom 3.8.1982). Online einsehbar unter: http://www.comlink.de/cl-hh/m.blumentritt/agr238.htm

59 Mal ganz abgesehen davon, dass Unabhängigkeit angesichts der transnationalen Verflechtungen von Ökonomie und Politik im globalisierten Kapitalismus längst zur „postfordistischen Illusion“ (Gruppe Demontage) geworden ist.

60 Die Frage, ob in der Weltmarktkonkurrenz nicht zwangsläufig jeder Staat ab einer gewissen (ökonomischen oder territorialen) Größe einen imperialistischen Charakter annimmt, muss an dieser Stelle unbearbeitet bleiben.

61 Vgl. hierzu auch Gruppe Demontage: Postfordistische Guerilla, S. 263ff.

62 Was nichts anderes bedeutet als die ungefragte Rechtfertigung von Hinrichtungen von Homosexuellen und Massakern an der Zivilbevölkerung.

dieser falsch verstandenen „Internationalen Solidarität“. Bereits vor 21 Jahren schrieben die Revolutionären Zellen in ihrem auch heute noch lesenswerten Text „Gerd Albartus ist tot“[63]:

> „Wer von Befreiung träumt, von den Schattenseiten des Befreiungskampfes aber nichts wissen will, hängt naiven Revolutionsvorstellungen nach, die dessen Wirklichkeit nicht standhalten. (…) Wem nützen wir damit, wenn wir unter dem Banner des Internationalismus eine falsche Einheit vorgaukeln, während hinter den Kulissen die Gegensätze aufeinanderprallen. (…) Die Beendigung der Fremdherrschaft, so dachten wir, sei gleichbedeutend mit dem Beginn der sozialen Revolution. Da die Befreiungsorganisationen das um seine Unabhängigkeit kämpfende Volk repräsentierten, waren sie der direkte Adressat internationaler Solidarität. Daß die Machtübernahme den sozialen Gehalt der Revolution in fast allen Fällen eher zerstörte als entfaltete, daß sich die Führer der Befreiungsbewegungen, kaum hatten sie die Kommandoposten in den jungen Nationalstaaten besetzt, als Protagonisten brutaler Entwicklungsdiktaturen gebärdeten, daß von der frisch gewonnenen Unabhängigkeit vor allem die alten Kader profitierten, während das anhaltende Massenelend einer neuen Erklärung bedurfte, daß sich - kurz gesprochen - die ganze Dialektik von nationaler und sozialer Befreiung vor allem für die neuen Machthaber rechnete und daß dies keine Frage von Verrat oder korrupter Moral war, sondern dem Wesen der Staatsgründung entsprach - all das paßte nicht in unser Bild eines homogenen Befreiungsprozesses und wurde deshalb ausgeblendet. Erst in dem Maße, wie nach vollzogener Nationwerdung neue Kämpfe ausbrachen, wie sich vielfältigste Formen sozialer Gegenmacht artikulierten, deren antagonistischer Kontrahent der Komplex von Gewalt und Verwertung war, den jener Staat verkörperte, waren wir imstande, den Mythos nationaler Unabhängigkeit und den ihm immanenten, alle Differenzen homogenisierenden Volksbegriff zu relativieren.“

Diese Kritik ist heute so aktuell wie damals. Leider ist sie in vielen linken Bewegungen in der Welt noch nicht einmal ansatzweise angekommen. Angesichts dieser trüben Aussichten für eine globale linke Bewegung, die sich für die Emanzipation von allen Formen der Unterdrückung einsetzt, stellt sich Frage, wie damit umzugehen ist. Das Problem zu ignorieren bzw. es gar nicht als solches wahrzunehmen ist sicher eine schlechtere Option als die aus radikaler Kritik hervorgegangene Aufkündigung der Internationalen Solidarität mit bestimmten Bewegungen. Diese Kritik erweckt jedoch oft den Eindruck, mehr der Abgrenzung als der Überwindung dieser Verhältnisse zu dienen. Ideologiekritik – und dies muss eine Kritik am Nationalismus zwangsläufig sein – ist immanente Kritik, die aus dem Gegenstand selbst heraus gebildet wird und auf dem Standpunkt des Kritisierten aufbaut. Dies bedeutet, die Ideologie ernst zu nehmen und eben nicht als Vorurteil oder falsche Vorstellungen abzutun. Dazu gehört auch, die Ambivalenz von Nation und Emanzipation mitzudenken, und zu versuchen, nachzuvollziehen aus welchen Gründen, objektiven Gegebenheiten und historischen Kontexten heraus Nationalismus auch von links (re)produziert wurde und wird. Die ‘Abschaffung der Nation’ ist ohne Frage eine ehrenwerte Forderung und ein begrüßenswerter „zynischer, wurzelloser Standpunkt“ (Brecht: Flüchtlingsgespräche). Nur wird sie innerhalb der kapitalistischen Ordnung aufgrund der genannten Gründe kaum durchzusetzen sein. Zudem hat die Geschichte auf brutale Weise gezeigt, dass es Formen kollektiver Subjektivität geben kann, die noch mehr Ausgrenzung und Gewalt produzieren als die moderne Nation. Vielleicht wäre es angebracht, sich über eine moderne politische Kollektivität Gedanken zu machen, die nicht auf Merkmalen, sondern rein auf dem Handeln beruht. Die Nation als Referenzrahmen taugt hierfür aber sicher in keinster Weise. Adorno schrieb bereits 1964: „Es käme also heute nicht mehr darauf an, die Konkretion der menschlichen Beziehungen in der vergänglichen und selbst längst trügerischen Gestalt der Nationen zu konservieren, sondern diese Konkretion des menschlichen Miteinanderlebens auf einer höheren Stufe neu zu gewinnen“. Dies wiederum sei nur möglich durch die „Veränderung der gesellschaftlichen Organisationsform selber, die jene abstrakte und gegen ihre Mitglieder allemal repressive Form der Organisation ablösen würde“[64]

Anmerkung

Thorsten Mense hat in Bremen am 16. März 2012 einen Vortrag zur Frage *Nationale Befreiung oder Befreiung von der Nation?* gehalten.
Siehe:
http://associazione.wordpress.com/2012/02/06/intros-nationale-befreiung-oder-befreiung-von-der-nation/
http://www.rosa-luxemburg.info/veranstaltung/2012/nationale-befreiung-oder-befreiung-von-der-nation/

63 Der Text wurde 1991 im Namen der Revolutionären Zellen veröffentlicht. Anlass war der Tod ihres ehemaligen Kampfgefährten Gerd Albartus, der in Palästina von einer ‚befreundeten‘ Gruppe des palästinensischen Widerstandes hingerichtet worden war. Aufbauend auf diesem Mord und der Entführung der Lufthansa-Maschine in Entebbe/Uganda 1976, bei dem sich mehrere RZ-Mitglieder_innen an der Selektion der israelisch-jüdischen Passagiere beteiligt hatten, wird die linke Geschichte Internationaler Solidarität kritisch hinterfragt und der darin vorherrschende Antiimperialismus und Antizionismus/ Antisemitismus einer radikalen Kritik unterzogen. Online einsehbar unter: http://www.freilassung.de/div/texte/rz/zorn/Zorn04.htm

64 Adorno: Zur Lehre von der Geschichte und von der Freiheit, S. 161f.

Hendrik Wallat

Fetischismus und Verdinglichung. Eine Einführung in die ökonomiekritische Form- und Fetischtheorie von Karl Marx

Wer heute den Begriff „Fetischismus" hört, denkt spontan sicherlich zuerst an entsprechend vielfältige sexuelle Praktiken, in deren Mittelpunkt die libidinöse Verehrung besonderer Körperteile oder Gegenstände stehen. Im Kontext von Waren wird man am ehesten an den sog. Markenfetisch oder an blinde Konsumlust denken. Mit beiden Bedeutungen hat der Marxsche Fetischbegriff, wie er im berühmt-berüchtigten Kapitel *Der Fetischcharakter der Ware und sein Geheimnis* aus dem ersten Band des *Kapitals* eingeführt wird, allerdings nichts zu tun. Der Markenfetisch und der Konsum, dies vorweg, ist nicht Gegenstand der Marxschen Fetischkritik, sondern zielt auf das imaginäre Gebrauchswertversprechen der Warenästhetik.

Marx' Fetischbegriff, dessen (unspezifische) Verwendung bis in seine frühsten Schriften zurückreicht[1], lehnt sich an dessen Herkunft aus der Ethnologie und Religionswissenschaft des 18. Jahrhunderts an.[2] Der Begriff Fetisch kommt aus dem Portugiesischen, wo ‚feitico' den Zauber bezeichnet. Das Wort verweist seiner Herkunft nach aber auch auf das lateinische ‚facticius', was so viel wie das ‚Produzierte', „Hergestellte": ‚Mach(t)werk' bedeutet.[3] Der Fetisch vermittelt „immer zwei Elemente: 1. Die geistige Potenz, d.i. die Wirkmacht […], 2. das materielle Objekt, in dem die Macht wohnt."[4] Der Fetisch ist dabei nicht Symbol für eine höhere Macht, sondern die Macht wird als primäre Eigenschaft des Dinges selbst angesehen, und als solche (‚sinnlich-übersinnliche') Potenz wird der materielle Gegenstand an sich verehrt: eine Zaubermacht, die nicht nur dem Ding innewohnt, sondern das Ding als die Zaubermacht selbst. Der Fetisch ist keine göttliche Allmacht, die den Fetischisten fremdbestimmt, sondern eine Macht, die sich der Fetischist zu eigen macht.

Marx nimmt diese Bedeutungen des Fetischbegriffs auf, um ihnen zugleich spezifische Wendungen angedeihen zu lassen. Erstens zeigt er den Fetischismus insbesondere an der Macht des Geldes als omnipotenten Allesverwandler, da es als dingliche, absolute Form des gesellschaftlichen Reichtums „gesellschaftliche Macht" in handgreifliche „Privatmacht der Privatperson" (MEW 23, 146) verwandelt; Geld wird als Gegenstand verehrt, dessen Macht darin besteht, seinem Besitzer alle Wünsche erfüllen/erkaufen zu können. Geld wird, wie im religiösen Fetisch, als Machtsteigerungsmittel verehrt, wobei verkannt wird, dass hier nicht der Zauber eines Dinges wirkt, sondern die Eigenschaften des Geldes sich verkehrende und verdinglichende Potenzen spezifischer sozialer Verhältnisse und Beziehungen sind. Diese Macht ist allerdings überaus real. Die fetischistische Verehrung des Geldes hat einen rational-handgreiflichen Anhaltspunkt in der Sache: Die Macht des Geldes ist objektiv, und nicht wie die Verehrung eines Hufeisens als Glücksbringer eine subjektiv-psychologische Glaubensfrage. Das verweist auf die zweite Marxsche Wendung des Fetischsbegriffs, in der seine eigentliche Innovation und Kritik besteht.[5] Der ökonomische Fetischismus ist nicht eine bloße projektive Leistung, die Menschen den Dingen andichten. Vielmehr ist der Fetischismus eine objektiv gültige Gedankenform, die einerseits in verschiedener Hinsicht zugleich wahr und falsch ist, andererseits kein bloßes, durch Aufklärung zu beseitigendes Bewusstseinsphänomen, sondern die notwendige Bewusstseinsform kapitalistischer Verhältnisse und ihrer Praxis darstellt:

> „Daß ein gesellschaftliches Produktionsverhältnis sich als ein außer den Individuen vorhandener Gegenstand und die bestimmten Beziehungen, die sie im Produktionsprozeß ihres gesellschaftlichen Lebens eingehen, sich als spezifische Eigenschaften eines Dings darstellen, diese Verkehrung und nicht eingebildete, prosaisch reelle Mystifikation charakterisiert alle gesellschaftlichen Formen der Tauschwert setzenden Arbeit." (MEW 13, 34f.)

Das fetischistische Bewusstsein hat sich nicht im Fetisch ein verfügbares Machtmittel geschaffen, sondern dieser ist (ideologischer) Ausdruck einer unabhängigen objektiven Macht, die zwar den durch menschliche Praxis geschaffenen sozialen Verhält-

1 Vgl. Böhme, Hartmut: Fetischismus und Kultur. Eine andere Theorie der Moderne, Hamburg 2006, 311ff.; Grigat, Stephan: Fetisch und Freiheit. Über die Rezeption der Marxschen Fetischkritik, die Emanzipation von Staat und Kapital und die Kritik des Antisemitismus, Freiburg 2007, 25ff.

2 Vgl. Böhme: Fetischismus und Kultur, 178ff.

3 Vgl. Böhme: Fetischismus und Kultur, 179, 319; Grigat: Fetisch und Freiheit, 25.

4 Vgl. Böhme: Fetischismus und Kultur, 179, 319; Grigat: Fetisch und Freiheit, 25.

5 Die von Falko Schmieder in seinen bedenkenswerten, obgleich in ihren Schlussfolgerungen von mir nicht geteilten Ausführungen zum Veralten des Marxschen Fetischbegriffs (am Beispiel von Heinz Dieter Kittsteiner) vorgetragene Kritik, dass der Fetischbegriff genau auf diese Objektivität der herrschenden Gedankenformen nicht passt, scheint mir nicht einleuchtend. Vgl. Schmieder, Falko: Zur Kritik der Rezeption des Marxschen Fetischbegriffs, in: Marx-Engels Jahrbuch 2005, S. 116-119. Zum einen halte ich den gleichsam verfremdeten objektivistischen Gebrauch des Fetischtheorems gerade für die eigentliche Pointe; es handelt sich um eine Radikalisierung der Kritik, die den Spuk im Profanen als realer und mächtiger denunziert als es religiöse Projektionen jemals zu sein vermögen. Zum anderen wird nicht der zentralen Differenz zwischen real-verdinglichten ökonomischen Formen, die in ihrer ökonomischen Bewegung wirklich herrschen, und ihrem fetischistischen Bewusstseinskorrelaten genügend Rechnung getragen. Marx bleibt dem religionskritischem Fetischtheorem treu, indem er es auf das falsche, ideologische Bewusstsein bezieht, welches nun aber objektiv notwendig ist, da das ihm zugrunde liegende keine subjektive Projektion ist, sondern eine machthabende, sich verdinglichende soziale Beziehung.

nissen und Dingen entspringt, sich aber gegenüber den ursprünglichen Produzenten verselbstständigt und sie real beherrscht; erst wenn diese Herrschaft der im Kapital sich verdinglichenden sozioökonomischen Verhältnisse abgeschafft ist, verschwindet auch ihr fetischistischer Schein als objektiv gültige Gedankenform. Die Verkehrung des Bewusstseins im Fetischismus ist also genauso real und objektiv wie die Verkehrung der sozialen Verhältnisse, die der Grund des fetischistischen Bewusstseins sind.
Marx wendet den kolonialistisch-christlichen Fetischbegriff folglich auf die vermeintlich entzauberte Welt des modernen (westlichen) Kapitalismus an, um dessen Irrationalität und Herrschaftscharakter zu demaskieren, die sich durch Freiheit und Gleichheit sowie instrumentell-technische Rationalität hindurch reproduzieren.

Verdinglichung und Fetischismus[6]

Marx benutzt in seiner Ökonomiekritik Begriffe wie Verdinglichung, Versachlichung und Fetischismus in einem weniger sprachlich, als der Sache nach sehr spezifischen und konkreten Sinn; wirklich präzise Definitionen hat uns Marx leider nicht hinterlassen. Das, was mit dem frühen Terminus Entfremdung – ein Thema für sich[7] – mehr erahnt als wirklich begriffen und mit letztlich dogmatisch gesetzten, in der ‚Deutschen Ideologie' bereits verhöhnten Wesensbestimmungen kritisiert wurde, wird nun ökonomie- und herrschaftskritisch ausgeführt.
Die sachliche Vermittlung von Vergesellschaftung durch ökonomische Formen bezeichnet Marx als Verdinglichung. Der Begriff der Verdinglichung hat zwei Aspekte:

> „Es ist (…) schon in der Ware eingeschlossen, und noch mehr in der Ware als Produkt des Kapitals, die Verdinglichung der gesellschaftlichen Produktionsbestimmungen und Versubjektivierung der materiellen Grundlagen, welche die ganze kapitalistische Produktionsweise charakterisiert." (MEW 25, 887; kvV.).

Die erste Dimension der Verdinglichung bezeichnet also den Sachverhalt der realen Objektivation eines sozialen Verhältnisses in einem Ding – Wert, der als/in Ware, Geld, Kapital und Zins erscheint. Es ist dies das Phänomen, dass die Vermittlung kapitalistischer Vergesellschaftung spezifisch soziale Gegenständlichkeit annehmen muss: der Wert als soziales Vermittlungsmedium erscheint in Geld und Ware in dinghafter Gestalt. Der Wert und seine empirisch-dinglichen Referenten entspringen „dem eigentümlichen gesellschaftlichen Charakter der Arbeit, welche Waren produziert" (MEW 23, 87). Der Wert ist weder natürliches Ding noch etwas bloß Geistiges/Psychologisches (im Sinne subjektiver Wertschätzung), sondern notwendiger Ausdruck eines historisch spezifischen sozialen Verhältnisses, dessen Kern sich wie folgt bestimmen lässt: Wenn Marx schreibt, dass

> „das Kapital kein Ding, sondern ein bestimmtes gesellschaftliches, einer bestimmten historischen Gesellschaftsformation angehöriges Produktionsverhältnis ist" (MEW 25, 822),

so ist dieses ein Verhältnis, in dem die gesellschaftliche Arbeit auf konkurrierender arbeitsteiliger Privatproduktion basiert, welche selbst wiederum auf dem formkonstitutiven Klassenverhältnis von Produktionsmittelbesitzern und Lohnarbeitern fundiert. Der Wert ist die ökonomische *Form*, die aus der *Klassenspaltung* der Arbeit selbst *entspringt*, deren Spezifik eben ein gesellschaftliches Verhältnis ist, in dem „gesellschaftliche Gesamtarbeit" (MEW 23, 87) die Form indirekt-gesellschaftlicher privat-isolierter Produktion annimmt, sich gesellschaftlich erst noch realisieren muss und sich das „gesellschaftliche Verhältnis der Produzenten zur Gesamtarbeit als ein außer ihnen existierendes gesellschaftliches Verhältnis von Gegenständen" (MEW 23, 86) darstellt:

> „Gebrauchsgegenstände werden überhaupt nur Waren, weil sie Produkte voneinander unabhängig betriebner Privatarbeiten sind. Der Komplex dieser Privatarbeiten bildet die gesellschaftliche Gesamtarbeit. Da die Produzenten erst in gesellschaftlichen Kontakt treten durch den Austausch ihrer Arbeitsprodukte, erscheinen auch die spezifisch gesellschaftlichen Charaktere ihrer Privatarbeiten erst innerhalb des Austausches. Oder die Privatarbeiten betätigen sich in der Tat erst als Glieder der gesellschaftlichen Gesamtarbeit durch die Beziehungen, worin der Austausch die Arbeitsprodukte und vermittelst derselben die Produzenten gesetzt werden. Den letzteren erscheinen daher die gesellschaftlichen Beziehungen ihrer Privatarbeiten als das, was sie sind, d.h. nicht als unmittelbar gesellschaftliche Verhältnisse der Personen in ihren Arbeiten selbst, sondern vielmehr als Verhältnisse der Sachen." (MEW 23, 87)

Der Begriff der Verdinglichung bezeichnet also nicht ein Bewusstseinsphänomen, sondern die so schwer zu ‚fassende' Realität sozio-ökonomischer Formgegenständlichkeit (wie Geld, Kapital etc.). Das Kapital gewinnt

> „mehr und mehr eine sachliche Gestalt, wird aus Verhältnis immer mehr Ding, aber Ding, das das gesellschaftliches Leben im Leib hat, (…) sich zu sich verhaltendes Ding, sinnlich-übersinnliches Wesen; und in dieser Form von Kapital und Profit erscheint es als fertige Voraussetzung auf der Oberfläche. *Es ist die Form seiner Wirklichkeit oder vielmehr seine wirkliche Existenzform.*" (MEW 26.3, 474; kvV.)

In der Warenform und dem sie konstituierenden Doppelcharakter der Arbeit zeigt sich ein „Gesellschaftszustand, worin der Zusammenhang der gesellschaftlichen Arbeit sich als *Privataustausch*" (MEW 32, 553) gegenständlich – real-dinglich – vermittelt. Menschliche soziale Beziehungen nehmen real die Bewegung von Sachen an, die als „sinnlich übersinnliche oder gesellschaftliche Dinge", die abstrakte und indirekte Form der Vergesellschaftung, ein „unter dinglicher Hülle verstecktes Verhältnis" (MEW 13, 21), konstituieren:

> „Die Gleichheit der menschlichen Arbeiten erhält die sachliche Form der gleichen Wertgegenständlichkeit der Arbeitsprodukte, das Maß der Verausgabung menschlicher Arbeitskraft durch ihre Zeitdauer erhält die Form der Wertgröße der Arbeitsprodukte, endlich die Verhältnisse der Produzenten, worin jene gesellschaftlichen Bestimmungen ihrer Arbeiten betätigt werden, erhalten die Form eines gesellschaftlichen Verhältnisses der Arbeitsprodukte." (MEW 23, 86)

6 Folgende Ausführungen entstammen zu einem Großteil aus meinem Aufsatz: Der Begriff der Verkehrung im Denken von Marx, in: Marx-Engels Jahrbuch 2008, wo einige der hier vorgetragenen Gedanken ausführlicher begründet werden.

7 Vgl. ebd., 71ff.

Die reale „Verdinglichung der gesellschaftlichen Verhältnisse, das unmittelbare Zusammenwachsen der stofflichen Produktionsweise mit ihrer geschichtlich-sozialen Bestimmtheit“ (MEW 25, 838), ist mithin kein Trug/Einbildung, sondern realer Schein:

> „Diejenigen, die die Verselbständigung des Wertes als bloße Abstraktion betrachten, vergessen, daß die Bewegung des industriellen Kapitals diese Abstraktion in actu ist. Der Wert durchläuft hier verschiedne Formen, verschiedne Bewegungen, in denen er sich erhält und zugleich verwertet, vergrößert.“ (MEW 24, 109)

Diese Real-Verdinglichung des Sozialen ist nun des Weiteren durch eine *Verselbstständigung* gekennzeichnet, die Marx als ‚Versubjektivierung der materiellen Grundlagen‘ bezeichnet. Hiermit ist die zweite Dimension der Verdinglichung angesprochen. In der Tradition des ökonomiekritisch gewendeten Entfremdungsbegriffs thematisiert Marx den Sachverhalt der Verselbstständigung der Verdinglichung: die Herrschaft des Kapital als ‚automatischen Subjekt‘: die in sich maß-, ziel- und „rastlose“ (MEW 23, 168) „Selbstverwertung“ (169) des Wertes als „Selbstzweck“ (167). Es ist dies die fundamentale „Verkehrung des Subjekts in das Objekt und umgekehrt“ (MEGA II/4, 62f.), die der reife Marx nicht mehr als Entfremdung von einem natürlichen Wesen des Menschen begreift, sondern als Beherrschung der Menschen durch *selbstgeschaffene*, aber *naturwüchsig* sich gestaltende soziale Verhältnisse entschlüsselt: die Herrschaft der Produktion über die Produzenten.

Eingedenk der zwei Dimensionen der Verdinglichung, dass sich die kapitalistischen Produktionsverhältnisse „[n]icht nur verselbständigen“, sondern sich auch „als unmittelbare Eigenschaften von Dingen“ (MEW 26.3, 503) darstellen, lässt sich nun der Marxsche Begriff des Fetischismus erläutern. Die erste Dimension der Verdinglichung ist des Fetischs ‚materielle Basis‘. Verdinglichung ist sinn-übersinnliche Erscheinung – Wertgegenständlichkeit – eines historisch spezifischen gesellschaftlichen Verhältnisses, Resultat einer besonderen Form der sozialen Vermittlung (von und durch Arbeit). Fetischismus bezeichnet hingegen das Phänomen des *notwendigen Verkennens* dieser relational-sozialen Eigenschaften als vermeintlich unmittelbare Substanz der Dinge.

Gegenüber einem ungenauen Gebrauch des Marxschen Fetischismustheorems ist darauf zu insistieren, dass dieses etwas überaus Spezifisches und zudem keineswegs Mysteriöses bezeichnet: die notwendige Erscheinung eines spezifischen Verhältnisses „zwischen Personen als Eigenschaft von Dingen“ (MEW 26.3, 498). Im Prozess der fortschreitenden Verdinglichung verschwinden die Verhältnisse und die Vermittlungen in der sozioökonomischen Gegenständlichkeit, die den Schein suggeriert, natürliches und trans-historisches Faktum zu sein. Mit dem Begriff des Fetischcharakters bezeichnet Marx die im Bewusstsein notwendig verkehrte Erscheinung eines sozialen Verhältnisses, welches sich als Eigenschaft von (herrschenden) Dingen darstellt:

> „man verwechselt die ökonomische Formbestimmtheit (…) mit einer dinglichen Eigenschaft; als ob Dinge, die an sich überhaupt nicht Kapital sind, sondern es nur in bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen werden, an sich und von Natur schon Kapital (…) sein könnten.“ (MEW 24, 162)

Wir haben es hierbei auf dem ersten Blick mit einer (erkenntnistheoretischen) Paradoxie zu tun: Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse werden von den Gesellschaftsmitgliedern so wahrgenommen wie sie „erscheinen“ (MEW 23, 87); nicht Trug/Einbildung, sondern „gesellschaftlich gültige, also objektive Gedankenformen“ (MEW 23, 90). Allerdings erscheint das ‚Wesen‘, d.h. der innere Zusammenhang der realen Verhältnisse, in diesen objektiven Gedankenformen anders als es ist: „Das Wesen der Erscheinung ist nicht die Erscheinung des Wesens.“[8] Der Fetischcharakter der kapitalistischen Produktionsweise ist ihr realer Schein, d.h. die notwendige Verkehrung des ‚Wesens’ in der Erscheinung. Er ist eine subjektiv-objektive Kategorie, die die notwendigen (subjektiven) Bewusstseinsformen einer bestimmten (objektiven) menschlichen Praxis thematisiert. Es handelt sich beim Fetischcharakter folglich nicht um ein mittels Aufklärung zu beseitigendes „willkürliches Reflexionsprodukt“ (MEW 23, 106), sondern um adäquate Gedankenformen einer falschen Gesellschaft bzw. einer Gesellschaft, die sich zwingend anders darstellt als sie ist, womit sich paradoxerweise die objektiv gültigen Gedankenformen sowohl als richtig als auch als falsch erweisen, weil sie zugleich notwendig das ‚Wesen‘ der Verhältnisse ‚verbergen‘ und doch deren Erscheinungen als unvermitteltverdinglichtes Resultat einer sozialen Praxis richtig wiedergeben.

Ein Beispiel kann das verdeutlichen: Das Geld wird zwar als das wahrgenommen, was es erscheinend ist – (dingliche) Erscheinungsform sachlicher Vermittlung indirekt gesellschaftlicher (Produktions-)Verhältnisse, d.h. ein Ding das den allgemeinen gesellschaftlichen Reichtum und die (Verfügungs-)Macht über diesen verkörpert. Verkannt wird dabei aber der dem Geld zu Grunde liegende gesellschaftliche Vermittlungsprozess, der im Geld dingliche Gestalt annimmt; es wird nicht gesehen, dass das Geld nicht als Ding der Reichtum selbst ist und seine Macht ihm nicht als Sache selbst zukommt, sondern als Verkörperung eines gesellschaftlichen Verhältnisses, welches sich gegenständlich (Wert in der Ware) vermitteln muss und von Gegenständen (Wertform der Ware: Geld) repräsentiert wird.

Der Grund dieser objektiv gültigen Verkehrungen, die in den Formen des Geldes, des Kapitals und des Zinses entwickelte Gestalt annehmen, ist die erläuterte spezifische Gesellschaftlichkeit der Arbeit in der kapitalistischen Produktionsweise. Die Funktionsweise des Fetischcharakters ist, dass die sozio-ökonomischen Formen der kapitalistischen Produktionsweise nicht als Ausdruck dieses historisch-spezifischen gesellschaftlichen Verhältnisses begriffen werden, sondern als Natureigenschaften von Gegenständen und ihrer vermeintlich natürlich-dinglichen Beziehungen erscheinen, und somit als unhistorisch-unabschaffbar gelten.

Der Fetischismus ist folglich eine spezifische Form der Ideologie[9], mit einem spezifischen Funktionsmodus und einer inhaltlich spezifischen Wirkung. Anders als andere Formen der Ideologie entspringt der Fetischismus spontan und notwendig der sich in sozio-ökonomischer Gegenständlichkeit verdinglichenden sozialen Verhältnisse und ihrer Praxis.[10] Mit dem Begriff der

8 Erckenbrecht, Ulrich: Das Geheimnis des Fetischismus. Grundmotive der Marxschen Erkenntniskritik, Frankfurt/Köln 1976, 28.

9 Vgl. zum Marxschen Ideologiebegriff Lenk, Kurt: Marx in der Wissenssoziologie. Studien zur Rezeption der Marxschen Ideologiekritik, Neuwies/Berlin 1972, 114ff.

10 „Die vorkapitalistische Ideologie ist unabhängig vom ökonomischen Fetischismus, und in der entfalteten Warenproduktion ist die Ideologie nur zum Teil eine Konsequenz des ökonomischen Fetischismus. Darüber hinaus bestehen weitere Unterschiede. Der ökonomische Fe-

Ideologie bezeichnet Marx, ganz knapp formuliert, allgemein ein verkehrtes Bewusstsein, welches sich über seine eigene historische und soziale Entstehung täuscht und sich als autonome Macht missversteht. Ideologie ist folglich ein Begriff, der Bewusstseinsformen (werksgeschichtlich bei Marx: Religion, Politizismus, idealistische Philosophie, ökonomischer Fetischismus) thematisiert und kritisiert, die nicht allein Erscheinung kapitalistischer Vergesellschaftung sind. Auf generellster Ebene behandelt der Marxsche Ideologiebegriff also die erkenntnistheoretische Grundfrage nach dem Verhältnis des Bewusstseins zum gesellschaftlichen Sein, die sich wissenssoziologisch als diejenige nach dem Zusammenhang von Denkformen und -inhalten und sozialer Realität erweist[11]; also wie lassen sich Gedankeninhalte und –formen historisch und sozial kontextualisieren (zum Beispiel die Frage nach dem Zusammenhang von gesellschaftlichen Naturverhältnissen und Formen religiösen Bewusstseins etc.). In diesem Kontext zielt die Marxsche Ideologiekritik auf Hypostasierungen philosophischer Abstraktionen und idealistischer Weltbilder, auf religiöses Bewusstsein und politische Herrschaftslegenden, indem ihre gesellschaftliche und geschichtliche Bedingtheit beleuchtet wird. Vorrangig in der ‚Deutschen Ideologie' ist diese Ideologiekritik an gesellschaftlich produzierten Illusionen zu finden.[12]

Doch zurück zum Fetischismus. Der Fetischismus wäre als reines Bewusstseinsphänomen indes falsch verstanden, da die fetischartige Wahrnehmung der sozialen Realität nun weder Zufall - notwendig falsch – noch Trug, sondern realer Schein – objektiv gültige Gedankenform - einer Vergesellschaftungsweise ist, die sich durch ihre spezifische Praxis selbst verschleiert. Die Basis der fetischistischen Verkehrung des Bewusstseins ist daher das verkehrte ‚Sein' selbst und dessen Praxisformen:

> „Die verdrehte Form, worin die wirkliche Verkehrung sich ausdrückt, findet sich natürlich reproduziert in den Vorstellungen der Agenten dieser Produktionsweise." (MEW 26.3, 445)

Der Fetisch ist folglich nicht Schein im Sinne von Trug/Einbildung, sondern Erscheinung des Wesens, welche die gesellschaftliche Praxis notwendig und systematisch von selbst erzeugt. *Die Dinge (Ware, Geld und ihre entwickelten Kapital-Formen) herrschen wirklich, zwar nicht als Dinge an sich, wohl aber als Objektivation eines gesellschaftlichen Verhältnisses (Real-Verdinglichung).* Mit anderen Worten: Da diese Wahrnehmung kein Zufall ist, sondern der Selbstmystifikation der sozialen Realität im Kapitalismus geschuldet ist, geht es der Fetischtheorie nicht nur um die falsche (bezüglich der Wesens- bzw. Seinsebene) und doch adäquate (bezüglich der Ebene der Erscheinung/realer Schein) Wahrnehmung dieser Realität, sondern um die verkehrte Konstitution der Wirklichkeit selbst.[13] Fetisch- und Verdinglichungskritik gehören folglich untrennbar zusammen.

Es ist die warenproduzierende Arbeit als spezifische Form der gesellschaftlichen *Vermittlung* im Kapitalismus, die zur Kritik steht. Sie nimmt nicht nur die verdinglichte Form quasi-autonomer Gegenstände an, deren vermeintlich natürlichen Eigenschaften und Bewegungsformen sich die Menschen als naturwüchsige Phänomene gleichsam zwangsläufig zu unterwerfen haben – ‚Sachzwang' –, sondern generiert ein abstraktes soziales Herrschaftsverhältnis, das als solches nicht offen erscheint und sich darstellt als „naturgemäß[e]", d.h. unabschaffbare Ordnung der Dinge und Verhältnisse „von Ewigkeit her" (MEW 25, 833). Es ist aber

> „nur das bestimmte gesellschaftliche Verhältnis selbst, welches hier für sie die phantasmagorische Form eines Verhältnisses von Dingen annimmt. (...). Dies nenne ich den Fetischismus, der den Arbeitsprodukten anklebt, sobald sie als Waren produziert werden und daher von der Warenproduktion unzertrennlich ist." (MEW 23, 86f.).

Die objektiv-gültige real-vermittelnde Sozialfunktion sozioökonomischer Formen ist nicht mehr als dinglicher Ausdruck eines historisch-spezifischen sozialen Verhältnisses erkennbar, da deren Bewegung sich in ihnen verdinglicht und still steht:

> „Die vermittelnde Bewegung verschwindet in ihrem eigenen Resultat und läßt keine Spur zurück" (1MEW 23, 107) – „alle Vermittlung" (MEW 26.3, 454) ist an der „Oberfläche" (445) „ausgelöscht" (MEW 26.3, 454).

Zusammenfassend gilt es nochmals folgende Sachverhalte auseinanderzuhalten: 1. Das Falsche und Richtige des Fetischismus bezieht sich auf zwei Ebenen ein und der derselben Sache: auf die Struktur kapitalistischer Vergesellschaftung in ihrer verdinglichten Gestalt, in der ihre Verhältnisse und Bewegungen als Resultat stillstehend erscheinen: dies gibt der Fetischismus richtig wieder, wenn er die ökonomischen Formen als real-herrschende ausgibt. Falsch ist dieses Bewusstsein, in dem diese ökonomischen Formen nicht mehr als verdinglichte gesellschaftliche Verhältnisse und Resultate menschlicher Praxis begriffen werden, sondern als transhistorisch und/oder natürliche Eigenschaften von Sachen selbst und somit als unabschaffbar/unverfügbar gelten. Falsch und Richtig zugleich ist das fetischistische Bewusstsein also in Bezug auf verschiedene Ebenen des Sozialen: es trifft die Ebene der Vermittlung der Gesellschaft durch die Bewegung von Sachen, verkennt aber deren Genesis aus spezifischen sozial-ökonomischen Verhältnissen. 2. Falsch ist daher im grundlegenden Sinne die Gesellschaft selbst und zwar in zweierlei Hinsicht: Zum Einen als Grund des notwendigen falschen Bewusstseins. Dieser soziale Grund kann zwar in seiner bloßen Faktizität nicht selbst falsch sein – wie ein Rechenfehler in einer mathematischen Gleichung –, wohl aber in Bezug auf das vom ihm generierte

---

tischismus besteht vorwiegend aus innerökonomischem Schein, die Ideologie aus inner- und außerökonomischem Schein. Der ökonomische Fetischismus entspringt im Produktionsprozeß, er ist ein unmittelbarer Bestandteil der entwickelten Warenproduktion (…). Die Ideologie ist vom Produktionsprozeß bedingt (…). ‚Ökonomischer Fetischcharakter' ist ein Basisbegriff mit Überbauaspekt, ‚Ideologie' ein Überbaubegriff mit Basisaspekt." Erckenbrecht: Das Geheimnis des Fetischismus, 109

11 Vgl. Ritsert, Jürgen: Ideologie. Theoreme und Probleme der Wissenssoziologie, 17ff.

12 Zu den Varianten des Marxschen Ideologiebegriffs und ihrem bleibenden Gehalt vgl. auch Bandelin, Sebastian: Wer sieht das, was wir nicht sehen? Überlegungen zum Subjekt der Ideologiekritik, in: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaften 165/2011.

13 Der Begriff der Verkehrung bezieht sich nicht auf ein unentfremdetes/natürliches Ideal. Er bezeichnet vielmehr den grundlegenden Sachverhalt der Verkehrung von Freiheit in Herrschaft, von Autonomie in Heteronomie; die Verkehrung menschlicher Potenzen/Vermögen in eine Macht, die ihre Produzenten unterdrückt. Vgl. ausführlich Wallat: Der Begriff der Verkehrung im Denken von Marx.

falsche Bewusstsein der Menschen. Dies kann als die empirische Falschheit der Erscheinung von Gesellschaft bezeichnet werden: Falsch ist die Gesellschaft, weil sie ihre wahren Strukturen – nicht zuletzt Klassenherrschaft und Ausbeutung – notwendig verschleiert. Zum Anderen ist die Gesellschaft aber auch moralisch falsch, weil sie systematisch die Freiheit ihrer zu Objekten degradierten Subjekte sabotiert. Diese sind nicht nur der Herrschaft des Kapitals unterworfen, sondern auch notwendig im Fetischismus befangen, der ihre Heteronomie sanktioniert. Eine Gesellschaft, die ihre Mitglieder ihren verselbständigten Formen unterwirft und sie gleichzeitig in ein notwendig falsches Bewusstsein sperrt, zerstört aber jene Autonomie, welche die Menschen als vernunftbegabte Wesen auszeichnet.[14] Sie ist unvernünftig, da sie die (kollektive und individuelle) Selbstbestimmung der Subjekte systematisch-strukturell verhindert und ihr Freiheitsvermögen in (abstrakte) Herrschaft (von Kapital und Staat) verkehrt.[15] Dieser Kritik an falscher Gesellschaft liegt der aufklärerische Begriff objektiver Vernunft zugrunde, die ansonsten nur Widersprüche konstatieren könnte, nicht aber wieso diese kritisiert und aufgehoben gehören. Nur wenn der Mensch als Selbstzweck gilt, wird einsichtig, wieso heteronome Praxis und falsches Bewusstseins überhaupt abzuschaffen sind. Ansonsten ließe sich sagen: ‚Was ist dabei, dass die Menschen nicht ihre sozialen Verhältnisse durchschauen? Wichtig ist, dass der Laden läuft und sich die Menschen in ihm zurecht finden! Das reicht, für mehr taugt ‚der Mensch' eh nicht!' Oder aber (systemtheoretisch): Das

> „Schöne und Große" besteht gerade „in diesem naturwüchsigen, von Wissen und Wollen der Individuen unabhängigen […] Zusammenhang" (MEW 42, 95),

der eine Dynamik und Differenzierung generiert, die nicht übertroffen und auch nicht vernünftig aufgehoben werden kann.

Formentwicklung

Marx' Kritik der politischen Ökonomie ist als Einheit von Form- und Fetischtheorie zu verstehen. Nicht nur das berühmte Kapitel zum Fetischcharakter der Ware, sondern die gesamten Bände des *Kapital* sind eine Einheit von Form- und Fetischtheorie.[16] Zielt die erste auf die Entzifferung der sozio-ökonomischen Gegenständlichkeit als Ausdruck eines sozialen Verhältnisses und seiner Praxis, so fokussiert die zweite die notwendige und doch verkehrte Erscheinung dieser im Alltagsbewusstsein und in der politischen Ökonomie. Es geht um die real-verdinglichten ökonomischen „Formen" (Ware, Geld, Kapital, Zins etc.) die in ihrer fetischistischen Unmittelbarkeit die „Kategorien der bürgerlichen Ökonomie" darstellen und „gesellschaftliche gültige, also objektive Gedankenformen" (MEW 23, 90) sind; nicht die ökonomischen Formen selbst sind objektive Gedankendinge, sondern deren fetischistische Wahrnehmung. Von der Analyse der Ware und der Wertform am Anfang des ersten Bandes des Kapitals bis zu den Ausführungen zur Trinitarischen Formel am Ende des dritten Bandes analysiert Marx die Entwicklung der verdinglichten ökonomischen Formen und der ihr korrespondierenden Fetische. Ein brutal verkürzter Abriss kann das verdeutlichen:

Auf den Warenfetisch (also dem Bewusstsein, das die soziale Eigenschaft der Ware, (Tausch-)Wert zu haben, als (natürliches) Wesen der Dinge auffasst, was bereits in der gegenständlichen Erscheinung des Wertes als Tauschwert angelegt ist),[17] folgt der Geldfetisch. Hier erscheint ein Gegenstand als unmittelbare Verkörperung des Reichtums an sich:

> „Daher die Magie des Geldes. Das bloß atomistische Verhalten der Menschen in ihrem gesellschaftlichen Produktionsprozeß und daher die von ihrer Kontrolle und ihrem bewußten individuellen Tun unabhängige, sachliche Gestalt ihrer eignen Produktionsverhältnisse erscheinen zunächst darin, daß ihre Arbeitsprodukte allgemein die Warenform annehmen. Das Rätsel des Geldfetischs ist daher nur das sichtbar gewordne, die Augen blendende Rätsel des Warenfetischs" (107f.).

Im Geldfetisch ist nicht mehr sichtbar, dass das Geld das notwendige Resultat des Doppelcharakters der Ware und der sie produzierenden Arbeit ist (Einheit von Gebrauchswert und Tauschwert; Privates, was sich gesellschaftlich darstellen muss). Bereits die Wertformanalyse ergründet das spezifische soziale Verhältnis, welches sich in den ökonomischen Formen gegenständlich ausdrückt und fetischisiert: Das Geld stellt ein „gesellschaftliches Produktionsverhältnis (...) in Form eines Naturdings von bestimmten Eigenschaften" (MEW 13, 22) dar, das dieses „sachlich verschleiert, statt (...) zu offenbaren" (MEW 23, 90). Dass das Geld, wie die Ware, Ausdruck eines sozialen Verhältnisses und seiner Praxis ist, geht verloren. Die Eigenschaften/Funktionen des Geldes als allgemeines Äquivalent – Reichtum als solcher – erscheinen nicht als Resultat einer sozialen Beziehung, sondern als dinglich-magische Eigenschaft einer Sache. Der Wert, der in den Waren als deren allgemeine Wertgegenständlichkeit neben ihrem besonderen Gebrauchswerten erscheint, gewinnt im Geld eine *„selbstständige* Gestalt":

> „Während die Waren Gebrauchswerte sind, die außerdem noch Wertgegenstände sind, soll das Geld, das den Waren gegenübertritt, ganz *unmittelbar* ‚Wertding' sein."[18]

Diese „verzauberte und verkehrte Welt", so Marx im Resümee seiner Kritik der politischen Ökonomie, „entwickelt" sich aber „noch viel weiter" (MEW 25, 835). Im Resultat: Geld wird als allgemeines und die Ware als besonderes Moment des sich selbst verwertenden Wertes bestimmt, der sich als „sich selbst bewegende Substanz" (MEW 23, 169) als Subjekt der Bewegung darstellt, die selbst als reine Selbstbezüglichkeit erscheint: Geld

14 Vgl. Zunke, Christine: Es gibt nur einen vernünftigen Grund, Freiheit gesellschaftlich verwirklichen zu wollen: Moral, in Ellmers, Sven/Elbe, Ingo (Hg.): Die Moral in der Kritik. Ethik als Grundlage und Gegenstand kritischer Gesellschaftstheorie, Würzburg 2011.

15 Der Begriff der Herrschaft und ihre kapitalistische Spezifik ist ein Thema für sich. Hier bezeichnet er ganz allgemein die Fremdbestimmung eines Willens durch wen oder was auch immer, um sich diesen für wen oder was auch immer dienstbar und zu nutzen zu machen.

16 Vgl. Brentel, Helmut: Soziale Form und ökonomisches Objekt. Studien zum Gegenstands- und Methodenverständnis der Kritik der politischen Ökonomie, Opladen 1989, 14f.

17 Vgl. Marx' Analyse der drei Eigentümlichkeiten der Äquivalentform MEW 23, 70-73.

18 Heinrich, Michael: Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung, Stuttgart 2004, 76

welches mehr Geld abwirft. Der Wert nimmt als Kapital die Form einer in sich kreisenden Spiralbewegung an, die als „geldheckendes Geld“ (170) auftritt. Die doppelte Verkehrung - die Verselbstständigung der sozialen Verhältnisse gegenüber den Individuen und ihre Selbstmystifikation - nimmt nun ihren Lauf, und ist der innere Kern der Marxschen formtheoretischen und fetischkritischen Darstellung der kapitalistischen Ökonomie. So zeigt sich auf der Ebene der unmittelbaren Produktion die „okkulte Qualität“ (169) des Wertes, Wert zu schaffen, darin, dass die „gesellschaftlichen Produktivkräfte“ der Arbeit und der Wissenschaft sowie ihre dynamische Entwicklung als „Eigenschaften“ und „Kräfte“ des „Kapitals“ (634) erscheinen, als „Produktivkraft, die das Kapital von Natur besitzt, als seine immanente Produktivkraft.“ (353)[19] Auch dies ist eine doppelte Verkehrung bzw. ein realer Schein: Es ist zwar nicht das Kapital selbst, sondern die von diesem ‚einverleibte‘ lebendige Arbeit, die die Produktionsmittel, die Arbeitsorganisation und die Wissenschaft entwickelt. Als solche „Potenzen des materiellen Produktionsprozesses“ stehen diese den Arbeitern aber tatsächlich „als fremdes Eigentum und sie beherrschende Macht“ (382) gegenüber: Das ist der Kapitalfetisch.

Der Schein, dass es das Kapital selbst ist, also ohne Ausbeutung der fremdbestimmten Lohnarbeitskraft, welche den Mehrwert hervorbringt, wird an der realen Oberfläche der kapitalistischen Produktionsweise immer undurchsichtiger. Die eigentliche Stätte der Mehrwertproduktion, der ausbeuterische Produktionsprozess, „erscheint“ in den verschlungenen Kreisläufen der Zirkulation und Produktion letzten Endes „nur als unvermeidliches Mittelglied, als notwendiges Übel zum Behuf des Geldmachens.“ (MEW 24, 62). In summa: Die

> „Verwandlung des Mehrwerts in Profit ist (...) durch den Zirkulationsprozeß wie durch den Produktionsprozeß bestimmt. Der Mehrwert, in der Form des Profits, wird nicht mehr auf den in Arbeit ausgelegten Kapitalteil, aus dem er entspringt, sondern auf das Gesamtkapital bezogen. Die Profitrate wird durch eigne Gesetze reguliert (...). All dies verhüllt mehr und mehr die wahre Natur des Mehrwerts (...). Noch mehr geschieht dies durch die Verwandlung des Profits in Durchschnittsprofit und der Werte in Produktionspreise, in die regulierenden Durchschnitte der Marktpreise. (...). Die Spaltung des Profits in Unternehmergewinn und Zins (...) vollendet die Verselbständigung des Mehrwerts, die Verknöcherung seiner Form gegen seine Substanz, sein Wesen.“ (MEW 25, 836f.)

Marx’ Ausführungen zur ‚trinitarischen Formel’, die die Erscheinungen an der Oberfläche der kapitalistischen Produktionsweise durch das ihr zu Grunde liegende Wesen vermittelnd als „verzauberte, verkehrte und auf den Kopf gestellte Welt“ (838) zu entlarven vermag, erweisen die Kritik der politischen Ökonomie somit auf allen Ebenen der Darstellung als Fetischkritik ökonomischer Gegenständlichkeit, deren bereits sich in der einfachen Wertform der Ware sich darstellendes, sich selbst mystifizierendes ‚Wesen’ im Zins „fertig“ wird:

> „Im zinstragenden Kapital ist (…) dieser automatische Fetisch rein herausgearbeitet, der sich selbst verwertende Wert, Geld heckendes Geld, und trägt es in dieser Form keine Narben seiner Entstehung mehr. Das gesellschaftliche Verhältnis ist vollendet als Verhältnis eines Dings, des Geldes, zu sich selbst.“ (405)

19 Siehe zum Kapitalfetisch bes. MEGA² II/4.1., 119-125.

Leistungen, Aktualität und Grenzen des Begriffs

Anders als mit dem älteren Begriff der Entfremdung zielt Marx mit dem Begriff der Verdinglichung nicht auf die (negativ wertende) Kontrastierung kapitalistischer Vergesellschaftung gegenüber einer fiktiven, unentfremdeten und ursprünglichen humanen Essenz, sondern thematisiert und problematisiert die soziale Vermittlung und die ihr innewohnende Dynamik kapitalistischer Vergesellschaftung. Dass jede Form der Vergesellschaftung der sozialen Vermittlung bedarf, ist, anders als immer wieder behauptet, für Marx eine Selbstverständlichkeit. Ohne Wenn und Aber begrüßt, ja bisweilen verherrlicht Marx den zivilisatorischen Fortschritt, welcher die abstrakte Vergesellschaftung und die dingliche Vermittlung des Sozialen gegenüber der stupiden „Bluturenge“ (MEW 42, 95) direkter Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnisse bedeutet. Allerdings betrachtet Marx die kapitalistische Form von Vergesellschaftung weder als natürliche und/oder einzig mögliche Form sozialen Seins noch als Ende der Fahnenstange menschlicher Emanzipation.

Marx schwebte so wenig ein Ideal unmittelbarer Vergesellschaftung vor wie er Vergegenständlichung mit Verdinglichung gleichsetzte. Er kritisierte nicht gesellschaftliche Vermittlung als solche, sondern die Form der Vermittlung in kapitalistischen Verhältnissen:

> „Auf der Grundlage der Tauschwerte wird die Arbeit erst durch den *Austausch* als allgemein gesetzt. Auf dieser [postkapitalistischen; d. Verf.] Grundlage wäre sie als solche gesetzt vor dem Austausch; d.h., der Austausch der Produkte wäre überhaupt nicht das *Medium*, wodurch die Teilnahme des einzelnen an der allgemeinen Produktion vermittelt würde. *Vermittlung muß natürlich stattfinden*.“ (MEW 42, 104; kvV.)

Die herrschaftskritische Analyse der Verselbstständigung sozialer Verhältnisse und ihrer klassenförmigen ökonomischen Reproduktion – Ausbeutung – ist das eigentliche, nach wie vor aktuelle Thema der Marxschen Theorie. Verdinglichung und Fetischismus sind hierbei zentrale ökonomie-, herrschafts- und erkenntniskritische Begriffe, die nicht von einem natürlichen, übergeschichtlichen Wesen des Menschen aus argumentieren, sondern sozial- und herrschaftstheoretisch motiviert sind.

Abschließend sollen kurz die Aktualität, aber auch die Grenzen der Fetischkritik skizziert werden[20]; es geht dabei nicht um Fragen der Textinterpretation oder der Werkgeschichte. Meine Intention ist es vielmehr, einen inflationären und unspezifischen Fetischbegriff zurückzuweisen: Nicht selten gewinnt man den Eindruck, dass der Marxsche Fetischbegriff selbst fetischisiert wird: ein magisches Zauberwort, das scheinbar alles erklären kann. Das tut es aber nicht, und man verdeckt mit dem Fetischbegriff häufig nur Probleme oder Unwissenheit. Ich plädiere daher dafür, den Fetischbegriff nicht zu überdehnen, da er sonst schwammig wird, und nicht mehr, sondern weniger erklärt. Ich werde zu zeigen versuchen, dass die Fetischtheorie ein zentraler Bestandteil der Kapitalismus- und Herrschaftskritik ist, nicht aber ein Universalschlüssel, mit dem alle Fragen gelöst, und alle sozio-politischen Phänomene erklärt werden können.

20 Teile des Folgenden sind abgedruckt in meinem Artikel: Marx über den Fetisch, in: ak. analyse & kritik. Zeitschrift für linke Debatte und Praxis 566/2011.

a) Das Phänomen des verkürzten bzw. fetischistischen Antikapitalismus, der derzeit sich ja wieder auf den Straßen finden lässt, wo Zinsen und Banken, Banker oder auch Politiker für die kapitalistische Krise verantwortlich gemacht werden, wäre als erstes zu nennen. Hier hat man genau das Phänomen des Fetischs: eine Kritik, die sich an den oberflächlichen Erscheinungsformen des Kapitalismus entzündet, an der besonders augenfälligen Verselbstständigung der Produktionsverhältnisse im Geld heckenden Wert des Finanzkapitals – etwa dem Zins, den Aktien, Börsenkursen oder der falschen Gegenüberstellung von (guten) Staat und (bösen) Markt; von Kapital ist zumeist gar nicht erst die Rede. Diese Phänomene der Verselbstständigung der Ökonomie werden aus ihrem kapitalistischen Gesamtkontext gerissen, in dem sie stehen. Sie werden nicht als Momente eines Zusammenhangs erkannt, sondern bloß als Auswüchse angeprangert, für die allein besonders gierige Menschen verantwortlich sind. Auch wenn es solche sicher gibt, und bestimmte Formen der Markt(de)regulierung natürlich auf bestimmte Formen der Politik zurückgehen, ist dies eben ein sehr verkürzter Antikapitalismus, der kritisiert gehört; nicht zuletzt weil im Hintergrund häufig urbürgerliche Leistungsideologie lauert: Hass auf arbeitsloses Einkommen, mühelosen Reichtum – "wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen", hieß es nicht nur in biblischen Zeiten. Das alles muss kritisiert werden, und kann auch mit der Fetischtheorie auf den Punkt gebracht werden. Trotzdem ist der verkürzte/fetischistische Antikapitalismus, der in vielen verschiedenen Formen auftreten kann, m.E. nicht so furchtbar schlimm, wie häufig von interessierter Seite behauptet. Ihn rundum ideologiekritisch zu verdammen, ist praktisch und theoretisch selbst verkürzt. Jede emanzipatorische Theorie und Praxis muss den blutigen Umschlag von Revolte in Ressentiment abwehren und den verkürzten Antikapitalismus aufklären und bekämpfen. Ihn zum Grund der Absage an jede Praxis zu machen, ist aber verkehrt. Verkürzter/fetischistischer Antikapitalismus kann sowohl der Anfang in weitergehende Einsichten, als auch durch und durch reaktionär sein. Er ist aber selbst dann nicht, wenn er sich nach Widerwärtigkeiten wie Nation, starken Staat, autoritärer Führung oder einfach nur nach der vermeintlichen Idylle des Landlebens zurücksehnt mit Antisemitismus *gleichzusetzen*.[21]

b) Dem Antisemitismus kann ein verkürzter Antikapitalismus innewohnen, aber er ist viel mehr und viel gefährlicher als dieser, der selbst antisemitisch motiviert sein kann, keineswegs aber sein muss. Beim Antisemitismus handelt es sich um eine geschlossene, wahnhafte Weltanschauung, die, um es deutlich zu machen, nicht bloß gegen Banken und besonders üble Charaktermasken des Kapitals wettert, sondern die Vernichtung der Juden als Prinzip des Bösen will – für mich ein qualitativer Unterschied: den verkürzten/fetischistischen Antikapitalismus als Antisemitismus zu bezeichnen, wird erstem nicht gerecht, und verharmlost letzteren. Da der moderne Antisemitismus zweifelsohne eine Frucht der kapitalistischen Gesellschaft ist, kann die Fetischtheorie aber auch hier etwas zur Erklärung beitragen. Ganz verkürzt: Die Juden repersonalisieren die anonyme, unpersönliche Herrschaft des Kapitals: die verdinglichte Macht der Verhältnisse wird wieder greifbar, die Juden werden für ihre Folgen persönlich haftbar gemacht. Die undurchschauten Verhältnisse werden personalisiert, und Momente des Kapitals universalisiert: etwa der Zins, dessen Fetisch der Antisemitismus frönt, indem er ihn als jüdische Geldgier ausgibt. Doch dies sind nur Momente des Antisemitismus. Und hier ist die Grenze der Fetischtheorie zu benennen. Es kommt die Kulturgeschichte ins Spiel – wieso eigentlich Juden? -, und weitere Aspekte des Antisemitismus, die nichts mit dem verkürzten/fetischistischen Antikapitalismus zu tun haben. Ferner die (Sozial-)Psychologie des Antisemitismus, wo die Fetischtheorie nichts mehr zu bieten hat. Der antisemitische Vernichtungswahn, die völkische Paranoia, lassen sich nicht aus dem Fetischcharakter des Kapitalismus ableiten. Nur im Kontext vieler Vermittlungsschritte kann die Fetischtheorie auch etwas zur Erklärung des Antisemitismus beitragen: er kann auf die fetischisierte Wahrnehmung der sozio-ökonomischen Formen zurückbezogen werden, er entspringt diesen Formen aber nicht notwendig und spontan. Sein (Bewusstseins-)Inhalt (der Jude als Prinzip des Bösen) ist nicht notwendige Erscheinung der ökonomischen Formen. Dass die Macht des Kapitals als Macht der Juden ausgegeben wird, entspringt nicht dem Kapitalfetisch an sich, sondern stellt dessen Personifizierung dar. Der Antisemitismus ist keine objektive gültige und notwendige Gedankenform wie der ökonomische Fetisch – mit Geld hantieren muss auch der Fetischkritiker, Antisemit im gleichen zwingenden Sinne muss aber niemand sein –, sondern eine Ideologie und Praxis der Gewalt, die in der Tat auf dem Fetisch aufbauen kann. Nochmals: Dass die Juden hinter allem stecken, entspringt keiner ökonomischen Form als solcher. Zugespitzt: Die antisemitische „Personifizierung und Biologisierung der Verdinglichung“[22] ist eine Regression, die den Realitätsgehalt – das wahre Moment – des Fetischs einkassiert: dass es wirklich verselbstständigte soziale Strukturen sind, die herrschen und in denen fraglos geherrscht wird, nicht aber allmächtige Personen alles bewusst lenken.[23]

c) Der ökonomische Fetischismus steht zudem mit zentralen politisch-rechtlichen Ideologien in einem engen Zusammenhang, die aus ihm aber nicht abgeleitet werden können: In Bezug auf politisch-rechtliche Formationen wie Staat, Recht und Nation

21 Vgl. die treffenden Ausführungen zum Unsinn, fetischistischen Antikapitalismus als strukturellen Antisemitismus (selbst schon eine zweifelhafte Kategorie) auszugeben bei Hanloser, Gerhard: Attac, Globalisierungskritik und ‚struktureller Antisemitismus‘, in: Grundrisse. Zeitschrift für linke Theorie & Debatte 13/2005.

22 Schmieder, Falko: Ludwig Feuerbach und der Eingang der klassischen Fotografie. Zum Verhältnis von anthropologischem und Historischem Materialismus, Berlin/Wien 2004, S. 414. Schmieder bringt vergleichbare Argumente gegen die Beschreibung des Antisemitismus als Fetischismus vor: „jetzt handelt es sich nicht mehr lediglich darum, daß gesellschaftliche Verhältnisse als Natureigenschaften von Dingen, sondern darum, daß sie als Machenschaften und Entäußerungen einer ‚Gegenrasse‘ erscheinen.“ Und weiter: „Offenkundig sind mit dem Sozialdarwinismus und den Rassentheorien Anschauungsformen bezeichnet, die sich nicht in gerader Linie aus den ökonomischen Kategorien ableiten lassen.“

23 Detlev Claussen beschreibt das Neue und Gefährliche am Antisemitismus als konformistische Pseudo-Kritik, die sich als Praxis der Gewalt zu erkennen gibt: „Die bürgerliche Gesellschaft wurde von den Antisemiten weder apologetisch als Reich der Freiheit verklärt noch kritisch als verschleierte Klassenherrschaft begriffen, sondern als eine heimlich von Juden beherrschte dargestellt. Die Verkehrung von Aufklärung als Kombination von Enthüllung unterdrückter Wahrheit und Versprechen auf Gewalt machte den tabubrecherischen Reiz des primären Antisemitismus aus. […]. Die antisemitische Apologie gilt nicht der Gesellschaft, sondern der eigenen Gewalttätigkeit.“ Claussen, Detlev: Grenzen der Aufklärung. Die gesellschaftliche Genese des modernen Antisemitismus, erw. Neuausgabe Frankfurt/M 2005, XXV.

haben wir es ebenfalls mit notwendig-falschen Bewusstseinsformen und –inhalten zu tun, die ein Fundament in den herrschenden Verhältnissen und ihrer Praxis haben: Der Staat scheint das Allgemeine zu verkörpern, das gleichsam neutral über der Gesellschaft steht und diejenige Instanz darstellt, die nicht die politische Seite des Kapitals, sondern sein Bändiger ist; er bringe jene gute Sittlichkeit hervor, die vom bösen Markt sabotiert werde. Zudem erscheint seine – wenn überhaupt thematisierte – Gewalt als legitim und gut, da sie schlechte Natur der Menschen breche, die ohne ihn in Mord und Totschlag versinken würden.[24] Diese Ideologie ist insofern richtig, als dass der moderne Staat nicht einfach ein Instrument der Herrschenden ist und die ökonomischen Verhältnisse selbstredend politisch reguliert werden. Falsch ist dieses Bewusstsein aber gleich in mehrerlei Hinsicht: Der Staat steht zwar über den Klassen und Individuen – daher seine ideologische Allgemeinheit –, nicht aber über der kapitalistischen Akkumulation und der Privateigentumsordnung, welche er vielmehr organisiert und von deren Geldquelle er materiell abhängig ist. Er ist nicht der Gegenpart der kapitalistischen ‚Ökonomie', sondern ihr spezifischer politischer Ausdruck, der die Klassenherrschaft des Privateigentums durch seine vermeintliche Neutralität hindurch reproduziert; zudem wird nicht erkannt, dass es der Staat selbst ist, der jene kapitalistische Eigentums- und Konkurrenzordnung sanktioniert, die den Grund für allerlei ‚Kriminalität' darstellt. Die Mystifikation der Klassenneutralität des Staates ist vergleichbar mit der Lohnmystifikation (vgl. MEW 23, 562), die, da alle Arbeit als bezahlt erscheint, die Ausbeutung verschwinden lässt: Weil Klassenherrschaft und Ausbeutung (über Privateigentum, Recht und Markt) vermittelt (durch Freiheit und Gleichheit hindurch) funktionieren, werden sie gar nicht mehr als existent wahrgenommen.
Beim Recht treffen wir vergleichbare ideologische Phänomene an, die im engsten Zusammenhang mit der Warenform stehen. Der freie und gleiche (zwanglose) Warentausch bedarf reziproker Willens- und Anerkennungsverhältnisse, die im Recht sanktioniert werden:

> „Um diese Dinge als Waren aufeinander zu beziehn, müssen die Warenhüter sich als Personen verhalten, deren Willen in jenen Dingen haust (…). Sie müssen sich daher wechselseitig als Privateigentümer anerkennen. Dies Rechtsverhältnis (…) ist ein Willensverhältnis, worin sich das ökonomische Verhältnis widerspiegelt. Der Inhalt dieses Rechts- oder Willensverhältnis ist durch das ökonomische Verhältnis selbst gegeben." (MEW 23, 99; vgl. MEW 42 166-174)

Die Wert- und Rechtsform vermitteln dabei den sozialen Doppelcharakter von Arbeit/Ware und bürgerlichem Subjekt, indem sie deren prekäre Einheit von Allgemeinem und Besonderem, Gesellschaftlichem und Privatem herstellen. Sie homogenisieren das Besondere und Ungleiche, indem sie es qua realer Abstraktion (ver)gleich(bar) machen: In der Wertform sind die verschiedenen privaten Arbeitsprodukte qualitativ so identisch und austauschbar, wie die besonderen Privatindividuen als Rechtssubjekte im allgemeinen Gesetz frei und gleich sind. Wert- und Rechtsform sind folglich diejenigen sozialen Vermittlungsformen, in denen sich die Widersprüche der der kapitalistischen Gesellschaft adäquat zu bewegen vermögen. Sie stellen eine äußerliche soziale Einheit zwischen den Getrennten und Verschiedenen her, die zugleich ihre herrschaftsförmige Differenz ermöglicht und bewahrt. Das freie und gleiche Rechtssubjekt erscheint (fälschlicherweise) dabei zum einen von Natur aus zu existieren und zum anderen sich jenseits von Gewalt und Herrschaft zu bewegen. Die Gewalt, die hinter dem Recht steht, verschwindet genauso wie die Tatsache, dass die rechtliche Freiheit und Gleichheit auf sozio-ökonomischer Ungleichheit und Unfreiheit basiert bzw. deren Vermittlungsform darstellt. Recht erzeugt den realen Schein der Gewalt- und Herrschaftsfreiheit, der seinen (durchaus nicht verachtenswerten) Grund im Prinzip der abstrakten rechtlichen Freiheit und Gleichheit hat.
Ähnliches ließe sich auch bezüglich der Nation konstatieren: Der Staat als Nation erscheint nicht als historisch gewordenes, homogenisiertes und konkurrierendes Gewaltverhältnis, sondern als natürliche und/oder kulturelle Schicksalsgemeinschaft, in der der Einzelne, ob er will oder nicht, tatsächlich eingesperrt ist. Staat und Nation als historisch gewordene Herrschafts- und Gewaltverhältnisse erscheinen als natürliche Voraussetzungen zur Reproduktion der eigenen Existenz. Sie stellen jene aggressive Pseudo-Allgemeinheit dar, die den Klassenantagonismus verdeckt – ‚wir sitzen alle im selben Boot' – und die Handlungsbedingungen der Konkurrenzsubjekte ganz wesentlich mitbestimmt, denen es daher strukturell nahe gelegt ist, sich auf Staat und Nation affirmativ zu beziehen.
Ob diese politisch-rechtlichen Ideologien als (politische) Fetische bezeichnet werden können, lasse ich dahingestellt; direkt aus dem ökonomischen Fetisch entspringen sie nicht. Kurzum: Der ökonomische Fetischismus ist ein Moment im Universum kapitalistischer Herrschaft, das zentralen Aspekten ideologisch-falschen Bewusstseins zu Grunde liegt, die aber nicht aus ihm deduziert werden können. Das ist nicht wenig, aber auch nicht alles: Wenn man den Fetischismus nicht zum Universalschlüssel zur Erklärung aller Phänomene des Kapitalismus stilisiert, ist er bleibender Bestandteil einer kritischen Theorie kapitalistischer Herrschaft und ihrer Bewusstseinsformen.

Hendrik Wallat hat am 26. Juni 2012 in Bremen eine Einführung zum Fetischbegriff in der Marxschen Theorie gegeben.
Siehe:
http://associazione.wordpress.com/2012/05/07/hendrik-wallat-einfuhrung-in-den-fetischbegriff-der-marxschen-theorie/
http://www.rosa-luxemburg.info/veranstaltung/2012/ein-fuhrung-in-den-fetischbegriff-der-marxschen-theorie/

24 Dies sind nur allgemeinste Hinweise, keine Analyse des Zusammenhangs von Waren- und Rechtsform. Vgl. hierzu Buckel, Sonja: Subjektivierung und Kohäsion. Zur Rekonstruktion einer materialistischen Theorie des Rechts, Weilerswist 2007.

Antifaschistischer Frauenblock Leipzig (AFBL):

Das strukturelle Patriarchat

Es geht uns um die Frage nach dem gegenwärtigen gesellschaftlichen Geschlechterverhältnis und wie es am besten beschrieben und benannt werden kann. Entsprechend wird im Folgenden der Versuch unternommen einen systematischen Begriff zu skizzieren, der Funktions- und Strukturmechanismen des gegenwärtigen Geschlechterverhältnisses in den Fokus nehmen kann: das strukturelle Patriarchat. Dieser Begriff wird in Aufnahme und Kritik insbesondere des Konzeptes der heteronormativen Matrix, wie Judith Butler es 1990 einführte, konturiert. Daher wird die Frage, was unter dem strukturellen Patriarchat zu verstehen ist, auch erst an eine Skizze des Konzeptes von Butler anschließend genauer aufgenommen. Aber schon mal vorweg: wir denken, dass der Begriff des strukturellen Patriarchats wichtige Kritikpunkte am Geschlechterverhältnisses aufnehmen kann, die in dem Konzept der heteronormativen Matrix in den Hintergrund getreten sind.

Zu den Anfängen

Am Beginn des 20. Jahrhunderts wurde die direkte Ungleichstellung und damit einhergehende Abwertung von Frauen durch Männer als Patriarchat bezeichnet. Insbesondere in der Ersten Frauenbewegung wurde der Patriarch zum Stellvertreter machtvoller Männer insgesamt, und die primäre Kritik richtete sich auf die sexuelle Verfügungsgewalt von Männern über Frauen. In der Zweiten Frauenbewegung in den ausgehenden 1960er Jahren wurde der Begriff Patriarchat ein zentraler Kampfbegriff. Dieser diente der Zweiten Frauenbewegung, oder zumindest Teilen derselben, zur Politisierung bestehender Geschlechterverhältnisse, er eröffnete die Möglichkeit der Kritik an den vorherrschenden Rollenbildern von Mann und Frau: Unter Patriarchat wurde nicht nur die Herrschaft von Männern über Frauen verstanden, sondern auch die klare Verteilung gesellschaftlicher Aufgaben und Ressourcen bezeichnet. Männer wurden danach – im materialistischen Sprachgebrauch der ausgehenden 1960er Jahre – mit der 'Produktionssphäre' identifiziert und Frauen mit der 'Reproduktionssphäre'. Der Begriff wurde so zu einem Analyse-Begriff für die gesellschaftlichen Verhältnisse insgesamt. Kritisiert wurde, dass Männer gesellschaftlichen Normvorstellungen gemäß in der Öffentlichkeit – eben der Produktionssphäre – und Frauen dagegen in der Privatheit – der Reproduktionssphäre – situiert wurden und werden. Der Ansatz der Kritik der Zweiten Frauenbewegung ist diese Sphärentrennung mit den entsprechenden Zuschreibungen. Zugespitzt verdeutlicht sich das an dem bekannten Leitspruch: „Das Private ist politisch." Oder anders ausgedrückt: Herrschaftsverhältnisse machen nicht an der Haustür halt. Dieser Anspruch richtete sich gegen die Nebenwiderspruchsrhetorik der Genossen, die den Kampf gegen Herrschaft – wie erwähnt, in der Sprache der ausgehenden 1960er Jahre – mit dem Arbeiterkampf gleichsetzten und Kritik am Sexismus völlig vernachlässigten. Mit dem Begriff Patriarchat sollte der Blick dafür geöffnet werden, dass nicht nur das Klassenverhältnis ein Problem ist und zudem die Unterdrückung 'der Frau' meist im Privaten stattfindet, also nicht direkt mit einer Kritik am Kapitalismus erfasst wird. Zentrales Anliegen war es, deutlich zu machen, dass die Diskriminierung von Frauen kein 'Nebenwiderspruch' kapitalistischer Vergesellschaftung ist, der sich mit der Revolution schon auflösen werde, sondern eine spezifische Unterdrückung. Diese Unterdrückung ist eben eng an die Trennung von öffentlich und privat gekoppelt und dabei wesentliches Struktur- und Funktionsmerkmal der gegenwärtigen Gesellschaft.

Patriarchat wurde in verschiedenen Bereichen für die politischen Forderungen der Zweiten Frauenbewegung als Kampfbegriff in Anschlag gebracht: Im juristischen war die Forderung nach voller Gleichberechtigung zentral, aber auch der Kampf um die Abschaffung des § 218. Die Familienordnung stand im Zentrum der Kritik. Frauen sollten nicht mehr allein für die Kindererziehung verantwortlich gemacht werden. Und außerdem – fundamentaler – richtete sich diese Kritik gegen die Kontrolle des Körpers und des Eigentums der (Ehe)Frauen von den Ehemännern insgesamt und gegen Gewalt gegen Frauen im weiteren Sinne. Im kulturell-philosophischen Bereich entstanden die Frauenforschung und feministische Theorien, die am Patriarchatsbegriff ansetzten und diesen erweiterten, zum Beispiel in der Kritik am Androzentrismus, nach dem Männer gesellschaftlich als Norm und Frauen als das (defizitäre) Andere vorgestellt werden. Aber auch die Suche nach dem 'genuin Weiblichen' und dem 'Matriarchat' als die bessere Alternative zur 'männlichen Ordnung' war hier präsent. Gerade an der Kritik der letztgenannten Suche setzte die Queer-Theorie – unter anderem – an und stellte ein vermeintlich eindeutiges weibliches Wesen fundamental in Frage.

Wider die Eindeutigkeit: ja...

In der queeren Theoriebildung ist Judith Butler eine der exponierten Vertreter_innen, die 1990 mit dem „Unbehagen der Geschlechter" eine Fundamentalkritik an identitätsfeministischen Positionen formulierte. Sie erweiterte den Radius und kritisierte die Vorstellung eines festen einheitlichen (bürgerlichen) Subjektes insgesamt. Butler geht damit über die Forderung der Anerkennung als politisches Subjekt hinaus. Sie beschäftigt sich mit der Herstellung von Identität und stellt in Frage, ob eine Person überhaupt eine eindeutige feste Identität hat. Entsprechend lehnt sie die Vorstellung eines universellen Patriarchats ab und analysiert die Herstellung der Geschlechtsidentitäten von Mann und Frau vermittels der heteronormativen Matrix. Allgemein wird von Butler eine kulturelle Matrix angenommen, die sich sozio-historisch verändern und verschiedene Machtverhältnisse bündeln kann. Das gegenwärtige herrschende Bild ist jedoch die zweigeschlechtliche hierarchische Ordnung von Mann und Frau. Der wesentliche Ausdruck dieser Ordnung ist die Hete-

rosexualität als gesellschaftliche Norm. In der entsprechenden Binarität werden verschiedene alltägliche Verhaltensweisen als mehr oder weniger eindeutig männlich oder weiblich verstanden, wobei männliche Eigenschaften häufig höher gewertet werden als weibliche. Dadurch ist die kulturelle Matrix im Speziellen als heteronormative Matrix aufzufassen, die das Geschlechterverhältnis strukturiert.[1]

Die heteronormative Matrix ist bei Butler die Struktur, durch die Geschlechtsidentität (gender), Körper (body) und Begehren (desire) geformt und fixiert werden. Butler fasst die Geschlechter nicht als natürlich auf, sondern als diskursiv konstruiert.

Das Zusammenspiel der Vorstellungen von einer festen Geschlechtsidentität, einem biologisch fixierten Körper und dem zugehörigen (sexuellen) Begehren formiere sich in der Matrix. Im gesellschaftlichen Zusammenhang werde dies aber (fälschlicher Weise) als natürlich aufgefasst. So werde als Grundlage der Zwangsheterosexualität das Ideal der Reproduktion als Ziel oder vermeintlich natürliche Funktion der Sexualität begriffen. Die Geschlechter werden laut Butler dadurch sinnvoll, dass die Verbindungen von Geschlechtsidentität, Körper und Begehren vermeintlich eindeutig sind.[2] Dies lässt sich wie folgt zusammenfassen: Frauen haben eine Vagina, Männer einen Penis, daher begehren Männer Frauen und Frauen Männer und es gehört auch ein Selbst- und Fremdbild einer Frau als Frau und eines Mannes als Mann dazu. In diesen Vorstellungen würden eine Naturalisierung vom biologischen Geschlecht, eine Verbindung und Fixierung zur kulturell konstituierten Geschlechtsidentität und eine Essentialisierung der Begehrensstrukturen vorgenommen, die unhinterfragt im gesellschaftlichen Zusammenhang verständlich sei. Die gesellschaftliche Verständlichkeit von Geschlecht rekurriert damit auf einen vermeintlich vordiskursiven Grund eines natürlichen Geschlechtes. Dagegen setzt Butler, dass die Vorstellungen der biologischen Geschlechter diskursiv geformt und eben kein Ausdruck der Natur sind.[3]

Die Geschlechtsidentitäten werden nach Butler durch ständige Repetitionen (Wiederholungen) hergestellt und sind eben nicht fix. Dadurch, dass für Butler die Grenzen der als fest gedachten Geschlechtsidentitäten durch individuelle Wiederholung also je eigene Taten gezogen werden, lassen sich diese Grenzen ihrer Meinung nach auch aufweichen. Die Geschlechtsidentitäten beruhten auf ständigen Imitationen, im Versuch einem Ideal der Frau oder des Mannes zu entsprechen. Sie sind danach nicht fertig, sondern müssen beständig wiederholt werden und können dem Ideal nie entsprechen. Und so könnten sie auch bewusst und überzeichnet imitiert und damit vielleicht verschoben werden. Butler sieht entsprechend die kritische Aufgabe darin, „die subversiven Möglichkeiten von Sexualität und Identität im Rahmen der Macht selbst zu überdenken".[4] Hier müsse aber die Voraussetzung gegeben sein, dass die Herrschaftsverhältnisse nicht unkritisch reproduziert werden. D. h. die je eigene Zurichtung durch und Teilhabe am hegemonialen Diskurs muss kritisch reflektiert werden. Dann könne nach Butler die Möglichkeit entstehen, die in dem Bereich der Geschlechtsidentitäten geltenden Gesetze zu verschieben und aufzuweichen. Von der Kategorie der Identität ausgehend kritisiert Butler damit die Geschlechtsidentitäten Mann und Frau überhaupt. Sie denaturalisiert diese Vorstellung, stellt deren Konstruiertheit und die aus dieser Vorstellung resultierenden Asymmetrien ins Zentrum ihrer Kritik. Sie will die Destabilisierung der vermeintlich eindeutigen Geschlechtsidentitäten vorantreiben. Eben dieses Konzept der heteronormativen Matrix – in verschiedenen Erweiterungen – und ihrer Kritik ist es, das in den letzten zwei Jahrzehnten in vielen Bereichen (queer-)feministischer Theoriebildung den Begriff des Patriarchats abgelöst hat. Darin gründen verschiedene Implikationen, von denen viele wichtig waren und sind, die aber auch Probleme aufwerfen.

...aber die Alltagsfragen

Um die Implikationen, die mit der Transformation des Sprechens über das Geschlechterverhältnis einhergehen, einordnen zu können, ist eine grobe Einschätzung der gegenwärtigen Situation – auch in Aufnahme und Abgrenzung zu Forderungen der Ersten und Zweiten Frauenbewegung – sinnvoll. Vieles von dem, wofür in diesen gekämpft wurde, ist durchgesetzt: Frauen haben mittlerweile eine Rechtssubjektivität, was sich auch als Erfolg der Frauenbewegungen beschreiben ließe und Diskriminierung aufgrund des Geschlechts sind zumindest gesetzlich verboten, was sich ja auch zunehmend institutionell durchsetzt, z. B. im Gender-Mainstreaming. Kurz zusammengefasst gibt es vor dem Gesetz eine annähernde Gleichberechtigung (zumindest in Teilen der Welt).

Aber eine solche juristische Anerkennung hebt die gesellschaftlich reproduzierten Hierarchien zwischen den Geschlechtern nicht auf. Frauen sind noch immer die Hauptbetroffenen von sexueller und sexualisierter Gewalt. Es bestehen auch weiterhin Asymmetrien zu Ungunsten der Frauen, insbesondere im ökonomischen Bereich. Auch die Trennung von Reproduktions- und Produktionssphäre wird noch immer mit spezifischen Geschlechterbildern assoziiert und handelnd gelebt. Auch wenn sich hier die ehedem eindeutigen geschlechtlichen Zuweisungen aufweichen, lässt sich im Gros eine Hierarchie aufzeigen: Frauen werden auch gegenwärtig noch als primär für Haushalt, Familie, Emotionen und dergleichen mehr verantwortlich gedacht, gleichzeitig werden diese Bereiche noch immer als Untergeordnete angesehen. Wenn Frauen in der Produktionssphäre tätig sind, dann häufig doch noch in prekäreren Positionen als Männer. Entsprechend gibt es auf einer vermittelten Ebene diverse geschlechtlich konnotierte Zuschreibungen von Attributen, die ebenfalls unterschiedlicher Bewertung unterliegen: Fürsorglichkeit und Emotionalität werden Frauen zugesprochen und Durchsetzungsvermögen Männern. Wenn man sich nicht seiner zugeschriebenen Geschlechterrolle gemäß verhält folgen häufig sogar Sanktionen: von verbalen Attacken bis zu knallhartem Ausschluss aus der Zusammenarbeit. Das Gleiche und in gleicher Intensität gilt auch für linke Kreise, die auch nur Teil der Gesellschaft sind.

Kurz zusammengefasst: patriarchale Verhältnisse heißt für uns, dass dem aktuellen Geschlechterverhältnis ein Machtgefälle eingeschrieben ist, das sich auf verschiedenen Ebenen zeigt: in konkreter Entmachtung und Diskriminierung von Frauen, aber auch in unterschiedlichen Chancen auf Zugang zu gesellschaft-

1 Vgl. hierzu: Judith Butler, Das Unbehagen der Geschlechter, Frankfurt a. M. 2007. Vor allem: Anm. 6, 219 f.

2 Vgl. u. a. ebd., 39.

3 So wird die Vorstellung z. B. der Geschlechtsorgane durch einen medizinischen Diskurs geformt. Die Trennung von natürlichem Geschlecht und Geschlechtsidentität ist damit ein Schein, der die kulturelle Produktion des anatomischen Geschlechtes verdeckt. Die Zweigeschlechtlichkeit ist damit aber genauso gesellschaftlich produziert. Dem binären Geschlechterverhältnis wird so das naturalisierte Fundament entzogen.

4 Ebd., 57.

lichen Ressourcen. Dies schlägt sich klar in Lohndifferenzen und ähnlichem nieder. Und auf der anderen Seite etabliert sich zunehmend ein Diskurs, der behauptet, es gäbe in der deutschen Gesellschaft weder Sexismus noch Benachteiligung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts.

Ambivalenzen der Mehrdeutigkeit

Wegen dieser Einschätzung muss der Begriff Patriarchat für die Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse aktualisiert werden. Hierarchisierungen und Diskriminierungen lassen sich verstärkt in den jeweiligen Zuschreibungen verorten. Direkte Diskriminierungen gibt es zwar noch, aber in einem veränderten gesellschaftlichen Zusammenhang. Die strukturellen Ungleichheiten treten in diesem stärker in den Vordergrund und können nicht unmittelbar mit einem Begriff erfasst werden, der noch immer den Bedeutungsgehalt der direkten Herrschaft von Männern über Frauen mittträgt. Wer Patriarchat sagt, der oder dem wird unterstellt, zu essentialisieren und zu naturalisieren. D. h. einerseits anzunehmen, Frauen und Männer hätten eine 'Essenz' oder einen 'Wesenskern', der sie dem jeweils einen Geschlecht eindeutig zuordnet und damit andererseits das Geschlechterverhältnis nicht als sozialen Prozess anzuerkennen, sondern als überzeitliche Unterdrückung von Frauen durch Männer.
Es hat Strömungen gegeben haben, die Frauen und Männer als homogene Gruppe konstruieren wollten, für die klar war: der Mann ist der Täter, also das Böse und die Frau ist das Opfer, also das Gute. Das sei das universale, immer und überall geltende Geschlechterverhältnis. Gegen diese identitätsfeministische Vorstellung führen wir allein zwei Hauptargumente an: 1. gibt es weder die Frau noch den Mann, damit würde eine Binarität festgeschrieben, die das Geschlechterverhältnis zu stark vereinfacht und die so nicht zwangsläufig besteht. Wenn danach gefragt wird, was die Frau eigentlich ist, landet man wirklich schnell bei einer (konstruierten!) Essenz der Frau oder des Mannes, oder man tappt in die Biologie-Falle, in der über die Geschlechtsorgane der vermeintlich eindeutige Beweis der Zugehörigkeit zu einem der Geschlechter erbracht sei. 2. Werden Frauen damit wieder in einer passiven Rolle festgeschrieben, was aber grade durchbrochen werden soll. Sowohl Männer als auch Frauen wirken bei der Gestaltung ihrer eigenen Geschlechtsidentität und damit auch der des Geschlechterverhältnisses mit, reproduzieren ihre Rollen und Zuschreibungen. Mit Butler ist auch die Betonung der sozialen Herstellung von Geschlecht zu betonen: wie schon Beauvoir sagte: „Man kommt nicht als Frau zur Welt, man wird es.“ [5]
Trotz dieser und anderer Übereinstimmungen mit Butlers Kritik sehen wir das Problem, dass der Begriff der heteronormativen Matrix an einigen Punkten sehr weitläufig ist und damit in der Gefahr steht, an Analyseschärfe zu verlieren: Der Begriff 'Matrix' soll ausdrücken, dass es viele verschiedene Machtverhältnisse gibt, die sich überlagern und durchkreuzen, die alle – am besten gleichzeitig – berücksichtigt werden müssen. Wir sehen dabei aber die Gefahr, dass das Geschlechterverhältnis dann nicht mehr besprechbar sein soll, ohne alles andere zu thematisieren. Damit will nicht gesagt sein, dass das Geschlechterverhältnis getrennt von anderen Herrschaftsverhältnisses bestehen würde – die Ordnung der Gesellschaft wird durch Überlagerungen und Durchdringungen verschiedener Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnisse hergestellt und aufrechterhalten – so wird z. B. mit rassistischen Stereotypen das Frausein von Frauen mit (angenommenen) Migrationshintergrund anders konstruiert als das Frausein von 'biodeutschen' Frauen. Aber dennoch ist es wichtig einen Begriff zu haben, der das Geschlechterverhältnis beschreibt und kritisiert.
Ein weiterer Kritikpunkt, der daran anschließt, ist, dass mit der Verschiebung auf die Frage 'Wie wird man Subjekt und damit Geschlecht?' das 'Was ist gegenwärtig vorherrschend?' in den Hintergrund gedrängt werden kann; die Hierarchie der Geschlechter, die immer die Abwertung des als 'weiblich' Konnotierten beinhaltet, ist mit der Kritik an 'Heteronormativität' nicht so deutlich kritisierbar; Butler sieht die Hierarchie als Asymmetrie schon als gegeben an – sie geht jedoch kaum weiter darauf ein. Damit wird die Hierarchie aber zum Nebenprodukt der Konstruiertheit von Geschlecht und das ist unserer Ansicht nach dann problematisch, wenn es um die gesellschaftlichen Verhältnisse geht, in denen die oder der Einzelne immer als Mann oder Frau angesprochen wird, mit den zugehörigen Erwartungen an die jeweils zugedachte Geschlechtsidentität.

Verhalten und Strukturen

Auch wenn wir in weiten Teilen mit Butlers Kritik mitgehen, sehen wir gerade, was den letzten Punkt angeht, Bedarf an einem Analyse- oder auch Kampfbegriff, der die Ungleichheitsstrukturen direkt artikuliert. Also doch wieder zurück zum Patriarchat? In gewisser Weise, aber mit dem Zusatz 'strukturell', da diese – mehr oder weniger – neue Konzeption unserer Ansicht nach wichtigen Einsichten und Analysen in Bezug auf Geschlechterkonstruktionen Rechnung tragen kann. Wir wollen mit dem Konzept 'strukturelles Patriarchat' grade nicht sagen, dass jeder konkrete Mann über jede konkrete Frau herrscht, sondern, dass das Patriarchat mehr als ein personales Verhältnis ist. Es bezieht sich auf die allgegenwärtige Höherbewertung dessen, was als männlich gedacht wird und damit auch derer, die diesem Ideal möglichst gut entsprechen. Damit soll die Hierarchie auf einer gesellschaftlichen Erscheinungsebene beschreibbar gemacht werden, auf der wir alltäglich als Männer und Frauen angesprochen und hierarchisiert werden.
Mit der Frage nach dem WIE der Konstruiertheit von Geschlecht und der nach dem Zusammenspiel von Geschlechtsidentität, Körper und Begehren wurde der Blick von Butler auf die Einzelnen gelenkt, was eine wichtige Perspektive ist. Aber die Gegenüberstellung von Einzelner und Gesellschaft ist mit dem Konzept der heteronormativen Matrix nicht möglich. Butler ging es darum, aufzuzeigen, dass das Subjekt nicht vor dem Diskurs besteht, dass es keine Substanz gibt, auf die das Geschlecht dann aufgesattelt wird, sondern dass Subjekt und Geschlechtsidentität gleichzeitig entstehen; Macht und Zwangsmechanismen sind danach einerseits in mir, wenn ich meine Geschlechtsidentität permanent wiederhole, und treten mir andererseits in gesellschaftlichen Erwartungen und Zwängen entgegen. Beide Ebenen fallen aber in Butlers Konzept in den Subjektivierungsweisen in eins und legt nahe, dass 'ich' an 'mir selbst' arbeiten muss und die Gemeinsamkeiten mit anderen – in diesem Fall anderen Frauen, weniger gut sehen kann. Aber klar, das individuelle Verhalten und die eigenen bewussten und unbewussten Reproduktionen von vergeschlechtlichten Zuschreibungen gilt

5 Simone de Beauvoir, Das andere Geschlecht, Reinbek bei Hamburg 1992, 334.

es zu kritisieren. Es ist zu hinterfragen, ob ich mich nicht doch anders verhalte, wenn ich ein Gegenüber vor mir habe, das ich als Mann wahrnehme oder als Frau? Oder, ob ich mein Verhalten nicht auch verändere, wenn ich merke, dass ich zugeordnet werde, dass ich als Frau oder Mann angesprochen werde? Aber gerade das Angesprochenwerden als Mann oder Frau verweist schon auf gesellschaftliche Verhältnisse, die nicht mit Fragen an die eigenen Denk- und Verhaltensformen einholbar sind.

Das Geschlechterverhältnis ist weder vom Himmel gefallen, noch sind es die Geschlechter, auch gibt es nicht das eine eindeutige Geschlechterverhältnis; es gibt Differenzen zwischen Individuen. Das Geschlechterverhältnis ist historisch und regional unterschiedlich; und insgesamt: Geschlechter werden diskursiv und handelnd konstruiert und sind deswegen auch potenziell veränderbar. Soweit gehen wir mit Butler mit, aber die Crux ist doch, dass dies nicht individuell funktioniert: Zwischenmenschliches besteht aus ständigen Prozessen der Produktion und der Reproduktion, also Wiederholungen. Diese Prozesse verfestigen sich zu Strukturen, die auf die Einzelnen zurückwirken und ihr Denken, Sprechen, Handeln prägen. Das Gesellschaftliche hält auch bei der Frage des Geschlechterverhältnisses Einzug in die Individuen. Das Geschlechterverhältnis ist ein System, kein wohlgeordnetes, aber immerhin ein System. Und in diesem bewegen wir uns alltäglich. Der Zusatz strukturell bezieht sich auf eben diese Verfestigungen, in der patriarchale Verhältnisse geronnene gesellschaftliche oder soziale Prozesse sind. Diese können weder von den Einzelnen unmittelbar eingesehen werden noch sind sie direkt veränderbar, aber gleichzeitig werden sie von denselben Einzelnen permanent mitproduziert.

Um noch einmal auf den Satz von Beauvoir zurück zu kommen: „Man kommt nicht als Frau zur Welt, man wird es.“ Wir leben in einer Welt, in der der Zwang zu einer eindeutigen Geschlechtsidentität besteht (also Mann ODER Frau zu sein) und so ist auch die Wirklichkeit gestaltet; mit einem Geschlecht wird jeder Person eine gesellschaftliche Position zugewiesen, und das passiert immer auch als Fremdzuschreibung.[6] Im Konzept der heteronormativen Matrix ist die Gefahr angelegt, das Geschlechterverhältnis zu individualisieren und zu entpolitisieren; in diesem wird eher die philosophische Frage gestellt: wie wird ein Individuum zu einem vergeschlechtlichten Subjekt und wie erhält es diesen Status aufrecht? Und eben nicht die Frage, wo gibt es Diskriminierungen und wie sind diese in der gegenwärtigen Gesellschaft verankert?

Das Konzept Butlers, insbesondere der Begriff „heteronormative Matrix“ leistet damit zwar viel in der Analyse dessen, WIE Geschlecht und geschlechtliche Identität hergestellt wird. Er kann aber den Begriff Patriarchat nicht in Gänze ersetzen, weil er eben auf eine andere Frage antwortet: mit Patriarchat kann die Gemeinsamkeit der als Frauen Kategorisierten betont werden und aus dieser Gemeinsamkeit das Geschlechterverhältnis als Politikum auf einer gesellschaftlichen Ebene behandelt werden. Der Begriff des strukturellen Patriarchats kann die gesellschaftlich-verfestigten hierarchischen Asymmetrien zwischen denjenigen, die als männlich wahrgenommen werden, und denen, die als Frauen wahrgenommen werden deutlich machen und kann damit die zwar historisch gewachsenen, aber dennoch von Menschen gemachten Prozesse zur Herstellung des hierarchischen Systems Geschlechterverhältnis bezeichnen.

Der AFBL als antifaschistische Frauengruppe entstand als Kritik an männlicher Dominanz in der linken Szene, bei Demos, in Diskussionen, etc. und möchte feministische Perspektiven innerhalb linker Debatten einnehmen und stark machen.

Am 18. November 2011 haben AFBL und Hannah Holme in Bremen eine Einführungsveranstaltung zu den Begriffen Patriarchat und heteronormative Matrix gegeben. Siehe:
http://associazione.wordpress.com/2011/10/31/intro-begriffe-von-gewicht-patriarchat-oder-heteronormative-matrix/

6 Diese Zuschreibungen und Selbstzurichtungen üben eine sehr reale Macht aus, die zwar auch in ‘mir’ ist, indem ‘ich’ eine geschlechtliche Identität annehme und herstelle und zuweise, aber sie tritt einer und einem konkret und real entgegen. Spätestens auf der Arbeit oder bei Familienfeiern, wird ‘mich’ mein (angenommenes) Frausein einholen, werden dementsprechende Erwartungen an mich gestellt und werde ‘ich’ vor dem Problem stehen, mich dazu verhalten zu müssen. Wer kocht den Kaffee, wer deckt den Tisch, all solche Fragen sind in diesem Zusammenhängen häufig nicht diskutabel, sondern es ist klar, das machen ‘die Frauen’.

Fritz Burschel

The Good, the Bad and the Ugly – Antifaschistische Perspektiven politischer Bildung, Verfassungsschutz und die Extremismusdoktrin

Vielleicht müssen wir uns erst noch einmal den Verlauf der zurückliegenden 23 Jahre vergegenwärtigen, um zu verstehen, wo linker, antifaschistischer Kampf heute steht und auf welche folgenreichen Projekte er sich in Teilen eingelassen hat.
Besonders bedrückend ist es dabei, in der Rückschau zu erkennen, wie viel von dem entfesselten nationalen Irresein der Nachwendejahre man schon wieder vergessen hat und wie wenig man sich des Verdachtes erinnert, den man schon damals hegte[1], dass nämlich ein Gutteil des Geschehens damals regierungsseitig und behördlich wenn nicht begünstigt, so zumindest geduldet wurde, um den neoliberalen Umbau „während der kurzen Transformationsperiode nach dem Fall der Mauer am 9. November 1989 und nach dem Beitritt der DDR zur BRD am 3. Oktober 1990“ fortzuführen.[2]
Im Jahr 2012 jährt sich zwar das rassistische Pogrom von Rostock Lichtenhagen, in dessen Verlauf ein rassistischer Mob die Zentrale Aufnahmestelle und eine benachbarte Vertragsarbeiter-Unterkunft angriff. Ende August 1992 griffen Hunderte das „Sonnenblumenhaus“ mit Steinen und Molotow-Cocktails an. Am dritten Tag des Pogroms setzten die Angreifer Wohnungen in einem von vietnamesischen Vertragsarbeiter_innen bewohnten Teils des Gebäudes in Brand. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich noch etwa 100 Menschen in dem Haus, darunter Kinder, Babys und zwei hochschwangere Frauen, einige Unterstützer_innen und ein Fernsehteam. Während die Täter_innen – unter dem johlenden Beifall von tausenden Anwohner_innen und Passant_innen – mit Baseballschlägern in das Haus eindrangen, flohen die Menschen im Haus über die Dächer in angrenzende Gebäude. Die Polizei hatte den Tatort dem Mob überlassen, der Feuerwehr wurde die Durchfahrt von den Täter_innen verwehrt.
Aber Rostock war kein Einzelfall, sondern nur Höhepunkt einer auch medial gepushten und politisch gewollten rassistischen Kampagne. Es gab in den ersten Jahren nach der sog. Wende hunderte rassistischer Pogrome:

> „Das Ausmaß rechten Terrors und dessen Unterstützung durch große Teile der Bevölkerung und der politischen Eliten erscheint aus heutiger Sicht unfassbar: 17 Tote, 453 zum Teil schwer Verletzte und über 1900 gewalttätige Anschläge seit der ‘Wende’ bis Dezember 1992“[3],

zählte damals der Journalist Matthias von Hellfeld[4]. Im Jahr des Rostocker Pogroms 1992 gab es 8 Sprengstoff- und 545 Brandanschläge meist auf Flüchtlingswohnheime. Einen weiteren Klimax der Gewalt markiert die Zeit der Abschaffung des Asylparagraphen 1993: Allein im Mai jenes Jahres gab es 33 Brandanschläge, in Solingen starben dabei 5 Menschen. Bis Juni jenes Jahres zählte man insgesamt 76 Anschläge. Und ein wichtiges „Detail“ ist dabei, dass diese Anschläge, Angriffe und Morde durchaus kein ostdeutsches Phänomen waren, sondern die Pogrome flächendeckend im ganzen Bundesgebiet aufflammten.
Die Mörder und Gewalttäter und große Teile der Bevölkerung fühlten sich dann von der Grundgesetzänderung am 23.5.1993 und der ihr folgenden Einführung (1. Nov. 1993) des sog. Asylbewerberleistungsgesetzes in ihrem Rassismus gegenüber Nicht-Deutschen im Lande bestätigt. Die Regierung hatte mit dem bewussten medialen Schüren und der Rechtfertigung der Pogromstimmung eine Eskalationsstufe erreicht, die ihr die Grundgesetzänderung schließlich mit dem Einknicken der SPD reibungslos gestattete. Protest mit umstrittenen Lichterketten und einer Massendemonstration mit Blockade durch 10.000 Menschen in Bonn am Tag der Abstimmung können nicht über einen weitreichenden nationalen rassistischen Konsens hinwegtäuschen.
Die folgenden Jahre bescheren der bundesdeutschen Nazi-Szene eine unsägliche Debatte darüber, wie den „verirrten Seelen“, „Vereinigungsverlierern“ ge- und ihrem „Schrei nach Liebe“ abgeholfen werden könnte. Das Problem wurde zu einem der ostdeutschen „Beitrittsländer“ und von „Jugendgewalt“ stilisiert, welches mit verstärkter Sozialarbeit, etwa dem „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ (AgAG) und der sog. akzeptierenden Sozialarbeit, bekämpft werden sollte. Die Millionen, die in die Programme flossen, und die Infiltration der „Szene“ durch V-Leute und Gelder sorgten für eine weitere Formierung einer gewalttätigen Nazi-Szene in ganz Deutschland und dem Aufwuchs zunehmend gut organisierter Kameradschaften: der „Generation

1 Der Verdacht ist bis heute immerhin einige Male durchaus glaubhaft bestätigt und sein Gehalt dokumentiert worden, vgl. u.a folgende Fn. und Jochen Schmid: Politische Brandstiftung. Warum 1992 in Rostock das Ausländerwohnheim in Flammen aufging, Berlin 2002

2 Katrin Reimer: Über Fort- und Rückschritte in der Auseinandersetzung mit Rassismus und Rechtsextremismus seit 1990 am Beispiel Sozialer Arbeit und Politischer Bildung, Manuskript 2012; ausführlich in der Dissertation von Katrin Reimer: Kritische politische Bildung gegen Rechtsextremismus und die Bedeutung unterschiedlicher Konzepte zu Rassismus und Diversity. Ein subjektwissenschaftlicher Orientierungsversuch in Theorie- und Praxiswidersprüchen, Berlin 2011: http://www.diss.fu-berlin.de/diss/servlets/MCRFileNodeServlet/FUDISS_derivate_000000010403/Reimer_Dissertation__UB_digital-1.pdf?hosts= [zuletzt aufgerufen am 9.6.2012]

3 Tobias Pieper: Die Gegenwart der Lager. Zur Mikrophysik der Herrschaft in der deutschen Flüchtlingspolitik, Münster 2008, S. 61

4 Matthias von Hellfeld: Die Nation erwacht, Köln 1993

Hoyerswerda"[5] wurden amtlich „Rosen auf den Weg gestreut"[6]. Neben „Ausländern" gerieten in den folgenden Jahren weitere Gruppen von Menschen in den Fokus nazistischen Terrors: Linke, Antifaschist_innen, Punks, „alternative Jugendliche", Obdachlose, Menschen mit Behinderung, Jüd_innen, „Rußlanddeutsche", Sinti und Roma. Die Enthüllungen der rassistischen Mordserie mit bislang 10 bekannten Opfern des sog. Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in den Jahren nach 2000 stellen den Exzess dieser aus den Pogromen der frühen 1990er und der Renationalisierung des deutschen Diskurses entstandenen Entwicklung dar: bis zum heutigen Tag sind nach Zählungen verschiedener NGOs mehr als 180 Menschen den Nachwende-Neonazis zum Opfer gefallen[7]. Aus den marodierenden, saufenden Nazigruppen wurde in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten eine soziale Bewegung, die dort, wo die kläglichen Reste demokratischer (Alltags-)Kultur zurückwichen, in das Vakuum vorstießen und mit den Mitteln einer braun gefärbter Zivilgesellschaft „national befreite Zonen" und „No go areas" schufen, in denen potentielle Opfer des Terrors nicht mit dem Schutz ihrer sozialen Umgebung rechnen können. Häufig konnten sie sich der mehr oder minder stillen Kumpanei oder des Beifalls großer Teile der Bevölkerung und der „Sicherheitsbehörden" gewiß sein. Landzeitstudien, wie „Deutsche Zustände", eine jüngst abgeschlossene auf 10 Jahre angelegte Untersuchung des Bielefelder Instituts für Konfliktforschung zur geistigen Verfassung der Deutschen, fördert zutage, dass über die Hälfte der Deutschen rassistische Einstellungen haben, und weist nach, dass Judenhass, Verharmlosung des NS, nationalistischer Chauvinismus, sozialdarwinistische Vorstellungen und ein Hang zu autoritären Lösungswegen gesellschaftsfähig und durchaus kein Minderheitenphänomen sind.[8]

Heute und erst in der Rückschau können wir zur Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert zwei Entwicklungsstränge recht genau erkennen, die enormen Einfluss auf die heutige Situation und deren Entstehen in den zurückliegenden 12 Jahren hatten. Zum einen entwickelte sich im Hintergrund einer rasanten Professionalisierung und Modernisierung der Nazi-Szene im NPD-Umgriff eine zu allem bereite terroristische Kohorte, die zur Tat schritt und den Mord nicht mehr dem Zufall des „Zur falschen Zeit am falschen Ort" überlassen wollte, sondern ihn minutiös plante und kaltblütig ausführte. Und das, wie wir heute erkennen können, mit Wissen oder gar Unterstützung des Verfassungsschutz genannten Inlandsgeheimdienstes und trotz dessen Infiltration der Nazi-Szene mit sog. Vertrauensleuten, bekannter unter dem Kürzel „V-Leute". Gleichzeitig schwenkte zum anderen die rotgrüne Bundesregierung nach dem Machtwechsel 1998, spätestens aber seit im Sommer 2000 die Gewalt erneut eskalierte[9], auf eine neu bestimmte Programmatik gegen „Rechtsextremismus" ein: künftig sollten nicht mehr nur die Täter_innen in den Fokus genommen werden, sondern vor allem eine „Opferperspektive" eingenommen und „demokratische Kultur", Initiativen gegen Rechts und das Gemeinwesen allgemein stark gemacht werden.

Demgegenüber sah sich die organisierte Antifa-Bewegung vielfach, insbesondere in Ostdeutschland, in der Defensive und als Ziel von damals bereits extremismustheoretisch begründeter Kriminalisierung. Ein ums andere Mal wurden Antifas zu Täter_innen und Netzbeschmutzer_innen erklärt, wenn sie ein Nazi-Problem nur benannten oder mit guten Gründen und allzuoft mit dem Rücken zur Wand sich schlicht zur (Not-)Wehr setzten. Kaum eine Debatte in Gemeinde-, Stadt- oder Kreisparlamenten, in der nicht ganz im Sinne einer Gleichsetzung und Opfer-Täter-Umkehr, gefordert wurde, wenn hier schon von „Rechtsextremisten" gesprochen würde, müssten auch „Linksextremisten" und die Antifa erwähnt werden. Außerdem brauchte sie nach wiederholten Erfahrungen von Handlungsunfähigkeit sowie den Konflikten zwischen großstädtischer Antifa und auf dem flachen Land organisierten Antifaschist_innen viel Zeit, sich neu zu formatieren und zu sammeln. In der Folge reagierte sie mehr, als dass sie Akteurin gewesen wäre.

Einige aktive Antifaschist_innen und Akteure zivilgesellschaftlicher Arbeit gegen Nazis und unmenschliche Ideologien hatten sich Anfang der Nuller Jahre in die neuen Staatsprogramme gegen „Rechtsextremismus" (Civitas, Xenos und Entimon) begeben. Mit antifaschistischer Expertise wollten sie vor allem dem lauen und auf Image-Pflege ausgerichteten Bundesprogramm Civitas auf die Sprünge helfen.[10] Es ist dann aber doch etwas anders gelaufen: von Anfang an waren diese Akteur_innen in dem eng getakteten Fahrplan von Zwischen- und Jahresberichten, von Antragsfristen und arbeitsintensiver Antragsstellung gezwungen auf die „Antragslyrik" einzugehen, die das Bundesprogramm verlangte. Wesentliche Vokabel bei diesem Procedere war das Wort „Rechtsextremismus". Deshalb liegt die These nah, dass genau diese Akteur_innen als Teil der Bundesprogramme dem Extremismus-Begriff mit zu der Wirkmacht verholfen haben, die er heute hat, und der ihnen mit der damit verbundenen Doktrin gerade gehörig auf die Füße fällt.

Mehr noch: im Rahmen der Arbeit als Berater_innen von Kommunen, Gemeinwesen, Bürgerbündnissen und Verwaltungen,und selbst in der Opferberatung, waren sie nur zu oft bereit, um des schönen Scheines Willen und auch weil viele damit ihr tägliches Brot verdien(t)en, Koalitionen und Kompromisse einzugehen, die sie in der Zeit davor mit guten Gründen abgelehnt und weit von sich gewiesen hätten. Im Laufe dieser Entwicklung hat über

5 „Die Generation Hoyerswerda radikalisiert sich", in: Die Welt vom 21.11.2011: http://www.welt.de/politik/deutschland/article13727406/Die-Generation-Hoyerswerda-radikalisiert-sich.html [zuletzt aufgerufen am 9.6.2012]

6 Norddeutsche Antifagruppen (Hg.): Rosen auf den Weg gestreut... Kritik an der „akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen", Hamburg, o. Jahr

7 Vgl. http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/chronik-der-gewalt/todesopfer-rechtsextremer-und-rassistischer-gewalt-seit-1990/ [zuletzt aufgerufen am 9.6.2012]

8 Die wichtigsten: Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Deutsche Zustände. Folgen 1 -9 10, Frankfurt a.M. 2002 - 2012; Elmar Brähler, Oliver Decker u.a.: Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010, Berlin 2010.

9 Ein Brandanschlag auf die Synagoge in Erfurt im April, die Ermordung des einstigen Vertragsarbeiters aus Mosambik, Alberto Adriano, im Dessauer Stadtpark am „Herrentag" im Juni und ein Bombenanschlag an einer S-Bahn-Station in Düsseldorf mit zehn zum Teil schwer Verletzten Ende Juli 2000

10 Der Autor war zunächst 2002 Opferberater bei der „Anlaufstelle für Betroffene von rechter und rassistischer Gewalt und Diskriminierung" (ABAD) in Gera, dann Leiter der „Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus" beim Weimarer Lokalsender Radio Lotte Weimar von 2003 – 2006 und schließlich von Herbst 2007 bis April 2008 Leiter der Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus beim Bayerischen Jungendring in München – er plaudert also aus dem Nähkästchen...

den Rechtsextremismus-Begriff die Extremismus-Doktrin mit all ihren ideologischen Konnotationen weiter an Boden gewonnen.[11] Dennoch wäre es irreführend so zu tun, als sei die Doktrin erst in den Nuller Jahren aufgetaucht oder habe erst jetzt Wirkung entfaltet. Als „legitime" Tochter der Totalitarismus-Doktrin der Nachkriegsjahre und des Kalten Krieges setzte sich wohl in der 1970er Jahren das Extremismus-Konzept durch. Genau genommen dürfte die Definition des „Linksextremismus" unter der Ägide des Innenministers Maihofer Mitte der 1970er Jahre die regierungsamtliche Übernahme eines dezidiert auf die Zeitumstände konfigurierten Extremismusbegriffs markieren und gleichzeitig eine Ablösung des Totalitarismus-Diskurses „alter Schule".[12]

Wie auch immer: Viele der Institutionen, die im Rahmen der rot-grünen Bundesprogramme entstanden sind, haben sich trotz der ideologischen Mutationen auf dem Weg von der rot-grünen über die rot-schwarze bis hin zur schwarz-gelben Regierung und den damit verbundenen Anpassungen an immer fragwürdiger werdende Vorgaben und parteipolitische Rücksichtnahmen auf Landes- oder Bundesebene dennoch eine hohe Respektabilität erarbeitet, so dass sie heute gehört werden und vernehmbar sind. Welchen Preis sie in politischer Hinsicht dafür bezahlt haben, wird in diesen Tagen sichtbar, wo sie mehr oder weniger hilflos auf die Zumutungen des Familienministeriums reagieren müssen. Unter der Federführung der Ministerin Schröder wurde schnell klar, woher der Wind wehen würde: schon rasch öffnete die Ministerin den Fokus der zivilgesellschaftlichen Förderung vom „Rechtsextremismus" hin zum „Extremismus" allgemein. Dem Verfassungsschutz kommt im Rahmen der neuen Regierungspolitik auf diesem Sektor eine wichtige steuernde Rolle zu, die jeden freiheitlich denkenden Menschen schaudern macht:

> „In den öffentlichen Meinungsdiskurs schaltet sich der Verfassungsschutz ein, indem er eine gesellschaftliche Steuerungsfunktion an Schaltstellen sztaatlich-zivilgesellschaftlicher Kampagnenpolitik übernimmt. Er entscheidet im Auftrag der Innenministerien über die Ein- und Ausschlußkriterien für zivilgesellschaftliche Projekte."[13]

Hatte die Ministerin zunächst angekündigt, alle Mitarbeiter_innen der aus Bundesmitteln geförderten Projekte und Initiativen zu überprüfen, haben sich diese z.T. heftig umstrittenen Anläufe inzwischen zu einer umfassenden Überwachung aller „unabhängigen Aktivitäten" gegen Neonazis ausgewachsen. Und die für ihre sehr simplen Ansichten (Stichwort: Deutschenfeindlichkeit[14]) und neurechte Inklinationen bekannte Ministerin stellte sich beim Abwehren zum Teil heftiger Kritik aus Politik und Wissenschaft nicht ungeschickt an: ganz in Kohlscher Manier saß sie die Proteste schlicht aus und zwang so viele aus den Programmen geförderte Initiativen und Institutionen zum Unterschreiben der sog. Demokratieerklärung. Neben einer Treueerklärung zur FDGO enthält die Extremismus-Erklärung auch einen „Schnüffelparagraphen", der die Zuschuss-Empfänger verpflichten soll, Gruppen, Personen und Partner, mit denen sie zusammenarbeiten auf ihre Verfassungstreue hin zu überprüfen. Zu diesem Zwecke sollen sie sich der Publikationen und Einschätzungen des Verfassungsschutzes bedienen und im Internet recherchieren. Dieser haarsträubende Aushorchungsauftrag für die Mittelempfänger löste 20 Jahre nach dem Verschwinden des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit nicht nur in den betroffenen Kreisen, sondern auch darüber hinaus heftige Proteste aus. Am Schluss setzte sich die umstrittene Ministerin mit ihren Zumutungen durch und auch die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Dresden von April 2012, dass die Extremismus-Klausel rechtswidrig sei[15], ficht sie bislang nicht an.

Neu ist an der gegenwärtigen Situation seit dem Amtsantritt der schwarz-gelben Regierung unter Kanzlerin Angela Merkel das Ineinandergreifen der regierungsoffiziellen Extremismus-Offensive mit massiven und publizistisch begleiteten Vorstößen der Verfassungsschutzämter in der Politischen Bildung und einer damit einhergehende Aufwertung und Ermächtigung dessen, was sich Extremismusforschung nennt. Seither haben die Wissenschaftlichkeit beanspruchenden Forschungen vor allem der beiden Protagonisten dieser Denkschule, der sächsischen Politik-Professoren Eckhard Jesse (TU Chemnitz) und Uwe Backes (TU Dresden, stellv. Direktor des Hannah Arendt Institut für Totalitarismusforschung), enorm an Wirkmacht und Deutungshoheit gewonnen.[16] Etliche Sozial- und Politikwissenschaftler_innen und Journalist_innen treten dabei als Büchsenspanner in Erscheinung und munitionieren konservative Politik und Verfassungschützer_innen mit Argumenten und Expertise für die neue Extremismus-Kampagne, die vor allen Dingen den als die eigentliche Gefahr für die FdGO bestimmten „Linksextremismus" ins Visier nimmt.[17]

Rechtzeitig zur von Ministerin Schröder als so ziemlich erste Amtshandlung über die sog. Demokratie-Erklärung vorgetragenen Initiative gegen Links erschien Mitte 2010 ein hastig

11 Ausführlich: Friedrich Burschel: Geld gegen Gesinnung, RLS-Standpunkte 06/2011, online: http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_06-2011.pdf

12 Vgl. Markus Mohr, Hartmut Rübner: Gegnerbestimmung. Sozialwissenschaft im Dienst der „inneren Sicherheit", S. 198ff; auch im Folgenden im Wesentlichen zit. nach: Friedrich Burschel: Der Referent der aus der Kälte kam. Der Inlandsgeheindienst und die Politische Bildung, in: Bodo Ramelow (Hg.): Made in Thüringen. Nazi-Terror und Verfassungsschut-Skandal, S. 140 - 146

13 Hartmut Rübner: In ziviler Gesellschaft. Gegenaufklärung von Extremismusforschern und Verfassungsschützern, S. 185, in: Markus Mohr, Hartmut Rübner: Gegnerbestimmung. Sozialwissenschaft im Dienst der „inneren Sicherheit", S. 198ff

14 Eine echte Lachnummer in diesem Kontext: http://www.youtube.com/watch?v=__luWcoAJuU [zuletzt aufgerufen am 9.6.2012]

15 Verwaltungsgericht kippt Extremismusklausel - Spiegel Online vom 24.4.2012: http://www.spiegel.de/politik/deutschland/verwaltungsgericht-dresden-erklaert-extremismusklausel-fuer-rechtswidrig-a-829798.html ; auch: Extremismusklausel ist rechtswidrig. Kristina Schröder abgewatscht: http://www.taz.de/!92187/ [beide zuletzt aufgerufen: 9.6.2012]

16 Dabei ist anzumerken, dass sie beileibe nicht die einzigen Vertreter_innen der Extremismustheorie in der Wissenschaft sind: neben anderen wären hier z.B. Prof. Jürgen Falter (Uni Mainz), Kristina Schröders Doktorvater, und die Emeriti Manfred Funke und auch der „Vordenker der Neuen Rechten", Hans-Helmuth Knütter (beide Uni Bonn) zu nennen. Genau genommen ist das Extremismus-Konzept mehr oder minder ausgeprägt in der bundesrepublikanischen Politikwissenschaft „herrschende Lehre".

17 Neben „Links-" und „Rechtsextremismus" wurde im Zuge dessen auch der „Ausländerextremismus"/Islamismus, neuerdings auch Salafismus genannt, in den Fokus der anti-extremistischen Politik gerückt.

zusammengestellter Sammelband quasi als das Buch zur Extremismus-Offensive: „Offener Demokratieschutz in einer offenen Gesellschaft".[18] Als Herausgeber treten zwei jüngere Wissenschaftler in Erscheinung, die im Grunde als Paradebeispiele für die In-Dienst-Nahme von Sozialwissenschaftler_innen für die Belange des Verfassungsschutzes gelten können. Dr. Thomas Grumke etwa reist als „Vater der Andi-Comics" durch das Land und wirbt für seinen unzweifelhaften Bestseller, die drei zu den Themen „Rechts-", „Linksextremismus" und „Islamismus" herausgegebenen Bildergeschichten, die zuerst das Landesamt für Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen herausbrachte. Eher aus dem Bereich der NGO kommend, Grumke arbeitete eine zeitlang für das Zentrum Demokratische Kultur (ZDK) in Berlin, wo er gemeinsam mit dessen Chef Bernd Wagner das „Handbuch des Rechtsradikalismus" herausgab, tritt der promovierte Politikwissenschaftler 2004 in die Dienste des LfV NRW. Die drei Extremismus-Hefte sollen sich, nachdem auch die LfV Niedersachsen und Hessen sie nachdruckten und das Familienministerium bezeichnenderweise nur das „Linksextremismus"-Heft übernommen hat, über eine Million mal verteilt haben (als Download oder per kostenloser Verschickung in „Klassenstärke").[19] Die Hefte sind zu 100 Prozent der Extremismus-Theorie verpflichtet und lehren holzschnittartig und extrem simplifizierend, wo die Gefahren für die eine, wahre, wehrhafte, FDGO-gestählte Demokratie der BRD lauern. Obwohl zahlreiche Wissenschaftler_innen vor den Comics als für den Unterricht ungeeignet warnen, können sie als staatlich sanktioniertes Unterrichtsmaterial betrachtet werden; über die Arbeit an Schulen mit diesem Material kann nur spekuliert werden, da es keinerlei wissenschaftliche Evaluierung darüber gibt, wer das Material zu welchem Zwecke bestellt und wie es verwendet wird.[20] Prof. Armin Pfahl-Traughber schließlich, der zweite Herausgeber, gehört wohl zu den wichtigsten und geachtetsten Publizisten zum „Rechtsextremismus". Er arbeitete ab 1994 als wissenschaftlicher Mitarbeiter im BfV, wurde 2004 Professor an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (FH Bund) und ist somit ebenfalls eng mit den staatlichen Organen vernetzt. Ausgehend von Jesses und Backes' theoretischer Vorarbeit sind es diese nachrückenden Wissenschaftler, die der Extremismus-Doktrin in der beschriebenen Weise und mit ministerieller Förderung endgültig zum Durchbruch verhelfen wollen.

Ihr Buch kann als Grundlagenwerk zur Umwidmung der Verfassungsschutzes von der reinen Tätigkeit als „politischer Geheimdienst"[21] hin zu einem unter dem Deckmäntelchen der „Öffentlichkeitsarbeit und Prävention" arbeitenden Bildungsträger gewertet werden. „Das Selbstverständnis der Verfassungsschutzämter in Deutschland hat sich verändert", heißt es in der Einführung, und:

> „Der Verfassungsschutz entwickelt sich von einer sich selbst abschottenden, daher geheimnisumwitterten und skandalanfälligen Institution hin zu einer aktiv Öffentlichkeitsarbeit betreibenden, Züge 'normaler' Behörden annehmenden Einrichtung."[22]

Es ist der programmatische Beitrag von Pfahl-Traughber, „Analysekompetenz und Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes", der das Terrain absteckt und Postulate formuliert, wie sie der Autor heute, nach den NSU-Enthüllungen, so vermutlich nicht mehr stehen lassen würde:

> „Demgemäß besteht aufgrund dieser Funktion eine objektive Interessenidentität von Gesellschaft und Verfassungsschutz, welche (...) aber nicht immer erkannt wird: Innerhalb der Gesellschaft bestehen nach wie vor noch Vorbehalte gegen die Arbeit der Verfassungsschutzbehörden, unterstellt man deren Mitarbeitern doch immer wieder dubiose Praktiken bei der Beobachtung extremistischer Bestrebungen."[23]

Die Autor_innen des Bandes bitten geradezu um „Wertschätzung" für die wertvolle Arbeit der Ämter, denn, so schreibt die umtriebige brandenburgische VS-Chefin Winfriede Schreiber,

> „ist der Bürger aufgrund der Informationen in der Lage, extremistische Propaganda zu durchschauen, haben wir den bestmöglichen Verfassungsschutz und die bestmögliche Prävention. (…) In einer offenen Gesellschaft ist die präventive Auseinandersetzung mit ihren Feinden wichtig."[24]

Auffällig ist dabei, dass alle Autor_innen des Buches, aber auch andere Apologeten des öffentlichen Agierens der VS-Ämter, es vermeiden von Bildungsarbeit zu sprechen und statt dessen lieber von „Prävention", „Öffentlichkeitsarbeit" oder gar, wie in Brandenburg, von „Verfassungsschutz durch Aufklärung" reden. Ihnen scheint klar zu sein, dass es schwierig werden könnte, einen gesetzlichen Bildungsauftrag für Verfassungsschützer_innen zu formulieren. Doch bislang können sich die bildungsbeflissenen Geheimdienst-Protagonisten noch bequem zurücklehnen, denn es gibt so gut wie keine Proteste oder ernstzunehmende Einwände gegen die Inlandsgeheimdienste in der zumal schulischen Bildungsarbeit. Einer der ganz wenigen Autor_innen, der sich in jüngster Zeit strikt gegen geheimdienstliche Bildungsarbeit gewandt hat, ist der einstige taz-Redakteur und heutige Bundesgeschäftsführer von „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage", Eberhard Seidel. Er formulierte seine dezidierte Ablehnung so:

> „Doch seit ein paar Jahren gehen Mitarbeiter der Verfassungsschutzämter wie selbstverständlich in Schulen, in Jugendzentren und in der Lehrerfortbildung ein und aus. (…) Republikanisch

---

18 Thomas Grumke, Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.): Offener Demokratieschutz in einer offenen Gesellschaft. Öffentlichkeitsarbeit und Prävention als Instrumente des Verfassungsschutzes, Opladen/ Farmington Hills, 2010

19 http://www.andi.nrw.de/Andi-Projekt.htm [zuletzt aufgerufen 17.3.2012]

20 Vortragsmanuskript „Andi auf dem Vormarsch" des Arbeitskreises Extremismusbegriff an der Uni Marburg, gehalten beim Gesprächskreis Rechts der Rosa Luxemburg Stiftung Berlin am 25.11.2011; Im Herbst erscheinen die Ergebnisse des AK beim Unrast-Verlag in Buchform unter dem Titel: „Schulverweis für Andi! Warum der Verfassungsschutz mit seiner Bildungsarbeit gegen ‚Extremismus' scheitert"

21 Endlich offen eingestanden in der Günther Jauch-Sendung am 29.1.2012 von Ex-BfV-Präsident Peter Frisch, vgl. „Staatsfeinde unter sich", in: Der Spiegel v. 30.1.2012

22 Grumke, Pfahl-Traughber, a.a.O., S.9, zit. wird hier u.a. Hans-Gerd Jaschke in: Wilfried Schubarth, Richard Stöss (Hg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Opladen, 2000

23 Ebenda, S. 19

24 Ebenda, S. 33

> betrachtet, ist das längst nicht mehr in Ordnung, sondern ein Verstoß gegen geltendes Recht.“

Er zitiert den maßgeblichen Paragraph 3 des Bundesverfassungsschutzgesetzes[25] und kommt zu dem Schluss: „Von politischer Bildung ist da nicht die Rede.“[26] Es ist ein Rätsel, wie es sein kann, dass die simple Feststellung Seidels (und vieler möglicherweise nicht als seriös genug betrachteter Akteur_innen), „politische Bildung ist keine Aufgabe von Nachrichtendiensten“, gesellschaftlich so gar keine Unterstützung findet und etwa zu Widerspruch, Verweigerung und Protest von Schüler_innen, Lehrer_innen und Eltern führt. Es ist nämlich im Gegenteil vielmehr so, dass das Image des Verfassungsschutzes trotz einer haarsträubenden Skandalgeschichte, die nicht erst seit den jüngsten Enthüllungen weithin bekannt und beschrieben ist, offenbar gut und unantastbar ist. Diesen Leuten würde offensichtlich eine überwiegende Mehrheit im Lande ihre Kinder anvertrauen. So war es für die Initiator_innen des Aufrufs „Bildungsarbeit ohne Geheimdienst“ völlig überraschend, dass diese gegen das Vordringen des Verfassungsschutzes in den Bildungssektor gerichtete Initiative medial völlig unbeachtet blieb und trotz ihrer rund 150 z.T. namhaften Unterstützer_innen ohne Effekt im Sande verlief.[27]

Es mag nun sein, dass diese Aktivitäten des Verfassungsschutzes nicht wahr- und ernstgenommen werden, was angesichts der schieren Zahl von Vorträgen, Ausstellungen mit Begleitprogramm, Workshops und Projekttagen zumindest in einigen Bundesländern (zu denen Material vorliegt) nur schwer verständlich ist. Vorreiter dieser Bildungspolitik der Inlandsgeheimdienste, ist einmal mehr der unter anderem als „Abschiebeminister“ und Hardliner bekannte niedersächsische CDU-Innenminister Uwe Schünemann. Er hat nicht nur die Landeszentrale für politische Bildung seines Landes abgewickelt und einen Teil ihrer Mitarbeiter_innen dem Verfassungsschutz zugeschlagen, sondern schickt diese als „Demokratielotsen“ in die Schule und vertritt hier als erster offensiv einen Bildungsauftrag der Behörde. In der Antwort auf eine entsprechende Anfrage der LINKEN-MdL Pia Zimmermann bezieht er sich nicht nur explizit und zustimmend auf das „Demokratieschutz“-Buch von Grumke und Pfahl-Traughber, sondern listet stolz etwa 50 Veranstaltungen seiner „Demokratielotsen“ aus der „Niedersächsischen Extremismus-Informationsstelle“ (NEIS) auf, die etwa 10.000 Schüler_innen besucht haben sollen, und außerschulisch weitere 60 Veranstaltungen mit rund 2000 Zuhörer_innen.[28]

Auch für andere Bundesländer gibt es solche Anfragen und in einigen lassen die gegebenen Einblicke der Innenministerien fürchten, dass das Vordringen auf dem Bildungssektor ein bundesweiter Trend ist und auch nicht erst kürzlich begann. Das Thüringer Innenministerium etwa bringt es 2010 ebenfalls auf 50 Veranstaltungen, deren Reichweite mit knapp 1500 Zuhörer_innen angegeben wird und die sich überwiegend an halböffentliche und öffentliche Träger wenden. In der Liste finden sich IHKs, Polizeischulen, Behörden, Volkshochschulen, die Junge Union/RCDS und die Juso-Hochschulgruppe, grüne Parlamentarier_innen, mittelständische Vereinigungen, kirchliche Träger und auch einen Rotary-Club. Demnach hat es in Thüringen lediglich fünf ausgesprochene Schulveranstaltungen gegeben.[29] In Umfang und Charakter ergibt sich ein ähnliches Bild in Berlin und Hamburg.[30] Aber auch in anderen Bundesländern gibt es auch ohne parlamentarische Nachfragen Hinweise auf vermehrte Aktivitäten der Landesbehörden im Bildungsbereich: so soll etwa das LfV Brandenburg in allen Landkreises VS-Vorträge ausgerechnet zur Problematik des Islamismus organisiert haben, der auf dem flachen Land dort wohl kaum ein Thema sein dürfte[31]. Das dortige Landesamt ist auch mit einem „Bildungsmobil“ unterwegs und bietet seine Teilnahme an entsprechenden Veranstaltungen auch selbst an.[32]

Der Trend ist sichtbar, Niedersachsen als Vorreiter dieser Entwicklung leistet ganze Arbeit und es steht zu befürchten, dass diese Praxis der Verfassungsschutzbehörden noch zunehmen wird, flankiert von der rigiden und als anti-demokratisch angeprangerten Kontrollpolitik der Familienministerin, die auch allen freien Trägern der Politischen Bildung, die staatlich geförderte Veranstaltungen anbieten wollen oder für solche Veranstaltungen angefragt werden, die Unterzeichnung der Extremismus-Klausel abverlangt. Statt Protest und Widerstand regt sich in Schulen und bei Trägern wie etwa Volkshochschulen eine eher unkritische Abruf- und Mitnahmementalität, die schon aus Kostengründen oder auch um Ärger mit dem VS oder dem Geldgeber zu vermeiden, eher auf die kostenlosen Angebote des Geheimdienstes zurückgreifen. Das ist ja schließlich eine Behörde und kann ja nichts falsches im Schilde führen.

Dieser scheinbaren Unantastbarkeit des positiven Obrigkeits-Images der VS-Behörden scheint auch die NSU-Mordserie nichts anzuhaben: stattdessen werden die so als „Gefahr für die Verfassung“ (Prantl) oder „überflüssig“ (z.B. Bommarius, Berliner Zeitung) apostrophierten Dienste aus diesen Skandalen noch Kapital schlagen. Musste jemand zurücktreten, wird irgendjemand zur Verantwortung gezogen? Zwar rauscht der Blätterwald nach wie vor, wenn es um die Sex, Blood & Crime Story des „Zwickauer Nazi-Trios“ geht, aber die notwendige Frage nach der Zukunft einer solchen, im Grunde nicht erst seit dem NSU-Skandal untragbaren Geheimbehörde ist nur noch selten zu hören. Stattdessen wird der Apparat der Inneren Sicherheit noch mit einem, datenschutzrechtlich wieder höchst problematischen „Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus“ belohnt und die – nach der

25 „Sammlung, Auswertung von Informationen, Nachrichten und Unterlagen über Bestrebungen, die sich gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung richten.“

26 Eberhard Seidel: Blindes Staatsvertrauen, in: taz vom 12.7.2012; vgl. auch Johannes Schillo: Verfassungsschutz und Politische Bildung, in: Journal für Politische Bildung 4/2011, S. 63 – 72

27 http://bildenohnegeheimdienst.blogsport.de/ [zuletzt aufgerufen am 17.3.2012]

28 Niedersächsischer Landtag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/3798 vom 1.7.2011, vgl. auch Pressemitteilung „Verfassungsschutz an Schulen nichts zu suchen“ der LINKEN-Landtagsfraktion in Niedersachsen vom 8.7.2011

29 Thüringer Landtag, 5. Wahlperiode, Drucksache 5/3064 vom 11.07.2011

30 Abgeordnetenhaus Berlin, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/15556 vom 20.9.2011; Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, 20. Wahlperiode, Drucksache 20/465 vom 17.05.11

31 Sehr launig zu lesen dazu: Astrid Geißler: „Wie Bin Laden nach Prenzlau kam“, in der taz vom 4.7.2010

32 Man zeigte sich etwa anheischig am nicht-öffentlichen Gesprächskreis Rechts der RLS am 25.11.2011 teilzunehmen, wo es unter dem Titel „Wem gehört die Bildungsarbeit?“ um Politische Bildung und Verfassungsschutz ging

NS-Katastrophe beschworene – Trennung von Geheimdienst und Polizei aufgeweicht. Und die allfälligen Sicherheitsfanatiker sind seit Beginn der NSU-Affäre Anfang November 2012 buchstäblich bereit etwa für die Vorratsdatenspeicherung und andere erweiterte Überwachungsmöglichkeiten über Leichen zu gehen, nämlich über die der von der NSU Ermordeten.[33] Im übrigen kündigen Bundesinnenminister Friedrich und Landesinnenminister wie der notorische Niedersachse Schünemann bereits jetzt unumwunden an, das gegen „Rechtsextremismus" aufgezogene Abwehrzentrum zu gegebener Zeit auch gegen „Linksextremisten" in Stellung zu bringen – die „verkannte" und „unterschätzte" Gefahr ...[34]

Mehr noch: spätestens seit dem Erscheinen der jüngsten Verfassungsschutz-Berichte und trotz der Arbeit von bereits drei Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen (PUA im Bund, Thüringen, Sachsen, möglicherweise kommen noch welche in Bayern und Hessen dazu) geht man in diesem Land zur Tagesordnung über.[35]

Es hat ja auch niemand etwas falsch gemacht: „Ich habe momentan keinen Anhaltspunkt für ein offensichtliches Versagen von Bundesbehörden", lässt Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) am 21.1.2012 den Sender n-tv wissen. Er sehe keine Pannen, ergänzt er. „Ich sehe keine substanziellen Fehler bei den bayerischen Behörden", assistiert Günther Beckstein, der ehemalige Innenminister Bayerns, wo immerhin 5 der zehn Morde der NSU stattgefunden haben, vor dem PUA des Bundestages Ende Mai 2012. Was man nach den ungeheuerlichen Enthüllungen der zurückliegenden Monate seit dem Tod der Nazi-Mörder Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos vom sog. Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) für eine bodenlose Frechheit halten möchte, trifft in Wahrheit den Kern des Problems: auch wenn Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger genervt feststellt: „Wenn alle nur feststellen, dass sie nichts falsch gemacht haben, kommen wir nicht weiter"[36], es hat eben tatsächlich keine Pannen, kein Versagen, keine Schlamperei und kein Aus-dem-Ruder-Laufen der Inlandsgeheimdienste[37] gegeben und sie sind auch nicht „ballaballa" (Gregor Gysi) oder „außer Rand und Band" (Klaus Ernst)[38], sondern sie haben genau so funktioniert wie sie konzipiert und gedacht sind. Der Verfassungsschutz ist nicht nur Teil des Problems, sondern als Systemfehler dessen Kern. Die einzige Frage, die sich nach dem ganzen Schlamassel mit dem Verfassungsschutz noch stellt, lautet: Wie kann man, wenn man ihn schon nicht abschaffen kann oder will, den Inlandsgeheimdienst kaltstellen, eindampfen und unschädlich machen.

Vorerst aber kann die denunziatorische Debatte darüber munter weitergehen, welche kleine linke Initiative sich an der FDGO vergreifen will; der VS wird unbeeindruckt damit fortfahren eine „Kultur des Verdachts" zu befeuern, die in den politischen Konjunkturen dem Freund-Feind-Schema der gerade Mächtigen entspricht. Zu seinen Opfern zählen viele kleine Initiativen und Gruppen, die sich gegen Nazis und Rassismus engagieren, wie etwa das Projekt „Mittendrin" in Neuruppin/Brandenburg, das antifaschistische a.i.d.a.-Archiv in München, das sich – obwohl es inzwischen mehrfach vor Gericht gegen das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz zumindest teilweise Recht bekommen hat – seit 2009 stoisch im VS-Bericht des Freistaates wiederfindet[39], der Verband der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschist_innen (VVN-BdA), die Partei Die Linke [40], einzelne missliebige Personen wie der ehrenamtliche Bremer Verfassungsrichter und Rechtsanwalt Rolf Gössner oder der Theresienstadt-Überlebende Ernst Grube und viele andere mehr.[41]

Aber auch staatlich geförderte (Modell)Projekte gegen Nazis, zivilgesellschaftliche Initiativen, mobile Beratungsteams und Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt werden wohl auch weiter unter den ministeriellen „Extremismus"-Mätzchen zu leiden haben und auf Linie gezwungen werden.[42] Der Verfassungsschutz wird auch weiter seine Offensive auf dem Gebiet der Politischen Bildung vortragen und mit einem weiteren Segment seiner Mitarbeiterschaft von Schule zu Schule tingeln, um die Kinder zu harmlosen Demokrat_innen zu erziehen. Von Eltern- oder Leh-

---

33 Beispiele von vielen: „Fehlende Vorratsdatenspeicherung bremst Ermittlungen", in: mz-web.de, 23.1.2012; Florian Rötzer: Endlich kommt die Vorratsdatenspeicherung ins Spiel, http://www.heise.de/tp/blogs/8/150853 (23.1.2012); „Vorratsdatenspeicherung ist nötig", http://www.welt.de/politik/deutschland/article13736835/Die-Vorratsdatenspeicherung-ist-noetig.html; Wolfgang Bosbach: „Wir wissen zu wenig über die Nazizelle", http://www.tagesspiegel.de/politik/wolfgang-bosbach-wir-wissen-zu-wenig-ueber-die-nazizelle/6005584.html [alle zuletzt aufgerufen am 9.6.2012]

34 Vgl. „Nicht vom Problem des Rechtsextremismus ablenken", Interview mit Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich und Bundesfamilienministerin Kristina Schröder, in: FAZ v. 23. Januar 2012, http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Interview/2012/01/2012-01-23-friedrich-schroeder-faz.html; „Schünemann für gemeinsames Abwehrzentrum", in: RP-online vom 31.5.2012, http://www.rp-online.de/politik/deutschland/schuenemann-fuer-gemeinsames-abwehrzentrum-1.2851465; vgl. auch: „Ich lehne die Terrordatei ab", Interview mit Ex-OVG-Richter Robert Suermann, in: taz vom 23.5.2012, http://www.taz.de/!93851/ [alle zuletzt abgerufen am 9.6.2012]

35 Auch wenn Heribert Prantl sich folgendes wünschen würde: „Alljährlich gibt es einen Verfassungsschutzbericht. Im nächsten Bundesverfassungsschutzbericht wird man Erklärungen dafür suchen, warum der Verfassungsschutz von einer terroristischen Neonazi-Bande nichts wusste - warum er, wenn es denn so stimmt, im Spätherbst 2011 aus allen Wolken der Ahnungslosigkeit gefallen ist. Wie der Verfassungsschutz arbeitet, mit welchen Mitteln und Methoden - das war bisher nicht Gegenstand der Verfassungsschutzberichte, aber immer wieder Gegenstand von Skandalen. Nach dem jüngsten Skandal, dem Neonazi-Skandal, muss der Verfassungsschutz sich selbst in den Mittelpunkt seines Berichtes stellen.", a.a.O.

36 http://www.derwesten.de/nachrichten/justizministerin-kritisiert-beckstein-auftritt-vor-dem-nsu-ausschuss-id6692336.html [zuletzt aufgerufen am 9.6.2012]

37 Genau genommen gibt es die unheimliche Zahl von siebzehn Inlandsgeheimdiensten auf Bundes- und Landesebene, nämlich das Bundesamt und 16 Landesämter für Verfassungsschutz; und dabei handelt es sich nur um die Inlandsgeheimdienste; weitere möglicherweise in die NSU-Affäre verwickelt Dienste und Behörden sind in der Zahl noch nicht enthalten: z.B. das Bundeskriminalamt (BKA) und die Landeskriminalämter (LKA), der Militärische Abschirmdienst (MAD) und sogar der Bundesnachrichtendienst BND) usw.

38 „Links, kritisch, verdächtig", in: Berliner Zeitung v. 23.1.2012

39 Fred König: „Herrschaft des Verdachts. Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz spielt mit dem antifaschistischen Archiv a.i.d.a. Hase und Igel", in Neues Deutschland v. 24.8.2011

40 Vgl. „Links, kritisch, verdächtig", in: Berliner Zeitung v. 23.1.2012

41 Vgl. Friedrich Burschel: „Nicht ohne meinen Demokratielotsen", in: Mohr/Rübner: Gegnerbestimmung, a.a.O., S. 7 – 12 (Vorwort)

42 Vgl. Friedrich Burschel: „Geld gegen Gesinnung", Standpunkt 6/2011, http://www.rosalux.de/publication/37308/geld-gegen-gesinnung.html

rer_innen-Protesten dagegen, dass derselbe Geheimdienst, der seine Finger auf unheilvolle Weise in der Nazi-Szene drin hat und mit den Nazi-Mördern offenbar bis zum Schluss auf Tuchfühlung war, ihre Kinder in Staatsbürgerkunde unterweist, ist bislang noch nichts bekannt geworden.[43]

Friedrich Burschel ist Referent zum Schwerpunkt Neonazismus und Strukturen/Ideologien der Ungleichwertigkeit bei der Akademie für Politische Bildung der Rosa Luxemburg Stiftung Berlin. Sein Beitrag fußt zu einem guten Teil auf seinen Veröffentlichungen „Geld gegen Gesinnung“ und „Der Referent der aus der Kälte kam“.

Fritz Burschel hat am 11. November 2011 gemeinsam mit einem Referenten der Initiative gegen jeden Extremismusbegriff (inex) aus Leipzig eine Einführung zur Kritik der Extremismusdebatte in Bremen gegeben.
Siehe:
http://associazione.wordpress.com/2011/10/11/intro-einfuhrung-in-die-kritik-der-extremismusdebatte/
http://www.rosa-luxemburg.info/veranstaltung/2011/zur-kritik-des-extremismusbegriffs/

43 Einzige Ausnahme sind lautstarke Proteste in Erfurt, wo die Eröffnung einer VS-Ausstellung in einem Gymnasium von Schüler_innen gestört wurde: http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Proteste-bei-Geiberts-Rede-zur-Verfassungsschutz-Ausstellung-405572474 [zuletzt aufgerufen am 9.6.2012] und vor den Landtag die Abschaffung des Verfassungsschutzes gefordert wurde.

associazione delle talpe

Veranstaltungschronik 2007 - 2012

2007

Ingo Elbe (rote ruhr uni Bochum):
Einführung in die materialistische Staatstheorie
Wochenendseminar am 10.-11. März 2007

Udo Wolter (Berlin):
Universalistischer Rassismus, getarnt als "Islamismuskritik"? Die aktuellen Debatten um Islamismus und der postkoloniale Antirassismus
Diskussionsveranstaltung am 15. Juni 2007

TOP Berlin:
Dabeisein ist nicht alles. Über Globalisierungskritik, den G8-Gipfel und die Kritik daran.
Diskussionsveranstaltung am 22. Juli 2007

Ingo Elbe (rote ruhr uni Bochum):
Revolutionstheorie und ihre Kritik. Von Marx bis Holloway.
Diskussionsveranstaltung am 5. Oktober 2007

Lars Stubbe (Hamburg) / Marcel Stötzler (Manchester):
Die Welt verändern, ohne die Macht zu ergreifen. Eine Einführung in Open Marxism
Diskussionsveranstaltung am 23. Oktober 2007

Martin Cüppers (Berlin):
Halbmond und Hakenkreuz. Das "Dritte Reich", die Araber und Palästina.
Buchvorstellung und Diskussionsveranstaltung am 9. November 2007

2008

Fabian Kettner (rote ruhr uni Bochum):
Zur Kritik der Bewegungstheorie von Hardt/Negri und Holloway.
Diskussionsveranstaltung am 8. Februar 2008

Daniel Kulla (Berlin):
Entschwörungstheorie – Niemand regiert die Welt.
Buchvorstellung und Diskussionsveranstaltung am 22. Februar 2008

Ingo Elbe (Bochum) / Heide Gerstenberger (Bremen) / Ingo Stützle (Berlin):
Staat und Globalisierung. Zur Aktualität materialistischer Staatskritik.
Podiumsdiskussion und Tagesseminar am 29. Februar und 1. März 2008

Michael Heinrich (Berlin):
Reine Spekulationssache?
Eine Einführung zu den Institutionen und Logiken der Finanzsphäre
Diskussionsveranstaltung am 27. Juni 2008

Ingo Stützle (Berlin):
Einführung in die Kritik der politischen Ökonomie von Karl Marx
Wochenendseminar am 6.-7. September 2008
Reihe intros. Einführungen in kritische Gesellschaftstheorie

TOP Berlin:
Globalisierungskritik und Antikapitalismus von Neonazis.
Zur Kritik des völkischen Antikapitalismus.
Diskussionsveranstaltung am 11. September 2008
Reihe intros. Einführungen in kritische Gesellschaftstheorie

Bernd Hüttner (Bremen) / Moritz Zeiler (Bremen):
Einführung zu Geschichte, Theorie und Rezeption des Operaismus.
Tagesseminar am 27. September 2008
Reihe intros. Einführungen in kritische Gesellschaftstheorie

Associazione delle talpe (Bremen):
Einführung in die Kritik des Antisemitismus
Tagesseminar am 18. Oktober 2008
„Ich hätte nicht geglaubt, wozu die Deutschen fähig sind."
Veranstaltungsreihe in Gedenken der Novemberpogrome von 1938.

Detlev Claussen (Hannover):
Der 9. November – „Reichskristallnacht" oder Novemberpogrom?
Diskussionsveranstaltung am 21. Oktober 2008
„Ich hätte nicht geglaubt, wozu die Deutschen fähig sind."
Veranstaltungsreihe in Gedenken der Novemberpogrome von 1938.

Joachim Bellgart (Bremen):
Stadtspaziergang: Das November-Pogrom von 1938 in Bremen
Stadtrundgang am 8. November 2008
„Ich hätte nicht geglaubt, wozu die Deutschen fähig sind."
Veranstaltungsreihe in Gedenken der Novemberpogrome von 1938.

Tobias Ebbrecht (Berlin):
Im Zeichen des Opfers. Zum Stand der deutschen Vergangenheitsbewältigung
Diskussionsveranstaltung am 28. November 2008

2009

Gunnar Schubert (Dresden):
The Great Dresden Swindle
Buchvorstellung und Diskussionsveranstaltung am 6. Januar 2009

Ingo Elbe (rote ruhr uni Bochum):
Marx im Westen. Die Neue Marx-Lektüre in der Bundesrepublik seit 1965.
Buchpräsentation und Diskussionsveranstaltung am 23. Januae 2009

Bini Adamczak (Berlin):
Gestern Morgen. Über die Einsamkeit kommunistischer Gespenster … und die Rekonstruktion der Zukunft.
Buchpräsentation und Diskussionsveranstaltung am 22. Februar 2009

Michael Heinrich (Berlin):
Kritik der politischen Ökonomie von Karl Marx. Das Kapital Band 1.
Wochenendseminar am 28. Februar – 1. März 2009

Zwi (Frankfurt am Main) / Negator (Hamburg):
Geschichte und Theorie der Situationistischen Internationale.
Wochenendseminar am 21.-22. März 2009
Reihe intros. Einführungen in kritische Gesellschaftstheorie

Heide Gerstenberger (Bremen) / John Kannankulam (Frankfurt am Main):
Krise, Staat und emanzipatorische Intervention.
Diskussionsveranstaltung am 26. März 2009

Warum Israel (Regie Claude Lanzmann)
Filmvorführung am 16. April 2009

Jan Sparsam (Bremen) / Oliver Barth (Bremen):
Kritische Theorie gestern und heute.
Tagesseminar am 23. Mai 2009
Reihe intros. Einführungen in kritische Gesellschaftstheorie

Gruppe never going home (Berlin):
Fragwürdige Traditionslinien.
Stauffenberg und der 20. Juli 1944 im deutschen Erinnerungsdiskurs.
Diskussionsveranstaltung am 9. Juni 2009
Reihe intros. Einführungen in kritische Gesellschaftstheorie

Joachim Bellgart (Bremen):
Jüdisches Leben in Bremen.
Fahrradtour am 30. August 2009

Bini Adamczak (Berlin):
Die Russische Revolution und ihre Folgen
Wochenendseminar am 19.-20. September 2009
Reihe intros. Einführungen in kritische Gesellschaftstheorie

Gruppe LeA (Leipzig):
Still not lovin' Germany!
Zur Kritik der deutschen Einheitsfeierlichkeiten
Diskussionsveranstaltung am 21. September 2009

Thomas Ebermann (Hamburg):
Die Geschichte der antinationalen Linken.
Diskussionsveranstaltung am 25. September 2009
Reihe intros. Einführungen in kritische Gesellschaftstheorie

Olaf Kistenmacher (Hamburg):
Zur Kritik des Antizionismus.
Tagesseminar am 17. Oktober 2009
Reihe intros. Einführungen in kritische Gesellschaftstheorie

Volker Weiss (Hamburg):
Die Entwicklung rechter Ideologie hin zum Nationalsozialismus
Wochenendseminar am 7.-8. November 2009
Reihe intros. Einführungen in kritische Gesellschaftstheorie

Daniel Schlüter (Hamburg):
Was tun, wo es brennt. Eine kleine Geschichte des autonomen Antifaschismus
Diskussionsveranstaltung am 13. November 2009
Reihe intros. Einführungen in kritische Gesellschaftstheorie

2010

Ingo Elbe (rote ruhr uni Bochum):
Privateigentum – „tief im Wesen des Menschen" begründet?
Zur Entstehung und Kritik des bürgerlichen Eigentumsbegriffs
Diskussionsveranstaltung am 3. Februar 2010

Martin Büsser (Mainz):
Der Junge von nebenan
Buchvorstellung am 5. Februar 2010

Werner Bonefeld (York, Großbritannien):
Kommunismus als Bewegung der Commune?
Der Marxsche Begriff der ursprünglichen Akkumulation und seine Bedeutung für eine kritische Analyse der kapitalistischen Verhältnisse.
Diskussionsveranstaltung am 19. Februar 2010

Richard Gebhardt (Aachen):
Zur Kritik des völkischen Antikapitalismus
Diskussionsveranstaltung am 8. April 2010
Reihe intros. Einführungen in kritische Gesellschaftstheorie

Kritikmaximierung (Hamburg):
Kunst. Linke. Gesellschaftliche Emanzipation.
Diskussionsveranstaltung am 24. April 2010

Yvonne Robel (Hamburg) / Kathrin Herold (Bremen):
Einführung in die Kritik des Antiziganismus.
Tagesseminar am 15. Mai 2010
Reihe intros. Einführungen in kritische Gesellschaftstheorie

Volker Weiss (Hamburg):
Einführung in Theorien über Faschismus und Nationalsozialismus.
Wochenendseminar am 21.-22. August 2010
Reihe intros. Einführungen in kritische Gesellschaftstheorie

Moritz Zeiler (Bremen):
Einführung in die materialistische Staatskritik
Tagesseminar am 26. September 2010
Reihe intros. Einführungen in kritische Gesellschaftstheorie

Detlev Claussen (Hannover):
Deutschland und sein Ethnonationalismus
Diskussionsveranstaltung am 28. September 2010
Reihe intros. Einführungen in kritische Gesellschaftstheorie

Joachim Bellgart (Bremen):
Das November-Pogrom von 1938 in Bremen.
Stadtrundgang am 6. November 2010

Joachim Bellgart (Bremen):
Die Geschichte der Bremer Räterepublik
Stadtrundgang mam 27. November 2010

Nadja Rakowitz (Frankfurt am Main):
Die Kritik am Zins – Eine Sackgasse der Kapitalismuskritik
Diskussionsveranstaltung am 11. November 2010

Heide Gerstenberger (Bremen):
Arbeitsverhältnisse im Kapitalismus
Diskussionsveranstaltung am 10. Dezember 2010
Reihe intros. Einführungen in kritische Gesellschaftstheorie

2011

Sven Ellmers (rote ruhr uni Bochum) / Lothar Peter (Bremen):
Abschied oder Update – Was tun mit dem Klassenbegriff?
Diskussionsveranstaltung am 18. Januar 2011
Reihe intros. Einführungen in kritische Gesellschaftstheorie

Florian Eisheuer (Berlin):
Böse Rasse – Gute Kultur?
Einführung in die Kritik von Rassismus und Kulturalismus.
Tagesseminar am 5. Februar 2011
Reihe intros. Einführungen in kritische Gesellschaftstheorie

Volker Weiss (Hamburg):
Deutschlands Neue Rechte. Angriff der Eliten – Von Spengler bis Sarrazin
Buchvorstellung und Diskussionsveranstaltung am 12. April 2011
Reihe intros. Einführungen in kritische Gesellschaftstheorie

Moritz Zeiler (Bremen):
Einführung in Faschismustheorien.
Wochenendseminar am 16.-17. April 2011
Reihe intros. Einführungen in kritische Gesellschaftstheorie

Oliver Barth (Bremen) / Bernd Kasparek (München) / Nadja Rakowitz (Frankfurt am Main):
Von Staats wegen. Konferenz zu Debatten materialistischer Staatskritik.
Tagung am 11. Juni 2011

Jens Benicke (Freiburg):
Von Adorno zu Mao. Über die schlechte Aufhebung der antiautoritären Bewegung.
Buchvorstellung und Diskussionsveranstaltung am 9. Juli 2011
Reihe intros. Einführungen in kritische Gesellschaftstheorie

Hanning Voigts (Hamburg):
Entkorkte Flaschenpost. Herbert Marcuse, Theodor W. Adorno und der Streit um die neue Linke
Buchvorstellung und Diskussionsveranstaltung am 15. Juli 2011
Reihe intros. Einführungen in kritische Gesellschaftstheorie

Valeria Bruschi (Berlin) / Antonella Muzzupappa (Berlin):
Einführung in die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie. Das Kapital Band 1
Wochenendseminar am 17.-18. September 2011
Reihe intros. Einführungen in kritische Gesellschaftstheorie

Fritz Burschel (Berlin) / Initiative gegen jeden Extremismusbegriff (Leipzig):
Zur Kritik des Extremismusbegriffs.
Diskussionsveranstaltung am 11. November 2011
Reihe intros. Einführungen in kritische Gesellschaftstheorie

Antifaschistischen Frauenblock Leipzig (AFBL) / Hannah Holme (Berlin):
Begriffe von Gewicht. Patriarchat oder heteronormative Matrix?
Diskussionsveranstaltung am 18. November 2011
Reihe intros. Einführungen in kritische Gesellschaftstheorie

Anita Fischer (Frankfurt am Main):
Staat und Geschlechterverhältnisse
Eine Einführung in die zentralen Debatten einer feministisch-gesellschaftstheoretischen Staatstheorie.
Diskussionsveranstaltung am 2. Dezember 2011
Reihe intros. Einführungen in kritische Gesellschaftstheorie

Robin Stoller (Berlin):
Staat, Ökonomie und Geschlecht – Zur (Re-)Produktion von Geschlechterverhältnissen im Kapitalismus.
Tagesseminar am 10. Dezember 2011
Reihe intros. Einführungen in kritische Gesellschaftstheorie

2012

Moritz Zeiler (Bremen) / Oliver Barth (Oldenburg):
Lektürekurs zu Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Band 1
Wöchtentlicher Lektürekurs von Februar – Dezember 2012

Martin Wassermann (Berlin):
Von Nazi-Ufos zum 11. September – Zur Kritik am Verschwörungsdenken. Diskussionsveranstaltung am 2. März 2012
Reihe intros. Einführungen in kritische Gesellschaftstheorie

Thorsten Mense (Göttingen):
Nationale Befreiung oder Befreiung von der Nation?
Diskussionsveranstaltung am 16. März 2012
Reihe intros. Einführungen in kritische Gesellschaftstheorie

Olaf Kistenmacher (Hamburg):
Sekundärer Antisemitismus – ein Erklärungsansatz für Israel-

Feindschaft in der Linken?
Diskussionsveranstaltung am 27. April 2011
Reihe intros. Einführungen in kritische Gesellschaftstheorie

Hendrik Wallat (Hannover):
Einführung in den Fetischbegriff bei Marx
Diskussionsveranstaltung am 26. Juni 2012

Valeria Bruschi (Berlin) / Antonella Muzzupappa (Berlin):
Einführung in die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie.
Das Kapital Band 1
Wochenendseminar am 13.-14. Oktober 2012
Reihe intros. Einführungen in kritische Gesellschaftstheorie

Barbara Umrath (Köln):
Kritische Theorie und Feminismus
Diskussionsveranstaltung am 19. Oktober 2012

Achim Bellgart (Bremen):
Das November-Pogrom vom 9. November 1938 in Bremen.
Stadtrundgang am 8. November 2012

Janne Mende (Berlin):
Kulturalismus und Universalismus
Diskussionsveranstaltung am 23. November 2012

Michael Heinrich (Berlin):
Einführung in die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie.
Das Kapital Band 2 und Band 3
Wochenendseminar am 1. -2. Dezember 2012

Mehr Informationen über bisherige und geplante Veranstaltungen von associazione delle talpe unter:
associazione.wordpress.com